Fürst Bülows Reden

nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik.

III. Band 1907—1909.

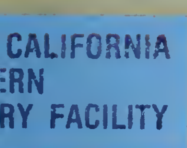
Herausgegeben

von

Otto Hötzsch.

Mit dem Bildnis des Fürsten
und einem ausführlichen Namen- und Sachregister.





Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1909.



Fürst Bülows Reden.

III.







Raupp, Hofphotograph Berlin — Georg Buxenstein & Comp. Berlin. hel u impr

Fürst Bülows Reden

nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik.

III. Band 1907—1909.

Herausgegeben

von

Otto Hötzsch.

Mit dem Bildnis des Fürsten
und einem ausführlichen Namen- und Sachregister.



Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1909.



Vorwort.

Der vorliegende Band, der die parlamentarischen Reden und sonstigen Kundgebungen des Fürsten Bülow vom Januar 1907 bis zu seinem Rücktritt enthält, hatte sich in seiner äußeren Gestaltung im wesentlichen an die beiden ersten Bände[1]) anzuschließen. Er weicht nur insofern ab, als der Teil der nichtamtlichen Kundgebungen des Fürsten hier umfangreicher ist als in Band I und II, wo dieser Teil nur anhangsweise erschien. Bei der Sammlung des Materials hat mich Herr Legationsrat Dr. Heilbron liebenswürdigerweise unterstützt, wofür ich ihm auch hier meinen Dank sage. Desgleichen danke ich hier den Redaktionen des „Standard“, der „Neuen Freien Presse“ und des Amsterdamer „Telegraaf“ für die Erlaubnis, die Interwiews des Fürsten mit Mr. Sidney Whitman, Herrn Dr. Siegmund Münz und Herrn S. Simons in vollem Umfange wiederzugeben. Der Direktor der Bibliothek des Abgeordnetenhauses, Herr Prof. Dr. Wolfstieg, hatte die Freundlichkeit, mir die Benutzung dieser Bibliothek zu gestatten, und verpflichtete mich dadurch gleichfalls zu Dank.

Die Versuchung lag nahe, da in diesen drei Bänden das politische Werk des Fürsten Bülow als Minister nun im ganzen übersehbar vorliegt, den Versuch einer Gesamtwürdigung dieser zwölf Jahre seiner ministeriellen Tätigkeit zu machen. Ich habe davon abgesehen, da die Zeit für den Historiker noch nicht gekommen ist und wir den Ereignissen vor allem der letzten beiden Jahre innerlich noch zu nahe stehen. Gerade deshalb habe ich mich bemüht, den zweiten Teil so vollständig wie möglich — absolute Vollständigkeit in diesen Kundgebungen war nicht geboten und nicht notwendig — zu gestalten. Denn aus ihm rundet sich das Bild, das der Leser aus den politischen Reden gewinnt, erst völlig ab; dafür sind gerade subjektive Schilderungen, wie die deshalb im Wortlaut wieder-

---

[1]) Auf sie ist in den Anmerkungen regelmäßig nur mit römisch I oder II verwiesen.



gegebenen Aufsätze des Engländers Whitman, des Franzosen Huret, des Österreichers Münz, die ja an sich nur zum Teil zu den direkten Kundgebungen des Fürsten gehören, von besonderem Wert. Vielleicht ist es so lehrreicher, als es der Versuch einer historischen Einleitung tun könnte, ein Gesamtbild entstehen zu lassen und die großen durchgehenden Linien der staatsmännischen Betätigung dieser kampfreichen zwei Jahre zu erkennen. Wer sich an der Hand des Registers etwa die Äußerungen über Landwirtschaft, Ostmarkenfrage, Bismarck, Sozialpolitik, Blockpolitik, über „offene Tür", Deutschland und England, über den Ausbau unserer Flotte, über nahen und fernen Orient zusammenstellt, wird dann in dieser staatsmännischen Anschauung und Betätigung auch das systematische, das konsequente, das, ich möchte sagen, organische besonders stark empfinden.

Oktober 1909.

Dr. Otto Hötzsch,
Professor an der Kgl. Akademie
zu Posen.

Inhaltsverzeichnis.

I. Amtliche Kundgebungen.

Seite

II. Nichtamtliche Kundgebungen.



1. Auseinandersetzung mit dem Zentrum. — Der Flottenverein. — Die neue Mehrheit.

Sitzung des Reichstags vom 25. Februar 1907.

Wie die Thronrede, mit der am 19. Februar 1907 die 12. Legislaturperiode des Reichstags eröffnet wurde, es aussprach, hatte das deutsche Volk in den Neuwahlen, zu denen es infolge des Zwiespalts zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorhergehenden Reichstags aufgerufen worden war,

„bekundet, daß es Ehr und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist treu und fest gehütet wissen wolle. In solcher Bürger, Bauern und Arbeiter einigenden Kraft des Nationalgefühls ruhen des Vaterlandes Geschicke wohl geborgen. Wie Ich alle verfassungsmäßigen Rechte und Befugnisse gewissenhaft zu achten gewillt bin, so hege Ich zu dem neuen Reichstage das Vertrauen, daß er es als seine höchste Pflicht erkennt, unsere Stellung unter den Kulturvölkern verständnisvoll und tatbereit zu bewahren und zu befestigen. ....

Der gesunde Sinn in Stadt und Land hat im Wahlkampf einer Bewegung Halt geboten, die sich, alles bestehende Gute und Lebenskräftige verneinend, gegen Staat und Gesellschaft in ihrer stetigen friedlichen Entwicklung richtet. Die großen grundlegenden Gesetze zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen sind gegen den Widerstand der Fraktion geschaffen worden, die sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichnet, selbst aber nichts für sie und für den Kulturfortschritt geleistet hat. Gleichwohl zählen ihre Wähler immer noch nach Millionen. Der deutsche Arbeiter darf darunter nicht leiden. Jene Gesetzgebung beruht auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen und ist daher unabhängig von der wechselnden Parteigestaltung. Die verbündeten Regierungen sind entschlossen, das soziale Werk in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen....

Und nun, meine Herren, möge das nationale Empfinden und der Wille zur Tat, aus dem dieser Reichstag hervorgegangen ist, auch über seinen Arbeiten walten — Deutschland zum Heil!"

Die Wahlen hatten eine Reichstagsmehrheit ergeben, die es der Reichsregierung und dem Reichskanzler möglich machte, mit einer Mehrheit aus Konservativen und Liberalen, ohne die Stimmen des Zentrums, zu regieren. Unter der Signatur dieses — nach französischem

Beispiel so genannten — „Blocks" aus den Parteien der Rechten, der Nationalliberalen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Freisinns, in dem der Kartellgedanke des Fürsten Bismarck neu belebt und erweitert worden war, haben seitdem die Verhandlungen des Reichstags und die innere Politik des Fürsten Bülow gestanden; das Scheitern dieser sog. Blockpolitik ist dann der unmittelbare Anlaß zum Rücktritt des Kanzlers am 14. Juli 1909 gewesen.

Im neuen Reichstage ergriff Fürst Bülow zum ersten Male am 25. Februar 1907 das Wort. Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1907, die der Staatssekretär des Reichsschatzamts Freiherr v. Stengel eingeleitet hatte, erinnerte der Abg. Spahn an die Äußerung des Reichskanzlers vor dem kolonialpolitischen Aktionskomitee am 19. Januar 1907[1]), „daß zur Entwicklung der politischen Betätigung der Parteien im Innern für notwendig erachtet werde die Paarung des konservativen Geistes mit dem liberalen", und drückte die Überzeugung aus, daß „in der inneren Politik eine Schwenkung vorgenommen werden solle". Er sprach aus, daß der Wahlkampf unter dem Zeichen der religiösen Leidenschaften durchgefochten worden sei und daß der Reichskanzler zur Verschärfung im kulturkämpferischen Sinne durch seinen sog. Silvesterbrief[2]) beigetragen habe. Ferner griff der Abg. Spahn das Eingreifen des leitenden Staatsmannes in den Wahlkampf an. Dagegen begrüßte es der Abg. Bassermann als Fortschritt, wenn „im Wahlkampf von den führenden Staatsmännern klipp und klar gesagt wird, welche leitenden Gesichtspunkte sie für die Fortführung der deutschen Politik haben" — ein Fortschritt, der namentlich von denen anerkannt werden müßte, die „nach der Richtung des parlamentarischen Systems drängen." Bassermann führte weiter aus, daß im Wahlkampfe das Zentrum planmäßig mit der Sozialdemokratie zusammengegangen sei, was im Widerspruch mit der starken Betonung des christlichen Staates durch den Abg. Spahn stehe. Darauf sprach der Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Der Herr Abgeordnete Spahn hat sich in dem zweiten Teil seiner Ausführungen mit meiner Stellung zur Zentrumspartei beschäftigt. Im Laufe der letzten Jahre ist mir oft von der Linken, hier und da auch von konservativer Seite übertriebene Hinneigung zur Zentrumspartei vorgeworfen worden. Heute wurde mir aus den Reihen der Zentrumspartei, von dem Führer der Zentrumspartei vorgeworfen, daß ich gerade diese Partei brüskiert hätte. Ich will mich über mein Verhältnis zur Zentrumspartei ganz offen aussprechen. Ich mache auch heute kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich bestrebt gewesen bin, die Mitwirkung der Zentrumspartei für große Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Das war von mir nicht nur taktische Überlegung, das war meine Pflicht gegenüber dem Lande. Wie die Parteiverhältnisse im Reichstag lagen, gab es keine andere Möglichkeit, eine fruchtbare innere Politik zu machen. Gewiß, meine Herren, das Zentrum bildete

[1]) S. den Wortlaut dieser Rede unter den nichtamtlichen Kundgebungen in diesem Bande.

[2]) S. II, S. 451—455. Der Brief war an den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu Händen des Generalleutnants von Liebert gerichtet worden.

am 13. Dezember auch mit der Sozialdemokratie eine feste Mehrheit; ich hätte aber einmal die Politik sehen mögen, die man auf die Dauer mit dieser Mehrheit gemacht hätte.

(Sehr gut!)

Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Mit dieser Mehrheit bestimmte praktische Aufgaben der Gesetzgebung zu lösen, bin ich bestrebt gewesen. So habe ich mit ihr im Reich den Ausbau der deutschen Flotte ermöglicht und den Zolltarif, die Handelsverträge, die Brüsseler Zuckerkonvention, die Reichsfinanzreform, in Preußen den Kanal, die Bergarbeiternovelle, das Volksschulgesetz zustande gebracht. Das damalige Gerede über Zickzackkurs und Fortwursteln war ebenso töricht wie die Behauptung von meiner Abhängigkeit von der Zentrumspartei. Ohne eine innerlich homogene Mehrheit läßt sich keine programmatische Politik treiben, ohne eine solche lassen sich nur bestimmte Fragen von Fall zu Fall lösen. Das habe ich getan, nicht, wie man mir das hier und da vorgeworfen hat, als finassierender Diplomat, sondern als praktischer Staatsmann. Es war ganz in der Ordnung, daß ich versuchte, solange es ging, mit der Mehrheit zu regieren, die für nationale, d. h. im Interesse des Ganzen liegende Zwecke vorhanden war, und daß ich diese Mehrheit in den Dienst solcher Zwecke gestellt habe. Ich erkenne auch heute durchaus an, daß das Zentrum mitgewirkt hat bei solchen Aufgaben, und daß es geholfen hat, sie in einer Weise zu lösen, die im Interesse des Landes war, bis zu dem Tage, wo das Zentrum sich nicht nur getrennt hat von den anderen bürgerlichen Parteien, mit denen zusammen es so große Aufgaben gelöst hatte, sondern wo es die Regierung gezwungen hat, den Reichstag aufzulösen. Denn mein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich habe auf sie hingewiesen, als ich einmal — ich glaube, es war im Abgeordnetenhause — sagte, daß ich in nationalen Fragen keinen Spaß verstünde. Ich gehe mit jeder Partei, die die großen Bedingungen achtet, ohne welche das deutsche Volk in der Welt nicht atmen und leben und sich behaupten kann. Wird dagegen gesündigt, so hört bei mir die Gemütlichkeit und bei der Regierung das Zusammengehen auf. Der Einfluß, die Macht einer Partei werden zu einer Geißel für die anderen, sie werden zu einer Plage für das Land, wenn sie mißbraucht werden. Und solcher Mißbrauch liegt nicht einmal im Interesse der Partei, die ihn ausübt; denn da heißt es auch: Druck erzeugt Gegendruck, und früher oder später stellt sich der Rückschlag ein. Das Zentrum hat seine ausschlag-

gebende Stellung nicht mit demjenigen Maße der Besonnenheit und Selbstbeherrschung benutzt, die für eine Partei die Vorbedingung dauernden Einflusses ist.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, wie ist es zu dieser Krisis gekommen? Auch darüber hat sich der Herr Abgeordnete Spahn verbreitet. Ich will Ihnen meine Auffassung der Dinge vortragen, die von derjenigen des Herrn Führers der Zentrumspartei allerdings in wesentlichen Momenten abweicht. Als ich — es war ja wohl noch im November — diesem hohen Hause den neuen Herrn Kolonialdirektor vorstellte, habe ich die in der Kolonialverwaltung begangenen Fehler und Irrtümer offen eingeräumt. Ich habe nichts vertuscht[1]). Ich habe gesagt, daß die zur Sprache gebrachten und wirklich vorgefallenen Mißstände streng untersucht und unnachsichtlich geahndet werden sollten. Ich habe der bestimmten Absicht Ausdruck gegeben, Wandel und Besserung zu schaffen. Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich auf die Mitwirkung dieses hohen Hauses rechnete, damit auf eine vorübergehend vielleicht notwendige, aber sehr unerquickliche und auf die Dauer dem Kredit des Landes schädliche Periode eines ununterbrochenen Waschens schmutziger Wäsche endlich eine Zeit ruhiger und positiver Arbeit in unserer Kolonialverwaltung folgen könne.

(Sehr gut!)

Ich hatte damals den Eindruck, daß dieser mein Appell einer verständnisvollen Aufnahme begegnete. Da kam der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Herrn Abgeordneten Roeren[2]). Daß es zu diesem Zusammenstoß kam, mußte mich deshalb in hohem Grade überraschen, weil auf meine Veranlassung und in meinem Beisein der Herr Kolonialdirektor zwei hervorragenden Führern der Zentrumspartei den ganzen status causae, die begründeten Beschwerden und die berechtigten Erwartungen der Kolonialverwaltung vorgetragen hatte.

(Hört! hört! links.)

Ich war überzeugt, daß nach dieser loyalen Aussprache die Zentrumspartei die Fortführung einer sachlichen und vernünftigen Kolonialpolitik nicht weiter stören würde. Diese meine Erwartung hat sich nicht erfüllt. Der Herr Abgeordnete Roeren ging gegen den Herrn Kolonialdirektor in einer in der Sache nicht begründeten, in der Form maßlosen Weise vor.

(Lebhafte Zustimmung links und rechts.)

[1]) S. die Rede vom 28. Nov. 1906. II, S. 344 ff.

[2]) Am 3. Dezember 1906.

Am Tage nach diesem Zusammenstoß bin ich hier erschienen und habe in ernsten und klaren Worten keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich hinter dem Kolonialdirektor stünde, der nach meiner Weisung hier gehandelt hatte[1]). Ich habe es bis zuletzt für ausgeschlossen gehalten, daß mich die Zentrumspartei für diese meine selbstverständliche und pflichtmäßige Haltung durch die Ablehnung einer Forderung würde strafen wollen, bei der es sich nicht nur um einen wichtigen Akt unserer bisherigen Kolonialpolitik, sondern darüber hinaus um eine große Prinzipienfrage handelte.

(Sehr richtig! links.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat soeben das von mir gesprochene Wort von der wünschenswerten Paarung von konservativem und liberalem Geiste beanstandet. Nun, meine Herren, ich bin auch heute der Ansicht, daß die fruchtbarsten Epochen in unserer Entwicklung zurückzuführen sind auf die richtige Mischung von konservativem und liberalem Geiste.

(Bravo! Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren, eine Paarung, die ich allerdings bis zum letzten Augenblick für unmöglich gehalten habe, das war die Paarung Roeren-Singer, die mir am 13. Dezember entgegentrat.

(Sehr gut!)

Es ist nicht möglich, eindringlicher zu warnen, als ich das in der Sitzung vom 13. Dezember getan habe[2]). Wer daraufhin nicht den Ernst der Situation einsah und die Unmöglichkeit für die verbündeten Regierungen, unter das vor ihnen aufgepflanzte kaudinische Joch zu gehen, dem war nicht zu helfen.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Wenn die Herren von der Zentrumspartei die Verständigung gewollt hätten, wenn sie unter Wahrung des beiderseitigen prinzipiellen und Ehrenstandpunktes die Auflösung des Reichstags hätten vermeiden wollen, so brauchten sie nur für den Antrag Ablaß zu stimmen

(sehr richtig! links),

der das Budgetrecht des Reichstags vollständig wahrte, und der dem Wunsch nach Sparsamkeit jede Rechnung trug[3]). Das haben sie nicht getan, weil sie

---

[1]) Rede vom 4. Dezember 1906. II, S. 353 ff.

[2]) II, S. 356 ff.

[3]) Der Antrag Ablaß wollte die weitere erhebliche Verminderung der Gesamtstärke der Truppen in Südwestafrika „entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebiets" vorbereitet sehen; das Zentrum wollte die Verminderung der Truppen auf einen bestimmten Termin und eine bestimmte Stärke festlegen.

gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung ducken wollten. Das hat sich die Regierung nicht gefallen lassen, und das wird sich, so Gott will, die Regierung niemals gefallen lassen.

(Stürmisches Bravo rechts und links.
Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat auch gemeint, durch das Vorgehen der Regierung wäre die Ehre der Zentrumspartei verletzt worden. Wodurch soll ich denn die Ehre der Zentrumspartei verletzt haben? Etwa dadurch, daß ich ohne ihre Erlaubnis den Reichstag aufgelöst habe?

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, das wäre ja nicht mehr ausschlaggebende Stellung, das wäre auch nicht der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht

(sehr richtig!),

den der Herr Abgeordnete Spahn soeben zitiert hat, das wäre nicht einmal mehr Trumpf, sondern das wäre Parteityrannei — und die läßt sich niemand gefallen.

(Sehr gut!)

Nicht die Ehre der Zentrumspartei ist verletzt worden, sondern der Beschluß, den die Zentrumspartei gemeinsam mit der Sozialdemokratie uns aufzwingen wollte, war ein Vorstoß gegen die Autorität der Regierung und gegen große Regierungsgrundsätze, deren Aufrechterhaltung nach meiner Überzeugung im Interesse des Landes, seines Friedens und seiner ruhigen Fortentwicklung liegt.

(Sehr gut!)

Meine Herren, ich muß mich jetzt zu zwei Behauptungen wenden, die eine große Rolle im Wahlkampf gespielt haben. In Artikeln der sozialdemokratischen wie der Zentrumspresse und auch in Wahlaufrufen ist die Sache so dargestellt worden, als wenn es sich darum handelte, verfassungsmäßige Einrichtungen und Freiheiten gegen das persönliche Regiment zu verteidigen. Meine Herren, das war eine Irreführung der Wähler, das war ein falsches Signal, ausgesteckt, um die Wähler irre zu führen, wie das in seinem bekannten Artikel ein Sohn des ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion ausgesprochen hat. Es ist ja die Unsitte eingerissen, das persönliche Regiment als eine Art von Popanz hinzustellen, um die politischen Kinder zu schrecken, deren Zahl allerdings sehr groß ist.

(Große Heiterkeit.)

Wo ist denn in der letzten Zeit das persönliche Regiment in die Erscheinung getreten? Weder in der braunschweigischen Frage[1]), noch bei irgendeinem anderen Anlaß, noch insbesondere bei der Auflösung des Reichstags. Die Auflösung des Reichstags war die durchaus konstitutionelle Ausübung eines in der Verfassung festgelegten Rechts und in keiner Weise ein Vorstoß gegen die Stellung des Reichstags.

(Sehr richtig!)

Von einer Bedrohung der Reichsverfassung durch das persönliche Regiment ist überhaupt nie die Rede gewesen; eine solche liegt ganz außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Wohl aber sind unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen, die von den verbündeten Regierungen gewissenhaft beobachtet und treu gewahrt werden, bedroht durch die Partei, die da auf den Bänken der äußersten Linken sitzt, und die ihre letzten Ziele ja gar nicht anders erreichen kann als durch einen Verfassungsbruch; und an die Seite dieser Partei hatte sich die Zentrumspartei gestellt. Alle Behauptungen über Eingriffe oder Übergriffe der Krone bei der Auflösung des Reichstags oder während der Wahlbewegung sind ohne Ausnahme müßige und frivole Erfindungen. Die Krone hat lediglich ihre Zustimmung gegeben zu einem Beschluß der verbündeten Regierungen; das war ihr gutes Recht. Es handelte sich auch gar nicht darum, wer im letzten Ende zu entscheiden hat: der Kaiser oder der Reichstag. Das ist eine törichte Antithese. Der Reichstag hat das Recht, Vorlagen der verbündeten Regierungen abzulehnen; die verbündeten Regierungen haben das Recht, wenn sie dies im Interesse des Landes für notwendig halten, mit Zustimmung des Kaisers den Reichstag aufzulösen. Ich erkläre es ein für allemal für eine dreiste Unwahrheit, wenn man der Regierung, wenn man mir verfassungswidrige Handlungen oder Absichten oder Gesinnungen imputiert. Ich habe das Wahlgeheimnis durch ein besonderes Gesetz geschützt

(Zuruf links),

ich habe Diäten eingeführt, ich habe wiederholt erklärt und erklären lassen, daß ich unverrückt auf dem Boden der Verfassung stünde. Ich habe das Budgetrecht des Reichstags nicht verletzt, sondern gewahrt, nicht bedroht, sondern gehütet. Ich verbitte mir solche wahrheitswidrigen Insinuationen. Es handelte sich bei diesem Wahlkampfe nicht um Absolutismus, Despotis-

[1]) S. dazu den II, 445 ff. veröffentlichten Briefwechsel.

mus, Militarismus, Feudalismus, und wie die ismen alle lauten

(Heiterkeit),

sondern es handelte sich darum, daß das Zentrum, auf die Sozialdemokratie gestützt, die verbündeten Regierungen in die Enge treiben wollte. Art. 5 oder 4 der Reichsverfassung — ich erinnere mich im Augenblick nicht genau, Art. 5, glaube ich — lautet:

> Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag.

Darin liegt schon, daß keine Seite allein zu entscheiden hat. Die verbündeten Regierungen erkennen die Gleichberechtigung des Reichstags vollkommen an, nicht aber die Alleinberechtigung. Es wäre Alleinherrschaft, wenn eine Partei der Regierung Entschlüsse aufzwingen wollte, für welche diese nicht die Verantwortung übernehmen kann.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Spahn auch davon gesprochen, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt worden wären. Darauf erwidere ich, daß leider zu den gröbsten Wahrheitsentstellungen, die im Wahlkampfe eine Rolle gespielt haben, die Behauptung gehört, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. Wenn es eine Regierung gibt, welche den Vorwurf religionsfeindlicher und namentlich antikatholischer Politik und Gesinnung nicht zu scheuen braucht, so ist es die Regierung, an deren Spitze ich stehe.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

So etwas zu verbreiten, wie das im Wahlkampfe geschehen ist, war nicht nur direkt wahrheitswidrig, es war auch eine unpatriotische Handlung.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat soeben gemeint, es wäre durch diesen Wahlkampf die Kluft zwischen den beiden Konfessionen erweitert worden. Wenn dies wirklich der Fall wäre, so würde mich das mit dem tiefsten Bedauern erfüllen. Es würde das aber in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß ohne jede Not, ohne jeden zwingenden Anlaß die Parole von der Gefahr eines neuen Kulturkampfes in die Massen hineingeworfen worden ist.

(Sehr richtig! links und rechts.)

Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt voller Gerechtigkeit gegenüber beiden Konfessionen, voller Parität, wahrer Toleranz. Diesen Standpunkt werde ich niemals verlassen. Aber wenn von der Zentrumspartei die Zentrumsfraktion identifiziert wird mit der katholischen Religion, das ist

freilich ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere, das ist eine Haltung, die ich nicht mitmachen kann.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Kampf kehrt sich auch nicht gegen das Zentrum als konfessionelle Partei, sondern gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gelehnt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat. Die Abstimmung vom 13. Dezember hatte leider bewiesen, daß auch eine für die katholische Kirche und für unsere katholischen Mitbürger gerechte und wohlwollende Regierung nicht vor Feindschaft und Angriffen der Zentrumspartei sicher ist; aber das sollte doch wenigstens die Haltung der Regierung bewirkt haben, daß uns nicht in vollständigem Widerspruch mit dem wirklichen Sachverhalt Gesinnungen und Absichten beigelegt werden, die niemals bestanden haben.

Meine Herren, ich komme jetzt auf einen Punkt, über den begreiflicherweise — das muß ich zugeben — der Herr Abgeordnete Dr. Spahn rasch weggegangen ist, über den uns aber der Herr Abgeordnete Bassermann mancherlei Interessantes gesagt hat: ich meine das Verhältnis, das in diesem Wahlkampf obgewaltet hat zwischen der Zentrumspartei und der sozialdemokratischen Partei. Meine Herren, ein Mitglied der Zentrumspartei hat mir im Abgeordnetenhause den Vorwurf gemacht, daß ich die Zentrumspartei in denselben Topf geworfen hätte mit der sozialdemokratischen Partei. Das ist mir gar nicht eingefallen. Aber zu meinem lebhaften Erstaunen und zu meinem tiefen Bedauern fand ich plötzlich das Zentrum in dem Topf der sozialdemokratischen Partei.

(Große Heiterkeit.)

Wie das zustande gekommen ist, wer sich zuerst zum andern hingezogen gefühlt hat, das weiß ich nicht; ich weiß nur, daß ich mich unvermutet einer Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gegenüber befand, zu der ich Stellung nehmen mußte. Um so ungerechter ist der Vorwurf, daß ich durch meine Haltung gegenüber der Zentrumspartei eine Einigung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hätte. Wenn es zu einer solchen Einigung, auf die ich lange hingearbeitet habe, die noch heute das Ideal vieler guten Patrioten ist, — wenn es zu einer solchen einheitlichen Front noch nicht gekommen ist, so lag die Schuld in erster Linie an der Zentrumspartei. Nicht nur weil sie es zum Bruch mit der Regierung getrieben hatte, sondern weil sie auch demonstrativ an der Seite

der Sozialdemokratie Platz nahm. Wenn es eine Partei gibt, die nach ihrer Basis, nach ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundsätzen, nach ihren Zielen nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumspartei.

(Sehr gut! links.)

Das Zusammengehen der Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie war nicht nur ein politischer Fehler, ein grober politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was Christen heilig ist. Soll ich Ihnen alle Blasphemien der Führer der Sozialdemokratie vorlesen? Die sind hier zusammengestellt in einem Buche, das von einem Katholiken verfaßt ist. Es war ein Unrecht, ein schweres, moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die hier in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist

(Lachen bei den Sozialdemokraten),

für die Pariser Kommune, die den Erzbischof Darboy füsiliert hat — daran erinnere ich Sie, Herr Bebel, gegenüber der Heiterkeit, die sich Ihrer plötzlich bemächtigt; die Sache war nicht heiter —, die den Erzbischof Darboy erschießen ließ, die die unschuldigen Dominikaner von Auteuil abgeschlachtet hat! Für die Apologeten und Gesinnungsgenossen der Pariser Kommune haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole ausgegeben. Dieser Partei sind vom Zentrum ungefähr 12 Wahlkreise zugeschanzt worden. Dieser Partei haben Zentrumswähler den Steigbügel gehalten. Ohne die Unterstützung von Zentrumsseite würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christentumsfeindlichkeit — so nannte sie noch kürzlich ein großes katholisches, ein Zentrumsblatt — auf zwei bis drei Dutzend Wahlmandate zurückgeworfen sein.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Die Zentrumspresse mag das jetzt dialektisch verkleben und verkleistern, wie sie will, das Unrecht bleibt bestehen. Man sündigt nicht ungestraft gegen große ethische Gesichtspunkte. Wie soll übrigens eine Einigung unter den bürgerlichen Parteien möglich sein, wenn die stärkste bürgerliche Partei, sobald ihr etwas nicht paßt, oder wenn sie gegen die Regierung und die anderen bürgerlichen Parteien auftrumpfen will, gelehnt auf die Sozial-

demokratie, der Regierung und den anderen bürgerlichen Parteien Schach bietet?

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn das sogar in nationalen, in Wehrfragen geschieht, dann ist freilich keine einheitliche Front gegenüber der Sozialdemokratie möglich.

Wenn man mir das Verhalten der Liberalen in Köln entgegenhält, so erwidere ich darauf, daß zunächst eine große Anzahl Kölner Liberaler, der Herr Oberbürgermeister Becker an der Spitze, für den Zentrumsabgeordneten eingetreten sind. Das hat, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, auch der Herr Abgeordnete Trimborn nach seiner Wahl anerkannt.

(Zustimmung des Abgeordneten Trimborn.)

— Ich konstatiere mit Vergnügen, daß der Herr Abgeordnete Trimborn mir zustimmt. — Sofern aber Liberale in Köln eine andere Haltung eingenommen haben, mißbillige ich ihr Verhalten.

(Bravo! rechts.)

Ich habe vor und bei der Wahl nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß ich jede direkte oder indirekte Unterstützung, die hier und da Liberale der Sozialdemokratie gewährt haben, durchaus und im höchsten Grade mißbillige.

(Bravo! rechts. Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Solange die Sozialdemokratie auf ihrem gegenwärtigen, von dem Herrn Abgeordneten Bebel in Dresden so prägnant formulierten Standpunkte der Todfeindschaft gegen den nationalen Staat und die bürgerliche Gesellschaft verharrt, so lange sollten Wahlbündnisse nur zwischen den bürgerlichen Parteien möglich sein. Die bürgerlichen Parteien sollten auch zu stolz sein, sie sollten zu viel Würde und Selbstachtung haben, um im Wahlkampfe mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit dem gleichen Haß verfolgt, die sie alle mit derselben verächtlichen Geringschätzung behandelt.

(Lebhaftes Bravo rechts und links.)

Das Zentrum aber, das christliche Grundsätze vertritt, das soeben noch durch den Mund seines Führers uns gesagt hat, daß unsere ganze Kultur auf dem Christentum ruht, sollte in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen; gerade ihm sollte jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unmöglich sein. Und es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus denjenigen Katho-

liken, vor allem aber den Bischöfen, meinen Dank auszusprechen, die im Wahlkampf furchtlos und treu ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben haben[1]).

(Bravo! rechts.)

Die Zukunft wird zeigen, wie sehr sie nicht nur im Interesse des Vaterlandes, sondern auch ihrer Kirche gehandelt haben, als sie nicht kleinlicher Fraktionsarithmetik, gehässigen Rankünen und egoistischen Herrschaftsgelüsten, sondern dem Leitstern ewiger Wahrheit gefolgt sind.

(Lebhaftes Bravo.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat sich auch beschäftigt mit der Haltung der Regierung und mit meiner Haltung gegenüber den Wahlen. Er hat von Wahlbeeinflussungen gesprochen. Ich nehme für die Regierung und ich nehme für mich das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzuklären über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung.

(Lebhaftes mehrseitiges Sehr richtig!)

Von diesem Rechte werde ich bei künftigen Wahlen sogar noch in viel weiterem Umfange Gebrauch machen.

(Stürmisches Bravo. Händeklatschen.)

Da werde ich Ihnen, meine Herren von der äußersten Linken, noch ein ganz anderes Lied vorblasen.

(Bravo! und Sehr gut! rechts und links.)

Das wäre noch besser, wenn gegen die Regierung mit den unerhörtesten Beschimpfungen und Wahrheitsverdrehungen vorgegangen wird, der Regierung aber verbindet man das Maul, die soll nicht einmal antworten dürfen. Nein, meine Herren, wenn wir angegriffen werden, so antworten wir.

(Bravo!)

Wenn man auf uns schießt, so schießen wir wieder. Das geschieht in anderen Ländern auch so. Gerade in den konstitutionell-parlamentarisch regierten Ländern nehmen die Minister noch einen viel aktiveren Anteil an dem Wahlkampfe, als das, wenigstens bisher, bei uns der Fall gewesen ist.

Nun hat der Abgeordnete Spahn sich auch mit dem Flottenverein beschäftigt[2]). Er hat dem Flottenverein eine ungehörige politische Tätigkeit,

---

[1]) S. u. a. den Wahlaufruf nationaler Katholiken gegen das Zentrum aus Düsseldorf, 10. Januar 1907.

[2]) Der Flottenverein hatte sich am Wahlkampf in der Person seines geschäftsführenden Vorsitzenden, des Generalmajors z. D. Keim lebhaft beteiligt. Der „Bayrische Kurier" veröffentlichte Briefe Keims, die, von Angestellten entwendet, dieser Zeitung

er hat der Regierung eine unzulässige Verbindung mit dem Flottenverein vorgeworfen. Die Regierung steht dem Flottenverein geradeso unabhängig gegenüber wie anderen Vereinen, Korporationen und Parteien. Was insbesondere die Verstärkung unserer Flotte und das Tempo ihrer Verstärkung angeht, so können hierfür selbstverständlich nur die Erwägungen maßgebend sein, die im Interesse des Landes, seiner Sicherheit und seines Friedens die verbündeten Regierungen im Rahmen einer verständigen inneren und auswärtigen Politik für richtig und angemessen halten.

Was aber die Briefe angeht, die dem Herrn Generalmajor Keim gestohlen worden sind

(sehr gut! und Heiterkeit),

was diese dem Flottenverein offenbar in schimpflicher Weise gestohlenen Briefe angeht, so habe ich darüber das Nachstehende zu sagen. Der Flottenverein bezweckt die Mitwirkung an einer nationalen Aufgabe, indem er in weiten Kreisen für unsere überseeischen Zwecke Verständnis erweckt und für die Notwendigkeit, unsere Küsten zu schützen. Deshalb finde ich es auch durchaus begreiflich, daß sich Mitglieder des Flottenvereins an diesem Wahlkampf beteiligt haben, der sich drehte um eine nationale Frage und um überseeische Angelegenheiten. Inwieweit der Flottenverein als solcher in Aktion treten und welchen Spielraum er seinen Mitgliedern für ihre politische Betätigung lassen will, das zu beurteilen, ist lediglich seine Sache. Ich bin nicht der Flottenverein, das können Sie schon aus der Kritik ersehen, die der Flottenverein an mir geübt hat.

(Heiterkeit.)

Wenn aber ein hervorragendes Mitglied des Flottenvereins zu mir kommt und mir erklärt, daß er sich in den Dienst der nationalen Sache stellen und bei den Wahlen für den Standpunkt der Regierung wirken wolle, so nehme ich eine solche Unterstützung dankbar an. Es wäre einfach lächerlich und kommt — ich wiederhole es noch einmal — nirgends vor, daß ein leitender Staatsmann, der die Auflösung eines Parlaments für notwendig gehalten hat, daß der, wenn die Entscheidung herannaht, in die Rolle einer Pagode verfällt.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Die Regierung ist durchaus berechtigt, gegen sie erhobene Angriffe zu wider-

---

zugänglich gemacht worden waren und aus denen hervorgehen sollte, daß der Reichskanzler den Flottenverein mit amtlichen Geldern unterstützt und bei der Abfassung von Broschüren mitgewirkt haben sollte.

legen und hierfür auch amtliches Material zur Verfügung zu stellen, ihren Rat, wenn er erbeten wird, nicht zu verweigern.

Nach der Auflösung des Reichstags sind manche Herren aus Ihrer Mitte bei mir gewesen und haben mit mir Gedanken über den Wahlkampf ausgetauscht. Ich glaube nicht, daß einer dieser Herren den Eindruck mitgenommen haben wird, als ob ich unberechtigte Wahlbeeinflussung betriebe. Ob der General Keim in jedem einzelnen Fall immer das Richtige getroffen hat, kann ich nicht entscheiden; aber gegenüber den Verlegenheiten, die man jetzt dem Generalmajor Keim mit Hilfe gestohlener Briefe zu bereiten sucht, will ich laut und dankbar anerkennen, daß sich der Generalmajor Keim mit seiner Person in selbstloser, aufopfernder, rastloser Weise in den Dienst einer guten Sache gestellt hat.

(Bravo! rechts.)

Ich billige selbstverständlich nicht persönliche Angriffe gegen die Personen der Gegner; aber auch in dieser Richtung muß man die Hitze des Wahlkampfes in Betracht ziehen. Ich kann das sagen, meine Herren, der ich während der 10 Jahre, wo ich auf dieser Bank sitze, meines Wissens nie einen politischen Gegner in persönlicher Weise angegriffen habe, der ich den politischen Kampf niemals auf das persönliche Gebiet übertragen habe, weil ich das kleinlich finde. Aber anderswo wird das nicht immer so gehandhabt.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit der Art und Weise, wie die Sozialdemokratie diesen Wahlkampf geführt hat, werde ich mich wohl noch zu beschäftigen haben; aber auch von der Zentrumspartei ist in Wahlaufrufen, in Wahlartikeln, in Wahlbroschüren und in Wahlflugschriften viel gesündigt worden.

Ich habe hier eine ganze Blütenlese solcher Äußerungen vor mir. Da wimmelt es nur so von Injurien und — mehr als kühnen Behauptungen. Also, meine Herren, lesen Sie, bitte, die schöne Parabel vom Splitter und vom Balken. Denken Sie lange darüber nach, denken Sie an den Balken im eigenen Auge, und messen Sie Freund und Gegner mit dem gleichen Maße!

(Bravo!)

Meine Herren, von zwei Seiten ist heute die Frage aufgeworfen worden: w e r h a t b e i d i e s e n W a h l e n g e s i e g t? Nicht die Parteien, meine Herren, die auch in diesem Wahlkampf manche Beweise von Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit gegeben haben. Auch nicht die Herren Parteiführer, die zum Teil vor der Auflösung daran zu zweifeln schienen, ob der Reichskanzler den Mut haben würde, den ihm hingeworfenen Handschuh

aufzunehmen, und die nach der Reichstagsauflösung dieselbe für ein sehr gewagtes Unternehmen, für einen Husarenstreich — ich trage ja seit 37 Jahren Husarenuniform — zu halten schienen. Auch nicht die hauptstädtische Presse, die mit einigen rühmlichen Ausnahmen — ich nenne in erster Linie die „Deutsche Tageszeitung" — viel gesündigt hat durch doktrinäre Einseitigkeit und Rechthaberei. In einem großen Blatte, das freilich kein Berliner Blatt war, las ich nach der Auflösung einen schönen Artikel; im Eingang hieß es, endlich hätte ich mich entschlossen, den Reichstag aufzulösen, und am Schlusse, ich hätte den Parteien und dem Volke doch noch zwei Jahre Zeit lassen sollen, um sich auf den Wahlkampf vorzubereiten.

(Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, wer in diesem Wahlkampf gesiegt hat, das ist das deutsche Volk! Im Vertrauen auf das deutsche Volk, auf den gesunden, den nationalen Sinn des deutschen Volks haben die verbündeten Regierungen sich zur Auflösung entschlossen. Ich stelle vor dem Inland und namentlich vor dem Ausland fest, daß sich alle diejenigen täuschen, welche wegen gewisser deutscher Fehler, aus unserem Parteihader, aus unserer Neigung zu Pessimismus, zu übertriebener Kritik, daran zweifeln, daß wir in großen Momenten, wo es um Ansehen, Ehre und Stellung des Landes geht, über eine große, über eine gewaltige Mehrheit im deutschen Volke verfügen.

(Lebhaftes Bravo.)

Nun, meine Herren, liegt es in unserer parlamentarischen Geschichte, es liegt in unseren so eigentümlichen Parteiverhältnissen, es liegt in unserer ganzen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Struktur, daß Wahlen auf der Basis unseres Wahlrechts kaum eine homogene Mehrheit ergeben können. Die Mehrheit, die von Herrn v. Normann zu Herrn Kaempf und Herrn Schrader reicht, geht in ihren Anschauungen über viele wichtigen Punkte weit auseinander.

(Sehr richtig!)

— Ja, meine Herren vom Zentrum, Sie sagen: sehr richtig!

(Widerspruch in der Mitte. Zuruf: Es war links!)

Sie hätten es auch sagen können. Gerade in Ihrer Presse, in der Zentrumspresse, habe ich das fortgesetzt gelesen. Bilden Sie, meine Herren vom Zentrum, — ich führe meinen Gedanken weiter aus — denn so eine homogene Partei?

(Sehr gut!)

Stoßen Sie nicht schon im Rahmen Ihrer Fraktion auf Gegensätze, wie sie etwa zwischen Herrn v. Heydebrand und Herrn Fischbeck oder Herrn Payer bestehen?

(Heiterkeit.)

Sie bilden auch keine homogene Masse und würden wahrscheinlich alle Plätze dieses hohen Hauses von rechts bis links füllen, wenn das konfessionelle Band fortfiele, das Sie zusammenhält.

(Sehr gut!)

Also denken Sie an Ihre eigene Verschiedenheit; denken wir an die Verschiedenheiten in der Zentrumsfraktion, und wundern wir uns nicht darüber, daß auch die Mehrheit, die sich aus den Wahlen herausgestellt hat, in ihren Ansichten über manche Punkte auseinandergeht.

Diese Mehrheit hat sich gefunden in einem Punkte, der für die verbündeten Regierungen weitaus der wichtigste ist, nämlich in dem nationalen Gedanken. Von diesem Punkte ausgehend und ihn als unverrückbare Basis betrachtend, muß die Mehrheit jetzt vor allem zeigen, daß sie positive Arbeit zu leisten vermag. Darauf kommt alles an. Dadurch wird sie ihren Sieg bei den Wahlen rechtfertigen, dadurch sich dauernd den Einfluß sichern, dadurch immermehr sich das Vertrauen des Volkes erwerben. Und wenn die Mehrheit positive Arbeit leistet, dann wird auch jeder leitende Staatsmann mit der Verschiedenartigkeit ihrer Zusammensetzung rechnen müssen. Ich, meine Herren, werde ihr Rechnung tragen.

(Bravo!)

Meine Herren, ich habe hier mal gesagt, daß ich keine Vorurteile hätte[1]). Das soll nicht bedeuten, daß ich heute konservativ und morgen liberal regieren könnte, heute die nach pflichtmäßiger Überzeugung von mir vertretene Wirtschaftspolitik führen, morgen mich dem Freihandel zuwenden könnte. Nein, meine Herren, in dem Schutz aller nationalen Arbeit, in der gleichmäßigen Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbszweige, in dem Schutze, dem vollen Schutze für die Landwirtschaft

(bravo! rechts),

in der Förderung der Industrie, in der Fürsorge für die Arbeiter werde ich mir treu bleiben [2]). Diese Politik betrachte ich als mein eigenstes Werk, das ich nicht zerstören werde.

(Bravo! rechts.)

[1]) Rede vom 14. Nov. 1906. II, S. 341.

[2]) Diesen Standpunkt sprach Fürst Bülow bereits bei seinem überhaupt ersten Auftreten im Abgeordnetenhause aus, s. Rede vom 9. Januar 1901, I, 176ff.

Dazu habe ich um so weniger Veranlassung, als sich diese Politik durchaus bewährt hat, wirtschaftlich und auch politisch bei den Wahlen.

(Bravo! und Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das schließt aber nicht aus, meine Herren, daß ich denjenigen Wünschen entgegenkomme, die auf anderen Gebieten von der bürgerlichen Linken gehegt werden. Der Herr Abgeordnete Bassermann hat ja soeben eine Reihe solcher Wünsche geäußert, über die sich reden läßt. Ich denke da an eine Reform unseres Vereins- und Versammlungsrechts.

(Lebhafter Beifall.)

Ich denke an Ersparnisse durch Vereinfachung, auch in der Armee; ich denke an die Reform des Strafrechts und der Strafprozeßordnung, an die Aufbesserung der Beamten in ihren Bezügen.

(Lebhafter Beifall.)

Durch die hochherzige Initiative unseres Kaisers soll, wie Sie aus der Thronrede ersehen haben, durch die Beschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse einem in weiten Kreisen herrschenden Wunsche entsprochen werden.

Im Interesse des Staatskredits und unseres ganzen Wirtschaftslebens werden, wie ich hoffe, Rechte und Linke dahin wirken, daß unser Kapitalsmarkt gekräftigt wird, und daß unsere Börse in den Stand gesetzt wird, ihrer Aufgabe als wichtiges nationales Wirtschaftsinstrument gegenüber den Börsen des Auslands *besser* als bisher gerecht zu werden.

(Bravo!)

Die Praxis hat zweifellos ergeben, daß durch einzelne Bestimmungen der gegenwärtigen Gesetzgebung die deutschen Börsen in ihrem Wettbewerb mit den ausländischen Börsen in eine nachteilige Stellung gedrängt sind, die dem Gesamtinteresse des Landes nicht entspricht.

(Sehr richtig! links.)

Wir werden uns, meine Herren, auch, wie ich hoffe, einig finden in der Fortführung einer gesunden, kräftigen, vorurteilslosen, vernünftigen Sozialpolitik.

(Lebhafter Beifall.)

Auf diesem Gebiete wird nicht Rückschritt und nicht Stillstand, sondern Fortschritt unsere Losung sein.

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Die Sozialpolitik soll aber nicht Halt machen, wenn für den Arbeiter gesorgt ist, sie soll nach meiner Überzeugung auch in verständigen Grenzen dem Mittelstande zu gut kommen

(lebhaftes Bravo),

der vielfach mindestens ebenso schwer zu kämpfen und zu leiden hat wie die eigentlich arbeitende Bevölkerung.

(Lebhaftes Sehr richtig.)

Meine Herren, ich beschränke mich heute auf diese kurzen Andeutungen, die Ihnen nur zeigen sollen, daß nach meiner festen Überzeugung es sehr wohl möglich ist, eine fruchtbare zielbewußte Politik mit derjenigen Mehrheit zu treiben, die uns das deutsche Volk durch die Wahlen gegeben hat.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

Diese Politik wird um so fruchtbarer sein, je mehr sie getragen wird von Vertrauen unter den Mehrheitsparteien und zwischen den Mehrheitsparteien und den verbündeten Regierungen.

(Wiederholter Beifall.)

Möge dieses Vertrauen sich immer mehr befestigen und wachsen zum Wohle des deutschen Volkes und zum Besten der ihm gestellten großen Aufgaben.

(Stürmisches, anhaltendes Bravorufen und Beifallklatschen.)

---

2. Gegen die Sozialdemokratie.

Sitzung des Reichstags vom 26. Februar 1907.

Am folgenden Tage, 26. Februar 1907, griff der Abg. Bebel den Reichskanzler scharf an, indem er, Bismarck gegen Bülow ausspielend, ihm Haß gegen die Sozialdemokratie, ungesetzliche Wahlbeeinflussung, Erhaltung des Schlechten und Lebensunfähigen im Staate, ungerechte Beurteilung der praktischen Arbeit der Sozialdemokratie infolge Unkenntnis der Sozialpolitik vorwarf. Darauf erwiderte Fürst Bülow.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, mit Bezug auf eine konkrete Anfrage, die der Herr Abgeordnete Bebel im Laufe seiner Ausführungen über angebliche Wahlbeeinflussungen der Regierung während des Wahlkampfes an mich gerichtet hat, will ich vor diesem hohen Hause und vor dem Lande auf das entschiedenste und unzweideutigste erklären und feststellen, daß während der

Wahlbewegung aus amtlichen Fonds für Wahlzwecke nicht ein roter Heller ausgegeben worden ist.

(Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Im übrigen, meine Herren, weiß jedes Mitglied dieses hohen Hauses, daß ebenso wie zum Kriegführen auch zu einer Wahlkampagne Geld gehört. Ich habe mich deshalb für die Bildung eines Komitees interessiert, welches für die Minderheitsparteien am 13. Dezember Geld gesammelt hat.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das zu tun, meine Herren, ist mein gutes Recht, und von diesem meinem guten Recht habe ich Gebrauch gemacht. Die gesammelten Gelder sind nicht durch mich, sondern durch Vertrauensmänner der Parteien verteilt worden. Dem Wunsche einzelner Geldgeber gemäß haben auch in einzelnen Fällen Anregungen, die mir zugegangen sind und von mir an die Verteilungsstellen übermittelt waren, Berücksichtigung gefunden.

Im übrigen gehe ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel über Wahlbeeinflussungen heute nicht weiter ein, da ich sie gestern schon im voraus widerlegt zu haben glaube.

(Heiterkeit.)

Ich will diesen Teil der Ausführungen des Herrn Vorredners aber dankbar quittieren als einen Beweis dafür, daß die Regierung bei diesen Wahlen nicht geschlafen hat, sondern daß sie auf dem Posten war und ihre Schuldigkeit tat.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat auch gemeint, daß die Sozialdemokratie vorzugsweise, wenn nicht gar lediglich, eine reformatorische Tätigkeit entfalte. Er hat den Vorwurf weit abgewiesen, als ob die Sozialdemokratie destruktiv sei. Das hat mich gewundert, da im Laufe derselben Rede der Herr Abgeordnete Bebel uns in Aussicht gestellt hatte, daß er heute nur Dinge sagen wolle, die er beweisen könne.

(Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeodnete Bebel hat wohl vergessen, daß er vor wenigen Jahren auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden, wo er frei von der Leber sprach, gesagt hat, er sei ein Todfeind der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, und er werde nicht eher ruhen und rasten, als bis er diese gesellschaftliche Ordnung zerstört und vernichtet habe.

(Hört! hört! und Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel auch dem Andenken des verewigten Fürsten Bismarck gehuldigt, indem er gesagt hat, Fürst Bismarck habe der Sozialdemokratie immer objektiv gegenübergestanden. Ich konstatiere zunächst, daß diese Anerkennung des Herrn Abgeordneten Bebel für meinen großen Amtsvorgänger etwas spät kommt.

(Große Heiterkeit.)

Wenn der Herr Abgeordnete Bebel aber weiter mir vorgeworfen hat, ich nehme Partei gegen die Sozialdemokratie, so erwidere ich darauf, daß, solange die Sozialdemokratie die Monarchie bekämpft, welche die Grundlage unserer Verfassung ist, jeder Minister, der seine Schuldigkeit tut, Partei nehmen muß gegen die Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! rechts.)

Das hat Fürst Bismarck getan, und das wird jeder seiner Nachfolger tun.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel gemeint, sobald die Rede auf die Sozialdemokratie käme oder sobald ich ihn vor mir sähe, würde ich nervös. Ach du lieber Himmel!

(Große Heiterkeit.)

Ich nehme die sozialdemokratische Gefahr ernst, ich nehme sie sehr ernst, aber nervös macht sie mich gar nicht.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich dann mit der Wahlniederlage beschäftigt, die die Sozialdemokratie erlitten hat [1]). Er hat sich bemüht, diese Niederlage abzuschwächen, er war sichtlich bestrebt, die Niederlage zu beschönigen, die unter seiner Führung die sozialdemokratische Armee erlitten hat. Geschlagene Feldherren pflegen sich ja verschiedenartig zu benehmen. Entweder sie hüllen sich in Schweigen — das ist wohl das Würdigste

(Heiterkeit),

das tat z. B. der tapfere Benedek; oder sie bringen sich selbst um, wie der alte Cato

(große Heiterkeit),

— das läßt sich auch sehen —

(wiederholte große Heiterkeit);

oder aber die Niederlage erhöht noch die Redseligkeit

(stürmische Heiterkeit),

---

[1]) Die sozialdemokratische Partei hatte in dieser Wahl 36 Sitze verloren und war von 79 auf 43 Mitglieder gesunken.

eine gewisse gereizte Redseligkeit. Ich glaube aber, daß in unserem heutigen Falle das keinen großen Eindruck machen wird — außerhalb der Partei

(große Heiterkeit),

und ich möchte beinahe sagen, außerhalb der nächsten persönlichen Anhängerschaft des Herrn Abgeordneten Bebel

(sehr richtig!),

seiner allerintimsten persönlichen Umgebung.

Die Niederlage, welche die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen erlitten hat, und mit der ich mich etwas eingehender beschäftigen will, als der Herr Bebel aus naheliegenden Gründen getan hat, war zu wohlverdient.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie war zunächst wohlverdient, weil sie die Strafe war für vorhergegangene Großsprechereien. In Hamburg hatte Herr Bebel gesagt: bei diesem Wahlkampf soll der bürgerliche Liberalismus zerrieben werden. Meine Herren. mir scheint, der Liberalismus befindet sich noch ganz wohl.

(Sehr richtig!)

In einer Entrevue mit dem Korrespondenten eines besonders deutschfeindlichen ausländischen Blattes, eines jener deutschfeindlichen Blätter, die bei sich zu Hause die Sozialdemokratie wie die Pest verabscheuen und verfolgen, sie bei uns aber hätscheln und streicheln und sie uns an den Hals wünschen — also in einem Gespräch mit dem Korrespondenten eines solchen Londoner Blattes, der „Daily Mail", erging sich der Herr Abgeordnete Singer in kühnen Zukunftshoffnungen. Alle offiziellen und offiziösen Organe der Sozialdemokratie, die mir zu Gesicht gekommen sind, vom „Vorwärts" bis zur „Neuen Zeit", sprachen von bevorstehenden großen Erfolgen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall.

(Heiterkeit.)

Die Bravorufe, das Händeklatschen, mit dem Sie mich von den Bänken der äußersten Linken begrüßten, als ich hier die Auflösung des Reichstags ankündigte — Herr Bebel hat ja Wert darauf gelegt, noch kurz vor den Wahlen festzustellen, daß die Sozialdemokratie und nur die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstags mit donnerndem Applaus begrüßt habe, so meinte er ore rotundo — also dieser donnernde Applaus war verfrüht. Diesmal kam es anders herum.

(Heiterkeit.)

Die Niederlage war aber weiter wohlverdient, weil sie die Strafe war für einen engherzigen, dogmatischen, kleinlichen, philiströsen Geist, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts, eine Unterdrückung ausübte, ein Zwangssystem betätigte, eine Gesinnungsschnüffelei betrieb, ein geistiges Joch vorbereitete, wie es die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten; sehr richtig! rechts.)

Soll ich Sie daran erinnern, daß selbst Ihr Gesinnungsgenosse Jaurès sich genötigt sah, über den dogmatisme intolérant, den intoleranten Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie zu seufzen? Soll ich Sie daran erinnern, daß ein Freund und Parteigenosse Sie, den Führer der Sozialdemokratie, als den neuen Oliver Cromwell, den neuen Lordprotektor der Sozialdemokratie apostrophierte, daß sozialdemokratische Blätter den Herrn Abgeordneten Bebel mit Julius Cäsar verglichen?

(Große Heiterkeit.)

Julius Cäsar — August Bebel!

(Erneute Heiterkeit.)

Soll ich Sie an das Ketzergericht in Dresden erinnern [1])? Soll ich Sie erinnern an die Art und Weise, wie die sechs armen Redakteure des „Vorwärts" an die Luft befördert wurden [2])?

(Heiterkeit.)

L'État, c'est moi! sagte Ludwig XIV. zu seinem Parlament — „ich bin die Sozialdemokratie", war für eine gewisse hohe Stelle in der Sozialdemokratie schließlich die Losung geworden. Eine demokratische Partei — und eben noch hat der Herr Abgeordnete Bebel betont, daß die sozialdemokratische Partei vor allem eine demokratische Partei sei —

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten),

also eine demokratische Partei — meine Herren, die Sie „sehr wahr" rufen — mit autokratischer Spitze und Führung, — das ist eine contradictio in adjecto, das ist ein Nonsens.

(Sehr richtig! rechts.)

---

[1]) 1903: Streit um die Mitarbeit von „Genossen" an bürgerlichen Blättern.

[2]) Oktober 1905. 6 Redakteure des „Vorwärts" mußten namentlich auf Betreiben Bebels aus der Redaktion ausscheiden, weil sie den Radikalismus des Parteivorstandes nicht teilten.

Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch wohlverdient, weil sie die Strafe war für eine politische Kampfesweise und für eine publizistische Methode, wie sie so brutal die gebildete Welt doch noch kaum gesehen hat.

(Sehr richtig!)

Ich habe ja nun in der Kundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach den Wahlen, in der sogenannten Trostepistel an die Genossen

(Heiterkeit),

gelesen, künftig würde der Ton der Sozialdemokratie ein feinerer werden. Na, ich will das abwarten. Die Höflichkeit, die Courtoisie, mit der soeben Herr Bebel, dem gegenüber ich niemals die Form der guten Gesellschaft außer acht gelassen habe, mir grobe Unwissenheit vorgeworfen hat, läßt mich in dieser Beziehung noch einige Zweifel hegen.

(Heiterkeit.)

Jedenfalls, bisher war es einfach fürchterlich. Ich bin viel herumgekommen, ich habe infolge meines Lebensganges viel im Auslande gelebt, ich entsinne mich aber nicht, irgendwo derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie sie namentlich seit dem Dresdener Parteikongreß die sozialdemokratische Presse in unser früher anständiges und vornehmes, von idealistischem Schwunge getragenes öffentliches Leben einzubürgern suchte.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Und das war eine logische Entwickelung. Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse schließlich bei dem Sauherdenton [1]) anlangen. Nicht nur die Monarchie, die Armee, nein, das Vaterland, die Nation, alles, was der großen Mehrheit unseres Volkes heilig und teuer ist, wurde mit einer Wut, mit einem Ingrimm verfolgt, mit dem der große Dichter seinen Caliban alles Hohe und Edle angreifen läßt. Und dieser Tonart, das will ich ganz besonders konstatieren, ist die sozialdemokratische Partei auch in diesem Wahlkampf treu geblieben.

(Sehr richtig! links.)

Wie ein Indianerstamm auf dem Kriegspfad sind sie in diesen Wahlkampf gezogen

(Heiterkeit),

Unglaubliches ist geleistet worden, nicht nur im Herunterziehen nationaler Empfindungen und Gefühle, sondern auch in der Beschimpfung der Gegner.

[1]) Dieses geflügelte Wort ist nach einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gebildet, den Fürst Bülow schon in der Rede vom 9. Dezember 1904 (II, S. 139) zitiert hat.

Auch in anderer Beziehung hat bei diesem Wahlkampf die Sozialdemokratie sich selbst übertroffen. Der Herr Abgeordnete Bebel hat uns eine ganze Reihe von Zeitungsausschnitten vorgelesen, und ich möchte mir erlauben, hier kurz einen Ausschnitt vorzulesen aus einem bürgerlichen demokratischen Blatt. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb unter dem 6. Februar:

Die hiesige Sozialdemokratie

— also die Frankfurter Sozialdemokratie —

hat im Wahlkampf von dem verwerflichen Mittel der Fälschung und Verleumdung ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ihren Fälscherkunststücken setzte sie aber am heutigen Stichwahltage mit einem heute Nachmittag verteilten Flugblatt die Krone auf, in dem unter der Spitzmarke „Stimmenkauf" mitgeteilt wird: vor dem „Restaurant zum Storch", am Wahllokal des ersten Wahlbezirkes, seien heute Morgen um 10 Uhr einem Tapezier namens Wilhelm Haescher, wohnhaft Bendergasse 32 (im Adreßbuch nicht auffindbar), von einem freisinnig-demokratischen Wahlhelfer 10 Mark geboten worden, wenn er Oeser wähle. Das gleiche Angebot sei einem Zementarbeiter gemacht worden. Daß das eine freche Lüge ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Aber die Frechheit, mit der das „sozialdemokratische Wahlkomitee" diese Lügen verbreitete, wird ins rechte Licht erst durch die Tatsache gerückt, daß dieses Flugblatt bereits gestern abend gedruckt und zur Verteilung bereitgelegt war.

(Große Unruhe und Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind auf Grund zuverlässigster Information in der Lage, jederzeit den Nachweis für die Wahrheit unserer Behauptung zu erbringen.

(Hört! hört! rechts. — Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Widerlegen Sie mich doch später, wenn Sie das Wort haben! Unterbrechen Sie mich nicht ständig! Das ist eine schlechte Angewohnheit. Ich habe Sie auch nicht unterbrochen, Herr Bebel! —

Das verteilte Flugblatt charakterisiert sich darnach als eine Schurkerei der daran beteiligten Personen.

(Sehr richtig! rechts.)

Unterzeichnet ist das Fälschungsprodukt: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Im Auftrag: Wilhelm Dittmann."

Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch, meine Herren, die gerechte Rache für den so rücksichtslos von ihr geführten Klassenkampf,

für ihre Gehässigkeit, für ihre Taktik der Verhetzung; sie war wohlverdient wegen der terroristischen Art und Weise, in der die Sozialdemokratie mit Einschüchterung auf Unterdrückung arbeitet, wegen ihrer despotisch-terroristischen Allüren. Und gegenüber dem, was uns soeben der Herr Abgeordnete Bebel von Exzessen Arbeitswilliger gegen Streikende erzählt hat, will ich doch darauf hinweisen, daß die Ausschreitungen, welche von sozialdemokratischer Seite bei und nach den Wahlen so vielfach provoziert worden sind — ich erinnere nur an die tiefbedauerlichen Vorgänge in Bremen und in Anhalt

(Zuruf rechts)

— und in Magdeburg, wird mir noch mit Recht zugerufen, — daß diese Exzesse aus demselben terroristischen Geist hervorgegangen sind. Ich hoffe, meine Herren, daß die Anhänger der bestehenden Ordnung der Dinge — die „Ordnungslümmel", wie sie die sozialdemokratische Presse geschmackvoll nennt

(große Heiterkeit) —

solchen Exzessen fest und mutig die Stirn bieten werden! Ich erwarte, daß die Behörden ihre Schuldigkeit tun und daß sie die öffentliche Ordnung und die Freiheit der Bürger gegenüber sozialdemokratischem Terrorismus mit Energie schützen werden!

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Liberalen. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die Niederlage der Sozialdemokratie war ferner wohlverdient, weil sie die Strafe war für die von ihr geführte öde Verneinungs- und Nörgelpolitik. Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich heute bemüht, auf eine Reihe von Fällen hinzuweisen, aus denen das Gegenteil hervorgehen soll. Herr Bebel berief sich aber im wesentlichen doch nur auf Anregungen, die von der Sozialdemokratie ausgegangen waren. Ja, weshalb diese Anregungen? Sie waren darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie auch damit die Erregung von Unzufriedenheit betrieb, indem sie Forderungen aufstellte, die in diesem Umfange niemand erfüllen kann

(sehr wahr! rechts),

indem sie Wünsche erweckte, die völlig zu befriedigen niemandem gegeben ist. Wenn aber dann die verbündeten Regierungen aus solchen phantastischen oder perfiden Forderungen und Wünschen einen vernünftigen, gesunden, realisierbaren Kern herausschälten, so hat die Sozialdemokratie fast immer dagegen gestimmt, sich fast regelmäßig dagegen erklärt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Sozialdemokratie war ja von Anfang an mehr auf die Kritik, auf das Negative als auf das Positive angelegt. Sie erinnern sich, wie ich Ihnen einmal in diesem Hause gesagt habe: Kritik 1a, positive Leistungen 5b[1]).

(Heiterkeit.)

Aber dieser kritische Zug hatte sich namentlich bei den Führern der Sozialdemokratie gerade in den letzten Jahren immer mehr herausgebildet und verstärkt. Besonders seit dem Dresdner Parteitage, seit dem Bad in dem Jungbrunnen des Herrn Abgeordneten Bebel

(Heiterkeit),

seit dem damals erfolgten Untertauchen der Revisionisten durch den Herrn Abgeordneten Bebel[2]) trat es deutlich zutage. Gewiß, es hat eine Zeit gegeben, da konnten Hoffnungen, ernsthafte Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt werden. Ich selbst bin vielleicht von solchen Hoffnungen nicht ganz frei gewesen.

(Bewegung.)

Aber da kam der Tag von Dresden, da kam der große Kotau der Revisionisten, da klappte der Revisionismus zusammen wie ein Taschenmesser

(Heiterkeit),

da war es aus mit dem Revisionismus. Denn in der Politik ist die Buße nicht ganz so preiswürdig wie in der Moral

(sehr gut!),

da hat der verlorene Sohn, der sich reumütig dem Vater als Tagelöhner anbietet, etwas beinahe Komisches; da ist es mit der bloßen Unterwürfigkeit nicht getan, mit dem Verleugnen seiner eigentlichen inneren Absichten und Hoffnungen, wenn der gewisse rote Hahn kräht. Herr Kautsky und Herr Mehring haben doch recht behalten, wenn sie von Anfang an sagten, die Prinzipien des Revisionismus besäßen die Festigkeit eines Kartenhauses, die Revisionisten seien halb Eklektiker, halb Skeptiker, mit solchen Leuten komme man von nichts durch nichts zu nichts.

(Heiterkeit.)

Nun wird mir allerdings von Zeit zu Zeit gesagt, der Revisionismus stelle sich nur so, als ob er tot wäre. In einem für die Revisionisten freundlichen Artikel habe ich gelesen, der Revisionismus verfolge eine sehr schlaue

[1]) Rede vom 10. Dezember 1903. II, 14.

[2]) Der Parteitag „verurteilte (in einer in Dresden gefaßten Resolution) auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen".

Taktik, die in diesem Artikel die Wanzentaktik genannt wird.

(Heiterkeit.)

Wie dieses interessante Tierchen stelle sich der Revisionismus nur so, als ob er tot wäre; er würde aber plötzlich erwachen und alle Welt durch seine Lebensfähigkeit überraschen. — Meine Herren, ich glaube nicht recht an diese Wanzentaktik.

(Heiterkeit.)

Ich glaube auch nicht, daß der Herr Abgeordnete Bebel, wie das der frühere Abgeordnete Bernstein einem ausländischen Journalisten in Aussicht gestellt hat, sich in einen ehrlichen Revisionisten verwandeln und daß er dem Revisionismus Abbitte leisten wird. Non dimittit pellem suam Aethiops senex, nec pardus quando senescit diversitatem: der Neger bleibt immer Neger, der Panther behält sein buntes Fell, und der Herr Abgeordnete Bebel wird wohl immer der Herr Abgeordnete Bebel bleiben.

(Heiterkeit.)

Der Revisionismus, der stets nachgibt, der immer tanzt, wie der Radikalismus pfeift, der wird nach meiner Überzeugung in absehbarer Zeit keine Rolle mehr spielen. Traurig, bitter traurig aber bleibt es, daß so viel Tüchtigkeit, so viel Kraft, so viel hochstrebender Idealismus, so viel Begabung, wie sie — das will ich auch hier nochmals wiederholen — gerade im deutschen Arbeiter sich verkörpern, dem verbohrten Fanatismus der einen, der Schwäche der anderen hingeopfert werden.

(Sehr gut!)

Ich habe Ihnen, meine Herren von der Sozialdemokratie, vor Jahren zugerufen[1]): betreten Sie den Boden der Legalität, betreten Sie den Boden der Vernunft, hören Sie auf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes heilig sind! und — so schloß ich — manche Gegensätze können sich mildern. Sie haben meine Aufforderung mit Gelächter aufgenommen, Sie haben sie nicht befolgt. Die deutsche Sozialdemokratie hat zum Schaden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Streiks in mutwilliger Weise hervorgerufen, sie hat mit der Idee des Massenstreiks, mit der Idee der Revolution ein frivoles, ein ruchloses Spiel getrieben, sie ist immer fanatischer, immer terroristischer, immer kulturwidriger geworden.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

---

[1]) Rede vom 22. Januar 1903. I, 409.

Solange sie sich in dieser Beziehung nicht wandelt, ist kein Paktieren, ist keine Verständigung mit ihr möglich.

Und, meine Herren, die Niederlage der Sozialdemokratie war auch wohlverdient aus einem Grunde, den einer der guten Köpfe der Sozialdemokratie, Herr Schippel

(aha! bei den Sozialdemokraten),

in einem Artikel hervorgehoben hat, der mir vor einigen Tagen vorgelegt worden ist. In diesem Artikel des Herrn Schippel wird die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zurückgeführt auf die Unwahrhaftigkeit in der Agitation der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie habe erklärt, der Zolltarif wird niemals zustande kommen! — er ist zustande gekommen. Sie haben erklärt, auf der Basis dieses Zolltarifs ließen sich keine Handelsverträge abschließen: — wir haben sie abgeschlossen. Sie haben erklärt, diese Handelsverträge würden die Industrie schädigen, unseren Wohlstand lähmen: — unser Wohlstand steigt, unsere Industrie blüht. Nun meint Herr Schippel — wohl nicht mit Unrecht —, daß ein solches Geflunker, wie er sich ausdrückt, viele Wähler satt bekommen hätten.

Die Niederlage der Sozialdemokratie war endlich wohlverdient wegen der unpatriotischen Haltung, in die sich die deutsche Sozialdemokratie leider, leider mehr und mehr verrannt hat. Nur die deutsche Sozialdemokratie stellt internationale Ideale über die nationalen, nur den deutschen Sozialdemokraten fehlt bedauerlicherweise noch immer jeder Sinn für nationale Bedürfnisse und Forderungen. Die Sozialdemokraten aller anderen Länder stehen mit verschwindenden Ausnahmen in großen nationalen Fragen zu ihrem Volke. Wann hat je ein namhafter ausländischer Sozialdemokrat erklärt, daß der Sozialdemokrat das Vaterland nur dann verteidigen könne, wenn das Parteiprinzip das zulasse? Glauben Sie, daß Jaurés, daß Millerand, daß Turati je so etwas sagen würden? Nie und nimmermehr! Und das war doch der Sinn mancher Ausführungen, die wir hier von dem Abgeordneten Bebel in früheren Jahren gehört haben. Das nenne ich eben unpatriotisch und vaterlandslos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt, wenn man dem Vaterlande ein Sedan, ein Jena wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert.

Erst vor wenigen Tagen ist mir ein Artikel des „Vorwärts" vorgelegt worden, in dem insinuiert war, daß wir nur deshalb Südwestafrika festhielten, um von dort aus den englischen Besitz in Südwestafrika zu bedrohen. Diese Insinuation des „Vorwärts" ist nicht nur eine niederträchtige Verleumdung

(große Unruhe bei den Sozialdemokraten),

sondern sie ist auch ein heller Unsinn. Niemals haben solche Absichten bestanden, niemals werden sie bestehen. Daß uns aber derartige Absichten untergelegt werden, daß man dadurch gegen uns im Auslande Mißtrauen zu erwecken und uns dadurch das Ausland auf den Hals zu hetzen sucht, das nenne ich verwerflich.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

Auf solche Manöver, auf solche Quertreibereien ist es auch zurückzuführen, daß im Auslande hier und da der Sieg der nationalen Parole bei den Wahlen als eine Bedrohung des Friedens aufgefaßt worden ist, während doch in Wirklichkeit dadurch die berechtigten Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens und die guten Beziehungen zu allen anderen Mächten gekräftigt und befestigt werden.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, die Bedeutung dieser Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich in zwei Momenten. Ich sehe sie zunächst mit dem Herrn Abgeordneten Bassermann darin, daß klar zutage getreten ist, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht, wie das gewisse Bonzen der sozialdemokratischen Lehre behaupten, mit Naturnotwendigkeit steigen, daß sie, was man auch dagegen unternehmen möge, mit elementarer Gewalt alles überschwemmen müsse. Nein, nein, und dreimal nein!

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich auf sich selbst besinnt, wenn sie ihre Reihen schließt, wenn sie die zum Schutze ihrer Freiheit und ihrer Kultur nötigen Schutzdämme und -deiche aufführt, so stehen die trüben Gewässer der Sozialdemokratie, so weichen sie, so gehen sie zurück. Nicht nur in den ländlichen Distrikten, sondern auch in den Großstädten. Ich hoffe, daß bei den nächsten Wahlen Karlsruhe und Stuttgart, Mainz und Nürnberg erreichen werden, was bei diesen Wahlen Leipzig, Frankfurt a. M., Breslau, Elberfeld, Königsberg, Stettin, so viele andere schöne, ehrwürdige Städte, dank dem Bürgersinn, dank der Tapferkeit und der Einigkeit ihrer Bürger erreicht haben.

(Bravo! rechts.)

Ich hoffe, daß Lübeck und Hamburg dem ruhmvollen Beispiel von Bremen folgen werden

(bravo!),

und wenn es überall helle wird, dann wird ja hoffentlich Berlin nicht allein im Dunkel bleiben wollen.

(Große Heiterkeit und lebhaftes Bravo.)

Die Bedeutung dieser Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich weiter darin, daß dieser Sieg erfochten worden ist durch die eigene Kraft des Bürgertums, mit dem Stimmzettel in der Hand, unter der Herrschaft des freiesten Wahlrechts, das überhaupt denkbar ist. Denn, meine Herren, die Heilung durch die eigene Kraft des Organismus und von innen heraus ist, solange sie möglich ist, und wenn sie möglich ist, immer besser als operative Eingriffe

(sehr richtig!),

als zu viel Herumdoktern und zu viel Medizin.

(Sehr richtig!)

— Gewiß, meine Herren, nichts könnte falscher sein, als wenn wir uns der Illusion hingeben wollten, als wäre die sozialdemokratische Gefahr dauernd und ganz überwunden.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das wäre eine verhängnisvolle Illusion.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Gefahr ist nur suspendiert, sie ist nur gebannt, solange das Bürgertum einig, solange es auf dem Posten bleibt. Wir dürfen es nicht machen wie die alten Deutschen, die, wenn sie gesiegt hatten, nachher auf dem Bärenfell und vor dem Methorn alles vergaßen: dann kamen die Feinde, überfielen sie und besiegten sie schließlich doch. Wir müssen wach bleiben, und ich hoffe vor allem, daß die bürgerlichen Parteien weiter ausbilden und ausbauen werden die Organisation für den Wahlkampf, die sie sich endlich geschaffen haben. Und was ich noch ganz besonders betonen will, das ist, daß dieser Kampf nicht dem deutschen Arbeiter galt, sondern er galt der politischen und revolutionären Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das werden die Regierungen, das werden die bürgerlichen Parteien, das wird dies hohe Haus dem deutschen Arbeiter beweisen durch die Fortführung jener Sozialpolitik, in der Deutschland bis heute noch allen andern Ländern voraus ist.

Meine Herren, die deutsche Sozialdemokratie teilt die ganze moderne Gesellschaft ein in zwei große Lager: das Lager der Bourgeoisie und das

Lager des Proletariats, zwischen denen eine unüberbrückbare Kluft bestehen, zwischen denen ein unversöhnlicher Klassenkampf unvermeidlich sein soll. Ich behaupte zunächst, daß die Annahme, als ob die Gegensätze zwischen reich und arm, zwischen gebildet und ungebildet sich immer mehr verschärfen, irrig ist

(sehr richtig! rechts);

ich behaupte, daß die Doktrin von der Unüberbrückbarkeit dieser Gegensätze, von der Unversöhnlichkeit von Arbeit und Kapital, von der Unvermeidlichkeit eines unversöhnlichen Klassenkampfes, — daß diese Doktrin durch die tatsächliche Entwicklung der Dinge widerlegt wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die mittlere Schicht, die sich zwischen diesen beiden Polen gebildet hat und sie in geistiger wie in materieller Beziehung einander nähert, ist in der Zunahme begriffen.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Und jedenfalls hoffe ich, daß die verbündeten Regierungen, daß die bürgerlichen Parteien, daß alle diejenigen, die eine friedliche und — ich füge hinzu — eine freiheitliche Entwicklung unserer inneren Verhältnisse wünschen, nicht erlahmen werden in dem Bestreben, diese Kluft zu mildern und, soweit dies in menschlicher Macht liegt, zu überbrücken. Ich hoffe, daß weder die verbündeten Regierungen noch die bürgerlichen Parteien sich durch die Sozialdemokratie irre machen lassen werden in dem Bestreben, durch gewissenhafte Erfüllung ihrer sozialen Pflichten die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Ich glaube, daß im letzten Ende die wahren Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer solidarisch sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, daß, wenn auch erst nach langen und schweren Kämpfen, der Tag kommen wird — ja, er wird kommen! —, wo Kopf und Hand einträchtiger zusammenwirken werden als heute, wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie der Genesene zurückblickt auf eine böse Krankheit, wie der Erwachende zurückblickt auf einen wüsten Traum.

(Stürmischer Beifall rechts und links.)

---

3. Haager Konferenz. — Abrüstungsidee. — Antrag Hompesch. — Internationale Lage.

Sitzung des Reichstags vom 30. April 1907.

Am 30. April 1907 erörterte der neue Reichstag zum ersten Male die Stellung Deutschlands in der auswärtigen Politik. Die Reden der Abg. Freiherr v. Hertling, Winckler, Bassermann, Fürst v. Hatzfeldt, Dr. Wiemer gaben dem Gefühle Ausdruck, daß sich seit der letzten Besprechung dieser Dinge[1]) die Spannung in der internationalen Politik vergrößert habe und eine unleugbare Nervosität aus den Äußerungen der öffentlichen Meinung hervorklinge. Am 8. April war König Eduard VII. von England in Cartagena mit dem Könige von Spanien und am 18. April in Gaeta mit dem König von Italien zusammengetroffen. Dadurch war eine gewisse Besorgnis vor der sog. „Einkreisungspolitik" des Königs von England gegenüber Deutschland und vor einem drohenden Kriege beider Mächte gesteigert worden. In Aussicht (für Juni) stand die zweite Haager Konferenz, deren interessantester Programmpunkt die Anregung Großbritanniens, Spaniens und der Vereinigten Staaten auf Diskussion einer Einschränkung der Rüstungen sein sollte. Alle fünf Fraktionsredner hatten übereinstimmend den Standpunkt dazu vertreten, daß Deutschland das Maß seiner Rüstungen selbst bestimmen müsse. Das Gefühl der erhöhten Spannung in der auswärtigen Politik hatte sich außerdem in dem Wunsch, daß der Reichstag häufiger zur Diskussion auswärtig-politischer Fragen in den Stand gesetzt werde, und in einer Kritik an der Ergänzung der deutschen Diplomatie ausgedrückt; der verantwortlichen Leitung der auswärtigen Politik wurde jedoch übereinstimmend das volle Vertrauen ausgesprochen. Darauf ergriff der Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, von allen Rednern, die das Wort bisher ergriffen haben, ist die im Juni dieses Jahres bevorstehende Haager Konferenz berührt worden. Ich will zunächst über diesen Gegenstand das Nachstehende sagen. Ende des Jahres 1904 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika angeregt, Einladungen zu einer neuen Haager Konferenz ergehen zu lassen. Sie sollte angesichts mancher während des russisch-japanischen Kriegs akut gewordenen Neutralitätsfragen sich hauptsächlich mit der Weiterbildung des Seekriegsrechts beschäftigen. Diese Anregung ist dann im Jahre 1905 von der russischen Regierung aufgenommen worden. Die Vorarbeiten für die Konferenz haben sich zu einem eingehenden Programm verdichtet, das auf russischen Vorschlag die Zustimmung der Mächte gefunden hat. Nach diesem Programm sollte sich die zweite Haager Konferenz mit der Verbesserung oder Ergänzung der Bestimmungen der drei Haager Abkommen über die Schiedssprechung, über den Landkrieg und über die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg sowie mit

[1]) Rede des Kanzlers vom 14. November 1906 über die internationale Lage. II, S. 306 ff.

der Ausarbeitung eines Seekriegsabkommens befassen. Aus der Thronrede ist Ihnen bekannt, meine Herren, daß die deutsche Politik diese russischen Vorschläge sympathisch begrüßt hat, und daß sie bereitwillig mitwirken wird, um ein praktisches Ergebnis der zweiten Haager Konferenz zu sichern. Das Programm der Konferenz scheint uns zweckmäßig ausgewählt zu sein. Es umschließt solche Fragen, für die Fortschritte des geltenden Völkerrechts besonders erwünscht sind. Wir haben deshalb die Einladung der russischen Regierung gern angenommen.

Außerhalb des von Rußland aufgestellten Programms haben sich die Mächte auch mit der Frage beschäftigt, ob es zweckmäßig sei, auf der Haager Konferenz Gedanken zu erörtern, die Bezug haben auf einen Stillstand oder eine Verminderung der Rüstungen. Diese Gedanken sind bisher noch nicht bis zur Formulierung eines bestimmten Vorschlages gediehen. Die englische und die spanische Regierung und ähnlich auch die der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich nur das Recht vorbehalten, diese Frage auf der Haager Konferenz zur Diskussion zu stellen. Die Verfechter der Abrüstungsidee — ich gebrauche, wie die Herren Vorredner, der Kürze halber diesen Ausdruck — wollen mit der Verwirklichung dieses Gedankens bessere Bürgschaften für den Frieden schaffen. Wer wollte solche Motive nicht durchaus billigen? Es frägt sich nur, ob die Erörterung dieser Frage auf einer Konferenz ein geeignetes Mittel ist, um dem Ziele näher zu kommen. Die Erörterung auf der ersten Haager Konferenz hatte nur das Ergebnis, daß die Mächte aufgefordert wurden, das Problem näher zu prüfen. Die deutsche Regierung ist dieser Aufforderung nachgekommen, hat aber keine Formel gefunden, die der großen Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Staaten gerecht würde und geeignet wäre, diese Verschiedenheit zu beseitigen und als Grundlage für ein Abkommen zu dienen. Mir ist auch nicht bekannt, daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären und eine solche Formel gefunden hätten.

(Sehr gut!)

Solange, meine Herren, aber nicht einmal sichere Hoffnung auf eine befriedigende Lösung dieser Frage und auf die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung besteht, vermag ich mir auch von einer Erörterung auf einer Konferenz nichts zu versprechen.

(Sehr richtig!)

Es liegt im Gegenteil die Gefahr vor, daß durch die Berührung jener widerstreitenden Interessen eine zweckwidrige Wirkung eintrete.

(Allseitige Zustimmung.)

Ich kann nicht bestreiten, daß schon die Aussicht auf eine Behandlung dieser Frage auf der Konferenz keine beruhigende Wirkung auf die internationale Lage ausgeübt hat.

(Sehr richtig! Hört! hört!)

Als es sich — ich glaube im Jahre 1874 — darum handelte, auf einer Brüsseler Konferenz das Kriegsvölkerrecht zu beraten, erklärte Lord Derby im Namen der englischen Regierung, die englische Regierung könne an der Konferenz sich nur beteiligen, wenn die Frage des Seebeuterechts weder mittelbar noch unmittelbar berührt würde.

(Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das gleiche, meine Herren, hätten wir jetzt auch tun können und unsere Beteiligung an der Haager Konferenz davon abhängig machen können, daß die Abrüstungsfrage nicht berührt würde. Mit Rücksicht auf das russische Programm haben wir das nicht getan, sondern wir beschränken uns darauf, diejenigen Mächte, die sich einen Erfolg von der Diskussion versprechen, diese allein führen zu lassen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ist nun zu befürchten, daß diese unsere Zurückhaltung in dieser Spezialfrage uns in den Ruf bringen könnte, aus heimlicher Kriegslust oder aus militärischem Ehrgeiz oder aus sonstigen selbstsüchtigen Motiven ein edles Friedenswerk zu stören? Ist zu besorgen, daß wir dadurch den Zorn aller Friedensfreunde auf uns laden würden? Nun, meine Herren, ich habe Grund zu der Annahme, daß auch andere Mächte eine der unseren ähnliche Haltung einnehmen, und es gibt in England, in Frankreich, in Italien, in Amerika Freunde der Zivilisation genug, welche dem Frieden am besten zu dienen glauben, wenn sie keine Illusionen aufkommen lassen und bei der Verfolgung idealer Zwecke die Realitäten nicht aus den Augen verlieren. Zu meiner Befriedigung ist solche Auffassung neuerdings ja sogar in einem sozialdemokratischen Blatt zum Ausdruck gekommen. Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!

(Heiterkeit.)

Hoffentlich bleibt es nicht bei diesem ersten Schritt zu einer realpolitischen Beurteilung der Verhältnisse.

Meine Herren, Deutschland kann nicht unter einen Druck gestellt werden, auch nicht unter einen moralischen.

(Bravo!)

Um unsere Ruhe nach außen zu sichern, sind wir bisher nach dem Grund-

satz der Kriegsbereitschaft verfahren, und dieser Grundsatz hat sich bewährt. Trotz allem in der Welt gegen das deutsche Volk reichlich vorhandenen Übelwollen ist Deutschland seit Wiedererrichtung des Reichs von keiner Seite angegriffen worden. Ich füge sofort hinzu: wir haben auch niemanden angegriffen; wir haben unsere militärische Stärke niemals mißbraucht und werden das auch in Zukunft nicht tun.

(Bravo!)

Nicht nur technisch, auch moralisch hat sich unsere Rüstung als ein gutes Friedenswerkzeug bewährt.

(Sehr wahr!)

Daß wir uns dieses Werkzeug erhalten wollen, kann uns niemand verargen.

(Sehr richtig!)

Wir wünschen nicht wieder in einen Zustand zu geraten, ähnlich dem, wo man sang: Was ist des Deutschen Vaterland?

(Sehr gut!)

Nun ist mir ja von manchen Seiten geraten worden, wir möchten uns, um kriegerischen Schein zu vermeiden, an der Diskussion über die Abrüstungsfrage beteiligen, da bei einer solchen doch nichts anderes herauskommen werde als allgemeine Betrachtungen. Ich glaube nicht, meine Herren, daß wir durch eine solche Taktik einen besseren Schutz gegen ungerechte Verdächtigungen unserer Friedensliebe, eine aufrichtigere Anerkennung der Schwierigkeiten unserer geographischen Lage und anderer Umstände, die uns zu Schutz und Wehr nötigen, erreicht haben würden.

(Sehr richtig! rechts.)

Dazu haben wir schon zu viel tendenziöse Verdächtigungen unserer friedlichen Absichten erlebt.

(Sehr wahr!)

Es erschien mir richtiger, klüger und auch würdiger, fair play zu spielen und offen zu sagen: an einer, nach unserer Überzeugung, wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen. Wir denken aber nicht daran, diese unsere Auffassung anderen aufzwingen zu wollen; und wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfrage etwas Praktisches herauskommt, so werden wir dann gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutze unseres Friedens, ob es unseren nationalen Interessen, ob es unserer besonderen Lage entspricht.

Meine Herren, ich stelle mit Genugtuung und Dankbarkeit fest, daß die Gesichtspunkte, die ich soeben entwickelt habe, sich im wesentlichen decken mit den bisherigen Ausführungen der Vertreter aller Parteien. Gestützt auf diese Einmütigkeit wird Deutschland auf der Haager Konferenz durch sein tatsächliches Verhalten beweisen, daß wir alle Bestrebungen, die geeignet sind, den Frieden, die Zivilisation und die Menschlichkeit praktisch zu fördern, aufrichtig unterstützen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich möchte jetzt eingehen auf den von mehreren Seiten berührten Antrag Hompesch und Genossen[1]). Der Herr Staatssekretär des Äußern wird sich über die Stellung des Auswärtigen Amts zu diesem Antrag seinerseits äußern. Ebenso überlasse ich ihm, nötigenfalls die Grundsätze, die im Auswärtigen Amte maßgebend sind für die Rekrutierung und die Ausbildung unseres diplomatischen und konsularischen Personals, darzulegen.

Ich halte den von mehreren Herren Vorrednern ausgesprochenen Wunsch des Reichstags, über Gang und Stand unserer auswärtigen Politik unterrichtet zu werden, für durchaus berechtigt. Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich bemüht gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Ich glaube nicht, daß es im Inland oder im Ausland einen Minister gibt, der sich über auswärtige Fragen so oft, so eingehend und so freimütig ausgesprochen hätte wie ich. Diese Anerkennung habe ich selbst in sonst gegnerischen Blättern gelesen.

Wenn der Antrag Hompesch und Genossen sich auf diese Forderung beschränkte, so würde ich ihm nicht widersprechen, sondern gern eine entgegenkommende Erklärung abgeben. Der Antrag fordert aber mehr. Er verlangt, daß dem Reichstag periodisch über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reichs urkundliches Material unterbreitet werde. Dieser Forderung muß ich widersprechen und zwar aus schwerwiegenden Gründen. Dieser Antrag enthält ein Verlangen, das auch in anderen Ländern, auch in rein demokratischen oder ganz parlamentarisch regierten Staaten nicht gestellt, geschweige denn erfüllt wird; denn seine Erfüllung würde die salus publica gefährden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an einen Vorgang aus jüngster Zeit erinnern. Im französischen Senat wurde der französische Minister-

---

[1]) Der Antrag Hompesch lautete: „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage periodisch über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches urkundliches Material zugehen zu lassen."

präsident gefragt, ob zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention bestünde, — meine Herren, gewiß eine schwerwiegende Frage von großer Bedeutung für das französische Volk. Der Herr Ministerpräsident antwortete schlankweg: ich weiß es nicht, aber ich glaube es nicht.

(Heiterkeit.)

Der Fragesteller nannte diese Antwort ganz ungeheuerlich; sie wurde aber in der französischen Kammer ernstlich und mit Erfolg nicht getadelt, die Mehrheit fand die Antwort ganz verständig. Im englischen Parlament ist es häufig vorgekommen, daß Minister dringende und eingehende Fragen über wichtige Probleme der auswärtigen Politik entweder gar nicht oder nur mit ja oder nein beantwortet haben.

Die Führung der auswärtigen Geschäfte ist ein delikates Metier, da kann die Verantwortung sehr schwer geteilt werden, da müssen die Entscheidungen und Entschlüsse derjenigen Stelle vorbehalten bleiben, die über alle Einzelheiten informiert ist, der das ganze Material zur Verfügung steht, die in der Lage ist, sich über jedes Detail zu orientieren. Ich werde bestrebt sein, den Wünschen, den berechtigten Wünschen der Volksvertretung nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik auch ferner zu entsprechen; ich kann mich aber nicht einer Verpflichtung unterwerfen, deren Erfüllung Unzuträglichkeiten für das Land zur Folge haben könnte.

(Sehr richtig! rechts.)

Gewiß, meine Herren, gibt es Zeiten und gibt es Umstände, wo eine Flucht in die Öffentlichkeit notwendig, wo sie wenigstens unbedenklich ist. Aber es gibt auch Zeiten und Umstände, wo durch jedes vorzeitige, unvorsichtige Wort Schaden entstehen und dem Lande Nachteile zugefügt werden können.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich gehe jetzt über zu unseren auswärtigen Beziehungen.

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat neulich draußen im Lande seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Periode der vielen Reden nach und nach in den Hintergrund getreten wäre.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich halte nicht alles für gut, was bei diesem Anlaß der Herr Abgeordnete Bassermann über die internationale Lage und über unsere Beziehungen zu anderen Mächten geäußert hat. Aber seine Ansicht über die Nachteile des zu vielen Redens teile ich vollkommen

(große Heiterkeit),

und ich werde deshalb heute Ihre Zeit auch nur kurz in Anspruch nehmen.

Es gibt Zeiten, wo es sich empfiehlt, die Lage breit zu behandeln; es gibt Zeiten und Umstände, wo es angezeigter ist, sich kurz zu fassen. Ich werde heute nur wenige Fragen und nur solche behandeln, von deren Erörterung ich ein nützliches Ergebnis erwarte.

In einem großen Teil unserer Presse ist in den letzten Wochen die Ansicht entwickelt worden, daß Italien nur noch als ein unsicherer Teilnehmer am Dreibunde gelten könne. Diese Meinung wurde namentlich geäußert in Betrachtungen über die Begegnung von Gaeta, die im Gegensatz zu den ruhigen und sachlichen Ausführungen, die wir soeben von allen Seiten des Hauses gehört haben, vielfach den Charakter einer Nervosität trugen, die im Auslande niemandem imponiert, weil sie kein Zeichen selbstbewußter Kraft ist, und vor der deshalb unsere Presse sich hüten sollte.

(Bravo!)

So oft unser Kaiser im Mittelmeer geweilt hat, ist er mit dem König von Italien zusammengetroffen. Es war ganz natürlich, daß der König von England die italienische Küste nicht besucht hat, ohne von dem Herrscher des befreundeten Landes begrüßt zu werden. Zwischen Italien und England haben freundschaftliche Beziehungen bestanden von der Zeit ab, wo Italien seine nationale Einheit erlangte. Solche Beziehungen sind vorhanden gewesen, seitdem der Dreibund besteht. Es ist mehr als einmal von dieser Bank aus dargelegt worden, daß solche freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und England nicht nur mit der Stellung Italiens im Dreibund vereinbar, sondern daß sie an und für sich nützlich und erwünscht sind.

Die Vorgänge in Marokko verfolgen wir aufmerksam, aber ohne Argwohn im Vertrauen auf eine allseitige loyale Einhaltung der in Algeciras eingegangenen Verpflichtungen. Über Einzelheiten des Vorgehens und der Maßregeln in Marokko können ja unter den Unterzeichnern der Algecirasakte Meinungsverschiedenheiten entstehen; ich rechne aber für alle solche Fälle auf die klärende Wirkung einer direkten offenen Aussprache. Nach wie vor verfolgt Deutschland in Marokko keine anderen Ziele, als im wirtschaftlichen Wettbewerb gleichberechtigt zu sein.

Wie ich somit keinen neuen Anlaß zur Trübung unseres Verhältnisses zu Frankreich sehe, vielmehr auf ein allmähliches Schwinden des Mißtrauens hoffe, so stelle ich auch gerne fest, daß zwischen uns und England keine Streitfragen vorhanden sind, die die von den besonnenen Elementen in beiden Ländern unterstützten freundlichen Bestrebungen stören könnten.

(Bravo!)

Auch in Persien nehmen wir ohne politische Hintergedanken nur wirtschaftliche Bewegungsfreiheit in Anspruch. Gestützt auf Zusicherungen, die uns von beiden Seiten spontan gegeben worden sind, sehen wir dem Abschluß der englisch-russischen Verhandlungen über Persien ohne Unruhe entgegen. Der gleiche ruhige und abwartende Standpunkt gilt für das, was Rußland und England als asiatische Landmächte über innere asiatische Grenzfragen, mag es sich um Tibet oder um Afghanistan handeln, vereinbart haben oder noch vereinbaren werden.

Meine Herren, ich sehe voraus, daß man mir wieder vorwerfen wird, ich nähme die russisch-englische Annäherung zu gleichmütig. Ich nehme sie als das, was sie ist, nämlich als den Versuch, auf einem uns ziemlich fern liegenden Gebiete alte Streitfragen zu begleichen. Ich nehme sie aber auch als die Bekräftigung einer Ansicht, die ich als nüchterner Beobachter schon vor Jahren aus dem Auslande hier mitgebracht habe, nämlich, daß wir den Gegensatz zwischen Walfisch und Elefanten nicht als unveränderlichen Faktor in unsere politische Rechnung einstellen können. Es gibt überhaupt keinen Gegensatz zwischen zwei Mächten, den Deutschland dauernd als eine Gelegenheit für sich und als eine Ungelegenheit für andere ausnützen könnte. Das kann man offen aussprechen ohne Leichtherzigkeit, aber auch ohne Pessimismus. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht wiederholen, was ich gelegentlich über die Nachteile einer übertriebenen Kritik der auswärtigen Politik des Landes ausgeführt habe. Ich will nur darauf hinweisen, daß eine ruhige, feste und mutige Beurteilung der Lage noch lange keine Schönfärberei ist.

(Sehr richtig!)

Daß wir von Schwierigkeiten und Gefahren umgeben sind, weiß niemand besser als ich. Sie sind unsere ständigen Begleiter als Folge unserer schon aus geographischen Rücksichten exponierten Lage. Um solche Schwierigkeiten und Gefahren zu überwinden, ist ruhiges Selbstbewußtsein und Vertrauen in die Kraft der Nation nötig.

(Bravo! Sehr wahr!)

Erhalten wir uns das Vertrauen und die Achtung, die unsere Macht und unsere Friedensliebe einflößen, pflegen wir unsere Freundschaften und unsere Bündnisse, und wir brauchen nicht ängstlich zu sein, wenn Ententen abgeschlossen werden über Dinge, die uns nicht unmittelbar berühren. Von Feindschaften anderer untereinander können wir überhaupt nicht leben. Lassen wir anderen die Bewegungs-

freiheit, die wir für uns selbst in Anspruch nehmen! Und bleiben wir uns vor allem bewußt, daß wir Schwierigkeiten um so eher und sicherer überwinden werden, je mehr wir eine ruhige, stetige, sachliche auswärtige Politik treiben, und je mehr wir uns entschlossen zeigen, unseren Frieden, unsere Ehre, unsere Weltstellung durch Sammlung aller Kräfte im Innern zu wahren und, wenn es nottut, einmütig zu verteidigen!

(Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

4. Braunschweigische Frage. — Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Sitzung des Reichstags vom 1. Mai 1907.

In der Sitzung tags darauf, am 1. Mai 1907, antwortete Fürst Bülow auf eine die braunschweigische Frage in den Vordergrund stellende und auch persönliche Angriffe nicht verschmähende Rede des Abg. Götz v. Olenhusen.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, seitdem ich an dieser Stelle stehe, habe ich mich gegenüber allen Parteien und, ich darf wohl sagen, auch gegenüber allen Mitgliedern dieses hohen Hauses stets eines rein sachlichen Tones befleißigt.

(Sehr richtig! Bravo!)

Ich möchte, soviel an mir liegt, auch ferner dazu beitragen, daß unsere Debatten sich auszeichnen durch Sachlichkeit und Würde, und deshalb werde ich auf die persönlichen Angriffe des Herrn Vorredners nicht in dem Tone antworten, den er mir gegenüber angeschlagen hat.

(Sehr richtig! rechts. Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Sachlich habe ich über die braunschweigische Frage, die der Kern seiner Ausführungen war, das Nachstehende zu sagen. In der Behandlung dieser Frage habe ich mich streng auf die Wahrung der Reichsinteressen beschränkt. Maßgebend für meine Haltung in dieser Frage konnte nur der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 [1]) sein. Eine Aufhebung dieses Beschlusses

[1]) S. dazu und zum Folgenden den Schriftwechsel zwischen dem Fürsten Bülow und dem braunschweigischen Staatsministerium. bzw. dem Herzog von Cumberland, II, S. 445—450. Am 28. Februar 1907 hatte der Bundesrat beschlossen, daß, solange der Herzog von Cumberland oder ein Mitglied seines Hauses Ansprüche auf Gebietsteile Preußens

herbeizuführen, hätte ich nur dann unternehmen können, wenn ich zu der Überzeugung gelangt wäre, daß die tatsächlichen Grundlagen dieses Beschlusses in Wegfall gekommen wären.

(Sehr richtig! rechts.)

Diese Überzeugung habe ich bis heute nicht gewonnen, und der neue Bundesratsbeschluß vom 28. Februar d. J. hat mir darin recht gegeben. Wenn die braunschweigische Regierung oder eine andere Bundesregierung anderer Ansicht war, so blieb es ihr unbenommen, durch ihre Bundesratsbevollmächtigten dem Bundesrat einen solchen Antrag zu unterbreiten, wie das inzwischen ja auch die braunschweigische Regierung getan hat, ohne von meiner Seite oder von Preußen irgendwie gehindert zu werden. Ich bin im Bundesrat nur Organ des Reichs in seiner Gesamtheit und dabei stimmführender Vertreter Preußens, ich bin nicht Organ für die Vertretung der Einzelinteressen der verschiedenen Bundesregierungen und Bundesstaaten. Für diese Interessen sind die Bundesratsvertreter die gegebenen Organe. Das waren die Gründe, die mich bewogen haben und bestimmen mußten, das durch die braunschweigische Regierung an mich gebrachte Ersuchen des braunschweigischen Landtags, meine Vermittlung eintreten zu lassen zum Zwecke der Aufhebung jenes Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885, abzulehnen. Ich habe diese Vermittlung nicht deshalb abgelehnt, weil die Regierungsübernahme Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland überhaupt unmöglich wäre, sondern weil jener Bundesratsbeschluß, an den ich, solange er bestand, als Reichskanzler gebunden war, mich verhinderte, diese Regierungsübernahme überhaupt in Betracht zu ziehen. Man hat mir damals im braunschweigischen Landtag vorgeworfen, daß der Ton meines Schreibens ein zu kühler gewesen wäre. Ich benütze gern diese Gelegenheit, um zu erklären, daß mir nichts ferner gelegen hat, als die Gefühle des braunschweigischen Landtags oder der braunschweigischen Bevölkerung irgendwie verletzen zu wollen. Es ist nicht meine Art, ohne Not fremde Gefühle zu verletzen und namentlich nicht die eines so tüchtigen Volksstammes, wie es der braunschweigische ist. Es ist aber in solchen Staatsschreiben nicht üblich und im Interesse der Klarheit auch nicht wünschenswert, wärmere Töne anzuschlagen oder Floskeln und Phrasen einzufügen; deshalb war die Fassung meines da-

---

erhebe, auch die Regierung eines anderen Mitgliedes des Hauses Braunschweig-Lüneburg in Braunschweig nicht mit den Bündnisverträgen und der Reichsverfassung vereinbar sei, selbst wenn dieses Mitglied gleichzeitig mit dem Verzicht der übrigen Mitglieder des Hauses auf Braunschweig seinerseits für sich und seine Deszendenz allen Ansprüchen auf Hannover entsagt.

maligen Schreibens eine sachliche und geschäftsmäßige. Das Land Braunschweig hat unter der Regierung des verewigten Prinzen Albrecht weder in materieller noch in geistiger oder kultureller Beziehung zu leiden gehabt. Wenn die Braunschweiger über die Ungewißheit ihrer Zukunft klagen, so ist das begreiflich. Zur Behebung dieser Ungewißheit kann aber von seiten Preußens und von seiten des Reichs zurzeit nichts geschehen.

In der Sache selbst ist davon auszugehen, daß das Reich eine Agitation nicht dulden kann, die gegen seine zu Recht bestehende politische Struktur gerichtet ist.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Daß mit dem Einzug des Hauses Cumberland in Braunschweig die welfische Agitation in Hannover einen neuen Aufschwung und gleichzeitig einen festen Stützpunkt erlangen würde, wenn dagegen nicht rückhaltlose Zusicherungen und ausreichende Bürgschaften geboten werden, ist ohne weiteres klar.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Und wenn das irgend jemandem nicht klar gewesen wäre, so würden wohl in dieser Richtung die Ausführungen, die wir soeben gehört haben

(große Heiterkeit),

den letzten Zweifel zerstreut haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Es ist keine ausreichende Bürgschaft, wenn Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland erklärt, daß er sich auf den Boden der Reichsverfassung stelle, und daß er eine gewaltsame Änderung derselben nicht begünstigen würde. Ein solches passives Verhalten reicht nicht aus

(sehr richtig! rechts);

der Herzog müßte positiv auftreten, er müßte für sich und sein ganzes Haus rückhaltlos und für alle Zeiten auf Hannover verzichten

(lebhafte Zustimmung rechts und links),

und die Führer der welfischen Agitation müßten veranlaßt werden, sich einer solchen Erklärung ihrerseits ebenso rückhaltlos anzuschließen.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Es handelt sich in dieser Frage nicht um ein spezifisch preußisches Interesse oder um ein Interesse des Hauses Hohenzollern, sondern es handelt sich um ein Lebensinteresse der gesamten Nation.

(Sehr richtig! rechts und links.)

In unserer schwierigen Weltlage, über die ich mich gestern ausgesprochen habe, müssen wir um so mehr alles vermeiden, was den inneren Zusammenhang des Reichs und die Kohäsion seiner einzelnen Bestandteile, seiner regierenden Fürsten und seiner verschiedenen Territorien lockern könnte.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Deutschland hat in der Vergangenheit unter innerem Zwist, unter Zwiespalt seiner Fürsten und Stämme zu sehr gelitten, als daß wir nicht darauf Bedacht nehmen müßten, alles fernzuhalten, was zu einer Wiederholung solcher Erscheinungen führen könnte.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Ein regierender Fürst darf im neuen Reich nur sein, wer gewillt ist, mit vollem Herzen und ohne jeden Hintergedanken sich in den Bau des Reichs einzufügen, wie es nun einmal geworden ist, und an seinem Teile ein friedlicher Mehrer des Reichs zu sein.

(Sehr gut!)

Und noch eins will ich sagen: jener Bundesratsbeschluß vom 28. Februar d. J. sichert nur die nationalen Interessen des Reichs; darüber hinaus greift er in keiner Weise in das Selbstbestimmungsrecht des Landes Braunschweig ein. Sache des Landes Braunschweig ist es nunmehr, durch Wahl eines neuen Regenten nach Maßgabe seiner Landesgesetze für die Fortführung seiner Regierungsgeschäfte Sorge zu tragen. Braunschweig kann im Rahmen jenes Bundesratsbeschlusses jeden zum Regenten wählen, der ihm genehm ist; das Reich und nicht minder Preußen werden sich auch in Zukunft in dieser Beziehung jeder Beeinflussung enthalten. Wir beschränken uns darauf, zu wünschen, daß dem neuen Regenten, wer immer er sei, eine gesegnete Regierung beschieden sein möge im Interesse Braunschweigs und zum Wohle des Reichs.

(Lebhaftes Bravo rechts und links.) [1]

---

[1]) Am 28. Mai 1907 wurde der Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg zum Regenten von Braunschweig gewählt. Auf die Anzeige davon durch den Staatsminister Dr. v. Otto antwortete Fürst Bülow: „Eurer Exzellenz danke ich verbindlichst für die telegraphische Mitteilung von der einstimmig erfolgten Wahl Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg zum Regenten des Herzogtums Braunschweig. Ich wünsche und vertraue, daß diese Wahl dem Reiche zum Nutzen und dem Lande Braunschweig zum Segen gedeihen möge. Bülow".

Auf die Aufforderung des Abg. Dr. David in derselben Sitzung, der Reichskanzler möge „die (sozialdemokratische) Bewegung, deren Bekämpfung er offenbar zum Hauptziel seiner Politik gemacht hat, wenigstens in sachlicher Weise bekämpfen, sie bekämpfen aus einem gewissen Verständnis der Notwendigkeit, aus einer gewissen Würdigung unserer Forderungen und Ziele heraus", antwortete Fürst Bülow:

Meine Herren, ich werde mich sehr viel kürzer fassen als der Herr Vorredner.

(Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat mich aufgefordert, den Kampf gegen die sozialdemokratische Partei einzustellen oder wenigstens die Methode zu ändern, nach der ich diesen Kampf führe. Den Kampf gegen die Sozialdemokratie kann der Reichskanzler und können die verbündeten Regierungen nur aufgeben, wenn sich die Sozialdemokratie auf den Boden der Vernunft und der Legalität stellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Das habe ich Ihnen vor fünf Jahren zugerufen [1]) und das wiederhole ich Ihnen heute.

Die Ausführungen, die wir soeben von einem Mitglied der sozialdemokratischen Partei gehört haben, den ich bisher für einen Revisionisten hielt, beweisen, daß wir davon noch sehr weit entfernt sind.

(Sehr richtig! rechts. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Was aber die Methode angeht, so habe ich um so weniger Veranlassung, dieselbe zu modifizieren, als sich diese Methode bei den letzten Wahlen bewährt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete David schon Jubelhymnen über den Ausfall der Wahl in Glauchau-Meerane [2]) angestimmt hat, so werden Sie es mir doch nachempfinden, daß ich mich darüber gefreut habe, daß wir mit meiner Methode bei den letzten Wahlen der Sozialdemokratie drei Dutzend Wahlkreise abgenommen haben.

(Bravo! rechts.)

Im übrigen bin ich weit entfernt, zu bestreiten, daß der Ausfall dieser Wahl die Lehre enthält, daß die bürgerlichen Parteien nicht auf ihren Lorbeeren einschlafen dürfen

(sehr richtig!),

[1]) In der Rede vom 22. Januar 1903. I, S. 409.

[2]) In Glauchau-Meerane war trotz lebhafter Agitation in einer Nachwahl der Sozialdemokrat Molkenbuhr gewählt worden.

daß sie fortfahren müssen, ihre Organisationen auszubauen und eine kräftige Agitation gegen die sozialdemokratische Partei zu führen.

(Sehr richtig!)

Aus allen Ausführungen des Herrn Vorredners sprach der Wunsch, daß sich die bürgerlichen Parteien untereinander und die Regierung mit den bürgerlichen Parteien recht bald und recht allgemein in die Haare geraten mögen. Es ist nicht meine Absicht, diesem Wunsche des Herrn Vorredners Rechnung zu tragen, und schon deshalb gehe ich nicht auf eine Reihe von Fragen ein, die er berührt hat.

(Große Heiterkeit.)

Ich will aber einen Punkt richtigstellen, der mich persönlich berührt. Der Herr Vorredner hat einen Zeitungsartikel zur Sprache gebracht, den ich in einer früheren Reichstagssitzung verlesen habe[1]). Ich will konstatieren, daß ich die Angaben über das mit „Wilhelm Dittmann" unterzeichnete Flugblatt aus der „Frankfurter Zeitung" mit ausdrücklicher Angabe dieses Blattes als Quelle verlesen habe. Daß der „Frankfurter Zeitung" darüber bereits eine Berichtigung zugegangen war, ist mir, als ich die Stelle aus dem Artikel verlas, nicht bekannt gewesen. Ich habe aber von dieser Berichtigung sofort in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Notiz nehmen lassen. Ich will auch hier Akt davon nehmen, daß nach der gerichtlichen Feststellung der von der „Frankfurter Zeitung" bona fide erhobene Vorwurf tatsächlich nicht begründet war. Sie werden mich, meine Herren, immer bereit finden, einen Irrtum richtigzustellen und auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; ich kann aber nur wünschen, daß auch von Ihrer Seite ebenso loyal verfahren werden möge.

(Bravo!)

---

5. Polenfrage und Enteignungsgesetz.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. November 1907.

Die Thronrede, mit der am 8. Januar 1907 die III. Session der 20. Legislaturperiode des Landtags eröffnet worden war, hatte folgenden Passus enthalten:

„Die gegenwärtige Lage in den östlichen Provinzen zeigt deutlicher denn je, daß Preußens geschichtliche Aufgabe der Stärkung des Deutschtums in diesen Landesteilen zu ihrer Lösung die ernstesten Anstrengungen erfordert. Die Königliche Staatsregierung hält die kraftvolle und beharrliche Durchführung der zur Erfüllung dieser Aufgabe eingeleiteten staatlichen Maß-

[1]) S. die Rede vom 26. Februar 1907, oben S. 24.

nahmen für unbedingt notwendig. Sie wird dem Landtage eine entsprechende Gesetzesvorlage unterbreiten."

Diesen Gesetzentwurf „über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen" führte Fürst Bülow selbst mit einer Rede am 26. November 1907 im Abgeordnetenhause ein, in der er Anlaß und Gesamtsituation, die zu dieser Vorlage führten, umfassend darstellte.

Ministerpräsident, Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, der Gesetzentwurf, betreffend Maßnahmen zum Schutze des Deutschtums in den Provinzen Posen und Westpreußen, der Ihnen bereits durch die Thronrede vom 8. Januar angekündigt worden war, und den ich hiermit diesem Hohen Hause überreiche, beweist Ihnen, daß die Königliche Staatsregierung in der Ostmarkenpolitik diejenigen Wege für die richtigen hält, die Fürst Bismarck im Jahre 1886 eingeschlagen hat, und daß sie fest entschlossen ist, diese Wege weiter zu gehen.

Die vornehmsten Aufgaben dieser Politik, deren überzeugter Anhänger und Träger ich immer gewesen bin und heute mehr denn je bin, habe ich bereits vor fünf Jahren vor diesem Hohen Hause eingehend dargelegt[1]). Ich habe damals ausgeführt, daß neben einer zielbewußten Siedlungstätigkeit, die unzweifelhaft das wirksamste Mittel zur Verdeutschung unserer Ostmarken sei, die Erhaltung und Kräftigung des vorhandenen deutschen Grundbesitzes mit allen Mitteln anzustreben sei. Ich habe weiter betont, daß besonders auch die Stärkung des deutschen Bürgertums, des deutschen Mittelstandes in den Städten unerläßlich sei, um diesen Kulturträgern ihren deutschen Charakter zu erhalten oder wieder zu erobern. Ich habe ferner die allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Hebung der östlichen Landesteile mit national gemischter Bevölkerung als eine durchaus notwendige Vorbedingung dafür bezeichnet, daß der Deutsche in ihnen fest wurzeln und Freude am Leben gewinnen könne. Und ich habe endlich die wichtigen Aufgaben hervorgehoben, die den preußischen Beamten, den preußischen Lehrern in den schwierigen Verhältnissen des Ostens zufallen und es notwendig machen, dort besonders tüchtige Kräfte zu verwenden und sie in ihrem Wirkungskreis heimisch werden zu lassen.

Seit diesen meinen Ausführungen hat die Königliche Staatsregierung dank der verständnisvollen Unterstützung des Landtags, der die notwendigen Geldmittel uns bewilligt hat, meinen Worten Taten folgen lassen; ich erinnere hier nur an die den Beamten und Lehrern gewährten Gehaltszulagen und Erziehungsbeihilfen[2]), an die Schaffung von Dienst- und billigen

[1]) In der Rede vom 13. Januar 1902. I, S. 254ff.

[2]) Die sog. Ostmarkenzulagen, über die s. die Rede vom 19. Januar 1903, I, S. 381ff.

Mietswohnungen, an die fortschreitende Entwicklung der Verkehrswege, insbesondere des Eisenbahnbaues, an die Vervollkommnung der wichtigsten Wasserstraße der Provinz Posen durch den Ausbau des Holzhafens von Brahemünde, an die Vermehrung der wissenschaftlichen Anstalten durch die Bibliothek und das Museum zu Posen, durch das landwirtschaftliche Kaiser-Wilhelm-Institut bei Bromberg und die Technische Hochschule in Danzig[1]), an die Freilegung des Festungsgeländes in Posen, auf dem sich das neue Kaiserschloß erhebt, an die weitgehende Unterstützung deutscher Handwerker und Gewerbetreibender in den Städten, an die Förderung des Fortbildungsschulwesens, die Begründung des Kreditinstituts für städtische Hausbesitzer und anderes mehr.

Vor allem, meine Herren, ist es der Königlichen Ansiedlungskommission, die doch den Kernpunkt der deutschen Verteidigungsstellung im Osten bildet, möglich gewesen, ihre Ansiedlungstätigkeit zu beschleunigen und umfangreicher zu gestalten, als ich dies vor 5 Jahren in Aussicht gestellt hatte. Während in den Jahren vor 1902 die Zahl der jährlich angesiedelten Familien sich nur langsam vermehrte und niemals über 700 betragen hatte, verstärkte sich von 1902 an der Zuzug Ansiedlungslustiger erheblich. Es wurden 1902: 1200, 1903: 1476, 1904: 1480, 1905: 1527, 1906: 1568, und 1907 etwa ebenso viele Bauernfamilien angesetzt, außerdem noch etwa 500 Arbeiterfamilien, im ganzen in den letzten 6 Jahren mehr als 9000 Familien. Das ist ungefähr doppelt soviel als in allen vorangegangenen Jahren seit 1886 zusammen.

Schneller, als es vorauszusehen war, hat sich dementsprechend auch der Ansiedlungsfonds wieder erschöpft[2]). Bevor die Königliche Staatsregierung mit neuen Forderungen zu seiner Auffüllung an den Landtag herantrat, hielt sie sich für verpflichtet, die in 20jähriger Tätigkeit bisher erzielten Wirkungen der Ansiedlungspolitik eingehender, als es bisher geschehen war, zur Darstellung zu bringen. Diesem Zwecke dient die Ihnen im Sommer zugegangene Denkschrift[3]). Mit der Veröffentlichung dieser Denkschrift wollte die Königliche Staatsregierung nicht nur die bisherigen Erfolge der Ansiedlungspolitik weiteren Kreisen und insbesondere den Mitgliedern des Landtags zur Kenntnis bringen, sondern sie wollte auch auf die Hindernisse und Schwierigkeiten hindeuten, welche sich der weiteren Ver-

[1]) In dieser Aufzählung fehlt die 1903 begründete Kgl. Akademie zu Posen.

[2]) Der Ansiedlungsfonds war 1902 mit 150 Millionen Mark neu aufgefüllt worden.

[3]) Die Denkschrift heißt: Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen 1886—1906. Berlin 1907. W. Moeser.

folgung dieser Politik in den Weg stellen, und zu deren Überwindung nicht nur neue Geldmittel, sondern auch neue gesetzliche Maßnahmen erforderlich sind.

Was die Leistungen der Ansiedlungskommission angeht, so sind im ganzen bis zum 31. Dezember 1906 rund 326 000 ha von der Kommission erworben und davon rund 235 000 ha ausgegeben worden. Die Gesamtzahl der in Ansiedlungsdörfern und -Gütern ansässigen Deutschen mit ihren Familienangehörigen hat in diesem Sommer die Hunderttausend überschritten; sie vermehrt sich jährlich reichlich um zirka 10- bis 12 000 Köpfe. Die Zahl der neu begründeten deutschen Dörfer betrug in den letzten Zeit jährlich etwa 50, im ganzen 315. Dieses Ergebnis kann schon einen Vergleich mit der kolonisatorischen Arbeit Friedrichs des Großen vertragen, der während seiner 46 jährigen Regierung im ganzen Staatsgebiet an ländlichen Kolonisten etwa 200 000 Menschen ansiedelte.

Doch beweisen hier Zahlen allein nicht viel, und es ist daher wichtig, festzustellen, daß dank der sorgfältigen Meliorierung der ausgegebenen Grundstücke, der Verbesserung der Verkehrswege, der Ausstattung der Gemeinden und der mäßigen Bemessung der Rente die Neuansiedler sich fast ohne Ausnahme in guter wirtschaftlicher Lage befinden und mit ihrem Los zufrieden dauernd für weiteren Zuzug aus ihrer Heimat sorgen. Nur etwa ¾ % der Renten sind im letzten Jahre rückständig geblieben, nur 10 % der Ansiedlerstellen haben einschließlich der Erbfälle seit 1886 ihren Besitzer gewechselt.

Die Budgetkommission dieses Hohen Hauses hat sich vor einigen Jahren ja selbst durch den Augenschein von dem Stande der Ansiedlungen überzeugt, was mir meine Dienstgeschäfte zu meinem Bedauern bisher noch nicht gestattet haben. Ich glaube nach dem, was ich innerhalb und außerhalb dieses Hohen Hauses gehört habe, daß das Geschaffene als ein hervorragendes Kulturwerk auch von denjenigen Herren anerkannt wird, die der Ansiedlungspolitik der Königlichen Staatsregierung nicht zustimmen.

Nun höre ich ja oft sagen, der Vorsprung der Polen in der Bevölkerungszunahme sei so groß, daß er auch durch die Ansiedlung nicht wieder eingeholt werden könne, die Polonisierung der gemischtsprachigen Provinzen werde daher trotz aller staatlichen Gegenmaßregeln unaufhaltsam fortschreiten. Meine Herren, ich habe hier selbst vor 5 Jahren mit Bezug auf die Provinz Posen Zahlen angeführt, die in dieser Beziehung nicht gerade zu sanguinischen Hoffnungen berechtigten[1]). Ich werde jetzt einige Aufzeichnungen

---

[1]) S. in der Rede vom 13. Januar 1902, I, S. 263.

benutzen, die ich mir an der Hand der Akten gemacht habe, um nichts zu übersehen und ein möglichst vollständiges, durch Zahlen beleuchtetes Bild der tatsächlichen Verhältnisse geben zu können. Ich hoffe, daß es auf diese Weise mir auch möglich sein wird, bei der Einbringung dieser wichtigen Vorlage unnötige Polemik zu vermeiden und Ihnen in aller Ruhe und Sachlichkeit die zwingenden Gründe darzulegen, welche die Königliche Staatsregierung veranlaßt haben, in dem vorliegenden Gesetzentwurf Ihnen so tief einschneidende Maßnahmen vorzuschlagen.

In der Sitzung vom 13. Januar 1902 sagte ich:

> Die Gesamtbevölkerung der Provinz Posen hat sich seit der Volkszählung von 1890 bis zu der von 1900 um zirka 7¾% vermehrt. Der Zuwachs der polnischen Bevölkerung beläuft sich dabei auf zirka 10½%, während die Zunahme der Deutschen nur auf zirka 3¾% .... zu schätzen ist.

Das Bild ist aber ein anderes, wenn man die Ergebnisse der Volkszählung von 1905 berücksichtigt. Es haben sich nämlich seit 1900 in der Provinz Posen die Deutschen um 43 000 Köpfe, das sind 5,97 %, die Polen um 59 000 Köpfe, das sind 5,08 %, vermehrt. Der Anteil der deutschen Bevölkerung ist von 38,07 % auf 38,32 % gestiegen, der der polnischen hat sich von 61,32 % auf 61,21 % vermindert. Diese Zahlen mögen an und für sich noch nicht viel besagen; sie gewinnen aber an Bedeutung, wenn man sich gegenwärtig hält, daß die Deutschen in der Provinz in den letzten 5 Jahren sich ebenso stark vermehrt haben wie vorher in 20 Jahren, und daß sie sich in den ländlichen Ortschaften des besonders stark besiedelten Regierungsbezirks Bromberg auch schon absolut stärker vermehrt haben als die Polen. Es scheint hiernach die Hoffnung berechtigt, daß durch die Ostmarkenpolitik der Regierung in der Provinz Posen die seit 1867 bestehende Verschiebung der Bevölkerungsziffer zu Ungunsten des Deutschtums allmählich zum Stillstande gekommen ist.

Ein ungerechter Vorwurf, der gegen die Tätigkeit der Ansiedlungskommission immer wieder erhoben wird, gipfelt darin, daß sie nur das Deutschtum des platten Landes stärke, die deutschen Handwerker, Kaufleute und sonstigen Gewerbetreibenden in den Städten zu wenig berücksichtige. Ich habe in diesem Hohen Hause zu wiederholten Malen erklärt, daß ich die Förderung des städtischen Deutschtums selbstverständlich auch als einen der wichtigsten Punkte unserer Ostmarkenpolitik betrachte. Ich habe mich im Eingang meiner Ausführungen auch heute wieder zu dieser Ansicht bekannt und darauf hingewiesen, daß die Königliche Staatsregierung sich dauernd bemüht hat, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

An Bereitwilligkeit, auch das städtische Deutschtum zu festigen und zu stärken, fehlt es uns wahrlich nicht; aber seine Stärkung kann nicht so unmittelbar durch staatliche Unternehmungen herbeigeführt werden wie die Vermehrung deutscher Bauern. Dem Bauern, den ich zu angemessenem Preise und unter sonstigen normalen Verhältnissen, wie sie die Ansiedlungskommission in ihren Kolonien schafft, auf einer Wirtschaft von 40 Morgen ansiedele, verschaffe ich damit eine gesicherte Existenz. Der Industriearbeiter, der Handwerker, der Kaufmann braucht Arbeitsgelegenheit, einen Kundenkreis, um zu leben; die kann ihm der Staat allein und direkt nicht schaffen und sichern; hier sind dem unmittelbaren Eingriffe des Staates enge Grenzen gezogen.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Rückgang kleiner Städte nicht bloß in den Ansiedlungsprovinzen, sondern auch in anderen Landesteilen beobachtet wird, daß überall gerade die tüchtigsten und kapitalkräftigsten Elemente am meisten Neigung zur Abwanderung in die Großstädte zeigen, und daß diese Bevölkerungsschicht in den westpreußischen und posenschen Städten bis vor kurzem gerade aus Deutschen bestand.

Um so erfreulicher sind die günstigen mittelbaren Wirkungen, die von den Ansiedlungen auf die ihnen benachbarten Städte ausgehen, und die sich, wie das die Ihnen zugegangene Denkschrift nachweist, schon jetzt vielfach zeigen. Der Rückgang des deutschen Handwerks in diesen Städten kommt allmählich zum Stillstand; die deutschen Gewerbetreibenden spüren, wie das von den verschiedenen Ortsbehörden dankbar bezeugt wird, die Belebung von Handel und Wandel durch die Kaufkraft der zahlreichen Ansiedler, die an die Stelle der Großgrundbesitzer und ihrer bedürfnislosen polnischen Arbeiter getreten sind. Ganz besonders erfreut sich bei der regen Bautätigkeit der Ansiedlungskommission und ihrer Kolonisten das Baugewerbe eines lebhaften Aufschwungs. Ich glaube daher, daß, zumal bei der immer schärferen Boykottierung der deutschen Gewerbetreibenden durch die Polen, nichts dem Deutschtum der S t ä d t e mehr zu statten kommen kann als ein Kranz deutscher Bauerndörfer, der sich um das städtische Weichbild legt. Ihre volle Wirkung für die Vermehrung der deutschen Einwohner der Städte wird solche Ansiedlungsmethode freilich erst in späterer Zeit zeigen, wenn die Nachkommen der ländlichen Ansiedler sich nach städtischen Nahrungen umsehen.

Auch auf dem Lande hat die Ansiedlungskommission sich nicht auf die Ansetzung neuer Kolonisten beschränkt, sondern neuerdings den Versuch gemacht, die rechtliche Sicherung des Besitzes in deutscher Hand, wie sie bei den Ansiedlungsrentengütern geschieht, auf den alteingesessenen Bauernstand auszudehnen. Eine Handhabe hierfür gewährt ihr die starke Verschul

dung des kleinen Grundbesitzes. Wird doch in Westpreußen und Posen für zweite Hypotheken vielfach noch eine Verzinsung von 5 bis 6 % gezahlt, die bei der augenblicklichen Lage des Geldmarktes sicherlich keine Tendenz zur Ermäßigung zeigt. Die Ablösung dieser lästigen Hypotheken und ihre Umwandlung in eine staatliche Rente bietet für den bäuerlichen Besitzer so große Vorteile, daß er sich dabei bereitwillig der Beschränkung unterwirft, nicht an einen Polen zu verkaufen.

Zur Durchführung dieser Regulierung ist im Jahre 1904 für Posen die Deutsche Mittelstandskasse, für Westpreußen im Jahre 1906 die Deutsche Bauernbank gegründet worden. Die Tätigkeit dieser beiden Gesellschaften, an denen der Staat mit Kapital beteiligt ist, hat sich überraschend schnell ausgedehnt. Es haben bei ihnen bisher trotz der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit bereits die Besitzer von rund 70 000 Hektar deutschen Bauernlandes die Regulierung beantragt, deren Endergebnis eine wesentliche Erleichterung der Zinsenlast, die Ersetzung kündbarer Privathypotheken durch tilgbare Darlehne öffentlicher Kreditanstalten, also die Einleitung einer Entschuldung und vor allen Dingen die Sicherung der sämtlichen regulierten Besitzungen für die deutsche Hand durch Eintragung eines wirksamen staatlichen Wiederkaufsrechts in das Grundbuch ist.

Dies Verfahren soll durch den § 7a des Gesetzentwurfs unter etwas veränderten Bedingungen auch auf den deutschen Großgrundbesitz ausgedehnt werden. Denn nach Ansicht der Regierung können wir gerade in der heiß umstrittenen Ostmark den selbst wirtschaftenden deutschen Großgrundbesitzer, der auf politischem und technischem Gebiete die Führung seiner bäuerlichen Nachbarn übernehmen und sich in der Selbstverwaltung betätigen soll, *am wenigsten* entbehren.

(Sehr richtig! rechts.)

Eine radikale Aufteilung des Großgrundbesitzes würde gerade in den östlichen Landesteilen durchaus verfehlt sein. *Nur in einer richtigen Mischung von Groß- und Kleinbesitz kann eine verständige Ansiedlungspolitik dort ihr Ziel sehen.*

(Sehr richtig!)

Gelingt es, durch die Regulierung dem alteingesessenen deutschen Groß- und Kleinbesitz seine drückende Schuldenlast zu erleichtern und seine Güter gegen den Übergang in polnische Hand zu sichern, so hat die Ansiedlungskommission damit ein Gebiet beschritten, auf dem ihre Wirksamkeit nationalpolitisch ebenso wichtig werden kann wie bei der Gründung neuer Kolonien.

Selbstverständlich bedarf sie zur Erfüllung dieser neuen Aufgaben auch größerer Geldmittel. Hierdurch und durch die verstärkte Besiedlung erklärt sich die Höhe der für ihren Fonds erbetenen Auffüllung[1]), wobei für die Staatsfinanzen von Bedeutung ist, daß die für die Regulierung aufgewendeten Summen sich wesentlich höher verzinsen als die in den Neuansiedlungen festgelegten Beträge.

Überblickt man die Tätigkeit der Kommission in den abgelaufenen zwei Jahrzehnten, so hat sie, wie das die Denkschrift des näheren nachweist, hinsichtlich ihrer kolonisatorischen Aufgaben die in sie gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt. Die gesunden Grundlagen, die sie ihren Ansiedlungen gab, und das darauf beruhende Aufblühen der neugeschaffenen Dörfer haben es bewirkt, daß der Zuzug Ansiedlungslustiger stetig wuchs und seit einem Jahrfünft eine durchaus genügende Stärke erreicht hat. Fast scheint es, als rege sich wie in längst vergangener Zeit in allen Teilen Deutschlands unter der Bevölkerung, die nach Grundbesitz strebt, wieder der Zug nach dem Osten, nach dem alten Koloniallande, das seine Kultur jahrhundertelanger deutscher Arbeit verdankt. Und auch die deutschen Kolonien des Auslandes[2]), die jetzt vielfach im Nationalitätenkampf einen harten Stand haben, geben von Jahr zu Jahr an die Provinzen Westpreußen und Posen mehr von ihren Angehörigen ab, die sonst durch Auswanderung nach überseeischen Ländern unserem Volke verloren gehen würden. Nimmt man hinzu, daß auch in den national gefährdeten Kreisen der Provinzen Pommern und Ostpreußen die innere Kolonisation, von Privatgesellschaften betrieben und vom Staat energisch gefördert, rüstig voranschreitet, und daß auch für Schlesien Maßnahmen zum Schutz des deutschen Besitzes vorbereitet werden,

(Bravo!)

so wird man der Staatsregierung zugestehen müssen, daß sie an den am meisten vom Ansturm des Polentums bedrohten Punkten überall bemüht gewesen ist, die Verteidigung zu organisieren. Sicherlich sind die Erfolge, die in der kurzen Zeit seit Einleitung unserer Ansiedlungspolitik erzielt werden konnten, trotz der Aufwendung großer Staatsmittel noch keine durchschlagenden. Wer aber mit ihnen nicht zufrieden ist, der möge sich die

[1]) Es wurden erfordert 300 Millionen Mark zu Siedelungszwecken, 50 Millionen zur Regulierung größerer Güter und 50 Millionen für Domänenankäufe.

[2]) Damit sind gemeint deutsche Siedlungen in Rußland, bes. Wolhynien und Podolien.

Frage vorlegen: wie stände es mit dem Deutschtum unserer Ostmarken ohne die zwanzigjährige Arbeit der Ansiedlungskommission?

(Sehr richtig!)

Ich glaube, es würde unter den dortigen Deutschen nichts zu spüren sein von dem nationalen Selbstbewußtsein und dem Zusammengehörigkeitsgefühl, das unter ihnen wieder erwacht ist, seit Preußen die von großen Vorfahren ererbten kolonisatorischen Aufgaben dort wieder in großem Stile angreift. Ich glaube mich auch nicht zu irren, wenn ich sage: nicht nur in der Ostmark, nicht nur in Preußen, sondern im ganzen Reiche wächst von Jahr zu Jahr das Verständnis für die nationalen Fragen unseres Ostens. Man fühlt, daß Preußen mit der Politik, die es dort betreibt, nicht nur seine eigene, sondern Deutschlands Sache führt, und ich bin gewiß: eine Regierung, die diese Politik abbrechen wollte, würde heute auf den entschiedenen Widerspruch des größten und nicht des schlechtesten Teiles der gesamten Nation stoßen.

(Sehr richtig! Widerspruch im Zentrum und bei den Polen.)

— Ja, meine Herren vom Zentrum, trotz Ihres Kopfschüttelns behaupte ich, daß auch Ihre deutschen Wähler allmählich die Gefahr erkennen, die uns von dem vordringenden Polentum droht, und ich glaube weiter, daß speziell die Verhältnisse in Oberschlesien in der Beziehung eine beredte Sprache führen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich zweifle nicht an der Bereitwilligkeit dieses Hohen Hauses, der Regierung die angeforderten, wie ich zugebe, bedeutenden Geldmittel zu gewähren, deren sie zur stetigen und zielbewußten Fortführung des Ansiedlungswerks bedarf.

Diese groß und richtig angelegte, nach meiner festen Überzeugung unbedingt notwendige Ansiedlungspolitik ist aber bei der Beschaffung des nötigen Landes auf Hindernisse gestoßen und hat daher trotz ihrer ausgezeichneten Erfolge auf dem Gebiete der Kolonisation Nebenwirkungen hervorgerufen, die ihre Fortführung nicht nur ernstlich erschweren, sondern mit den bisherigen Machtmitteln überhaupt unmöglich erscheinen lassen. Der Kampf des Staates mit dem Polentum um den Boden und die Ausnutzung der durch diesen Kampf hervorgerufenen eigenartigen Situation durch ein rücksichtsloses Spekulantentum hat auf dem Gütermarkte der Ansiedlungsprovinzen durchaus ungesunde Zustände hervorgerufen, für die mir in der Tat die Bezeichnung „einer vollständigen Demoralisation", wie

ich sie in einem kürzlich erschienenen Buch über das polnische Gemeinwesen im Preußischen Staate finde[1]), nur zutreffend erscheint. Ich habe in diesem Hohen Hause schon im Jahre 1902 darauf hingewiesen, wie klar das Polentum erkannt hat, daß der Grundbesitz schließlich darüber entscheidet, ob unsere Ostprovinzen deutsch oder polnisch sein werden. Es führt den Kampf um den Boden daher mit einer außerordentlichen Energie. Eine Organisation des Kreditwesens auf nationaler Grundlage, die ihresgleichen sucht, eine geschickte Kombination von genossenschaftlichen Sparkassen und Parzellierungsbanken, die den letzteren in großem Umfange die Spareinlagen der polnischen Industriearbeiter und Sachsengänger dienstbar macht, die Hypothekendarlehen der Landschaft und der deutschen Hypothekenbanken, Darlehen, die nach Hunderten von Millionen zählen, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Ansiedlungsprovinzen und die steigenden Güterpreise wesentlich erleichterte Geldbeschaffung für zweite Hypotheken, vor allen Dingen der gesunde Landhunger der polnischen Bevölkerung haben es den Polen ermöglicht, mit der Ansiedlungskommission erfolgreich in Wettbewerb zu treten. Sie haben den Verlust an Land, den die Tätigkeit der Ansiedlungskommission ihnen zunächst brachte, nicht nur auszugleichen, sondern in einen Gewinn umzuwandeln verstanden. Die Besitzwechselstatistik ergibt, daß von 1896 bis einschließlich 1906, also in elf Jahren, in Westpreußen und Posen 75 437 ha mehr aus deutscher Hand in die polnische übergegangen sind als umgekehrt, und wenn man dazu noch die polnischen Ankäufe in Ostpreußen, Pommern und Schlesien nimmt, so stellt sich der Gesamtverlust auf annähernd 100 000 ha.

(Hört, hört!)

Wer den Verhältnissen fernersteht, wird sich verwundert fragen, wie dies Ergebnis möglich ist gegenüber den gewaltigen Staatsmitteln, die von der Ansiedlungskommission und dem Domänenfiskus für Ankäufe aufgewendet worden sind, und mit denen sie ein Areal von zirka 450 000 ha für den Staat erworben haben. Die Erklärung liegt darin, daß die polnischen Güterspekulanten und Parzellierungsinstitute in der Lage sind, fast jedes von ihnen erworbene Gut vorteilhaft zu verwerten. Denn der kleine polnische Mann, der fast ausnahmslos danach strebt, mit seinen Ersparnissen in der Heimat ein Stück Land zu erwerben, scheut sich vor harten Zahlungsbedingungen nicht und trägt die Restkaufgelder in der Regel

[1]) L. Bernhard, Das polnische Gemeinwesen im Preußischen Staate. Leipzig 1907.

in kurzer Frist ab. So ist es den Parzellierungsunternehmern möglich, ihr Betriebskapital schnell und meist mit Gewinn umzusetzen. Darin hat auch die Ansiedlungsnovelle von 1904 eine durchgreifende Änderung nicht eintreten lassen, da sie nach der Judikatur des Oberverwaltungsgerichts nur die Errichtung neuer Wohnplätze von einer Genehmigung abhängig macht, nicht aber die Aufteilung von Gütern unter Verwendung der vorhandenen Insthäuser. Ebensowenig wird die Veräußerung von Parzellen an benachbarte Kleinbesitzer von dem Gesetz getroffen. Die sich stetig steigernde Nachfrage polnischer Arbeiter und Kleinbauern nach Grundstücken, die natürlich zum großen Teile aus deutschen Erwerbungen gedeckt wird, spielt in dem Kampfe um den Boden eine viel bedeutendere Rolle als der Übergang einzelner deutscher Rittergüter in die Hände polnischer Großgrundbesitzer.

Auf der anderen Seite steht nun die Königliche Ansiedlungskommission, die zur Deckung ihres Landbedarfs jährlich 30 000 ha braucht und, auf den freihändigen Kauf beschränkt, in allen Teilen der Provinzen Westpreußen und Posen als Käuferin auftreten muß. Aus polnischer Hand kann sie fast nichts mehr erwerben, da die großpolnische Agitation jeden Volksgenossen ächtet, der ein Grundstück an Deutsche verkauft. Die Erwerbung polnischer Grundstücke hat in den letzten Jahren nur noch 7 bis 10% des Gesamtankaufs betragen. So ist die Ansiedlungskommission fast allein auf den deutschen Großgrundbesitz angewiesen, und da dieser von den Polen für die Zwecke ihrer Kolonisation ebenso begehrt wird, hat sich ein Konkurrenzkampf entwickelt, der, von einer gewissenlosen Spekulation in geschickter Weise ausgenutzt, die Preise der Güter sprunghaft in die Höhe treibt. Ich will hier nicht auf alle die unsauberen Kniffe eingehen, mit denen leider auch von einzelnen deutschen Grundbesitzern versucht wird, die Ansiedlungskommission zu sogenannten Interventions- oder Rettungskäufen zu veranlassen, denen sie auch vielfach gar nicht ausweichen kann. Ich könnte traurige Beispiele dafür anführen, möchte aber nicht mißverstanden werden. Daß ich eine hohe Meinung von dem Werte des deutschen Großgrundbesitzerstandes für den Staat hege, habe ich bereits ausgesprochen. Ich weiß die hohen Verdienste, die er sich besonders um Westpreußen und Posen in kultureller und nationaler Hinsicht erworben hat, voll zu würdigen. Ich erkläre ganz offen, daß ich keine Möglichkeit sehe, das Deutschtum in diesen Landesteilen zu halten oder auch nur die Selbstverwaltung durchzuführen ohne die Hilfe des deutschen Großgrundbesitzes.

(Sehr richtig!)

Und ich bin gewiß, daß der deutsche Großgrundbesitz in seiner Allgemeinheit es mit mir auf das schärfste verurteilt, wenn einzelne seiner Angehörigen, aus Gewinnsucht ihre nationalen Pflichten vergessend, mit der deutschen Scholle einen schnöden Schacher treiben, ja, daß man gerade von dieser Seite es der Regierung danken wird, wenn sie solche Elemente brandmarkt und ihnen ihr unwürdiges Handwerk zu legen sucht.

(Bravo!)

Drei Faktoren sind es, meine Herren, die den Gütermarkt der Ansiedlungsprovinzen zurzeit maßgebend beeinflussen und im höchsten Maße beunruhigen. Erstens die polnischen Parzellierungen, gefördert durch nationale Rücksichten und das Landbedürfnis der polnischen Bevölkerung. Zweitens der Bedarf der Ansiedlungskommission, die ohne einen jährlichen Ankauf von 30 000 ha den erfreulich gestiegenen Kolonistenzuzug nicht unterbringen kann, und die außerdem von der öffentlichen Meinung noch immer für jeden Übergang eines deutschen Gutes in polnische Hände verantwortlich gemacht wird. Drittens die polnische und die deutsche Spekulation.

Die Folgen zeigen sich deutlich in dem Ansteigen der Güterpreise, das, wenn man auch die Mitwirkung des wirtschaftlichen Aufschwungs der Provinzen Westpreußen und Posen, die Verbesserung des Verkehrs und der Absatzverhältnisse, die Vervollkommnung des landwirtschaftlichen Betriebes noch so hoch veranschlagt, als ein durchaus ungesundes bezeichnet werden muß. Die Königliche Ansiedlungskommission zahlte im jährlichen Durchschnitt pro Hektar 1886 568 ℳ, und dieser Preis war bis 1895 ungefähr der gleiche geblieben. Erst mit dem Jahre 1896 setzte eine energische polnische Parzellierungstätigkeit und dann auch bald das Treiben der Spekulanten ein, und von da an beginnt ein fast ununterbrochenes Ansteigen der Preise. 1895 zahlte die Kommission noch 571 ℳ pro Hektar, 1900 schon 809 ℳ, 1906 1383 ℳ.

(Hört, hört!)

In den letzten sechs Jahren also eine Preissteigerung um mehr als 70%, seit 1895 aber um 142%!

Diese Preise interessieren nicht so sehr wegen ihrer Wirkung auf die Rentabilität des Ansiedlungsunternehmens, die ich wegen seines indirekten Nutzens für den Staat auch jetzt noch für eine gute halte, sondern wegen der zunehmenden Lockerung des deutschen Grundbesitzes, die sie zur Folge haben. Im allgemeinen ist das nationale Pflichtgefühl unter den Grundbesitzern wie bei allen ostmärkischen Deutschen durch den Nationalitäten-

kampf geschärft worden. Wer ohne Grund — nur um Geldgewinns willen — deutschen Boden aufgibt, wird auch bei uns scharf verurteilt. Aber die Bodenständigkeit unseres deutschen Grundbesitzes in den Provinzen Westpreußen und Posen ist leider noch keine große. Auch unter den Deutschen gehen die Güter, zum Spekulationsobjekt geworden, von Hand zu Hand, nicht zum Vorteil der Wirtschaft. Bei Erbteilungen wird gegenüber den lockenden Kaufangeboten, die niemals fehlen, die Neigung, den Besitz zu halten, immer geringer. Wie Kenner der beiden Provinzen mir versichert haben, gibt es in Westpreußen und Posen außer den Fideikommissen nur wenige Güter in Privatbesitz, die nicht sofort verkäuflich sind. Diese Bewegung greift deutlich erkennbar auch schon auf den alteingesessenen Bauernstand über; sie rüttelt damit an dem festesten Fundamente des ostmärkischen Deutschtums und bedeutet für dieses eine Gefahr, die gar nicht ernst genug genommen werden kann.

Zunächst ist am schwersten der deutsche Großgrundbesitz bedroht. Er überwog im Jahre 1886 in der Provinz Posen den polnischen noch um rund 70 000 ha. Im Mai 1906 betrug das Übergewicht noch rund 19 000 ha und wird wahrscheinlich inzwischen verschwunden sein. Die Folge ist in zahlreichen Kreisen eine Vernichtung oder Gefährdung der deutschen Kreistagsmehrheit, und die Polonisierung der Kreistage [1]) gefährdet wiederum die Stellung der Deutschen in anderen Selbstverwaltungsorganen, deren Zusammensetzung von der Wahl der Kreistage abhängt. Aus dem deutschen Großgrundbesitz deckt nicht nur die Ansiedlungskommission, sondern auch die polnische Kolonisation in der Hauptsache ihren Bedarf an Land. Im Jahre 1905/06 verlor z. B. der polnische Großgrundbesitz nur 3421 ha, der deutsche 26 171 ha. Geht es so weiter, so wird in 20 Jahren voraussichtlich der deutsche Großbesitz nur aus Fideikommissen und Domänen bestehen und gegenüber dem polnischen sich in verschwindender Minderheit befinden. Diese Entwicklung wird auch durch die Regulierung des Großgrundbesitzes und seine Stellung unter Ansiedlerrecht ohne Sanierung des Gütermarktes nicht aufzuhalten sein; denn bei weiterem schnellen Steigen der Preise wird der Anreiz zur Veräußerung immer stärker.

Daneben macht sich die eigentümliche Erscheinung bemerkbar, daß der Ansiedlungskommission ein planmäßiges Vorgehen immer mehr erschwert wird. Für jeden, der die Verhältnisse der Provinzen Posen und

---

[1]) Auf den Kreistagen der Provinz Posen haben, da die alte Ordnung von 1828 dort noch gilt die Rittergutsbesitzer Virilstimmrecht.

Westpreußen kennt, ist es klar, daß uns mit vereinzelten Ansiedlungen nicht gedient ist. Wir müssen große Inseln des Deutschtums im polnischen Meere bilden, und unbedingt notwendig ist die starke Massierung der Kolonien nicht nur im Interesse ihrer eigenen Erhaltung, sondern auch um den Ansiedlergemeinden einen politischen Einfluß zu sichern. Am stärksten muß diese Massierung in der Nähe der Städte einsetzen, um diese einer allmählichen Verdeutschung zuzuführen. Nach diesem Grundsatz zu verfahren, wird aber der Ansiedlungskommission von Jahr zu Jahr schwerer. Nimmt sie an einer wichtigen Stelle die Gründung eines größeren Ansiedlungskomplexes in Angriff, so ist ihr Plan nach den ersten Gutskäufen für jedermann leicht erkennbar, und die Spekulation bemächtigt sich sehr bald derartiger Gebiete. Die Polen suchen gleichfalls in sie einzudringen, und die Preistreibereien nehmen ihren Anfang. Will die Ansiedlungskommission in solchen Lagen nicht geradezu unsinnige Preise anlegen, so kann sie häufig nichts erwerben. Die Gutseigentümer, auf ein weiteres Steigen der Preise rechnend, ziehen, wenn nicht von polnischer Seite die Ansiedlungskommission erheblich überboten wird, vor, mit dem Verkauf zu warten, womit sie bei der Zwangslage, in der die Ansiedlungskommission sich befindet, vielfach auch durchaus richtig spekulieren.

Diese abwartende Tendenz und der Umstand, daß aus polnischer Hand für die Kommission fast nichts mehr zu haben ist, wirken offenbar mit bei dem ganz auffälligen Rückgang des Angebots in den letzten Jahren. Während der Ansiedlungskommission 1903 noch 226 000 ha zum Kauf angeboten wurden, sank diese Ziffer bis 1906 allmählich auf 102 000 ha, und gleichzeitig verringerte sich die Durchschnittsgröße der angebotenen Güter ganz bedeutend, so daß geeignete Besiedlungsobjekte immer seltener zu haben sind, und eine planmäßige Siedlung vielfach unmöglich wird.

Nun hat man der Regierung den wohlmeinenden Rat erteilt, das Tempo der Besiedlung zu verlangsamen und die Gutsankäufe auf einige Zeit zu sistieren: das würde die weitere Preissteigerung aufhalten. Es ist möglich, daß diese Wirkung einträte. Aber das Mittel kann nicht angewendet werden, ohne daß wir große Teile der Ansiedlungslustigen zurückweisen, und damit zerstören wir einen der besten Erfolge der Ansiedlungskommission vielleicht für immer. Noch im Jahre 1902 bezweifelte ich, ob es möglich sein werde, die nötigen Kolonisten für eine beschleunigte Siedlungstätigkeit zu schaffen [1]). Erst in den letzten Jahren ist der Zuzug von Kauf- und Pachtlustigen ein ausreichender geworden, und es ist dies das Ergebnis

[1]) S. in der Rede vom 27. Mai 1902. I, S. 323.

jahrelanger konsequenter Arbeit und der beste Beweis für die Gesundheit der bisherigen Ansiedlungen. Weisen wir jetzt die Kolonisten aus Mangel an Land ab, so werden sie sich, zumal bei der lebhaften Agitation für überseeische Auswanderung, anderen Gebieten zuwenden. Hat aber ihr Strom erst diese veränderte Richtung angenommen, so werden wir ihn später nicht beliebig in sein altes Bette zurücklenken können.

Meine Herren, es steht für mich nach all diesem außer Zweifel: die Tätigkeit der Ansiedlungskommission muß fortgesetzt werden, und zwar uneingeschränkt. Dazu brauchen wir alljährlich eine große Fläche Landes, und wir brauchen sie an der richtigen Stelle. Denn die Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter erfüllt nur dann ihren nationalpolitischen Zweck, wenn sie in großen geschlossenen Gebieten erfolgt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir können nicht dulden, daß die Polen durch eine rücksichtslose nationale Verhetzung den preußischen Staat in seinem Erwerb auf deutschen Besitz beschränken, und daß hierdurch in Verbindung mit einer ungesunden Preistreiberei der alte deutsche Privatbesitz in den Provinzen Posen und Westpreußen in der bedenklichsten Weise gelockert und seiner allmählichen Vernichtung entgegengeführt wird. Wir können unsern Landbedarf im freihändigen Ankauf nicht mehr decken, und daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß ein eminentes Staatsinteresse die Einräumung der Enteignungsbefugnis an die Ansiedlungskommission erfordert.

(Große Unruhe und lebhafte Zurufe bei den Polen. Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Der Gedanke, meine Herren, ist nicht neu.

(Widerspruch.)

Schon mein großer Amtsvorgänger Fürst Bismarck hat ihn in seiner Rede vom 28. Januar 1886 erwähnt, und ich glaube mit ihm, daß an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit dieser Maßregel ein Zweifel nicht besteht.

(Oho! bei den Polen.)

Nun fragt es sich,

— sagte damals Fürst Bismarck —

ob Preußen in seinem und des Deutschen Reiches Interesse nicht unter Umständen in der Lage sein sollte, 100 Millionen Taler auszugeben, um die Güter des polnischen Adels dafür zu gewinnen' kurz und gut,

— sagte Fürst Bismarck —

> um den Adel zu expropriieren. Das klingt ungeheuerlich; aber wenn wir für eine Eisenbahn expropriieren und die Häuslichkeit stören, Häuser und Kirchhöfe durchbrechen lediglich zur Bequemlichkeit einer Eisenbahngesellschaft, wenn wir expropriieren, um eine Festung zu bauen, um eine Straße in der Stadt durchzuschlagen, wenn wir ganze Stadtviertel expropriieren, wie in Hamburg, um einen Hafen zu bauen, Häuser, die seit Jahrhunderten stehen, abbrechen: warum soll dann unter Umständen nicht ein Staat, um seine Sicherheit für die Zukunft zu erkaufen und die Unruhe los zu werden — ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck als der Verkehr, ist die Sicherheit für die Gesamtheit nicht ein höherer Zweck wie die Befestigung eines einzelnen festen Platzes? — warum soll dann nicht ein Staat unter Umständen zu diesem Mittel schreiten?

So damals Fürst Bismarck.

Ich weiß nun sehr wohl, meine Herren, daß diese Ausführungen damals auf Widerspruch gestoßen sind, und ich will nicht behaupten, daß dieser Widerspruch mir unverständlich ist. Fürst Bismarck selbst fügte damals hinzu, die Regierung beabsichtige im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht, so weit zu gehen, und deutete damit an, daß man sich zu einem Eingriff von so ungewöhnlicher Härte selbstverständlich erst entschließen dürfte, wenn alle anderen Mittel zur Durchführung der als notwendig erkannten Ansiedlungspolitik versagt hätten. Meine Herren, nach der Überzeugung der Königlichen Staatsregierung ist *dieser Zeitpunkt jetzt gekommen.*

Wir haben auf das gewissenhafteste geprüft, ob wir die Enteignung umgehen und mit milderen Gesetzesbestimmungen auskommen könnten; wir haben erwogen, ob nicht eine Beschränkung der Enteignung auf die Fälle des Besitzwechsels möglich wäre, ob nicht ein gesetzliches Vorkaufsrecht des Staates oder das in letzter Zeit so viel erörterte Einspruchsrecht gegen Grundstücksverkäufe genügen würde. Ich selbst habe, obwohl dieser Gesetzentwurf schon durch die Thronrede vom 8. Januar 1907 angekündigt war, seine Einbringung bis jetzt verzögert, um nochmals eine *gründliche* Untersuchung aller in Betracht kommenden rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse vornehmen zu lassen. Ich habe aber kein anderes Mittel gefunden, um unsern Landerwerb in richtige Bahnen zu lenken und auf dem Gütermarkt unserer Ansiedlungsprovinzen die unbedingt nötige Beruhigung herbeizuführen. Die erwähnten anderen Vorschläge

schließen teils größere Härten in sich als die Enteignung und führen jedenfalls ohne die Enteignung nicht zum Ziele — vor allen Dingen schon deshalb, weil sie eine Konzentrierung der Ankäufe und die Unabhängigkeit der Ansiedlungskommission von den künstlichen Preistreibereien nicht gewährleisten können.

Was die rechtliche Zulässigkeit der Enteignung im vorliegenden Falle angeht, so könnte nach dem Wortlaute des Gesetzes vom 11. Juni 1874 angenommen werden, daß seine Vorschriften hier ohne weiteres anwendbar seien. Aber nach seiner Entstehungsgeschichte erscheint das zweifelhaft, und die Königliche Staatsregierung legt Wert darauf, zu betonen, daß sie einen derartigen, weitgehenden Eingriff ohne ausdrückliche gesetzliche Vollmacht nicht vornehmen will. Es wird daher der Erlaß eines besonderen Gesetzes, einer lex specialis, beantragt, die nur für Westpreußen und Posen gelten soll und nur zu rechtfertigen ist durch die eigenartigen Verhältnisse dieser Landesteile und die vitalen Interessen des Staates, um deren Verteidigung es sich hier handelt.

Übrigens wird die Ausführung des Gesetzes nach meiner Meinung nicht zu den Härten führen, die vielfach von ihr erwartet werden.

(Heiterkeit bei den Polen.)

Es ist, wie Sie aus dem Gesetzestext ersehen werden, nicht beabsichtigt, der Ansiedlungskommission das Enteignungsrecht allgemein für den ganzen Umfang der Provinzen Westpreußen und Posen zu geben; es wird ihr vielmehr nur für bestimmte, örtlich begrenzte Gebiete verliehen, und damit bei der Auswahl dieser Gebiete jede bureaukratische Engherzigkeit, jede unnötige Schärfe vermieden wird, soll vor ihrer Festsetzung ein Ausschuß von unabhängigen Vertrauensmännern, die mit den Verhältnissen der Provinzen genau bekannt sind, gehört werden.

(Heiterkeit bei den Polen.)

Es soll niemandem sein Grundbesitz genommen werden, weil er Pole ist, sondern wir werden nur dasjenige Land gegen volle Entschädigung uns aneignen, das wir für ein bestimmtes Ansiedlungsunternehmen notwendig brauchen.

In der polnischen Presse wird schon vielfach mit Rücksicht auf diese Vorlage von einer Ausrottungspolitik, von einer Verdrängung der Polen aus ihrer Heimat gesprochen.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Von einer Ausrottung oder Verdrängung kann nicht die Rede sein, meine Herren! Der polnische ländliche Grundbesitz in Westpreußen und Posen beträgt zurzeit rund 1,7 Millionen Hektar und hat sich in den letzten Jahren ständig vermehrt. Wollte der Fiskus diese Fläche wirklich erwerben, so würde er nach den jetzigen Preisen mindestens 2½ Milliarden aufwenden müssen, und schon hieraus ergibt sich die Unausführbarkeit dieses Gedankens. Wir werden die scharfe Waffe der Enteignung nicht zum Angriff, sondern nur zur Verteidigung des Deutschtums gebrauchen.

(Heiterkeit bei den Polen.)

Gegenwärtig liegt es tatsächlich so, daß der deutsche Grundbesitz, soweit er nicht unter Fideikommißbestimmungen oder Ansiedlerrecht steht, allmählich von den Polen und der Ansiedlungskommission aufgezehrt wird.

Das Polentum hat sich unter dem Schutze unserer Gesetze, insbesondere auf genossenschaftlichem Gebiete, eine Organisation geschaffen, deren konsequente Durchführung und einheitliche Leitung erstaunlich ist, und deren gewaltige Kräfte immer und überall dem politischen Kampfe gegen das Deutschtum dienen, mögen auch in den Satzungen der Vereine und Genossenschaften nur wirtschaftliche oder gar paritätische Grundsätze proklamiert werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Leiter der Bewegung bewußt und planmäßig darauf hinarbeiten, nicht nur Polen und Deutsche zu trennen, sondern den letzteren den Aufenthalt in den Ostmarken durch feindselige Haltung allmählich zu verleiden und sie aus dem Lande hinauszudrängen.

(Widerspruch bei den Polen. Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Es ist unzweifelhaft, daß der von polnischer Seite geflissentlich verschärfte Gegensatz zwischen beiden Nationalitäten wesentlich dazu beiträgt, den Widerstand der Deutschen gegen die lockenden Preisangebote für ihren Grundbesitz zu schwächen. Nicht von deutscher, sondern von polnischer Seite wird eine Verdrängungspolitik betrieben in stiller, unauffälliger, aber desto wirksamerer Weise.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, wir wollen mit der Enteignung nur folgendes erreichen. Erstens Ruhe auf dem Gütermarkt, die schon eintreten würde, wenn nicht eine Senkung, wohl aber eine Stabilisierung der jetzigen Grundstückspreise erzielt würde. Diese wird erreicht werden, sobald die Ansiedlungskommission nicht mehr wie jetzt genötigt ist, sozusagen

atemlos hinter jedem Gute, dessen sie bedarf, herzulaufen. Zweitens die Möglichkeit eines planmäßigen Vorgehens der Ansiedlungskommission und drittens die Heranziehung auch des polnischen Besitzes zur Deckung des Landbedarfs für das im Interesse des Staates notwendige Ansiedlungsunternehmen. Darin liegt keine Ungerechtigkeit,

(Heiterkeit bei den Polen)

und ich glaube, daß allein schon die Möglichkeit der Enteignung wieder dazu führen wird, daß die Ansiedlungskommission auch polnisches Land freihändig erwerben kann. Verteilt sich der Landerwerb einigermaßen auf den Besitz beider Nationalitäten, so würde das nur dazu führen, daß der deutsche Besitz dem polnischen die Wage hält, anstatt daß jetzt tatsächlich eine Beseitigung des deutschen Grundbesitzes sich langsam, aber ohne staatliche Gegenmaßregeln unaufhaltsam vollzieht.

Meine Herren, daß trotz dieser Erwägungen gegen diese Vorschläge der Königlichen Staatsregierung auch bei Anhängern unserer Ansiedlungspolitik in diesem Hohen Hause Bedenken bestehen werden, sehe ich voraus: aber ich kann nur wiederholen: die Königliche Staatsregierung hat lange und ernstlich erwogen, ob sie in diesem Falle die Anwendung der Enteignung verantworten kann, und sie ist zu der Überzeugung gelangt, daß sie diese Maßregel nicht nur verantworten kann, sondern daß dieser Schritt unbedingt notwendig ist.

Meine Herren, der Preußische Staat würde seine oberste Pflicht, die Pflicht der Selbsterhaltung, versäumen, wenn er gegenüber den Gefahren, die das ostmärkische Deutschtum bedrohen, die wirksamste Schutzmaßregel, die Ansiedlungspolitik, in dem Augenblicke aufgeben wollte, wo sie anfängt, dauernde Erfolge zu verheißen. Das wäre eine Schwenkung in unserer Ostmarkenpolitik, die alles übertreffen würde, was der Preußische Staat in der Vergangenheit leider durch Mangel an Konsequenz auf diesem Gebiete verabsäumt hat.

(Sehr richtig!)

Damit würden wir den festen Wall einreißen, der der vordringenden Flut entgegensteht; damit würden unsere Deutschen im Osten, die im Vertrauen auf den Schutz des Staates, und von ihm ermutigt, sich in den Ansiedlungsprovinzen niedergelassen haben, im Stich gelassen und damit die vollständige Polonisierung der Provinzen Posen und Westpreußen und der angrenzenden Landesteile eingeleitet.

Nun weiß ich wohl, daß dies alles von polnischer Seite bestritten werden wird; auf polnischer Seite sagt man: der Staat braucht bloß seine Ansiedlungspolitik aufzugeben, er braucht nur seine Schulpolitik zu modifizieren und einige andere kleine Konzessionen zu machen, damit zwischen Polen und Deutschen innige Freundschaft entsteht, und damit die Polen sich in die besten Untertanen des Staates verwandeln. Solche Gedanken sind ja erst in der letzten Zeit erörtert worden in einer viel besprochenen Broschüre, die ich auch gelesen habe, und deren Verfasser gewiß von guten und loyalen Absichten geleitet war [1]).

Meine Herren, der preußische Staat würde taub sein für alle Lehren der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts, wenn er solchen Vorschlägen, solchen Anerbietungen, solchen Lockungen Gehör schenken wollte.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Trotz seiner erfolgreichen Arbeit für die Kultur und den Wohlstand, für die Rechtssicherheit und die verfassungsmäßige Freiheit unserer polnischen Mitbürger hat der preußische Staat es noch immer bitter bereuen müssen, wenn er der nationalen Aspiration der Polen entgegenkam.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere in der Beziehung besonders an die Jahre 1830, 1846 bis 1848 und 1863. Nun ist ja Gott sei Dank unsere Stellung in der Welt seitdem eine so gesicherte geworden, daß auch der kühnste Sanguinismus großpolnischer Heißsporne für den Fall einer Erhebung nicht mehr auf ausländische Hilfe rechnen kann. Die Hoffnung auf Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit wird aber im polnischen Volke wachgehalten durch eine unermüdliche Agitation der polnischen Presse und eine weitverzweigte polnische Vereinstätigkeit, die von dem Grundsatz ausgeht: wenn die staatliche Unabhängigkeit auch jetzt noch nicht wiederzuerlangen ist, so müssen doch ihre Requisiten erhalten und entwickelt werden. Daß die Leiter dieser Bewegung auch von Zeit zu Zeit nicht vor geräuschvollen Demonstrationen zurückschrecken, das hat uns erst das verflossene Jahr bewiesen. Die Demonstrationen, die sich in dem sogenannten Schulstreik [2]) verkörperten, bezweckten im Grunde doch nur, zu verhindern, daß die polnische Jugend in der langen Zeit der Ruhe sich nicht des Gedankens an die Auflehnung gegen die staatliche Autorität entwöhne.

(Sehr richtig!)

---

[1]) Gemeint ist die Broschüre von S. v. Turno, Zum Enteignungsprojekt. Offenes Wort eines preußischen Staatsbürgers polnischer Nationalität. Posen 1907.

[2]) Im Winter 1906/07.

Wir können durch vereinzelte Friedensangebote, auch wenn sie noch so gut gemeint sind, unsere Ostmarkenpolitik nicht aus den festen und bewährten Bahnen drängen lassen, in denen sie sich bewegt. Wir halten fest an den Maximen des großen Königs, der durch seine im Jahre 1772 erfolgte Erwerbung der Nation das Erbe wiedergab, das sie in trüber Zeit verloren hatte. Er hat als die erste Voraussetzung für die dauernde Angliederung der ehemals polnischen Landesteile an den preußischen Staat eine energische Ansiedlung deutscher Leute erkannt und sofort in Angriff genommen. Wir wissen ebensogut wie die Polen, daß wir unser Ziel nur erreichen können, wenn wir zunächst im Grundbesitz in allen wichtigen Punkten dem Deutschtum zum Übergewicht verhelfen. Ist dieses Übergewicht erst dauernd gesichert und als unerschütterlich anerkannt, dann wird auch, wie ich hoffe, das Polentum die Hoffnung auf Losreißung dieser Gebiete vom preußischen Staat endgültig aufgeben, dann wird die großpolnische Agitation zur Ruhe kommen, dann wird nach König Friedrich Wilhelms III. Wort „Deutschland wirklich gewonnen haben, was Preußen erworben hat"; dann wird auch manche Maßregel wegfallen können, die jetzt unseren polnischen Mitbürgern lästig ist und von ihnen angeblich als Verletzung ihrer nationalen Empfindungen gefühlt wird.

Bis dahin ist aber noch ein weiter Weg, und wir können unser Ziel nur erreichen, wenn wir ihm unermüdlich, stetig und mutig zustreben. Auf diesem Gebiete gibt es für den preußischen Staat kein Zurück.

An dieses Hohe Haus aber richte ich die Bitte: helfen Sie uns vorwärts durch Annahme dieses Gesetzentwurfes! Damit dienen Sie nicht nur dem Deutschtum in unserer Ostmark, sondern besser als mit halben Maßregeln auch dem Frieden in ihr und damit allen ihren Bewohnern.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen, Zischen bei den Polen, wiederholter Beifall und wiederholtes Zischen.)

---

6. Prozeß Moltke-Harden. — Kamarilla. — Die Reichstagsauflösung.

Sitzung des Reichstags vom 28. November 1907.

Am 28. November 1907 begann im Reichstage die erste Beratung des Etats für 1908, in der Fürst Bülow sogleich nach den Staatssekretären v. Stengel und v. Tirpitz und den Abgeordneten Dr. Spahn und v. Richthofen das Wort ergriff.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich hatte die Absicht, erst im weiteren Verlauf der Debatte das Wort zu ergreifen. Ich sehe mich aber in Abwesenheit des Herrn Kriegsministers genötigt, mich sogleich gegen die Art und Weise zu wenden, wie sich der Herr Abgeordnete Spahn über Einzelheiten des Prozesses Moltke-Harden und über Zustände in der Armee ausgesprochen hat.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat von der Verseuchung ganzer Kavallerieregimenter gesprochen.[1]) Er hat gemeint, daß Eltern Bedenken tragen müßten, ihre Söhne in gewisse Kavallerieregimenter eintreten zu lassen. Meine Herren, hier handelt es sich um unerwiesene Behauptungen, die ohne Beweis nicht in diesem Hohen Hause wiederholt werden sollten.

(Sehr richtig!)

Ich weise den in dieser Allgemeinheit erhobenen Vorwurf mit Nachdruck und Entschiedenheit zurück.

(Bravo! rechts.)

Gewiß, soweit im Prozeß Moltke-Harden sittliche Verfehlungen einzelner glaubhaft gemacht sind, haben sie auch mich mit Ekel und Scham erfüllt

(Bravo!),

und ich zweifle keinen Augenblick daran, daß von unserer Militärverwaltung alles geschehen wird, um solche Greuel ferro et igni auszurotten.

(Bravo!)

Aber ich wende mich gegen die Auffassung, als ob das deutsche Volk und das deutsche Heer in ihrem innersten Kern nicht vollkommen gesund wären.

(Bravo! Sehr richtig!)

So wie es niemand gibt, der an dem sittlichen Ernst unseres Kaiserpaares zweifelt, das in seinem Familienleben dem ganzen Lande ein schönes Vorbild gibt, so ist auch das deutsche Volk kein Sodom, und in der deutschen Armee herrschen nicht Zustände wie im sinkenden römischen Kaiserreich.

(Bravo!)

Und Sie können sich darauf verlassen, daß gerade unser Kaiser mit scharfem Besen alles ausfegen wird, was nicht zur Reinheit seines Wesens und seines Hauses paßt.

(Lebhaftes Bravo.)

---

[1]) Der Abgeordnete Spahn hatte gesagt: „Dieser Verkehr (unsittlicher Natur zwischen Offizieren und Soldaten) soll sich nun nicht beschränken auf dieses einzelne Garderegiment; Harden hat damals vielmehr behauptet, ganze Kavallerieregimenter in Preußen seien verseucht."

Aus den Verfehlungen einzelner Mitglieder der oberen Gesellschaftsklassen — mit Recht hat das der verehrte Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen soeben ausgeführt — auf eine Korruption des Adels, auf eine Verseuchung der Armee zu schließen, ist ungerecht und töricht wie alle einseitigen und tendenziösen Verallgemeinerungen.

(Sehr richtig!)

In allen Berufsständen, in allen Kreisen kommen unwürdige Elemente vor, überall gibt es einzelne, die ihrem Beruf, ihrem Stand, ihrem Kreis zur Unehre gereichen.

(Sehr wahr! rechts.)

Das Vorhandensein solcher Elemente aber bedeutet noch keine sittliche Verkommenheit des ganzen Standes, des ganzen Kreises. Nur wenn die Gesellschaft solche Zustände wissentlich duldet, wenn sie nicht sich selbst reinigt, macht sie sich einer Mitschuld schuldig.

(Sehr richtig!)

Gott sei Dank stehen aber unser Adel wie unser Bürgertum, unsere militärischen Kreise wie unsere bürgerlichen Berufe so ehrenwert da, daß Ausschreitungen einzelner sie nicht beschmutzen können.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Spahn schien sich darüber zu wundern, daß diese Vorgänge nicht früher zur Kenntnis der obersten Stelle gebracht worden wären. Ich glaube, daß unsere militärischen Instanzen in dieser Beziehung kein Vorwurf trifft, daß sie sich kein Versehen und keine Nachlässigkeit haben zu Schulden kommen lassen

(Zuruf links);

das wird Ihnen der Herr Kriegsminister in der nächsten Sitzung darlegen. Wenn aber gefragt worden ist, warum der Reichskanzler Seine Majestät den Kaiser nicht früher informiert habe, so erwidere ich, daß mir etwas Tatsächliches oder auch nur Greifbares erst im Frühjahr dieses Jahres zur Kenntnis gebracht worden ist. Man hat gesagt, warum Seiner Majestät dem Kaiser nicht wenigstens die Artikel der „Zukunft" vorgelegt wären, wo gegen gewisse dem Hofe nahestehende Persönlichkeiten schwere Anschuldigungen erhoben wurden. Meine Herren, das zu tun, war der dem Throne nächststehende hohe Herr wohl berechtigt. Der Kronprinz erfüllte einen Akt der Pietät gegen seinen Kaiserlichen Vater, er handelte im Interesse des Landes, als er die Aufmerksamkeit des Vaters auf diese Angriffe lenkte. Seine Handlung war keine offizielle, kein Staatsakt. Ein verantwortlicher Minister be-

findet sich aber in einer anderen Lage. Ein verantwortlicher Minister kann so schwerwiegende Anschuldigungen nur erheben, wenn er auch in der Lage ist, für solche Beschuldigungen gleichzeitig Beweise vorzulegen.

(Sehr richtig!)

Was wird in unserer Zeit nicht alles geklatscht und gelogen!

(Sehr richtig!)

Bin ich nicht selbst der Gegenstand unwürdiger Verdächtigungen, sinnloser Verleumdungen gewesen[1])?

(Lebhafte Rufe: Sehr wahr!)

Auf bloße Beschuldigungen hin konnte der Reichskanzler nicht einschreiten! Als mir Seine Majestät der Kaiser zum erstenmal von dieser Angelegenheit gesprochen hat, habe ich Seiner Majestät gesagt, er dürfe jetzt weder rechts noch links sehen, sondern müsse nur daran denken, den Schild des eigenen Hauses und den Schild der Armee rein zu halten. Das war Seiner Majestät aus der Seele gesprochen.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich komme nun zu dem Thema „Kamarilla". Da möchte ich mich zunächst gegen den Versuch des Herrn Abgeordneten Spahn wenden, mir eine in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erschienene Notiz in dem Sinne anzuhängen, als ob durch dieses Entrefilet das Thema „Kamarilla" erst allgemeine Beachtung gefunden hätte. Was habe ich denn vor fast einem Jahre an dieser Stelle gesagt[2])? Ich sagte: Kamarilla ist kein deutsches Wort, Kamarilla ist eine fremde Giftpflanze, und man hat nie versucht, diese Giftpflanze in Deutschland einzupflanzen ohne großen Schaden für die Fürsten und großen Schaden für das Volk. Zwei Negationen ergeben eine Bejahung; es ist mir niemals eingefallen, das Vorhandensein von Kamarillen an deutschen Fürstenhöfen in der Vergangenheit in Abrede zu stellen. Aber gerade dies, die Leugnung der geschichtlichen Existenz einer Kamarilla in Deutschland, wurde mir ein halbes Jahr später in den Mund gelegt. Ein Leipziger Blatt, die „Leipziger Neuesten Nachrichten", zitierten wiederholt meine damalige Äußerung unter Anführung nur der einen Negation und unter Weglassung der anderen, so daß ich ungefähr das Gegenteil von dem gesagt haben sollte, was ich in Wirklichkeit gesagt hatte. Bei der

---

[1]) Am 6. November war der Schriftsteller Adolf Brand, der den Fürsten Vergehungen gegen § 175 des Strafgesetzbuches beschuldigt hatte, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden.

[2]) Rede vom 14. November 1906. II, 343.

großen Verbreitung des Leipziger Blattes wollte ich nicht, daß der Irrtum sich zur Legende auswachse, wie mir das schon wiederholt passiert ist. Man hat mir ja mehrmals Äußerungen in den Mund gelegt, die ich niemals getan habe, deren Sinn und Tendenz mir sogar immer vollkommen fern gelegen haben; ich erinnere nur an das mir angedichtete Wort: „Nur keine inneren Krisen!" Ich wollte also nicht in den Augen tausender gebildeter Leser im Lichte der Unkenntnis historischer Vorgänge dastehen. Darum schrieb ich an den Rand des betreffenden Zeitungsausschnitts — ich habe ihn hier und finde ihn wohl nachher —: „Unsinn; habe ich nie gesagt! Vide meine Rede vom so und so vielten; sofort dementieren!" Auf diese einfache Weise ist jene Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" entstanden. Als dann der Versuch gemacht wurde, einen Zusammenhang zu konstruieren zwischen dieser Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und den Angriffen gegen den Fürsten Eulenburg, hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verschiedene Artikel anderer Zeitungen abgedruckt, in denen ganz zutreffend ausgeführt wurde, daß ein solcher Zusammenhang nicht bestehe, und daß der Reichskanzler lediglich die Vaterschaft eines unhistorischen Wortes abgewehrt habe.

Was nun die Gegenwart angeht, die Zeit Kaiser Wilhelm II., so kann ich nur wiederholen, was ich vor einem Jahre gesagt habe, nämlich, daß ich es für unbillig und ungerecht halte, von einem Ring unverantwortlicher Ratgeber um unseren Kaiser zu sprechen. Meine Herren, Versuche einzelner, Einfluß zu gewinnen, die kommen überall vor

(sehr richtig!),

in jeder Fraktion, in jeder Familie, in jeder Firma, in jeder Fabrik, überall da, wo man sich bemüht, irgend eine maßgebende Person, mag sie nun Fraktionsvorstand oder Familienvater, Industrieller oder Gutsbesitzer sein, in der einen oder anderen Richtung zu beeinflussen. Als unser Kaiser vor einigen Jahren den verdienstvollen Leiter der Hamburg-Amerika-Linie, Herrn Ballin, einige Male bei sich sah, sprach man von einer Ballin-Kamarilla.

(Heiterkeit.)

Nun denke ich nicht daran zu leugnen, daß höfische Kamarillen in der Vergangenheit an Höfen vielen Schaden angerichtet haben, von Tiberius mit seinem Sejan bis zur Favoritenwirtschaft des vorigen Jahrhunderts. Aber wie muß ein Monarch beschaffen sein, unter dem eine Kamarilla sich entwickeln und Einfluß gewinnen kann? — denn eine einflußlose Kamarilla ist ja überhaupt keine Kamarilla. Die erste Voraussetzung für das Gedeihen

dieser Giftpflanze ist doch Abgeschlossenheit und Unselbständigkeit des Monarchen.

(Sehr richtig!)

Nun hat man ja unserem Kaiser manchen Vorwurf gemacht, wie man jedem Menschen diesen oder jenen Vorwurf macht; aber daß er sich abschlösse im Verkehr, und daß er keinen eigenen Willen hätte

(große Heiterkeit),

das ist meines Wissens ihm noch niemals vorgeworfen worden. Also, ich denke, es ist an der Zeit, das Gerede und Geraune und Geflüster über Kamarilla nun endlich einzustellen.

(Sehr gut!)

Werfen wir dies Wort dahin, wo es hingehört, nämlich in die Vergangenheit!

Da ich nun einmal das Wort ergriffen habe, will ich mich noch gegen einen Vorwurf wenden, der mir gerade in der dem Herrn Abgeordneten Spahn nahestehenden Presse immer wieder begegnet, gegen die Behauptung, als ob ich vor bald einem Jahr die Auflösung des Reichstags betrieben hätte, um mich gegen persönliche Angriffe, gegen Intrigen zu schützen. Die Auflösung des Reichstags hatte mit Kamarilla, mit Intrigen und mit all solchem Zeug nicht das allermindeste zu tun.

(Sehr richtig!)

Ich habe den verbündeten Regierungen die Auflösung des Reichstags vorgeschlagen, weil die Zentrumspartei, nachdem sie durch Verwerfung des Reichskolonialamts, durch die Verweigerung der Mittel für den Bahnbau Kubub-Keetmannshoop, durch Einmischung in die inneren Beamtenverhältnisse der Kolonien, durch den Vorstoß des Herrn Abgeordneten Roeren gegen den neuen Kolonialdirektor

(Unruhe in der Mitte),

die Geduld der Regierung auf eine harte Probe gestellt hatte

(lebhafter Widerspruch in der Mitte),

weil die Zentrumspartei nach allen diesen Vorgängen am 13. Dezember die Regierung in einer nationalen Frage eigensinnig ihre Macht fühlen lassen wollte.

(Stürmischer Widerspruch in der Mitte. — Lebhafter Beifall rechts und links.)

Ein Reichskanzler, der vor diesem Antrag zurückgewichen wäre, ein Reichskanzler, der sich diesem Vorgehen unterworfen hätte, der hätte nicht nur das

Vertrauen der verbündeten Regierungen, der hätte Ehre und Reputation verloren.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Auf andere Fragen, die im Laufe der Debatte noch berührt worden sind, behalte ich mir vor demnächst zurückzukommen.

(Lebhaftes Bravo rechts und links. — Zischen in der Mitte.)

7. Marokko. — Mazedonien. — Persien. — Einkreisungsgefahr. — Haager Konferenz. — Kamarilla. — Stellung des Reichskanzlers.

Sitzung des Reichstags vom 29. November 1907.

Am folgenden Tage (29. November 1907) knüpfte der Abgeordnete Fürst Hatzfeldt an die Erörterung des Reichstags über die auswärtige Politik im Frühjahr an. Inzwischen hatte die Haager Friedenskonferenz stattgefunden, auf der der deutsche Vertreter, Freiherr von Marschall, eine hervortretende Rolle gespielt hatte. Die äußere politische Konstellation hatte sich in diesem Halbjahr nicht wesentlich verändert, aber die Nervosität ein wenig nachgelassen. Darauf sprach Fürst Bülow.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich möchte mir zunächst einige kurze Worte gestatten über die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Spahn gestern am Schlusse der Sitzung gemacht hat, gekleidet in die Form einer persönlichen Bemerkung, Ausführungen, denen ich leider nicht zuhören konnte, da ich durch einen dringenden Vortrag abgerufen war.

Der Herr Abgeordnete Spahn hat sich dagegen verwahrt, daß er ganze Regimenter als verseucht bezeichnet habe. Ich habe — ich berufe mich in dieser Beziehung auf die Oldenbergsche Parlamentskorrespondenz — nicht gesagt, daß der Abgeordnete Spahn diese Behauptung aufgestellt habe, ich habe gesagt, daß derartige unerwiesene Behauptungen im Reichstage nicht ohne Beweis wiederholt werden dürften.

Der Herr Abgeordnete Spahn hat weiter gemeint, ich sei falsch unterrichtet, wenn ich ihm nachsage, daß er an das Kamarillageschwätz geglaubt habe. Das habe ich ihm nicht nachgesagt und nie von ihm angenommen. Ich habe in meiner Rede gesagt — ich zitiere wieder nach dem Oldenberg —:

> Ich komme nun zu dem Thema Kamarilla und wende mich dagegen den Versuch, mir eine Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen“ usw. anzuhängen.

Ich habe mich also lediglich gegen den Versuch gewendet, aus dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen“ zu deduzieren, daß ich den Kamarillatratsch aufgebracht oder gefördert hätte.

Endlich hat der Herr Abgeordnete Spahn noch gemeint, er habe nicht von der Ehre des ganzen Offiziersstandes gesprochen, sondern immer nur von einzelnen Personen. Diese durchaus richtige und notwendige Unterscheidung kam in den ersten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Spahn nach meiner Empfindung nicht deutlich genug zum Ausdruck. Das hat mich zur Abwehr genötigt.

Ich will jetzt eingehen auf einige Fragen der auswärtigen Politik, die der Herr Vorredner, der Fürst v. Hatzfeldt, am Schlusse seiner Ausführungen berührt hat. Auf unsere innere Politik, auf Block und Blockpolitik hoffe ich Gelegenheit zu finden, im weiteren Verlaufe der Debatte morgen oder am Montag zurückzukommen.

Seitdem ich mich, meine Herren, zuletzt an dieser Stelle über M a r o k k o ausgesprochen habe[1]), sind neue Unruhen über dieses Land gekommen. Diese Unruhen haben, wie Sie wissen, in Casablanca einen besonders ernsten Charakter angenommen. Eine gewisse Anzahl im Dienste französischer Unternehmer stehender Europäer, in ihrer Mehrheit Franzosen, sind dem Fanatismus einer erregten Volksmenge zum Opfer gefallen. Es ist möglich, daß diese üblen Ereignisse nicht eingetreten wären, wenn die in der Algecirasakte vorgesehene Polizeitruppe im Juni bereits in Arbeit gewesen wäre. Ex post solche Betrachtung anzustellen, ist freilich müßig. Wie die Verhältnisse lagen, blieb der französischen Regierung wohl nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu schreiten. Spanien als minder schwer verletzter Partner ist in enger gezogenen Grenzen mit Frankreich gegangen. Ich erkenne es mit Dank an, daß die spanische wie die französische Regierung uns rechtzeitig von der von ihnen beabsichtigten Aktion in Kenntnis gesetzt haben. Daß wir dieser Aktion keine Hindernisse in den Weg legten, war selbstverständlich, ebenso selbstverständlich, daß diese Aktion sich unter der alleinigen Verantwortung der beteiligten Mächte vollzog und, da sie nicht in den Rahmen der Algecirasakte gehörte, auch die Verantwortlichkeit der anderen Mächte nicht berührte. Daraus folgt für uns die Pflicht strenger Zurückhaltung, die ich auch darin beobachten will, daß ich mich von dieser Stelle über Einzelheiten des Vorgehens in Casablanca nicht ausspreche. Leider hat diese Aktion auch zu einer Schädigung deutscher wirtschaftlicher und sonstiger

---

[1]) Der Reichskanzler hatte am 30. April 1907 zuletzt über Marokko gesprochen. S. oben S. 38.

privater Interessen geführt. Die Schäden waren so ernster Natur, daß nach zuverlässigen Nachrichten ohne sofortiges Eingreifen der Ruin deutscher Handelshäuser zu befürchten war. Ich habe mich deshalb, vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung dieses hohen Hauses, entschlossen, aus Reichsmitteln die Summe von 250 000 Mark als erste dringende Beihilfe für die geschädigten Deutschen zur Verfügung zu stellen.

(Bravo!)

Eine sachgemäße Prüfung der erlittenen Schäden hat stattgefunden; die dementsprechende Verteilung der Gelder steht unmittelbar bevor. Ich wiederhole, daß es sich nur um eine vorläufige Maßnahme handelt. Die weitere Regelung der Schäden wird voraussichtlich eine internationale Kommission beschäftigen, die demnächst zusammentreten soll. Weiteren Erwägungen der Mächte bleibt es vorbehalten, einen mit der Algecirasakte vereinbaren Modus für die Aufbringung der Entschädigungsgelder zu finden.

Die Ereignisse in Casablanca haben auch eine andere Frage in Fluß gebracht, die ihrerseits wieder in den Rahmen der Algecirasakte gehört, nämlich die Organisierung der Polizeitruppe in den Marokkohäfen. Die französische und die spanische Regierung sind in dieser Beziehung mit Vorschlägen an die anderen Signatarmächte herangetreten, die auf eine vorläufige, über den Rahmen der Algecirasakte hinausgreifende Organisation der Polizeitruppe nur mit französischen und spanischen Hilfskräften ohne marokkanische Polizisten abzielte. Unseren Standpunkt gegenüber diesem Vorschlag haben wir in einem Promemoria präzisiert. Der Gedanke ist nicht zur Ausführung gekommen.

Wie sich die Verhältnisse in Marokko weiter entwickeln, bin ich nicht in der Lage, Ihnen schon heute zu sagen. Wir werden jedenfalls diese Entwicklung mit ruhiger Reserve beobachten im Vertrauen auf die Loyalität der französischen Regierung. Es ist ein deutsches Interesse, es ist auch ein europäisches Interesse, daß die Angehörigen aller europäischen Mächte in Marokko baldmöglichst wieder in der gewohnten Weise ihrem Erwerbe nachgehen können. Die Grundlage dieser hoffentlich bald wiederkehrenden ruhigeren und friedlicheren Zustände wird die Algecirasakte bilden.

Da ich, meine Herren, von Marokko und Algeciras spreche, möchte ich auch einem Irrtum entgegentreten, der zuerst im Gerichtssaal, später in der Presse aufgetreten ist. Man hat gesagt, daß Deutschland in den letzten Jahren zweimal vor der ernsten Gefahr eines Krieges gestanden habe, das eine Mal während der Marokkowirren, das andere Mal im Jahre 1904 nach der damaligen Mittelmeerreise Seiner Majestät des Kaisers. Ja, meine Herren,

soll ich nochmals die internationalen Schwierigkeiten erörtern, zu denen die Ignorierung unserer Rechte und Interessen in den Marokkohäfen geführt hatte[1]? Ich glaube nicht, daß das nützlich wäre. Um Marokko hätten wir so wenig Krieg geführt wie im Jahre 1870 um die spanische Thronkandidatur. Das eine aber wie das andere konnte der Anlaß werden, unsere Ehre, unser Ansehen, unsere Stellung in der Welt zu verteidigen.

(Sehr richtig!)

Soweit während der Marokkowirren eine schleichende Kriegsgefahr vorhanden war, ist die Sache in Algeciras diplomatisch geregelt worden.

Ganz unerfindlich aber ist mir, wie man von einer im Jahre 1904 bestandenen Kriegsgefahr hat sprechen können. Weil es zu keiner Begegnung gekommen wäre zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und dem Präsidenten der französischen Republik? Darum Krieg? — Meine Herren, keiner der Beteiligten, weder der Kaiser noch der Präsident, hat daran gedacht und überhaupt auch nur denken können. Es ist kindlich, zu glauben, und es ist tendenziös, glauben machen zu wollen, daß in unserer Zeit zwischen zwei großen zivilisierten Nationen ein Krieg anders entstehen könne als wegen einer Frage, die die Lebensinteressen dieser Völker berührt.

(Bravo! und sehr richtig! rechts und links.)

Gewiß, meine Herren, hat die gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers und des Präsidenten im Mittelmeer den Gedanken an eine Begegnung zwischen beiden entstehen lassen. Dieser Gedanke ist aber niemals über das Bereich guter Wünsche hinausgediehen, es hat keine Aufforderung stattgefunden, es ist keine Ablehnung erfolgt.

In der französischen Presse habe ich auch gelesen, Seine Majestät der Kaiser hätte, erbost über die Herzlichkeit der damals in Rom und Neapel zwischen dem König von Italien und dem Präsidenten der Republik ausgetauschten Trinksprüche[2]), seine Abreise über Venedig, statt über Genua, beschleunigt und auf diese Weise die Möglichkeit einer Entrevue mit dem Präsidenten der französischen Republik beseitigt. Auch das ist irrig. Seine Majestät der Kaiser befand sich bereits vor Venedig, als die Trinksprüche in Rom gehalten wurden, und befand sich bereits auf deutschem Boden, als

[1]) S. bes. die Rede vom 5. April 1906, II, 303 ff. und die Aktenstücke XXIV bis XXXII, ebendort 403 ff.

[2]) 24. April 1904 Ankunft Loubets in Rom, 27. April Abreise des deutschen Kaisers, 29. April Flottenparade in Neapel unter Teilnahme des Königs von Italien und des Präsidenten Loubet.

die Toaste in Neapel ausgetauscht wurden. Mit solchen Legenden aus der Vergangenheit wird, wie mir scheint, der Gegenwart nicht gedient.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, in der verflossenen Session ist Ihnen ein Weißbuch vorgelegt worden, das Ihnen Gelegenheit bieten sollte, sich über die hinter uns liegenden Verhandlungen wegen der mazedonischen Finanzreform zu unterrichten. Inzwischen ist auch eine andere der im Mürzsteger Programm bezeichneten Aufgaben in den Bereich der diplomatischen Arbeit getreten, nämlich die Reform der Justizverhältnisse in den mazedonischen Vilajets. Es sind die beiden Ententemächte Rußland und Österreich-Ungarn, welche diese wichtige Frage in Fluß gebracht haben. Von den Vertretern dieser Mächte in Konstantinopel ist, wie Sie wissen, ein Reformprojekt ausgearbeitet und auf einer Botschafterkonferenz zur Kenntnis der Mächte gebracht worden. Wir haben dieses Projekt mit demjenigen Wohlwollen aufgenommen, mit dem wir alle Vorschläge der beiden Ententemächte aufnehmen, die gerichtet sind auf die Herstellung von Ruhe und Frieden in den mazedonischen Vilajets und auf die Konsolidierung der dortigen Verhältnisse. Wir haben es auch mit Befriedigung begrüßt, daß der Sultan die Notwendigkeit und die Dringlichkeit von Reformen in den Justizverhältnissen der mazedonischen Vilajets anerkannt hat. Auf sein Geheiß ist ein Gegenprojekt ausgearbeitet worden, das in manchen Punkten den Wünschen der Ententemächte entgegenkommt. Die Aufgabe, die, wie ich glaube, mit einiger Geduld wohl zu lösende Aufgabe wird nunmehr sein, die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten bei aller Wahrung der souveränen Rechte des Sultans zu einem den Bedürfnissen Mazedoniens entsprechenden Ausgleich zu bringen. Die Frage der mazedonischen Reformen gehört zu dem Komplex von Fragen, in denen wir den Ententemächten in den Verhandlungen mit der Pforte den Vortritt lassen. Soweit aber eine Einwirkung unsererseits zu einer Verständigung beitragen kann, werden wir es auch in Zukunft an unserer Mithilfe nicht fehlen lassen. Wir rechnen dabei auf das besondere Interesse, das der Sultan in dieser Frage seinen mazedonischen Untertanen entgegenbringt, und auf seine in schwierigen Fragen und Lagen oft bewährte Klugheit.

Meine Herren, es ist auch das russisch-englische Abkommen über Persien berührt worden[1]). Über dieses Abkommen habe ich mich schon Ende April oder Anfang Mai ausgesprochen und damals die Wendung gebraucht: von den

---

[1]) Vom 31. August 1907. S. oben S. 39, Rede vom 30. April 1907.

Feindschaften anderer unter einander können wir nicht leben. Was damals bevorstand, ist inzwischen Tatsache geworden. Das Abkommen hält sich in den Grenzen, die ich damals voraussetzte. So ist auch meine Auffassung die gleiche geblieben und namentlich mit bezug darauf, daß das Abkommen keine Spitze gegen Deutschland enthält, durch die inzwischen erfolgten Begegnungen von Swinemünde und Wilhelmshöhe und durch den Kaiserbesuch in England noch bestärkt worden[1]). Auf die auch hier erörterte Frage, wer von den beiden Paziszenten bei dem Abkommen das bessere Geschäft gemacht habe, kann ich mich nicht einlassen. Das liegt in der Zukunft, und ich glaube, die Rolle des ruhigen Beobachters ist derjenigen des Propheten vorzuziehen.

Auch auf die vielbesprochene Einkreisungsgefahr will ich mich nicht einlassen. Ich könnte nur wiederholen, was ich schon früher gesagt habe. Ich denke, wir sind alle der Ansicht, die beste Politik bleibt: auf dem Posten zu sein, wachsam zu sein und furchtlos.

(Lebhaftes Bravo!)

Ich denke, wir halten es alle mit dem tapferen Schwaben — der tapfere Schwabe forcht sich nit — und reiten unseres Weges Schritt vor Schritt.

(Bravo!)

Ich will aber auch von dieser Stelle aus meiner Befriedigung Ausdruck geben über die Aufnahme, welche unserem Kaiserpaar in England von König und Volk bereitet ist.

(Bravo!)

Ich glaube, wenn in der Zukunft einmal an der Hand der Quellen aktenmäßig und wahrheitsgemäß die Geschichte der letzten zehn Jahre geschrieben wird, so wird sich herausstellen, daß die Spannung zwischen Deutschland und England, die lange, zu lange auf der Welt gelastet hat, im letzten Ende zurückzuführen war auf ein großes gegenseitiges Mißverständnis. Jeder traute dem anderen Absichten und Hintergedanken zu, die in Wirklichkeit gar nicht bestanden. Um diese Mißverständnisse zu beseitigen, um das aus diesen Mißverständnissen resultierende Mißtrauen aus dem Wege zu räumen, dazu reichten die beiden Regierungen nicht aus, wenn sie auch von gutem Willen erfüllt waren. Die öffentliche Meinung mußte mithelfen, die Presse, wohlgesinnte und einsichtige Leute in beiden Ländern. Daß die Freunde des

---

[1]) Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Zaren in Swinemünde am 3. bis 6. August 1907, mit dem König von England in Wilhelmshöhe am 14. August, Besuch des Kaisers in England 10. November bis 12. Dezember.

Friedens und der Wohlfahrt der Völker in England nicht umsonst gearbeitet haben, zeigt die unserem Kaiserpaar bereitete Aufnahme. Ich bin gewiß, daß ich im Namen dieses hohen Hauses spreche, ich bin sicher, daß ich die Empfindungen des deutschen Volkes wiedergebe, wenn ich sage, daß solche friedlichen und freundlichen Gefühle von uns geteilt und aufrichtig erwidert werden.

(Lebhaftes Bravo auf allen Seiten des Hauses.)

Von verschiedenen Seiten ist der während der vorigen Legislaturperiode eingebrachte Antrag Hompesch berührt worden[1]). Ich habe schon vor einem Jahre dargelegt, warum wir uns in dieser Beziehung nicht einem Zwang oder auch nur einer regelmäßigen und periodischen Verpflichtung unterwerfen können. Eine solche obligatorische Veröffentlichung würde ein Material zutage fördern, das sich ganz an der Oberfläche hielte, oder sie könnte Anlaß werden zu Mißverständnissen, wenn nicht zu Verwicklungen. Ich habe aber immer das Verlangen des Reichstags nach Klarheit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik für durchaus gerechtfertigt gehalten, und es wird von der Leitung der auswärtigen Politik auch weiter das Möglichste geschehen, um diesem Verlangen Rechnung zu tragen: nicht nur durch das, was von dieser Seite aus dargelegt werden kann über den Gang unserer auswärtigen Politik. Ich habe im Einverständnis mit dem neuen Herrn Staatssekretär des Äußern auch angeregt, daß dem Reichstage urkundliches Material über den Gang der auswärtigen Politik so weit vorgelegt werden soll, wie dies mit den Interessen unserer Politik irgendwie vereinbar ist.

(Bravo!)

Es wird Ihnen, meine Herren, schon in den nächsten Tagen ein Weißbuch über die Haager Konferenz zugehen, das den Wortlaut der im Haag vereinbarten Verträge in deutscher Übersetzung sowie eine erläuternde Denkschrift enthält.

Meine Herren, ich möchte noch einige Worte über die Haager Konferenz sagen. Da möchte ich an die Spitze stellen, daß wir mit den im Haag geleisteten Arbeiten zufrieden sein können, daß wir auch mit dem Anteil zufrieden sein können, den Deutschland an dieser Arbeit gehabt hat.

(Sehr richtig!)

Insbesondere schließe ich mich allem an, was hier zum Lobe unserer Vertreter im Haag gesagt worden ist. Unsere Interessen im Haag sind von unserem

---

[1]) S. oben S. 36 f.

ersten Delegierten, dem Freiherrn v. Marschall, und seinen Mitarbeitern mit einer Sachkenntnis, einer Ausdauer und einem Eifer wahrgenommen worden, die ihnen Anspruch auf den Dank des Landes geben.

Der Abgeordnete Bebel hat vorhin behauptet, wir hätten uns insofern einen Widerspruch zu schulden kommen lassen, als ich im vergangenen Frühjahr erklärt hätte, Deutschland würde sich an den Abrüstungsverhandlungen überhaupt nicht beteiligen, während unsere Vertreter im Haag an den betreffenden Debatten doch teilgenommen hätten. Demgegenüber stelle ich fest, daß sich der Herr Freiherr v. Marschall an einer materiellen Debatte über Abrüstung aus dem einfachen Grunde nicht beteiligt hat, weil eine solche überhaupt nicht stattgefunden hat.

(Hört! hört!)

Baron Marschall hat lediglich einem Antrag zugestimmt, wonach die Konferenz den von der ersten Haager Konferenz beschlossenen Wunsch wiederholen sollte, daß die Regierungen die Abrüstungsfrage prüfen möchten. Also von Zickzack ist keine Rede, wohl aber von einem Irrtum des Herrn Abgeordneten Bebel.

Im übrigen hat die Konferenz gewiß nicht alle Hoffnungen und Erwartungen erfüllt, die auf sie gesetzt wurden. Wir wollen aber deshalb nicht unterschätzen, was die Konferenz geleistet hat. Während vier langer Monate ist von den Vertretern der Konferenz, von allen Bevollmächtigten zu der Konferenz mit einer Ausdauer, mit einem Eifer gearbeitet worden, wie er selbst bei parlamentarischen Verhandlungen nicht immer anzutreffen ist.

(Große Heiterkeit.)

— Hier sehr häufig, aber nicht überall in der Welt. Insbesondere hat sich zwischen den Vertretern der führenden Mächte ein Vertrauensverhältnis herausgebildet trotz mancher und tiefgehender Meinungsverschiedenheiten, das dem Gang der Verhandlungen und dem schließlichen Ergebnis zugute gekommen ist. Wir können uns mit Genugtuung sagen, daß die Beschlüsse der Konferenz vielfach auf den Vorschlägen der deutschen Delegierten und auf den Arbeiten der deutschen Wissenschaft beruhen. Gewiß, meine Herren, läßt die Konferenz manche Fragen ungelöst, mit denen sie sich zu beschäftigen hatte. Es gehören dazu auch Probleme, die uns besonders am Herzen liegen, wie beispielsweise die Frage der Stellung der Neutralen im Kriege, des Schutzes des Privateigentums zur See, die der Zukunft anheimgestellt worden sind. Aber deshalb wollen wir doch nicht ungerecht sein in der Beurteilung dessen, was die Konferenz

und unsere Delegierten mit ihr geleistet hat im Interesse der Humanität und des Friedens der Welt.

Ich betrachte es als einen entschiedenen Gewinn, daß man sich im Laufe der Konferenz gründlich klar geworden ist über die Grenzen des Möglichen, des Erreichbaren und über die Verhältnisse der verschiedenen Länder. So haben wir z. B. volles Verständnis dafür gewonnen, daß die englischen Delegierten vom Standpunkte der Verhältnisse und der Interessen ihres Landes unseren Standpunkt in der Frage des Schutzes des Handels zur See, der Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekriege nicht zu teilen vermochten. Andererseits bin ich wieder in der englischen Presse dem Niederschlag verständiger Betrachtungen begegnet, z. B. über unsere Haltung in der Minenfrage. Es wurde da ganz zutreffend ausgeführt, daß diese unsere Haltung in keiner Weise auf irgendwelche aggressiven Absichten zurückzuführen, sondern lediglich bestimmt wäre durch Rücksichten der Verteidigung.

Auch das, meine Herren, ist ein Gewinn, und es ist ein Gewinn erzielt auf dem Wege einer offenen, freimütigen und internationalen Aussprache. Es gereicht mir das zu um so größerer Genugtuung, als ich gern anerkenne, daß die Haltung unserer Vertreter auf der Haager Konferenz gestärkt und erleichtert worden ist durch die einmütige Zustimmung, die ich im Frühjahr bei allen bürgerlichen Parteien gefunden hatte, als ich hier die Richtschnur für die Tätigkeit unserer ausgezeichneten Vertreter im Haag darlegte.

Nun, meine Herren, möchte ich mich noch mit wenigen Worten zu dem wenden, was der Herr Abgeordnete Bebel heute über K a m a r i l l a ausgeführt hat. Zu einer eingehenden Behandlung dieses Themas sehe ich mich nicht veranlaßt, nachdem ich gestern hierüber gesagt habe, was notwendig war. Ebensowenig werde ich auf das eingehen, was der Herr Abgeordnete Bebel über die Motive der Reichstagsauflösung geäußert hat. Ich werde das nicht zurückweisen, weil ich alles, was er heute hierüber ausgeführt hat, gestern im voraus schon widerlegt habe.

(Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Ich werde es auch deshalb nicht zu widerlegen brauchen, weil ich verstehe, daß die Reichstagsauflösung, die zu einer schweren Wahlniederlage der sozialdemokratischen Partei geführt hat, dem Herrn Abgeordneten Bebel noch im Magen liegt.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Ich will nur einige schiefe Auffassungen richtigstellen, die mir in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel besonders aufgefallen sind.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat gemeint, Kamarilla und ähnliche betrübende Erscheinungen kämen nur in Monarchien vor, kämen nur bei uns vor, aber nicht in parlamentarisch regierten Ländern, sie kämen nicht in Republiken vor. Ach, du lieber Himmel!

(Große Heiterkeit.)

Ich habe einen Teil meines Lebens in ganz parlamentarisch regierten Ländern zugebracht, ich habe auch in Republiken gelebt, und ich kann den Herrn Abgeordneten Bebel versichern, daß Intrigen und Hintertreppeneinflüsse, und was das Zeug alles ist, dort ganz anders blühen als bei uns. — Er soll nur hingehen, er wird sich davon überzeugen.

(Große Heiterkeit.)

Weiter, meine Herren, es gibt nicht nur eine höfische Kamarilla, es gibt auch eine rote Kamarilla.

(Sehr wahr! und große Heiterkeit.)

Über Byzantinismus habe ich mich schon einmal mit dem Herrn Abgeordneten Bebel auseinandergesetzt [1]); es muß vor drei oder vier Jahren gewesen sein. Gewiß, meine Herren, es hat Fürstenschmeichler gegeben, und es gibt sie noch. Aber ich behaupte, daß selbst den Stuarts und den Bourbons nicht so geschmeichelt worden ist, wie heute manche Demagogen den Masseninstinkten schmeicheln.

(Sehr richtig! rechts.)

Niemals ist vor fürstlicher Eitelkeit so viel Weihrauch angezündet worden, wie heute angezündet wird vor dem König Demos. Der Herr Abgeordnete Bebel hat gemeint, die Kamarilla der Fürsten mache es so, daß sie ihre eigenen Einfälle und Wünsche den Fürsten suggerierte und hinterher dann den Fürsten einredete, das wären die Ansichten der Fürsten. Das ist ja genau, was die Herren Höflinge des Königs Demos machen; die reden auch den Massen ihre eigenen Wünsche, ihre eigenen Ideen ein, um nachher die Massen glauben zu lassen, das wären die Wünsche, das wären die Aspirationen der Massen.

(Sehr richtig!)

Die Kamarilla, die den König Demos umgibt, ist mindestens ebenso schädlich und selbstsüchtig und schamlos, wie es jemals eine fürstliche Kamarilla war.

(Sehr richtig!)

---

[1]) In der Rede vom 10. Dezember 1903, II, 11 f.

Und was das Schmeicheln betrifft, so habe ich in dieser Beziehung in der sozialdemokratischen Presse auch ganz achtungswerte Leistungen gefunden.

(Große Heiterkeit.)

In der Kunst des Bauchrutschens und des Schweifwedelns sind die Höflinge des Königs Demos den Höflingen der Fürsten über; das können Sie mir glauben, der ich beide Spielarten kenne.

(Bravo! und große Heiterkeit.)

Nun möchte ich noch einen kleinen Irrtum richtigstellen, den der Herr Abgeordnete Bebel wiederholt hat. Der Herr Abgeordnete Bebel hat erzählt, meine Frau wäre seinerzeit von Rom nach Wien gefahren, um den Fürsten Eulenburg, damals Botschafter in Wien, zu bitten, er möge doch dafür sorgen, daß der Kelch des Ministers an mir vorüberginge.

(Heiterkeit.)

Die Erzählung ist ja ganz nett, sie hat nur den einen Fehler, daß sie nicht wahr ist.

(Stürmische Heiterkeit.)

Es ist kein Wort wahr daran! Im übrigen bestreite ich gar nicht, daß es mir sehr schwer wurde, den schönen Posten des Botschafters in Rom mit dem Posten des Staatssekretärs zu vertauschen, daß es mir gar nicht angenehm war, Minister zu werden. Aber das sollte doch gerade der Herr Abgeordnete Bebel mir nicht verargen, der nun seit zehn Jahren alles tut, um mir das Leben schwer zu machen.

(Große Heiterkeit.)

Und endlich meine, Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel ein überaus trauriges Bild von der Stellung des Reichskanzlers entworfen; er hat den Reichskanzler hingestellt, alo ob dieser gar keine Initiative hätte, als ob der Reichskanzler gar keinen Einfluß hätte, als ob der Reichskanzler überhaupt nicht wüßte, was am nächsten Tage mit ihm geschehen würde. „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß."

(Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, das ist mir insofern tröstlich, als ich in anderen Blättern in letzter Zeit hier und da die entgegengesetzte Note gefunden habe.

(Heiterkeit.)

Ich möchte keine unfruchtbare Polemik beginnen, aber in einigen Zentrums-

blättern, die ja mit großer Schärfe gegen mich vorgehen, habe ich in der letzten Zeit gelesen, ich hätte die Stellung des Reichskanzlers zu einflußreich, zu selbständig, zu mächtig gemacht, namentlich dadurch, daß ich zu enge Fühlung mit den Parteien hielte. Ich wäre zu parlamentarisch.

(Große Heiterkeit und Rufe in der Mitte: Wo?)

— In der „Germania" oder in der „Volkszeitung", in einem dieser Blätter habe ich sogar die hübsche Erzählung gelesen, ein preußischer Prinz, der hätte neulich geäußert: was soll aus den Hohenzollern noch werden, wenn es der Bülow so weiter treibt!

(Stürmische Heiterkeit.)

Den preußischen Prinzen, meine Herren, der das gesagt hat, den möchte ich sehen!

(Wiederholte stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, wir leben in einer Zeit, wo ein Minister sich gar nicht so zu fürchten braucht vor der Tyrannei von oben. Was hat denn heute ein Minister von oben zu riskieren? Höchstens seine Entlassung! Glauben Sie denn, daß es ein solches Vergnügen ist, Minister zu sein?

(Sehr richtig!)

Wohl aber soll in unseren Tagen ein Minister sich nicht fürchten vor der Demagogie von unten, vor der Tyrannei von unten, die die drückendste und schlimmste aller Tyranneien ist.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

8. Der Block. — Absichten der inneren Politik.

Sitzung des Reichstages vom 30. November 1907.

Am 30. November 1907 ergriff der Reichskanzler nach einer Rede des Abgeordneten Dr. Wiemer zur inneren Lage das Wort.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, von den Herren Vorrednern aus dem Hause sind eine Reihe von Fragen der inneren Politik angeregt worden. Es waren zum Teil sehr dankenswerte Ausführungen, die volle Beachtung verdienen. Sie

werden deshalb auch erwarten, daß ich mich meinerseits über die innere und über die parlamentarische Lage ausspreche.

Im Mittelpunkt unserer inneren Lage steht der Block. Meine Herren, wenn mehr oder weniger spitze Ironie, wenn scharfe Kritik, wenn Sarkasmen genügten, um den Block zu zertrümmern, dann stünden wir schon längst vor dem Schutthaufen, in den ihn seine Feinde verwandeln möchten.

(Sehr richtig!)

Denn alle diese Waffen sind ja gegen den Block geschwungen worden, und das vom ersten Tage seines Bestehens an. In der „Kölnischen Volkszeitung" habe ich sogar ein schönes Gedicht über dieses Thema gelesen, zu singen nach der Melodie: „König Wilhelm saß ganz heiter".

(Heiterkeit.)

Die Taktik der Zentrumspresse ist klar; sie möchte einen Keil treiben zwischen den rechten und den linken Flügel des Blocks.

(Zustimmung.)

Diese Taktik wird der Zentrumspresse dadurch erleichtert, daß die Zentrumspartei konservative und liberale Elemente umschließt, also konservativen und liberalen Anschauungen Rechnung tragen kann. Das Zentrum könnte z. B. versuchen, die Reform des Börsengesetzes zu verhindern, indem es die Rechte graulich macht und ihr seine Unterstützung gegen jede weitergehende Revision des Börsengesetzes anbietet. Das Zentrum könnte auch versuchen, mit Hilfe der Linken dem Vereinsgesetz eine so radikale Fassung zu geben, daß die Rechte nicht mehr dafür stimmen kann. Der Block befindet sich da also in einer schwierigeren Lage als weiland, in der bekannten Ballade von Bürger, der Pfalz- und Rheingraf zwischen seinen beiden Reitern. Der hatte doch nur einen bösen Ratgeber, während der andere ihn treu und gut beriet. Das Zentrum aber könnte bald den rechten, bald den linken Reiter spielen.

(Heiterkeit.)

Ich denke aber, meine Herren, wenn die Mehrheitsparteien merken werden, was mit dieser Taktik beabsichtigt wird, so wird sie keinen Erfolg haben!

(Bravo!)

Gerade das Beispiel — das nachahmenswerte Beispiel der Zentrumspartei beweist uns ja, daß es sehr wohl möglich ist, auch tiefergehende Divergenzen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete auszugleichen, wenn nur Zweckbewußtsein und Selbstbeherrschung die Oberhand gewinnen.

Das Zentrum bleibt zusammen, weil es sich immer wieder auf der mittleren Linie findet, wo auch einander ursprünglich fernerstehende Richtungen sich in gemeinsamer Arbeit und Betätigung begegnen können. Die Blockparteien können, wie ich glaube, lange nebeneinander marschieren, wenn sie dasselbe tun!

(Sehr richtig!)

Wenn ich das sage, so verschließe ich meine Augen nicht gegenüber den Gefahren, die dem Blocke drohen, und gegenüber den Schwierigkeiten der Blockpolitik. Gewiß gibt es solche Schwierigkeiten und Gefahren; sie lassen sich aber nach meiner festen Überzeugung überwinden. Die Schwierigkeiten bestehen vor allem darin, daß es Parteien nie leicht fällt, neue Straßen einzuschlagen, alte Wege zu verlassen, alte Traditionen aufzugeben, namentlich, wenn es Traditionen des Streites und des Zankes sind, die uns Deutschen nun einmal besonders teuer sind.

(Heiterkeit.)

Es fällt Fraktionen auch nicht leicht, die Dinge losgelöst von dem Standpunkt des allernächsten, allerdirektesten Parteiinteresses zu betrachten. Wir müssen uns, wie ich meine, vor allem darüber klar werden, was möglich ist und was nicht möglich ist, was die Blockpolitik soll und was sie nicht soll. Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß die Konservativen plötzlich liberal oder die Liberalen über Nacht konservativ werden sollen.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Konservative und liberale Grundsätze dürfen weder von der einen noch von der andern Seite ignoriert werden; konservative und liberale Weltanschauungen dürfen nicht willkürlich untereinander gemischt und durcheinandergeschüttelt werden.

(Sehr richtig!)

Es müssen also solche Fragen zurückgestellt werden

(lebhafte Rufe: hört! hört! bei den Sozialdemokraten),

über welche eine Verständigung in absehbarer Zeit nicht möglich erscheint.

(Sehr richtig!)

Es muß überhaupt vorsichtig operiert werden, namentlich im Anfang. Die Blockpolitik läßt sich auch nicht ohne weiteres und nicht mit starrem Doktrinarismus vom Reich auf Preußen übertragen.

(Sehr wahr! rechts.)

Es läßt sich aber sehr wohl in Preußen so regieren, daß der Block im Reich nicht gesprengt wird, und es läßt sich im Reich so Blockpolitik machen, daß in Preußen nicht unüberbrückbare Gegensätze entstehen.

(Rufe von den Sozialdemokraten: Wahlrecht!)

Die Blockparteien können auch weiter zusammenhalten, wenn sie sich ihrer Verantwortung vor dem Lande bewußt bleiben, wenn sie sich klar machen, daß sie jetzt wichtigeres zu tun haben, als sich untereinander zu streiten, wenn sie sich vor allem klar machen, wie sehr ihr Auseinandergehen sie selbst und das Land schädigen würde.

(Sehr richtig!)

Die Blockparteien können in den großen Fragen zusammenhalten, von denen Wohl und Wehe des Landes abhängt, und sich doch die Freiheit wahren, in grundsätzlichen Fragen jede ihren eigenen Weg gehen. Der Block ist nicht so gemeint, daß er auch in untergeordneteren Fragen immer einheitlich zu stimmen hätte.

(Sehr wahr!)

Ich würde es z. B. ganz begreiflich finden, wenn in einer Frage, die keine politische Frage ist, die eine juristische und wirtschaftliche Frage ist, wie z. B. die Vorlage wegen der Milderung der Haftpflicht des Tierhalters

(große Heiterkeit),

— wenn da die Blockparteien nicht einheitlich stimmen. Es kommt aber darauf an, daß sie zusammenhalten in denjenigen Fragen, von denen das Wohl und Wehe des Reichs abhängt.

(Bravo!)

Die Blockparteien sollten ihren Gegnern auch nicht das Vergnügen machen, sofort über Sprengung, über Zerfall des Blocks zu jammern

(sehr richtig!),

sobald einmal der Block in einer weniger wichtigen Frage nicht geschlossen stimmt

(sehr richtig! links und rechts),

oder sobald einmal Gegensätze im Block zutage treten. Es kommt auf die großen Entscheidungen an.

(Bravo!)

Es kommt namentlich darauf an, daß im Block nicht Gegensätze entstehen, die sein weiteres Zusammengehen unmöglich machen würden.

Meine Herren, in meiner ersten Rede vor dem neugewählten Reichstag habe ich meine feste Absicht bekundet, festzuhalten an der von mir vertretenen Wirtschaftspolitik

(hört! hört!),

die sich wirtschaftlich und politisch wohl bewährt hat.

(Bravo! rechts.)

Ich habe ferner die Fortsetzung einer gesunden, kräftigen und vorurteilslosen Sozialpolitik für Arbeiter und Mittelstand angekündigt. Ich habe auch gesagt, daß ich auf anderen Gebieten Neuerungen für angemessen hielte in Übereinstimmung mit Wünschen, die seit lange von der bürgerlichen Linken gehegt werden. In Ausführung des damals von mir entwickelten Programms sind Ihnen Gesetzentwürfe für ein Reichsvereins- und Versammlungsgesetz und für ein Gesetz betreffend Abänderung des Börsengesetzes zugegangen. Durch das erstere soll die Vereinheitlichung und Vereinfachung des jetzt vielgestaltigen Rechtszustandes herbeigeführt werden unter Beseitigung von polizeilichen Maßnahmen und unbequemen Hemmungen, für die nach meiner Ansicht in der Entwicklung moderner Staaten kein Bedürfnis und kein Raum mehr vorhanden ist.

(Sehr richtig!)

Das Gesetz beruht auf einer alten liberalen Forderung und dürfte hinter den Erwartungen nicht zurückbleiben.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich glaube aber auch, daß das Gesetz diejenigen Schranken einhält, welche die Aufrechterhaltung der Staats- und Rechtsordnung erfordert, daß es die notwendige Einwirkung der Staatsgewalt weder in gefahrdrohender Weise ausschaltet noch in unzulässiger Weise einengt. Ich glaube deshalb, daß der Entwurf auch die Zustimmung der rechten Seite dieses hohen Hauses finden kann.

Die Ihnen vorgeschlagene Abänderung des Börsengesetzes trägt den Klagen Rechnung, die seit langem aus den Kreisen des Handels an uns herangetreten sind. Die Vorlage will eine der Konkurrenz des Auslandes gewachsene, im Frieden und im Kriege leistungsfähige Börse schaffen, ohne die Schranken preiszugeben, die aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen

gegen einen ungesunden Börsenterminhandel errichtet worden sind. Die Vorlage will die mannigfachen Schäden und die große Rechtsunsicherheit beseitigen, die das Börsengesetz ungewollt zur Folge gehabt hat, aber im Interesse der Landwirtschaft das gesetzliche Verbot des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten aufrecht erhalten. Ich glaube, meine Herren, daß bei gutem Willen von rechts und links beide Gesetzentwürfe zu dem gewünschten Abschluß geführt werden können.

(Sehr richtig!)

Die Zusage wegen der Aufbesserung der Beamtengehälter soll eingelöst werden; eine entsprechende Vorlage wird Ihnen baldmöglichst zugehen.

Auf sozialpolitischem Gebiete — das verbürgt Ihnen schon die Persönlichkeit meines Herrn Nachbarn — wird weiter gearbeitet. Die Gesetzentwürfe betreffend Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit und betreffend den sogenannten kleinen Befähigungsnachweis sowie der Gesetzentwurf über die Hilfskassen liegen Ihnen bereits vor. Eine Novelle zur Gewerbeordnung, welche neue Bestimmungen über die Nachtruhe und die Höchstarbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen, über die Hausarbeit und die technischen Angestellten enthält, wird Ihnen alsbald zugehen. Ein Gesetzentwurf über Arbeitskammern soll Ihnen sobald als möglich vorgelegt werden.

Meine Herren, ich bin weit entfernt, zu glauben, daß damit alle Aufgaben erfüllt sind, die der Block zu lösen im Stande ist. Ich zweifle nicht daran, daß die im Interesse der Wehrkraft des Landes gestellten Forderungen auf einmütige Annahme der Mehrheitsparteien — ich hoffe sagen zu können, aller bürgerlichen Parteien — zu zählen haben, und daß auch eine Verständigung erzielt werden wird über die Bereitstellung der Mittel zur Deckung des Defizits. Die Finanzen des Reichs befinden sich, wie Sie aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamtes entnommen haben, wie Sie aus dem Etat ersehen, und wie von allen Vorrednern hervorgehoben ist, in einem Zustande, der die verbündeten Regierungen und dieses hohe Haus mit ernster Sorge erfüllen muß.

(Sehr wahr!)

Die Reichsfinanzreform vom Jahre 1906 hat nicht die von ihr erwarteten Erträge gebracht und ist auch insofern keine abschließende gewesen, als die von den verbündeten Regierungen geforderte und als unbedingt notwendig erkannte Gesamtsumme an neuen Einnahmen damals nicht bewilligt worden

ist. Soll das Reich nicht in finanziell unhaltbare Zustände geraten, so werden neue Einnahmen geschaffen werden müssen. Es sind auch neue Steuern erforderlich zur Deckung der notwendigen Summen für die uns besonders am Herzen liegende Aufbesserung der Beamtenbezüge.

Meine Herren, mit diesem ganzen Hause halte ich diese Aufgabe für ungemein schwierig; ich halte sie auch für überaus ernst, ich halte sie vor allem für sehr dringlich. Dieses hohe Haus wird sich der Pflicht, die Finanzen des Reichs auf eine gesunde und solide Grundlage zu stellen, nicht entziehen wollen. Eins aber will ich mit aller Offenheit aussprechen: ich verstehe sehr wohl, daß die Parteien auch auf diesem Gebiete an ihren Grundsätzen, an ihren Überlieferungen festhalten. Aber, meine Herren, vergessen Sie nicht: primum vivere, deinde philosophari. Mit Theorien und Doktrinen kommen wir auf diesem schwierigen Gebiete nicht durch.

(Sehr richtig!)

Dabei herrscht hinsichtlich der Doktrinen und hinsichtlich der Definitionen nicht einmal Einigkeit. Es ist ja noch nicht einmal eine Übereinstimmung darüber erzielt worden, ob die Erbschaftssteuer eine direkte oder eine indirekte Steuer ist.

(Heiterkeit.)

Sogar im Laufe unserer Debatte trat diese Diskrepanz zutage: der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen betrachtet die Erbschaftssteuer als eine indirekte, Herr Wiemer hat sie soeben als eine direkte Steuer behandelt. Meine Herren, vielleicht ist es gerade dieser Zwiespalt der Anschauungen, daß die Erbschaftssteuer bald als eine direkte, bald als eine indirekte Steuer angesprochen wird, der schon einmal auf diesem Punkte zu einer Einigung geführt hat.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Meine Herren, ich denke weiter an die auch schon im Februar von mir in Aussicht gestellten Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts und der Strafprozeßordnung. Ganz offen will ich bekennen, daß ich Reformen auf diesem Gebiete nicht nur für wünschenswert, sondern für dringend notwendig halte. Ich bilde mir nicht ein, ein fertiger Jurist zu sein — als Jurist habe ich es nicht weiter gebracht als bis zum Referendar

(Heiterkeit) —;

aber ich glaube, daß ich in dem, was ich jetzt sagen will, die große Mehrheit

des gebildeten Bürgertums auf meiner Seite habe. Nicht erst eine Reihe von Prozessen, die mit ihren Begleiterscheinungen unliebsames Aufsehen erregt haben, haben mir die Überzeugung verschafft, daß in unserer Rechtspflege und in den Formen, in denen sie sich bewegt, vieles verbesserungsfähig und vieles verbesserungsbedürftig ist.

(Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.)

Schon vorher hatte mir die Lektüre der Rubrik „Gerichtshalle" in den Zeitungen zu denken gegeben. Ich fand da Verurteilungen, die ich zu hart fand: es waren Eigentumsvergehen armer Leute

(sehr richtig! rechts und links),

namentlich solche aus Not begangen.

(Sehr richtig!)

Mir ist ein Fall im Gedächtnis, wo ein in einem Berliner Vorort wohnender Arzt in bitterster Not ein paar Scheit Holz von einem Bauplatz entwendet hatte, um sein Zimmer zu heizen. Der Unglückliche wurde, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, in erster Instanz zu einer Woche Gefängnis verurteilt; erst die zweite Instanz gab eine dem Rechtsgefühl entsprechende Entscheidung.

Ich fand aber auch Fälle, wo ich ein weit strengerer Richter gewesen wäre. Das waren Roheits- und Sittlichkeitsverbrechen

(lebhafte allseitige Zustimmung),

Kinder- und Frauenmißhandlungen

(bravo! rechts und links),

Tierquälereien

(erneute Zustimmung),

Mißbrauch der Gewalt über abhängige Personen

(sehr richtig!),

Erpressungen und sonstige Frevel aus niedrigsten Motiven wie Habsucht, Rachsucht oder gemeiner Bosheit.

In Übereinstimmung mit dem Volksgefühl betrachte ich es auch als im hohen Grade verderblich und anstößig, im wahren Sinne unsittlich, wenn im Gerichtssaale ohne zwingende Not Fragen vorgelegt werden, die in das Privatleben, in das Seelenleben des Angeklagten oder Zeugen eingreifen

(allseitige lebhafte Zustimmung),

wenn Fragen gestellt werden, deren Beantwortung für den Beteiligten schmerzlich oder peinlich sein muß.

(Sehr richtig!)

Das ist ein häßlicher Rest aus den Zeiten unfreier Rechtspflege, das ist eine Tortur — mit Recht hat eben der Abgeordnete Wiemer davon gesprochen, daß der Gerichtssaal nicht eine Folterkammer werden darf — das ist eine Tortur, die ärger sein kann als diejenige, die abgeschafft zu haben die Neuzeit mit Recht sich rühmt.

(Allseitiges Sehr richtig!)

Ist namentlich bei öffentlichen Herabwürdigungen von Personen wegen unglücklicher Umstände ihres Privatlebens der Napoleonische Grundsatz: „la vie privée doit être murée" — um das Privatleben muß sich eine Mauer ziehen —

(lebhaftes Sehr richtig!),

nicht im letzten Ende gerechter als die Zulassung des Wahrheitsbeweises?

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und links.)

Gehen wir, meine Herren, diesen Erscheinungen tiefer nach, so stoßen wir, wie so oft in Deutschland, auf die Überspannung eines Prinzips, eines an und für sich schönen und richtigen Prinzips, nämlich auf die Überspannung des Prinzips Öffentlichkeit. Erst kürzlich las ich irgendwo, die Öffentlichkeit sei gewiß ein heilsamer Kulturfaktor, sie sei aber auch eine größere Macht geworden als Parlament, Fürsten und Obrigkeit. „Die Öffentlichkeit" — hieß es da — „kann verwunden, sie kann vergiften, ja sie kann töten." Wieviel Leid ist über einzelne, wieviel Jammer und Not über ganze Familien gekommen, die aus Furcht vor Skandal sich nicht an die Gerichte wenden und deshalb Erpressern oder einer Presse in die Hände fallen, die vom Skandal lebt!

(Sehr richtig! auf allen Seiten.)

Namentlich in den Großstädten ist neuerdings eine Schmutzpresse emporgekommen

(lebhaftes Sehr richtig!),

die vom Skandal lebt, und deren Verfasser sich ohne jede sittliche Berechtigung gleichfalls als Vertreter der Großmacht Öffentlichkeit aufspielen.

(Sehr richtig!)

Gewiß macht sich gegen solche Auswüchse in der übrigen Presse, die sozialdemokratische nicht ausgeschlossen — ich finde die sozialdemokratische Presse darin gerade so anständig wie die bürgerliche

(sehr richtig! links) —

eine ehrenwerte Reaktion geltend. Es fragt sich aber, ob nicht auch ein besserer gesetzlicher Schutz des Privatlebens und der persönlichen Ehre notwendig ist

(sehr richtig!),

ein Schutz, dem sich gerade diejenigen nicht versagen sollten, die, wie der Herr Vorredner, das Duell verwerfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und wenn oft rühmend hervorgehoben wird, daß es dem englischen Volke gelungen sei, das Duell aus seinen Sitten auszuscheiden, so möge dabei nicht übersehen werden, daß Verleumdungen und Ehrabschneidereien nirgends prompter und strenger bestraft werden als gerade in England.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, das sind Betrachtungen eines einfachen Laien, Beobachtungen, von denen ich aber glaube, daß jeder billig und natürlich empfindende Mensch sie mit mir teilen wird.

(Sehr richtig!)

Als Reichskanzler habe ich dafür Sorge getragen, daß diese Gedanken von der Justizverwaltung gründlich geprüft werden, und daß namentlich festgestellt wird, ob der Fehler nur an der Anwendung des Gesetzes liegt oder im Gesetze selbst. Ich habe auch dafür Sorge getragen, daß die von verschiedenen der Herren Vorredner gewünschte Beschleunigung der Vorarbeiten für die Reform des Strafrechts und des Strafprozesses eintritt. Es wird sich hieran schließen müssen eine grundlegende Reform des Strafvollzuges, in erster Linie eine anderweitige Festsetzung für die Vollziehung der Strafe an jugendlichen Personen.

(Sehr gut! links.)

Gerade hier wird, vielleicht nach amerikanischem Vorbild, das Besserungssystem mehr ausgebildet werden müssen. Es erscheint mir dringend nötig, einen jugendlichen Verbrecher nicht durch unangemessene Strafen zum gewohnheitsmäßigen Verbrecher auszubilden

(sehr richtig!),

sondern zu versuchen, ihn auf einen besseren Weg zu führen.

Der Ihnen alsbald zugehende Entwurf, betreffend Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes bezweckt in erster Linie, das Verfahren vor den Amtsgerichten zu vereinfachen und zu beschleunigen und die sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte zu erweitern.

Nachdem das preußische Staatsministerium bereits im März dieses Jahres zu den grundlegenden Fragen der Strafprozeßreform Stellung genommen hat, sind vom Reichsjustizamte mehrere Vorschläge für die Gestaltung des Prozeßverfahrens den Justizverwaltungen der größeren Bundesstaaten mitgeteilt und mit Vertretern dieser Staaten mündlich besprochen worden. Auf Grund dieser Besprechungen wird im Reichsjustizamt der Entwurf zu einer neuen Prozeßordnung aufgestellt, dessen Vollendung noch in diesem Jahre zu erwarten ist. Dann wird das Staatsministerium und später der Bundesrat zu der Reform — es handelt sich um ein Werk von mehr als 500 Paragraphen — Stellung nehmen. Auch die Arbeiten zur Reform des Strafrechts sind im Gange. Ich habe keine Gelegenheit versäumt, um auch meinerseits für eine Beschleunigung zu sorgen. Hier bietet sich ein weites Feld, auf dem die Vertreter aller Parteien ohne Unterschied der Fraktionen zusammenwirken können.

Was die den Mehrheitsparteien gestellten Aufgaben betrifft, so erfordern dieselben gewiß auf beiden Seiten einen gewissen Grad von Entsagung. Solche Entsagung hat aber jede Partei zu üben, die praktische Politik nicht allein, sondern in Verbindung mit anderen zu treiben hat. Die Blockpolitik verlangt von ihren Teilnehmern Rücksicht und Vertrauen, sie verlangt — ich wiederhole dies — keine beiderseitige Aufgabe von Prinzipien. Die Blockpolitik verlangt auf der einen Seite den Verzicht auf etwaige reaktionäre Anwandlungen, die mit konservativen Prinzipien nichts zu tun haben. Sie verlangt auf der anderen Seite das Abkappen jener Blüten des Asphaltliberalismus, die in den Strahlen der sozialdemokratischen Sonne gedeihen

(Heiterkeit),

in dieser ungesunden Hitze aber bald verdorren. In der einen wie in der anderen Richtung bin ich ohne Sorge. Ich glaube, daß solche Velleitäten gegenüber den praktischen Aufgaben des Tages nicht standhalten werden, es sei denn, daß alle Lehren der Geschichte vergebens sind, daß die Söhne immer wieder die Fehler und Dummheiten wiederholen müssen, die die Väter begangen haben.

(Heiterkeit.)

Ich will Ihnen die Geschichte unserer eigenen Parteien nicht vorführen. Sie kennen sie mindestens ebensogut wie ich und haben die Beispiele bei der Hand.

Aber blicken Sie über die Grenze nach Österreich, so sehen Sie, wohin eine große Partei kommen kann, wenn sie der uns Deutschen nun einmal innewohnenden Neigung zu Eigenbrödelei, zu Kritik und Rechthaberei zu sehr nachgibt, wenn sie versäumt, den rechten Augenblick beim Schopfe zu ergreifen. Die traurige Geschichte jener von edelsinnigen Führern geleiteten und von einem hohen idealistischen Schwunge getragenen Partei der Deutschliberalen in Österreich, der „Herbstzeitlosen“, wie Fürst Bismarck sie mit grausamen Spotte nannte, sollte jedem deutschen Liberalen als warnendes Beispiel vor Augen stehen. Ebenso beredt zeigt die Geschichte konservativer Parteien namentlich in romanischen und slavischen Ländern, wohin konservative Fraktionen gelangen, die sich den Forderungen der Zeit verschließen. Und in diesem Zusammenhange sei es mir gestattet, eine persönliche Reminiszenz zu erwähnen. Fürst Bismarck sagte mir einmal in einem Gespräch über die konservative Partei, und indem er dem Wunsche Ausdruck gab, daß der Einfluß dieser Partei auf unsere Gesetzgebung ein kräftiger bleiben möge, das geniale Wort: agrarisch müssen die Konservativen bleiben; den tellurischen Zug — so drückte sich Fürst Bismarck aus — dürfen die Konservativen nicht aufgeben; im übrigen müssen die Konservativen recht modern sein und weitherzig, wie sie es in England gewesen sind, zum eigenen Nutzen und zum Nutzen des Landes.

Ich glaube, meine Herren, daß man auf beiden Seiten auch den eigenen Interessen dient, wenn der Parteiegoismus gezügelt wird. *Die Bahn ist frei!* Was von meiner Seite geschehen konnte, um die Bahn frei zu machen, ist geschehen. Ich glaube, daß selbst in Deutschland, wo man im allgemeinen gewöhnt ist, alle Schuld auf die Regierung zu schieben und oft in beinahe naiver Weise alles von oben zu erwarten, doch bei allen verständigen Leuten darüber Übereinstimmung herrschen wird, daß die Regierung diesmal das Ihrige getan hat, damit mit dem Block regiert werden kann. *Jetzt ist es an den Parteien, zu zeigen, was sie können. Wenn die Parteien verständig sind, wenn sie verträglich sind, wenn sie, statt Sonderwege einzuschlagen, die in den Sumpf führen, zum Ganzen streben, so wird uns in Deutschland eine Zeit ruhiger Entwicklung und fruchtbarer Arbeit bevorstehen.*

Gegenüber dem Spott, der vielfach an dem Worte von der konservativliberalen Paarung geübt worden ist, aber möchte ich Ihnen zum Schluß ein Erlebnis erzählen, das zu den tiefsten und dauerndsten Eindrücken meines Lebens gehört. Als ich im Sterbezimmer des Fürsten Bismarck stand, diesem

einfachen und schmucklosen Zimmer im Sachsenwalde, fiel mein Blick auf ein Bild, das einzige Bild, das an der Wand hing. Es war ein Holzschnitt, es war das Bild von Ludwig Uhland. Der Sänger des alten guten Rechts, der Mann, der in der Frankfurter Paulskirche gesagt hatte: es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem reichlichen Tropfen demokratischen Öls gesalbt ist, — schaute hinüber nach dem Lager, wo der große Mann der Tat verschieden war, der dem deutschen Volke den Traum der Jahrhunderte erfüllt hatte. Die ganze deutsche Geschichte sprach aus diesem Gegenüber, und nur die Verbindung von altpreußisch-konservativer Tatkraft und Zucht mit deutschem, weitherzigen liberalen Geiste kann die Zukunft der Nation zu einer glücklichen gestalten.

(Lebhafter, anhaltender Beifall rechts und links.)

Am 3. Dezember griff der Abgeordnete Paasche den Finanzminister und dann besonders den Kriegsminister an wegen seiner Haltung im Falle Lynar-Hohenau. Dieser Angriff machte großes Aufsehen. Deshalb [1]) begab sich der Reichskanzler am 4. Dezember vor Eröffnung der Sitzung nach dem Reichstage, wo er die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung bitten ließ. Den Anlaß dazu boten dem Reichskanzler die Vorgänge der Sitzung vom Tage vorher. Es erschien aussichtslos, die Geschäfte im Sinne der am 13. Dezember v. J. inaugurierten Politik zu führen, wenn die zum Zusammenwirken berufenen Parteien in ihrem parlamentarischen Auftreten nach dem tags vorher gegebenen Beispiel fortfahren würden, gegeneinander oder gegen die Regierung zu kämpfen. Infolgedessen wurde die Sitzung vom 4. Dezember nach einer gegen die Bemerkungen des Abgeordneten Paasche gerichteten Rede des Kriegsministers v. Einem abgebrochen und vertagt. Am folgenden Tage (5. Dezember) erklärten sodann die Führer der Blockparteien, die Blockpolitik des Reichskanzlers weiter mitmachen und unterstützen zu wollen.

9. Allgemeines Wahlrecht in Preußen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908.

Am 10. Januar 1908 stand im Abgeordnetenhause der Antrag Aronsohn zur Beratung auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für die Wahlen zum Abgeordnetenhause, sowie auf anderweite Feststellung der Wahlbezirke. Nach der Begründung durch den Abgeordneten Träger ergriff der Reichskanzler sogleich das Wort.

---

[1]) Nach der Meldung der „Nordd. Allgem. Zeitung".

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, die Königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preußischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen das Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Sie erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Änderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die Königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde

(bravo! rechts)

und deshalb abzulehnen ist.

(Erneutes Bravo rechts)

Auch kann die Königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen.

(Bravo! rechts, Zurufe)

Jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrechterhalten und sichern, sowie auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen.

(Bravo! rechts)

Deshalb wird geprüft, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen wie Alter, Besitz, Bildung und dergl. zweckmäßig abgestuft werden kann.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Sobald die Königliche Staatsregierung für ihre Entschließung eine feste Unterlage gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann,

(hört, hört! links)

wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.

(Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Unruhe links und bei den Polen.)

In die Debatte, die sich an den Antrag Aronsohn anschloß, griff der Reichskanzler noch mit folgender Erklärung ein:

Meine Herren, von verschiedenen Seiten ist auf die Demonstrationen hingewiesen worden, die heute vor diesem Hause stattgefunden haben[1]). Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß sich die Königliche Staatsregierung durch Demonstrationen jedweder Art nicht um Haaresbreite von dem Wege abdrängen lassen wird, den ihr das Staatsinteresse vorschreibt.

(Bravo!)

Und ich bin überzeugt: dasselbe gilt für dieses Hohe Haus ohne jeden Unterschied der Partei.

(Sehr gut!)

Der Herr Abgeordnete Fischbeck und der Herr Abgeordnete Krause haben den Wunsch ausgesprochen, daß die Königliche Staatsregierung bei den Wahlen Licht und Schatten gleichmäßig verteilen und eine durchaus objektive Haltung einnehmen möge. Es bedarf wohl kaum der Versicherung, ich will es aber trotzdem ausdrücklich erklären, daß ich es für die Pflicht der Regierung halte, bei den Wahlen eine ganz unparteiische Haltung zu beobachten.

(Bravo!)

Ich habe meinerseits in Übereinstimmung mit allen meinen Kollegen von jeher dafür Sorge getragen, daß dieser Pflicht auch tatsächlich genügt wird.

(Bravo!)

---

10. Enteignungsgesetz.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Januar 1908.

Der „Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen" (sog. Enteignungsgesetz) erfuhr die 2. Beratung am 16. Januar 1908. Es lag ein Kompromißantrag der 3 rechtsstehenden Parteien vor, nach dem die Regierung das Recht erhalten sollte, in Posen und Westpreußen bis zu 70 000 Hektar zu ent-

[1]) Am 10., dann auch am 12. und 21. Januar wurden von der Sozialdemokratie in Berlin große Straßendemonstrationen für das allgemeine Landtagswahlrecht veranstaltet, bei denen es auch zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

eignen, ohne daß dies Gebiet bestimmt lokalisiert wurde. Fürst Bülow legte die Stellung der Regierung dazu am gleichen Tage klar.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, über die Materie, die uns heute beschäftigt, habe ich mich bei der ersten Lesung dieser Vorlage so eingehend ausgesprochen, daß ich mich heute darauf beschränken werde, die Stellung der Königlichen Staatsregierung zu präzisieren gegenüber den Beschlüssen Ihrer Kommission und dem Antrag der Konservativen, der Nationalliberalen und der freikonservativen Partei. Die Königliche Staatsregierung wird den von dem Herrn Berichterstatter soeben befürworteten Vorschlägen und dem heute zur Beratung stehenden Antrag der Herren v. Heydebrand, Dr. Friedberg und Frhr. v. Zedlitz zustimmen. Was hiernach bewilligt werden soll, entspricht allerdings nicht den ursprünglichen Vorschlägen der Königlichen Staatsregierung. Die Einschränkungen, die vorgenommen werden sollen, sind nicht unerheblich und werden es uns vielleicht erschweren, das von uns erstrebte Ziel ganz zu erreichen. Die Vorschläge stellen das Mindestmaß der Mittel dar, mit denen die Königliche Staatsregierung glaubt, ihre Ansiedlungspolitik fortsetzen zu können.

Wenn die Königliche Staatsregierung trotzdem mit diesen eingeschränkten Befugnissen auskommen will, so trägt sie damit den Bedenken Rechnung, die ihr aus diesem Hohen Hause entgegengetreten sind, Bedenken, die sie zwar nicht teilen, aber auch nicht gering achten konnte; denn diese Bedenken wurden von Parteien erhoben, auf deren Unterstützung in der Ostmarkenfrage die Königliche Staatsregierung noch immer hat zählen können und auch in Zukunft zählen muß.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, auch ich habe Verständnis für die politischen Grundsätze, die einer weitgehenden Enteignung entgegengehalten werden können, und die soeben in beredter Weise der Herr Abgeordnete v. Heydebrand dargelegt hat. Der Entschluß, die Enteignung zu fordern, ist auch mir schwer geworden.

(Lachen bei den Polen.)

Ich mache daraus kein Hehl. Ich habe mich dazu erst entschlossen, nachdem ich alle anderen Wege sorgsam geprüft und als ungangbar erkannt hatte. Für diesen Entschluß trage ich vor diesem Hohen Hause und vor dem Lande die Verantwortung.

(Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, ich habe mich bemüht, bei der Behandlung dieser Vorlage allen Chauvinismus auszuschalten.

(Lärm bei den Polen.)

Ich habe mich bemüht, alles zu vermeiden, was die politischen Leidenschaften erregen könnte, und ich glaube, daß die große Mehrheit dieses Hohen Hauses mit mir finden wird, daß diese Haltung die richtige und dem Ernste der Situation entsprechende ist.

Als innerhalb der Parteien, auf deren Unterstützung die Königliche Staatsregierung bei der Einbringung dieser Vorlage rechnete, mancherlei Einwände laut wurden, ist von seiten der Königlichen Staatsregierung alles vermieden worden, was nach einem Druck auf die Entschließungen der Mitglieder dieses Hohen Hauses hätte aussehen können. Die Königliche Staatsregierung hat nicht mit dem nahe liegenden Mittel operiert, die Verantwortung für die Folgen einer Ablehnung dem Parlamente zuzuschieben. Die Königliche Staatsregierung war überzeugt, daß, wer eine konsequente Fortsetzung unserer Ostmarkenpolitik will, durch das Schwergewicht der sachlichen Gründe dahin geführt werden mußte, die Notwendigkeit der Anwendung der Enteignung durch die Ansiedlungskommission anzuerkennen.

Diese Hoffnung hat uns nicht getäuscht; Ihre Kommission hat der Anwendung der Enteignung durch die Ansiedlungskommission unter bestimmten Voraussetzungen zugestimmt. Der Antrag der konservativen, nationalliberalen und freikonservativen Partei zieht der Anwendung der Enteignung durch die Ansiedlungskommission allerdings feste und ziemlich enge Grenzen durch Festsetzung einer bestimmten Landfläche. In der geringeren Bemessung der Geldmittel für die Ansiedlungskommission [1]) liegt eine weitere und erhebliche Abschwächung der durch die Regierungsvorlage für die Ansiedlungskommission erbetenen Vollmachten.

Immerhin wird der Ansiedlungskommission hinsichtlich der Auswahl der zu erwerbenden Güter die notwendige Freiheit gewährleistet. Ich hoffe, meine Herren, daß das dazu beitragen wird, daß die Ansiedlungskommission die scharfe Waffe der Enteignung in ruhiger, besonnener Weise und mit jeder Schonung

(Lärm bei den Polen)

anwenden wird, die mit dem ernsten Kampf um den Boden in der Ostmark verträglich ist.

---

[1]) Statt der geforderten 400 Millionen nur 275, davon 125 für Siedlungszwecke, 150 für Domänenankäufe und Rentengüter.

Meine Herren, unter diesen Umständen empfehle ich diesem Hohen Hause die Annahme der Kommissionsbeschlüsse und des Antrags der konservativen, nationalliberalen und freikonservativen Fraktion.

Ich halte mich aber für verpflichtet, bei diesem Anlaß denjenigen Parteien, die diesen Antrag unterstützt haben, den Dank der Königlichen Staatsregierung auszusprechen

(Lärm und Zurufe im Zentrum und bei den Polen)

für die Einmütigkeit, mit der Sie unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken sich bereit erklärt haben, freie Bahn zu schaffen für die Fortsetzung unserer Ansiedlungspolitik, einer Politik, durch die allein unser Staatswesen bleiben kann, was es ist und immer bleiben muß, nämlich ein nationaler Staat.

(Bravo!)

Das bisherige Ergebnis unserer Verhandlungen läßt mich hoffen, daß die Mehrheit dieses Hohen Hauses die Königliche Staatsregierung niemals im Stiche lassen wird, wenn es gilt, das Deutschtum zu verteidigen und den Widerstand zu überwinden, der der unlöslichen Verbindung unserer Ostmark mit unserm Reich noch immer entgegengesetzt wird.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen. Zischen bei den Polen und im Zentrum. — Wiederholtes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen. Erneutes starkes Zischen im Zentrum und bei den Polen. — Stürmisches Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

---

11. Allgemeines Wahlrecht in den Bundesstaaten.

Sitzung des Reichstags vom 22. Januar 1908.

Am 22. Januar 1908 stand im Reichstag eine sozialdemokratische Interpellation zur Debatte, weshalb die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Bundesstaaten vom Reichskanzler in der Sitzung des Abgeordnetenhauses als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet worden sei und ob der Kanzler die Konsignierung von Militär in den Kasernen aus Anlaß der am 12. Januar einberufenen sozialdemokratischen Volksversammlungen billige. Darauf antwortete der Reichskanzler.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Ich habe folgendes zu erklären:

Zu 1 der Interpellation:

Ich lehne es ab, auf die Verhandlungen über die Gestaltung des Landtagswahlrechts in Preußen einzugehen

(bravo! rechts),

da dieser Gegenstand eine zur Zuständigkeit der gesetzgebenden Organe Preußens gehörende innere Angelegenheit des preußischen Staates darstellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Zu 2 der Interpellation:

Auf Grund landesrechtlicher Befugnisse sind von der Berliner Polizei diejenigen Maßregeln ergriffen worden, welche erforderlich waren, um Ausschreitungen auf der Straße abzuwehren. Insoweit Truppenteile in den Kasernen zusammengehalten worden sind, ist dies in Ausübung der militärischen Kommandogewalt geschehen, um jeder Anforderung zum Schutze der gesetzlichen Ordnung ohne Verzug genügen zu können.

(Bravo! rechts.)

Ich muß hiernach die Beantwortung der Interpellation ablehnen.

Meine Herren, es ist hier gestern von neuem zu Zusammenstößen zwischen einer demonstrierenden Menge und der Polizei gekommen. Dabei mußte wieder von der Waffe Gebrauch gemacht werden.

(Rufe von den Sozialdemokraten: Mußte? — Lebhafte Zustimmung rechts.)

Gegenüber diesen Vorgängen habe ich das Bedürfnis, von dieser Stelle aus, unabhängig von der vorliegenden Interpellation, als Reichskanzler ein Wort ernster Mahnung in das Land hinauszusenden.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Es ist nicht deutsche Art, die Politik auf die Straße zu tragen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Die Parteien bedürfen nicht der Straßentumulte, um ihre Stimme vernehmen zu lassen.

(Sehr richtig!)

Die Straße gehört dem freien Verkehr.

(Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz der öffentlichen Ordnung als das höhere Gesetz anzuerkennen und zu achten, ist jeder Bürger verpflichtet. Dem Gesetz Achtung zu ver-

schaffen und, wenn es sein muß, zu erzwingen, ist wie die Befugnis so auch die Pflicht der Behörden. Jeder Versuch, die öffentliche Ordnung zu stören, muß und wird zurückgewiesen werden.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Wir werden nicht dulden, daß Agitatoren einen Anspruch auf die Herrschaft über die Straße erheben. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß Demonstrationen einer irregeleiteten Masse einer pflichtbewußten Regierung irgend etwas abtrotzen könnten.

(Bravo! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Das wird in Deutschland nie und nirgends der Fall sein. Ich habe die Zuversicht, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig sein werden in der Verurteilung und Zurückweisung dieses gefährlichen Unfugs.

(Lebhafter Beifall.)

Die sozialdemokratische Partei hat mit den Demonstrationen vom 12. Januar [1]) eine abschüssige Bahn beschritten.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich warne Sie, diese Bahn weiter zu verfolgen. Und ich richte namentlich an die Arbeiterbevölkerung die ernste und aus einem wohlmeinenden Herzen kommende Mahnung

(Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten)

— jawohl! einem Herzen, das es sehr viel besser mit den Arbeitern meint als Sie —, sich nicht vom Wege des Gesetzes und der Ordnung abdrängen zu lassen und nicht für Parteifanatiker und Hetzer die eigene Haut zu Markte zu tragen.

(Lebhafter Beifall rechts. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die Verantwortung für die Folgen würde nicht die Regierung, würde nicht die Behörden treffen, sondern die Anstifter und die Verführer.

(Stürmischer Beifall rechts. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

---

[1]) S. oben S. 96.

12. Die Enteignung im Herrenhause.

Sitzungen vom 30. Januar und vom 26. und 27. Februar 1908.

Das Abgeordnetenhaus hatte am 18. Januar den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen mit Abänderungen, denen die Regierung zugestimmt hatte, in dritter Lesung angenommen. Am 30. Januar 1908 kam der so gestaltete Entwurf im Herrenhause zur Beratung. Der erste Redner, Kardinal Dr. von Kopp, hatte ausgeführt, daß die Regierung mit ihrer Vorlage nicht den beabsichtigten Zweck erreichen würde, und der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen das kirchliche Eigentum und die kirchliche Steuerkraft gefährden würden. Darauf antwortete der Reichskanzler.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, wie wir alle, stehe auch ich unter dem Eindruck der ernsten Worte, die wir soeben von meinem hochverehrten Herrn Vorredner gehört haben. Auf manche seiner Bedenken werden meine Kollegen und ich im Laufe der Debatte noch zurückkommen. Nur das eine will ich sofort sagen: Seitdem ich an dieser Stelle stehe, bin ich stets der Vertreter einer gerechten, *einer paritätischen Politik* in allen konfessionellen Fragen gewesen. Ich glaube, daß ich niemals wohlerworbenen Rechten der katholischen Kirche zu nahe getreten bin, daß ich niemals Gefühle unserer katholischen Mitbürger verletzt habe. Diesen meinen Grundsätzen werde ich selbstverständlich immer treu bleiben, und ich werde dafür sorgen, daß bei der Ausführung des vorliegenden Gesetzes diese Grundsätze auf das gewissenhafteste beobachtet werden.

Über die Vorlage, die uns heute beschäftigt, habe ich mich bereits vor dem anderen Hause des Landtags eingehend ausgesprochen. Ich halte mich trotzdem für verpflichtet, auch vor diesem Hohen Hause die Gründe, die schwerwiegenden Gründe darzulegen, welche die Königliche Staatsregierung zur Einbringung dieser Vorlage veranlaßt, ich kann wohl sagen, gezwungen haben. Es handelt sich im letzten Ende um die Frage: *soll unsere Ostmark deutsch oder polnisch werden?* Meine Herren, es hilft uns nichts, wir können uns nicht um diese Frage herumdrücken, wir müssen dieser Frage ins Gesicht sehen, wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die großpolnische Agitation zielbewußt dahin strebt, einen Staat in unserem Staate zu bilden. Ich kann mich enthalten, Ihnen die großartige Entwicklung des auf streng nationaler Grundlage aufgebauten, einheitlich geleiteten polnischen Vereins- und Genossenschaftswesens nochmals vorzuführen. Ich will auch die immer schärfer, immer schroffer hervortretende Absonderung der Polen von den Deutschen nicht nochmals schildern. Ich frage nur: Können wir zwei Provinzen entbehren, von denen die eine

18 Meilen von Berlin ihren Anfang nimmt? Es ist kein Zweifel, unsere Ostmark bildet eine pars minoris resistentiae in unserm Staatskörper. Wir dürfen nicht warten, bis hier eine schwere akute Erkrankung zu unheilbarem Schaden führt, sondern wir müssen rechtzeitig die rechte Kur anwenden und dem nationalen Zellgewebe an dieser Stelle die richtige Zusammensetzung geben.

Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die von König Friedrich dem Großen, von Flottwell, vom Fürsten Bismarck eingeschlagene Ostmarkenpolitik die richtige war, die in der Einführung und Ansiedlung deutscher Landwirte, deutscher Bauern gipfelte. Auf die Einführung und Befestigung des deutschen Elements lege ich dabei das Hauptgewicht, nicht auf die Verdrängung der Polen. Ich halte die Polen für befähigt, sehr nützliche preußische Staatsbürger zu werden, wenn sie sich nur erst vorbehaltlos und für immer als Angehörige unseres Staatswesens bekennen. Wir wollen die Polen weder vertreiben, noch ausrotten, noch proletarisieren. Wenn das Gegenteil in der Presse und in Versammlungen behauptet worden ist, so berufe ich mich auf das, was die preußische Monarchie während eines Jahrhunderts aus ihren polnischen Untertanen gemacht hat, die sie in ziemlich verwahrlostem Zustand übernommen hatte.

Was nun die Ansiedlungskommission für die Mehrung und Stärkung des Deutschtums in den gemischtsprachigen Landesteilen, für die gesamte wirtschaftliche und nationale Entwicklung unserer östlichen Provinzen geschaffen und erreicht hat, darüber hat Sie gerade in der letzten Zeit die Königliche Staatsregierung mit eingehenden Mitteilungen versehen. Ich verweise in dieser Beziehung auf die Denkschrift der Königlichen Staatsregierung, auf die Begründung dieser Vorlage und auf meine Ausführungen im anderen Hause des Landtags. Ich brauche deshalb auf Einzelheiten hier nicht einzugehen. Nur das eine will ich nochmals betonen: die Ansiedlungskommission hat die Erwartungen erfüllt, die auf sie gesetzt wurden. Aber eine Kolonisation im großen Stile kann ihr Ziel nicht in zwei Jahrzehnten erreichen. Das eine aber ist schon jetzt klar und in der Begründung dieser Vorlage und der Denkschrift eingehend nachgewiesen: endlich beginnen die Hoffnungen sich zu erfüllen, die in diesem Hohen Hause vor zweiundzwanzig Jahren mein großer Amtsvorgänger Fürst Bismarck ausgesprochen hat. Er sagte damals: wir wollen einen Damm deutscher Ansiedler dem Polonisierungswerk entgegenwerfen dadurch, daß wir die Zahl der Deutschen in den östlichen Provinzen wesentlich vermehren, daß wir Maßnahmen treffen, um uns zu schützen gegen die Gefahr der Polonisierung.

Aber ich habe auch im andern Hause des Landtags nicht verhehlt, daß wir auf unserm Wege jetzt vor Hindernissen stehen, die mit den gegenwärtigen Mitteln zu überwinden nicht möglich ist. Sie kennen aus den Erörterungen des letzten Jahres die ungesunden Erscheinungen auf dem Gütermarkte der Ansiedlungsprovinzen, Sie wissen, daß der Kampf der beiden Nationalitäten um den Boden der Ostmark und eine dadurch begünstigte gewissenlose Spekulation eine sprunghafte Steigerung der Preise herbeigeführt hat, die mehr und mehr zur Lockerung des deutschen Grundbesitzes führt und Grund und Boden in den gemischtsprachigen Provinzen zur Handelsware degradiert. Die betrübenden Wirkungen zeigen sich in dem enormen Verlust an deutschem Grundbesitz, den uns trotz der Ankäufe der Ansiedlungskommission die Besitzwechselstatistik der letzten Jahre nachweist. Diese Verluste auszugleichen ist auch die Ansiedlungskommission nicht mehr im Stande gewesen, da ihr der Landerwerb aus polnischer Hand durch den Druck der großpolnischen Agitation auf die polnischen Großgrundbesitzer so gut wie unmöglich geworden ist. Die Ansiedlungskommission ist darauf angewiesen, den deutschen Großgrundbesitz anzukaufen. Die Ansiedlungskommission ist zu einer planmäßigen Durchführung des Ansiedlungswerkes, zu einer Arrondierung und Massierung ihrer Kolonien nicht mehr imstande, da sie in ihrem Landerwerbe völlig von dem Angebot abhängig und an vielen wichtigen Punkten durch polnische Gegenmaßregeln behindert ist.

Geht das Landangebot weiter wie bisher zurück, so ist die Deckung des Landbedarfs der Kommission überhaupt in Frage gestellt. Setzen wir die Ansiedlungspolitik in der bisherigen Weise fort, so bedeutet das, daß der deutsche große und mittlere Privatbesitz durch die deutsche und polnische Kolonisation zerschlagen und aufgerieben wird.

Meine Herren, ich brauche meine Ausführungen über die Bedeutung des mittleren und großen deutschen Grundbesitzes hier nicht zu wiederholen. Ich halte ihn in unseren östlichen Provinzen für ganz unentbehrlich und jede Kolonisation, die nicht für eine richtige Mischung von großem und kleinem Besitz sorgt, für ganz verfehlt. Daraus folgt aber, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter geht und daß wir uns — und zwar schleunigst, denn das Reservoir des deutschen Grundbesitzes ist nicht unerschöpflich — entschließen müssen, uns neue Mittel zu schaffen oder unsere Ansiedlungspolitik aufzugeben.

Diese letztere Alternative vor diesem Hause zu empfehlen, möchte ich keinem preußischen Minister raten. Ich glaube, ich hoffe, daß er für seine Ausführungen kein freundliches Echo finden würde. Denn das würde nichts anderes bedeuten als unsere östlichen Provinzen der Polonisierung und

damit dem völligen Verlust preiszugeben. Ich erwähne diese Eventualität auch nur, um zu zeigen, daß unsere Ostmarkenpolitik an einem Wendepunkte angelangt ist. Wir haben uns zu entscheiden, ob der preußische Staat in seinen östlichen Provinzen noch weiter ein Wort mitsprechen, oder ob er die Dinge laufen lassen will. Wenn wir das letztere nicht wollen, müssen wir die Methode des Landerwerbs der Ansiedlungskommission revidieren.

Meine Herren, Sie wissen aus meinen früheren Ausführungen, daß auch mir der Entschluß, die Enteignung zu fordern, nicht leicht geworden ist, Sie wissen, daß wir lange und sorgsam nach anderen Mitteln geforscht und gesucht haben, daß wir an ein gesetzliches Einspruchsrecht, an ein Vorkaufsrecht, daß wir an eine Beschränkung der Enteignung auf den Besitzwechsel gedacht haben. Aber alle diese Mittel führen nicht zum Ziel. Wir haben sie alle geprüft und zu leicht befunden. Wir haben uns der dira necessitas gehorchend zu dem Entschlusse durchringen müssen, eine so weitgehende Befugnis von diesem Hohen Hause zu verlangen.

Meine Herren, ich weiß, daß gerade in diesem Hohen Hause gegen die Enteignung schwerwiegende Bedenken bestehen, Bedenken, denen nicht immer ein so maßvoller Ausdruck gegeben wird, wie von meinem hochverehrten Herrn Vorredner. Ich weiß, daß man der Königlichen Staatsregierung vorwirft, sie greife zu Maßnahmen von barbarischer Härte, sie erkläre das Eigentum für vogelfrei, sie bekenne sich zu sozialistischen Grundsätzen, sie bereite eine allgemeine Enteignung des Großgrundbesitzes vor.

Meine Herren, dem muß ich aufs entschiedenste widersprechen. Wir alle, auch diejenigen, die wie ich den sozialdemokratischen Zukunftsstaat als ein Wolkenkuckucksheim betrachten, können nicht wissen, wie sich in einem zukünftigen Zeitalter die Eigentums- und Besitzverhältnisse gestalten werden. Ich halte aber einen festen Schutz des Privateigentums für die selbstverständliche und unerläßliche Voraussetzung jeder gesunden sozialwirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Darum bin ich auch überzeugt, daß jede Regierung und jede Volksvertretung eines Kulturstaates sich auf dem Gebiete der zwangsweisen Eigentumsentziehung und Eigentumsbeschränkung immer nur mit der äußersten Vorsicht bewegen wird. Das gilt von einer konservativen wie von einer liberalen Regierung, von einer liberalen wie von einer konservativen Volksvertretung. Und jedenfalls werden eine Zukunftsregierung und ein Zukunftsparlament, die zum Schaden des Vaterlandes an eine Enteignung des Großgrundbesitzes herangehen wollen, sich nicht auf die gegenwärtige Vorlage als auf ein Präzedens berufen können. Ich glaube im Gegenteil, daß diese Vorlage und ihre Begründung einer zu weiten Auslegung des Begriffes „öffentliches Wohl", wie ihn das Enteignungsgesetz

von 1874 aufgestellt und zur Voraussetzung einer Enteignung des Grundbesitzes gemacht hat, einen Riegel vorschieben. Wir haben uns nicht an dem Wortlaute dieses Gesetzes genügen lassen, aus dem wir allenfalls die Befugnis zur Enteignung für Zwecke der Ansiedlungskommission hätten ableiten können. An Aufforderungen dazu hat es uns ja nicht gefehlt. Wir haben aber offen anerkannt, daß der Wortlaut des Gesetzes nicht genügt, daß das Gesetz nach seiner ganzen Entstehung enger ausgelegt werden muß und daß wir deshalb vom Landtage der Monarchie besondere Vollmachten uns erbitten müssen, Vollmachten, die wir begründen mit besonderen Gefahren, die den preußischen Staat in seinen höchsten Interessen, in seiner Existenz bedrohen. Nur weil nach der festen Überzeugung der Königlichen Staatsregierung solche außerordentliche Gefahren vorliegen, fordern wir eine so außerordentliche, eine so einschneidende Maßnahme. Wir fordern sie für Ausnahmeverhältnisse und als Ausnahmemaßregel. Stimmen Sie dieser Vorlage zu, so rütteln Sie nicht an der verfassungsmäßigen Grundlage des Privateigentums, Sie erteilen nur der Königlichen Staatsregierung außerordentliche Vollmachten zur Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten, die sich der auch von diesem Hohen Hause gebilligten Ostmarken- und Ansiedlungspolitik auf einem eminent wichtigen Gebiete entgegenstellen.

Die Königliche Staatsregierung ist auch bemüht gewesen, gegen einen zu weit gehenden Gebrauch der Enteignung in dem Gesetze selbst Kautelen zu schaffen. Wir haben vorgeschlagen, die Enteignung zu beschränken auf bestimmte örtlich begrenzte Gebiete. Das Haus der Abgeordneten hat mit unserer Zustimmung die Gesamtfläche dieser Gebiete in das Gesetz selbst aufgenommen. Das Abgeordnetenhaus hat auch die Enteignung beschränkt auf solche Fälle, wo zur Sicherstellung des gefährdeten Deutschtums die Abrundung und Stärkung deutscher Niederlassungen durch neue Ansiedlungen geboten erscheint. Meine Herren, ich weiß wohl, daß auch diese Kautelen dem Gesetze nicht seine Härte nehmen, ich weiß wohl, daß sie nicht alle Bedenken gegen diese Vorlage beseitigen können. Die Angriffe, die zum Teil maßlosen Angriffe, die gegen diese Vorlage und gegen unsere Ostmarkenpolitik im Inlande und im Auslande gerichtet worden sind, habe ich wohl vorausgesehen. Sie durften mich in meiner Haltung nicht irre machen. Ich weiß mich frei von jedem Chauvinismus; ich weiß mich insbesondere frei von jeder Abneigung gegen unsere polnischen Mitbürger, deren gute Eigenschaften ich vollkommen anerkenne. Es fehlt mir auch nicht das Gefühl für die Tragik der polnischen Geschichte. Aber, meine Herren, vor mehr denn einem halben Jahrhundert hat es im ersten deutschen Parlament, auch bei einer Polendebatte, ein deutscher Patriot, Wilhelm Jordan, gesagt: Es ist etwas anderes,

menschlich ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, und etwas anderes, dasselbe rückgängig zu machen auf Kosten derjenigen preußischen und deutschen Interessen, deren Pflege uns anvertraut ist und die allein die Richtschnur unseres politischen Handelns bilden dürfen. Wenn ich das wollte, würde ich mich sträflicher Schwäche schuldig machen. Die Lage, vor der Sie stehen, Sie, meine Herren, und ich, die Tatsache, vor der wir beide stehen, ist einfach diese: ohne die Möglichkeit der Enteignung keine zweckmäßige Ansiedlungspolitik, ohne Ansiedlungspolitik verlieren wir unsere östlichen Marken.

Meine Herren, deutsche Art und deutsche Kultur zu erhalten und zu schützen, ist seit Jahrhunderten der hohe Beruf von Brandenburg, von Preußen gewesen. Ich zweifle nicht daran, daß dieses Hohe Haus, das immer ein Hort preußischer Staatsgesinnung gewesen ist, durch Annahme dieser Vorlage den Staat in den Stand setzen wird, seiner Aufgabe auch fernerhin gerecht zu werden, auf daß, wo deutsche Väter so viel guten Samen streuten, dereinst auch deutsche Enkel ernten können.

(Lebhaftes Bravo!)

Am 26. Februar erstattete dann die Kommission für diesen Entwurf im Herrenhause ihren Bericht; ihre Beschlüsse änderten die Vorlage erheblich ab. In der Diskussion ergriff der Reichskanzler das Wort:

Meine Herren, der Herr Graf Mirbach hat in seinen Ausführungen sich auch mit dem Eindruck beschäftigt, den diese Vorlage im Auslande hervorgerufen hat. Da ich ähnlichen Erörterungen auch in der Presse begegnet bin, möchte ich zunächst einige Worte über diesen Punkt sagen. Unsere innere Politik kann nicht von den Wünschen des Auslandes abhängen. Die Maßnahmen, die wir im Innern treffen, können nicht nach ausländischen Anschauungen eingerichtet und auf ausländische Gesichtspunkte zugeschnitten werden.

(Bravo!)

Mein großer Amtsvorgänger, der Fürst Bismarck, hat mehr als einmal ausgeführt, daß Rücksichten und Erwägungen der auswärtigen Politik nicht dahin führen dürften, die volle Bewegungsfreiheit eines Staates im Innern, seine Selbständigkeit und Souveränität zu beeinträchtigen. Als Fürst Bismarck das aussprach, zog er eigentlich nur das Ergebnis aus den Anschauungen, zu denen das moderne Völkerrecht und die Politik unserer Tage mehr und mehr gelangt ist. Früher war es anders. Früher bestand eine gewisse Neigung, sich in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen. Die große französische Revolution suchte am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts Propaganda nach außen zu treiben und ihre Grundsätze anderen

Staaten mit Gewalt aufzuzwingen. Und als die Legitimität wieder obenauf kam, 1814, verfiel sie in den gleichen Fehler und versuchte für ihre Grundsätze und Prinzipien dasselbe, was bekanntlich zur Gründung der heiligen Allianee und zu mancherlei Interventionen führte.

Heute überwiegt die Ansicht, daß jeder Herr im eigenen Hause ist, seine eigenen Rechte zu wahren, sich aber auch nicht in die inneren Verhältnisse anderer Länder einzumischen hat. Daran wird auch im allgemeinen festgehalten. Nur uns gegenüber glaubt man sich hier und da eine Abweichung von diesem Grundsatz erlauben zu können.

(Sehr wahr!)

Auch andere Länder haben im Laufe der letzten Jahrzehnte manche Maßnahmen getroffen, die nicht allgemeinen Anklang in der Welt fanden. Ich kann mich aber nicht erinnern, daß sie deshalb so angegriffen und zur Rechenschaft gezogen wurden wie wir. Ich will nicht untersuchen, inwieweit das eine Folge unserer Geschichte, unserer vielfach unglücklichen Geschichte ist, die so oft fremde Einmischung in deutsche Verhältnisse gesehen hat. Ich will nur feststellen, daß anläßlich dieser Vorlage fremde Schriftsteller, fremde Dichter[1]) und Künstler, deren Ruf unsere Bühnen gemacht haben,

(sehr gut!)

deren Renommee unsere Kritiker verbreitet haben, sich uns gegenüber Angriffe herausgenommen haben, die sie sich anderen gegenüber nicht leisten würden. Wer den Dingen auf den Grund geht, kann sich nicht verhehlen, daß an solchen Erscheinungen wir selbst einen Teil der Schuld tragen, die wir alles Fremde so gern bewundern und so hoch stellen, vor Fremdem gerne platt auf dem Bauche liegen,

(Heiterkeit)

aber alle Schärfen und Schrullen unserer Kritik für die eigenen Verhältnisse und die eigenen Männer reservieren. Es ist gut, jedes Wetterzeichen am Horizont der auswärtigen Politik zu beachten und namentlich jedes Wetterleuchten — was ich da sage, sage ich selbstverständlich nicht für den Herrn Grafen Mirbach, sondern für jenen, freilich geringen Teil unserer Presse, der anläßlich dieser Vorlage mit dem Auslande operiert — es ist gut, jedes Wetterzeichen am Horizonte der auswärtigen Politik zu beachten und namentlich jedes Wetterleuchten. Aber vor jedem Stirnrunzeln des Auslandes zu erbeben, ist nicht die Art großer Völker.

(Bravo!)

---

[1]) Vornehmlich Henryk Sienkiewicz.

Es ist unsere Pflicht, durch eine gerechte und ruhige auswärtige Politik Vertrauen und Achtung zu erwerben und mitzuarbeiten an der großen gemeinsamen Aufgabe der Zivilisation. Aber allen Haß und jeden Neid zu entwaffnen, alle üble Nachrede abzuschneiden, das ist weder dem einzelnen möglich, noch einem ganzen Volk. Wir sollten uns gegenüber dem, was das Ausland sagt, sei es Lob, sei es Tadel, eine größere Gleichgültigkeit angewöhnen. Wir sollten uns weder von fremder Kritik aus dem Häuschen bringen, noch durch fremdes Lob benebeln lassen. Bei uns pflegen die einen bei fremdem Tadel in Erregung zu geraten, die nicht ein Zeichen selbstbewußter Kraft, sondern mehr von übertriebener Empfindlichkeit ist. Noch schlimmer ist es, wenn andere solche abfälligen Urteile des Auslandes mit Behagen breit treten und weiter verbreiten. Wir müssen uns mehr ruhiges Nationalgefühl in dieser Beziehung angewöhnen, mehr trotzigen Selbsterhaltungstrieb!

(Bravo!)

Meine Herren, der Herr Landwirtschaftsminister hat Ihnen in eingehender und, wie ich glaube, in überzeugender Weise dargelegt, daß die Königliche Staatsregierung in den Beschlüssen Ihrer Kommission eine Verbesserung dieser Vorlage nicht zu erkennen vermag. Mit der Waffe, die Sie uns geben wollen, kann eine Niederlage des Deutschtums in dem Kampf um den Boden der Ostmark auf die Dauer nicht abgewehrt werden. Die Mängel in den Beschlüssen Ihrer Kommission liegen darin, daß sie uns zu wenig Land geben,[1]) daß sie uns damit wieder zu unplanmäßigen Ankäufen zwingen, daß sie uns so die Verstärkung deutscher Ansiedlungen erschweren, daß sie endlich nicht imstande sind, eine wirkliche Beruhigung der unhaltbar gewordenen Verhältnisse auf dem Gütermarkte der Ansiedlungsprovinzen herbeizuführen.

Meine Herren, aus den Reden des Herrn Grafen Mirbach und des Herrn Freiherrn von Lucius habe ich manche Kritik über diese Vorlage herausgehört. An Kritik fehlt es nicht in unserer Zeit, Kritik wird gern geleistet, man hört sie auch nicht ungern. Ich bin aber bisher keinem konkreten und positiven Vorschlage begegnet, der uns die Sicherheit böte, Wandel zu schaffen.

(Sehr richtig!)

---

[1]) Die Kommission wollte das Recht der Enteignung grundsätzlich gewähren, sie aber bei einer Reihe von Grundstückskategorien, so besonders für solche Grundstücke, deren Eigentumsrecht seit mehr als zehn Jahren dem Eigentümer zustand oder von ihm ererbt war, ausschließen.

Die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände wird ziemlich allgemein anerkannt, aber ein praktischer und gangbarer Weg zu ihrer Besserung wird nicht gezeigt.

(Sehr richtig!)

Die Königliche Staatsregierung fordert die Enteignung, weil sie diese für ein zwar scharfes, aber für das allein wirksame Mittel hält. Ihre Kommission hat in ihrer Mehrheit anerkannt, daß die Enteignung notwendig ist, sie hat diese Maßregel aber so beschränkt, daß ihre Wirksamkeit darunter leidet. Greift man aber zu einer Ausnahmemaßregel, zu einer, wie ich vollkommen zugebe, harten Maßregel, so muß man auch des vollen Erfolges sicher sein und darf die Maßnahme nicht so sehr abschwächen, daß das Odium bleibt, die Wirkung aber ausbleibt und die Maßnahme versagt.

(Sehr gut! Bravo!)

Meine Herren, seitdem ich Ministerpräsident bin, bin ich in der Ostmarkenfrage den Traditionen des Fürsten Bismarck gefolgt, habe ich in der Ostmarkenfrage an den Traditionen des Fürsten Bismarck festgehalten. Herr Freiherr von Lucius hat uns soeben auseinandergesetzt, er glaube nicht, daß man den Fürsten Bismarck als Zeugen für die Enteignung anrufen könnte. Ja, meine Herren, wie sich Fürst Bismarck zu dieser Maßnahme stellen würde, wenn er noch unter den Lebenden weilte, das kann heute niemand mit Bestimmtheit sagen. Ich bin aber überzeugt, auf Grund so vieler Auslassungen des Fürsten Bismarck, auf Grund so vieler Reden, die er gehalten hat, auch in diesem Hohen Hause, auf Grund alles dessen, was er nach seinem Rücktritt zürnend und mahnend gerade über die Ostmarkenfrage gesagt hat, auf Grund der ganzen Ostmarkenpolitik, an der Fürst Bismarck stets festgehalten hat, — daß wir ihn heute unter denen sehen würden, die für die Enteignung eintreten. Wie Fürst Bismarck Gefahren, die dem deutschen Volke drohten, meist früher und schärfer zu erkennen pflegte als andere, so hat er auch den ganzen Ernst des Ostmarkenproblems tiefer erkannt als die meisten seiner Zeitgenossen. Nachdem die preußische Politik diesem Problem Jahrzehnte lang schwächlich und schwankend gegenüber gestanden hatte, hat Fürst Bismarck in einer planmäßigen Ansiedlung deutscher Bauern uns den Weg gewiesen, auf dem sich die Stellung des Deutschtums im Osten behaupten läßt. Diese Ansiedlungspolitik fortzusetzen, habe ich als ein uns überkommenes Vermächtnis des ersten Kanzlers angesehen. Auf diesem Wege dürfen wir nicht vor dem ersten Hindernisse Halt machen, nicht vor dem ersten Hindernis zurückweichen. Auf diesem Wege dürfen wir uns nicht scheuen, wenn es nottut, die konsequente und zähe Energie zur Anwendung zu bringen, die

in großen staatlichen Existenzfragen allein vorwärts bringt und allein den Sieg verbürgt.

(Bravo!)

Die schwerwiegende Frage, vor der dieses Hohe Haus steht, ist diese: will das Preußische Herrenhaus, wollen Sie, meine Herren, durch Ablehnung der von uns geforderten Machtmittel die Fortsetzung der von uns in voller Übereinstimmung mit der Krone und unter Zustimmung des anderen Hauses des Landtags weitergeführten Bismarckschen Ostmarkenpolitik lahmlegen und unmöglich machen? Die Königliche Staatsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit Sie, meine Herren, dahin führen wird, mit dem anderen Hause des Landtags der Königlichen Staatsregierung die Mittel zu gewähren, die notwendig sind, um schwere Beeinträchtigungen der Interessen des Landes zu verhindern. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich Sie nur bitten, dem jetzt vorliegenden Antrage der Herren Adickes und Genossen Ihre Zustimmung zu erteilen[1]).

(Lebhaftes Bravo.)

Die Erörterung wurde am folgenden Tage, 27. Februar, fortgesetzt.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, in vorgerückter Stunde und nach zweitägiger Debatte will ich mich möglichst kurz fassen. Ich möchte aber auf einige Dinge eingehen, die im Kampfe gegen diese Vorlage eine besondere Rolle gespielt haben.

Es ist auch heute gesagt worden, daß diese Vorlage im Widerspruch stände mit Verfassung und Gesetz. Der Herr Justizminister hat diesen Vorwurf bereits in sachkundiger Weise zurückgewiesen. Ich möchte aber meinerseits über diesen Punkt noch das Nachstehende sagen. Das deutsche Volk hat sich immer hervorgetan durch ein ausgesprochenes Rechtsgefühl. Das ist eine schöne Eigenschaft; es ist eine der schönsten Eigenschaften des deutschen Volkes, eine Eigenschaft, die wir alle hochhalten. Aber, meine Herren, die Kehrseite dieses lebendigen und warmen Rechtsgefühls, das unser Volk auszeichnet, ist seine politisch oft gefährliche Neigung, sich in abstrakten Formalismus zu verirren, ist der uns Deutschen seit jeher eigene Trieb, auch öffentliche Fragen, große politische Fragen lediglich vom Standpunkte

[1]) Dieser Antrag beantragte Wiederherstellung der Vorlage in der Form des Abgeordnetenhauses und wollte außerdem die Enteignung bei gottesdienstlichen Gebäuden, Begräbnissen, Grundstücken im Eigentum von Kirchen, Religionsgesellschaften und milden Stiftungen (sofern der Eigentumserwerb vor dem 26. Februar 1908 vollendet war) ausgeschlossen wissen.

des Privatrechts zu beurteilen. Damit kommt man in großen politischen Existenzfragen nicht durch.

(Sehr richtig!)

Die erste, die oberste und vornehmste Pflicht des Staates ist, sich selbst zu behaupten. So machen es alle anderen Völker, und wenn wir es nicht ebenso machen, so kommen wir unter die Räder.

(Sehr richtig!)

Ich habe gestern gesagt, ich wäre überzeugt, daß, wenn Fürst Bismarck noch unter den Lebenden weilte, er sich unter den Anhängern dieser Vorlage befinden würde. Zur Begründung dieser Behauptung und in Vervollständigung dessen, was ich eben ausgeführt habe, möchte ich einige Sätze aus einer Rede verlesen, die in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 29. Januar 1886 Fürst Bismarck gehalten hat. Fürst Bismarck sagte damals:

> Dann sagt der Herr Abgeordnete weiter in bezug auf die Möglichkeit der Expropriation des gesamten polnischen Adels, über die ich mich aussprach: wo bleibt denn da die Rechtssicherheit in Deutschland und Preußen? Die ist ja noch in keiner Weise beeinträchtigt. Ja, wenn wir einfach konfiszieren wollten, wie man das in anderen Ländern wohl tut, wenn man die Güter unentgeltlich einzöge! Das ist ja viel, viel wohlfeiler. Ich sehe nicht ein, wie der Vorredner darauf kommt. Es ist dies ein Akt der Notwendigkeit, in dem der preußische Staat sich befindet dem polnischen Adel gegenüber. Im Kriege geschieht auch manches, wobei man die Gleichheit vor dem Gesetz vollständig aus den Augen verliert. Ein Staat, der um seine Existenz kämpft, ist schließlich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Gleisen zu halten; darin, daß er das nicht ist, besteht gerade die Rechtssicherheit. Wenn wir das anders auffassen wollten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor etwa 20 Jahren mit den Worten schilderte: c'est la légalité qui nous tue! — Wir halten an dem Gesetz fest, und wenn wir darüber zugrunde gehen. Dieses „La légalité qui nous tue“ hat eben sein Gegengewicht in dem Notwehrrecht des Staates, sobald seine Existenz gefährdet ist und in Zweifel gerät.

Also, meine Herren, auf die Autorität des Fürsten Bismarck kann man sich gegenüber dieser Vorlage nicht berufen.

(Sehr richtig!)

Man hat weiter gesagt, die Politik, die zu dieser Vorlage geführt habe, sei eine harte, eine allzu harte. Ich kann nur wiederholen, daß wir die Wahl zwischen zwei Eventualitäten haben: entweder Sie gewähren uns die Möglichkeit der Anwendung der Enteignung — ich sage ausdrücklich: die Möglichkeit der Anwendung der Enteignung; ich teile die soeben ausgesprochene Hoffnung, daß im Falle der Annahme des Antrags Adickes die Enteignung so selten wie möglich zur Anwendung gelangen wird. Aber, meine Herren, wenn uns diese Möglichkeit der Anwendung der Enteignung versagt wird, so gelangt unsere Ostmarkenpolitik, die Ansiedlungspolitik, die wir seit zwanzig Jahren führen, die wir führen als eine große staatliche Notwendigkeit, die wir treiben mit einem Erfolge, den zu meiner großen Befriedigung soeben der hochverehrte Graf Botho Eulenburg ausdrücklich anerkannt hat, — so gelangt diese unsere Ansiedlungspolitik auf den toten Strang. Ein Mittel, uns aus diesem Dilemma herauszuhelfen ohne die Möglichkeit der Enteignung, ist mir in allen Reden gegen diese Vorlage nicht angegeben worden.

(Sehr richtig!)

Jedesmal, wenn ein Redner sich erhob, um gegen die Vorlage zu sprechen, sagte ich mir: nun kommt's!

(Heiterkeit.)

Nun werde ich hören, wie ich durch ein konkretes, praktisches Mittel um die Enteignung herumkomme. Es kam aber nie.

(Erneute Heiterkeit.)

Meine Herren, ein wichtiger Zweck dieser Vorlage ist, jeden Zweifel an der Stetigkeit unserer Ostmarkenpolitik zu zerstreuen. Als ich vor einigen Jahren in Posen war, sagten mir alle Deutschen, mit denen ich mich über die Lage unterhielt: über fast alle Maßnahmen, die im Osten getroffen sind, kann man verschiedener Meinung sein, über die Ansiedlungspolitik, über die Schulpolitik. Man kann finden, daß dieses oder jenes Mittel mehr oder weniger glücklich ist, man kann finden, daß dieser oder jener Weg richtiger ist oder nicht, besser zum Ziele führt oder nicht. Aber eins ist — sagten mir alle Deutschen —, was uns vor

allem not tut: das ist Stetigkeit, um Gottes Willen Stetigkeit,

(sehr richtig!)

nur nicht wieder ein Hin- und Herschwanken, keinen Zickzackkurs! Ein Hauptzweck dieser Vorlage ist — auch darin stimme ich ganz mit dem Herrn Grafen Eulenburg überein —, jeden Zweifel zu zerstreuen an der Sicherheit, an der Stetigkeit, an dem vollen Ernste unserer Ostmarkenpolitik.

Übrigens, meine Herren, glaube ich, daß im letzten Ende eine sichere, stetige und feste Ostmarkenpolitik auch weniger grausam ist — und damit komme ich zu einem weiteren Vorwurf, der auch gegen unsere Ostmarkenpolitik und speziell gegen diese Vorlage erhoben worden ist — als halbe und schwächliche Maßnahmen. Solche halbe und schwächliche Maßnahmen sind noch immer mißglückt, und sie mußten mißglücken. Durch halbe Maßregeln, schwächliche Versöhnungsversuche, Illusionen und Phantasiegebilde wird der Kampf nur in die Länge gezogen. Wir wollen diesem Kampfe, der sich in unserer Ostmark abspielt, durch wirksame Maßregeln möglichst bald ein Ende bereiten. Wir denken nicht daran, die Polen ausrotten zu wollen. Mit großem Rechte hat auch in dieser Beziehung Herr Graf Botho Eulenburg gesagt, das wäre eine — wie er sich, glaube ich, ausdrückte — tolle Idee. Ja, das wäre eine hirnverbrannte Idee, und das wäre eine Barbarei. Ich habe wiederholt, namentlich in dem anderen Hause des Landtags, an der Hand eines reichhaltigen Materials nachgewiesen, daß der Deutsche im Osten mehr und mehr in die Defensive gedrängt worden ist, daß der Kampf, den wir im Osten führen, lediglich ein Verteidigungskampf ist. Wir wollen, ich wiederhole es, die Polen weder vertreiben noch verdrängen; wir wollen nur verhindern, daß die Deutschen von den Polen aufgesogen und verdrängt werden. Diese Maßnahme, die wir fordern, — ich habe das vom ersten Tage an betont — ist eine Ausnahmemaßregel; ihren Ausnahmecharakter habe ich von vornherein scharf in den Vordergrund gestellt. Wir fordern diese Maßnahme als eine exzeptionelle Maßnahme, wir fordern sie, damit das Deutschtum auch in der Ostmark diejenige gesicherte Stellung einnimmt, die ihm in der preußischen Monarchie und im Deutschen Reiche überall zukommt. Das ist das Ziel, dem wir mit dieser Vorlage zustreben. Gewiß, meine Herren, das Ziel liegt nicht vor unseren Füßen; das ist uns wohl bewußt. Aber nach der festen Überzeugung der Königlichen Staatsregierung ist dieses Ziel wohl erreichbar, erreichbar durch Zähigkeit, durch Energie, erreichbar

vor allem durch Stetigkeit. Dazu soll uns auch diese Vorlage dienen. Helfen Sie uns, dieses Ziel zu erreichen durch Annahme des Antrages Adickes!

(Lebhaftes Bravo.)

Der Antrag Adickes wurde darauf mit 143 gegen 111 Stimmen angenommen. Am 3. März nahm das Abgeordnetenhaus das Gesetz in der Fassung des Herrenhauses an.

---

13. Interparlamentarische Union. — Marokko und Mazedonien. — Der kaiserliche Brief an Lord Tweedmouth. — Deutschland und England.

Sitzung des Reichstags vom 24. März 1908.

Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für 1908 ergriff Fürst Bülow am 24. März 1908 das Wort:

Meine Herren, der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Eickhoff, hat die Konferenz der Union internationale parlementaire zur Sprache gebracht, die sich im September dieses Jahres in Berlin vereinigen soll [1]). In Würdigung der friedlichen und humanen Ziele der Union internationale parlementaire, die die Volksvertreter der verschiedenen Nationen einander menschlich näher bringt und dadurch politisch die Eintracht unter den Völkern zu fördern sucht, bin ich gern bereit, bei dem Empfange dieser Herren in Berlin mitzuwirken.

(Bravo!)

Ich hoffe, meine Herren, daß sich die Herren Vertreter bei uns ebenso wohl fühlen werden wie in anderen Hauptstädten, wo ihnen ein sympathischer Empfang bereitet worden ist.

(Bravo!)

Meine Herren, von allen Rednern, die gestern und heute das Wort ergriffen haben, ist die sehr unbefriedigende Lage in Marokko berührt worden. Ich freue mich, daß dies von allen Seiten in ernster und ruhiger Sachlichkeit geschehen ist, wenn auch die Herren mehr oder weniger

---

[1]) Die Union internationale parlementaire ist eine 1888 begründete Vereinigung von parlamentarischen Vertretern aller konstitutionell regierten Staaten, die das Ziel verfolgt, auf dem Wege des Schiedsgerichts Streitigkeiten zwischen den Völkern zu schlichten.

starke Vorbehalte hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der militärischen Operationen Frankreichs gemacht und Bedenken darüber geäußert haben, ob das französische Vorgehen vereinbar sei mit Wortlaut und Geist der Algecirasakte.

Es ist gewiß richtig, meine Herren, daß die Algecirasakte alle Beteiligten gleich bindet. Es ist weiter richtig, daß wir im Interesse unseres Handels darauf zu achten haben, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung nicht verletzt, und daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht mißachtet werden. Die Wichtigkeit dieser Interessen ist von allen Herren, auch von dem Herrn Abgeordneten Bebel betont worden. Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß die Ausführung wichtiger Bestimmungen der Algecirasakte durch die Unruhen in Marokko und durch die dortigen Thronstreitigkeiten gehemmt worden ist. Die französische Regierung kann sich nicht darüber beklagen, daß wir in Verkennung dieser Umstände die Algecirasakte in kleinlicher oder engherziger Weise ausgelegt hätten.

(Sehr richtig!)

Wir wollen das auch künftig nicht tun, erwarten aber auch, daß man in Frankreich die Akte in dem gleichen friedlichen und freundlichen Geiste beobachtet und ausführt.

(Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Meine Herren, auf den allgemeinen Charakter unserer Marokkopolitik brauche ich heute nicht näher einzugehen, nachdem ich mich hierüber wiederholt eingehend ausgesprochen habe. Über einzelne Punkte, die in der Debatte zur Sprache gebracht worden sind, wird sich mein Nachbar, der Herr Staatssekretär v. Schoen, äußern.

Ich möchte mich jetzt zu Mazedonien wenden und zu einigen Fragen, die mit Mazedonien in Zusammenhang stehen. Man hat die Lage der Dinge in Mazedonien mit einem Brandherd verglichen, den außer dem Landesherrn sechs große Mächte zu löschen sich bemühten — ohne Erfolg, weil von außen immer neue Scheite ins Feuer geworfen würden. In der Tat liegt der Grund des Übels nicht ausschließlich und nicht einmal überwiegend in dem Gegensatz zwischen Christen und Mohammedanern, sondern mehr noch in den erbitterten Kämpfen der verschiedenen christlichen Nationalitäten untereinander, von denen sich jede die Suprematie in Mazedonien und für den Fall der Beseitigung der Oberhoheit der Pforte einen möglichst großen Anteil des Gebiets sichern möchte.

Gegenüber diesem trüben tatsächlichen Zustande bildet der Grundsatz der Aufrechterhaltung des status quo den Einigungspunkt, von dem aus

die Mächte eine Verbesserung der Lage anstreben. An der Aufrechterhaltung dieses status quo ist Deutschland nicht am nächsten, aber mindestens ebenso ehrlich interessiert wie irgendeine andere Großmacht. Die internationale Grundlage bildet der Berliner Vertrag. Wir haben daher das österreichisch-ungarische Projekt der Verlängerung der bosnischen Bahn bis Mitrowitza mit Sympathie begrüßt [1]). Denn unser Bundesgenosse macht damit von einem Recht Gebrauch, das ihm in einem völkerrechtlichen Vertrage [2]) verliehen worden ist. Darüber hinaus betrachten wir die Vermehrung der Verkehrswege als ein wirksames Mittel, um den Stand der Kultur in jenen Gebieten zu heben und damit auch die wilden konfessionellen und Stammesleidenschaften zu zügeln. Dabei will ich gegenüber den auch von dem Herrn Abgeordneten Bassermann erwähnten falschen Darstellungen ausdrücklich feststellen, daß wir in dieser Frage der österreich-ungarischen Regierung unseren Rat und unsere Unterstützung weder aufgedrängt haben, noch von ihr darum angegangen worden sind.

Aus dem Grundsatz der Aufrechterhaltung des status quo ergibt sich ferner, daß unsere Bestrebungen gerichtet sind einerseits auf die Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten, andererseits auf die Zustimmung der Pforte zu den vorgeschlagenen Reformen. Man kann, meine Herren, von uns keinen Enthusiasmus für Maßnahmen erwarten, die wir nicht für wirksam, oder die wir gar für gefährlich halten.

(Sehr richtig!)

Zu den letzteren rechnen wir Neuerungen, die die Landeshoheit des Sultans gefährden und dadurch die Türkei und ihre mohammedanische Bevölkerung zum äußersten Widerstand reizen würden.

(Sehr richtig!)

Gewiß, meine Herren, die fortgesetzten Greueltaten, die in Mazedonien von Christen und Mohammedanern, von Mohammedanern und Christen begangen werden, schlagen der Zivilisation Europas und der Humanität unserer Zeit ins Gesicht. Aber noch viel unerträglicher erscheint mir der Gedanke, daß sich wegen der von heftigem Hader durchwühlten mazedonischen Vilajets die Mächte untereinander verfeinden und ein europäischer Krieg entzündet werden sollte.

(Lebhaftes Sehr richtig!)

[1]) Das Projekt der sog. Sandschakbahn, das der Minister Freiherr von Aehrenthal in einem Ausschusse der Delegationen im Februar 1908 angekündigt hatte.

[2]) Im Berliner Vertrag, Artikel 25.

Ich glaube, meine Herren, daß diese Wünsche bei allen Kabinetten vorherrschen, und deshalb ist zu hoffen, daß das europäische Konzert aufrecht bleiben wird, wenn auch über manche Punkte des Programms noch Meinungsverschiedenheiten auszugleichen sind.

Meine Herren, aus verschiedenen Äußerungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, entnehme ich, daß in diesem hohen Hause der Wunsch besteht, ich möge mich auch zu dem Brief äußern, den Seine Majestät der Kaiser im vergangenen Monat an Lord Tweedmouth gerichtet hat [1]). Aus Gründen der Diskretion, auf die gegenüber einem Privatbrief Absender und Empfänger den gleichen Anspruch haben, bin ich nicht in der Lage, Ihnen diesen Brief im Wortlaut vorzulegen, und ich füge hinzu, daß ich es außerordentlich bedaure, daß ich dazu nicht imstande bin. Dieser Brief könnte nämlich von jedem von uns, von jedem aufrichtigen Freunde guter Beziehungen zwischen Deutschland und England unterschrieben werden.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Dieser Brief, meine Herren, war nach Form und Inhalt ein privater Brief, und er war gleichzeitig, seinem Inhalt nach, ein politischer Brief. Das eine schließt das andere gar nicht aus, und der Brief eines Souveräns, ein kaiserlicher Brief wird dadurch, daß er politische Fragen behandelt, noch nicht zu einem Regierungsakt.

(Sehr richtig! rechts.)

Es ist dies — der Herr Abgeordnete Graf v. Kanitz hat das gestern mit mehreren richtigen Beispielen belegt — nicht der erste politische Brief eines Souveräns, und unser Kaiser ist nicht der erste Souverän, der an auswärtige Staatsmänner Briefe politischen Inhalts gerichtet hätte, die der Kontrolle nicht unterliegen. Es handelt sich hier um ein Betätigungsrecht, das alle Souveräne in Anspruch nehmen, und das selbstverständlich auch unserm Kaiser zu verschränken niemand das Recht hat. Wie Seine Majestät von diesem Rechte Gebrauch machen will, das können wir getrost seinem kaiserlichen Pflichtgefühl überlassen. Es ist eine grobe, durch nichts gerechtfertigte Unterstellung, wenn behauptet worden ist, der Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth bedeute einen Versuch, den für das eng-

---

[1]) Ein Brief, den der damalige erste Lord der Admiralität Lord Tweedmouth vom deutschen Kaiser am 18. Februar erhalten hatte und über den im März die „Times" berichtete, mit der Behauptung, der Kaiser suche so einen Einfluß auf die Gestaltung des englischen Marineetats zugunsten Deutschlands auszuüben.

lische Marinebudget verantwortlichen Minister im deutschen Interesse zu beeinflussen, er bedeute einen heimlichen Eingriff in innere Angelegenheiten des britischen Reichs. Unser Kaiser ist der letzte, zu glauben, daß der Patriotismus eines englischen Ministers es ertragen würde, vom Ausland Ratschläge zu akzeptieren über die Gestaltung des englischen Marinebudgets.

(Sehr richtig! und Hört! hört!)

Was für die englischen Staatsmänner gilt, das gilt ebenso für die führenden Männer jedes Landes, das Anspruch auf die Achtung seiner Selbständigkeit erhebt.

(Lebhaftes Sehr wahr!)

In Fragen der Wehrhaftigkeit des eigenen Landes lehnt jedes Volk fremde Einrede ab und zieht nur seine eigene Sicherheit und seine eigenen Bedürfnisse zu Rate.

(Sehr richtig!)

Von diesem Rechte der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung macht auch Deutschland Gebrauch, wenn es sich eine Flotte schafft, die seinen Küsten und seinem Handel den notwendigen Schutz gewähren soll.

(Bravo!)

Dieser defensive, dieser rein defensive Charakter unseres Flottenprogramms und unserer Flottenpolitik kann gegenüber den unaufhörlichen Versuchen, uns England gegenüber aggressive Absichten und Pläne anzudichten, nicht oft und nicht scharf genug hervorgehoben werden.

(Bravo!)

Wir wünschen mit England in Ruhe und Frieden zu leben, und darum empfinden wir es bitter, daß ein Teil der englischen Publizisten immer wieder von der „deutschen Gefahr" spricht, obwohl die englische Flotte unserer Flotte mehrfach überlegen ist, obwohl andere Länder stärkere Flotten besitzen als wir und mit nicht geringerem Eifer an dem Ausbau ihrer Flotten arbeiten als wir. Trotzdem ist es Deutschland, immer wieder Deutschland und nur Deutschland, gegen das die öffentliche Meinung jenseits des Kanals durch eine rücksichtslose Polemik aufgeregt wird.

(Sehr richtig!)

Es würde, meine Herren, im Interesse der Beruhigung zwischen beiden Ländern, es würde im Interesse der allgemeinen Beruhigung der Welt liegen, wenn diese Polemik aufhörte. So wenig wir England das Recht

bestreiten, sich auf denjenigen Flottenstandard einzurichten, den seine verantwortlichen Staatsmänner für notwendig halten, um die britische Weltmacht aufrecht zu erhalten, ohne daß wir darin eine Drohung gegen uns erblicken, so wenig kann man es uns verargen, wenn wir nicht wünschen, daß unsere Schiffsbauten als eine gegen England gerichtete Herausforderung hingestellt werden.

(Zustimmung rechts und links.)

Meine Herren, das sind, wie ich aus Ihrer Zustimmung entnehme, Gedanken, die wir alle hegen, die in den Ausführungen aller Redner zum Ausdruck gekommen sind, die unser aller Ansichten entsprechen. Nehmen Sie zu diesen meinen Ausführungen hinzu, daß in dem Briefe Seiner Majestät des Kaisers an Lord Tweedmouth ein Gentleman zum andern, ein Seemann zum andern freimütig spricht, daß unser Kaiser die Ehre hochschätzt, Admiral der britischen Flotte zu sein, und daß er ein großer Bewunderer der politischen Bildung des britischen Volkes und seiner Marine ist, so haben Sie einen ganz richtigen Begriff von Tendenz, Ton und Inhalt des Kaiserlichen Briefes an Lord Tweedmouth!

Seine Majestät befindet sich also darin nicht nur in Übereinstimmung mit dem Reichskanzler — ich betone das gegenüber dem Herrn Abgeordneten Bebel —, sondern, wie ich fest überzeugt bin, in Übereinstimmung mit der gesamten Nation.

Es wäre sehr zu bedauern gewesen, wenn die edlen Absichten, von denen unser Kaiser bei der Abfassung dieses Briefes geleitet war, in England mißdeutet worden wären. Mit Genugtuung kann ich feststellen, daß die Versuche solcher Mißdeutung in England fast einmütige Ablehnung gefunden haben.

(Bravo! rechts und links.)

Vor allem ,meine Herren, glaube ich, daß die gestern von dem Herrn Abgeordneten Dr. Wiemer und heute von dem Herrn Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg mit Recht hervorgehobene und gewürdigte vornehme Art, wie das englische Parlament diese Frage vorbildlich behandelt hat [1]), das Beste tun wird, um eine Störung der freundlichen Beziehungen zwischen

[1]) Das englische Parlament hatte die Angelegenheit des Briefes an Lord Tweedmouth am 6. und 7. März behandelt; Asquith betonte dabei, daß es sich um einen reinen Privatbrief handele.

Deutschland und England zu verhüten und den Erörterungen über diesen Fall jede feindliche Spitze zu nehmen.

(Zustimmung rechts und links.)

Meine Herren, nur eine Bemerkung allgemeiner Art möchte ich noch hinzufügen. Die Herren Abgeordneten Freiherr v. Hertling und Bassermann haben angesichts der gegen uns im Auslande verbreiteten Verdächtigungen ruhige und wachsame Zurückhaltung empfohlen und für die Behandlung der auswärtigen Geschäfte des Landes Stetigkeit, Einheitlichkeit, Festigkeit gewünscht. Nun, ich glaube, daß die auswärtige Politik, die wir machen müssen, nicht richtiger und nicht besser charakterisiert werden kann!

(Lebhafter Beifall.)

---

14. Elsaß-Lothringen.

Sitzung des Reichstags vom 24. März 1908.

Am gleichen Tage gab der Reichskanzler auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Vonderscheer, welche Stellung die verbündeten Regierungen zu den Anträgen des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen und des Reichstags, dem Reichslande die staatsrechtliche Gleichstellung mit den übrigen Bundesstaaten zu gewähren (Antrag Preiß), einnähmen, folgende Erklärung ab:

Meine Herren, auf die Anfrage des Herrn Vorredners will ich folgendes erklären. Der Entwicklungsgang der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage im ersten Jahrzehnt der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich wird gekennzeichnet durch die in verhältnismäßig rascher Folge erlassenen gesetzgeberischen Akte, nämlich das Gesetz vom 9. Juni 1871 über die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reich, das Gesetz vom 25. Juni 1873 über die Einführung der Verfassung des Deutschen Reichs in Elsaß-Lothringen, den Kaiserlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 über die Einsetzung des Landesausschusses, ferner das Gesetz vom 2. Mai 1877 über die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, und schließlich das Gesetz vom 4. Juli 1879 über die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens.

Während hiernach die Weiterbildung der Verfassung Elsaß-Lothringens in den siebziger Jahren ohne wesentliche Unterbrechung Fortgang genommen hat, ist seitdem eine Stockung eingetreten. Ich bin der Meinung,

daß die Entwicklung durch das Gesetz vom 4. Juli 1879 keineswegs endgültig zum Abschluß gelangt ist, daß vielmehr nachdrücklich angestrebt werden muß, die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens im Sinne einer Annäherung an bundesstaatliche Verfassung weiter auszugestalten.

(Bravo!)

Ich bin zu eingehenden Erörterungen hierüber mit den verbündeten Regierungen in Verbindung getreten und hoffe, daß diese Verhandlungen die erfüllbaren Wünsche der elsaß-lothringischen Bevölkerung ihrer Verwirklichung entgegenbringen werden. Die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, welche sich einer befriedigenden Lösung dieser Aufgabe entgegenstellen, sind bekannt und von mir wiederholt hervorgehoben worden [1]. Endgültige Entschließungen haben deshalb noch nicht gefaßt werden können, sodaß ich es mir versagen muß, heute auf die Einzelheiten der Frage näher einzugehen.

(Bravo!)

---

15. Reform des preußischen Wahlrechts. — Das allgemeine Wahlrecht. — Einheit von Preußen und Deutschland.

Sitzung des Reichstags vom 26. März 1908.

In der Debatte vom 24. März hatten verschiedene Redner (Bebel, Naumann) die Reform des preußischen Wahlrechts behandelt (aus Anlaß der sozialdemokratischen Resolution, deren Wortlaut S. 123 mitgeteilt ist). Dazu ergriff am 26. März der Reichskanzler das Wort.

---

[1]) Reden vom 7. Juni 1902, I, 329 ff., 14. April 1904, II, 88 f., 15. März 1905, II, 180 f. Unter dem 28. Januar 1908 hatte der Kanzler an den Staatssekretär v. Köller folgende Antwort auf die Beschlüsse des elsaß-lothringischen Landesausschusses betr. Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen gerichtet: „Berlin den 28. Januar 1908. Die mir mit den gefälligen Schreiben vom 30. Oktober 1903 und 14. Januar 1905 übersandten Beschlüsse des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen vom 28. April 1903, 3. Mai und 18. Oktober 1904, betreffend Änderung der Verfassung von Elsaß-Lothringen, habe ich dem Bundesrat vorgelegt. Bei den daraufhin gepflogenen vorläufigen Erörterungen ist ein Teil der Anträge des Landesausschusses als geeignet zur weiteren Verfolgung bezeichnet worden, während sich bei einem anderen Teil Schwierigkeiten ergeben haben, welche durch die eingeleiteten Verhandlungen bis jetzt nicht gehoben sind. Ich hoffe indessen zuversichtlich, daß die Beratungen des Bundesrats dazu führen werden, die Verfassung von Elsaß-Lothringen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung fortzubilden und so auch die Wünsche des Landesausschusses in bestimmten Grenzen der Erfüllung entgegenzubringen. gez. Bülow."

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich bin den Ausführungen des Herrn Vorredners, des Herrn Abgeordneten Lattmann, mit Aufmerksamkeit gefolgt. Besonders haben mich diejenigen seiner Ausführungen interessiert, die sich auf die Pflichten der Beamten gegenüber dem Staat und auf das Verhältnis der Beamten zum Staat bezogen [1]). Ich unterschreibe diese Ausführungen.

Was die übrigen Anregungen des Herrn Abgeordneten Lattmann hinsichtlich der Lage der Beamten angeht, so glaube ich, daß sie sorgsame Prüfung verdienen.

Für heute, meine Herren, wende ich mich zu einem Gegenstand, den der Herr Abgeordnete Lattmann vorher behandelt hatte, und der in unserer vorgestrigen Debatte einen breiten Raum eingenommen hat, nämlich zu der Reform des preußischen Wahlrechts.

(Ah! und Hört! hört!)

Die Herren Abgeordneten Albrecht und Genossen haben in einer Resolution beantragt:

> Der Reichstag wolle beschließen:
>
> den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach im Deutschen Reich, in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen für die Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach Maßgabe der Verhältniswahl eingeführt wird.

---

[1]) Der Abgeordnete Lattmann hatte darüber gesagt: „Das Verhältnis des Beamten zum Staat ist eben nicht ein nacktes Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnis, sondern daneben auch ein Treuverhältnis, das zum Ausdruck kommt im Staatsdienereid, und durch dieses Treuverhältnis sind wir Beamte. Dieses Treuverhältnis bringt uns nach manchen Richtungen auch Vorteile gegenüber anderen Bevölkerungskreisen; aber infolge dieses Treueides sind wir Beamte nach gewissen Richtungen auch politisch unfrei und politisch gebunden. Und wer das nicht anerkennen will, der verkennt eben den eigenartigen Charakter des Beamtenverhältnisses. Wir haben im Staatsdienereid dem Staate unsere Treue geschworen, und wegen dieses Lehnsverhältnisses ist jede Felonie des Beamten ein Schlag gegen seine Ehre, gegen sein Gewissen. Und deshalb muß festgestellt werden, daß jeder Beamte gegen seine Ehre, gegen sein Gewissen handelt, wenn er die Sozialdemokratie direkt oder indirekt unterstützt, die Sozialdemokratie, die den Staat nicht anerkennt, die den Lehnsherrn vernichten will. Der Lehnsmann ist an seinen Treueid gebunden."

Meine Herren, ich brauche wohl nicht zu erklären, daß diese Resolution für den Bundesrat nicht annehmbar ist.

(Sehr gut! rechts.)

Vor allem muß ich wiederholt darauf hinweisen, daß der Reichskanzler und die Minister der Einzelstaaten nicht verpflichtet sind, hier Rechenschaft über bundesstaatliche Angelegenheiten abzulegen.

(Sehr richtig! rechts.)

Als Reichskanzler wie als preußischer Ministerpräsident habe ich die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Parlamente nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Durcheinander der Verhandlungen von Reichsangelegenheiten und Angelegenheiten der Einzelstaaten wäre eine Gefahr für jede verfassungsmäßige Ordnung. Ein solches Durcheinander widerspricht der Reichsverfassung wie der Verfassung der Einzelstaaten. Eine reinliche Scheidung der Angelegenheiten der Einzelstaaten von Angelegenheiten des größeren Gemeinwesens wird in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in jedem föderativen Staatswesen beobachtet. Ich habe niemals zugelassen — das betone ich gegenüber den vorgestrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel [1]) — und werde auch niemals dulden, daß die Entschlüsse dieses hohen Hauses von Stellen beeinflußt werden, denen ein verfassungsmäßiges Recht dazu nicht zusteht. Ich darf aber auch nicht dulden, daß ein Organ des Reichs über seine Zuständigkeit hinaus Einfluß zu nehmen sucht auf die Gesetzgebung der Einzelstaaten. Die Richtigkeit dieses Standpunktes ist auch von liberaler Seite oft anerkannt worden. Ich entsinne mich, als die Regierung — es muß 5 oder 6 Jahre her sein, ich war schon Reichskanzler — einen Versuch des preußischen Landtags zurückwies, einzuwirken auf die Tarifgesetzgebung im Reich, da billigte die liberale Presse hautement dieses mein Verhalten, und ein führendes liberales Blatt — ich entsinne mich dessen ganz genau — verglich das damalige Verhalten des Herrn Abgeordneten v. Heydebrand und seiner Freunde [2]) mit der Bildung von Konföderationen in der alten

---

[1]) Der Abgeordnete Bebel hatte gesagt, daß die Agrarier für ihre Wünsche in bezug auf die Zollgesetzgebung fortgesetzt durch die Landesvertretungen die Reichsgesetzgebung zu beeinflussen gesucht hätten, und hatte außerdem auf Äußerungen des Grafen Mirbach und des Abgeordneten von Oldenburg verwiesen.

[2]) Damit ist gemeint die Verhandlung am 2. Juni 1902, in der ein Antrag des Grafen Limburg-Stirum angenommen wurde, daß die preußische Regierung für die von der

polnischen Republik und das Hin- und Herreden zwischen Landtag und Reichstag mit den alten polnischen Zuständen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Dies vorausgeschickt, möchte ich noch einige Worte zur Aufklärung hinzufügen. Die Erklärung der preußischen Staatsregierung im preußischen Abgeordnetenhaus enthielt gar keine Kritik des preußischen Wahlrechts, des Reichstagswahlrechts [1]).

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die preußische Regierung hat sich nur gegen eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen.

(Zurufe links.)

— Meine Herren, wir sind alle so empfindlich für jede Störung, die von außen, die von oben kommt.

(Heiterkeit.)

Würde es sich nicht auch empfehlen, daß wir uns untereinander möglichst wenig störten?

(Bravo! rechts. — Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Ich sage also, die preußische Staatsregierung hat lediglich sich ausgesprochen gegen eine Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Die preußische Staatsregierung hat gar nicht die Frage erörtert, ob das Reichstagswahlrecht im Reich nützlich oder schädlich wirkt. Sie hat lediglich erklärt, daß nach ihrer Überzeugung das Reichstagswahlrecht dort in Preußen dem Staatswohl nicht entspräche. Ich habe de lege ferenda, nicht de lege lata gesprochen.

Aber wenn ich wirklich ein kritisches Wort über das Reichstagswahlrecht gesagt hätte, was wäre denn dann? Noch leben wir ja nicht im sozialdemokratischen Zukunftsstaat, wo von oben befohlen wird, was für wahr zu gelten hat und was nicht

(Heiterkeit),

wo die Kritik erlaubt ist, und wo sie das Maul zu halten hat. Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht sakrosankt sein, während alles übrige,

---

Mehrheit der Reichstagskommission ausgedrückten und über die Zolltarifvorlage hinausgehenden Wünsche auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes eintreten solle. S. Bd. I, 327 ff. Der Abgeordnete v. H e y d e b r a n d hatte nach der Ablehnung durch den Reichskanzler betont, daß seine Partei trotz dieser Rede an ihren Forderungen festhalte.

[1]) S. oben S. 95.

Gott und Vaterland, Monarchie und Familie, Gesetz und Verfassung, Ordnung und Privateigentum angegriffen, verhöhnt und untergraben werden dürfen? Warum soll denn gerade das Reichstagswahlrecht ein „Noli me tangere“ sein, während es jedem erlaubt ist und sogar von jedem erwartet wird, daß er das preußische Wahlrecht herunterreißt? Dabei haben wir beide, dieses hohe Haus und ich, kein Bedenken getragen, das Reichstagswahlrecht umzumodeln, wenn uns danach gelüstete. Ich erinnere nur an das sogenannte Klosettgesetz, an die Gewährung der Diäten, an die Ausdehnung der Freifahrkarten. Es sind mir in der politischen Tagesliteratur auch noch andere Vorschläge begegnet, z. B. die Verlängerung des notwendigen Aufenthalts am Wahlort, die Hinaufsetzung der Altersgrenze. Auch von Pluralstimmen war die Rede.

(Zurufe links.)

— Ich referiere nur! Aber würde mich irgend jemand widerlegen können, wenn ich sagte, daß kaum ein anderes Wahlsystem auf Reife des Urteils, auf geistige Bildung, auf politische Erfahrung so wenig Rücksicht nimmt wie das gleiche allgemeine und direkte Wahlrecht?

(Zustimmung.)

Erst kürzlich habe ich einen Artikel gelesen, der das Reichstagswahlrecht hart angriff, weil es dem vielverzweigten Geistes- und Kulturleben unserer Zeit nicht gerecht würde, weil es den verschiedenen Ständen und Berufen nicht genügend Rechnung trüge. Es heißt in diesem Artikel — mit dem ich übrigens weit entfernt bin mich zu identifizieren —:

> Die gesetzgebenden Versammlungen sind zurzeit die Sammelstätten des Dilettantentums. Es gibt auch nicht einen Zweig des vielgestaltigen Kulturlebens, aus dem leitende Männer den Weg in den Reichstag gefunden haben. Während in unserer Zeit alles zur Spezialisierung drängt, gelangt man in den Reichstag auf Grund von Reden und Programmen, die über populäre Schlagworte nicht hinausgehen . . . . . So ist der Reichstag in seiner Zusammensetzung wie in seiner Wirksamkeit nichts weniger als ein Ideal, und die Vorgänge bei der Wahl entsprechen der mechanischen Grobheit des ihr zugrunde liegenden Prinzips . . . . . Alle Stände und alle Berufe organisieren sich heutzutage. Das geschieht immer mehr, je mehr sich ihre Interessen spezialisieren. Auf dieser Grundlage baut sich mehr und mehr unser wirtschaftliches und soziales Leben auf. Nur unser Wahlwesen steht außerhalb dieser Bewegung und ist deshalb veraltet. Auf diese

Grundlage muß auch das Wahlrecht gestellt werden, soll es mehr sein als eine im Grunde trügerische arithmetische Formel.

Nun, meine Herren, Sie denken wohl, das sei die Meinung eines hartgesottenen Reaktionärs. O nein, der Verfasser dieses Artikels ist ein Veteran der liberalen Partei und der liberalen Publizistik: der unabhängige freisinnige Denker Friedrich Dernburg!

(Heiterkeit.)

Also, meine Herren, ein Dogma ist das direkte, allgemeine, geheime Wahlrecht nicht; zum Dogma machen es nur sozialdemokratische Doktrinäre vom längsten Zopf!

(Heiterkeit.)

Die machen ein Dogma daraus, einen Fetisch, einen Götzen! Ich bin aber kein Fetischanbeter, ich treibe keinen Götzendienst, und an Dogmen glaube ich in der Politik überhaupt nicht. Oder wollen Sie mich wirklich nötigen, Ihnen die Binsenwahrheit zu beweisen, daß es ein für alle Länder und für alle Verhältnisse passendes, absolut gutes Wahlrecht überhaupt nicht gibt?

Der Herr Abgeordnete Naumann hat vorgestern an die verschiedenen Bundesstaaten Zensuren ausgeteilt je nach ihrer Verfassung und nach der Form ihres Wahlrechts: die süddeutschen Staaten 1a, Preußen 3b

(Heiterkeit),

Mecklenburg 5b.

(Erneute Heiterkeit.)

Glauben Sie wirklich, meine Herren, daß die Wohlfahrt und die Freiheit eines Landes ausschließlich oder auch nur überwiegend abhängen von der Form seiner Verfassung oder gar von der Form seines Wahlrechts? Der Herr Abgeordnete Bebel hat hier einmal gesagt, er zöge die englischen Verhältnisse den französischen vor. England besitzt nicht das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht.

(Hört! Hört!)

Glauben Sie wirklich, daß das von dem Abgeordneten Naumann so sehr perhorreszierte Mecklenburg viel schlechter regiert wird als Haiti

(große Heiterkeit),

aus dem neuerdings recht eigentümliche Nachrichten zu uns gelangt sind? Haiti besitzt das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht!

(Stürmische Heiterkeit.)

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, will ich ausdrücklich versichern, daß die verbündeten Regierungen keine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts planen. Die verbündeten Regierungen denken an keine Änderung des bestehenden Reichstagswahlrechts. Aber was für das Reich gut oder wenigstens erträglich ist, das braucht es noch nicht für jeden Einzelstaat zu sein. Im Reichstagswahlrecht kommt der nationale Gedanke zum Ausdruck gegenüber dem föderativen Charakter des Bundesrats. Schon deshalb ist eine Gleichstellung von Preußen mit dem Reich nicht zulässig.

Ich will weiter hinweisen auf die Verschiedenheit der Aufgaben im Reich und in Preußen. Im Reiche handelt es sich um große nationale Aufgaben, um Heer und Flotte, um Kolonien, um Sozialpolitik; in Preußen und den Einzelstaaten um Kirche, Schule und Verwaltung. Im Reiche steht die Wählerschaft unter Umständen unter der Wirkung ihrer nationalen Verantwortlichkeit; im Reiche kann das nationale Gewissen aufgerufen, kann an die besten und edelsten Seiten der Volksseele appelliert werden. Das hat sich bei den letzten Reichstagswahlen in einer Weise gezeigt, die der deutschen Wählerschaft zur Ehre gereicht.

(Beifall und Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen. — Lachen in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Weiter, meine Herren! Im Reiche werden die großen Verbrauchsabgaben erhoben, an denen jeder Konsument beteiligt ist. In den Einzelstaaten waltet die direkte Besteuerung nach dem Maße der Leistungsfähigkeit vor. Darum ist hier im Reich ein Wahlrecht auf breitester Basis gerechtfertigt, dort eine gewisse Abstufung des Wahlrechts nicht unbillig.

(Sehr richtig! rechts.)

Jedenfalls besteht in Preußen kein Bedürfnis, einer auf dem Prinzip des Klassenkampfs beruhenden Partei noch weiteren Spielraum zu gewähren

(sehr richtig! rechts; hört! hört! bei den Sozialdemokraten)

und das Reichstagswahlrecht einzuführen unter Ignorierung der soeben von mir erwähnten Unterschiede, und ohne daß das nationale Moment ein gleich wirksames Gegengewicht böte.

Das Streben der Sozialdemokratie nach dem Reichstagswahlrecht in Preußen ist ja nun wohl verständlich: die Sozialdemokratie braucht die Erregung der Unzufriedenheit und den Appell an alle materiellen Instinkte

(sehr richtig!);

sie braucht eine skrupellose Agitation, sie weiß, daß ihr nur mit dem allerradikalsten Wahlrecht gedient ist. Weniger verständlich ist mir das Eintreten der bürgerlichen Linken für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen.

(Lebhafte Zustimmung rechts. — Unruhe links.)

Die bürgerliche Linke kann sich doch nicht darüber im Zweifel sein, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur auf ihre Kosten erfolgen kann.

(Erneute lebhafte Zustimmung rechts.)

Darüber muß Sie doch die Wirkung des Reichstagswahlrechts, darüber muß Sie die Zunahme der Sozialdemokratie in den großen Städten aufgeklärt haben

(sehr richtig!);

darüber hat Sie auch der Herr Abgeordnete Bebel aufgeklärt, der schon Anfang der neunziger Jahre in diesem hohen Hause der bürgerlichen Linken zurief: „Mit dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht arbeiten Sie auf Ihren Untergang hin! Ich sage das auf die Gefahr hin" — fügte der Herr Abgeordnete Bebel hinzu —, „daß man aus meinen Worten Kapital gegen dieses Wahlrecht schlägt".

Nun weiß ich wohl, meine Herren, daß ein Teil der bürgerlichen Linken so kalkuliert: gewiß, bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen werden wir zunächst von der sozialdemokratischen Flut verschlungen werden, aber das ist nur ein Übergangsstadium, die Flut wird sich verlaufen, und dann wird der liberale Weizen blühen. Ach, meine Herren, die Melodie kenne ich, die Theorie kenne ich; die ist mir auch anderswo begegnet, z. B. in Frankreich, wo man sie die Theorie de la mer rouge nennt, die Theorie vom Roten Meere; erst kommt das Rote Meer des Radikalismus, dann gelangt man in das gelobte Land, wo Milch und Honig fleußt.

(Große Heiterkeit.)

Das Unglück ist nur: wer nicht Moses und Aaron zu Führern hat, der pflegt im Roten Meere zu ersaufen.

(Stürmische andauernde Heiterkeit.)

Einstweilen, meine Herren, hat das Streben, gemeinsam mit der Sozialdemokratie Stimmung gegen Preußen in der Wahlrechtsfrage zu machen, nur einen greifbaren Erfolg gehabt: Spott und Hohn der Sozialdemokratie für ihre liberalen Mitkämpfer.

(Sehr richtig!)

Weiter ist es merkwürdig, daß in den Reden für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen meist das eine übersehen wird: jede radikale Änderung des preußischen Wahlrechts führt mit zwingender Notwendigkeit zu der Frage, ob dann noch das Dreiklassenwahlrecht in den Kommunen aufrecht erhalten bleiben kann.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Diese Perspektive, meine Herren, vor der eine gewissenhafte Regierung die Augen nicht verschließen kann, gestaltet die Reform des preußischen Wahlrechts besonders schwierig. Gerade im Hinblick auf sie müssen alle Vorschläge sorgsam geprüft werden. Die preußische Städteordnung begeht in diesem Jahre ihre Zentennarfeier. Sie hat sich — das müssen wir alle anerkennen — glänzend bewährt. Ich bin viel herumgekommen. Ich kenne kein Land, das eine so integre, tüchtige, leistungsfähige städtische Verwaltung hat wie dieses Land. Voll bewährt hat sich unsere Kommunalverfassung unter einem überwiegend liberalen Regiment, das fast in allen großen Kommunen zur Herrschaft gelangt ist. Schon darum kann sich die preußische Regierung nicht leichten Herzens zu einer radikalen Reform des preußischen Landtagswahlrechts entschließen, die eine vollständige Umwälzung auf kommunalpolitischem Gebiete nach sich ziehen würde. Stellen Sie sich doch nur eine Berliner Stadtverordnetenversammlung vor, die aus dem gleichen allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen wäre

(sehr gut! und Heiterkeit rechts),

und dann wünschen Sie noch, daß das gewiß mangelhafte Dreiklassenwahlrecht ersetzt werden soll durch ein System, das in mehr als einer Kommune die Herrschaft nur einer Partei bedeuten könnte, die die unduldsamste von allen Parteien ist und gleichzeitig die Todfeindin der bürgerlichen Gesellschaft und des nationalen Staates.

Und nun, meine Herren, das geheime Wahlrecht! Weil ich das nicht in Aussicht stellen konnte, hat sich ein wahrer Sturm erhoben. In Reden und Resolutionen bin ich der Wendung begegnet: Bülow hat dem Liberalismus ins Gesicht geschlagen!

(Sehr richtig! links.)

Derselbe Bülow, der in einem überwiegend konservativen preußischen Abgeordnetenhause eine gründliche Reform des preußischen Wahlrechts in Aussicht gestellt hat, was vor wenigen Jahren manche seiner Tadler gar nicht für möglich gehalten haben! Ich habe im Reiche das geheime Wahlrecht

mit neuen und stärkeren Kautelen umgeben. Ich bin also gewiß kein grundsätzlicher Gegner des geheimen Wahlrechts. Aber gerade deshalb kann ich es sagen: es hat immer Politiker gegeben, die zwar Anhänger des allgemeinen Wahlrechts waren, aber gegen die geheime Abstimmung Bedenken hatten. Ich nenne außer dem Fürsten Bismarck nur Dahlmann, Gneist, Beseler, Waitz, Pfizer, Mohl, Schäffle, Windthorst und viele andere. Haben alle diese Männer dem Liberalismus ins Gesicht geschlagen? Hier macht die Partei keinen Unterschied. Auch streng liberale Politiker haben die geheime Abstimmung nicht als ein Ideal betrachtet. Wenn also die preußische Regierung die geheime Abstimmung nicht in Aussicht gestellt hat, so befindet sie sich jedenfalls in sehr anständiger Gesellschaft. Dabei will ich nicht verkennen, daß die moderne wirtschaftliche Entwicklung neue Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen hat

(sehr richtig! links),

aus denen neue Argumente gegen die Öffentlichkeit der Stimmabgabe hergeleitet worden sind.

(Sehr richtig! links und rechts.)

Ich habe vorher unterschieden zwischen lex lata und lex ferenda. Dieser Unterschied ist nicht allein logisch, er ist auch hervorragend praktisch. Das allgemeine Wahlrecht, wie es in dieser Resolution verlangt wird, ist in Preußen gar nicht einführbar ohne schweren Konflikt. Die konservativen Parteien lehnen es ab, und sie sind im Landtage und im Lande stark vertreten. Die nationalliberale Partei will davon auch nichts wissen. Wie sollen wir also vorgehen, meine Herren? Oktroyierung? Staatsstreich?

(Lachen links.)

Revolution von oben zugunsten der Revolution von unten?

(Heiterkeit rechts.)

Solche Dummheiten mache ich nicht!

(Große Heiterkeit.)

Solche Dummheiten sollte man mir eigentlich nicht zutrauen, nachdem ich bald elf Jahre Minister bin, und solche Gewissenlosigkeit auch nicht.

Ich habe feierlich erklärt, daß die preußische Staatsregierung die Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts anerkennt, und daß sie eine gründliche, verständige, auf richtiger Grundlage beruhende, für Preußen geeignete Wahlreform wünscht und zur Ausführung bringen wird. Aber wir lehnen Forderungen ab, die den preußischen Staat erschüttern würden,

den preußischen Staat, der das deutsche Volk zur Einheit, zur Macht, zur Größe geführt hat

(bravo! rechts),

den preußischen Staat, ohne den es ein Deutsches Reich nicht geben würde.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat hier vorgestern geäußert, es würde kein Unglück sein, wenn der preußische Staat verschwände. Diese Äußerung stand ganz auf der Höhe der Bemerkung, die der Abgeordnete Bebel auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam gemacht haben soll, nämlich, daß es kein Unglück sein würde, wenn Deutschland auf dieselbe Weise zur Republik gelangte wie Frankreich, auf dem Wege einer großen auswärtigen Niederlage.

(Hört! hört! rechts.)

Solche Äußerungen bereiten allen Feinden und allen Neidern Deutschlands in der ganzen Welt immer die innigste Freude. Demgegenüber will ich betonen: das Reich kann Preußen nicht missen, aber Preußen kann auch das Reich nicht entbehren. Das ist das segensreiche, das glorreiche Ergebnis der preußischen und deutschen Geschichte seit 250 Jahren; das ist die Frucht der Arbeit und der Genialität des Großen Kurfürsten und des Großen Königs und der Männer von 1813. Das ist vor allem das Ergebnis der Bismarckschen Politik.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Als während der Konfliktszeit der Kronprinz in einem Gespräch mit dem damaligen Minister v. Bismarck diesem sagte, wenn er es so weiter triebe, werde er es noch dahin bringen, daß ihn das Volk aufhänge, da erwiderte der große Minister: was schadet das, wenn nur der Strick, an dem ich baumle, Preußen und das Haus der Hohenzollern fest verbindet mit einem geeinigten und starken Deutschland?!

(Lebhaftes Bravo.)

Als Fürst Bismarck, nachdem die Entscheidung gefallen war, vor 42 Jahren seinen greisen König bewog, den süddeutschen Staaten die Hand zur Versöhnung hinzustrecken und ihnen den freiwilligen, den ehrenvollsten Eintritt in das neue Reich offenzuhalten — den Einzelstaaten, deren Eigenart niemals verkannt worden ist noch verkannt werden soll, deren verfassungsmäßige Rechte und deren volle Gleichberechtigung als Bundesstaaten nie verkannt worden sind und niemals verkannt werden sollen —, als Fürst Bismarck gleichzeitig durch die Indemnitätsvorlage den Frieden mit der eignen Volksvertretung wiederherstellte, da verband er für immer und unauflöslich die Schicksale Preußens mit den Schicksalen des Deutschen

Reichs. In dieser Einheit ruht die Zukunft der Nation, diese Einheit ist unser höchstes Gut, diese Einheit — das betone ich nicht nur vor dem Inlande, sondern auch vor dem Auslande —, diese Einheit wird weder durch auswärtige Angriffe noch durch innere Krisen je wieder zerstört werden können.

(Stürmischer Beifall.)

Der Reichstag wurde am 7. Mai 1908 vertagt. Unter dem 11. Mai richtete der Kaiser an den Reichskanzler das folgende Telegramm: „Offenburg, 11. Mai 1908. Ich habe aus Euerer Durchlaucht Bericht vom 7. d. M. mit großer Befriedigung entnommen, eine wie ausgiebige Tätigkeit der Reichstag in seiner soeben geschlossenen Session entfaltet und welch eine bedeutende Anzahl wichtiger Gesetzesvorlagen und Verträge derselbe erledigt hat. Zu diesem sehr erfreulichen Ergebnis, welches neben der patriotischen Haltung des Reichstags in erster Linie das Verdienst Ihrer und Ihrer Mitarbeiter geschickten und unermüdlichen Bemühungen ist, spreche Ich Euerer Durchlaucht wiederholt von Herzen Me ne Kaiserliche Anerkennung und Meinen aufrichtigen Dank aus. Möge dem Vaterlande diese nutzbringende Arbeit des Reichstags zum immerwährenden Segen gereichen und für denselben ein Ansporn sein, die großen ihm noch bevorstehenden Aufgaben in gleicher Weise auch fernerhin einem erfolgreichen Ende zuzuführen. gez. Wilhelm I. R."

* * *

Aus der Thronrede, mit der der Landtag am 20. Oktober 1908 eröffnet wurde, seien folgende Absätze hervorgehoben:

„Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses, sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden . . .

In jüngster Zeit haben sich im nahen Orient Ereignisse vollzogen, die die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nehmen. Sind wir dort auch politisch weniger interessiert als andere Mächte, so erfordern jene Vorgänge doch ernste Beachtung. Das Deutsche Reich wird in treuer Gemeinschaft mit seinen Verbündeten für eine friedliche und gerechte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eintreten."

16. Die Veröffentlichung im ‚Daily Telegraph'.

Sitzung des Reichstags vom 10. November 1908.

Am 10. November 1908 standen im Reichstage Interpellationen zur Beratung, welche die sogenannte „Daily-Telegraph"-Veröffentlichung betrafen. Am 28. Oktober hatte das Londoner Blatt „Daily Telegraph" einen Artikel gebracht, in welchem eine Anzahl von Äußerungen des Kaisers über sein Verhältnis zu England wiedergegeben wurden, die bei verschiedenen Anlässen und gegenüber verschiedenen Personen gefallen waren. Ein englischer Privatmann, der seinen Landsleuten beweisen wollte, daß der deutsche Kaiser ein warmer Freund Englands sei, hatte diese Äußerungen zu einem längeren Artikel verarbeitet und diesen dem Kaiser mit der Bitte vorgelegt, die Veröffentlichung zu genehmigen. Der Kaiser ließ den Entwurf an den Reichskanzler gelangen, der ihn dem Auswärtigen Amte mit der Weisung übersandte, den Artikel einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Da das Auswärtige Amt Bedenken nicht erhob, so erfolgte die Veröffentlichung. Der Artikel des „Daily Telegraph" erregte im ganzen deutschen Volke einmütige Mißbilligung, die sich erweiterte zu einer Kritik an dem Eingreifen des Kaisers in die auswärtige Politik. Der Niederschlag dieser Volksstimmung waren fünf Interpellationen folgenden Wortlautes:

1. Bassermann: Ist der Herr Reichskanzler bereit, für die Veröffentlichung einer Reihe von Gesprächen Sr. Majestät des Kaisers im „Daily Telegraph" und für die in denselben mitgeteilten Tatsachen die verfassungsmäßige Verantwortung zu übernehmen?

2. Dr. Ablaß: Durch die Veröffentlichung von Äußerungen des Deutschen Kaisers im „Daily Telegraph" und durch die vom Reichskanzler veranlaßte Mitteilung des Sachverhalts in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind Tatsachen bekannt geworden, die schwere Mängel in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten bekunden und geeignet sind, auf die Beziehungen des Deutschen Reichs zu anderen Mächten ungünstig einzuwirken.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Abhilfe zu schaffen und die ihm durch die Verfassung des Deutschen Reiches zugewiesene Verantwortlichkeit in vollem Umfange zur Geltung zu bringen?

3. Albrecht: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Vorgänge zu verhindern, wie sie durch die Mitteilungen des „Daily Telegraph" über Handlungen und Äußerungen des Deutschen Kaisers bekannt geworden sind?

4. v. Normann: Ist der Herr Reichskanzler bereit, nähere Auskunft zu geben über die Umstände, die zur Veröffentlichung von Gesprächen Sr. Majestät des Kaisers in der englischen Presse geführt haben?

5. Fürst v. Hatzfeldt-Freiherr v. Gamp: Ist der Herr Reichskanzler gewillt, Vorsorge zu treffen, daß sich ähnliche Vorkommnisse, wie sie durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" zutage getreten sind, nicht wiederholen?

Die Abgeordneten Bassermann, Wiemer und Singer übten z. T. sehr scharfe Kritik sowohl an der Haltung des Kaisers wie der des Reichskanzlers. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 31. Oktober feststellte, hatte der Reichskanzler erst durch den „Daily Telegraph" Kenntnis von dem Inhalt des Artikels erhalten. Nachdem der Artikel erschienen war, erklärte er dem Kaiser, daß er, wenn er den Aufsatz vorher gelesen hätte, die Veröffentlichung widerraten haben würde. Er betrachte sich aber nach der Reichsverfassung als allein verantwortlich und bitte

daher um seinen Abschied. Der Kaiser lehnte dieses Gesuch ab. Die Forderungen im Reichstag gingen auf stärkere Zurückhaltung des Kaisers, Reform des Auswärtigen Amtes, ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, Anklagerecht gegen den Reichskanzler, Mitwirkung des Reichstages bei der Ernennung der Minister; auch der Gedanke einer Adresse an den Kaiser war erwogen worden. Die Abgeordneten aller Parteien stellten unter zum Teil scharfer Kritik an der Haltung des Kaisers fest, daß Erregung und schmerzliches Bedauern über die sich an diese Veröffentlichung anknüpfenden Vorgänge, wie über das sogenannte persönliche Regiment im ganzen Volke entstanden sei. Fürst Bülow beantwortete die Interpellationen im ganzen.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich werde nicht auf alle Punkte eingehen, die von den Herren Vorrednern hier soeben berührt worden sind. Ich muß auf die Wirkung meiner Worte im Auslande sehen, und ich will nicht neuen Nachteil zu dem großen Schaden hinzufügen, der durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" schon angerichtet worden ist.

(Hört! hört! links und bei den Sozialdemokraten.)

In Beantwortung der vorliegenden Interpellationen habe ich folgendes zu erklären.

Seine Majestät der Kaiser hat zu verschiedenen Zeiten gegenüber privaten englischen Persönlichkeiten private Äußerungen getan, die, aneinandergereiht, im „Daily Telegraph" veröffentlicht worden sind. Ich muß annehmen, daß nicht alle Einzelheiten aus den Gesprächen richtig wiedergegeben worden sind.

(Hört! hört! rechts.)

Von einem weiß ich, daß es nicht richtig ist. Das ist die Geschichte mit dem Feldzugsplan[1]).

(Hört! hört! rechts.)

Es handelt sich nicht um einen ausgearbeiteten detaillierten Feldzugsplan, sondern um einige rein akademische — —

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

— Meine Herren, wir befinden uns in einer ernsten Debatte. Die Dinge, über die ich spreche, sind ernster Natur und von großer politischer Tragweite. Ich bitte Sie, mich ruhig anzuhören. Ich werde mich möglichst

[1]) In dem Artikel war ausgeführt, daß von einem deutschen Offizier die Kopfzahl und die Position der in Südafrika auf beiden Seiten fechtenden Truppen festgestellt, nach diesen Angaben ein unter diesen Umständen für Englands Interessen tauglicher Feldzugsplan ausgearbeitet und, nachdem ihn der deutsche Generalstab gebilligt habe, nach England geschickt worden sei.

kurz fassen. — Ich wiederhole also: es handelt sich nicht um einen ausgearbeiteten detaillierten Feldzugsplan, sondern um einige rein akademische Gedanken — ich glaube, sie waren ausdrücklich als Aphorismen bezeichnet — über die Kriegsführung im allgemeinen, die der Kaiser in seinem Briefwechsel mit der verewigten Königin Victoria ausgesprochen hat. Es waren theoretische Betrachtungen ohne praktische Bedeutung für den Gang der Operationen und für den Ausgang des Krieges. Der Chef des Generalstabes, General v. Moltke, und sein Vorgänger, General Graf Schlieffen, haben erklärt, daß der Generalstab zwar über den Burenkrieg, wie über jeden großen oder kleinen Krieg, der auf der ganzen Erde im Laufe der letzten Jahrzehnte stattfand, dem Kaiser Vortrag gehalten hat. Beide haben aber versichert, daß unser Generalstab niemals einen Feldzugsplan oder eine ähnliche auf den Burenkrieg bezügliche Arbeit des Kaisers geprüft oder nach England weitergegeben habe.

(Hört! hört! rechts und in der Mitte.)

Ich muß aber auch unsere Politik gegen den Vorwurf verteidigen, als ob sie den Buren gegenüber eine zweideutige gewesen wäre. Wir haben — das steht aktenmäßig fest — die Transvaalregierung rechtzeitig gewarnt[1]). Wir haben sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie im Falle eines Krieges mit England allein stehen würde. Wir haben ihr direkt und durch die befreundete holländische Regierung im Mai 1899 nahegelegt, sich friedlich mit England zu verständigen, weil über den Ausgang eines kriegerischen Konflikts kein Zweifel bestehen könne.

In der Frage der Intervention[2]) sind in dem Artikel des „Daily Telegraph" die Farben zu stark aufgetragen. Die Sache selbst war längst bekannt.

(Hört! hört!)

Sie war bereits vor einiger Zeit der Gegenstand einer Polemik zwischen der „National Review" und der „Deutschen Revue". Von einer Ent-

[1]) Im Oktober 1897. Seit Ende Juni 1897 führte Fürst Bülow bereits vertretungsweise die Geschäfte des Staatssekretärs des Äußern.

[2]) Damit ist auf folgende Stelle des Artikels Bezug genommen: „Während des südafrikanischen Krieges war Deutschland von bitterster Feindschaft gegen euch erfüllt. Was aber tat ich? Wer hat der Rundreise der Burenabgeordneten ein Ende gemacht, die eine europäische Intervention gegen euch erwirken wollten? Ich weigerte mich, sie zu empfangen, und sofort hörte die Agitation auf. Als in Südafrika der hitzigste Kampf tobte, forderten die Regierungen von Rußland und Frankreich uns auf, gemeinsam vorzugehen, um die Beendigung des Krieges zu erzwingen. Ich antwortete, Deutschland werde nie an der Vorbereitung einer Niederlage Britanniens mitwirken, nie für eine Politik zu haben sein, die in einen Konflikt mit einer Seemacht vom Range Englands führe."

hüllung kann gar keine Rede sein. Man hat gesagt, die Kaiserliche Mitteilung an die Königin von England, daß Deutschland einer Anregung zur Mediation oder Intervention keine Folge gegeben habe, verstoße gegen die Regeln des diplomatischen Verkehrs.

Meine Herren, ich will nicht an Indiskretionen erinnern, an denen die diplomatische Geschichte aller Länder und aller Zeiten reich ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Die sicherste Politik ist vielleicht diejenige, die keine Indiskretionen zu fürchten braucht.

(Sehr richtig! links.)

Um im einzelnen Falle beurteilen zu können, ob eine Verletzung des Vertrauens vorliegt, muß man mehr von den näheren Umständen wissen, als in dem Artikel des „Daily Telegraph" gesagt worden ist. Die Mitteilung konnte berechtigt sein, wenn von irgend einer Seite versucht worden war, unsere Ablehnung zu entstellen oder unsere Haltung zu verdächtigen. Es können Dinge vorausgegangen sein, die eine Berührung der Angelegenheit in einer vertraulichen Korrespondenz mindestens erklärlich machen.

Meine Herren, ich sagte vorher, in dem Artikel des „Daily Telegraph" wären manche Ausdrücke zu stark gewählt. Das gilt zunächst von der Stelle, wo der Kaiser gesagt haben soll, die Mehrheit des deutschen Volkes sei England feindlich gesinnt[1]). Zwischen Deutschland und England haben Mißverständnisse stattgefunden, ernste, bedauerliche Mißverständnisse. Aber ich weiß mich einig mit diesem ganzen hohen Hause in der Auffassung, daß das deutsche Volk auf der Basis gegenseitiger Achtung friedliche und freundliche Beziehungen zu England wünscht

(allseitiges lebhaftes Bravo),

und ich konstatiere, daß sich die Redner aller Parteien heute im gleichen Sinne ausgesprochen haben.

(Sehr richtig!)

Die Farben sind auch zu stark aufgetragen an der Stelle, die Bezug hat auf unsere Interessen im Pazifischen Meere[2]). Sie ist in einem für

---

[1]) Die Stelle lautet: (Der Kaiser spricht:) „Ich kann nur wiederholen, daß ich ein Freund Englands bin. Aber ich bin in meinem Lande mit diesem Gefühl in der Minderheit. In breiten Schichten Deutschlands, unten und im Mittelstand, ist die Stimmung euch unfreundlich. Mit allen Mitteln arbeite ich, mit aller Kraft arbeite ich an der Besserung unserer Beziehungen."

[2]) Es war da gesagt, daß der deutsche Flottenbau England nicht bedrohe, daß sich aber im Stillen Ozean große Entscheidungen vorbereiteten, angesichts des raschen Auf-

Japan feindlichen Sinne ausgelegt worden. Mit Unrecht. Wir haben im fernen Osten nie an etwas anderes gedacht als an dies: für Deutschland einen Anteil an dem Handel Ostasiens bei der großen wirtschaftlichen Zukunft dieser Gebiete zu erwerben und zu behaupten. Wir denken nicht daran, uns dort auf maritime Abenteuer einzulassen; aggressive Tendenzen liegen dem deutschen Flottenbau im Stillen Ozean ebenso fern wie in Europa. Im übrigen stimmt Seine Majestät der Kaiser mit dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik völlig überein in der Anerkennung der hohen politischen Bedeutung, die sich das japanische Volk durch politische Tatkraft und militärische Leistungsfähigkeit errungen hat. Die deutsche Politik betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, dem japanischen Volk den Genuß und den Ausbau des Erworbenen zu schmälern.

Meine Herren, ich habe überhaupt den Eindruck, als wäre, wenn die materiellen Dinge — vollends in richtiger Form — einzeln bekannt geworden wären, die Sensation keine große gewesen; auch hier war wieder einmal die Summe mehr als alles einzelne zusammen. Vor allem, meine Herren, sollte man über der materiellen Seite nicht ganz die psychologische, die Tendenz vergessen. Seit zwei Jahrzehnten ist unser Kaiser bemüht, unter oft sehr schwierigen Verhältnissen freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Dies ehrliche Streben hat mit Hindernissen zu kämpfen gehabt, die manchen entmutigt hätten. Die leidenschaftliche Parteinahme unseres Volkes für die Buren war menschlich begreiflich; Teilnahme für den Schwächeren ist gewiß sympathisch. Diese Parteinahme hat aber auch zu ungerechten und vielfach maßlosen Angriffen gegen England geführt. Und ebenso sind von englischer Seite ungerechte und gehässige Angriffe gegen Deutschland gerichtet worden. Unsere Absichten wurden verkannt, es wurden uns feindliche Pläne gegen England untergeschoben, an die wir nie gedacht haben. Der Kaiser, mit Recht von der Überzeugung durchdrungen, daß dieser Zustand für beide Länder ein Unglück und eine Gefahr für die zivilisierte Welt war, hat unentwegt an dem Ziel festgehalten, das er sich vorsetzt. Überhaupt geschieht dem Kaiser mit jedem Zweifel an der Reinheit seiner Absichten, an seiner idealen Gesinnung und seiner tiefen Vaterlandsliebe schweres Unrecht.

Meine Herren, wir wollen alles unterlassen, was wie übertriebene Werbung um fremde Gunst, was wie nach Unsicherheit und nach Nachlaufen aussieht; aber ich verstehe, daß der Kaiser, gerade weil er sich bewußt

stiegs von Japan; daß neue Aufgaben im fernen Osten von den europäischen Mächten zu bewältigen seien und daß wir dazu eine starke Flotte brauchten, wenn einst in diesem Kampfe britische und deutsche Geschwader für dieselbe Sache fechten würden.

war, eifrig und ehrlich an einem guten Verhältnis mit England gearbeitet zu haben, sich gekränkt fühlte, wenn er immer wieder Gegenstand von Angriffen gewesen ist, die seine besten Absichten verdächtigten. Ist man doch so weit gegangen, seinem Interesse für die deutsche Flotte geheime Absichten gegen englische Lebensinteressen unterzuschieben, Absichten, die ihm vollständig fern liegen. Da hat er in Privatgesprächen mit englischen Freunden durch den Hinweis auf sein Verhalten in einer für England schwierigen Zeit den Beweis führen wollen, daß er in England verkannt und falsch beurteilt werde.

Meine Herren, die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England die von Seiner Majestät dem Kaiser gewollte Wirkung nicht hervorgerufen, in unserem Lande aber tiefe Erregung und schmerzliches Bedauern verursacht hat, wird — diese feste Überzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — Seine Majestät den Kaiser dahin führen, fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist.

(Bravo! rechts.)

Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Für den Fehler, der bei der Behandlung des Manuskriptes jenes Artikels des „Daily Telegraph" gemacht worden ist, trage ich, wie ich schon in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" habe sagen lassen, die ganze Verantwortung. Auch widerstrebt es meinem persönlichen Empfinden, Beamte, die ihr Leben lang ihre Pflicht getan haben, deshalb zu Sündenböcken zu stempeln, weil sie sich in einem Falle zu sehr darauf verlassen haben, daß ich meist alles selbst lese und im letzten Ende entscheide.

Mit Herrn v. Heydebrand bedaure ich, daß in der Maschinerie des Auswärtigen Amtes, die elf Jahre unter mir tadellos funktioniert hatte, sich einmal ein Defekt gezeigt hat. Ich stehe dafür ein, daß so etwas nicht wieder vorkommt, und daß zu diesem Zweck ohne Ungerechtigkeit, aber auch ohne Ansehen der Person das Erforderliche veranlaßt wird.

(Bravo!)

Als der Artikel des „Daily Telegraph" erschienen war, dessen verhängnisvolle Wirkung mir nicht einen Augenblick zweifelhaft sein konnte,

habe ich mein Abschiedsgesuch eingereicht. Dieser Entschluß war geboten, und er ist mir nicht schwer geworden. Der ernsteste und schwerste Entschluß, den ich in meinem politischen Leben gefaßt habe, war es, dem Wunsche des Kaisers folgend, im Amte zu bleiben; ich habe mich hierzu nur entschlossen, weil ich es für ein Gebot der politischen Pflicht ansah, gerade in dieser schwierigen Zeit Seiner Majestät dem Kaiser und dem Lande weiter zu dienen.

(Lebhaftes Bravo.)

Wie lange mir das möglich sein wird, steht dahin.

Ich will noch eines sagen: in einem Augenblick, wo vieles in der Welt wieder einmal im Fluß ist, die gesamte Lage ernste Aufmerksamkeit erheischt, wo es darauf ankommt, unsere Stellung nach außen zu wahren und, ohne uns vorzudrängen, mit ruhiger Stetigkeit unsere Interessen zur Geltung zu bringen — in einem solchen Augenblick dürfen wir uns vor dem Ausland nicht kleinmütig zeigen, dürfen wir ein Unglück nicht zur Katastrophe machen. Ich will mich jeder Kritik der Übertreibungen enthalten, die wir in diesen Tagen erlebt haben. Der Schaden ist — das wird die ruhigere Betrachtung einsehen — nicht so groß, daß er nicht mit Umsicht wieder ausgeglichen werden könnte. Gewiß soll keiner die Warnung vergessen, welche die Vorgänge dieser Tage uns allen gegeben haben,

(Bravo! rechts);

aber es ist keine Ursache, eine Fassungslosigkeit zu zeigen, die bei unseren Gegnern die Hoffnung erweckt, als wäre das Reich im Innern und nach außen gelähmt.

An den berufenen Vertretern der Nation ist es, die Besonnenheit zu zeigen, die dem Ernst der Zeit entspricht. Ich sage es nicht für mich, ich sage es für das Land: die Unterstützung hierbei ist keine Gnade, sie ist eine Pflicht, der sich dieses hohe Haus nicht entziehen wird.

(Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Am 17. November nahm der Kaiser den Vortrag des Reichskanzlers in Potsdam entgegen. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen; er erläuterte ferner die Haltung, die er in den Verhandlungen des Reichstages über die Interpellationen eingenommen hatte.

Der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke er seine vor-

nehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reichs unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Demgemäß billigte der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow seines fortdauernden Vertrauens.

---

17. Die Reichsfinanzreform.

Sitzung des Reichstags vom 19. November 1908.

Am 18. September trat der Bundesrat zu einer Sitzung über die Reichsfinanzreform zusammen. Der Reichskanzler eröffnete sie mit einer längeren Ansprache [1]), in der er auf die große innerpolitische und nationale Bedeutung der Verhandlungen hinwies und an die anwesenden Vertreter der verbündeten Regierungen die Aufforderung richtete, angesichts der unbedingten Notwendigkeit einer Neuordnung des deutschen Finanzwesens die Arbeiten mit allem Nachdruck zu fördern. Der bayrische Ministerpräsident Freiherr von Podewils erklärte darauf namens seiner Regierung die volle Übereinstimmung mit den Darlegungen des Reichskanzlers, wobei er zugleich die Einmütigkeit betonte, mit der die verbündeten Regierungen an die Lösung dieser Aufgabe heranträten. Die Vertreter der anderen Bundesstaaten schlossen sich dem an. Am 19. November 1908 leitete sodann Fürst Bülow die Aktion im Reichstage mit folgender Rede ein:

Meine Herren, wir stehen heute vor einem schwierigen Problem. Die ernste und wichtige Frage, die uns heute beschäftigt, ist diese: Wird es gelingen, das Deutsche Reich auf eine dauernd feste und dauernd gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen? Oder wird das Reich auch ferner sein müssen ein Kostgänger, ein überaus lästiger Kostgänger der Einzelstaaten? Wird es auch fernerhin von den Lasten der zukünftigen Deutschen leben müssen? Wird es bleiben müssen bei unserer bisherigen Schuldenwirtschaft, zur Sorge jedes Patrioten und zum Gespötte des Auslandes?

Meine Herren, es tut der Größe des Werkes, das vor nunmehr 37 Jahren das deutsche Volk und seine Führer mit der Gründung des Reichs geschaffen haben, keinen Eintrag, wenn ich sage: das Werk ist damals zwar begonnen, es ist aber, wenngleich das Schwerste geschehen ist, nicht zugleich vollendet worden. Die Gründung des Deutschen Reichs war nicht der Bau eines Hauses, das, bis ins kleinste fertiggestellt, seine Erben nur zu bewohnen brauchten. Das konnte sie gar nicht sein. Staatliche Organisationen pflegen nicht über Nacht zu entstehen wie ein Gedicht; staatliche Organisationen sind das Werk von Generationen. Die Gründung des Reichs war die Grundsteinlegung, der Entwurf von Grundriß und Plan, die Aufführung der Grundmauern. An dem Hause aber bauen wir heute noch.

---

[1]) Nordd. Allg. Ztg. 20. Sept. 1908.

Als mit der Verfassung der feste Grundriß für den neuen Bau gefunden war, galt es zunächst, für die Arbeit, die nun kommen mußte, die ungestörte Ruhe zu sichern. Deshalb waren dem jungen Reich die militärischen und die auswärtigen Fragen zunächst das Wichtigste. Das Gewonnene und mehr noch die Hoffnungen der Zukunft, die es in sich barg, sollten nicht mehr gefährdet werden. Uns gegenüber stand ein Gegner, ein großes Volk von seltener Elastizität, voll Lebenskraft und Stolz, das sich von den Schlägen des Krieges erstaunlich rasch erholte. So konnte das junge Deutsche Reich seine Blicke nicht von Frankreich wenden. Unsere Wehrkraft mußte ausgebaut, die Gefahr eines neuen Krieges durch militärische Rüstungen gebannt werden. Als dann nach dem Berliner Kongreß die Möglichkeit eines Krieges mit mehreren Fronten erschien, schloß Deutschland Bündnisse, um seine Stellung und die Möglichkeit friedlicher Weiterentwicklung des Gewonnenen gegen jede Eventualität zu schützen. Im Innern galt es, den von Fürst Bismarck genial entworfenen und begonnenen Bau auszuführen. Da war für die Sicherung einer stetigen wirtschaftlichen Entwicklung zu sorgen, da waren die Grundsätze der Zoll- und Handelsvertragspolitik festzulegen, da war das Tragegerüst für unsere wirtschaftliche Zukunft aufzuführen. Im Zusammenhang damit mußte die soziale Reform begonnen werden, und da wir Deutschen, wenn wir etwas anpacken, gründliche Arbeit zu leisten pflegen

(Lachen bei den Sozialdemokraten — sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts),

doch, meine Herren, gerade hier haben wir ein Werk sozialer Fürsorge ins Leben gerufen, schneller und gründlicher, als alle anderen, auch die älteren Nationen.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ebenso Großes und Neues mußte auf dem Gebiete der Rechtspflege geschehen: das einige deutsche Volk sollte ein einheitliches deutsches Recht haben.

Meine Herren, wir sind trotz unserer alten Geschichte wenigstens in Westeuropa das jüngste unter den großen Völkern. Wir sind spät, sehr spät auf dem Kampfplatz erschienen. Als wir erschienen, tat Eile not. Die Entwicklung mußte eine schnelle sein. Sie war eine schnelle und stellte eine große, schwere Aufgabe nach der anderen an das deutsche Volk und die deutsche Regierung.

Kaum war unsere Stellung in Europa durch Rüstungen und Bündnisse gesichert, kaum hatten

wir begonnen, unser Wirtschaftsleben durch Handelsverträge und Zollpolitik zu stärken, als unsere eigenen wirtschaftlichen Fortschritte, der Aufschwung von Handel, Industrie und Schiffahrt uns auch schon zwangen, jenseits der Meere Kolonien zu suchen, einen jungen Welthandel auch politisch zu sichern, mit den bisherigen Traditionen einer kontinentalen, einer rein europäischen Politik zu brechen und Weltpolitik zu treiben. Dieser Übergang stellte uns vor eine neue, dringende und wichtige Aufgabe: das neue Reich bedurfte einer Flotte, stark genug, seine Küsten, seine überseeischen Interessen und seinen Handel zu schützen. Wir haben diese Flotte bauen müssen, und wir haben sie schnell bauen müssen, weil eine schnelle Entwicklung uns dazu nötigte. So folgten sich die größten Aufgaben in schneller Reihe. So stellte jede neue Phase einer beispiellos raschen Entwicklung immer neue Probleme. Kein unparteiisch Urteilender wird den verbündeten Regierungen, wird diesem hohen Hause den Vorwurf machen können, daß sie die Sprache der Zeit nicht verstanden und den Schritt der Entwicklung nicht gefördert hätten. Gewiß bleibt noch manches zu tun übrig: aber es ist viel getan. Auch nach meiner Ansicht läßt sich manches Stockwerk noch besser einrichten; aber das Haus ist bewohnbar — auch für ein Volk, das heute um die Hälfte zahlreicher ist als zu der Zeit, da der Grundriß entworfen wurde. Meine Herren, wer diese Entwicklung in ihrer Gesamtheit überschaut, der wird verstehen, daß es sowohl psychologisch begreiflich als in der inneren Logik der Tatsachen begründet ist, wenn bei diesem großen Werke eine Seite immer wieder zurückgestellt, vertagt und mit leichterer Hand behandelt wurde, als wir sie heute behandeln dürfen. Ich meine die finanzielle Seite. Wir haben, immer den Gedanken vor Augen, daß das Haus gebaut, rasch und gut gebaut werden mußte, die finanziellen Fragen als Fragen zweiter Ordnung behandelt. Anfangs schienen die Milliarden der Kriegsentschädigung unerschöpflich und machten sorglos. Dann hat der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung, das Vertrauen in den Elan dieser Entwicklung, diese Sorglosigkeit vielleicht noch gesteigert. Wir glichen dem Jüngling in Schillers schönem Gedicht, der von kühnem Mute beflügelt, beglückt in seines Traumes Wahn, von keiner Sorge noch gezügelt vorwärts stürmt, und kommende Sorgen frohgemut einer späteren Zukunft überläßt, sich und seiner Kraft auch für später vertrauend. Das sind die psychologischen Ursachen. Andere Ursachen liegen in der Logik der Dinge und in der Eigenart unserer Entwicklung. Ihre Not-

wendigkeiten folgten sich so schnell, daß niemand, in keinem Zeitpunkte dieser Periode, die Summe messen konnte, die das Reich in fünf Jahren benötigen würde. So war eine einmalige, gründliche, dauernde Regelung der Reichsfinanzen nicht möglich. Man hat reformiert; binnen kurzem erwies sich die Reform als unzulänglich. Die Ausgaben wuchsen mit den Aufgaben und eine schaffende, vorwärtsstrebende Zeit wälzte die Lasten, sorglos und vertrauensvoll, auf die Schultern der Zukunft. Meine Herren, diese Schultern sind unsere Schultern, und heute stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, die Sorglosigkeit der Vergangenheit zu verstehen und ihr Vertrauen zu rechtfertigen.

Meine Herren, Emporkömmlinge sind im allgemeinen nicht beliebt.

(Heiterkeit.)

Auch das Deutsche Reich, das jüngste Mitglied in der europäischen Staatengemeinschaft, hat im Ausland mehr Respekt und selbst Furcht als Zuneigung genossen. Deutschland, früher der bequeme Tummelplatz für fremde Einmischung, ist ein unbequemer Konkurrent geworden. Die Politik in der nachbismarckischen Zeit mag Fehler begangen haben, sie hat Fehler begangen; aber die Gegnerschaften gegen das Reich beruhen im letzten Ende doch auf elementaren Ursachen. Auch Bismarck hat nicht verhindern können, daß der Revanchegedanke in Frankreich nicht erlöschen wollte, daß in Rußland nach dem Türkenkriege eine deutschfeindliche Welle kam. Und ist es denn so unnatürlich, daß unsere aus dem Wachstum der Bevölkerung und unserer produktiven Kräfte hervorgegangene wirtschaftliche Expansion die einst freundlicheren Gefühle des englischen Volkes, wenigstens bei einem Teil des englischen Volkes, allmählich in Mißtrauen verwandelte oder doch mit einer gewissen Besorgnis erfüllt hat? Nun, meine Herren, diese Gegensätze sind nicht unüberwindlich. Manche wird die Zeit heilen oder mildern. Ich sehe keine nahe Kriegsgefahr. Was wir brauchen, ist Kaltblütigkeit, Furchtlosigkeit, Stetigkeit

(Bravo! Sehr richtig! rechts; Bewegung links),

Ruhe nach außen und im Innern.

(Bravo! rechts.)

Mir schwebt immer das tiefsinnige Bild von unserem Albrecht Dürer vor, jener Reiter, der in voller Rüstung neben Tod und Teufel ruhig und kaltblütig das Tal hintan reitet. Ich stelle neben dieses Bild ein anderes Bild, — es erschien im vergangenen Frühjahr in einer französischen Zeitung.

Es stellte einen Kürassier dar, in blankem Pallasch und Helm, aber in abgerissener Uniform, der einem vornehm, mit abwehrender Geste vorübergehenden Fremden bettelnd die Hand entgegenstreckt: ein Bild, wie sich unsere Finanzlage und damit unsere Schlagfertigkeit, unsere Verteidigungsfähigkeit weiten Kreisen des Auslandes darstellt. Hier, meine Herren, liegt eine Gefahr, eine wirkliche und eine große Gefahr, und diese Gefahr zu überwinden, hängt ganz allein von uns ab.

Es handelt sich nicht wie in früheren Jahren darum, ein paar neue Steuern zu finden; wir wollen und müssen diesmal ganze Arbeit tun.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich brauche Ihnen die gegenwärtige Lage kaum zu schildern, Sie kennen sie alle. Wir hatten 1878 139 Millionen, 1888 884 Millionen und 1908 4 Milliarden 400 Millionen Mark Schulden, und mehr als 1 Milliarde steht als neue Last bereits für die nächsten Jahre wieder in Aussicht. England, das mit Beginn des vorigen Jahrhunderts aus den napoleonischen Kriegen mit einer Schuldenlast von etwa 20 Milliarden Mark hervorgegangen war, hat im Laufe des vorigen Jahrhunderts nicht weniger als 5 Milliarden abgetragen und erst aus Anlaß des Burenkrieges die Staatsschuld um rund 3 Milliarden wiederum vermehrt. An der Tilgung auch dieser neuen Belastung hat England seitdem unausgesetzt gearbeitet. Der bisherige Finanzminister, der jetzige Premierminister Mister Asquith, konnte deshalb bei Einbringung des Etats für 1908 mit Stolz, mit sehr berechtigtem Stolz darauf hinweisen, daß die englische Staatsschuld am 31. März 1909 bereits 10 Millionen Pfund weniger betragen werde als am 31. März 1899 vor dem Ausbruch des Burenkrieges.

(Hört! hört! rechts.)

Frankreich hat von 1881 bis 1901 jede öffentliche Anleihe vermieden

(hört! hört!)

trotz der enormen Aufwendungen für Armee und Marine. Der französische Finanzminister Caillaux hat bei Besprechung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs besonders hervorgehoben, daß die Staatsschuld Frankreichs seit 1890 trotz des Übermaßes an Ausgaben abgenommen habe. Neben dem Bedarf des Reichs lief bei uns eine beispiellose Beanspruchung des deutschen Geldmarktes durch die Einzelstaaten und Kommunalverwaltungen; durch die Sintflut von Reichs-, Staats-, Stadt- und Kreisanleihen ist die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes erschöpft

(sehr richtig!)

und der Stand der Anleihen dauernd herabgemindert worden

(sehr richtig!),

nur so ist der Stand unserer Werte gegenüber den ausländischen zu verstehen. Während die vierprozentige deutsche Reichsanleihe rund 99 notierte, standen Italiener auf 104,75, Spanier 96,95, Türken 96,65; zweieinhalbprozentige englische Konsols wurden zu 87,50 gehandelt, dreiprozentige französische Rente zu 95,30, dreiprozentige deutsche Reichsanleihe stand knapp 83.

(Hört! hört!)

Die wirtschaftlichen Folgen dieses Zustandes, die Mehrkosten, welche der steigende Zinsfuß für den Schuldendienst verursacht, die Verluste, die beklagenswerten Verluste der deutschen Anleger am sinkenden Konsol, die Einwirkung des steigenden Zinsfußes auf den Reichsbankdiskont und die daraus hervorgehenden Nachteile für Landwirtschaft, Industrie und Handel, das alles wird in diesem hohen Hause ja noch eingehend erörtert werden. Ich erbitte jetzt Ihre Aufmerksamkeit nur noch für einige wenige Zahlen.

Im Jahre 1895/96 erzielte das Reich für seine dreiprozentigen Anleihen in Höhe von 32¼ Millionen Mark einen durchschnittlichen Begebungspreis von 99,30. Seither hat es Anleihen zu 3, 3½ und 4%, im Gesamtbetrage von 1 Milliarde 782 Millionen Mark, begeben, für die es einen Erlös von 1 Milliarde 686 Millionen Mark erhalten hat, und deren Zinsendienst jährlich 59 Millionen Mark erfordert. Wäre es dauernd möglich gewesen, den Anleihebedarf durch Begebung von dreiprozentigen Obligationen zum Kurse des Jahres 1895/96 zu decken, so würde zur Erzielung des gleichen Erlöses ein um 84¼ Millionen Mark geringerer Nennbetrag und ein jährlich um 8,1 Millionen Mark geringerer Zinsendienst nötig sein. Ende Oktober 1897 waren an Reichsanleihescheinen zu 3 und 3½ % 2 Milliarden 152 Millionen Mark vorhanden, deren Kurswert sich auf Grund des Durchschnittskurses vom Oktober 1897 auf 2 Milliarden 159 Millionen Mark stellte. Nach den Kursen vom 31. August 1908 beläuft derselbe sich dagegen nur noch auf 1 Milliarde 906 Millionen Mark, sodaß die Gesamtheit der Besitzer dieser einheimischen, mündelsicheren Anleihen, insonderheit das deutsche sparende Publikum infolge der Verschlechterung der Marktlage eine Verminderung dieses seines Vermögensstandes um 252 Millionen Mark oder um 11,71% zu beklagen hat. Das ist um so bedauerlicher, als es sich hier vielfach handelt um Verluste kleiner Rentner, die auf eine absolut sichere Anlage ihrer Ersparnisse angewiesen sind. Für

die seit 1896/97 begebenen neuen Reichsanleihen hat das Publikum einen Erwerbspreis von insgesamt 1 Milliarde 697 Millionen Mark zu bezahlen gehabt, während diese Anleihebeträge auf Grund der Kurse vom 31. August 1908 nur noch einen Wert von 1 Milliarde 586 Millionen hatten. Das Publikum hatte mithin an diesem Tage gegenüber dem Emissionspreis einen kursmäßigen Verlust von 111 Millionen Mark oder 6,54% erlitten. Ferner beliefen sich die 1897 vorhandenen dreiprozentigen und dreieinhalbprozentigen preußischen Konsols auf 6341 Millionen Mark nach dem Nennwert; der Kurswert betrug nach den Durchschnittskursen vom Oktober 1897 6480 Millionen Mark, dagegen nach den Kursen vom 31. August 1908 nur noch 5766 Millionen Mark. Es sieht somit die Gesamtheit der Konsolsbesitzer — wiederum besonders das deutsche sparende Publikum — ihren Besitz um 714 Millionen Mark oder 11% im Werte vermindert.

(Hört! hört! rechts.)

Die durchschnittliche Realverzinsung der englischen Konsols im Jahre 1907 stellte sich auf 2,98 %, die der französischen Renten auf 3,18%, die der deutschen dreiprozentigen Reichsanleihe auf 3,57%. Zu gleicher Zeit war der durchschnittliche Bankdiskont 4,93 in England, 3,46 in Frankreich, 6,03 in Deutschland.

(Hört! hört! rechts.)

Das sind die Ziffern. Ich brauche nicht zu sagen, wie sehr diese Unterschiede des Zinsniveaus auf den Finanzen des Staates, auf unserer gesamten landwirtschaftlichen und industriellen Produktion lasten, wie sehr sie unsere Produktionsbedingungen verteuern, wie sehr sie unsere Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen. Die politisch-militärischen Folgen aber springen aus der Karikatur, auf die ich vorhin hinzuweisen mir erlaubte, schon klar genug hervor. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich überlasse es meinem Herrn Nachbar, dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts, den Ihnen vorgeschlagenen Steuerplan im einzelnen und im ganzen darzulegen. Die leitenden Gedanken bei der Auswahl der neuen Steuern waren, negativ: keine Belastung des notwendigen Lebensbedarfs; positiv: höhere Besteuerung allgemeiner Genußmittel, neue Abgaben für die Lieferung von Gas, elektrischem Licht und elektrischer Kraft; endlich: stärkere Heranziehung des Besitzes in der

Form einer erweiterten Erbschaftssteuer. Die Frage, ob direkte oder indirekte Steuern, stand für uns nicht in erster Linie, denn sie ist überwiegend theoretischer Natur. Was die Anhänger direkter Steuern erreichen wollen, deckt sich praktisch im wesentlichen mit dem, was ich soeben als die „stärkere Heranziehung des Besitzes" bezeichnete. Dazu treten noch erhöhte Matrikularbeiträge.

Meine Herren, daß das deutsche Volk stark genug ist, die neuen Lasten zu tragen, daran zweifelt kein Mensch in der Welt. Wir alle wissen, daß in Deutschland jährlich über 3 Milliarden in Bier, Wein und Branntwein genossen werden, daß wir die billigsten und preiswertesten Zigarren der Welt rauchen. In der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft entfallen auf den Kopf der Bevölkerung an Abgaben auf das Bier nur 1,28 ℳ, in Großbritannien dagegen 6,51 ℳ.

(Lebhaftes Hört! hört!)

An Branntweinsteuer beträgt die durchschnittliche Belastung auf den Kopf bei uns 2,39 ℳ, in Frankreich 6,56 ℳ, in den Vereinigten Staaten 6,47 ℳ, und in Großbritannien gar 8,30 ℳ.

(Hört! hört! rechts.)

Der Tabak endlich ist bei uns mit 1,37 ℳ pro Kopf belastet, in Österreich dagegen mit 4,73 ℳ, in Großbritannien mit 6,28 und in Frankreich mit 7,56 ℳ.

(Hört! hört!)

Diesen Zahlen gegenüber wird mir wohl jeder zugeben, daß diese Genußmittel bei uns noch eine starke Belastung ertragen können.

Ferner: der jährliche Zuwachs an Nationalvermögen wird auf 3½ bis 4 Milliarden Mark geschätzt. Allein in Börsenwerten werden jährlich in Deutschland etwa 3 Milliarden Mark aufgenommen. Dazu kommen 500 Millionen Mark Sparkassenneueinlagen und 225 Millionen Mark Einlagen bei Genossenschaftsbanken. Die Gesamtsumme der Einlagen in den Sparkassen beträgt mehr als 14 Milliarden. Der Wert der Privatdepots bei den Banken steigt jährlich um 400 Millionen Mark. Ein solches Land, meine Herren, ist nicht arm; ein solches Land kann noch stärkere Lasten tragen, wenn das Ansehen des Landes, wenn unsere Sicherheit es erfordert. Das deutet auch nicht auf Niedergang hin, das sieht nicht nach Bankrott aus. Aber einen moralischen Bankrott erleiden wir, wenn wir nicht endlich Wandel schaffen und mit der Schuldenwirtschaft brechen.

(Zustimmung rechts.)

Ein ausgezeichneter Gelehrter, der derzeitige Prorektor der Freiburger Universität, Professor v. Schulze-Gaevernitz, hat in diesem Sommer geschrieben:

> Die deutsche Finanzmisere beruht nicht auf mangelhafter Steuerfähigkeit, sondern auf mangelnder Steuerwilligkeit.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe links.)

Und was ein anderer hervorragender Gelehrter, mein alter Gönner, der Professor Dr. Adolf Wagner, über unsere „Steuerfilzigkeit" und „Steuerknickrigkeit" gesagt hat, will ich lieber gar nicht hier wiederholen.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, mit der Bewilligung neuer Steuern ist die Finanzreform noch nicht zu Ende.

(Sehr richtig! rechts.)

An sie schließt sich eine andere nicht minder ernste und nicht minder wichtige Forderung, die sich an das deutsche Volk, an die Regierung und an dieses hohe Haus richtet. Ich habe eben dargelegt, wie das Deutsche Reich in raschem Aufschwunge, von Problem zu Problem gedrängt, über seine Verhältnisse gelebt hat. Ich kann dasselbe von fast allen Bundesstaaten, von fast allen großen und kleinen Kommunen sagen.

(Hört! hört!)

Sie alle haben im Wettkampf des Fortschritts eine Anlage nach der anderen errichtet, eine Anleihe nach der anderen aufgenommen.

(Sehr richtig!)

Gewiß, lauter sehr nützliche, aber hier und da auch doch entbehrliche Dinge.

(Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.)

— Doch, meine Herren, so wenig wie der Staat haben sich die einzelnen Kommunen klar gemacht, in welchen Zustand die Häufung dieser Anleihen allmählich den deutschen Geldmarkt bringen mußte. Die einzelne Anleihe erschien unbedenklich. Heute sehen wir, daß die Summe aller dieser Anleihen eine Gefahr für die Verfassung des deutschen Geldmarktes bedeutet. Um diese Gefahr zu überwinden, genügen nicht allein die neuen Steuern, genügt nicht die größte Sparsamkeit im Reiche; die Gemeinden müssen mithelfen. Und deshalb richte ich auch an die Kommunen von dieser Stelle die Mahnung zur Sparsamkeit

(sehr richtig! rechts; Unruhe bei den Sozialdemokraten),

die Bitte, bei ihrer Wirtschaft nicht das Ganze zu vergessen.

Die gleiche Mahnung richte ich — und nicht minder eindringlich — an jeden einzelnen Deutschen. Wir haben zu lange mit unserer Arbeit wenig verdient, zu lange manches entbehrt, was unsere älteren und reicheren Nachbarn seit lange besaßen. Reich geworden, glichen wir in etwas dem jungen Erben, der seine Verhältnisse überschätzt, sich nicht einzurichten versteht und nun wahrnimmt, daß er über sein Budget hinaus gelebt hat. Wir waren zu lange arm, um nicht der Versuchung zu erliegen, es unseren reicheren Nachbarn im Wohlleben und Luxus gleichzutun.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.)

Ich will es offen aussprechen: es ist bei uns eine Zeit des Luxus

(sehr richtig! rechts),

der Überschätzung des materiellen Genusses eingerissen

(sehr richtig! rechts; sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Zuruf: Wo denn?),

die jeden mit ernster Sorge erfüllen muß, dem das höchste Gut unseres Volkes, seine intellektuelle Kultur, am Herzen liegt.

(Sehr richtig!)

Es sind das die Fehler einer Übergangszeit. Wir müssen alle in unserer ganzen Lebenshaltung zurück zu größerer Einfachheit.

(Sehr richtig! rechts und links. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich nehme niemanden aus! — Sie ist würdiger, sie ist vornehmer, und gerade den Deutschen, meine Herren, kleidet sie besser.

Die wirtschaftliche Seite dieser Frage ist ebenso wichtig als die kulturelle. Das Wachstum des nationalen Wohlstandes beruht nicht allein auf der Steigerung der Einnahmen, es beruht auch auf der Differenz zwischen diesen Einnahmen und dem Verbrauch.

(Sehr richtig!)

Neben den Mehrverdienst tritt also ein anderer Faktor, die Sparkraft. Wer weniger verdient, aber spart, ist in dieser Beziehung nützlicher für die Nation, als wer viel verdient und viel verbraucht.

(Sehr richtig! rechts. — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich weiß sehr wohl, daß bei uns jährlich Milliarden gespart werden. Aber niemand wird mir widersprechen können, wenn ich sage: es kann bei uns noch viel mehr gespart werden. Wir sind reich geworden; wir müssen

aber noch viel reicher werden für unsere ganze wirtschaftliche und politische Stellung in der Welt.

(Sehr richtig! rechts.)

Von jeher war Reichtum ein Mittel zur Macht.

(Sehr richtig! links.)

Er wird es mit jedem Jahrzehnt mehr, weil mit jedem Jahrzehnt die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse wichtiger werden für die internationalen Beziehungen und für die Gruppierung der Völker.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, unterschätzen Sie die Bedeutung dieser Sparkraft nicht. Wenn Sie an meinen Worten zweifeln, so werfen sie einen Blick auf Frankreich. Frankreich ist an Kapitalien und an Liquidität noch immer das reichste Land der Erde. Ich kenne Frankreich und die Franzosen; ich habe viele Jahre in Frankreich zugebracht. Frankreich verdankt seinen Reichtum seinem gesegneten Boden, mehr noch dem Fleiß und der Geschicklichkeit seiner Bewohner, am meisten aber seiner bewunderungswürdigen Sparkraft

(sehr richtig!),

jener force d'épargne des einzelnen Franzosen und der einzelnen Französin. Dank dieser force d'épargne ist Frankreich der Bankier der Welt geworden, die Franzosen ein Volk von Rentnern, reich durch die Arbeit des Auslandes, das ihre Kapitalien sucht und ihnen Zinsen zahlt. Was Frankreich durch seine Produktion weniger verdient, das erspart es mehr und verdient an den Zinsen seiner Ersparnisse das Weniger seiner Produktion.

Ich bin sicher, Fachmänner werden diese meine Ausführungen bestätigen, sie im einzelnen ergänzen und bereichern können. Alles in unserem Volk, Regierung, Reichstag, Gelehrte, Presse, sollte zusammenwirken, um solche Gedanken in unserem Volke lebendig zu erhalten.

Sie schienen mir, meine Herren, eben nicht alle mit meinen Ausführungen einverstanden. Ich kann mir denken, was Sie sich sagen. Sie sagen sich, es sei ungerecht, vom Volke zu verlangen, daß es seine Lebenshaltung einschränken

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

daß es auf Nützliches verzichten, daß es sich das kleine Vergnügen versagen soll. Niemand denkt daran und ich am allerwenigsten, dem kleinen

Mann zuzumuten, daß er auf Notwendiges oder auch nur Nützliches verzichten soll. Meine Mahnung richtet sich gegen den überflüssigen Luxus, sie richtet sich in erster Linie an die mittleren und an die höheren Stände.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Hier ist mit der Zeit Wohlleben und Luxus zu einer gesellschaftlichen Verpflichtung, zu einem gesellschaftlichen Zwang geworden.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die gesellschaftlichen Beziehungen zwingen viele zu einem Luxus, den sie gar nicht leisten können.

(Sehr richtig! rechts.)

Wer seine Freunde zu einem einfachen Happen einlädt, der fürchtet sich vor Mißachtung. Jeder will aufwenden, was ein reicher Freund oder Bekannter oder Verwandter oder Kollege ausgibt.

(Sehr wahr!)

Wie einfach ging es in Bonn auf unserem Kasino zu, als ich dort als Leutnant bei den Königshusaren stand! — Freilich ist es lange her. — Welchem Aufwand begegnen wir jetzt — gar nicht vorzugsweise oder auch nur überwiegend in militärischen Kreisen! Da geht's noch verhältnismäßig am bescheidensten zu.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

— Doch, meine Herren, gehen Sie in solche Kreise, und Sie werden sich selbst davon überzeugen! — Aber an allen Ecken und Enden, überall soll immer gleich Sekt fließen. Die gesellschaftliche Schätzung ist eine Frage des Luxus, des Geldes geworden. — Das, meine Herren, ist gar nicht geeignet, Heiterkeit zu erwecken, das ist ein sehr ernstes, ein trauriges Kapitel. Es ist des deutschen Volkes, es ist seiner kulturellen Größe, es ist seiner ruhmvollen geistigen Geschichte unwürdig, daß solche gesellschaftliche Sitte oder vielmehr Unsitte, solche soziale Moral oder vielmehr Unmoral hat aufkommen können.

(Sehr richtig!)

Ich hoffe, das ist nur die Begleiterscheinung eines raschen Wachstums. Ich hoffe, daß der gute Genius unseres Volks, dem ich grenzenlos vertraue, uns auch darüber weghelfen wird.

Diese Aufgabe muß die Nation lösen — der Regierung sind andere Aufgaben gestellt. Auch die Regierung ist sich wohl bewußt, daß es mit den neuen Steuern allein nicht getan ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Nicht neue Steuern — eine neue Ära der Finanzwirtschaft! Damit meine ich nun nicht nur die notwendige Sparsamkeit, ich meine nicht nur die Einschränkungen im Budget, nicht nur die Schuldentilgung, deren Notwendigkeit dieses hohe Haus und die Regierung so oft betont haben. *In alle Finanzgeschäfte der Regierung muß ein neuer Geist einziehen.*

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von der äußersten Linken.)

Ich habe mir unter anderem darüber Vortrag halten lassen, inwieweit die Vergebung der Lieferungen wirtschaftlicher gehandhabt werden kann.

(Hört! hört!)

Ich habe mir auch darüber berichten lassen, ob der so niedrige Kursstand unserer Anleihen nicht zum Teil auf verbesserungsfähige, finanztechnische Gepflogenheiten zurückzuführen ist. Ich weiß sehr wohl, daß ein so niedriger Kursstand durch die Masse der Anleihen allein nicht gerechtfertigt ist. Ich glaube, daß viel geholfen werden kann durch finanztechnische Verbesserungen, besonders durch eine systematische Regelung der Begebung unserer Anleihen.

(Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.)

Ich glaube, daß wir hier, wie an vielen anderen Stellen, kaufmännischer werden arbeiten müssen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, das deutsche Volk tritt ins Mannesalter, es steht vor einer großen moralischen Aufgabe. Diese Aufgabe ist unscheinbarer als ein gewonnener Krieg; sie ist aber vielleicht nützlicher. Vergessen Sie nicht, daß die Weltgeschichte immer mehr eine Geschichte der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen wird, daß mehr als früher die Macht eines Staates durch seine finanzielle Leistungsfähigkeit bedingt wird. Wenn wir vor neuen Steuern zurückschrecken, oder, was genau auf dasselbe hinauskommt, wenn wir uns über die neuen Steuern nicht einigen, wenn wir die Anleihewirtschaft fortsetzen, wenn der Kursstand unserer Anleihen weiter sinkt, so gefährden wir unser Ansehen, so gefährden wir unsere Sicherheit, so gefährden wir unseren Frieden.

(Sehr richtig!)

Wir gefährden unseren Frieden, denn die finanzielle Bereitschaft ist geradeso wichtig wie die militärische, sie zu vernachlässigen ist ebenso gefährlich und kann

geradeso verhängnisvolle Folgen haben, als wenn die militärische Bereitschaft außer acht gelassen wird.

Kaum heißt es, neue Steuern sind nötig, da erscheinen Tabakhändler und Spiritusinteressenten und Brauer und Gutsbesitzer und Kapitalisten, kurz Interessenten aller Art und rufen: heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an.

(Heiterkeit.)

Dann heißt es: jawohl, neue Steuern sind gewiß nötig, aber ich mag und will und kann sie nicht tragen. Solche Gesinnung kann die Nation nicht brauchen. Hier müssen alle mithelfen, alle Stände, alle Klassen, alle Parteien, alle Berufsarten.

Meine Herren, der Bau des Reiches ist festgefügt und wohnlich eingerichtet, Wälle und Gräben schützen ihn. Jetzt heißt es, die Baugelder regeln, die Hypotheken abtragen und in geordnetem Haushalt durch erhöhte Beiträge der Bewohner zum gemeinsamen Wohl der Zukunft vorsorgen. Es ist keine Zeit zum Warten, auch keine Zeit zum Nörgeln und Lamentieren. Die verbündeten Regierungen sind der festen Zuversicht, daß dieses hohe Haus die Dringlichkeit und die Größe dieser Aufgabe erkennt, daß die Vertreter der Nation diese Aufgabe so erfüllen werden, wie es eines großen, friedlich vorwärtsstrebenden und starken Volkes würdig ist.

(Lebhafter Beifall rechts und links. — Zischen bei den Sozialdemokraten. — Wiederholtes Bravo.)

---

18. Auswärtige Lage. — Türkei und Österreich. — Casablanca-Affäre. — Japanisch-Amerikanisches Abkommen. — Prag.

Sitzung des Reichstags vom 7. Dezember 1908.

Zur auswärtigen Lage Deutschlands hatte der Kanzler seit dem 24. März nicht gesprochen. Diese hatte eine Veränderung erfahren durch den Umschwung in der Türkei. Die allgemeine Lage erschien bedroht durch die endgültige Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn am 5. Oktober und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens an demselben Tage. Diese Ereignisse schienen durch die Haltung Serbiens, hinter dem Rußland stand oder zu stehen schien, in einen Krieg hereinzuführen. Bei der ersten Beratung des Etats für 1909 besprach der Reichskanzler am 7. Dezember 1908 diese Lage.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, von allen Rednern aus dem Hause sind schwerwiegende Fragen der auswärtigen Politik besprochen worden. Ich will darüber

das Nachstehende sagen. Die politische Lage in Europa wurde in den letzten Monaten von dem Umschwung in der Türkei beherrscht[1]). Über den Charakter dieses Umschwungs und seine Vorgeschichte sind in der ausländischen Presse und auch in diesem hohen Hause Ansichten geäußert worden, welche der Wirklichkeit nicht entsprachen. Der Herr Abgeordnete Scheidemann ist so weit gegangen, zu behaupten, die Bewegung in der Türkei wäre angeführt worden von Verschwörern und Schnorrern, die früher in Deutschland von meiner Seite eine unfreundliche Behandlung erfahren hätten[2]). Die Führer der Bewegung waren keine Schnorrer, sondern meist Offiziere, tüchtige Offiziere, die ihre Ausbildung in Deutschland erhielten, in unserem Heere, wo sie eine angesehene Stellung einnahmen, und die an unser Heer und an unser Land eine aufrichtige Anhänglichkeit bewahrt haben.

(Hört! hört! rechts.)

Der Umschwung in der Türkei hat sich ohne Blutvergießen und unter Schonung widerstrebender Elemente vollzogen, die Bewegung hatte Würde und hat der ganzen zivilisierten Welt Achtung und Sympathie eingeflößt. Vom ersten Tage an hat sich die deutsche Politik dieser Anerkennung des Idealismus der Bewegung und der Integrität ihrer Führer angeschlossen. Ich habe selbst einige dieser Herren bei mir gesehen, die mir große Achtung eingeflößt haben. Die sind keine Utopisten, und sie haben Patriotismus. Auch bei dieser Gelegenheit sind im Ausland wieder allerlei Unwahrheiten über unsere Politik verbreitet worden. Man hat gesagt, wir wären Gegner dieser Bewegung, weil wir freundlich und gut mit dem ancien régime in der Türkei gestanden hatten. Darin liegt eine vollkommene Unkenntnis der diplomatischen Gewohnheiten und des ABC aller Politik. Es kann nicht die Aufgabe einer vernünftigen Politik sein, anderen Vorschriften über verfassungsmäßige Zustände zu geben, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einzumischen und den Schulmeister zu spielen. Wir mußten uns selbstverständlich an die bestehende Ordnung halten. Um ihren Rat gefragt, haben unsere Vertreter in Konstantinopel, Herr v. Marschall wie Herr v. Kiderlen, bei jeder Gelegenheit Reformen befürwortet.

(Hört! hört!)

Wir haben auch jetzt keinen anderen Wunsch, als den Übergang in die neue Ordnung der Dinge erleichtert und die Türkei politisch und wirtschaftlich

[1]) Erklärung der Verfassung am 24. Juli 1908.

[2]) Das bezieht sich auf eine Stelle aus der Rede vom 29. Februar 1904, II, S. 54.

gekräftigt zu sehen. Wie sollte dem auch anders sein? Wir haben ja niemals ein Stück osmanischen Bodens an uns gerissen oder beansprucht. Gewiß: wir haben das nicht aus Moral und Genügsamkeit getan, sondern weil schon unsere geographische Lage keinen Anreiz dazu bot.

(Heiterkeit.)

Um so aufrichtiger ist aber auch unser Wunsch, daß die Türkei innerlich gesund und stark sei.

Wenn auch, wie Graf Kanitz soeben zutreffend dargelegt hat, die Türkei durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina tatsächlich nichts verloren, durch die Räumung des Sandschak Novibazar sogar etwas gewonnen hat, wenn auch ferner die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens wenigstens keinen wirklichen Gebietsverlust für die Türkei bedeutet, so haben diese Ereignisse doch eine lebhafte Unruhe am Balkan hervorgerufen und wegen der damit verbundenen Änderungen des Berliner Vertrages die europäische Diplomatie vor eine schwierige Aufgabe gestellt.

(Sehr richtig!)

Bei Wahrung der deutschen Interessen war ich mir von vornherein über zwei Punkte klar. Erstens, daß die deutsche Politik bei dem diplomatischen Spiel anderen Mächten die Vorhand lassen mußte. Ich bestreite nicht, daß wir anders als in der Zeit des Fürsten Bismarck heute erhebliche wirtschaftliche Interessen auf der Balkanhalbinsel besitzen. Aber auch heute haben wir ebenso wenig wie bei der letzten akuten orientalischen Krisis vor einem Menschenalter Veranlassung, uns bei Regelung der politischen Neubildungen vor andere näher interessierte Mächte in eine führende Stellung drängen zu lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der zweite Punkt, über den ich mir nicht einen Augenblick zweifelhaft war, war die Treue zu dem uns verbündeten Österreich-Ungarn.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, wir sind von der Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina in eine Annexion zu verwandeln, ungefähr gleichzeitig mit Italien und Rußland unterrichtet worden. Der Zeitpunkt und die Form der Annexion waren uns allerdings vorher nicht bekannt.

(Hört! hört! links.)

Ich denke nicht daran, das dem Wiener Kabinett übel zu nehmen. Offen gestanden: ich bin ihm sogar dankbar dafür.

(Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit.)

— Gewiß, meine Herren, ich bin ihm dankbar dafür. Die österreichisch-ungarische Monarchie kann und muß selbständig beurteilen, welche Fragen für sie Lebensfragen sind, und wie sie solche Lebensfragen behandeln will. Selbstverständlich hatten wir das Recht und die Pflicht, uns zu fragen, inwieweit wir für das spezielle Interesse unseres Verbündeten eintreten sollten. Wir haben keinen Augenblick gezögert, nicht nur nichts zu tun, was den österreichisch-ungarischen Interessen hinderlich wäre, sondern auch diese Interessen nach Möglichkeit zu unterstützen.

Daß wir nicht gezögert haben, diese Haltung einzunehmen, betone ich besonders gegenüber dem Herrn Abgeordneten Speck. Zu meinem Erstaunen und zu meinem Bedauern hat Herr Speck vorgestern behauptet, wir hätten erst „sehr spät" und erst „nach längerem Zögern" unseren Platz an der Seite von Österreich-Ungarn eingenommen. Wenn ich dem Herrn Abgeordneten Speck einen Blick in die Akten, in meine Instruktionen und Erlasse gäbe, so würde er sich davon überzeugen, daß dieser Vorwurf unbegründet und ungerecht ist.

Es war eine natürliche Folge der loyalen Haltung, die wir gegenüber Österreich-Ungarn befolgt haben, daß ich dem russischen Minister des Äußern, Herrn Iswolski, in unserer Unterredung keinen Zweifel darüber lassen durfte, daß wir uns in der Konferenzfrage nicht von Österreich-Ungarn trennen können. Im übrigen begegneten wir uns in der Überzeugung, daß die russische Politik keine Spitze gegen Deutschland haben solle und umgekehrt, vielmehr die alten freundschaftlichen Beziehungen bestehen bleiben müßten.

(Bravo! rechts.)

Der russische Minister hat mir auch aufs neue versichert, daß keine, weder offene noch geheime, russisch-englischen Abmachungen bestünden, die sich gegen deutsche Interessen richten könnten.

(Hört! hört!)

Meine Herren, die italienische Politik wird ebenso wie die deutsche von ihrem eigenen Interesse zu einer vermittelnden Haltung geführt. Das hat in seiner neulichen Rede der verdiente italienische Minister des Äußern, Herr Tittoni, eingehend dargelegt. Ich habe die Zuversicht, daß es möglich sein wird, den Gegensatz, der in jüngster Zeit zwischen Österreich-Ungarn

und Italien hervorgetreten war[1]), ebenso wieder auszugleichen, wie dies früher in vielen Fällen geschehen ist. Ich sehe nicht ein, warum es nicht gelingen sollte, die Interessen der beiden Staaten in Einklang zu bringen. Ich bin überzeugt, daß es im Interesse Italiens liegt, nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Österreich-Ungarn verbündet zu sein. Einer der schärfstblickenden Diplomaten, dem ich in meinem Leben begegnet bin, Graf Nigra[2]) — er war in der Schule des genialen, des großen Cavour aufgewachsen, er hatte bei Novara gefochten, er hatte in den sechziger Jahren das junge Königreich Italien mit Erfolg in Paris vertreten, er war ein glühender italienischer Patriot —, sagte mir nicht lange vor seinem Tode — es muß 1902 gewesen sein —: Italien kann mit Österreich-Ungarn nur verbündet oder verfeindet sein! Ich glaube nicht, daß es die Leute gut mit Italien meinen, die zu Abenteuern raten, welche die große Zukunft und die erfreuliche Entwicklung des Landes in Frage stellen könnten.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

Auf diese erfreuliche Entwicklung hat mit Recht vor wenigen Tagen mein verehrter Freund, der italienische Ministerpräsident Giolitti hingewiesen, der an dieser Entwicklung und an diesem Aufschwung der Halbinsel selbst Anteil und Verdienst hat. Und mit Recht hat Herr Giolitti bei diesem Anlaß auch die segensvollen Wirkungen des Dreibundes hervorgehoben, der den drei durch ihn verbundenen Reichen — und ich füge hinzu: ganz Europa — eine lange Periode des Friedens und des steigenden wirtschaftlichen Wohlstandes gesichert hat.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Meine Herren, was unser Verhältnis zu Frankreich betrifft, so birgt zwar das marokkanische Problem noch immer mancherlei Schwierigkeiten in sich. Ich hoffe aber, daß es bei dem guten Willen aller Beteiligten gelingen wird, wie in der Anerkennungsfrage, so auch in anderen etwa noch auftauchenden Punkten zu einer Verständigung zu gelangen.

Den Zwischenfall von Casablanca wird ein Schiedsgericht zu regeln haben[3]). Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat bei der Besprechung dieses Zwischenfalles unsere Konsularbehörden angegriffen wegen des Schutzes, den sie Deserteuren der Fremdenlegion haben zuteil werden

[1]) Die Stimmung in Italien war durch die österreichische Balkanpolitik etwas gereizt und verlangte Kompensationen für Italien auf der Balkanhalbinsel oder in Südtirol.

[2]) Graf Costantino Nigra (1828—1907), vertrat Italien in Paris, St. Petersburg, London und Wien.

[3]) Diesem war er am 10. November übergeben worden.

lassen[1]). Er hat sich genau auf den Standpunkt gestellt, den in Frankreich gerade die nationalistischen und militaristischen Organe eingenommen haben.

(Hört! hört! und Heiterkeit bei den Nationalliberalen.)

Wenn es sich um deutsche Verhältnisse handelt, ist der Herr Abgeordnete nicht gerade militärfromm; sobald es sich aber darum handelt, der eigenen Regierung und der Politik unseres Landes Schwierigkeiten zu bereiten, so überkommt ihn ein militärischer Geist, von dem ich nur wünschen kann, daß er ihm auch bei der Beratung unseres Militäretats treu bleiben möge.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen.)

Über den Zwischenfall selbst will ich das Nachstehende sagen. Solange wir annehmen mußten — das möchte ich gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wiemer hervorheben[2] —, daß ein unzweifelhafter Eingriff der französischen Organe in unsere Konsulargewalt vorlag, mußten wir an der Forderung, daß die französische Regierung ihr Bedauern für diesen Eingriff ihrer Organe ausspreche, zur Wahrung unserer Konsulargewalt festhalten und darauf bestehen bleiben, daß eine solche Erklärung der Überweisung an ein Schiedsgericht vorausgehe. Als aber ein französischer, mit eingehendem Material versehener Bericht ergab, daß auch die für solchen Eingriff in Betracht kommenden Tatfragen streitig waren, konnte für uns billigerweise kein Grund mehr bleiben, jene französische Erklärung vor Festsetzung des Tatbestandes durch ein Schiedsgericht zu verlangen. Worauf es nunmehr ankam, das war, den diplomatischen Streit formell in einer der Würde beider Teile entsprechenden Weise zu erledigen. Das ist durch die von uns gewünschte und vereinbarte Formel geschehen, in der beide Regierungen vorweg ihr Bedauern aussprechen und die Feststellung des Tatbestandes und der weiteren Rechtsfolgen einem Schiedsgericht überlassen. Man hat bei dieser Gelegenheit in einem Teil

---

[1]) In Casablanca waren bei der Einschiffung von deutschen Deserteuren der Fremdenlegion Angehörige des deutschen Konsulats, die die Deserteure auf den Dampfern abliefern sollten, von französischen Marinesoldaten angegriffen worden.

[2]) Der Abgeordnete Wiemer hatte gesagt: „So sehr wir es begrüßen, daß der sachlich recht unerhebliche Zwischenfall jetzt vor ein Schiedsgericht verwiesen ist und dort voraussichtlich eine zufriedenstellende Erledigung finden wird, so wenig haben wir verstanden, warum man, wenn man ein Schiedsgericht anrufen wollte, vorher die Erfüllung von Entschuldigungsformalitäten verlangt hat. Die Bedingungen konnten, wie zu erwarten stand, nicht aufrechterhalten werden, und die Franzosen haben um dieser Nichtigkeit willen einen diplomatischen Erfolg errungen. Jedenfalls bedeutet aber der Ausfall dieses Streitfalls einen Fortschritt in der Schiedsgerichtsbewegung."

unserer Presse wieder einmal von einer Niederlage der deutschen Politik gesprochen. Ich glaube, daß diese Regelung die besonnenen und friedliebenden Elemente in beiden Ländern befriedigen kann

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

und sehe in der gefundenen Lösung einen Sieg der Vernunft.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Meine Herren, es macht sich vielfach bei uns wie auch anderswo bei der Beurteilung solcher Zwischenfälle eine Überschätzung der sogenannten Prestigepolitik geltend. Ebenso wie es Frauen gibt, die keine Schminke nötig haben, so gibt es Staaten, die stark genug sind, um zu ihrem eigenen Vorteil auf eine kleinliche und unfruchtbare Prestigepolitik verzichten zu können.

(Bravo! und sehr richtig!)

Suchen wir unseren Vorteil wie unsere Ehre in der Erhaltung der Fundamente unserer Machtstellung und in der Sicherung der Zukunft des deutschen Volkes, nicht in Eitelkeit und Flitter!

(Bravo! und sehr gut! rechts und links.)

Als erfreulich betrachte ich es mit dem Herrn Abgeordneten Bassermann, daß für die Politik beider Staaten, für die deutsche wie für die französische Politik, die orientalische Frage keine Divergenz, vielmehr manche Berührungspunkte geliefert hat. In den Vorbesprechungen wie bei mehreren diplomatischen Demarchen haben die deutsche und die französische Regierung Verständnis für diesen günstigen Umstand gezeigt.

Über das Abkommen, meine Herren, das die Vereinigten Staaten und Japan über ihre pazifischen Interessen abgeschlossen haben[1]), will ich das Nachstehende sagen. Der Inhalt dieses Abkommens ist uns von den Vertretern der beiden beteiligten Mächte amtlich mitgeteilt worden. Wir haben aus diesen Mitteilungen ersehen, daß die neue Vereinbarung durchaus im Einklang ist mit den Prinzipien, die der deutschen Politik im fernen Orient zugrunde liegen: das sind die Prinzipien des open door auf wirtschaftlichem Gebiet, des status quo in den territorialen Verhältnissen und der Integrität und Unabhängigkeit des chinesischen Reichs. Wir haben keinen Anlaß, ein Abkommen anders als mit Sympathie zu betrachten, das eine neue Stütze dieser Prinzipien und damit eine weitere Garantie der friedlichen Entwicklung des fernen Ostens bildet.

[1]) 27. November 1908.

Gegenüber der Ansicht, als wäre Deutschland durch das japanisch-amerikanische Abkommen unangenehm berührt oder gar ausgeschaltet worden, will ich daran erinnern, daß wir selbst seit lange ein ganz ähnliches Abkommen mit Japan besitzen. Denn Japan ist dem deutsch-englischen Abkommen von 1900 [1]), in dem die Grundsätze der Achtung der beiderseitigen Vertragsrechte, des territorialen status quo und der Politik der offenen Tür in China ausgesprochen sind, ausdrücklich durch Notenaustausch beigetreten. Von unserer Ausschaltung ist also in Ostasien so wenig die Rede, wie in der Türkei oder anderswo.

Was die von allen Rednern berührten bedauerlichen Exzesse in Prag und an anderen Orten der österreichischen Monarchie betrifft [2]), so haben unsere Vertreter an Ort und Stelle sogleich Schritte getan, um festzustellen, ob und inwieweit deutsche Reichsangehörige beteiligt und zu Schaden gekommen sind, und sich zu vergewissern, daß denselben Schutz in gebührendem Maße zuteil wird. Darüber hinaus uns in die inneren Vorgänge, Gegensätze und Streitigkeiten eines fremden Landes einzumischen, würde ebensowenig unseren Interessen entsprechen wie den festen Gleisen, die gerade in dieser Beziehung Fürst Bismarck der deutschen Politik vorgeschrieben hat. Mit Recht hat mein Herr Vorredner soeben darauf hingewiesen: gerade, weil wir nicht wünschen und erlauben, daß Fremde sich in unsere inneren Verhältnisse einmischen, müssen wir selbst in dieser Beziehung Zurückhaltung üben und Besonnenheit zeigen.

Meine Herren, ich kehre noch einmal zu dem Ausgangspunkt meiner Ausführungen, zu der Lage der Dinge im nahen Orient zurück. Wenn sich die englische Politik neuerdings sehr wohlwollend zu der Türkei gestellt hat, so sind wir die ersten, die Grund haben, uns darüber zu freuen. Deutschland will eine gesunde Türkei. Wenn auch England eine solche wünscht, so kann das den deutsch-englischen Beziehungen nur zugute kommen. Deutschland und England führen in der Türkei keinen Konkurrenzkampf und brauchen sich gegenseitig nicht auszuschließen. Überhaupt schließe ich mich ganz dem an, was der englische Premierminister Herr Asquith kürzlich in seiner Guildhallrede [3]) über den Geist gegenseitigen Wohl-

---

[1]) Sog. Jangtseabkommen vom 16. Oktober 1900.

[2]) In Prag hatten u. a. am 17. und 25. Oktober tschechische Ausschreitungen gegen deutsche Studenten stattgefunden. Der Grund dieser Exzesse war die Vertagung des Landtags gewesen.

[3]) Asquith hatte am 9. November beim Lordmayorbankett gesagt: „Ich kann die nachdrückliche Erklärung des Kaisers (Wilhelm II.) nicht vergessen, daß das leitende Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa und der guten Beziehungen

wollens in dem Verkehr zwischen Deutschland und England gesagt hat. Ebenso teile ich die Ansicht, die kürzlich der englische Minister des Äußern Sir Edward Grey ausgesprochen hat, daß eine Balkankonferenz ein sehr starkes Beruhigungs- oder Erregungsmittel sein könnte. Wir möchten, daß sie ein Beruhigungsmittel wäre, und hoffen, daß der europäische Frieden nicht gestört wird. Die ihn vielleicht stören möchten, sind zu schwach, und die ihn stören könnten, haben keinen Grund, ihn stören zu wollen.

Meine Herren, ich wiederhole: unsere Politik ist einfach und klar, wir werden unsere eigenen Interessen wahren, unseren Verbündeten treu zur Seite stehen und, in Übereinstimmung mit den Wünschen dieses hohen Hauses, mit den Wünschen des deutschen Volkes, alle auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen unterstützen.

(Lebhaftes Bravo rechts, bei den Nationalliberalen und links.)

---

19. Einschränkung der Rüstungen zur See. — Herr v. Holstein. — Marokko und Österreich-Ungarn.

Sitzung des Reichstags vom 10. Dezember 1908.

In derselben Beratung sprach der Reichskanzler nochmals am 10. Dezember 1908.

Reichskanzler Fürst v. Bülow:

Der Herr Abgeordnete Haußmann hat ebenso wie andere der Herren Vorredner die Frage einer internationalen Einschränkung der Rüstungen zur See berührt [1]). Es ist in der Debatte gefragt worden, warum wir gegenüber solchen Vorschlägen eine ablehnende Haltung eingenommen hätten. Ich stelle zunächst fest, daß ein solcher Vorschlag an uns nicht herangetreten ist. Ich will aber mehr sagen. Wir haben ebenso wie andere Mächte, und das seit jeher, nicht etwa erst seit die Reichsfinanzreform zur Diskussion steht, eine internationale Beschränkung der Rüstungen für eine an und für sich sehr wünschenswerte Sache gehalten. Unsere

---

zwischen Großbritannien und Deutschland sei. In diesem Geiste wünschten wir mit den anderen Mächten zu verhandeln, mit Deutschland sicherlich nicht minder als mit den übrigen."

[1]) S. dazu die Rede vom 30. April 1907 oben S. 33 ff. und die Bemerkungen darüber in dem Interview mit Sidney Whitman (s. die nichtamtlichen Kundgebungen in diesem Bande).

Zurückhaltung in dieser Frage ging hervor aus Zweifeln an der praktischen Durchführbarkeit solcher Vorschläge und an der Opportunität ergebnisloser Diskussionen, die in einer so heiklen Frage die Gegensätze, statt sie zu mildern, leicht verschärfen könnten. Der Wunsch allein tut es nicht. Ich will gewiß nicht von vornherein, ohne zu prüfen und kategorisch, jede Möglichkeit von der Hand weisen; aber allein die technischen Schwierigkeiten scheinen mir recht große zu sein. Ja, wenn es sich nur um die Zahl oder das Deplacement der Kriegsschiffe handelte! Der Schiffsbau besitzt aber noch andere Seiten, die sich nicht so leicht zahlenmäßig fassen lassen, und die bei einer Abmachung, die wirksam sein soll, nicht ausgenommen werden könnten. Und dann der Maßstab! Wo sind die Kriterien, die da gelten sollen? Selbst wenn es möglich wäre, die Summe der gegenwärtigen Interessen auf dem Weltmeere zu berechnen, wie sollen die unberechtigten Aspirationen von den berechtigten getrennt, wie auch das Wachstum der wirtschaftlichen Interessen und wirtschaftlichen Hoffnungen im voraus gemessen, wie auch technische Erfindungen, von denen noch vor wenigen Tagen der Herr Abgeordnete Graf Kanitz gesprochen hat [1]), und ihre Wirkungen im voraus berechnet werden können?

Und dann, meine Herren: wir stehen in der Mitte von Europa, auf dem strategisch ungünstigsten Platz, der sich auf der Karte aller fünf Weltteile ausfindig machen läßt. Unsere Rüstungen sind von der Notwendigkeit diktiert, uns nach verschiedenen Fronten verteidigen zu können. Es ist im Laufe dieser Debatte wiederholt gesagt worden, unsere auswärtige Lage lasse zu wünschen übrig. Gewiß, die Situation in Europa ist in diesem Augenblick keine besonders behagliche; ich habe da auch manche Wünsche. Ich glaube aber, daß unsere Lage in dem Augenblick eine schlechte werden würde, und unser Frieden ernstlich bedroht, in dem wir unsere Rüstungen vermindern würden unter den Stand, den unsere Lage in Europa erheischt.

(Sehr richtig! rechts.)

Und schließlich, meine Herren: der Umfang unserer Rüstungen zur See ist vom Gesetze bestimmt, und zwar bestimmt lediglich nach dem Gesichtspunkt, unsere Küsten zu verteidigen und unseren Handel zu schützen. Auf der einen Seite unsere geographische Lage, nach der für alle Zeiten unsere Sicherheit von der Stärke unseres Landheeres abhängig sein wird, auf der anderen Seite das Maß unserer

[1]) Graf Kanitz hatte von den Unterseeboten und den Luftschiffen gesprochen.

wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte, die durch die Anforderungen für unser Landheer und durch eine allen anderen Ländern weit vorauseilende Sozialpolitik bereits stark belastet sind, schließen es, darin weiß ich mich der Zustimmung unserer Marinebehörden gewiß, völlig aus, daß wir im Flottenbau über das nach unserem Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß hinausgehen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Haußmann hat weiter in seinen Ausführungen auch den Namen eines langjährigen Beamten des Auswärtigen Amts in die Diskussion gezogen [1]. Es handelt sich um einen in langer und harter Arbeit unter vier Reichskanzlern ergrauten Beamten. Es handelt sich um einen Mann von wachsamem und starkem Patriotismus, der während eines Menschenalters für die deutschen Interessen auf der Bresche gestanden hat. Es handelt sich um einen Mann, dessen ungewöhnliche Arbeitskraft, hervorragende politische Befähigung und selbständiger Charakter allen denjenigen Achtung einflößen müssen, die ihn kennen. Ich weise die gegen den Wirklichen Geheimen Rat v. Holstein gerichteten Angriffe zurück.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Haußmann hat weiter in dem Augenblick, wo ich diesen Saal betrat, angedeutet, daß in der Marokkofrage verschiedene Einflüsse sich bemerkbar gemacht hätten. Das Auswärtige Amt ist ein mir unterstelltes Ressort, und in einem solchen dulde ich keine Neben- und Unterströmungen.

(Unruhe links.)

Indem ich für die Einheitlichkeit unseres Dienstes wie unserer Politik sorge, erfülle ich lediglich eine mir durch die Verfassung auferlegte Pflicht,

---

[1] Der Abgeordnete Bassermann hatte im Laufe der Debatte geäußert, daß der im April 1906 zurückgetretene, langjährige vortragende Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts von Holstein eine Lücke zurückgelassen habe. Gegenüber dieser Bemerkung hatte der Abgeordnete Haußmann gemeint, Herr von Holstein habe in Deutschland „die Rolle eines kleinen Delcassé" gespielt. Herr Haußmann hatte sich auch einen Angriff angeeignet, den das „Berliner Tageblatt" am 5. Dezember 1906 gebracht hatte und in dem das Wesentlichste war, daß Herr von Holstein die im Auswärtigen Amt über die Marokko-Angelegenheit eingelaufenen Berichte nicht in der Form akzeptiert habe, wie sie eingegangen seien, sondern Änderungen vorgenommen und die veränderten Berichte an die betreffenden Missionen mit der Aufforderung zurückgeschickt habe, die so amendierten Berichte wieder einzureichen. Diese abgeänderten Berichte seien dann die Grundlage für die weitere Behandlung der Marokko-Frage gewesen.

die von dem Reichskanzler die volle Ausübung seiner Befugnisse, seiner konstitutionellen Befugnisse verlangt.

Und endlich, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Haußmann das Vorgehen Österreich-Ungarns in einzelnen Punkten getadelt [1]). Österreich-Ungarn ist uns seit einem Menschenalter ein treuer Bundesgenosse gewesen. Ich halte es nicht für richtig, die Schwierigkeiten, in denen sich gegenwärtig die österreich-ungarische Monarchie befindet, durch eine unfruchtbare Kritik zu erhöhen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich wiederhole: wir stehen zu Österreich-Ungarn. Und wir glauben auch, der Sache des Friedens am besten zu dienen, indem wir keinen Zweifel aufkommen lassen über die Unerschütterlichkeit dieses Bündnisses

(lebhaftes Bravo!),

und über den Ernst, mit dem wir unsere Bündnispflichten betrachten.

(Lebhafter Beifall.)

---

20. Sparsamkeit. — Nachlaßsteuer. — Wahlrecht. — Fall Schücking. — Politische Beamte. — Beurlaubung des Kultusministers. — Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. — Der Kaiser. — Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. — Maßlosigkeit in der öffentlichen Kritik.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar 1909.

Die Etatdebatte des Abgeordnetenhauses 1909 stand unter dem Zeichen des Fehlbetrages im Staatshaushalt Preußens, dessen Druck noch verschärft wurde durch die notwendig gewordene Erhöhung der Beamtengehälter und die Notwendigkeit, die Finanzen des Reiches in dauernde Ordnung zu bringen. In diese Diskussion griff Fürst Bülow am 19. Januar 1909 ein.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, von allen Herren Vorrednern aus dem Hause ist das Thema der Sparsamkeit behandelt worden. Ich kann auch hier nur wiederholen, was ich im Reichstage gesagt habe [2]): mit der Schaffung

---

[1]) Die Punkte waren: die einseitige Aufhebung des Berliner Vertrags durch Österreich und die Art der Benachrichtigung Deutschlands über die österreichischen Absichten. Dazu s. die Rede vom 29. März 1909 unten S. 184 ff.

[2]) S. oben S. 149 ff.

neuer Einnahmequellen ist unsere Aufgabe für die Gesundung unserer finanziellen Verhältnisse nicht erschöpft; ein Haupterfordernis bleibt: Rückkehr zur altgewohnten Sparsamkeit!

(Sehr richtig!)

Gewiß, meine Herren, für die Grundlagen unserer Wohlfahrt und Größe, unserer Macht und unserer Sicherheit, für Heer und Flotte ist das Beste gerade gut genug.

(Sehr richtig!)

Wir können und wir dürfen nicht sparen auf Kosten unserer Schlagfertigkeit und des Friedens des Landes. Dazu ist unsere geographische Lage eine zu ungünstige. Aber jede andere Ausgabe muß auch in den Militärressorts — darin bin ich der Zustimmung und der Unterstützung der verdienstvollen Chefs der Heeres- wie der Marineverwaltung gewiß — dreimal überlegt werden.

(Sehr richtig! links.)

Und auf allen Gebieten der Staats- wie der Reichswirtschaft gibt es Gelegenheit genug zum Sparen, in den Bauten und Einrichtungen unserer Betriebsverwaltungen wie in den Zuschußverwaltungen.

Meine Herren, Regierung und Parlamente müssen auf diesem Felde zusammenwirken, sie müssen Hand in Hand gehen; denn intra muros peccatur et extra. Der Herr Abgeordnete v. Pappenheim, dem ich aufrichtig wünsche, daß er sich von seinem gestrigen Unwohlsein erholt haben möchte, hat das gestern in sehr zutreffender Weise anerkannt. Die Parlamente tragen auch Schuld an der Finanzmisere, in die wir hineingeraten sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie müssen aufhören, immer auf neue Ausgaben zu drängen, um Wünsche ihrer Wähler zu erfüllen und um sich bei den Wählern lieb Kind zu machen.

(Sehr richtig!)

Solche captatio benevolentiae gegenüber den Wählern darf nicht zu weit gehen. Ich will es ja nicht tragisch nehmen, aber es ist doch ein Zeichen, wie die Parlamente aufgehört haben, sparsam zu wirtschaften, wenn in diesem Hohen Hause bei der Beratung der Eisenbahnvorlagen Wünsche geäußert werden, deren Erfüllung — mein Herr Nachbar, der Finanzminister, und ich haben es zusammen ausgerechnet — die Schuldenlast um Milliarden vermehren würde. Im Reiche ist es durchaus nicht besser,

wenn es sich um sozialpolitische Wünsche handelt oder um die Fürsorge für die Beamten.

(Sehr richtig!)

Das sind ja sehr schöne, sehr gute, sehr vortreffliche Sachen, für die ich volles Verständnis besitze. Aber auch hier heißt es, sich an den Grundsatz halten, welcher die Grundlage jeder vernünftigen Privatwirtschaft und Staatswirtschaft ist und bleibt: keine neue Ausgabe ohne entsprechende Deckung.

Ich habe bereits im Sommer vorigen Jahres in einem längeren Rundschreiben gegenüber meinen Herren Kollegen in Preußen und den Reichsressorts durchgreifende Maßnahmen zur Sparsamkeit als unerläßlich bezeichnet. Ich möchte die leitenden Gesichtspunkte dieses meines Rundschreibens hier rekapitulieren: Die Sparsamkeitsmaßnahmen dürfen natürlich nicht einen verkehrsfeindlichen Charakter haben oder Kulturfortschritte hindern; aber auch im Verkehrswesen können durch Vermeidung jedes unnützen Aufwandes Ersparnisse erzielt werden. Es lassen sich zweifellos erhebliche Summen ersparen durch Modernisierung unserer Reichs- und Staatsverwaltung. Durch Dezentralisierung und Vereinfachung unseres Behördenapparates muß der Aufwand unfruchtbarer Arbeit vermindert werden. Die Kräfte unserer höheren und mittleren Beamten sollen sich nicht in Verrichtungen erschöpfen, die durch Personen mit geringerer Vorbildung erledigt werden können.

(Sehr richtig!)

Dadurch wird die Möglichkeit der Verminderung ihrer Zahl geschaffen. Ein nachahmenswertes Beispiel hat in dieser Beziehung bereits die Staatseisenbahnverwaltung gegeben, durch deren Neuorganisation vom Jahre 1895 eine jährliche Ersparnis von 20 Millionen Mark und ein Minderbedarf an Beamten allein im inneren Verwaltungs- und Kassendienst von mehr als 3000 Köpfen erzielt worden ist. Verminderung der Instanzen unter Wahrung der Rechtssicherheit, Dezentralisation der Geschäfte, weitgehendster mündlicher Verkehr, Vereinfachung des Schreibwerks durch passende Formulare, Ausdehnung des Kopierverfahrens und der Urschriften, Einschränkung der überhandnehmenden Statistik, Umformung des gesamten Kassen- und Rechnungswesens unter den Gesichtspunkten der Einfachheit und Durchsichtigkeit, Zusammenlegung zusammenhängender Geschäfte in einer Hand, das sind alles Maßnahmen, die durchführbar sind und viel Zeit und viel Geld ersparen. Meine Herren, aus diesen meinen Ausführungen, die sich heute, bei der ersten Lesung des Etats, nur in Andeu-

tungen bewegen können, ersehen Sie, daß die Möglichkeit größerer Sparsamkeit auf vielen Gebieten besteht. Wollen Sie vor allem daraus ersehen, daß der ernste Wille — und an allen Stellen — besteht, solche Ersparnisse wirklich zur Durchführung zu bringen. Wir werden es nicht bei der Anregung bewenden lassen; der Anregung müssen Taten folgen. Es finden zunächst Besprechungen zwischen allen preußischen Ressorts und den Reichsressorts statt, um die besten Mittel und Wege zu finden, die zum Ziele führen. Rückkehr zur altgewohnten Sparsamkeit, die uns groß gemacht hat, das ist eine Forderung des Tages.

Der Herr Abgeordnete v. Pappenheim hat gestern sehr nachdrücklich Stellung genommen gegen die Nachlaßsteuer. In der konservativen Presse hatte ich schon vorher und seit Monaten gelesen, diese Steuer stünde im Widerspruch mit konservativen Anschauungen und Grundsätzen. Meine Herren, bei der Entscheidung über die Mittel, die nötig sind, um Ordnung in unsere Finanzverhältnisse zu bringen, dürfen Parteiprogramme und Parteigrundsätze nicht den Ausschlag geben.

(Sehr richtig!)

Da ist es Pflicht aller Parteien, mit der Doktrin zu brechen und praktische Politik zu treiben. Da ist es Pflicht aller, mitzuhelfen und Opfer zu bringen. Unsere Zeit ist sozial und fordert mit Recht, daß die Minderbemittelten tunlichst geschont und bei der Verteilung der Lasten die Leistungsfähigkeit möglichst berücksichtigt wird.

(Sehr richtig! — Hört, hört!)

Es müssen deshalb — in ausgezeichneter Weise hat es gestern der Herr Abgeordnete Frhr. v. Zedlitz angedeutet — neben den Verbrauchssteuern auf Massenartikel auch solche Steuern gefunden werden, die in erster Linie den Besitz treffen. Deshalb, und weil aus oft erörterten und schwerwiegenden Gründen Einkommensteuer und Vermögenssteuer sich für das Reich nicht eignen, haben die verbündeten Regierungen die Ausgestaltung der Erbschaftssteuer und erhöhte Matrikularbeiträge vorgeschlagen.

Meine Herren, die Gründe, welche gegen die Besteuerung der Deszendenten und Ehegatten sprechen, sind mir sehr wohl bekannt. Ich habe selbst auf diese Gründe vor zwei Jahren im Reichstage hingewiesen, in einer, wie ich glaube, gar nicht üblen Rede [1])

(Heiterkeit),

---

[1]) Am 6. Dezember 1905; II, 247 f.

und mein Nachbar und verehrter Freund, der Frhr. v. Rheinbaben, hat bei diesem Anlaß sogar eine sehr schöne Rede gehalten.

(Heiterkeit)

Aber, meine Herren, tempora mutantur; wir können in unserer gegenwärtigen Notlage nicht an dieser Steuer vorbeigehen. Deshalb haben Herr v. Rheinbaben und ich uns in dieser Beziehung aus Saulussen in Paulusse verwandelt,

(Heiterkeit)

und ich hoffe, daß auch für Herrn v. Pappenheim und seine Freunde in dieser Beziehung ein Tag von Damaskus kommen wird.

(Heiterkeit.)

Das würde ich, meine Herren, als ein großes Glück betrachten für die Zukunft des Reiches und für dieses Land. Es gibt Situationen, meine Herren, wo man zwischen verschiedenen Übeln zu wählen hat. Bei Steuervorlagen pflegt das fast immer so zu sein.

(Heiterkeit.)

Auch die Gegner der Nachlaßsteuer müssen zugeben, daß die Wahl so steht: Nachlaßsteuer oder Reichsvermögenssteuer oder weiter erhöhte Matrikularbeiträge.

Gegen die Reichsvermögenssteuer sprechen, wie ich eben erwähnte, ernste Gründe staatsrechtlicher Natur. Sie würde nach der Überzeugung der verbündeten Regierungen die Einzelstaaten verhindern, sich ihren Kulturaufgaben weiter genügend zu widmen. Sie würde, wie auch ich glaube, de facto auf eine Mediatisierung der Einzelstaaten herauskommen.

Nun, meine Herren, eine weitere Erhöhung der Matrikularbeiträge. Und deren Deckung? In Preußen steht ja schon eine weitere Spannung der Einkommensteuer um, wie ich glaube, zirka 50 Millionen bevor, und ich glaube, mein Herr Nachbar ist nicht ganz sicher, wie es möglich sein wird, das durchzusetzen, und glaubt an Widerstände in dieser Richtung. Die Ergänzungssteuer? Sie würde doch auch den Grundbesitz schwer treffen. Wenn also schon in Preußen eine weitere Steigerung der Matrikularbeiträge außerordentlich schwierig ist, so ist es noch schwerer, meine Herren, eine solche den kleineren und finanziell und wirtschaftlich schwächeren Bundesstaaten zuzumuten. Sie sehen also, meine Herren, daß sehr ernste Gründe politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur für die Nachlaßsteuer sprechen. Unsere Pflicht ist es hierbei, das erkenne ich vollkommen an, Härten zu vermeiden, nicht schematisch vorzugehen, den Verhältnissen

Rechnung zu tragen. Ich glaube, daß wir dieser Pflicht nach Möglichkeit nachgekommen sind. Es sollen ja die Deszendenten und Ehegatten von der Anfallsteuer auch ferner frei bleiben und nur zu einer mäßigen Nachlaßsteuer pro rata beitragen. Wir haben weiter vorgeschlagen die Freilassung der kleinen Nachlaßmassen und besondere Vergünstigungen für den Grundbesitz, die uns in seinen besonderen Verhältnissen begründet und deshalb durchaus gerechtfertigt erscheinen. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß jede Nachlaßsteuer den Grundbesitz und namentlich den ländlichen Grundbesitz sehr viel härter trifft als das bewegliche Vermögen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich richte deshalb an die rechte Seite dieses hohen Hauses, an die Vertreter der Landwirtschaft in diesem ganzen Hause und an die Landwirte im Lande die Bitte, der dira necessitas Rechnung zu tragen. Wir können nicht Hunderte von Millionen vom Konsum erheben und den Besitz ganz frei lassen. Große Aufgaben erfordern große Opfer, sie müssen von der Gesamtheit getragen werden.

Meine Herren, von allen Seiten ist die Wahlrechtsfrage berührt worden. Ich bin nicht in der Lage, heute neue Mitteilungen über diese Frage zu machen. Was jetzt über dieses Thema gesagt werden könnte, ist in der Thronrede zum Ausdruck gekommen[1]). Die Vorarbeiten sind im vollen Gange und werden mit großem Eifer betrieben. Sobald sich auf Grund dieses Materials ein sicherer Überblick gewinnen läßt, wird der Herr Minister des Innern mit weiteren Vorschlägen hervortreten.

Mein Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Wiemer, hat auch den Fall Schücking berührt[2]). Als Ministerpräsident habe ich keine Veranlassung, mich materiell zur Sache zu äußern. Aber die Begleitumstände des Falls und die Beachtung, die er in der Öffentlichkeit gefunden hat, veranlassen mich zu einigen allgemeinen Bemerkungen. Zunächst möchte ich feststellen, daß diesem Falle eine symptomatische Bedeutung nicht zukommt. Das eine steht für mich fest: die langen und erregten Erörterungen, die dieser Fall in der Öffentlichkeit gefunden hat, verdient er wirklich nicht.

(Sehr richtig! rechts.)

---

[1]) S. vorn S. 133.

[2]) Der Bürgermeister Dr. Lothar Schücking in Husum hatte, zunächst anonym, eine Schrift: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens" erscheinen lassen, in der die schärfste Kritik am preußischen Verwaltungssystem geübt wurde. Der Regierungspräsident leitete deshalb ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein, was der Abgeordnete Wiemer als „unerhörten Eingriff in die staatsbürgerliche Meinungsfreiheit" bezeichnet hatte.

Was ich aber, meine Herren, vor Ihnen und dem Lande deutlich und klar erklären will, das ist dies: so lange ich als Ministerpräsident und verantwortlicher Träger der Reichspolitik an dieser Stelle stehe, wird mit meiner Einwilligung kein Beamter wegen der Betätigung liberaler, freisinniger Ansichten oder Gesinnungen zur Verantwortung gezogen. Ich lasse auch dem Beamten seine politische Überzeugung. Ich greife nicht in die außerdienstliche politische Tätigkeit des Beamten ein. Ich lasse einen Beamten nicht als suspekt behandeln, weil er freisinnig wählt oder sich zur freisinnigen Partei zählt oder liberal denkt. Selbstverständlich muß der Beamte bei der Betätigung seiner politischen Anschauungen und Gesinnungen denjenigen Takt zeigen und diejenige Reserve sich auferlegen, die ihm sein Amt, die Rücksicht auf Andersdenkende, auf nebengeordnete oder übergeordnete Behörden auferlegt.

(Sehr richtig! rechts.)

Selbstverständlich darf ein Beamter sich auch nicht zu den Grundsätzen einer Partei bekennen, die die Grundlagen unserer Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung bekämpft.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

Ein Beamter darf sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen.

(Bravo! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ein Beamter ist aber auch nicht sakrosankt, weil er liberal oder weil er konservativ ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Verletzt er die Pflichten seines Amtes, überschreitet er den Rahmen sachlicher Kritik, läßt er sich zu persönlichen Verunglimpfungen oder Gehässigkeiten hinreißen, so trägt er die Verantwortung, einerlei welcher Partei er angehört und welcher politische Kurs gesteuert wird.

(Sehr gut! rechts.)

Ich bin überzeugt, daß diese meine Auffassung auch auf der rechten Seite dieses hohen Hauses geteilt wird, und daß dort nicht angenommen wird, die Königliche Staatsregierung sei im Falle Schücking irgendwie von diesem Grundsatze abgewichen. Ich bin überzeugt, daß ein im Sommer erschienener Artikel der Konservativen Korrespondenz — ich habe ihn hier

vor mir —, der damals einiges Aufsehen erregte, und der den Anschein erwecken konnte, als sei die konservative Partei unzufrieden mit der Beurlaubung des im Falle Schücking zuständigen Regierungspräsidenten und als wolle sie diesen Beamten gegen den ihm vorgesetzten Minister in Schutz nehmen, — ich bin überzeugt, daß dieser Artikel falsch ausgelegt ist. In unserer Zeit begegnen wir ja oft solchen irrigen Interpretationen

Ich rechne auf die Zustimmung gerade der rechten Seite dieses hohen Hauses, wenn ich sage: solange ich die Verantwortung für die Staats- und Reichsgeschäfte trage, lehne ich jede Mitwirkung und jede Einwirkung Dritter auf das Verhältnis zwischen dem Vorgesetzten und seinen Beamten mit Entschiedenheit ab. Über den Beamten hat unter Wahrung der Rechtsgarantien nur der Vorgesetzte zu entscheiden. Ob er ihm seine Zufriedenheit oder seine Unzufriedenheit zu erkennen geben will, ist lediglich seine Sache. Hier sind Legislative und Exekutive streng zu scheiden. Selbst in rein parlamentarisch regierten Ländern — ich habe lange in solchen gelebt — wird kein pflichtbewußter Minister sich das Recht streitig machen lassen, allein über seine Beamten zu entscheiden. Ein Beamter, den ich für unzulänglich, den ich für unbrauchbar oder ungeschickt halte, wird beurlaubt, versetzt oder entlassen, wenn das dienstliche Interesse es erfordert. Hier entscheidet allein die Staatsraison und das Interesse des Dienstes.

Ich möchte aber noch ein Wort sagen über die politischen Beamten[1]). Ich verlange von den politischen Beamten — und ich wünsche, daß diese meine Worte in den Kreisen der politischen Beamten gehört und beherzigt werden —, daß sie der von Seiner Majestät dem Kaiser und König gebilligten und von mir vertretenen Politik der Königlichen Staatsregierung nicht nur keine Hindernisse in den Weg legen, sondern diese Politik unterstützen und fördern. Es geht nicht an, und ich dulde es nicht, daß die Beamten glauben, Politik auf eigene Hand treiben zu können.

(Sehr richtig! links.)

In dem Allerhöchsten Erlaß vom 4. Januar 1882 — er ist vom Fürsten

[1]) Dieses Thema war in der Debatte von dem Abgeordneten Wiemer angeschnitten worden, der nach Erörterung des Falles Schücking und eines anderen Falles ausgesprochen hatte, „daß die Einheitlichkeit des Regierungskurses nicht bei allen Seiten unserer Verwaltung vorhanden ist". Vorher hatte der Abgeordnete Wiemer außerdem gesagt, daß „mitunter Provinzialverwaltungen Politik auf eigene Faust treiben und sich keinen Pfifferling um die Ansichten der leitenden Stellen in Berlin kümmern".

Bismarck gegengezeichnet — wird ausdrücklich ausgesprochen, daß die mit der Ausführung der Regierungsakte betrauten Beamten auch die Politik der Regierung zu unterstützen und zu fördern haben. Dieser Erlaß ist noch in Kraft, und ich werde dafür sorgen, daß er überall und unbedingt zur Anwendung gelangt.

(Bravo!)

Meine Herren, der Herr Vorredner ist auch auf die Beurlaubung des Herrn Staatsministers Holle zu reden gekommen[1]). Die Königliche Staatsregierung beklagt es tief, daß der Herr Minister Holle in dem Bestreben, sich in das schwierige und umfangreiche Kultusressort einzuarbeiten, seine Kräfte so sehr erschöpft hat, daß ihm von ärztlicher Seite für einige Zeit Fernhaltung von den Geschäften zur Pflicht gemacht werden mußte. In dem Gefühl, daß ein so wichtiges Ressort nicht für lange des Chefs entbehren könnte, hat der Herr Minister Holle schon Ende vorigen Jahres Seine Majestät den Kaiser und König um seine Entlassung gebeten. Seine Majestät der Kaiser und König hat sich noch nicht entschließen können, diesem Gesuche Folge zu geben, da die Hoffnung besteht, daß der Herr Minister Holle bei weiterem Aufenthalt in einem gesunden Klima seine Kräfte vollständig wiedergewinnt. Es bedarf wohl kaum der Rechtfertigung, meine Herren, daß unter diesen Umständen nicht auf den Rücktritt eines Mannes gedrängt wird, der sich mit großer Pflichttreue und in lauterster Gesinnung den Aufgaben seines schwierigen Amtes bis zur völligen Erschöpfung seiner Kräfte unterzogen hat. Selbstverständlich kann das jetzige Interimistikum nicht lange dauern. Sollte der Herr Minister sich bis zum Frühjahr nicht ganz erholt haben, so wird die Neubesetzung des Kultusministeriums stattfinden müssen[2]). Es ist ja angeregt und auch im Schoße des Staatsministeriums ventiliert worden, ob einem der anderen Herren Minister die Leitung des Kultusministeriums vertretungsweise zu übertragen wäre. Aber, meine Herren, die Herren Minister, die allenfalls in Frage kommen könnten, haben mich händeringend gebeten,

(große Heiterkeit)

---

[1]) Der Kultusminister war infolge schwerer Erkrankung seit längerem beurlaubt, so daß der Kultusetat ohne Anwesenheit des verantwortlichen Ressortministers behandelt werden mußte. Deshalb war auch in dieser Etatsdebatte die Frage einer anderen Organisation des Kultusministeriums besprochen worden, das zu groß und weitverzweigt geworden sei.

[2]) Die Neubesetzung ist erst zugleich mit dem Rücktritt des Kanzlers am 14. Juli 1909 erfolgt.

ihnen diese Stellvertretung zu erlassen. Ich muß auch anerkennen, meine Herren, daß alle Herren Minister an ihrem eigenen Ressort eine so große Arbeitslast zu tragen haben, daß ihnen nicht wohl, wenn auch nur für kurze Zeit, die Leitung eines noch dazu so schwierigen Ressorts, wie es das Kultusministerium ist, zugemutet werden kann. Unter diesen Umständen bitte ich Sie, den persönlichen und den sachlichen Schwierigkeiten, die in dieser Beziehung vorliegen, bei der Beratung des Etats Rechnung tragen zu wollen.

Meine Herren, von zwei Seiten ist an die ernsten Debatten erinnert worden, die vor einiger Zeit im Reichstage stattgefunden haben[1]). Auf die Einzelheiten dieser Verhandlungen und dieser Vorgänge werde ich hier selbstverständlich nicht eingehen. Ich habe auch nach den hier gemachten Ausführungen keine Veranlassung, mein damaliges Verhalten zu rechtfertigen. Ich glaube mich aber doch verpflichtet, um Mißdeutungen, denen ich namentlich in der Presse begegnet bin, entgegenzutreten, das Nachstehende zu sagen.

Pflicht des verfassungsrechtlich verantwortlichen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten ist es, den Träger der Krone zu decken. Dieser Verpflichtung habe ich mich nie entzogen, seitdem ich die Verantwortung trage für den Gang der Staats- und Reichsgeschäfte. Ich will nicht alle Fälle aufzählen, wo ich veranlaßt war, für den Träger der Krone einzutreten; ich will nur erinnern an das, was ich erwidert habe — es muß vor fünf oder sechs Jahren gewesen sein —, als im Reichstage die Herren Abgeordneten Bebel und Richter von Kabinettsregierung gesprochen hatten[2]). Man solle nicht vergessen, sagte ich damals, von wie großem Vorteil eine stark ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten sei. Man solle nicht ungerecht sein für das tatkräftige und redliche Wollen unseres Kaisers, für den großen Zug in seinem Wesen, für seine freie und vorurteilslose Gesinnung. Das unterschreibe ich auch heute. Ich habe damals ausdrücklich erklärt:

> Wenn Sie Angriffe erheben wollen wegen irgend welcher Handlungen des Monarchen, so richten Sie dieselben gegen die Person des Reichskanzlers. Ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich dieser meiner Verantwortlichkeit je entzogen habe, und wenn ich diese

---

[1]) S. oben S. 133ff.

[2]) S. Bd. I, S. 403, Rede vom 21. Januar 1903.

Verantwortlichkeit zu tragen nicht mehr in der Lage wäre, so würde ich dem Zwiespalte der Auffassungen zwischen dem Monarchen und mir ein Ende machen dadurch, daß ich Seine Majestät bäte, mich in Gnaden meines Amtes zu entheben.

So sagte ich bereits vor bald 6 Jahren, das halte ich auch heute aufrecht. Seitdem ich Minister bin, seit bald 12 Jahren, habe ich stets getan, was zu tun meine Pflicht war, und was ich zu tun vermochte, um den Träger der Krone vor Mißdeutungen zu schützen, um sein Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen, um sein Ansehen zu wahren. Ich habe auch, als jener Artikel im „Daily Telegraph" erschien und eine große Bewegung durch das Land ging, nicht einen Augenblick gezögert, den Sachverhalt richtig zu stellen und die Schuld auf mich zu nehmen. Ich habe in der Reichstagsdebatte alles hervorgehoben, was geeignet war, die unglückliche Wirkung jenes Interviews abzuschwächen und zu beseitigen. Ich habe die Mitteilungen über den angeblichen Feldzugsplan gegen die Buren, die russisch-französische Mediation, die mißverstandenen Äußerungen über Japan richtiggestellt. Aber, meine Herren, ich habe auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß zwischen dem Träger der Krone und den Wünschen und Empfindungen des Landes nicht ein Zwiespalt entsteht, der für beide Teile verhängnisvoll sein müßte. Der verantwortliche Minister hat dafür zu sorgen, daß der Träger der Krone nicht irre wird an dem Lande und das Land nicht an dem Träger der Krone. Er hat dafür zu sorgen, daß die Verfassung nicht nur dem Buchstaben nach, sondern auch dem Geiste nach aufrechterhalten bleibt. Der preußische Ministerpräsident hat vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß die historische Stellung der Krone, die eine ruhmvolle Vergangenheit uns überliefert hat, und die die Grundlage unserer Wohlfahrt und Macht, unserer Einheit und unserer Zukunft ist, nicht auf das Spiel gesetzt wird, und daß sie nicht abgenützt wird. In diesem Hause sind viele Männer, die mit Stolz von sich sagen können: königstreu bis in die Knochen! Ich bin aber überzeugt, daß nicht nur sie, sondern jeder ehrliche und denkende Anhänger der monarchischen Staatsform und der Stellung des Kaisers im Reiche mich verstehen und mir glauben wird, wenn ich sage, daß ich gerade in den schweren und schmerzlichen Novembertagen als wahrhafter Royalist gehandelt habe, in voller Übereinstimmung mit dem gesamten Staatsministerium, mit dem ganzen Bundesrat. In dieser Überzeugung lasse ich mich nicht irremachen, auch

nicht durch einfältige und perfide Zeitungsartikel, durch Klatsch und Kamarillagerede.

(Bravo!)

In dieser meiner Pflichterfüllung werde ich nicht erlahmen, solange ich die Verantwortung trage für die Geschäfte des Landes.

(Bravo!)

Die Liebe zum Vaterland, die Treue zum königlichen Hause weisen mir den Weg vor, den ich zu gehen habe. Lassen Sie uns alle dahin wirken, daß die Erinnerung an die Taten unserer Könige, an alles, was sie für dieses Land getan haben, nicht verdunkelt wird in unserem Volk! Preußen ist groß geworden durch seine Herrscher.

(Beifall rechts.)

Was haben unsere Fürsten für dieses Land getan seit dem ersten Hohenzoller, der in die Mark einzog, bis zum Großen Kurfürsten, zum großen König, bis zum ersten deutschen Kaiser aus dem Hause Hohenzollern? Gestern waren 38 Jahre verflossen, daß dem deutschen Volk der Traum der Jahrhunderte, die Sehnsucht der Jahrhunderte erfüllt wurde. Wir wissen auch alle, daß wir an unserm König und Kaiser einen von großen Idealen erfüllten Herrscher haben, der beseelt ist von dem Wunsche, Deutschland vorwärtszuführen. Er hat hohe Friedenswerke geschaffen. Er hat Handel und Industrie, Technik und Wissenschaft gefördert, wie wenige Herrscher vor ihm. Er hat für die Bedürfnisse der Landwirtschaft ein offenes Auge. Er hat die Flotte geschaffen. Er hat unser Heer schlagfertig erhalten und vervollkommnet. Er hat den Frieden erhalten. *In dem Verständnis zwischen König und Volk, in dem Vertrauen zwischen König und Volk, in dem Ernst, mit dem von beiden Seiten dieses Verhältnis aufgefaßt wird, darin daß der Fürst sich fühlt als erster Diener des Landes, und daß das Land weiß, daß die Interessen des Landes und nur die Interessen des Landes auch die Interessen des Fürsten und seine Richtschnur sind, darin lag in der Vergangenheit unsere Kraft, darauf beruht auch unsere Zukunft.*

Meine Herren, ich habe noch eins auf dem Herzen. Ich höre so oft, die Regierung müsse energisch vorgehen gegen die *Sozialdemokratie*. Meine Herren, meiner Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie bin ich mir sehr wohl bewußt. Ich glaube, es gibt niemand, der die in dieser Richtung liegenden Gefahren klarer erkennt als ich. In der Richtung

färbe ich so wenig rosa, wie in anderer Hinsicht. Aber ich muß daran erinnern, daß es nicht gefehlt hat an gesetzgeberischen Versuchen, die Auswüchse der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Woran sind diese Versuche gescheitert? Nicht an der Regierung, sondern an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien.

(Bravo! rechts.)

Der von mir hochverehrte Graf Botho Eulenburg, gewiß ein konservativer Staatsmann, hat einmal — ich glaube, es war bei Beratung der Bergarbeiternovelle im Herrenhause — in einer bedeutenden und bedeutsamen Rede den Wunsch ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien sich immer mehr bewußt werden möchten der Macht, die heutzutage in der öffentlichen Meinung liegt. Er hat auf die geistigen Waffen hingewiesen, mit denen wir die Sozialdemokratie bekämpfen müßten: „Schließen sich in dieser Erkenntnis die bürgerlichen Parteien zusammen zur Bekämpfung der antireligiösen, der antimonarchischen, antinationalen und antisozialen Bestrebungen der Sozialdemokratie," so etwa schloß Graf Eulenburg seine Rede, „dann, aber nur dann werden wir sie überwinden." Ich weiß wohl, daß die Sozialdemokratie nicht nur die Monarchie, sondern daß sie die Errungenschaften Preußens, die Machtstellung Deutschlands, die Fundamente unserer christlichen und nationalen Kultur bedroht. Es ist wohl möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten und das, was sie auf diesem Gebiete für nötig hält, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Um das zu tun, muß die Regierung aber die Überzeugung erlangt haben, daß die vorhandenen Mittel und eine stetige und furchtlose Anwendung dieser Mittel nicht ausreichen. Diese Überzeugung hat die Regierung noch nicht gewonnen. Und worüber wir uns auch von vornherein klar sein müssen, ist, daß ein Vorgehen auf gesetzgeberischem Wege und nun gar mit polizeilichen Mitteln kein Allheilmittel ist. Worauf es ankommt, ist, daß die Regierung in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch wirklich unterstützt wird, daß alle diejenigen, die nicht wünschen, daß es der Sozialdemokratie gelingt, die Dämme und Deiche einzureißen, die unsere bürgerliche Gesellschaft schützen, die Regierung in ihrem Kampfe gegen die Sozialdemokratie stützen und unterstützen. Dazu gehört auch, daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in ihrer Kritik und nicht durch eine übertriebene Kritik die Autorität schwächen, die sie doch stärken müßten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ihre giftigsten Pfeile, ihre schärfsten Waffen bezieht die Sozialdemokratie aus den Köchern der bürgerlichen Presse, aus den Arsenalen der bürgerlichen Parteien. Die Kritik darf nicht so weit gehen, daß dadurch die Achtung vor der Regierung, die Ehrfurcht, die Treue vor dem Throne erschüttert wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich scheue mich nicht, es auszusprechen: in dieser Beziehung ist in den letzten zwei Jahrzehnten furchtbar gesündigt worden.

(Sehr richtig! rechts.)

Auch Kreise, zu deren Tradition die Aufrechterhaltung der Autorität gehört, sind in ihrer Kritik weit über das Maß des politisch Richtigen und über das Maß des Zulässigen herausgegangen. Dieselben Kreise haben aber keinen Anstand genommen, auch Vorurteilen, Leidenschaften, Irrtümern der breiten Massen in ergiebigstem Maße Rechnung zu tragen.

Meine Herren, man hat oft gesagt: Revolutionen werden von oben gemacht. Sicher ist: die Welt hat noch keine Revolution gesehen, bei der die Massen nicht von oben wie von unten in Bewegung gesetzt wurden. Wenn ich namentlich an die große französische Revolution denke, so wird mir wohl niemand entgegentreten, wenn ich sage, daß zu ihr in hohem Maße beigetragen haben die Selbstsucht, die Genußsucht, die Frivolität der oberen Kreise, auch ihre Lust an Médisancen. Das bereitete den Boden, auf dem nachher die Saat der Jakobiner und Sansculotten aufging.

Nun weiß ich wohl, meine Herren, daß keine Parallele möglich ist zwischen unseren Zuständen und den Zuständen vor der französischen Revolution. Damals Unfreiheit, mangelnder Rechtsschutz, schlechte Verwaltung, ein tolles Régime du bon plaisir. Heute verfassungsmäßige Freiheit, Rechtsschutz, steigender Wohlstand! Aber, meine Herren, lernen sollen wir aus der Geschichte, lernen und uns nicht überheben, wir sollen in allen Kreisen und an allen Stellen stark, bescheiden, einfach und tüchtig bleiben.

(Bravo! rechts.)

Dann, aber nur dann werden die Söhne behaupten, was die Väter erworben haben.

(Lebhafter Beifall. — Zischen bei den Sozialdemokraten.)

21. Deutschland und England. — Marokko. — Orientalische Frage und österreichisches Bündnis. — Deutsch-englische Verständigung über den Flottenbau. — Dank an die bürgerlichen Parteien. — Persien. — Tanger und Krügertelegramm. — Der Abg. Ledebour.

Sitzung des Reichstags vom 29. März 1909.

Die Erörterungen im Reichstage vom 7. Dezember 1908 führte der Reichskanzler am 29. März 1909 weiter mit einer Rede bei der Beratung des Etats für Reichskanzler und Reichskanzlei.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ehe ich näher auf die Entwicklung der Orientangelegenheiten eingehe, möchte ich kurz die Ereignisse berühren, bei denen unsere Politik besonders nahe beteiligt gewesen ist, seit ich zum letztenmal die Ehre hatte, mich vor diesem hohen Hause über die auswärtigen Geschäfte des Landes auszusprechen.

Meine Herren, ich stelle voran den Besuch, den Ihre Majestäten der König und die Königin von Großbritannien im Februar dieses Jahres unserem Kaiserpaar in der Reichshauptstadt abgestattet haben[1]). Ich zögere nicht, diesen Besuch in seinem ganzen äußerst harmonischen Verlaufe als ein in jeder Beziehung glückliches Begebnis zu bezeichnen.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die herzliche Aufnahme, die dem englischen Königspaar an unserem Kaiserhofe bereitet worden ist, die sympathische Anteilnahme aller Schichten der Bevölkerung, das Echo, das die Berliner Festtage in England erweckt haben, vor allem aber die Worte aufrichtiger Friedensliebe und Freundschaft, die Seine Majestät der König von England hier gesprochen hat, und die sodann in der englischen Thronrede und in der Adreßdebatte des englischen Parlaments bekräftigt worden sind, — das alles hat beiden Völkern wieder einmal deutlich zum Bewußtsein gebracht, wie viel Grund sie haben, sich gegenseitig zu achten und friedlich in Friedensarbeiten miteinander zu wetteifern.

(Sehr richtig!)

Das Netzwerk ihrer Beziehungen ist nicht so leicht zu zerreißen, soviel auch von mutwilligen Händen daran gezerrt worden sein mag; denn es hat, von allen ideellen Werten abgesehen, seine Festigkeit dadurch erlangt, daß ein großer Teil der Arbeit unserer beiden Völker mit hinein verknüpft

[1]) Der Besuch (9. Februar 1909) war der erste offizielle Besuch König Eduards VII. in Berlin.

worden ist. Es gibt ja kaum zwei Länder, die für ihre nationale Arbeit so sehr aufeinander angewiesen sind wie Deutschland und England.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links.)

Meine Herren, ich möchte mir erlauben, hier einige Zahlen anzuführen, weil diese Zahlen eine überaus beredte Sprache führen. Daß wir, daß Deutschland der beste Kunde des vereinigten Königreichs ist, das wird von allen britischen Handelspolitikern anerkannt und in ganz unanfechtbarer Weise durch die Statistik bestätigt. Nach keinem nichtbritischen Lande der Welt exportiert Großbritannien so stark wie nach dem Deutschen Reiche. Die britischen Erzeugnisse fanden 1898 mit 22,5 Millionen und 1907 mit 41,4 Millionen Pfund Sterling, im Durchschnitt der Jahre 1898—1907 mit 27,6 Millionen Pfund Sterling oder 9% der Gesamtausfuhr britischer Erzeugnisse in Deutschland Absatz — 9%! —, während die Vereinigten Staaten von Amerika 7,1%, Frankreich 5,6% der britischen Ausfuhr aufnahmen. Großbritannien, meine Herren, ist für uns das wichtigste aller der Länder, mit denen wir Handel treiben.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links.)

Der Gesamtumsatz Deutschlands mit Großbritannien erreichte 1907 den enormen Wert von 2037 Millionen Mark, im Durchschnitt der letzten 10 Jahre 1,6 Milliarden Mark. Mit Großbritannien und seinen Kolonien war 1907 der Gesamtumsatz 3080 Millionen Mark, d. h. ein Fünftel des deutschen Außenhandels überhaupt, im Jahresdurchschnitt von 1898—1907 rund $2^1/_3$ Milliarden Mark. Deutschland bezog von Großbritannien 1898 bis 1907 jährlich für rund 680 Millionen Mark; darunter waren 97,4 Millionen Mark Steinkohlen, 84 Millionen Mark Wollengarn, 59 Millionen Mark Baumwollgarn, 26,5 Millionen Mark Roheisen und Weißblech. An Spinnstoffen und Waren daraus lieferte Großbritannien mit seinen Kolonien 1907 rund 731 Millionen Mark, im Durchschnitt von 1898—1907 rund 463 Millionen Mark.

Von der deutschen Ausfuhr nimmt kein Land so viel auf wie Großbritannien. Dorthin gingen 1898 bis 1907 jährlich im Durchschnitt 940,7 Millionen Mark. Im Jahre 1907 war diese Ausfuhr auf 1060 Millionen Mark angewachsen. An der Spitze unserer Ausfuhrartikel steht, wie wir alle wissen, der Zucker, dessen Export nach Großbritannien sich im zehnjährigen Durchschnitt auf 133 Millionen Mark jährlich belief. Deutschlands Export in Geweben und Konfektions-

artikeln nach dem Vereinigten Königreich läßt sich zusammenfassend auf 225 Millionen Mark im Jahresdurchschnitt bewerten, Eisen und Eisenwaren auf 73, chemische Erzeugnisse auf 66 Millionen Mark.

Der überaus lebhafte Warenverkehr mit Großbritannien gibt auch den britischen Schiffen im deutschen Seeverkehr eine besondere Stellung. Im Durchschnitt der Jahre 1898—1907 war der Nettoraumgehalt der beladenen britischen Schiffe beim Eingang in deutsche Häfen 4,6 Millionen Registertons, beim Ausgang aus deutschen Häfen 2,2 Millionen Registertons. In derselben Zeit entfielen im Auslandsverkehr der britischen Häfen vom Nettoraumgehalte der beladenen Schiffe beim Eingange rund 1,5 Millionen Registertons und beim Ausgange rund 2,8 Millionen Registertons auf deutsche Schiffe.

Aus diesen Zahlen, meine Herren, sprechen Werte, die ihre verbindende Kraft jahraus jahrein praktisch betätigen.

Nun weiß ich wohl, meine Herren, daß es, wie bei uns, so auch in einem politisch so reifen Volke wie dem englischen nie an Fanatikern fehlen wird, die keinen Blick haben für die Gesamtheit dieser einigenden Momente, für die große Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen und dem englischen Volke. Ich bleibe aber der festen Hoffnung, daß es ihnen nie gelingen wird, einen ausschlaggebenden Einfluß auf das politische Denken der britischen Nation zu gewinnen.

(Bravo!)

Die Eindrücke, die ich während des englischen Besuchs in einer Reihe von politischen Unterredungen gewonnen habe, bestärken mich in dieser Auffassung, der ich nicht zum ersten Male an dieser Stelle Worte verleihe [1]).

(Lebhaftes Bravo.)

Ich wende mich nun zu Marokko. Meine Herren, über das Abkommen, das wir mit der französischen Regierung wegen Marokko geschlossen haben, glaube ich Sie am besten und am kürzesten orientieren zu können, wenn ich Ihnen folgende Abschnitte eines von mir am 25. Februar d. J. an den Gesandten in Tanger gerichteten Erlasses verlese:

> Die deutsch-französischen Reibungen der letzten Jahre wegen Marokko haben auch auf die sonstigen Beziehungen beider Länder zu einander und damit auf deren Verhältnis zu anderen Nationen und auf die allgemeine politische Lage ungünstig eingewirkt. Da die praktische Bedeutung der von beiden Teilen verfochtenen, sich widersprechenden

[1]) So am 20. Januar 1903, I, S. 400; am 6. Dezember 1905, II, S. 251.

Auffassungen nicht im Verhältnis stand zu dem durch deren Vertretung angerichteten Schaden, so war beiderseits das Bedürfnis nach Beseitigung des Gegensatzes seit einiger Zeit hervorgetreten. Abgesehen von diesen Erwägungen allgemein politischer Natur hatte sich ferner bei den beiden Regierungen die Überzeugung Bahn gebrochen, daß der bisherige Zustand ein Hindernis bildete für die gedeihliche Entwicklung der beiderseitigen örtlichen Interessen in Marokko selbst wie auch für die Gesundung und Erschließung dieses Landes, auf die Deutschland wie Frankreich besonderen Wert legen.

Aus solchen Erwägungen allgemeiner wie lokal-politischer Natur ist das Abkommen vom 9. Februar entstanden, das den bisherigen Zustand zu ändern beabsichtigt. Diese Vereinbarung sichert Frankreich als dem höher zivilisierten Nachbarlande Marokkos, das an der Erhaltung von Ruhe und Ordnung daselbst besonders interessiert ist, einen nicht unberechtigten politischen Einfluß, ohne ihm die Möglichkeit zu geben, sich das Land in irgend einer Form anzueignen; Deutschland aber sichert das Abkommen die freie Betätigung von Handel und Gewerbe in einem unabhängigen, dem heutigen Gebietsumfange entsprechenden Marokko sowie die Möglichkeit, sich an gleicher Betätigung französischer Kreise zu beteiligen und aus deren Errungenschaften Nutzen zu ziehen. An die Stelle gegenseitiger Befehdung sucht das Abkommen eine gemeinsame Arbeit zur Erschließung des Landes zu setzen, die sehr im Sinne beider Regierungen in der ruhigeren Atmosphäre der letzten Zeit bereits in einigen Fällen praktische Formen angenommen hat.

Es folgen dann genaue Anweisungen, um eine streng loyale Durchführung des Abkommens zu sichern und ein freundliches Zusammenwirken der beiderseitigen Vertretungen in Marokko herbeizuführen.

Es freut mich, meine Herren, daß der Widerspruch gegen dieses Abkommen in beiden Ländern gering war und gegen die fast allgemeine Zustimmung nicht aufkommen konnte.

(Sehr richtig! links.)

Bei uns hat man hier und da von einer Inkonsequenz unserer Marokkopolitik gesprochen. Ich könnte Ihnen, meine Herren, in einer historischen Betrachtung nachweisen, daß, wenn unsere Methode nicht immer die gleiche war, doch unser sachlicher Standpunkt immer derselbe geblieben ist. Zeit und Umstände sind eben immer im Fluß und Wechsel. Deshalb

scheint es mir in der Politik überhaupt weniger anzukommen auf starre Konsequenz als auf das praktisch Nützliche.

(Sehr richtig!)

Im Falle des Marokkoabkommens liegt dem Vorwurf der Inkonsequenz, wie ich glaube, eine irrige Auffassung über unsere Aufgaben in Marokko zugrunde. Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben und politische Interessen niemals beansprucht haben, Frankreich, das dort sehr natürliche und beträchtliche politische Interessen besitzt, dauernde Schwierigkeiten zu bereiten?

Meine Herren, es gibt ja eine Meinung, wonach es gut sein soll, einem Lande, das früher einmal unser scharfer Gegner war, überall in der Welt und namentlich an empfindlichen Stellen, wie Marokko eine für Frankreich ist, offen und versteckt entgegenzuwirken, bloß weil wieder eine Zeit kommen könnte, wo wir gezwungen wären, mit diesem Lande die Klingen zu kreuzen. Meine Herren, ich möchte diese Theorie die Theorie der krummen Politik nennen, die hinten herum arbeitet und die Wunden anderer offen zu halten sucht.

Ich habe hier schon einmal davon gesprochen, daß es einer großen Nation nicht würdig und auch nicht nützlich ist, vom Hader anderer leben zu wollen[1]. Das Bewußtsein der Kulturgemeinschaft unter den zivilisierten Völkern hat sich im Laufe des vergangenen Jahrhunderts zu sehr gestärkt, als daß eine Politik der Schadenfreude nicht überall Mißtrauen erwecken müßte

(sehr richtig! rechts),

ohne dem eigenen Lande zu nützen.

(Sehr richtig! rechts.)

Für ganz verfehlt, meine Herren, halte ich die Berufung auf den Fürsten Bismarck. Sie wissen alle, daß Fürst Bismarck es als nützlich betrachtete, wenn Frankreich seine Tatkraft in kolonialen Unternehmungen betätigte. Nun, meine Herren, zu seiner Zeit gab es für Frankreich eine offene, eine schmerzhafte Wunde: das war Tonkin. Wenn sich die Archive einmal öffnen werden, dann wird sich erst zeigen, wie der große Mann sein Möglichstes tat, um die chinesische Regierung von kriegerischen Unternehmungen gegen Frankreich abzuhalten.

(Hört! hört! rechts.)

---

[1]) Am 30. April 1907, oben S. 39.

Das war das Gegenteil einer Politik der Schadenfreude. Das deutsche Volk ist stark, das deutsche Volk ist groß genug, um eine offene, eine klare, eine gerade Politik zu treiben, und der Ausdruck einer solchen Politik ist auch das Abkommen, das ich mit der französischen Regierung getroffen habe.

Meine Herren, ich wende mich nun zum nahen Orient. Es ist, wie Sie wissen, ein Gerede aufgebracht worden, als wäre ich anfangs unsicher gewesen wegen der Haltung, die wir einzunehmen hätten gegenüber der Annexion von Bosnien und Herzegowina. Es ist sogar versucht worden, mich durch die Presse unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen als schwankend, bedenklich und vertrauensunwürdig zu denunzieren.

(Hört! hört!)

Da es sich hier um den Versuch einer Legendenbildung handelt, die unsere intimsten Bundesbeziehungen berührt, so meine ich, daß diese Legende gar nicht kräftig genug zerstört werden kann. Ich werde Ihnen deshalb einige Mitteilungen aus den Akten machen, aus denen Sie ersehen werden, daß ich von Anfang an meine Stellung zu dem Vorgehen der österreichisch-ungarischen Monarchie mit aller Entschiedenheit genommen und präzisiert habe.

Die österreichisch-ungarische Zirkularnote wegen der Annexion und der damit zusammenhängenden Fragen ist uns am 7. Oktober des vorigen Jahres übergeben worden. Am Tage vorher war auf meine Weisung der Kaiserliche Botschafter in Wien dahin instruiert worden:

> ich legte besonderen Wert darauf, daß man in Wien hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei dies für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität. Es entspreche dem Bündnis mit Österreich-Ungarn, dem Europa zum guten Teil einen dreißigjährigen Frieden verdanke.

Die gleiche Sprache ließ ich an anderen diplomatischen Stellen führen.

Nach London z. B. gab ich am 7. Oktober Weisung, zu betonen, daß wir einerseits für die jungtürkische Reformbewegung aufrichtige Sympathie hätten, daß wir andererseits unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen in seiner schwierigen Lage nicht im Stich lassen würden. Am 13. Oktober teilte ich nach London mit, daß Österreich-Ungarn eine Diskussion über die bosnische Frage auf einer Konferenz nicht zulassen könne und daß wir unserem Verbündeten in dieser Auffassung zur Seite ständen. An diesem selben Tage ließ ich eine Instruktion nach Wien gehen, aus der ich Ihnen abschließend noch einen Passus mitteilen möchte. Ich schrieb an unseren Botschafter in Wien:

Ich hatte gestern Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Seiner Majestät dem Kaiser und Könige und bin in der Lage, zu sagen, daß Seine Majestät vollständig den Standpunkt billigt und teilt, den ich vom ersten Tage an eingenommen habe, die Auffassung nämlich, daß für uns weder Veranlassung vorliegt, noch auch Neigung bei uns besteht, das Vorgehen unseres Verbündeten einer Kritik zu unterziehen, wohl aber der feste Wille, in Erfüllung unserer Bündnispflichten an seiner Seite zu stehen und zu bleiben. Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, wird unser Verbündeter auf uns rechnen können. Seine Majestät der Kaiser und König, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den ehrwürdigen Kaiser und König Franz Joseph bekannt ist, steht in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten.

Das also, meine Herren, war der Standpunkt, und das waren meine Instruktionen von dem ersten Tage an. Danach können Sie ermessen, was es auf sich hat, wenn man mich als unsicheren Kantonisten hat verdächtigen wollen.

Ebenso wie gegen die grundlose Behauptung, als ob ich unseren österreichisch-ungarischen Verbündeten anfangs nur zögernd und lau unterstützt hätte, muß ich mich nun auch gegen den entgegengesetzten Vorwurf wenden —, nämlich, daß wir uns mit überflüssigem Eifer an der Seite von Österreich-Ungarn gehalten hätten. Es wird darüber geklagt, daß wir uns dadurch unnötigerweise in Gefahr begeben hätten. Man hat uns vorgeworfen, daß wir uns nur für Interessen eingesetzt hätten, die nicht unsere eigenen Interessen wären. Diese Vorwürfe treten auf mit dem Anschein eines gesunden politischen Egoismus, und sie werden vorgetragen unter Berufung auf die Autorität des Fürsten Bismarck. Es wird als Bismarcksche Ansicht hingestellt, daß wir in der Balkankrisis jede Stellungnahme hätten vermeiden sollen. Meine Herren, ich behaupte, daß eine solche Laodicäer-Politik vom Fürsten Bismarck ohne Bedenken verworfen worden wäre. Nicht, in Balkan-, in Orientfragen überhaupt Stellung zu nehmen, hat Fürst Bismarck widerraten, sondern vorzeitig Stellung zu nehmen oder die Führung an sich zu nehmen. Ich will Sie an ein Wort des Fürsten Bismarck erinnern, das zu seiner Zeit, als es gesprochen wurde, eine allgemein mahnende Betrachtung war, und das heute eine schlagende Rechtfertigung ist. In seiner unsterblichen Rede vom 6. Februar 1888 sagte Fürst Bismarck — ich habe mir die Stelle ausgeschrieben —:

Ein Staat wie Österreich-Ungarn wird dadurch, daß man ihn im Stiche läßt, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand

zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist.

Hier, meine Herren, nicht in der Aussicht auf einen handfesten territorialen oder wirtschaftlichen Gewinn liegt unser eigenes und eigentliches Interesse in der gegenwärtigen Situation.

(Sehr wahr!)

Glauben Sie wirklich, meine Herren, daß wir einen neuen Freund gewonnen, irgendeinen Ersatz gefunden hätten für ein durch 30 Jahre bewährtes Bündnis, wenn wir die Probe auf unsere Treue nicht bestanden hätten

(lebhaftes Sehr richtig!),

lediglich aus Furcht, den Anschluß an andere Mächte nicht zu finden?

(Wiederholtes lebhaftes Sehr richtig!)

Wir würden uns, meine Herren, sehr bald, und dann ohne Österreich-Ungarn, derselben Mächtegruppierung gegenübergesehen haben, der Österreich-Ungarn hätte weichen müssen.

(Sehr richtig! auf allen Seiten des Hauses.)

Gewiß, meine Herren, *Deutschland ist stark genug, um sich im Notfalle auch allein zu behaupten.*

(Vielfaches Bravo.)

Das ist aber kein Grund, einen loyalen Bundesgenossen, der überdies ein außerordentlich wichtiger Faktor in der europäischen Staatengesellschaft ist, in einer für ihn schwierigen Lage allein zu lassen und auf andere Freundschaften anzuweisen.

(Lebhaftes Sehr richtig!)

Die Politik des Finassierens ist nicht immer eine kluge Politik, und sie ist jedenfalls verfehlt dem Freunde gegenüber, der Klarheit und Offenheit erwartet. Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen. Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber mußte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn

gemeinsam repräsentieren, und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Wagschale geworfen wird.

Meine Herren, ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig!

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenliede; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten

(lebhaftes Bravo),

die wollen wir gegenseitig wahren.

(Erneuter Beifall.)

Meine Herren, damit aber ängstlichen Gemütern nicht Bilder blutigen Kampfes emporsteigen, beeile ich mich, hinzuzufügen, daß ich gerade in unserem festen Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn eine eminente Friedenssicherung erblicke.

(Sehr wahr!)

Die Publizierung des österreich-ungarisch-deutschen Bündnisses [1]) hat seinerzeit auf kriegslustige Elemente in Europa beruhigend eingewirkt. Die Konstatierung, daß dieses Bündnis auch heute nichts von seiner Kraft eingebüßt hat, kann in derselben Richtung nur nützlich wirken.

(Sehr richtig!)

Den Kritikern aber, meine Herren, die mir in der Presse und sonstwo den Buchstaben des Vertrags entgegenhalten, sage ich einfach, daß hier der Buchstabe tötet.

Nun, meine Herren, weiß ich wohl, daß wir Deutsche der Überzeugung bedürfen, auf seiten einer gerechten Sache zu stehen; wir haben dieser Überzeugung oft genug Opfer gebracht. Es liegt auch im deutschen Charakter, eine Sache gern deshalb für die gerechte zu halten, weil sie die schwächere ist.

Meine Herren, diesmal brauchen wir keine Skrupeln zu haben, und sie sind meines Wissens auch nirgends bei uns hervorgetreten. Es unterliegt für mich nicht dem mindesten Zweifel, daß Österreich-Ungarn in seinem Konflikt mit Serbien das Recht durchaus auf seiner Seite hat.

(Lebhaftes Sehr richtig.)

[1]) Am 3. Februar 1888.

Die Annexion der beiden Provinzen ist kein zynischer Landraub, sondern der letzte Schritt auf der Bahn einer seit 30 Jahren unter Anerkennung der Mächte betätigten politischen und kulturellen Arbeit.

(Lebhaftes Sehr richtig.)

Das Reichstadter Abkommen ist ja schon 1876 geschlossen worden [1]). Die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina erfolgte seinerzeit, weil der ursprüngliche Besitzer den Aufstand in jenen beiden Provinzen nicht zu dämpfen vermochte, und Österreich-Ungarn den Aufruhr weiter Landstrecken dicht an seiner Grenze auf die Länge unmöglich ruhig mit ansehen konnte. Was die österreich-ungarische Verwaltung in dieser Zeit für die beiden Provinzen getan hat, das, meine Herren, ist von allen sachverständigen Beurteilern als eine glänzende Kulturleistung anerkannt worden [2]).

(Sehr richtig!)

Österreich-Ungarn hat also sein Recht auf die beiden Provinzen in stetiger Arbeit erworben. Der Verstoß gegen das formale Recht, der bei der Annexion begangen wurde, ist durch die Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Pforte ausgeglichen worden. Bei diesen Verhandlungen ist von beiden Seiten mit staatsmännischer Weisheit den Interessen beider Teile gedient worden, und ich glaube, daß beide Teile Anlaß haben, sich zu dem gelungenen Abschluß Glück zu wünschen [3]).

(Sehr richtig!)

Nachdem, meine Herren, eine Einigung unter den Nächstbeteiligten erzielt worden ist, wird auch die formelle Anerkennung der übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrags nicht ausbleiben können. Daß aber auch das Placet Serbiens erforderlich sein sollte, das, meine Herren, ist eine Zumutung, die Österreich-Ungarn von Anfang an mit Recht zurückgewiesen hat

(sehr richtig!),

mag sie nun in der Form des Anspruchs auf Kompensationen oder in anderer Weise aufgetreten sein. Den Serben steht keinerlei Rechtsanspruch zur Seite.

(Sehr richtig! rechts.)

---

[1]) Das Abkommen von Reichstadt vom 8. Juli 1876 besagte, daß, wenn die Türkei von Serbien und Montenegro besiegt würde, Österreich den Hauptteil von Bosnien und Herzegowina und Rußland Bessarabien erhalten sollten.

[2]) Die Verwaltung des Baron Kallay.

[3]) Der Abschluß erfolgte am 26. Februar 1909.

Die serbischen Rüstungen sind ein gefährliches Spiel [1]). Wenn es nun auch ein unerträglicher Gedanke ist, daß der europäische Frieden wegen Serbien gefährdet werden sollte, so folgt daraus doch keineswegs, daß Österreich-Ungarn oder die Türkei anzuhalten wären, unberechtigten politischen und territorialen Aspirationen der Serben nachzugeben. Vielmehr würde eine starke Verantwortung aus der ganzen Lage der Dinge für diejenigen erwachsen, die dazu beitragen sollten, die serbischen Aspirationen in irgend einer Weise zu ermutigen. Sie sind keinen Krieg, geschweige denn einen Weltbrand wert. Ich habe aber die beste Zuversicht, daß das Friedensbedürfnis Europas stark genug sein wird, um einen solchen Weltbrand zu verhüten. Die Haltung, welche die russische Politik in der Annexionsfrage neuerdings angenommen hat, bestärkt mich in dieser Hoffnung. Durch diese Haltung haben sich die Leiter der russischen Politik und insbesondere Seine Majestät der Kaiser Nikolaus Anspruch auf die Anerkennung und die Dankbarkeit aller Friedensfreunde in Europa erworben.

(Bravo!)

Unsere Haltung gegenüber der Konferenzfrage hat sich nicht geändert. Wir haben nach wie vor keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Konferenz, vorausgesetzt, daß alle europäischen Mächte an ihr teilnehmen, daß die Mächte sich vorher über die streitigen Punkte einigen, und das Konferenzprogramm genau festgesetzt und umgrenzt wird. Denn wir wünschen, meine Herren, daß die Konferenz nicht ein Aufregungsmittel, sondern — ich bediene mich der Worte des englischen Ministers des Äußern — ein Beruhigungsmittel sein möge.

Nun ist weiter gesagt worden, wir hätten uns bemühen sollen, die in Europa bestehenden und gewiß nicht ungefährlichen Gegensätze auszugleichen, und es wird uns vorgeworfen, daß wir in dieser Richtung nicht genug getan hätten. Meine Herren, man übersieht dabei, daß wir gar keine Veranlassung hatten, eine übertriebene Geschäftigkeit zu entwickeln. Soweit aber eine Grundlage für eine vermittelnde Tätigkeit vorhanden war, haben wir es natürlich nicht an Bemühungen in ausgleichendem Sinne fehlen lassen. Wir sind in dieser Richtung und nicht ohne Erfolg zwischen Wien und Konstantinopel und auch zwischen Wien und St. Petersburg tätig gewesen. Dabei sind wir uns allerdings stets der Grenzen bewußt

[1]) Serbien rüstete, weil es sich durch das österreichische Vorgehen auf seinem Wege zum Meere bedroht fürchtete; seine „politischen und territorialen Aspirationen“ gingen eben darauf, sich diesen Zugang zunächst zum Adriatischen Meere zu eröffnen.

geblieben, die unser eigenes Interesse und die Loyalität gegenüber Österreich-Ungarn einer vermittelnden Tätigkeit setzen. Ich will diese Grenzen genau bezeichnen: Wir haben keinen Schritt getan und werden keinen Schritt tun, der den mindesten Zweifel ließe an unserer festen Entschlossenheit, kein österreichisch-ungarisches Lebensinteresse preiszugeben.

(Bravo!)

Und ebensowenig sind wir dafür zu haben, daß an Österreich-Ungarn Zumutungen gestellt werden, die unvereinbar wären mit der Würde der habsburgischen Monarchie.

(Beifall.)

Meine Herren, unsere eigene Geschichte mahnt uns zur Vorsicht auf dem Gebiete auch der ehrlichsten Maklertätigkeit. Wem von uns schwebte nicht als großartiges Beispiel der Berliner Kongreß vor? Diese weltgeschichtliche Handlung wurde geführt durch den größten Staatsmann des vergangenen Jahrhunderts. Sein leitender Gedanke dabei war, zu verhüten, daß zwischen den europäischen Mächten ein Krieg ausbreche, in den Deutschland hineingezogen werden konnte. So machte der gewaltige Fürst sich an die Arbeit, den Frieden zu erhalten. Und er erhielt ihn auch. Aber in mancher Hinsicht trugen wir die Kosten des Verfahrens.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Zank, der Ärger, der Haß der Streitenden richtete sich nach dem Kongresse weniger gegen den bisherigen Gegner als gegen uns. Die Scherben aller enttäuschten Hoffnungen wurden gegen uns geschleudert. Ich habe als junger Mensch an dem Kongresse teilgenommen. Ich stand durch meinen Vater und seine amtlichen und freundschaftlichen Beziehungen zum Fürsten Bismarck den Ereignissen nahe. So erfuhr ich, daß Deutschland, das den Frieden für andere erhalten hatte, selbst bald nach dem Kongresse in Kriegsgefahr schwebte. Mit dieser Erfahrung vor Augen haben wir uns die Linien für unsere jetzige Orientpolitik vorgezeichnet. Wir wahren unsere eigenen Interessen und stehen treu zu Österreich-Ungarn. Das ist — um dies auch in diesem Zusammenhang nochmals zu betonen — identisch. Indem wir fest zu Österreich-Ungarn stehen, sichern wir am besten unsere Interessen. Und damit, meine Herren, tragen wir auch am meisten bei zur Erhaltung des Friedens, des europäischen Friedens, dessen Wahrung aufrichtig gewünscht wird von diesem hohen Hause und vom deutschen Volke!

(Lebhaftes vielfaches Bravo.)

In derselben Sitzung ergriff Fürst Bülow dann nochmals das Wort.

Reichskanzler Fürst v. Bülow:

Meine Herren, von verschiedenen Seiten ist die Frage einer deutsch-englischen Verständigung über den Flottenbau behandelt worden. Ich habe darüber folgende Erklärung abzugeben: Wie im Auftrag des Reichskanzlers in der Kommissionssitzung vom 23. März erklärt worden ist[1]), sind über die Frage einer deutsch-englischen Verständigung, über Umfang und Kosten der Flottenprogramme zwischen maßgebenden englischen und deutschen Persönlichkeiten zwar unverbindliche Gespräche geführt worden, niemals aber ist ein englischer Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können.

Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, mit dem Bau der deutschen Flotte in Wettbewerb zu der britischen Seemacht zu treten. Durch zahlreiche Erklärungen im Deutschen Reichstag und durch den Inhalt des Flottengesetzes selbst ist das unverrückbare Ziel der deutschen Flottenpolitik dahin festgelegt worden, daß wir unsere Flottenrüstung lediglich zum Schutze unserer Küsten und unseres Handels schaffen wollen. Es ist auch eine unanfechtbare Tatsache, daß das Programm unseres Flottenbaus in voller Offenheit daliegt, daß wir nichts zu verheimlichen, nichts zu verstecken haben, und daß nicht beabsichtigt ist, die Durchführung des Bauprogramms über die gesetzlichen Fristen hinaus zu beschleunigen.

(Hört! hört! rechts.)

---

[1]) Die Erklärung wurde am 23. März in der Budgetkommission des Reichstages vom Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherrn v. Schoen im Namen des Reichskanzlers abgegeben und lautete: „Die englische Regierung hat zwar ihre Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über Umfang und Kosten der Flottenprogramme in allgemeiner Weise zu erkennen gegeben, sie hat aber keinen dahingehenden formellen Antrag gestellt. In den unverbindlichen Gesprächen, die über diese Frage zwischen maßgebenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattgefunden haben, ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen befreundeten Regierungen pflegt es vermieden zu werden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde vermieden, einen formellen Antrag an uns zu richten, und wir haben daher keine Stellung zu einem solchen Antrag zu nehmen gehabt.

Die Gründe für unsere abwartende Haltung gegenüber dem Gedanken einer allgemeinen Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember v. Js. vom Reichskanzler im Reichstag dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser gesetzlich festgelegter Flottenbau ist ausschließlich nach unserm eigenen Schutzbedürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgend einer Nation dar, wie schon wiederholt von uns betont worden ist."

Alle dem entgegenstehenden Gerüchte sind falsch. Wir werden frühestens im Herbst des Jahres 1912, wie gesetzlich bestimmt, 13 neue große Schiffe, darunter 3 Panzerkreuzer, verwendungsbereit haben. — Admiral v. Tirpitz wird Ihnen darüber noch eine genauere Erklärung abgeben.

Die allgemeine Stellung der verbündeten Regierungen zur Abrüstungsidee wird von den Gesichtspunkten bestimmt, die der Reichskanzler am 30. April 1907, vor dem Zusammentreten der letzten Haager Konferenz, und am 10. Dezember 1908 im Reichstage dargelegt hat [1]). Es ist seitdem keine Formel bekannt geworden, die der großen Verschiedenheit der geographischen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lage der verschiedenen Völker gerecht würde und eine geeignete Verhandlungsbasis böte. Solange aber die brauchbare Grundlage fehlt, muß die Kaiserliche Regierung an der Ansicht festhalten, daß Verhandlungen über Einschränkung des Flottenbaus keinen wirklichen Erfolg versprechen, gleichviel ob diese Verhandlungen nun zwischen zwei oder zwischen mehr Mächten geführt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Die verbündeten Regierungen nehmen für sich in Anspruch, daß ihr Standpunkt in der vorliegenden Frage von Motiven des Friedens und der Humanität bestimmt wird und völlig in Übereinstimmung ist mit der friedlichen, Jahrzehnte hindurch bewährten Richtung der gesamten deutschen Politik.

(Lebhaftes Bravo.)

Wenn wir daher in der Zurückhaltung verharren, so liegt darin nichts Auffälliges oder Unfreundliches für eine andere Macht, zumal da wir dabei nur von dem selbstverständlichen Recht Gebrauch machen, über innere deutsche Verhältnisse mit dem Ausland nicht zu diskutieren.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die Kaiserliche Regierung wird es auch weiterhin als ihre Pflicht betrachten, alle freundschaftlichen Tendenzen zwischen Deutschland und Großbritannien zu fördern und auf ein Verhältnis zwischen beiden Völkern hinzuarbeiten, das dem Argwohn keinen Raum läßt.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich habe das Wort aber auch erbeten, um den Vertretern der bürgerlichen Parteien, die soeben das Wort

---

[1]) S. oben S. 33 ff. und 162 ff.

ergriffen haben zu den großen Fragen der auswärtigen Politik, die heute zur Diskussion standen, meinen Dank auszusprechen für die Unterstützung, die sie uns in diesen Fragen gewährt haben. Die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien ist für die verbündeten Regierungen und ist für die Leitung unserer auswärtigen Politik gerade in einem ernsten Augenblick, wie es der gegenwärtige ist, besonders wertvoll. Ich will näher nur auf einige wenige Punkte eingehen, die von den Herren Vertretern der bürgerlichen Parteien besprochen worden sind.

Der Herr Abgeordnete Graf Kanitz hat die Wirren und Unruhen in Persien berührt[1]). Zu unserer Stellung zu den Vorgängen in Persien hat sich nichts geändert. Wir haben in Persien keine politischen Ziele, sondern verfolgen dort nur wirtschaftliche Aufgaben, deren Bedeutung ich ebensowenig unterschätze wie der Herr Abgeordnete Graf Kanitz. Diese unsere wirtschaftlichen Aufgaben in Persien sind begründet worden durch den Handelsvertrag, den wir mit Persien abgeschlossen haben, und werden durch Vereinbarung dritter Mächte, an denen wir nicht beteiligt sind, nicht berührt. Unseren Interessen in Persien wird am besten gedient, wenn die Unabhängigkeit und Integrität von Persien und die Freiheit des Handels aufrecht erhalten bleiben. Das englisch-russische Abkommen greift in diese Interessen nicht ein, enthält vielmehr die ausdrückliche Verpflichtung, die Souveränität und Unabhängigkeit von Persien zu respektieren und für die offene Tür für alle Nationen einzutreten. Übrigens sind uns bis in die letzte Zeit aus St. Petersburg wie aus London spontane Zusicherungen in derselben Richtung zugegangen. Unter diesen Umständen hatten wir keine Veranlassung, Stellung zu nehmen gegen das englisch-russische Abkommen. Es entspricht unseren allgemeinen Gesichtspunkten gegenüber Persien, daß wir es vermeiden, uns in die dortigen innerpolitischen Fragen einzumischen. Wenn Rußland und England den Vorgängen in Persien besondere Aufmerksamkeit zuwenden, so verkennen wir nicht, daß beide Mächte mit Rücksicht auf die territorialen Verhältnisse an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Persien in erster Linie interessiert sind. Wir haben also — und damit resümiere ich mich — keine Veranlassung, aus der Zurückhaltung hervorzutreten, die wir gegenüber den politischen Fragen in Persien bisher eingenommen haben.

(Sehr richtig!)

---

[1]) Graf Kanitz hatte das englisch-russische Abkommen über Persien vom 31. August 1907 erwähnt und auf die von 1904 bis 1907 erheblich gestiegenen Zahlen des deutschen Handelsverkehrs mit Persien hingewiesen.

Meine Herren, von einigen Seiten ist an Einzelpunkten unserer Marokkopolitik Kritik geübt worden. Nachdem es einmal Streit gegeben hat, könnte ich die Rechtfertigung unseres Verhaltens in den mir vorgehaltenen Einzelpunkten, die an und für sich vielleicht nicht so schwierig wäre, nicht durchführen, ohne auf der anderen Seite Empfindlichkeiten zu beleben, die eben jetzt zu verglimmen beginnen.

(Sehr richtig!)

Daß ich aber alten Zank wieder aufrühre, würde für einen ruhigen Gang unserer Politik nicht förderlich sein.

(Sehr richtig!)

Wenn Sie die guten Beziehungen zu Frankreich pflegen wollen — und das wollen Sie ja doch auf allen Seiten dieses hohen Hauses

(lebhafte Zustimmung) —,

dann müssen Sie vor allen Dingen die Rücksichten gelten lassen, die beide Regierungen und beide Völker nach einer schwierigen diplomatischen Auseinandersetzung einander noch mehr als sonst schuldig sind. Ich will deshalb nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, die einer retrospektiven Kritik unterworfen worden sind.

Nur das eine will ich sagen: es ist auch der Besuch Seiner Majestät des Kaisers in Tanger [1]) erwähnt worden. Ich kann mich hierüber ganz kurz fassen. Der Besuch Seiner Majestät des Kaisers in Tanger war, wie Sie sich erinnern werden, ein wohlerwogener Schritt in dem Rahmen unserer damaligen politischen Aktion. Ich habe nichts von dem zurückzunehmen, was ich darüber gesagt habe — es muß, wenn ich mich nicht irre, im Dezember 1905 gewesen sein [2]) — also was ich damals vor diesem hohen Hause gesagt habe. Ich habe damals erklärt, daß ich diesen Besuch Seiner Majestät dem Kaiser angeraten habe, und daß ich diesen Besuch mit meiner vollen politischen Verantwortung decke.

Nun ist, meine Herren, heute hier und da, wohl auch gelegentlich anderswo, von einer Inkonsequenz unserer Marokkopolitik gesprochen worden. In der Politik ist nichts von ewiger Dauer. Das Ziel: die Wohlfahrt, die Größe, die Macht des Vaterlandes, bleibt dasselbe, das muß man mit starrer Konsequenz im Auge halten; aber die Mittel und Wege wechseln je nach dem Bedürfnis, — da kann man nur nach der Oppor-

---

[1]) Am 31. März 1905.

[2]) Am 9. Dezember 1905; II, S. 272.

tunität gehen. Den Verhältnissen muß jeder Politiker Rechnung tragen; sonst ist er eben kein Politiker.

(Sehr wahr! rechts. — Stürmische andauernde Heiterkeit.)

In diesem Zusammenhange möchte ich Ihnen eine Bemerkung wiederholen, die mir einmal ein verstorbenes Mitglied dieses hohen Hauses gemacht hat, und die in dem Sinne ungefähr auf dasselbe hinauskam, was der Urheber des Zwischenrufs, den wir soeben gehört haben, wahrscheinlich andeuten wollte. Ein verewigtes, sehr geistvolles Mitglied dieses hohen Hauses, der verstorbene Abgeordnete Ludwig Bamberger, der mir wohlwollend gesinnt war, sagte mir einmal auf einem Spaziergange, den wir zusammen im Tiergarten machten: „Ich glaube, das Geheimnis der auswärtigen Politik liegt in einer gewissen kühnen Inkonsequenz." Die auswärtige Politik kann auch nicht in einem von vornherein in allen einzelnen Punkten festgelegten Plan geführt werden; denn sie ist die Kunst, mit den gegebenen Faktoren zu rechnen, und vor allen Dingen muß sie sich halten innerhalb des ordo rerum agibilium. Das hat schon der heilige Thomas von Aquino gesagt

(stürmische Heiterkeit),

dessen Autorität ich sehr hoch stelle.

Meine Herren, es ist aber auch das Telegramm erwähnt worden, welches Seine Majestät der Kaiser — es war wohl im Januar 1896 — an den Präsidenten Krüger gerichtet hat [1]). Es ist gefragt worden, ob dieses Telegramm ein Akt persönlicher Initiative oder ein Staatsakt gewesen sei. In dieser Beziehung, meine Herren, kann ich Sie auf Ihre eigenen Verhandlungen verweisen. Sie werden sich daran erinnern, daß die Verantwortlichkeit für dieses Telegramm von den damaligen Leitern unserer politischen Geschäfte niemals abgelehnt worden ist. Das Telegramm war ein Staatsakt, hervorgegangen aus amtlichen Beratungen; es war in keiner Weise ein Akt persönlicher Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Wer das behauptet, der kennt die Vorgänge nicht und tut Seiner Majestät dem Kaiser vollkommen unrecht.

Meine Herren, ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ledebour.

(Oh! oh! rechts.)

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Ledebour dankbar dafür, daß er es schmerzlich empfindet, wenn ich nicht an allen Beratungen dieses hohen

[1]) Am 3. Januar 1896.

Hauses teilnehmen kann, und daß er so froh ist, wenn er mich hier wieder erblickt.

(Große Heiterkeit.)

Im übrigen empfand ich während der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ledebour vor allem ein Gefühl, nämlich das Gefühl der Sehnsucht nach dem Herrn Abgeordneten Bebel.

(Sehr richtig!)

Eine tiefe Kluft trennt die Weltanschauung des Herrn Abgeordneten Bebel von meiner Weltanschauung. Es bestehen zwischen dem Herrn Abgeordneten Bebel und mir auf vielen Gebieten die schärfsten Gegensätze. Aber, meine Herren, das muß ich doch sagen: der Herr Abgeordnete Bebel machte die Sache wirklich besser!

(Sehr wahr! und stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, auf die weitschweifigen Darlegungen des Herrn Abgeordneten Ledebour über die Flottenvorlage werde ich nicht weiter eingehen.

(Bravo! rechts.)

Ich habe soeben gesagt, wie dankbar ich die Zustimmung der Vertreter aller bürgerlichen Parteien anerkenne. Ich meine aber, daß ich den Wert dieser Zustimmung nicht steigern würde, wenn ich mich mit dem Herrn Abgeordneten Ledebour auf eine große Streiterei einließe.

(Sehr gut! Sehr wahr!)

Ich habe im allgemeinen gewiß nicht den Hang, unhöflich zu sein — man wirft mir ja sogar nicht selten vor, ich sei zu höflich

(Heiterkeit) —;

aber die Höflichkeit muß aufhören, wo es auf klares und festes Handeln ankommt. Der Herr Abgeordnete Ledebour hat gerade in seinen Ausführungen über die Flottenfrage so viel Leichtgläubigkeit an den Tag gelegt gegenüber ausländischen Behauptungen, wie sie namentlich hervorgetreten sind in dem uns feindlichsten Teil der ausländischen Presse, so wenig Verständnis für vaterländische Gesichtspunkte

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

daß von ihm ein ruhiges, klares Urteil über diese ernste und große Frage nicht zu erwarten ist.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, mit Phantasien, mit Idiosynkrasien ohne jedes historische Verständnis

(sehr gut! und Heiterkeit),

mit dem revolutionären Drang eines Allerweltsverbesserers läßt sich keine praktische und nationale auswärtige Politik treiben.

(Bravo! rechts und links.)

Da nur eine solche für mich in Frage kommen kann, so lehne ich es ab, über die Frage der Flottenverständigung etwas anderes zu sagen, als was ich soeben im Eingange meiner Ausführungen erklärt habe.

(Sehr gut!)

Meine Herren, ich will nur noch eins hinzufügen. Der Herr Abgeordnete Ledebour behauptet, daß nicht die Monarchen, nicht die Minister, sondern die Sozialdemokraten, und speziell die serbischen und russischen Revolutionäre, den Krieg verhindert hätten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Gelächter rechts.)

Die Angriffe, meine Herren, die er bei dieser Gelegenheit gegen die russische Regierung, gegen die amtliche russische Politik und insbesondere gegen Seine Majestät den Kaiser Nikolaus gerichtet hat, weise ich zurück. Die Auffassung aber, als ob der Weltfriede gefährdet werde durch die Souveräne und durch die Minister, durch den Ehrgeiz der Monarchen und durch die Ränke der Minister, entspricht nicht der heutigen Sachlage, sondern sie steht im Gegensatz zu den wirklichen tatsächlichen Verhältnissen. Die meisten Konflikte, die die Welt im Laufe der letzten Jahrzehnte gesehen hat, sind nicht hervorgerufen worden durch fürstliche Ambitionen oder durch ministerielle Umtriebe, sondern durch leidenschaftliche Regungen der öffentlichen Meinung, die durch Presse und Parlament die Exekutive mit sich fortriß.

(Sehr gut! sehr richtig! rechts und links.)

Und, meine Herren, wenn es wieder, was Gott verhüte, zu Kriegen kommen sollte, so würden sie auch hervorgerufen werden durch jene acherontischen Gewalten, die Weltkriege heute manchmal noch leichtsinniger entzünden könnten, als früher jemals ein ruhmliebender Herrscher oder irgend ein ambitioser Staatsmann. Ein hervorragender englischer Staatsmann, Lord Salisbury, hat schon vor Jahren gesagt, daß der Völkerfriede heutzutage mehr von der wachsenden Macht zankfüchtiger und leicht erregbarer Demokratien als von ehrgeizigen Fürsten und Abenteuer liebenden Staatsmännern gefährdet werde. Die Monarchen sind heute alle fried-

fertig, die Regierungen sind es auch, das sage ich en connaissance de cause.

Und was die Diplomaten betrifft, das haben Sie ja beobachten können während der letzten Wochen, so erblicken sie ihre Aufgabe mehr oder weniger darin, mit Löscheimern herbeizueilen, wo irgendwo aus der Tiefe Feuerflammen aufsteigen.

(Heiterkeit.)

Überhaupt, meine Herren, verstehe ich nicht die Abneigung gegen die Diplomaten, die aus allen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Ledebour sprach. Er gebraucht das Wort Diplomat fast immer nur im sarkastischen Sinne, sozusagen mit Gänsefüßchen.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, es hat auch recht tüchtige Diplomaten gegeben. Und ich kenne sogar in der sozialdemokratischen Partei manchen Herrn, der gar nicht ohne diplomatische Begabung ist.

(Große Heiterkeit.)

Von dem Herrn Abgeordneten Ledebour kann ich das freilich nicht behaupten.

(Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, aus dem, was ich soeben gesagt habe, ersehen Sie, daß die Zeit der Kabinettskriege vorüber ist, und das ist ein Glück. Sie entnehmen daraus aber auch die Überzeugung, wie sehr jetzt alle diejenigen, die in irgend einem Grade Einfluß auf die öffentliche Meinung haben, und vor allem die Parlamente und ihre Mitglieder dazu beitragen sollen, die auf den Frieden gerichteten Bemühungen der Regierungen vertrauensvoll zu unterstützen.

(Sehr gut!)

Daß das von seiten der Vertreter aller bürgerlichen Parteien heute geschehen ist, dafür spreche ich nochmals meinen Dank aus.

(Vielfaches lebhaftes Bravo.)

22. Der Royalismus des Kanzlers. — Welfische Frage. — Der Kaiser. — Kamarilla. — Vorgehen gegen die Sozialdemokratie. — Besitzsteuer und Finanzreform.

Sitzung des Reichstags vom 30. März 1909.

Am folgenden Tage, 30. März 1909, der zu demselben Etatsposten der Besprechung der inneren Politik gewidmet wurde, griff der Abgeordnete Götz v. Olenhusen den Reichskanzler wiederum wegen der welfischen Frage an. Dabei warf er ihm vor, daß er bei der Debatte über die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" den Kaiser nicht besser verteidigt hätte; er stellte seine eigene Königstreue in Parallele zu der Haltung des Kanzlers, worauf dieser sofort antwortete.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete Götz v. Olenhusen, hat sich erlaubt, — — —

(Zurufe in der Mitte und bei den Polen: Erlaubt?! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— ja wohl erlaubt —,

Präsident: Meine Herren, ich bitte um Ruhe.

Reichskanzler Fürst von Bülow: — — mir Vorhaltungen zu machen über wahren Royalismus. Er hat es gewagt, meine Königstreue anzuzweifeln. Es würde lächerlich sein, und ich glaube, es würde auch nicht verstanden werden, wenn ich mich gegenüber dem Herrn Abgeordneten Götz v. Olenhusen in diesem Punkte rechtfertigen wollte.

(Lebhaftes Sehr richtig! rechts und links.)

Ich habe in einer fast vierzigjährigen Dienstzeit, ich habe unter oft schwierigen, unter oft recht schwierigen Verhältnissen meine Treue für König und Vaterland, für Kaiser und Reich bewährt. In der äußeren wie in der inneren Politik habe ich nie einen anderen Leitstern gekannt als das Wohl der Monarchie, das Wohl des Landes, die Staatsraison, die nationale Idee und die Kaiseridee, die für mich unauflöslich verknüpft sind. Ich lehne es ab, mir von dem Abgeordneten Götz v. Olenhusen Vorschriften machen zu lassen über meine Haltung gegenüber meinem König und Herrn.

(Stürmischer Beifall rechts und links.)

Über diese Haltung erkenne ich keinen anderen Richter an als Seine Majestät den Kaiser und König und mein Gewissen.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

Im übrigen, meine Herren, gipfelten die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Götz v. Olenhusen heute wie vor einem Jahre in dem Vorwurfe, daß ich in meiner Haltung gegenüber seiner Partei und besonders in der Behandlung der braunschweigischen Frage mich in Widerspruch setze mit dem Legitimitätsprinzip

(sehr richtig! bei den Polen),

mit dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes. Damit bekennt sich der Herr Vorredner zu dem Standpunkt, den vor 200 Jahren die Stuarts einnahmen, als sie das Legitimitätsprinzip als ein von allen nationalen und praktischen Rücksichten losgelöstes, immer und unter allen Umständen gültiges Prinzip mit starrer Konsequenz hinstellten.

(Sehr gut! rechts und links.)

Mit diesem Prinzip haben die Stuarts bekanntlich Schiffbruch gelitten, denn in irdischen Dingen gibt es keine allgemein und immer gültigen Maximen; da ist alles bedingt. Wer das bestreiten wollte, würde damit implicite bekennen, daß auch das Haus Hannover, dessen Legitimitätsrecht wir jetzt angeblich verletzt haben sollen, nicht legitim war, als es nach der Vertreibung der Stuarts den englischen Thron einnahm

(lebhafte Zurufe — sehr gut! rechts und links);

der müßte auch die Legitimität der in Schweden, in Spanien, in Portugal, in manchen anderen Ländern regierenden Dynastien anzweifeln. Mit solchem Formalismus, mit solcher Überspannung des Prinzips, während alles Irdische im Strom der Entwicklung steht, gelangt man zu unmöglichen Forderungen.

(Sehr gut! rechts und links.)

Über dem formalen Recht steht das Recht des deutschen Volkes,

(stürmischer Beifall und Rufe: sehr gut! rechts und links.)

seine Einheit, seinen inneren Frieden und damit seine Weltstellung zu behaupten. Preußen hat Hannover nach einem Kriege erworben, der, wenn er für Preußen unglücklich geendet hätte, wenn nicht die Vernichtung, so die Schwächung des preußischen Staats nach sich gezogen hätte.

(Sehr richtig! rechts.)

Seitdem es eine Weltgeschichte gibt, haben Länder und Fürsten für die Folgen unglücklicher Entschlüsse büßen und die Konsequenzen auf sich nehmen müssen.

(Sehr richtig!)

Solange das Haus Hannover nicht den gegenwärtigen territorialen Be-

stand im Deutschen Reich rückhaltlos anerkennt, befindet sich Preußen ihm gegenüber im Stande der Notwehr. Ich will aber, da ich einmal zu diesem Thema das Wort ergriffen habe, auch noch darauf hinweisen, daß nach der deutschen Reichsverfassung die deutschen Fürsten sich ihren Besitzstand gegenseitig garantieren. Das ist recht eigentlich die Basis der Reichsverfassung. Darauf beruht das Vertrauen, das die deutschen Fürsten untereinander verbindet. Darum ist im Deutschen Reich kein Fürst möglich, der gegen einen anderen Fürsten territoriale Ansprüche erhebt. Wenn wir einen solchen Einbruch dulden würden, so würde das rückhaltlose Vertrauen, das jetzt die deutschen Fürsten untereinander verbindet, gegenseitigem Mißtrauen Platz machen. Es würde wieder ein Zustand eintreten, wie in früheren traurigen Zeiten der deutschen Geschichte, wo jeder deutsche Fürst sich auf Kosten der anderen mit Vergrößerungsabsichten trug und Ansprüche gegen den anderen in petto hatte. Einen solchen Zustand würde wie vor 100 und 200 Jahren das Ausland benützen, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen und Deutsche gegen Deutsche auszuspielen.

(Sehr richtig!)

Im Deutschen Reich müssen klare Besitzverhältnisse herrschen. Wenn gesagt worden ist, ein Prinz des welfischen Hauses könne unter Verzicht auf Hannover in Braunschweig einziehen, der andere sich für Hannover reservieren, so würde das gerade jenen Zustand der Unsicherheit darstellen, den wir in Deutschland nicht einreißen lassen wollen. Und darum hat der Bundesrat sich vor zwei Jahren zu dem früheren Entschluß des Bundesrats von 1885 nicht nur wieder bekannt, sondern er hat diesmal den diesbezüglichen Vorschlag einstimmig angenommen [1]). Daraus ersehen Sie, meine Herren, wie unbegründet und ungerecht die Vorwürfe und Ausführungen des Herrn Vorredners waren. Sie sehen daraus auch, daß die Einheit und die Sicherheit des Reichs beim Bundesrat in guter Hut sind.

Meine Herren, ich wende mich nun zu einigen Bemerkungen des Vertreters der sozialdemokratischen Partei. Der Herr Abgeordnete David ist auf die Vorgänge des vergangenen Novembers zurückgekommen. Darüber will ich das Folgende sagen. Greifen Sie mich an, so viel Sie wollen, aber lassen wir endlich Seine Majestät den Kaiser aus der Debatte.

(Lebhaftes Bravo.)

Seine Majestät der Kaiser hat dem deutschen Volk sein volles Vertrauen bewiesen. Er hat durch seine Haltung gegenüber vielen Mißverständnissen,

---

[1]) S. oben S. 40ff., Rede vom 1. Mai 1907.

übertriebenen Kritiken und ungerechten Angriffen bewiesen, daß er nicht klein denkt. Seien wir auch nicht klein in seiner Beurteilung. Darauf hat er sich ein Recht durch seine zwanzigjährige Arbeit um das Wohl des Reichs erworben.

(Lebhaftes Bravo.)

Wenn ich einmal gesagt habe, Seine Majestät der Kaiser sei kein Philister, so habe ich damit negativ feststellen wollen, daß er in seltenem Maße eine Eigenschaft besitzt, die ich bei einem Manne sehr hoch stelle: die Großherzigkeit. An dieser Großherzigkeit — megalopsychia nannten es die Griechen — können wir uns alle ein Beispiel nehmen!

(Sehr richtig!)

Das Land hat genug von diesen Erörterungen über die Allerhöchste Person!

(Sehr wahr! rechts und links. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Machen wir damit ein Ende und kehren wir zurück zu der alten und bewährten Überlieferung, die Person Seiner Majestät des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen!

(Bravo!)

Der Herr Abgeordnete Dr. David hat weiter gemeint, ich führte einen Kampf um mein Amt. Davon ist, soweit die Allerhöchste Person und der Hof in Frage kommen, nicht die Rede. Der Herr Abgeordnete Dr. David äußert bei dieser Gelegenheit — vielleicht war dabei der Wunsch der Vater des Gedankens —, er sehe mich wohl zum letzten Mal auf dieser Bank. Meine Herren, ich bleibe so lange, als mir das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers zur Seite steht

(lebhaftes Bravo)

und als es mit meinem Gewissen verträglich ist!

(Erneutes Bravo.)

Wenn eine dieser beiden Voraussetzungen hinfällig werden sollte, so werde ich keinen Augenblick länger bleiben. Darüber können sich auch die Herren auf der äußersten Linken beruhigen. Parlamentarische Hindernisse können mir meine Aufgabe erschweren; sie entbinden mich aber nicht von der Pflicht, so lange mein schweres Amt zu verwalten, als dies der Wille des Kaisers ist, und als ich glaube, damit dem Interesse des Landes zu dienen.

(Bravo!)

Damit ist für mich die Erörterung über dieses Thema abgeschlossen.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Dr. David auch in etwas weitschweifiger Weise

(sehr wahr!)

sich verbreitet über das berühmte Thema: Kamarilla. Er hat sogar wörtlich gemeint — diese Bemerkung habe ich mir notiert —, er sei gespannt und sehr neugierig, ob ich es wagen würde, die Existenz einer solchen Kamarilla bei uns zu bestreiten. Nicht nur bestreite ich die Existenz einer solchen Kamarilla an unserem Hofe, sondern ich weise dieses ganze Gerede mit der allergrößten Entschiedenheit zurück! Sie sollten endlich aufhören, mit dieser alten Seeschlange zu operieren!

(Heiterkeit. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

An unserem Kaiserhof gibt es keine Kamarilla; und wenn es eine solche gäbe, so würde sie keinen Einfluß haben!

(Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, daß ein Minister, der zwölf Jahre im Amte und beinahe neun Jahre Reichskanzler ist, daß der viele Gegner hat, darüber sollten Sie sich doch eigentlich nicht wundern!

(Große Heiterkeit.)

Da gibt es die Enttäuschten, denen man beim besten Willen nicht alle Wünsche erfüllen konnte.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Die Agrarier! — Heiterkeit.)

Da gibt es vielleicht auch die Ehrgeizigen, die Gieprigen, die gerne selbst Minister oder Reichskanzler werden möchten

(aha! bei den Sozialdemokraten),

— zu denen gehört aber nicht mein verehrter Freund, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, der Graf Wedel, auf den soeben der Herr Abgeordnete Götz v. Olenhusen ohne jeden Grund hinwies[1]). Da gibt es die Fraktionen, denen man nicht alles recht machen kann, und die in einem Lande, wo die Regierung nicht auf eine einzige Partei eingestellt werden kann, natürlich immer mehr oder weniger dies oder jenes am Reichskanzler auszusetzen haben werden. Und je länger einer Reichskanzler ist, um so stärker schwillt dieser Chor der Rache an!

(Große Heiterkeit.)

[1]) Mit dem Satze, daß nach Zeitungsnachrichten und Gerüchten der Nachfolger des Reichskanzlers ein Hannoveraner sein würde.

Dieses Schicksal, meine Herren, teile ich mit meinem großen Amtsvorgänger.

(Sehr wahr! rechts.)

Aber auf Seine Majestät den Kaiser und König machen solche Machenschaften gar keinen Eindruck.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Nein, meine Herren, an seinem Hofe wird solchen Intriguen kein Vorschub geleistet. Da gibt es sehr aufrechte und tüchtige Männer, die ihrem Kaiser und Könige nach bestem Wissen und Gewissen dienen und Intrigen verabscheuen.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Und unser Kaiser ist ein viel zu gerader und offener und einsichtiger Mann, als daß man ihm mit solchen Ohrenbläsereien beikommen könnte.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete David in einem Teile seiner Rede, den ich mir auch notiert habe, so gesprochen, als wenn ich neulich in meiner Rede im Abgeordnetenhause, mit der er sich ja sehr eingehend beschäftigt hat, ein neues Sozialistengesetz in Aussicht gestellt hätte [1]). Das hat mich nicht überrascht. Die sozialdemokratische Presse hat ja schon gleich nach meiner damaligen Rede — ich habe mir die Auszüge rasch holen lassen — in hohen Tönen und in großen Tiraden mobil gemacht gegen das angeblich bevorstehende neue Sozialistengesetz. Im „Vorwärts" las ich damals:

> Schmach über Schmach! Weder Freisinnige noch Zentrum finden die angemessene Antwort auf den Bülowschen Aufruf zum Staatsstreich. Der Blockkanzler, der Kanzler von Gnaden des Liberalismus, der kapitalistische Hausmeier
>
> (große Heiterkeit),
>
> der Hausmeier der Reaktion
>
> (große Heiterkeit)

— in solchen Tiraden sind die Herren ja sehr stark —

> hat den Mut gehabt, neue Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie anzukündigen. Seine Rede war ein Appell an die Bajonnette, ein Aufruf zum Staatsstreich!

[1]) S. oben S. 176 f., Rede vom 19. Januar 1909.

Meine Herren, ich bin ja gewohnt, daß man im politischen Leben dem Gegner und bisweilen sogar dem Freunde — das ist mir auch schon vorgekommen —

(große Heiterkeit)

alles Mögliche unterschiebt nach dem alten und bewährten Grundsatz: „legt ihr's nicht aus, so legt was unter". Insofern hat mich auch diese Auslegung meiner Worte durch die Sozialdemokratie nicht überrascht. Wenn man einzelne Sätze aus dem Zusammenhang greift, so kann man ja ungefähr das Gegenteil von dem beweisen, was gemeint war. Aber jeder unbefangene Leser und Hörer muß gegenüber meinem damaligen Gedankengang nicht einen Augenblick im Zweifel gewesen sein über das, was ich sagen wollte. Ich habe mir meine Rede geben lassen. Ich habe sie vor mir. Was habe ich denn damals gesagt? Ich habe gegenüber den Wünschen nach schärferem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie hingewiesen auf die früheren fruchtlosen Versuche, neue Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung durchzusetzen. Ich habe mir zu eigen gemacht die vorzüglichen Ausführungen des Grafen Botho v. Eulenburg im Herrenhause, die darin gipfelten, daß schließlich unsere Weltanschauung und das Rüstzeug unserer geistigen Waffen über die Irrlehren und die brutalen Mittel der Sozialdemokratie siegen müßten. Ich habe die strenge Handhabung der bestehenden Gesetze für nötig, sie aber vorläufig für ausreichend erklärt und habe ausdrücklich gesagt:

> Und worüber wir uns von vorn herein klar sein müssen, ist, daß ein Vorgehen auf gesetzgeberischem Wege, und nun gar mit polizeilichen Mitteln, kein Allheilmittel ist.

Sie werden mir zugeben, meine Herren, daß diese Worte sich vollkommen decken mit den Anschauungen, die ich stets über die Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie entwickelt habe. Aus diesem Zusammenhang hat man herausgerissen den einzelnen Satz:

> Es ist möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

— Ja, meine Herren von der äußersten Linken, wer wollte denn an dieser Möglichkeit zweifeln? — Jetzt und für absehbare Zeit halte ich unsere Gesetze für vollkommen ausreichend, um die Ordnung und Sicherheit des Landes aufrecht zu erhalten, um alle Versuche niederzuhalten, die die

Ordnung und Sicherheit des Landes stören. Die Gesetze müssen nur ernst und mit Nachdruck durchgeführt werden. Wenn Sie aber fortfahren, Leute auf die Straße zu hetzen — daß der Herr Abgeordnete David nicht dabei sein wird, das bezweifle ich keinen Augenblick

(Heiterkeit) —,

wenn Sie bei jedem Anlaß die nationalen Empfindungen der großen Mehrheit des deutschen Volkes verletzen, wenn Sie die Wahrzeichen des Landes, die Wahrzeichen unseres Ruhmes durch Gassenjungen in den Kot schleifen lassen, und das vor den Augen des Auslandes — der Herr Abgeordnete Dr. David hat eben gemeint, das könne man seiner Partei nicht zum Vorwurf machen, — ja, meine Herren, welcher Partei gehörten denn diese Tumultuanten an? Es waren doch keine Agrarier!

(große Heiterkeit),

und Liberale waren es doch auch nicht, — wenn Sie bei jeder Gelegenheit die Armee, unseren Schutz und unseren Stolz, verhöhnen und angreifen, dann werden wir solche Angriffe gegen die Sicherheit und Ordnung und Ruhe des Landes mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zurückweisen.

(Lebhafter Beifall.)

Sollten diese Mittel nicht ausreichen, sollten Sie es schließlich wirklich zu revolutionären Erhebungen bringen, so werden sich die bürgerlichen Parteien mit der Regierung zusammenschließen und erwägen, was weiter an gesetzlichen Maßnahmen notwendig ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Und nun will ich dem Herrn Abgeordneten David, der mir vorwarf, zu viel zu zitieren, aber selbst seine Rede mit einem schönen Zitat schloß, — also ich will, da ich längere Zeit nicht zitiert habe

(große Heiterkeit),

Herrn David und seinen Freunden ein Wort widmen, das ich gestern abend bei Goethe gelesen habe.

(Heiterkeit.)

Das Wort lautet: „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Charlatane.“ Damit meine ich natürlich keine Anwesenden.

(Große Heiterkeit.)

Im übrigen empfehle ich dem Herrn Abgeordneten Dr. David: lesen Sie Goethe!

(Heiterkeit. — Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich kann nicht auf jeden Zwischenruf antworten, den ich entweder nicht verstehe, oder der mir ganz salzlos zu sein scheint.

(Bravo!)

Bringen Sie Ihre Bemerkungen nachher vor, nicht während meiner Rede: ich pflege Sie auch nicht zu unterbrechen.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Reichskanzler Fürst von Bülow: Nun, meine Herren, wende ich mich zu der Frage, die heute im Vordergrunde der Debatte steht, zur Finanzreform, und namentlich zu einem sehr wichtigen Teile dieser Finanzreform, nämlich zur Besitzsteuer.

Da hat sich nun der Herr Abgeordnete David mit vielem Behagen über die Gegensätze verbreitet, die auf dem Gebiete der Besitzsteuer zwischen der Rechten und den Agrariern und mir bestehen sollen. Ich habe gestern gesagt, daß die äußerste Linke einige diplomatische Talente unter sich zähle. Vielleicht hat der Herr Abgeordnete David, der ja auch meiner bescheidenen diplomatischen Befähigung einige Anerkennung zollte, mir beweisen wollen, daß er auch diplomatische Kapazitäten besitzt

(Heiterkeit)

und bei dem Mangel an Talenten, der angeblich in unserer Diplomatie herrschen soll, bei Vakanzen in Frage kommen könnte. Ich kann ihm aber nicht verhehlen, daß die Art der Diplomatie, die er in diesem Falle treibt, doch mehr eine Diplomatie des ancien régime ist, eine Diplomatie, wie sie üblich war in der Zeit der Kabinettspolitik. Er treibt die Politik der Schadenfreude, die ich gestern verurteilt habe, die Politik des tertius gaudens. Darauf falle ich nicht herein, und ich denke, daß die Agrarier und die Konservativen auch nicht darauf hineinfallen werden.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, möchte ich über die Frage der Besitzsteuer das Folgende sagen. Es ist mir vorgeworfen worden, und es wird davon gesprochen, daß ich in dieser Frage — ich weiß wirklich nicht: war es der

Abgeordnete David, oder war es der Abgeordnete Haußmann, der das gesagt hat? —

(große Heiterkeit)

aber aus einer der beiden Reden glaubte ich herauszuhören, in der Frage der Besitzsteuer wäre ich umgefallen. Meine Herren, mit dem Worte „umfallen" sollten wir doch sehr vorsichtig sein!

(Heiterkeit.)

Ich entsinne mich — ich habe in einem freundschaftlichen Gespräch vor einigen Tagen den Herrn Abgeordneten Müller (Meiningen) daran erinnert — und ich sage es selbstverständlich ohne jede Rankünе — ich entsinne mich, vor sechs oder sieben Jahren hielt der Herr Abgeordnete Müller (Meiningen) eine sehr schöne Rede; da sprach er von dem Umfall des Reichskanzlers in der Frage des Gerstenzolles. Und da erlaubte ich mir vor ein paar Tagen, zu dem Herrn Abgeordneten Müller (Meiningen) zu sagen: „Herr Müller (Meiningen)", — sagte ich zu ihm — „wenn wir nun zusammen die Linden heruntergehen, da begegnen wir zwischen dem Brandenburger Tor und dem Schlosse Hunderten von Leuten. Aber ich biete Ihnen die höchste Wette an, daß, wenn wir diesen Leuten sagen: da ist der Reichskanzler, der vor sechs oder sieben Jahren umgefallen ist, — so weiß kein einziger, wo ich damals umgefallen sein soll.

(Große Heiterkeit.)

Da gibt es wahrscheinlich nicht sehr viele, die sich überhaupt erinnern an die verwickelte Frage der Differenzierung des Gerstenzolls

(Heiterkeit),

und einige, die vielleicht nicht einmal den Unterschied kennen zwischen Malzgerste und Futtergerste."

(Heiterkeit.)

In solchen Dingen übertreibt man gar so sehr unter dem Einfluß der augenblicklichen Situation und wechselnder parlamentarischer Stimmungen. Mit diesem viel mißbrauchten Worte „Umfall" sollten wir sehr vorsichtig sein. In diesem Falle trifft das Wort jedenfalls nicht zu. Ich denke gar nicht daran, mich in dieser Frage aus einem Paulus wieder in einen Saulus zurückzuverwandeln.

Meine Herren, es wird immer wieder gesagt: die indirekten Steuern gebühren dem Reiche, die direkten den Einzelstaaten. Es wird sogar den verbündeten Regierungen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht den Mut

hätten, so viel an direkten Steuern zu verlangen, als in anderen Ländern getragen würden.

(Sehr richtig! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

— In der Theorie, meine Herren — das erwidere ich auf den Zuruf „Sehr richtig!“ von der rechten Seite — ist es natürlich sehr wohl möglich, die ganze Finanzreform im Reich nur auf indirekte Steuern zu basieren, ohne daß man über das hinausgeht, was in anderen Ländern, in Frankreich, in England, auch in Italien, aus Bier, aus Tabak, aus Branntwein für die Staatseinnahmen gezogen wird.

(Sehr gut! rechts.)

Über die Gerechtigkeit einer solchen Steuerpolitik kann man ja sehr verschiedener Ansicht sein.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Wie aber die Verhältnisse bei uns tatsächlich liegen, ist dieser Weg nach meiner Überzeugung für eine pflichtbewußte Regierung politisch nicht möglich.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Meine Herren, die Regierung soll weiter sehen als die Parteien. Eine solche Politik in dem Augenblick, wo wir ½ Milliarde an neuen Steuern erheben, eine Politik, wo alles auf die indirekten Steuern gelegt werden würde, würde im Lande nicht verstanden werden.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und links.)

Sie würde der Sozialdemokratie einen sehr wirksamen Agitationsstoff zuführen

(sehr richtig! links),

und wenn ich eine solche Politik einschlüge, dann würde ich ein Schrittmacher der Sozialdemokratie sein.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Eine solche Politik würde Verwirrung und Unsicherheit in das Land tragen und Widerspruch in die weitesten Kreise. Deshalb bleiben die verbündeten Regierungen bei der Überzeugung, daß bei einem Gesamtbedarf von einer halben Milliarde ein erheblicher Teil von dem Besitz genommen werden muß.

(Sehr gut! bei den Nationalliberalen.)

In welcher Form das zu geschehen hat, darüber streiten wir uns nun schon seit Monaten, ohne weiterzukommen.

So viel, meine Herren, steht nur fest, daß, wenn die Einzelstaaten nicht finanziell erdrosselt werden sollen, die Besitzsteuer nicht lediglich in einer Erhöhung der Matrikularbeiträge oder in einer Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer bestehen kann.

(Sehr richtig! links.)

Da nun, meine Herren, uns ein anderer praktisch verwertbarer Vorschlag, um den Besitz, alle Arten des Besitzes zu treffen, nicht gemacht worden ist, so bleibt nach der Ansicht der verbündeten Regierungen nur der in ihrer Vorlage gewiesene Weg übrig, durch eine erweiterte Erbschaftssteuer den Besitz zu fassen.

(Bravo! links.)

Meine Herren, daß gegen diese Form der Besteuerung sehr erhebliche Bedenken erhoben werden können, Bedenken, denen der Herr Abgeordnete Freiherr v. Richthofen soeben noch einmal Ausdruck gegeben hat, das ist mir sehr wohl bekannt. Ich kenne und ich würdige diese Bedenken. Was ich aber absolut bestreite, ist, daß nicht die Möglichkeit vorhanden sein soll, diese Bedenken zu mildern, ja sie fast vollständig zu beseitigen

(Zuruf rechts: Sehr richtig! — Abgeordneter Dr. Paasche nickt),

und ich freue mich, daß ein verehrtes Mitglied dieses hohen Hauses, das bisher ein Gegner der Nachlaßsteuer war, mir bei diesen Worten zunickt.

(Heiterkeit.)

Die verbündeten Regierungen werden alle Vorschläge, die in dieser Beziehung gemacht werden, auf das sorgsamste und gewissenhafteste prüfen, wie sie ja auch bisher alle Anregungen, alle Gegenvorschläge, alle Propositionen von Ersatzsteuern mit Wohlwollen und Gewissenhaftigkeit geprüft haben. Und dabei, meine Herren, möchte ich doch in Parenthese bemerken: es ist auch meinem Mitarbeiter, dem Herrn Staatsminister Sydow, der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht rechtzeitig Fühlung genommen hätte mit den Parteien. Ja, meine Herren, da sage ich mir: wenn es noch jetzt so schwer ist, von den Parteien eine endgültige und klare Entscheidung zu erlangen, wie wäre es denn vor Monaten möglich gewesen, an ihnen die Zeremonie der Munderöffnung vorzunehmen!

(Heiterkeit und sehr gut!)

Ich glaube, daß der Herr Staatsminister Sydow in dieser Beziehung nichts versäumt hat, und jedenfalls wird er auch weiter alle Vorschläge, die ihm gemacht worden sind, mit der allergrößten Sorgfalt prüfen.

Meine Herren, nun ist ja auch in den meisten Reden hingewiesen worden auf den Block. Herr Abgeordneter David glaubte schon das Röcheln des Blocks zu vernehmen

(Heiterkeit):

Herr Abgeordneter Haußmann, der mit einer Schärfe gesprochen hat, die ich lebhaft beklage

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

der Abgeordnete Haußmann betrachtet den Block schon als Leiche.

(Ruf links: Wird wieder aufleben!)

Meine Herren, der Gedanke, der seinerzeit der Bildung des Blocks zugrunde lag, war der: durch Milderung der Parteigegensätze die besten Kräfte der Konservativen und der Liberalen, die sich seit so lange und oft in sehr unfruchtbarem Kampfe gegeneinander verbrauchen, für die Lösung großer politischer und nationaler Aufgaben zusammenzuführen und dadurch fruchtbarer zu machen. Ich habe das in einem oft, aber sehr mit Unrecht und hier und da auch sehr oberflächlich angegriffenen Bilde die Paarung des liberalen und des konservativen Geistes genannt.

Meine Herren, daß zwischen der Rechten und Linken namentlich in wirtschaftlichen Fragen Gegensätze zutage treten können, die nicht in jedem Augenblick zu überbrücken sind, das habe ich natürlich vorausgesehen, und das habe ich vom ersten Tage an gewußt. Der Gedanke aber, meine Herren, der der Blockpolitik zugrunde liegt, der ist doch ein zu gesunder, und der hat nach meiner Überzeugung im Lande zu festen Boden gefaßt, als daß er durch vorübergehende Schwierigkeiten erstickt werden könnte.

(Sehr richtig! links.)

Ich glaube, es ist ungerecht, den Gedanken für die Mängel seiner Durchführung im einzelnen verantwortlich zu machen. Politische Ideen, meine Herren, führen ihr eigenes Dasein, und ihre Berechtigung ist nicht immer abhängig von den oft wandelbaren und den oft unvollkommenen Formen, in die sie die Erscheinungswelt, in diesem Falle dieses hohe Haus, kleidet, und darum glaube ich, die Idee der Ausgleichung der Parteigegensätze zwischen rechts und links, die mir vorschwebt, wird weder am Brennrecht noch an der Form der Nachlaßsteuer sterben, sondern immer wieder auferstehen und uns alle überleben.

Meine Herren, und nun möchte ich mir noch ein kurzes Wort erlauben über die Reichsfinanzreform selbst. Überall im Lande macht sich — darüber können wir uns keinen Zweifeln hingeben — in täglich zunehmendem Maße die Sorge geltend um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform.

(Sehr richtig!)

Ihre Kommission, meine Herren, ist nun bereits mehr als drei Monate am Werke, und noch liegt kein entscheidendes Ergebnis vor. Und doch verträgt die Sache keinen Aufschub. Die in Frage stehenden Interessen des Reichs und der Einzelstaaten sind zu wichtig, als daß die Entscheidung hinausgezögert werden könnte.

(Sehr richtig! links.)

Wenn wir selber meine Herren, in dieser Beziehung irgend welchen Zweifel hätten, so würden sie uns genommen werden müssen durch die Stimmen der Ungeduld und der Unzufriedenheit, die aus dem Lande täglich an unser Ohr schlagen.

(Sehr richtig! links.)

Das Land empfindet es als eine nationale Kalamität, daß die Entscheidung über die Finanzreform so lange hinausgezögert wird. Das Land würde es als ein nationales Unglück auffassen, wenn dieses hohe Haus sich außerstande zeigte, die Reichsfinanzreform zu lösen.

(Sehr richtig! links.)

Als übereinstimmende Überzeugung der verbündeten Regierungen muß ich es vor Ihnen und dem Lande aussprechen: wir verlangen von diesem hohen Hause eine feste und unzweideutige und endgültige Entscheidung über die Reichsfinanzreform und noch in dieser Session.

(Bravo!)

Ich muß es auch offen aussprechen, daß die Schuld an den gegenwärtigen unbefriedigenden Verhältnissen mehr oder weniger alle Parteien trifft.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Wiemer hat soeben ausgeführt, daß seine Partei in dieser Beziehung tadellos dastünde. Ja, meine Herren, wenn man die Parteien hört, so steht selbstverständlich jede Partei da weiß und fleckenlos wie ein Lämmchen, keiner Partei wäre der mindeste Vorwurf zu machen. In Wirklichkeit sind Sie allzumal Sünder —

(große Heiterkeit, — Zuruf von den Sozialdemokraten: Und die Regierung?)

— die Regierung hat auch Fehler begangen, aber lange nicht so viel wie

Sie! — Sie ermangeln alle des Ruhmes, den Sie haben sollen. Auf der Rechten versteift man sich gegen eine angemessene Erbschaftsbesteuerung, auf der Linken kehrt man sich gegen die Formen, unter denen allein nach der Ansicht aller Sachverständigen eine hohe Belastung des Brennereigewerbes möglich ist, weil man in diesen Formen wirtschaftliche Bevorzugungen des Gewerbes glaubt sehen zu müssen. Meine Herren, so kann es nicht weiter gehen. Wer es mit der Autorität des Reichstags, wer es mit unseren Institutionen gut meint, der muß Front machen gegen diese Verschleppungstaktik, gegen diese Zerfahrenheit, gegen diese Hemmnisse des Willens zur Tat. Es müssen endlich die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben werden, die der Größe der Aufgabe entsprechen. Es wird davon gesprochen, daß dieser oder jener Abgeordneter sich in seiner Haltung beirren lasse durch die Sorge um seine Wähler. Davon kann, meine Herren, doch im Ernste nicht die Rede sein. Ich kann nicht annehmen, daß irgend ein Mitglied dieses hohen Hauses sich in seiner Entscheidung beeinflussen lassen könnte durch die Gefahr eines Mandatsverlustes. Solche lokalen Erwägungen müssen gegenüber der Größe der Aufgabe, müssen gegenüber dem allgemeinen Interesse ebenso zur Ruhe verwiesen werden wie die selbstsüchtige Agitation gewisser Erwerbsgruppen, die mit einer durch den Widerwillen der öffentlichen Meinung nicht beschämten Kühnheit sich jetzt wieder in den Vordergrund drängen.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich sage es mit dem vollen Ernst, den diese große Sache verlangt: die Reichsfinanzreform ist eine der wichtigsten Aufgaben, die je diesem hohen Hause unterbreitet worden sind. Sie muß gelöst werden, schnell und in vollem Umfange, wenn anders wir unser Ansehen nach außen und unsere Kraft im Innern behaupten wollen. Sie muß auch gelöst werden, wenn der Reichstag seine Stellung behaupten, wenn er zeigen will, daß der Deutsche Reichstag auch imstande ist, große Fragen, große Aufgaben nach großen Gesichtspunkten zu lösen, unbekümmert um kleinliche Differenzen. Meine Herren, das Land und die verbündeten Regierungen haben das Zutrauen zu Ihnen, daß Sie sich dieser großen Aufgabe gewachsen zeigen werden. Beweisen Sie dem Lande und beweisen Sie dem Auslande, daß Sie imstande sind, diese Aufgabe zu lösen im Interesse unseres Landes, im Interesse auch des Ansehens und der Stellung des Reichstags!

(Lebhaftes Bravo rechts, bei den Nationalliberalen und links.)

---

23. Reichsfinanzreform. — Stellung des Zentrums, der Liberalen, der Rechten. — Die Blockpolitik. — Die Frage des Rücktritts des Kanzlers.

Sitzung des Reichstags vom 16. Juni 1909.

Unter dem Zeichen der Reichsfinanzreform stand das politische Leben auch in den nächsten Monaten. Die Schwierigkeiten ihrer Durchführung bestanden vor allem in dem Widerstand der Konservativen gegen die Erbschaftssteuer und in der Opposition der Linken gegen die von der Regierung vorgeschlagene Besteuerung des Branntweins und des Tabaks. Dadurch gelang es dem Zentrum, die Rechte von der Linken zu trennen, die sog. Blockpolitik zu gefährden und sich selbst mit den Polen in den Vordergrund zu schieben. Nach der Pfingstpause begann am 16. Juni die 2. Lesung, für die der Bundesrat verschiedene neue Steuern vorschlug; die Beratung wurde vom Fürsten Bülow durch folgende Rede an diesem Tage eröffnet.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, bevor der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts die vom Bundesrat neu vorgeschlagenen Steuern im einzelnen begründet, möchte ich mich über die im Vordergrund des Interesses stehende allgemeine politische Lage aussprechen, wie sie sich nach den bisherigen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform gestaltet hat. Hierbei muß ich zunächst auf mein Verhältnis zu den großen bürgerlichen Parteien eingehen. In der Presse, in öffentlichen Versammlungen und auch in der Finanzkommission ist darüber geklagt worden, daß die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform von den verbündeten Regierungen oder vom Reichskanzler ausgeschaltet worden sei. Das ist eine vollkommen irrige Auffassung.

(Heiterkeit links.)

— Warten Sie doch ab, meine Herren! — Von Anfang an ist auf meine Weisung das Zentrum wie alle anderen bürgerlichen Parteien über die Absichten der verbündeten Regierungen unterrichtet worden.

Der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts — das wird ihm gewiß von allen Mitgliedern der Kommission bestätigt werden — hat sich niemals ablehnend verhalten gegenüber Anträgen, Anregungen oder Wünschen des Zentrums, weil sie vom Zentrum kamen, sondern immer nur, weil und soweit er sachliche Bedenken hatte.

(Zwischenrufe in der Mitte.)

— Der Antrag Herold wegen der Besitzsteuer schlug sachlich ebenso einen starken Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten vor, wie der später zur Annahme gelangte Kompromißantrag[1]); er hatte aber nicht die Stimmen

[1]) Dieser Antrag, angenommen am 4. März mit Blockmehrheit, verlangte eine sog. Besitzsteuer: die Bundesstaaten sollten eine Abgabe an das Reich entrichten, die sie ihrerseits vom „Besitz" nach bestimmten einheitlichen Grundsätzen erheben sollten.

der Nationalliberalen und der bürgerlichen Linken für sich. — Daß ich es aber als meine Aufgabe betrachte und von Anfang an, bis zu diesem Augenblick, in jeder Phase der Verhandlungen dafür eingetreten bin, den Liberalen die Mitwirkung bei der Reichsfinanzreform zu ermöglichen und sie zur Mitarbeit heranzuziehen, daraus, meine Herren, habe ich niemals ein Hehl gemacht. Das ist doch selbstverständlich. Überhaupt habe ich nie eine Partei an positiver Arbeit verhindert. Ich würde sachliche Unterstützung sogar von der äußersten Linken annehmen

(Heiterkeit),

wenn diese aus ihrer rein negativen und unfruchtbaren Haltung heraustträte

(Lachen bei den Sozialdemokraten),

wenn sie bräche mit dem „dogmatisme intolérant", den ihr, wie ich jetzt wieder mit Bedauern sehe, nicht zu Unrecht ein französischer Gesinnungsgenosse[1]) gelegentlich vorgeworfen hat.

Die Gereiztheit, die von einigen Mitgliedern der Zentrumspartei mir gegenüber an den Tag gelegt worden ist, hat mich in dieser meiner Haltung in keiner Weise beeinflußt. Diese Animosität hat sich ja zu ganz unwahren Behauptungen und sehr ungerechten Angriffen verdichtet, die von einzelnen Mitgliedern der Zentrumspartei in öffentlichen Reden und in der Presse gegen mich erhoben worden sind.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. — Unruhe in der Mitte.)

Man hat meine zweifellos dastehende und voll bewährte Bundestreue gegenüber Österreich-Ungarn verdächtigt. Man hat sogar gewagt, meine ebenso zweifellose und ebenso bewährte, durch ein ganzes Leben bewährte Treue für das Königliche Haus, für Seine Majestät den Kaiser und König in Zweifel zu ziehen. Mitglieder der Zentrumspartei haben sich Verdächtigungen angeeignet, die in dieser Beziehung in Pamphleten erhoben worden waren. Das alles hat mich in meiner politischen Haltung nicht irre gemacht. An Verleumdungen bin ich gewöhnt. Ich verstehe jetzt, was Fürst Bismarck meinte, als er einmal zu einem ausgezeichneten Manne, der wenig Lust zeigte, ein Ministerportefeuille zu übernehmen, in der dem Fürsten Bismarck eigenen drastischen Ausdrucksweise sagte: „Eigent-

[1]) Jaurès.

lich" — sagte er zu ihm — „begreife ich, daß Sie nicht Lust haben, in die Drecklinie einzurücken!"

(Heiterkeit.)

Das war vor 30 Jahren. Seitdem ist es schwerlich besser geworden.

Also daß meine Gegner zum Teil mit recht unschönen Waffen gegen mich kämpfen, das, meine Herren, beeindruckt mich nicht. Eine solche Kampfesweise richtet sich selbst. Ich habe mich auch nicht dadurch irremachen lassen, daß die stärkste Partei dieses Hauses die gesellschaftlichen Beziehungen zu mir abgebrochen hat.

(Bewegung.)

Vielleicht trägt mein langer Aufenthalt im Auslande dazu bei, daß ich mich überhaupt nicht in eine Denkweise hineinzusetzen vermag, die die sozialen Beziehungen ausschließt, weil man politisch aneinandergeraten ist oder politisch verschieden denkt. Ich hoffe, es zu erleben, daß sich bei uns in dieser Beziehung der Takt bessern wird, daß man auch bei uns dahin kommen wird, wo andere Völker schon lange sind.

(Bewegung.)

Namentlich in England denkt man nicht so kleinlich, politische Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. Ich hoffe, wir werden auch dahin kommen, daß man den andern, weil er in einer politischen oder in einer wirtschaftlichen oder sozialen Frage anders denkt als man selbst, deshalb nicht gleich für einen Narren oder für einen Schurken hält.

(Hört! hört! und Bewegung. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Das wird dann ein schöner Fortschritt sein auf dem Wege der Befreiung von geistiger Gebundenheit, der Abstreifung von Philisternetzen. Aber vorläufig sind wir noch nicht so weit.

Also die Haltung eines Teils der Zentrumspartei mir gegenüber ändert nichts daran, daß es mir niemals eingefallen ist, diese Partei zu boykottieren.

Ich werde mich aber auch nicht bewegen lassen, die Geschäfte so zu führen, daß die Liberalen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden. Ich habe nie daran gedacht und denke auch heute nicht daran, mir das liberale Programm anzueignen; aber die Mitwirkung der Liberalen bei großen gesetzgeberischen Aufgaben erscheint mir im Interesse unserer

Fortentwicklung, einer ruhigen und gesunden Entwicklung, im hohen Grade wünschenswert.

(Lebhaftes Bravo links. — Lachen in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die deutsche Einigung ist durchgeführt worden von Männern, die der konservativen Gedankenrichtung angehörten. Und der unvergleichliche Staatsmann, der diese Einheit realisierte, hat, um die Mittel für seine Pläne zu gewinnen, lange und heftige Kämpfe führen müssen mit den liberalen Parteien. Aber derselbe große Staatsmann hat nicht nur, als der Sieg seinen Aufstieg gekrönt hatte, Frieden geschlossen mit den liberalen Parteien, sondern er hat auch den liberalen Ideen einen großen Einfluß eingeräumt bei der Aufrichtung des Reichs und auf die Gesetzgebung aus der Zeit der Reichsgründung. Fürst Bismarck hatte eben mit der genialen Intuition, die ihn auszeichnete, nicht übersehen, daß die Einheitsidee, die nationale Idee in liberalen Kreisen geboren wurde, daß sie lange vertreten wurde von liberal gesinnten Männern gegenüber der Kurzsichtigkeit, der Engherzigkeit, dem Mangel an Schwung, den damals vielfach die Regierungen zeigten; daß die Märtyrer der deutschen Idee, von denen ich gesprochen habe, da draußen vor dem Bismarckdenkmal[1]), aus dem liberalen Lager hervorgegangen waren. Den liberalen Geist aus unserer Gesetzgebung und unserem öffentlichen Leben auszuschalten, würde ich für ein historisches Unrecht halten und für einen politischen Fehler.

(Bravo! links.)

Was in dem alten Einheitsstaat Preußen möglich und gut ist, ist nicht auch immer möglich und gut in dem Bundesstaat Deutsches Reich. Man wird in Süddeutschland und in Mitteldeutschland lernen müssen, den Wert des konservativen Preußen für das Reich noch höher, noch viel höher zu schätzen.

(Lebhaftes Bravo rechts. — Zurufe links.)

Man wird aber auch in dem konservativen Preußen nicht vergessen dürfen, daß die stämmeverbindende Kraft des Liberalismus mit seinem Anrecht auf nationaldeutsche Gesinnung für das Deutsche Reich unentbehrlich ist.

Wenn ich mich nun frage, warum die parlamentarische Stärke der liberalen Parteien wohl nicht der Stärke und der Verbreitung des liberalen

---

[1]) S. I, 224, Rede bei der Enthüllung des Bismarck-Nationaldenkmals in Berlin am 16. Juni 1901.

Gedankens entspricht, so finde ich die Erklärung nicht nur in dem Emporkommen der Sozialdemokratie, auch nicht allein in der Entziehung liberaler Kräfte durch den Kulturkampf, sondern auch in einem gewissen doktrinären Zug der linksstehenden liberalen Gruppen

(große Heiterkeit),

der das Prinzip überspannt und die im Flusse der Zeit wechselnden oder neu auftauchenden praktischen Bedürfnisse unterschätzt.

(Sehr richtig! rechts.)

Das mag sich wiederum daraus erklären, daß der Liberalismus bei uns immer nur in vorübergehenden kurzen Episoden in Preußen, in Bayern, im Reich maßgebenden parlamentarischen Einfluß ausgeübt hat. Auch in der gegenwärtigen Situation habe ich es gerade vom Standpunkt des Liberalismus für einen schweren Fehler der Linken gehalten, daß sie sich so lange, so unendlich lange aufgehalten hat bei dem Brennrecht, bei der Kontingentierung, bei der sogenannten Liebesgabe

(lebhafte Zustimmung rechts; Heiterkeit links),

daß sie sich nicht hat entschließen können zu einer zweckmäßigen und ausreichenden Besteuerung des Tabaks, daß sie wohlerwogene, reiflich durchdachte Steuervorschläge der verbündeten Regierungen a limine abgelehnt hat. Ich habe es auch nicht verstanden, daß sich die Liberalen in der Kommission gegenüber einer nach ihrer Ansicht unzulässigen Handhabung der Geschäftsordnung nicht mit einem Proteste begnügt, sondern sich selbst von der weiteren Beratung ausgeschlossen haben.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Herren, ich glaube, die parlamentarische Geschichte bietet wenige Beispiele für die Nützlichkeit eines solchen Exodus, aber recht viele für seine Unfruchtbarkeit.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, eine Partei tut immer besser, auf dem Posten zu bleiben und weiter zu fechten, als demonstrativ das Feld zu räumen. Und weiter glaube ich, meine Herren, Sie hätten auch in einer ganzen Reihe von steuerlichen Einzelfragen sehr wohl agrarfreundlich auftreten und dabei doch liberal bleiben können. Wenn ich in den zahlreichen — ich kann wohl sagen, in den zahllosen — Unterredungen und Konferenzen, die ich über diesen Gegenstand, über die Finanzfrage gehabt habe, zu Vertretern Ihrer Richtung sagte: „So seien Sie doch entgegenkommend, z. B. bei der

Spiritussteuer!", — da wurde mir nicht selten erwidert: „Ja gewiß, Sie haben ja vielleicht recht, aber das Programm!"

(Große Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, Programme veralten, Programme werden leicht zu Kulissen, hinter denen man stehen bleibt, statt in den Gang der Handlung auf der Bühne einzugreifen. Das haben Sie ja selbst auch erfahren und eingesehen. Wenn ich mich nicht irre, war in Ihren älteren Programmen das Bedürfnis des Schutzes unserer überseeischen Interessen nur schwach unterstrichen. Und doch haben Sie sich nicht das große Verdienst entgehen lassen, dieses Bedürfnis erfüllen zu helfen. Ähnlich, meine Herren, liegt es mit der Besteuerung des Massenkonsums. Man konnte noch vor 30, selbst vor 20 Jahren ein scharfer Gegner der Mehrbelastung des Verbrauchs sein. Heute, nach einer sehr glücklichen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, aber nach einer sehr unglücklichen Entwicklung der Reichsfinanzen muß jeder anerkennen, daß eine Heilung der Krankheit ohne starke Dosen von Steuern auf Genußmittel einfach nicht möglich ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich erkenne es durchaus an, ich erkenne es hoch an, daß die Linke sich grundsätzlich auf diesen Standpunkt gestellt hat, und ich betrachte es nicht nur als natürlich, ich betrachte es als notwendig und gerecht, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Deckung herangezogen wird.

(Bravo! links.)

Damit, meine Herren, komme ich zu der Haltung der rechten Seite dieses hohen Hauses.

(Allseitige Heiterkeit.)

In diesem Lande, meine Herren, wo keine Partei die absolute Mehrheit hat, kann auch keine Partei verlangen, daß die Regierung nur auf ihre Worte schwört. Weil ich mich hierzu gegenüber der Zentrumspartei nicht entschließen konnte und durfte, ist es zum Bruch mit dieser Partei gekommen. Ich kann mich auch der konservativen Partei nicht unterordnen. Wenn es bei uns einen Minister gegeben hat, der die Bedeutung der konservativen Partei zu würdigen weiß, so bin ich es.

(Sehr richtig! links und rechts.)

Als ich die Geschäfte übernahm, habe ich es von Anfang an als meine Aufgabe betrachtet, die Spannung zu beseitigen, die damals zwischen der

konservativen Partei und der Krone bestand. Ich habe in jahrelanger Arbeit, mit viel Mühe, mit großer Geduld die verfahrene Kanalfrage beigelegt, die zu einer starken Entfremdung mit der konservativen Partei geführt hatte. Ich bin vom ersten Tage, buchstäblich von der ersten Stunde meiner Kanzlerschaft an für die Wünsche, für die Bedürfnisse, für die Rechte der Landwirtschaft eingetreten.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, meine Herren, Sie werden lange warten, bis Sie wieder einen Kanzler bekommen

(Heiterkeit),

der die konservativen und agrarischen Interessen, die wirklich, die wahrhaft konservativen Interessen und die wirklichen und dauernden Bedürfnisse der Landwirtschaft so konsequent und — ich füge hinzu — so erfolgreich fördert wie ich.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ja! ich habe sie gefördert, aber im Rahmen des Staatsinteresses. Von der Linie, die mir die Staatsraison vorschreibt, lasse ich mich auch durch die konservative Partei nicht abdrängen. Ich bin nicht Führer der konservativen Partei und habe ihren Führern keine Ratschläge zu erteilen. Aber soweit meine historischen Kenntnisse und mein politisches Empfinden reichen, glaube ich, daß die konservative Partei sich selbst am meisten schadet, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt.

(Sehr wahr!)

Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß ein Betrag von 500 Millionen neuer Steuern nicht lediglich durch weitere Ausgestaltung der indirekten Steuern gedeckt werden kann. Bereits in der Begründung zum Finanzgesetzentwurf haben wir gesagt:

> Neben der Belastung der allgemeinen Genußmittel, neben den Steuern auf Elektrizität, Gas und Anzeigen erweist es sich als absolut notwendig, zur Bedarfsdeckung auch solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Es würde gegen die vornehmsten Grundsätze der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Reform der Finanzen ausschließlich auf Abgaben aufgebaut würde, die trotz der Errungenschaften der Sozialpolitik und ungeachtet der fortgesetzten Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksklassen verhältnismäßig höher belasten.

Es heißt dann weiter in derselben Begründung:

> Dieser Ausgleich durch Heranziehung des Besitzes kann nicht auf dem Wege der direkten Einkommens- und Vermögensbesteuerung erfolgen, da diese das unentbehrliche Fundament der einzelstaatlichen und kommunalen Finanzwirtschaft bilden. Sie ihnen entreißen, hieße, die Finanzen der Einzelstaaten und Selbstverwaltungskörper in dieselbe Bedrängnis bringen, in der das Reich sich jetzt befindet. Die verbündeten Regierungen sind daher fest entschlossen, nachdem ihnen die Erhebung von Verbrauchs- und Erbschaftssteuern bis auf geringe Reste entzogen ist, im Interesse ihrer Selbsterhaltung und Finanzhoheit die Einkommen- und Vermögenssteuer sich zu reservieren, und würden einer Beanspruchung dieser Steuern durch das Reich nicht zuzustimmen vermögen.

Und weiter:

> Hiernach kann die notwendige allgemeine Heranziehung des Besitzes nur durch den Ausbau der Erbschaftssteuer erfolgen. Diese ermöglicht wie kaum eine andere eine Belastung nach der Größe des Vermögens, entspricht daher vorzüglich den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit.

Die hier bekundete Auffassung haben die verbündeten Regierungen konsequent festgehalten. Sie ist auch von mir stets zum Ausdruck gebracht worden. Wenn die Erbschaftssteuer vermieden werden soll, so müßte eine gleichwertige, die verschiedenen Arten des Besitzes treffende Besitzsteuer gefunden werden. Solange eine solche Steuer nicht gefunden worden ist, müssen die verbündeten Regierungen an der Erbschaftssteuer festhalten, und die verbündeten Regierungen sind der Überzeugung, daß eine solche Steuer mit gleichem Ertrag nicht gefunden werden kann.

Meine Herren, es mußte auffallen, daß die konservative Partei, die doch über eine reiche Erfahrung in der Führung der Geschäfte verfügt, sich von Anfang an ohne Zwang mit solcher Starrheit gegen eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer festgelegt hat. Sie hätten sich, meine Herren von der Rechten, ein Beispiel nehmen sollen an der bewährten Taktik einer Ihnen nahesitzenden Partei. Haben Sie je einen Sprecher des Zentrums einen Gesetzentwurf in erster Lesung endgültig ablehnen hören?

(Sehr gut! — Große Heiterkeit.)

Die Herren vom Zentrum haben mit einer Klugheit, die Anerkennung verdient, stets alle Bedenken hervorgehoben, aber niemals einen Gesetz-

entwurf, den sie abzulehnen geneigt waren, von Anfang an in Grund und Boden geredet. Es kann ein Gebot der Vorsicht und der staatsmännischen Klugheit werden, sich gegen unsympathische Gesetzentwürfe erst dann festzulegen, wenn es klar zutage liegt, daß sie ohne Verletzung höherer Staatsinteressen vermieden werden können. Man entgeht dadurch der gefährlichen Versuchung, das Interesse des Staats der Konsequenz der Parteihaltung zu opfern. Ihre Politik, meine Herren, — das gebe ich gern zu — ist vielleicht sehr konsequent; aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß Konsequenz auch politische Fehler rechtfertigt. Man kann Politik machen mit kurzen Fristen und mit langen Fristen, man kann Politik machen für Augenblicke und hie und da auch für Jahrzehnte und für noch längere Zeit. Man kann auch, um das Gute für eine fernere Zukunft sicherzustellen, sich in der Gegenwart mit dem weniger Erwünschten begnügen. Der Sieg in der Gegenwart ist häufig der Vater von Niederlagen in der Zukunft.

(Sehr wahr!)

Das ist, meine Herren, vielleicht eine triviale Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit, die die Geschichte überall, in allen Ländern und zu allen Zeiten bestätigt, und vor ihrem Urteil wird nur der Staatsmann bestehen, der sich gegen diese Wahrheit nicht versündigt.

Ich verkenne nicht — das wiederhole ich —, was die Elemente, aus denen die konservative Partei vorzugsweise besteht, die das Rückgrat der konservativen Partei bilden, in Jahrhunderten für Preußen geleistet haben. Ich weiß, was Preußen für das Reich bedeutet. Unter der Führung der Monarchie ist durch die Junker

(Zuruf)

— jawohl, durch die Junker, durch die mit Unrecht geschmähten Junker, durch die mit großem Unrecht geschmähten Junker ist unter der Führung der Monarchie die preußische Macht aufgerichtet worden und mit der preußischen Macht das Deutsche Reich.

(Lebhafte Zurufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Mehr als andere Parteien haben die Konservativen Anteil gehabt an der Regierung.

(Sehr richtig! — Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Aber die Regierung kann nicht zur Geschäftsführerin der konservativen Partei werden

(Zurufe bei den Sozialdemokraten),

ebensowenig wie die Regierung von Ihnen verlangt, daß Sie eine Regierungspartei sans phrase sein sollen. Die Zeiten, meine Herren, wo der alte Gerlach von der konservativen Partei sagte: mit der Regierung voll Mut, ohne die Regierung in Wehmut, gegen die Regierung in Demut, — die Zeiten sind vorüber.

(Heiterkeit.)

Gewiß, das sind tempi passati. Aber das glaube ich, daß, wenn ein eminenter englischer Staatsmann, Lord Burleigh, einst gesagt hat, England, das Mutterland und Vorbild aller Parlamente, werde nie fallen, es sei denn durch sein Parlament, die konservative Partei nur durch eigene Schuld bergab gehen kann. Die konservative Partei gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt, wenn sie unhaltbar gewordene Positionen nicht rechtzeitig räumt. Wenn die konservative Partei unter Festhaltung an ihren großen Grundsätzen sich mit den Aufgaben der Zeit erfüllt, dann wird sie ihre Stellung im öffentlichen Leben behaupten zum Segen des Landes. Wenn die konservative Partei diese Linie einhält, dann, aber nur dann wird sie ein bedeutsamer Faktor in unserem politischen Leben für alle Zeiten bleiben.

Ihr Unannehmbar, meine Herren, würde die Erbschaftssteuer vielleicht in diesem Augenblick zu Falle bringen, für die Zukunft aber nur neuen Erbschaftssteuern den Weg bahnen

(sehr richtig! links),

die ohne Sie und gegen Sie kommen und den Gesichtspunkten, den Wünschen der konservativen Partei weniger Rechnung tragen werden

(sehr richtig! links und bei den Nationalliberalen),

als die Ihnen heute vorgeschlagene Besteuerung.

(Zustimmung links. — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Haltung der konservativen Partei in dieser großen nationalen Frage wird einen tiefen Eindruck machen auf das deutsche Volk.

(Sehr richtig! links.)

Es könnten dadurch gefährliche Widerstände gegen die konservative Partei hervorgerufen und gesammelt werden. Es kann dadurch einem Radikalismus

der Weg geebnet werden, den zu begünstigen weder Sie noch ich vor der Nachwelt verantworten können.

(Sehr richtig! links.)

Man hat, meine Herren, den Gedanken einer Annäherung zwischen Konservativen und Liberalen, des Zusammenarbeitens von Konservativen und Liberalen als einen Einfall zu taktischen Zwecken, zur Erlangung einer vorübergehenden parlamentarischen Konstellation hingestellt. Gestern erst habe ich einen in diesem Sinne gehaltenen Artikel gelesen. Ich glaube, meine Herren, daß die Geschichte in diesem Gedanken mehr sehen wird. Je weiter Sie sich von einem Gebirge entfernen, um so deutlicher wird sich der Grundstock vor Ihren Augen abzeichnen. So wird eine fernere Perspektive in der sogenannten Blockpolitik das Wesentliche erkennen.

Die Regierung hat durch eine konservativ-liberale Parteikombination nicht nur die Liberalen zu politischer Mitarbeit, zur Anerkennung staatlicher Notwendigkeiten, sondern auch die Konservativen zu gesunder Fortentwicklung führen wollen. Sie hat dadurch Gegensätzen und Kämpfen vorbeugen wollen, die das politische Leben des zukünftigen Deutschlands schwer erschüttern können. Daß das ein staatsmännischer Gedanke war, wird die Zukunft zeigen und wird auch die Geschichte anerkennen, gleichviel, ob der Vertreter dieses Gedankens früher oder später von seinem Platz abtreten wird.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, in der Sache selbst, die heute hier zur Verhandlung steht, will ich den Herren Ressortchefs und den übrigen berufenen Sachverständigen, insbesondere auch dem Herrn Präsidenten der Reichsbank das Wort überlassen. Als Folgerung meiner bisherigen Ausführungen und in Konsequenz der Auffassung, die ich bei allen Verhandlungen über die Reichsfinanzreform von Anfang an festgehalten habe, will ich nur noch das Nachfolgende sagen.

In Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen betrachte ich es nach wie vor als ein nobile officium, als eine Pflicht ausgleichender Gerechtigkeit, als eine sozialpolitische Notwendigkeit, daß die der Gesamtheit aufzuerlegenden neuen Steuern zu einem erheblichen Teile von den Besitzenden getragen werden. Es geht nicht an, 500 Millionen neue Steuern nur auf Verbrauchsabgaben oder andere indirekte Steuern zu legen, die die Mittelklassen und die Wenigerbemittelten verhältnismäßig härter treffen als die Begüterten. Es wäre auch falsch und ungerechtfertigt, nur einzelne Arten des Besitzes zu belasten und andere freizulassen.

Weil sie alle Arten des Besitzes gleichmäßig trifft, weil sie eine Abstufung nach der Leistungsfähigkeit ermöglicht, weil sie den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit entspricht, deshalb, und nicht aus Eigensinn oder Rechthaberei halte ich an der Erbschaftssteuer fest und widerstrebe den Versuchen, nur einzelne Teile des Einkommens oder Vermögens einer Sonderbesteuerung zu unterwerfen.

Ich lehne es ab, im Bundesrate Steuern zu vertreten, die Handel und Verkehr schwer schädigen, die Industrie unerträglich belasten, unsere gesamtwirtschaftliche Stellung verschlechtern.

(Bravo! links.)

Die Finanzreform — das ist die wohlbegründete Ansicht aller verbündeten Regierungen, die in voller Einmütigkeit zusammenstehen — kann nur zustande kommen, wenn die Beschlüsse dieses Hauses sachlich vertretbar sind und nach sachverständiger Schätzung die unbedingt notwendige Summe in ihrem vollen Betrage ergeben.

Trotz der Schwierigkeit der politischen Situation und trotz der bedauerlichen Spannung zwischen den bürgerlichen Parteien dieses hohen Hauses halte ich noch an der Hoffnung fest, daß im Reichstage Gemeinsinn, nationales und soziales Empfinden den Sieg davontragen werden über Kleinlichkeit und Parteigezänk. In dieser Hoffnung werde ich bestärkt durch die Stimmung im Lande, wie sie in Äußerungen aller Art in die Öffentlichkeit dringt. Diese Stimmung ist frei von Engherzigkeit: das Land würdigt die Größe der nationalen Aufgabe, vor der wir stehen

(sehr richtig! links);

das Land wird früher oder später streng mit den Parteien ins Gericht gehen, die das große Werk der Finanzreform schädigen oder gefährden sollten.

(Sehr wahr!)

Und nun, meine Herren, noch ein persönliches Wort! Seit Wochen regen sich die Zeitungen darüber auf, ob ich bleibe oder gehe.

(Heiterkeit.)

Das hängt nicht von den Zeitungen ab. Das hängt nicht von den Parteien ab. Das hängt auch nicht ab von den Wünschen meiner Gegner. Ich bleibe, solange Seine Majestät der Kaiser glaubt, daß meine Mitarbeit in der auswärtigen und in der inneren Politik für das Reich nützlich ist, und solange

ich selbst glaube, nach meiner eigenen politischen Überzeugung und nach meiner Beurteilung der Sachlage, Nützliches wirken zu können. Auf dem Gebiet der inneren Politik sehe ich zurzeit nichts von gleicher Wichtigkeit für die Wohlfahrt des Reichs als den baldigen Abschluß der Finanzreform.

(Sehr richtig!)

Dieser großen Sache ordne ich selbstverständlich meine Person vollständig unter. Wenn ich die Überzeugung gewinne, daß meine Person der Sache entgegensteht, daß ein Anderer leichter zum Ziele gelangen würde, oder wenn eine Entwicklung einträte, die ich nicht mitmachen kann und will, die ich nicht mitmachen werde, so wird es mir auch möglich sein, Seine Majestät den Kaiser von der Opportunität meines Rücktritts zu überzeugen. Und dann wird mein Wunsch, daß meinem Nachfolger Erfolg beschieden sein möge, ebenso ehrlich sein, wie es mein Bemühen im Dienste des Landes war.

(Lebhafter anhaltender Beifall links und rechts.)

Auch dieser Appell an den Patriotismus und Gemeinsinn der Parteien blieb vergeblich. Die in dieser Rede ausgesprochene Hoffnung ging nicht in Erfüllung; am 24. Juni lehnte der Reichstag mit 195 gegen 187 Stimmen die Erbanfallsteuer ab. Fürst Bülow nahm infolgedessen an den weiteren Verhandlungen im Reichstag, in dem nun eine Mehrheit aus Konservativen, Zentrum und Polen an der Reichsfinanzreform weiter arbeitete, nicht mehr teil; er hat nach dem 16. Juni das Wort nicht mehr im Parlamente ergriffen. Am 26. Juni trug er dem Kaiser in Kiel den Stand der Dinge vor und erbat seinen sofortigen Abschied. Der Kaiser gewährte diesen, nachdem Fürst Bülow sich bereit erklärt hatte, so lange die Geschäfte weiterzuführen, bis die Reform unter Ausscheidung unannehmbarer Beschlüsse des Reichstags gesichert sei. Dementsprechend blieb der Kanzler im Amte, bis in den Sitzungen des Reichstags bis zum 8. Juli und vom 9. und 10. Juli das Werk abgeschlossen war und am 10. Juli der Staatssekretär von Bethmann Hollweg die Zustimmung der verbündeten Regierungen in der Hauptsache dazu ausgesprochen hatte. Am 14. Juli erbat daher der Fürst erneut seinen Abschied, der nunmehr vom Kaiser bewilligt wurde unter Verleihung des Schwarzen Adlerordens mit Brillanten; der Text des kaiserlichen Handschreibens lautete:

„Mein lieber Fürst!

Aus Ihrem erneuten Gesuche habe Ich zu Meinem schmerzlichsten Bedauern ersehen, daß Sie entschlossen sind, von Ihren verantwortungsvollen Ämtern als Reichskanzler, Präsident des Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zurückzutreten. So schwer es Mir fällt, auf Ihre bewährte Kraft bei der Leitung der Reichs- und Staatsgeschäfte zu verzichten und das Band vertrauensvollen Zusammenwirkens, das Mich so viele Jahre mit Ihnen verbunden hat, zu lösen, habe Ich doch in Würdigung der gewichtigen Gründe Ihres Entschlusses geglaubt, Ihrem dringenden Wunsche Mich nicht länger verschließen zu dürfen. Ich habe daher Ihrem Antrage entsprochen und Ihnen die erbetene Entlassung gewährt. Es ist Mir aber ein Bedürfnis

des Herzens, Ihnen bei dieser Gelegenheit für die Hingebung und Aufopferung, mit denen Sie in den verschiedensten Ämtern und Stellungen Ihrer ehrenvollen und segensreichen Dienst-Laufbahn Meinen Vorfahren, Mir und dem Vaterlande so hervorragende Dienste geleistet haben, Meinen wärmsten Dank auszusprechen. Gott der Herr schenke Ihnen nach einem so taten- und arbeitsreichen Leben noch viele Jahre ungetrübten Glückes. Indem ich Ihnen als äußeres Zeichen meiner Dankbarkeit, Anerkennung und Zuneigung den hohen Orden vom Schwarzen Adler mit Brillanten verleihe und die Insignien desselben hierneben zugehen lasse, verbleibe Ich Ihr Ihnen stets wohlgeneigter, dankbarer Kaiser und König

Wilhelm I. R.

Berlin, im Schloß den 14. Juli 1909.

An den Fürsten v. Bülow".

Zu seinem Nachfolger wurde am selben Tage der bisherige Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, Dr. von Bethmann Hollweg ernannt.

Über die Motive seines Rücktritts hatte sich Fürst Bülow mehrfach durch offiziöse Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und der „Süddeutschen Reichskorrespondenz" ausgesprochen und am ausführlichsten in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Hamburgischen Korrespondenten", v. Eckardt, am 13. Juli, die unter den nichtamtlichen Kundgebungen des Reichskanzlers in diesem Bande mitgeteilt ist.



II.

Nichtamtliche Kundgebungen.



I. An den Rektor des Katholisch-deutschen Hospizes in Jerusalem, P. Schmidt.

Berlin, den 5. Januar 1907.

Hochwürdigster Pater!

Euer Hochwürden waren so freundlich, mich auch diesmal wieder durch Ihre Glückwünsche zum Jahreswechsel zu erfreuen. Indem ich Ihnen hierfür meinen herzlichen Dank sage, hoffe ich, daß Ihnen noch viele Jahre Gesundheit und Kraft zu weiterer, segensreicher Wirksamkeit beschieden sein mögen.

Es hat mich interessiert, aus Ihrem Brief zu entnehmen, mit wie regem Interesse Sie die Vorgänge in Deutschland verfolgen. Daher werden Sie jedenfalls, schon ehe noch diese Zeilen in Ihre Hände gelangen, aus meinem, am Sylvestertage an Herrn Generalleutnant von Liebert [1]) gerichteten, inzwischen veröffentlichten Schreiben bereits ersehen haben, daß die Auflösung des Reichstages deshalb unvermeidlich war, weil die Zentrumsfraktion in einer eminent nationalen Frage, wo Deutschlands Ehre engagiert ist und es sich um Sicherung der Erfolge unserer heldenmütigen deutschen Afrikakämpfer handelt, den verbündeten Regierungen in der Verwendung unserer Kampfmittel Schranken auferlegen wollte, denen jene nach ihrem pflichtmäßigen und sachkundigen Ermessen sich nicht unterwerfen konnten. Es liegt mir daran, besonders auch Euer Hochwürden und Ihren Brüdern am christlichen Werke gegenüber klar auszusprechen, daß dieser, mir aufgenötigte, Kampf sich gegen den Mißbrauch richtet, welchen das Zentrum im Reichstag auf Kosten nationaler Interessen und zum Schaden des nationalen Ansehens mit seiner ausschlaggebenden parlamentarischen Stellung getrieben hat, aber keineswegs gegen die deutschen Katholiken, die katholische Geistlichkeit oder gar die katholische Kirche.

---

[1]) S. II, 451 ff.

Was besonders Ihre und Ihrer Konfratres echt christliche und dabei von nationalem Geiste erfüllte Wirksamkeit im heiligen Lande anbelangt, so seien Sie überzeugt, daß für Ihre Wünsche und Interessen an hiesiger leitender Stelle, sowie bei den mir nachgeordneten Organen nach wie vor und unverändert ein offenes Ohr und weitgehende Hilfsbereitschaft zu finden sein wird.

Die Besorgnisse in dieser Beziehung, die ich aus Ihrem Briefe leise herausklingen zu hören meine, können Sie getrosten Mutes von sich weisen: sie beruhen nur auf gänzlich haltlosen Gerüchten.

Es hat mich besonders gefreut, von Ihnen aufs neue zu vernehmen, daß die deutsche Arbeit in Jerusalem mehr und mehr schöne Früchte zeitigt. Mir ist nicht bange darum, daß auch der neue Patriarch, dem Sie mit unvoreingenommenem Vertrauen entgegensehen, Ihrem Streben verständnisvolle Förderung nicht versagen wird.

Ich verbleibe,
Hochwürdigster Pater,
Ihr
treu ergebener
(gez.) Bülow.[1])

II. Zur Reichstagswahl.

a) Am 19. Januar veranstaltete das Kolonialpolitische Aktionskomitee im Palasthotel zu Berlin ein Festmahl, an dem zahlreiche Vertreter der Wissenschaft, Kunst, Literatur und Technik aus ganz Deutschland teilnahmen. Über die Absichten und den Zweck dieses Komitees führte der Vorsitzende, Prof. Dr. v. Schmoller aus: Die in dem Kolonialpolitischen Komitee vereinigten Führer der liberalen Berufe wollten in einem großen Moment unserer vaterländischen Geschichte ihre Stimme in die Wagschale werfen. Das Komitee wolle die organisierten Parteien, die hinter ihnen stehenden sozialen Klassen und materiellen Interessen nicht verdrängen, wohl aber sie beeinflussen. Hinter dem Komitee stehe die Masse der liberalen Berufe, die gegen zwei Millionen Wähler umfasse. Die führenden Kräfte des geistigen Lebens suchten auch die Art der materiellen Interessenbetätigung zu beeinflussen, aufklärend zu wirken und die Geister von den kleinen zu den großen Gesichtspunkten hinzuführen. Der Redner erinnerte daran, daß die Universitätslehrer, dank der Freiheit der Wissenschaft und dank der politischen Unabhängigkeit, welche ihnen die aufgeklärten deutschen Regierungen seit einhundert Jahren stets einräumten,

[1]) S. ferner an P. Schmidt Nr. 28.

schon öfter in die ganz großen öffentlichen Kämpfe eingegriffen haben, so bei dem Zedlitzschen Schulgesetzentwurf und bei der Frage der Flottenvermehrung. Das Komitee wolle mit allen Gesinnungsgenossen aus den liberalen Berufen für die Erhaltung unserer Kolonien, für die Macht und Ehre Deutschlands eintreten und helfen, eine Reichstagsmajorität zu schaffen, welche mit dem Reichskanzler und den Bundesregierungen für diese Ziele eintritt. Es wolle der Nation heute sagen, sie solle das Vaterland über die Partei stellen, sie solle nicht kleinlich und philisterhaft die Fragen der Macht, der Ehre und der auswärtigen Politik behandeln. Deutschland stehe auch heute noch unter dem Einfluß seiner Denker und Dichter, seiner Schriftsteller, Gelehrten und Künstler.

Prof. v. Schmoller begrüßte dann den Reichskanzler, der durch sein Erscheinen im Kreise der Professoren und Gelehrten zeige, daß er die geistigen Kräfte neben den materiellen richtig einschätzt. Man habe unter der berauschenden Einwirkung des neuen Reichtums und der neuen Macht Deutschlands seit 1870 wohl öfter diese geistigen Kräfte unterschätzt und nur zu oft das Dichterwort vergessen: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut."

Reichskanzler Fürst Bülow antwortete darauf:

Meine Herren! Der Anregung, unter Ihnen zu erscheinen, bin ich gern und dankbar gefolgt. Ich befinde mich hier unter Vertretern der Wissenschaft, der schönen Künste, in einem Kreise hoher Bildung, höchsten Strebens. Sie alle kennen das Goethesche Wort: „Was ist Deine Pflicht? Die Forderung des Tages." Sie, die geistigen Führer der Nation, haben es als eine Forderung des Tages erkannt, aufklärend mitzuwirken an einem politischen Geschäft der Nation, und Sie wollen hören, was etwa der oberste Beamte des Reiches am Vorabend des Tages noch zu sagen hat, der über die künftige Zusammensetzung des deutschen Parlaments entscheiden soll.

Der Streit zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit von Zentrum und Sozialdemokraten im Reichstage ist ausgebrochen bei einer Frage, bei der es sich um die Beendigung des Krieges in Südwestafrika und weiterhin überhaupt um das Maß von Einsicht und Energie bei unseren kolonisatorischen Bestrebungen handelte. Ich bin froh, sagen zu können, daß an der Spitze der Kolonialabteilung jetzt eine außergewöhnlich tüchtige und umsichtige Kraft tätig ist. Es ist Herrn Dernburg in kurzer Zeit gelungen, das erschütterte Vertrauen in Wert und Verwaltung unserer Kolonien neu zu beleben. Ich hege die Zuversicht, daß mit zähem Fleiße aus unseren Kolonien ein Besitz zu machen ist, der die dafür gebrachten Opfer reichlich lohnen, für unseren Wohlstand und für die Erhaltung unserer Volkskräfte von größtem Nutzen sein wird, und den keiner unserer Söhne und Enkel mehr missen möchte. Die Kolonien sind nicht nur ein Prüfstein für unsere nationale Tatkraft, sie können auch ein Bindemittel sein für unsere in ein Dutzend Fraktionen gespaltene

politische Betätigung im Innern. Zu ihrer Entwicklung brauchen wir die Paarung konservativen Geistes mit liberalem Geiste, und es ist hoffentlich nicht zu optimistisch, wenn ich es als einen gewissen Wendepunkt in unserem Parteileben betrachte, daß am 13. Dezember im Reichstage konservative und liberale Parteien mit den verbündeten Regierungen zusammen gingen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte, daß diese Verständigung vorbildlich wirkte für die Behandlung anderer großer nationaler Fragen, und daß so von dem überseeischen Besitz ein günstiger Einfluß ausginge zur Mäßigung der Parteigegensätze, namentlich gegenüber dem Auslande.

(Bravo!)

In Aufrufen und Artikeln der Zentrumspartei heißt es jetzt, ich hätte nach einem Vorwand für die Auflösung gesucht, das Zentrum hätte so gut wie alles bewilligt, die Auflösung sei unnötig gewesen. Nun, meine Herren, hat nicht das Zentrum schon im Frühjahr 1906 — ich sehe ganz ab von der Verweigerung des Reichskolonialamts — die Forderung des Bahnbaues im Kriegsgebiet zu Falle gebracht? Hat nicht dieser Beschluß dem Reiche viele Millionen gekostet? Denn die hohen Kriegskosten sind zu mehr als einem Drittel durch die außerordentlichen Schwierigkeiten des Transports verursacht worden. Hat nicht das Zentrum vor fünf Wochen gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung zwingen wollen, die Truppenstärke auf dem Kriegsschauplatz vor völliger Einstellung der Operationen von einem bestimmten Termin ab auf 2500 Mann herunterzusetzen? In der Frage, wie viele Truppen zur Niederwerfung des Aufstandes und der Pazifizierung der Kolonie nötig wären, konnte ich mich nur nach dem Urteile der Truppenführer und des Generalstabes richten.

(Sehr richtig!)

Gegenüber dem klaren und bestimmten Verlangen der sachkundigen und verantwortlichen Stellen gab es für mich, gab es für die verbündeten Regierungen kein Schwanken und keine Zweifel. Blieb die Mehrheit auf ihrem Standpunkt bestehen, so mußten wir an das Volk appellieren.

Man hat ferner den Standpunkt der Mehrheit damit motivieren wollen, daß dann der Reichstag der Truppenleitung und den verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit mit tragen helfe, und daß er, wenn nötig, die Truppenzahl wieder heraufsetzen könne. Ja, meine Herren, das heißt eben Hofkriegsrat spielen. Einem solchen Eingriff in

die Kriegsleitung, einer solchen Ermutigung aller uns feindlichen Elemente in der Welt durften und konnten die verbündeten Regierungen sich nicht unterwerfen.

(Bravo!)

Man hat mir auch das in der Hitze der Debatte gesprochene Wort vorgeworfen, daß nicht die Parteien, sondern die Regierung die Verantwortung trüge für die Sicherheit und das Ansehen des Landes. Meine Herren, ich halte dies Wort bei ruhigem Blute vollständig aufrecht. Verantwortlichkeit ist zunächst eine höchst persönliche Sache. Mögen sich nun auch Parteien moralisch für ihr Verhalten verantwortlich fühlen — und je mehr, desto besser! —, so ist doch die Regierung keine Partei, ihre Verantwortung reicht viel weiter. Sie hat, insbesondere nach außen, alle Parteien zu vertreten, und sie trägt allein die moralische und die politische Verantwortlichkeit in großen nationalen Fragen. Das ist auch so in rein parlamentarisch regierten Ländern: wenn da die Männer der Regierung eine Verantwortlichkeit für Mehrheitsbeschlüsse nicht tragen wollen, so lösen sie das Parlament auf, oder sie treten ab. In dem Anspruche der Zentrumspartei, den verbündeten Regierungen ebenso wie der Kriegsleitung einen Teil der Verantwortlichkeit abzunehmen, sehe ich eine weder in der Verfassung, noch in dem tatsächlichen Schwanken der Mehrheitsbildungen im Reichstage begründete Überspannung des Machtgefühls einer Fraktion.

(Sehr richtig! Bravo!)

Was würden Sie, meine Herren, von einem Reichskanzler sagen, der, wenn etwas schief geht, oder eine Katastrophe eintritt, Deckung suchen wollte hinter den Parteien? In der Regel sind die Parteien umgekehrt geneigt, nach kritischen Entscheidungen die Verantwortung von sich ab und die Schuld auf die Regierung zu wälzen. Ich erinnere an die Aufhebung des Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes, wo Parteien, die vorher für die Aufhebung eingetreten waren, hinterher die Regierung scharf kritisierten. Ähnliches hat sich nach der Reichsfinanzreform ereignet. Ich glaube, daß das deutsche Volk eine solche Verschiebung der Verantwortlichkeit zugunsten der Parteien nicht gewohnt ist und nicht will.

Nun wetteifern Zentrumsstimmen und sozialdemokratische in der Behauptung, das Budgetrecht des Reichstages sei verletzt, Volksrechte seien in Gefahr. Ich kann auch darin nur eine leere Ausrede für den Mehrheitsbeschluß vom 13. Dezember, eine Irreführung der Wähler über die Gründe der Reichstagsauflösung sehen. Die Opposition sucht das

Thema probandum von dem ihr unbequemen nationalen auf ein von ihr willkürlich konstruiertes konstitutionelles Gebiet hinüberzuspielen.

(Sehr richtig!)

Die verbündeten Regierungen denken nicht daran, die in der Verfassung gewährleisteten Rechte und Befugnisse des Reichstages irgendwie einzuschränken oder zu verletzen. Sie wahren sich aber das ihnen zustehende Recht, bei Differenzen mit dem Reichstag an das Volk zu appellieren. Die verbündeten Regierungen wollen weder ein absolutistisches noch ein Parteiregiment, sie treten ein für den Verfassungsstaat und für verfassungsmäßiges Recht. Sie wollen keinen Kampf gegen unsere katholischen Landsleute und die katholische Religion, sondern religiösen Frieden, religiöse Duldung und volle religiöse Gleichberechtigung, volle Gewissensfreiheit, zu der ich mich immer bekannt habe nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sie wollen nicht den sozialistischen Zwangs- und Zuchthausstaat, keine Gefährdung unseres Friedens und unserer Stellung in der Welt, sondern Schutz und Schirm für Kaiser und Reich nach außen und stetigen Fortschritt aller tüchtigen nationalen Kräfte im Innern.

Meine Herren, es handelt sich gar nicht um das Budgetrecht des Reichstages, es handelt sich um kein anderes Volksrecht als um das, vertreten zu sein durch eine Mehrheit, die den verbündeten Regierungen das deutsche Ansehen wahren hilft und brave deutsche Soldaten nicht vor dem Feinde im Stiche läßt.

(Bravo!)

Eine Machtfrage hat nicht die Regierung aufgerollt, sondern das Zentrum im Reichstag mit Hilfe der Sozialdemokratie.

Endlich heißt es, es gelte, das persönliche Regiment zu bekämpfen und der Gefahr des Absolutismus vorzubeugen. Meine Herren, eine solche Gefahr besteht nicht und kann nach der bundesstaatlichen Verfassung des Reichs auch gar nicht bestehen. Unser Kaiser denkt nicht daran, Rechte in Anspruch zu nehmen, die ihm nach der Reichsverfassung nicht zukommen. Auch bei der Auflösung des Reichstages hat er nichts anderes getan, als daß er den Rat des Reichskanzlers und den Vorschlag des Bundesrats gutgeheißen hat, von einem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen. Wir leben nicht mehr in der Zeit des Großen Kurfürsten und des Großen Königs, die von ihrem Kabinett aus die Monarchie regierten. Fürst Bismarck hat es einmal für einen Akt niedrigster Feigheit erklärt, wenn ein Minister seine Verantwortlichkeit decken wollte mit der Verantwortlichkeit des Königs. Seit dem ersten Tage meiner Amtstätigkeit

hat mir dies Wort vor der Seele gestanden. Die Aufrechterhaltung der vollen Verantwortlichkeit und damit der Autorität des Reichskanzlers und in Preußen der Minister, die zwar Organe der Krone sind, aber darum doch so befugt wie verpflichtet zu eigener Initiative, liegt im Interesse der Krone ebenso wie im Interesse des Landes.

(Sehr gut!)

Was zur Auflösung des Reichstags geführt hat, hat nichts mit persönlichem Regiment, nichts mit Absolutismus zu tun. Nein, meine Herren, es ist vielmehr wieder einmal ein Kampf gegen den schlimmen Fraktions- und Parteigeist, der Deutschland in der Vergangenheit schon so schwere Wunden geschlagen hat: Sondergeist der Stämme, an dem Ottonen, Salier und Staufer zugrunde gingen; konfessioneller Sondergeist, der Deutschland durch den 30 jährigen Krieg schleifte und es politisch und wirtschaftlich um Jahrhunderte zurückwarf; partikularistischer Sondergeist, der vor hundert Jahren das alte Reich ganz aus den Fugen trieb. Von diesem Geiste in allen seinen Abarten ist noch ein böser Rest geblieben. Wie oft bekomme ich zu hören: Wenn die Regierung nicht dies und das tut, so machen wir nicht mehr mit. Einerseits heißt es immer, die Regierung soll führen, anderseits will sich keiner führen lassen. Prinzip geht in Deutschland zu oft vor Gemeinsinn, Doktrin vor Erkenntnis des praktisch Möglichen.

Ich habe das wieder erfahren bei der Aufnahme meiner Antwort an den General v. Liebert. Je mehr ein Blatt eingeschworen ist auf irgend eine bestimmte Parteidoktrin, um so kritischer war es. Je weniger ein Blatt von Fraktionsinteressen abhängt, um so unbefangener war sein Urteil. Von rechts wurde mir entgegengehalten, daß der Brief das früher von mir selbst oft gebrauchte Wort von der Heimatspolitik nicht enthalte. Für die Heimatspolitik, namentlich soweit sie die deutsche Landwirtschaft betrifft, glaube ich einiges getan zu haben, und ich bin stolz darauf. Aber Heimatspolitik und Kolonialpolitik sind keine Gegensätze, die Kolonien entwickeln, heißt auch Heimatspolitik treiben, wie Heimat und Mutterland ein und dasselbe sind.

(Sehr wahr!)

Von liberaler Seite wurden Zusagen vermißt, die man von mir namentlich in bezug auf Verwaltung und Schule erwartete. Nun bin ich zwar — und nicht erst seit gestern und vorgestern — der Ansicht, daß die Vorbildung unserer Beamten und die Struktur unseres Beamtenorganismus verbesserungsfähig sind, und daß wir in der geistigen und materiellen Ver-

sorgung der Schule und der Lehrer weiter fortschreiten müssen. Aber das geht zumeist die Landesgesetzgebung an, wo manches unter denselben Parteien streitig und trennend ist, deren Pflicht es mir zu sein scheint, im Reiche vereint zu schlagen. Am Vorabend einer Schlacht paßt kein Streit unter Bundesgenossen. Ähnliches gilt auch von dem neuen politischen Programm, das man von mir verlangt hat.

Meine Herren, Programme sind Zukunftsmusik. Zur Musik gehören Musikanten.

(Sehr wahr!)

Nun sehen Sie sich, meine Herren, das Orchester im Reichstage an, wie viele Tonarten da durcheinander klingen. Mögen die Minderheitsparteien vom 13. Dezember jetzt zeigen, was sie vermögen, nicht bloß an Zahl in der Kapelle, sondern auch an Gefühl für Rhythmus und Harmonie.

(Heiterkeit und Zustimmung.)

Nächstes Ziel ist, eine Mehrheit von Konservativen und Liberalen zu schaffen und dem Zentrum die Möglichkeit zu nehmen, an der Seite der grundsätzlich auf Dissonanzen bedachten Sozialdemokratie zum Schaden des Vaterlandes Machtpolitik zu treiben gegen die verbündeten Regierungen und gegen alle anderen Parteien.

Ein Reichstag, dessen Mehrheit in nationalen Fragen nicht versagt — das ist die „Forderung des Tages".

(Bravo!)

Wer dieser Überzeugung ist, der folge ihr nach und warte nicht auf Anerkennung und Versprechungen für die Zukunft, sondern sei Mannes genug, sich selber Geltung zu verschaffen.

Das Zentrum ist auch zur Zeit seiner ausschlaggebenden Stellung im Reichstag geblieben, was es immer war — eine unberechenbare Partei. Es vertritt aristokratische und demokratische, reaktionäre und liberale, ultramontane und nationale Forderungen. Nur eine politische Richtung ist nicht vertreten, die sozialdemokratische. Um so auffälliger ist es, daß das Zentrum bei den Wahlen der religions- und staatsfeindlichen Partei, der Sozialdemokratie Vorschub leistet. Wie patriotische Katholiken darüber denken, beweist der Düsseldorfer Aufruf[1]). Die deutsche Politik darf nicht zum Spielball der Interessen einer Fraktion gemacht werden, die von ihrem religiösen und konfessionellen Standpunkt aus die Sozialdemokratie auf

---

[1]) S. oben S. 12.

das schärfste bekämpfen müßte, ihr aber gleichwohl aus taktischen Gründen zu Einfluß in Lebensfragen der Nation verhilft.

Die sozialdemokratische Partei hat positiv nichts geleistet. Selbst die großen sozialpolitischen Reichsgesetze sind ohne ihre Zustimmung zustande gekommen. Wo sich in ihren Reihen Neigung zur Mitarbeit an positiven Reformen zeigt, sucht sie der Despotismus, der revolutionäre Übermut der Führer zu ersticken. Wie lange wird diese Knechtschaft von Millionen deutscher Arbeiter noch dauern? Es wäre ein großes Glück, wenn endlich dieser Bann sich lockerte, wenn die deutschen Arbeiter mehr und mehr einsähen, daß die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeit schlecht vertritt, weil sie selbst keine positive Arbeit leistet

(Lebhafte Zustimmung),

wenn namentlich die große Zahl der Mitläufer sich klar machte, daß der gegenwärtige Zustand der Ordnung und des Gesetzes, verfassungsmäßiger Freiheit und wachsenden Wohlstandes, der Fürsorge für die Armen und Bedrängten jedenfalls besser ist als der rohe Zwang, ohne den die Verwirklichung und der Bestand kommunistischer Zukunftsutopien überhaupt nicht denkbar wäre.

(Bravo!)

Die Bestrebungen für Volkswohlfahrt erachte ich als staatliche Pflicht. Die sozialen Reformen werden hoffentlich trotz der nichts als Verhetzung schaffenden Gegnerschaft der sozialdemokratischen Partei nicht still stehen.

Meine Herren, Sie werden nicht ohne Anreiz zum Nachdenken beobachtet haben, welche Hoffnungen der Deutschland übel gesinnte Teil der ausländischen Presse aus der deutschen Wahlbewegung schöpft.

(Hört! hört!)

Der Deutsche Kaiser, die verbündeten Regierungen sollen in diesen Wahlen einen Denkzettel erhalten.

(Hört!)

Alle guten Wünsche begleiten die Sozialdemokratie und das Zentrum in die Wahlkampagne. Es ist, als ob man einen Rückfall des Volkes der Dichter und Denker in die früheren Zeiten politischer Zerrissenheit und Ohnmacht für möglich hielte. Jedenfalls herrscht die Überzeugung, daß jeder Sieg der Opposition vom 13. Dezember die Entfaltung der nationalen Kräfte des deutschen Volkes, deutschen Unternehmungssinn und deutschen Geist hemmen und hindern werde. Solche Stimmen dringen aus Ländern und Völkern zu uns herüber, die selbst bewunderungswürdige Beispiele

von stoischem Gleichmut und heroischem Opfermut im Durchhalten großer Kolonialkriege gegeben haben.

(Sehr wahr!)

Es ist auch klar, daß in der Tat die im Auslande erhoffte Entscheidung der deutschen Wähler zugunsten der internationalen Sozialdemokratie und des Fraktionsegoismus des Zentrums eine Schädigung des Ansehens und eine Gefährdung des Friedens des deutschen Volkes bedeuten würde.

Und nun, meine Herren, will ich Ihnen auch sagen, warum es mir eine besondere Freude war, Ihrer Einladung zu folgen. Gerade Sie, Vertreter von Wissenschaft und Kunst, Denker und Forscher, Dichter und Bildner, sind am besten berufen, im Dienste der politischen Forderung des Tages dem alten deutschen Schicksal des Parteigeistes und Fraktionshaders entgegenzuwirken und den Glauben zerstören zu helfen, daß wir wieder bloß ein Volk von Denkern und Dichtern und Träumern werden und nicht auch eine große, friedlich strebende und in schweren Zeiten einige und tapfere Nation bleiben könnten.

(Lebhafter Beifall.)

Mögen so, wie Sie hier, meine Herren, alle nationalen Elemente von der konservativen Rechten bis zur fortschrittlichen Linken, ohne Ansehen der Religion, bei den Wahlen ihre Sonderinteressen zurückstellen hinter die nationale Pflicht und Schuldigkeit.

(Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

b) Der Gedanke, unter dem die Auflösung des Reichstags am 13. Dezember 1906 erfolgt war, hatte im deutschen Volke mächtig gezündet. Das Bekanntwerden der Wahlresultate am Abend des Hauptwahltags (25. Januar 1907) rief in Berlin eine große Begeisterung wach. Vor dem Redaktionslokale des „Lokalanzeigers" — so berichtete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 27. Januar 1907 —, der mit einem Scheinwerfer der auf der Straße versammelten Menge die einlaufenden Meldungen mitteilte, wurden diese Nachrichten mit lautem Jubel aufgenommen. Patriotische Lieder ertönten, Heil Dir im Siegerkranz und Lieb Vaterland magst ruhig sein! wurden angestimmt. Als diese Siegesnachrichten sich mehrten, als die Zahl der bekannt gewordenen Niederlagen der Sozialdemokratie das Dutzend überschritten hatte, da drängte sich den staatstreuen Bürgern das Bedürfnis auf, ihrer Vaterlandsliebe durch eine Huldigung für den leitenden Staatsmann Ausdruck zu geben. Eine stetig anwachsende Volksmenge zog dem Palais des Reichskanzlers in der Wilhelmstraße zu. Da kam ein Hofwagen angefahren. Man erkannte in dem Insassen den Prinzen Eitel Friedrich. Stürmische Hochrufe begrüßten den Sohn des Kaisers. Hinter dem Wagen her marschierte die Menge dem Reichskanzlerpalais zu. In lauten Hochrufen auf den Fürsten Bülow lieh die wohl mehrere Tausende zählende Menge ihrer gehobenen patrioti-

schen Stimmung Ausdruck. Da ging eine Bewegung durch die Menge: Der Reichskanzler, so hieß es, habe sagen lassen, er werde sofort erscheinen. Und schon trat Fürst von Bülow an das Vorgartengitter, von lautem Hurra begrüßt, das langsam verstummte, als der Reichskanzler zu reden begann. Er hielt eine Ansprache etwa folgenden Inhalts:

Meine Herren! Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung

(Bravo! Bravo!),

vor allem aber für die nationale Gesinnung, die Sie hierher geführt hat.

(Stürmischer Beifall. Silentium! Silentium!)

Mein großer Amtsvorgänger, vor dem wir alle in Ehrfurcht uns neigen

(Bravo!),

hat vor bald 40 Jahren gesagt: „Setzen wir das deutsche Volk in den Sattel, reiten wird es schon können."

(Wiederholter Jubel und zustimmende Rufe.)

Ich hoffe und glaube, das deutsche Volk hat heute gezeigt, daß es noch reiten kann.

(Stürmischer Beifall.)

Und wenn bei den Stichwahlen jeder seine Schuldigkeit tut, so wird die ganze Welt erkennen, daß das deutsche Volk fest im Sattel sitzt und alles niederreitet, was sich seiner Wohlfahrt, seiner Größe in den Weg stellt.

(Minutenlang anhaltender Beifall. Silentium! Silentium!)

Und nun, meine Herren, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Die Nation, das deutsche Volk, hoch, hoch, hoch!"

Mit stürmischem Jubel stimmte die Menge in diesen Ruf ein; Deutschland, Deutschland über alles! wurde angestimmt, und sich immer wieder erneuernde Huldigungen begleiteten den Reichskanzler, als er sich in das Palais zurückzog.

c) Am Stichwahltage (5. Februar 1907).

Am Abend des Stichwahltages wiederholte sich in Berlin die Szene vom 25. Januar. Als man gegen Mitternacht durch die mit Scheinwerfer veröffentlichten Meldungen des „Lokalanzeigers" die Gewißheit erhalten hatte, daß die Sozialdemokratie über 30 Sitze verloren hatte, zogen wiederum Tausende zum Reichskanzlerpalais und brachten dem Fürsten Bülow begeisterte Ovationen dar. Der Reichskanzler erschien, stürmisch begrüßt. Tiefe Stille trat sofort ein, als er etwa folgendes sagte[1]):

---

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung" 7. Februar 1907.

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß patriotische Gesinnung Sie wiederum hierhergeführt hat. Als ich am 13. Dezember einen letzten Appell an den Reichstag richtete, schloß ich mit den Worten, daß die Regierung ihre Pflicht tun würde im Vertrauen auf das deutsche Volk. Dieses Vertrauen hat nicht getäuscht. Was bei den Hauptwahlen gesiegt hat und heute bei den Stichwahlen weitere schöne Erfolge errungen hat, das ist der deutsche Geist,

„Der gekämpft hat allerwegen,
Der noch kämpft zu dieser Frist,
Und der darum nicht erlegen,
Weil er ja unsterblich ist."

Wenn wir diesem deutschen Geiste treu bleiben, wenn vor allem die deutsche Jugend festhält an diesem Geist und sich mit ihm erfüllt, dann können wir ruhig und freudig in die Zukunft des Vaterlandes blicken. Und nun stimmen Sie mit mir ein in den Ruf der Liebe und der Treue bis zum Tod: Unser deutsches Vaterland, es lebe hoch!

d) Unter dem 7. Februar 1907 richtete der Kanzler an das Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller folgendes Schreiben:

Berlin, den 7. Februar 1907.

Das verehrliche Direktorium bitte ich für die mir im Namen des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Ergebnis der Reichstagswahlen ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche und das zielbewußte opferfreudige Eintreten für die nationale Sache im Wahlkampfe meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Ich möchte dabei feststellen, daß der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete. Das nationale Bürgertum hat vielmehr durch sein Votum gegen die Sozialdemokratie auch eine parlamentarische Taktik verurteilt, durch deren Anwendung am 13. Dezember v. J. die damalige Minderheit von der Zentrumspartei unter Beihilfe der Sozialdemokratie niedergestimmt wurde. Es hieße den Geist der Nation verkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte. Die Versicherung, daß der Zentralverband auch in der Zukunft im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Regierung stehen werde, habe ich gerne entgegengenommen.

Dabei vertraue ich auch fernerhin auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen

hat, erkenne ich rückhaltlos an. Ich hoffe aber auch, daß mir bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen wird.

Mit vollkommenster Hochachtung bin ich des verehrlichen Direktoriums ergebener

Bülow.

III. Nach der Wahl.

Auf die Meldung vom Siege der bürgerlichen Parteien in Königsberg antwortete der Reichskanzler an den „Freien Wahlausschuß reichstreuer Wähler":

Herzlichen Glückwunsch zu dem schönen Erfolg. Daß die alte preußische Königsstadt der nationalen Sache wiedergewonnen ist, sei ein gutes Omen für die Zukunft des Vaterlandes.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Nach Magdeburg an den „Wahlausschuß der vereinigten bürgerlichen Parteien":

Hocherfreut durch den Sieg der nationalen Parteien Magdeburgs danke ich Ihnen für die im Wahlkampf bewiesene Hingabe und Einigkeit. Möge das gute Beispiel weiter wirken.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Nach Bremen (an den Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Dr Wiegand):

Sehr erfreut durch die gute Nachricht, sende ich Ihnen aufrichtigen Glückwunsch. Möge der Sieg, den in Bremen vaterländischer Sinn und einheitliches Vorgehen errungen haben, vorbildlich für die Stichwahlen werden.

Der „Münchener Zeitung" ging auf eine Anfrage folgendes Telegramm des Reichskanzlers zu:

Daß die verbündeten Regierungen eine Verschlechterung des Wahlrechts planen, ist erfunden.

Pinneberg, an Landrat Geh. Regierungsrat Scheiff:

Berlin, 3. Februar 1907.

Herzlichen Dank für Ihre Meldung. Ich beglückwünsche meinen Geburtskreis zu diesem schönen Erfolg und freue mich, daß über meiner lieben Heimat wieder die nationale Flagge weht.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Rostock (ohne Adresse; der Nationalliberale Link war gewählt worden):

Durch die Zurückstellung parteipolitischer Sonderwünsche vor der großen nationalen Sache haben sich die Konservativen und der Bund der Landwirte um das Vaterland wahrhaft verdient gemacht. Ich gratuliere herzlich zu dem schönen Erfolge.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Dresden (an den Chefredakteur des „Dresdner Anzeigers", Prof. Dr. Lier):

Herzlichen Dank für Ihre Mitteilungen über den schönen Erfolg der nationalen Parteien in Dresden-Altstadt. Ganz Deutschland muß dem sächsischen Volke für seine in ernster Stunde neu bewährte Treue dankbar sein.

Reichskanzler Fürst Bülow.

München I (an die Redaktion der „Münchner Neuesten Nachrichten"):

Herzlichen Dank für Ihre mich besonders erfreuende Mitteilung. Der Sieg des Münchner Bürgertums wird allenthalben im deutschen Vaterlande die Kraft und Zuversicht der nationalen Parteien stärken.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Danzig (an den Redakteur der „Danziger Zeitung", Herrmann):

Herzlichen Dank für Ihre Mitteilung des Wahlergebnisses und meinen besten Glückwunsch, daß Danzig sich wieder so wacker gehalten.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Den liberalen Angestellten der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen antwortete der Reichskanzler auf ein Glückwunschtelegramm zu den Wahlen, in dem sie auch die Hoffnung aussprachen, daß die Sozialpolitik auch künftig von der Regierung kräftig gefördert werde:

Herzlichen Dank für die Glückwünsche. Die Sozialpolitik wird immer eine der wesentlichsten Aufgaben der Regierung bleiben.

Bülow.

Apenrade (ohne Adresse und Unterschrift):

Herzlichen Dank und besten Glückwunsch zum Sieg der nationalen Sache im Kreise Apenrade. Ich weiß, daß die Verhältnisse schwierig lagen, um so wertvoller ist dafür auch das erreichte Resultat.

Die Wahlprüfungskommission kassierte später die Wahl des Abgeordneten Freiherrn von Richthofen wegen eines angeblichen Telegramms des Reichskanzlers, in dem eine unzulässige Wahlbeeinflussung gesehen wurde. Dieses Telegramm war ein Stück aus einer Antwort des Reichskanzlers auf eine von privater Seite aus dem Wahlkreis Schweidnitz-Striegau ergangene Anfrage; das vom 16. Januar 1907 datierte Schreiben lautete:

In meinem Briefe an den Generalleutnant von Liebert habe ich deutlich ausgesprochen, worauf es in dem gegenwärtigen Wahlkampfe ankommt, und habe unter den zu bekämpfenden Gegnern die Sozialdemokratie in erster Linie genannt. Ich muß es mir aber grundsätzlich versagen, über die Erfordernisse der Lage in den einzelnen Wahlkreisen von hier aus ein persönliches Urteil abzugeben.

Als Kuriosum aus der Wahlbewegung sei noch die folgende kleine Geschichte (nach der „Nordd. Allgem. Zeitung" vom 12. Februar 1907) mitgeteilt: Einem Besucher, der dem Reichskanzler am Tage nach den Stichwahlen zu dem glänzenden Wahlergebnis gratulierte, zeigte Fürst Bülow eine Postkarte, die ihm offenbar von einem Sozialdemokraten am Vorabend der Hauptwahl übersandt worden war. Sie enthielt folgende Prophezeiung: „Ew. Durchlaucht wird es interessieren, wie das Verhältnis und die Stärke der Parteien am 25. Januar, resp. 5. Februar nach den Stichwahlen sich gestalten wird: Sozialdemokraten 95 Mandate, Zentrum 92, Polen 20, Welfen 7, Elsaß-Lothringen 13, macht 227. Das sind die Reichsfeinde. 170 Mandate werden die Blockparteien erhalten. Aufbewahren bis zum 6. Februar 1907!" Der Reichskanzler ist diesem Wunsche nachgekommen und bemerkte, indem er die Karte vorzeigte:

Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande, aber das Vaterland ist nicht immer schuld daran.

IV. An Dr. Friedrich Lange [1]).

Am Tage vor der Stichwahl war dem Herausgeber der „Deutschen Zeitung", Dr. Friedrich Lange, aus einem bedrohten Wahlkreis Süddeutschlands die Bitte ausgesprochen worden, beim Reichskanzler in letzter Stunde ein Eingreifen zu empfehlen. Dr. Lange schickte dies Schreiben an den Fürsten Bülow und gratulierte ihm dabei zu dem Wahlerfolg mit dem Ausdruck der Genugtuung, seit Auflösung des Reichstages mit voller Überzeugung und ohne Vorbehalt für die Politik des Reichskanzlers eintreten zu können. Dieser antwortete darauf:

Berlin, den 8. Februar 1907.

Sehr geehrter Herr Doktor!

In der Anlage lasse ich Ihnen das mit Ihrem gefälligen Schreiben vom 4. d. M. mir freundlichst übersandte Material mit bestem Danke wieder

---

1) „Nordd. Allgem. Zeitung" 13. Februar 1907.

zugehen. Nach Lage der Sache war die Möglichkeit eines Eingreifens für mich nicht gegeben. Gern benutze ich aber die Gelegenheit, um Euer Hochwohlgeboren meine aufrichtige Genugtuung über die treue und tapfere Arbeit auszusprechen, welche die Deutsche Zeitung während des Wahlkampfes geleistet hat. Ich stehe nicht an, ein sehr wesentliches Verdienst an dem günstigen Ausgang dieses Kampfes dem auf das Ganze blickenden, von Sonderrücksichten nicht gehemmten Wirken der unabhängigen nationalen Presse zuzuschreiben.

In besonderer Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ergebener
(gez.) Bülow.

V. An Liz. Weber.

Auf einen Glückwunsch im Namen des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine wegen des Wahlausganges antwortete Fürst Bülow:

Berlin, den 10. Februar 1907.

Euer Hochehrwürden bitte ich, für den mir freundlichst übermittelten Glückwunsch des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands zum Ausfall der Reichstagswahlen meinen herzlichen Dank entgegenzunehmen. Ich danke besonders dafür, daß Ihre Arbeitervereine ihr Wort, zur nationalen Fahne zu stehen, so treulich eingelöst haben. Möchte dies gute Beispiel in der deutschen Arbeiterschaft Nachfolge finden!

Das mir übersandte Programm Ihres Ausbildungskursus interessiert mich lebhaft.

In aufrichtiger Wertschätzung
Euer Hochehrwürden sehr ergebener
Bülow.

VI. Zum Tode des Wirkl. Geh. Rats v. Rottenburg.

Am 14. Februar war der damalige Kurator der Universität Bonn, von Rottenburg, der von 1881—1890 vortragender Rat in der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck gewesen war, gestorben. Fürst Bülow richtete an den Sohn des Verstorbenen das folgende Beileidsschreiben:

Berlin, 15. Februar 1907.

Die Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres Herrn Vaters, dem ich mich seit langen Jahren in aufrichtiger Freundschaft verbunden fühlte, hat mich schmerzlich bewegt. Ich bitte Sie, zugleich im Namen meiner Frau, den Ausdruck unserer herzlichen Teilnahme entgegenzunehmen. Der Verlust eines so bedeutenden Vaters ist sicherlich besonders schwer zu tragen, dafür ist aber der das Grab überdauernde geistige Zusammenhang um so inniger. Möchte Ihnen das Bild des Verewigten beratend und ermutigend im Leben zur Seite stehen.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

VII. Tod v. Boettichers.

Beim Tode des Staatsministers Dr. v. Boetticher (6. März) sandte Fürst Bülow der Witwe folgendes Telegramm:

Schmerzlich bewegt durch die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls, bitte ich Sie, den Ausdruck meiner herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen. Das Vaterland verliert in ihm einen bedeutenden Staatsmann und einen Mitarbeiter an dem unvergeßlichen Werke Kaiser Wilhelms und seines großen Kanzlers. Ich selbst betrauere den Verewigten als einen bei großen Aufgaben bewährten Patrioten.

VIII. Beim deutschen Landwirtschaftsrat.

Wie alljährlich, wenn es möglich war, nahm der Reichskanzler auch 1907 an dem Festmahle des deutschen Landwirtschaftsrats (14. März) teil und hielt dabei die folgende Rede:

Meine Herren, ich danke den Herren Vorrednern für ihre freundliche Begrüßung. Ich danke Ihnen allen, meine Herren, für die Zustimmung, die diese Worte bei Ihnen gefunden haben. Nach einem für das Land und für mich bewegten Jahr stehe ich wieder vor dem deutschen Landwirtschaftsrat. Ein ernster und schwerer politischer Kampf liegt hinter uns, der viel Aufregung hervorgerufen, aber auch gesunden Sinn, kräftiges

Nationalgefühl im deutschen Volk von neuem hat hervortreten lassen. Denn der Kampf ist der Vater aller Dinge. Ein Band ist in diesem Kampfe erfreulicherweise nicht gelockert, sondern, wie ich hoffe, noch gefestigt worden: das Vertrauen zwischen dem deutschen Reichskanzler und der deutschen Landwirtschaft.

(Lebhaftes Bravo!)

Dieses Vertrauensverhältnis wird auch keinen Wandel erfahren, des bin ich sicher, wenn ich mich anschicke, Wünsche zu erfüllen, die bereits seit langer Zeit von den Parteien der bürgerlichen Linken gehegt werden. Wenn ich im Reichstage unter anderem meine Bereitwilligkeit erklärt habe, eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts, des Strafrechts und der Strafprozeßordnung [1]) durchzuführen, so leitet mich dabei die Überzeugung, daß ein führender und verantwortlicher Staatsmann nicht zögern soll, unzeitgemäße Zustände durch sachgemäße Reformen zu ändern. Ich gehöre nicht zu denen, die alles Fremde, weil es fremd ist, bewundern. Aber es war, wie mir scheint, eine große Weisheit der englischen Aristokratie, notwendige Konzessionen rechtzeitig zu machen. Als eine segensreiche Folge dieser Weisheit sehe ich es an, daß England seit mehr als 200 Jahren von revolutionären Erschütterungen verschont geblieben ist, die namentlich die romanischen Länder in diesem Zeitraum so oft heimgesucht haben. Ich sehe hierin auch den Grund, daß in England die große Menge in den Städten, die kleinen Leute in Stadt und Land ganz überwiegend staatserhaltend gesonnen sind. Auch über die im Reichstag von mir angekündigte Reform des Börsengesetzes will ich mich hier ganz offen aussprechen. Wir werden bei dieser notwendigen und dringenden Reform nichts bringen, was die Interessen der Landwirtschaft schädigen könnte.

(Bravo!)

Ich erwarte deshalb auch, daß die Vertreter der Landwirtschaft im Reichstage den Entwurf vorurteilslos prüfen werden. Die Landwirtschaft hat kein Interesse daran, daß durch die Börsengesetzgebung Treu und Glauben im Geschäftsverkehr erschüttert werden. Auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß unsere Börse gegenüber den Börsen des Auslandes nicht in den Zustand der Inferiorität gerät, daß der hohe Bankdiskont, der mit eine Folge unserer Börsengesetzgebung ist, erniedrigt wird. Auch die Landwirtschaft hat kein Interesse daran, daß die Börsen von Paris und London die Berliner Börse ganz überflügeln; kein Interesse, daß

[1]) S. die Rede vom 25. Februar 1907, oben S. 17.

das deutsche Kapital in das Ausland wandert; kein Interesse, daß die kleinen Banken ganz aufgesogen werden durch die großen. Auch die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß die Börse als hochwichtiges Wirtschaftsinstrument erhalten, und leistungsfähig erhalten wird. Wir haben in Deutschland noch zu viel Vorurteile, in allen Lagern, bei allen Parteien, in allen Schichten der Bevölkerung. Wir haben zu viele vorgefaßte Meinungen, die als Scheuklappen den Blick einengen. Vor Jahren sagte mir einmal ein liberaler Professor, ein ganz verständiger Mann:

(Heiterkeit.)

„Wie können Sie, Herr Reichskanzler, eine agrarische Politik machen, wo Sie doch so gebildet sind."

(Heiterkeit.)

Als ob man nicht ganz gebildet und dabei ein Stockagrarier sein könnte.

(Sehr richtig!)

Ich kenne aber auch Konservative und Agrarier, welche in Handel und Börse, wenn nicht ein unsittliches, so jedenfalls ein verderbliches Element sehen. Das sind Scheuklappen, die wir ablegen müssen, Einseitigkeiten, die man in anderen Ländern nicht kennt, wo das Gefühl der Solidarität der verschiedenen Seiten des vielseitigen Wirtschaftslebens und ihrer notwendigen Vereinigung im höheren Interesse des Ganzen stärker entwickelt ist, als dies bei uns bisher der Fall war.

Wenn ich jene Reformen in Aussicht stelle, so bleibt unangetastet das Wirtschaftsprogramm, das ich seit bald sieben Jahren vertrete und durchführe: Schutz der nationalen Arbeit, Schutz unserer Produktion, Schutz und Fürsorge insbesondere für die Landwirtschaft.

(Lebhafter Beifall.)

Ich habe vor Ihnen einmal gesagt, daß ich die Bezeichnung als Agrarier als Ehrentitel ansehe, als rühmliche Anerkennung.

(Bravo.)

Und wenn ich mich einmal aus dem öffentlichen Leben zurückziehe — der Augenblick wird ja mal kommen, wenn auch vielleicht nicht so bald, wie das dieser oder jener zu wünschen scheint

(große Heiterkeit),

— so mag man nur auf meinen politischen Leichenstein schreiben: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen".

(Lebhafter Beifall.)

Und warum, meine Herren, war ich das und bin es und werde es bleiben? Weil eine vernünftige, agrarische Politik meiner vollen Überzeugung entspricht, weil sie sich wirtschaftlich und politisch wohl bewährt hat. Ich sage politisch auch im Rückblick auf die Wahlen. Mit Recht hat mein Freund, Herr von Oldenburg, darauf hingewiesen, daß wir dem braven Schwein Dank schulden.

(Stürmische Heiterkeit.)

Gar manchen Abgeordneten hat es durch den reißenden Wahlstrom getragen. Schon darum gebe ich es nicht preis, sondern schütze es vor Pestilenz.

(Bravo!)

Daß aber diese meine Politik sich auch wirtschaftlich bewährt hat, beweist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage.

(Sehr richtig!)

Die Landwirtschaft fängt an sich endlich zu erholen, die Industrie blüht. Das Gedeihen des einen Erwerbszweiges ist aber kein Schaden für den anderen. Die Industrie kann um so gewisser auf eine ruhige und stetige Entwicklung rechnen, je mehr sie sich den inneren Markt sichert.

(Sehr richtig!)

Die Landwirtschaft kann eine blühende Industrie vertragen, denn sie hat in der Industrie einen hervorragenden Konsumenten.

(Sehr richtig!)

Ich weiß wohl, meine Herren, daß eine industrielle Hochkonjunktur Nachteile für die Landwirtschaft mit sich bringt infolge des Arbeitermangels. Da ist es die Aufgabe der Staatskunst und der berufenen Organe der Landwirtschaft, durch planmäßige Ansiedlungen und Seßhaftmachung der Arbeiter Wandel zu schaffen. Ich vertraue, daß mein verehrter Kollege, der neue Landwirtschaftsminister, den Spuren seines vortrefflichen Vorgängers folgend,

(stürmischer Beifall.)

auch diese Frage, wie das Problem, das große Problem der Entschuldung zu einem günstigen Abschluß führen wird. An meiner Hilfe wird es ihm nicht fehlen.

(Lebhaftes Bravo!)

Und nun noch eins. Ich will dankbar anerkennen, daß mich die Landwirtschaft und daß mich insbesondere der Bund der Landwirte nicht im

Stich gelassen haben, vor allem nicht in meinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

(Lebhaftes Bravo.)

Mein Verhältnis zum Bunde der Landwirte war ja anfänglich etwas stürmisch.

(Große Heiterkeit.)

So geht es grade in guten Ehen, daß man sich zunächst kabbelt und zankt, bis man sich kennen gelernt und aneinander gewöhnt und ineinander gefunden hat.

(Heiterkeit.)

Dann geht es um so besser. Ich halte es trotzdem nicht für ausgeschlossen, daß auch in Zukunft gelegentlich Meinungsverschiedenheiten zwischen mir und dem Bund der Landwirte vorkommen werden.

(Große Heiterkeit.)

Denn für mich als Reichskanzler kann es nur eine einzige Richtschnur geben, das wohlerwogene Gesamtinteresse des Landes; darum kann ich mich nie einer Partei, einer Richtung ganz zu eigen geben. Und der Bund der Landwirte ist seinerseits kein offizielles oder offiziöses Organ, er steht auf eigenen Füßen. Wohl möglich, daß die „Deutsche Tages-Zeitung", deren Haltung ich neulich verdiente Anerkennung gezollt habe, mal wieder mit mir ins Gericht gehen wird.

(Heiterkeit.)

Ich werde aber trotzdem dem Bund der Landwirte stets Gerechtigkeit widerfahren lassen und ich hoffe, daß er fortfahren wird, tapfer, aber auch klug, mit Entschiedenheit, aber auch mit politischem Geschick unter Anerkennung der berechtigten Forderungen anderer Erwerbsstände für die Landwirtschaft einzutreten.

(Lebhafter Beifall.)

Die Landwirtschaft aber möge überzeugt sein, daß ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und politische Bedeutung von den verbündeten Regierungen verstanden und gewürdigt wird. Sie wird auch an derjenigen Stelle gewürdigt, deren Ihr verehrter Vorsitzender Graf Schwerin soeben in so schönen und beredten Worten gedacht hat. Als ich vor einigen Jahren die Söhne unseres Kaisers in Plön besuchte, führten sie mich nach einer Insel im Plöner See, wo ihnen ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb eingerichtet worden war. Auf dem Häuschen, das in diesem Betriebe

lag, standen die Worte: „Nihil melius, nihil homine libero dignius quam agricultura.“ „Nichts besseres gibt es, nichts, was des freien Mannes würdiger wäre, als die Landwirtschaft.“

(Stürmisches Bravo!)

In dieser Gesinnung erzieht unser Kaiser seine Söhne, solche Gesinnung hegt er selbst.

(Lebhafter Beifall.)

Wir aber, meine Herren, vereinigen uns auch heute in dem Rufe und in dem Wunsche: „Die deutsche Landwirtschaft sie blühe und gedeihe! Der deutsche Landwirtschaftsrat lebe hoch!“

IX. Deutscher Handelstag.

Auf eine Einladung zur Versammlung und zum Festmahl des Deutschen Handelstags antwortete Fürst Bülow dem Präsidenten des Handelstags, Vizepräsidenten des Reichstages, Kaempf, mit folgendem Schreiben:

Berlin, den 19. März 1907.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich für die freundliche Absicht, mit Herrn Generalsekretär Dr. Soetbeer mir eine Einladung zur diesjährigen Vollversammlung des deutschen Handelstags und dem damit verbundenen Festmahl zu überbringen, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Es würde mir eine große Freude sein, auch in diesem Jahre wieder an dem Festmahle des deutschen Handelstages teilzunehmen. Ich werde aber über Ostern eine Erholungsreise antreten. Voraussichtlich werde ich am 9. n. Mts. von dieser Reise noch nicht zurückgekehrt sein. Sollte ich früher zurückkommen, so würde dies doch nur kurz vorher oder grade am 9. n. M. der Fall sein. Jedenfalls würde ich in den ersten Tagen nach meiner Rückkehr dienstlich so in Anspruch genommen sein, daß ich an dem Festmahle nicht teilnehmen kann. Indem ich bitte, mein Ausbleiben unter diesen Umständen freundlichst entschuldigen und Herrn Dr. Soetbeer von Vorstehendem in Kenntnis setzen zu wollen, wünsche ich dem Handelstage für seine Vollversammlung und alle damit verbundenen

Veranstaltungen besten Erfolg. Möge es ihm vergönnt sein, die großartige Entwicklung unseres Handels durch seine Arbeiten weiter zu fördern.

In vorzüglichster Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ergebenster
(gez.) Bülow.

Zum Festmahl sandte der Reichskanzler dann folgendes Telegramm:

Präsident des deutschen Handelstags

Restaurant des Zoologischen Gartens.

Dem deutschen Handelstage, dessen Einladung zu folgen ich mir zu meinem lebhaften Bedauern versagen muß, sende ich meine wärmsten Grüße. Bei den Bemühungen, die Finanzwirtschaft des Reichs auf eine gefestigte Grundlage zu stellen, rechne ich auf den allzeit bewährten patriotischen Geist und die verständnisvolle Mitarbeit der im Handelstage vereinigten Vertretungen von Deutschlands Handel und Industrie. Mögen Ihre Verhandlungen dazu beitragen, die großen Aufgaben ihrer Lösung entgegenzuführen.

(gez.) Bülow.

X. Jubiläum der Reichspartei.

Am 4. Mai 1907 feierte die Reichspartei und die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses ihr vierzigjähriges Bestehen. Vom Reichskanzler war dabei folgendes Telegramm eingegangen:

Der freikonservativen Fraktion und der Reichspartei sende ich herzlichste Wünsche zur Feier ihres vierzigjährigen Bestehens. Möchte der nationale Sinn, der zur Gründung der Parteien geführt und sich oft bewährt hat, zum Heile des Vaterlandes immer ihr Leitstern bleiben.

Reichskanzler Fürst Bülow.

XI. An den Bund vaterländischer Arbeitervereine.

Auf ein Begrüßungstelegramm des am 18. Mai 1907 in Hamburg begründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine antwortete der Kanzler:

Berlin, 19. Mai 1907.

Die Begrüßung des neubegründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine hat mich aufrichtig erfreut. Ich erwidere sie auf das herzlichste. Möchte es Ihrer Organisation gelingen, dazu mitzuwirken, daß denjenigen deutschen Arbeitern ein starker Halt geboten werde, welche auf die geistigen und sittlichen Güter nicht verzichten wollen, die Volk und Vaterland dem Menschen bieten.

Reichskanzler v. Bülow.

XII. An Liz. Weber.

Liz. Weber in M.-Gladbach hatte als Vorsitzender des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands dem Fürsten Bülow das Vertrauen der Evangelischen Arbeitervereine zu ihm und zu seiner Sozialpolitik ausgedrückt. Darauf wurde ihm folgende Antwort [1]):

Euer Hochehrwürden bitte ich für die mir zum Ausdruck gebrachten Gesinnungen meinen herzlichen Dank entgegenzunehmen. Es hat mich aufrichtig erfreut und ist mir von besonderem Wert, daß meine Politik in den Kreisen der evangelischen Arbeitervereine Vertrauen findet. In der Hoffnung, daß dieses gute Einvernehmen auch für die Zukunft Bestand habe, bin ich in aufrichtiger Wertschätzung Euer Hochehrwürden sehr ergebener

Bülow.

XIII. An den Antiultramontanen Reichsverband.

Der Antiultramontane Reichsverband hatte auf einem Delegiertentage in Eisenach an den Kaiser und an den Kanzler Telegramme gesandt. Darauf ging dem Vorsitzenden des Reichsverbandes Admiral von Knorr folgendes Antworttelegramm zu [2]):

---

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung" 13. Juni 1907.

[2]) „Tägliche Rundschau" 16. Juni 1907.

Seine Majestät der Kaiser und König beauftragen mich, Euerer Exzellenz für die patriotische Begrüßung des neu gegründeten Verbandes Allerhöchstseinen Dank zu übermitteln. Seine Majestät hoffen, daß der Verband, der sich gegen eine Vermischung von Religion und Politik wendet, in seinen eigenen Reihen diesem Irrtum keinen Raum geben und nicht vergessen wird, daß eine Besserung unserer politischen Verhältnisse nur auf der Basis der Parität der Konfessionen möglich ist.

Reichskanzler Fürst Bülow.

XIV. An den Hamburgischen Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Auf einer Versammlung des „Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" wurde von einem Mitglied nachstehendes Schreiben des Reichskanzlers verlesen [1]):

Euer Hochwohlgeboren danke ich ergebenst für die gefällige Mitteilung von der Begründung des Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ich stehe allen Bestrebungen sympathisch gegenüber, die darauf hinzielen, in der deutschen Bevölkerung das Gefühl der Liebe zu Kaiser und Reich zu erhalten, ihr Verständnis für die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Erwerbslebens zu fördern, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wahren und antinationale und revolutionäre Bestrebungen zu bekämpfen.

(gez.) Bülow.

XV. Die Wünsche der Oberlehrer [2]).

Am 29. Juni empfing der Reichskanzler eine Abordnung der akademisch gebildeten Lehrer, und zwar die Gymnasialdirektoren Mertens (Brühl) und Londien (Breslau) und den Professor Dr. Lortzing (Berlin), welche die Wünsche der Oberlehrer hinsichtlich ihrer Gleichstellung mit den Richtern an der Hand einer vom Professor Dr. Lortzing aufgestellten Denkschrift zum Vortrag brachten. Die Deputation wurde in dem Gartensaal des Reichskanzlerpalais von dem Reichskanzler begrüßt, indem er an seine eigene Gymnasialzeit in Frankfurt a. M., Neustrelitz und Halle a. S. anknüpfte und hierbei einzelner von ihm hochgeschätzter Lehrer

---

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung" 28. Juni 1907.

[2]) „Vossische Zeitung" 5. Juli 1907.

— so der Professoren Classen und Kreizenach in Frankfurt a. M., des Rektors Schmidt in Neustrelitz und des Professors Daniel in Halle — pietätvoll gedachte. Letzterem sei er zu besonderem Danke verpflichtet für die Einführung in Sophokles, Aristophanes und Tacitus, deren Werke er kursorisch mit ihm gelesen habe. Dadurch sei er mehr in den Inhalt und die Schönheit der Werke eingedrungen, als bei einer zu grammatikalischen Lehrmethode. Fürst Bülow fügte hinzu, er sei und bleibe ein treuer Anhänger des humanistischen Gymnasiums, dem er viel für sein ganzes Leben verdanke. Deshalb sei es ihm eine besondere Freude, die Vertreter der Lehrer an den höheren Schulen zu empfangen. Auch er rechne sich zu denen, quibus educatores — so laute es ja wohl bei Cicero — quibus magistri sui atque doctores cum grata recordatione in mente versantur. Mit noch bewußterem Vorbedacht heiße er sie aber willkommen in freudiger Anerkennung der hohen Bedeutung des Lehrerstandes für das Vaterland und im Hinblick auf dessen Treue und Hingebung in der Ausübung seiner Berufstätigkeit, überzeugt, daß das Vaterland nicht weniger auf das Pflichtgefühl der gesamten Lehrerschaft bauen könne wie auf ihren oft leuchtend bewährten Patriotismus. Die Wünsche der Herren verstehe er. Es sei ihm ganz erklärlich, wenn die durch einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert sich schlingende Kette von Erklärungen und Bestrebungen amtlicher Stellen in der Lehrerschaft die Hoffnung erweckt hätte, daß die schon 1900 an bedeutungsvoller Stelle als überreif bezeichnete Frage der Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern endlich ihre Lösung finden werde im Sinne des gemeinschaftlichen Immediatberichts der Minister Eichhorn und Flottwell vom Jahre 1846, mit deren Ausführungen sich die communis opinio der gebildeten Schichten der Bevölkerung decke.

Seien Sie versichert, meine Herren, — so ungefähr schloß der Reichskanzler seine Ausführungen — daß ich in der Wertschätzung des Oberlehrerstandes hinter dem Fürsten Bismarck, Ihrem alten und großen Gönner, nicht zurückstehe. Auch ich erkenne gern an, daß Ihr Stand in bezug auf Vorbildung, Pflichterfüllung und hingebungsvolle Wirksamkeit keinem Stande im Staate nachsteht, und weiß seine Bedeutung für die staatlichen Zwecke, seine amtliche und soziale Stellung wohl zu würdigen. Es wird mir eine Freude sein, nach besten Kräften dazu beizutragen, daß die Wünsche der Oberlehrer bei der allgemeinen Besoldungserhöhung zu möglichster Berücksichtigung gelangen.

XVI. Tod Christoph von Tiedemanns.

Beim Tode des früheren Chefs der Reichskanzlei, des Wirkl. Geh. Rats Christoph von Tiedemann richtete Fürst Bülow an die Witwe folgendes Beileidstelegramm [1]:

Eurer Exzellenz Mitteilung von dem Heimgange Ihres von mir hochverehrten Herrn Gemahls hat mich schmerzlich berührt. Mit ihm scheidet

[1] „Nordd. Allgem. Zeitung" 23. Juli 1907.

ein treuer Mitarbeiter meines großen Amtsvorgängers, des Fürsten Bismarck, aus einem an Arbeit und Verdiensten reichen Leben. Ich bitte Euere Exzellenz, den Ausdruck meiner herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen. Möge Gott Sie und Ihre Kinder in Ihrem tiefen Schmerze trösten.

Reichskanzler Fürst Bülow.

XVII. Empfang von Jules Huret.

In Norderney hatte Fürst Bülow den bekannten Mitarbeiter des „Figaro", Jules Huret empfangen, der über seine Gespräche im „Figaro" vom 22. und 23. Juli 1907 berichtete; beide Artikel erschienen gleichzeitig an denselben Tagen in deutscher Übersetzung im „Berliner Tageblatt". Im folgenden ist diese Übersetzung wiedergegeben, revidiert und korrigiert nach dem französischen Text, unter Ergänzung der Lücken des deutschen Textes.

Norderney, Mitte Juli.

Unser Botschafter in Berlin, Herr Cambon, sagte mir neulich, als er mit mir vom deutschen Reichskanzler sprach:

„Ich kenne ihn seit langem. Wir haben uns in Paris getroffen, als wir beide noch jung waren. Ich glaube, es gibt zurzeit in Europa keinen Mann, der so viel gewinnende Eigenschaften und so viel Charme in sich vereinigte und ein klügerer, feinerer, liebenswürdigerer Plauderer wäre, als er."

Ich sagte mir damals, daß ich — nachdem ich im Laufe einer langen Reise so viel verschiedenartige Menschen aus allen Kreisen Deutschlands gesehen — auch diesen feinen Repräsentanten germanischer Kultur kennen lernen müßte, der neben dem Monarchen die Geschicke dieses mächtigen Reiches leitet. Diese Eliteerscheinung fehlte noch in meiner Galerie, wenn ich in ihr alle die verschiedenen Erscheinungen der deutschen Rassen vereinigen wollte.

Meine Wünsche wurden erfüllt. Dank einer freundlichen Vermittlung schreibe ich heute, zwei Schritte von der Villa des Kanzlers, vor mir denselben Horizont, in dem der berühmte Staatsmann seine Philosophie neu erfrischt und stärkt, die bisweilen so schweren Prüfungen unterworfen ist. Und das dumpfe, ununterbrochene Geräusch der grünen Nordseewogen begleitet die Feder, die diesen Brief schreibt.

Am Sonntag morgen bin ich, von Berlin kommend, in Norderney angekommen. Ich zeigte meine Ankunft zuerst dem Gesandten v. Flotow

an, der vier Jahre bei der deutschen Botschaft in Paris verbracht hat, wo er nur Freunde zurückgelassen hat, und der jetzt bei dem Reichskanzler wichtige Funktionen erfüllt. Er lud mich im Auftrage des Fürsten v. Bülow liebenswürdig für den Abend zum Diner ein. Aber am Nachmittag besuchte er mich: er kam, um mir zu sagen, daß der Fürst mich nicht so bis zum Abend allein lassen wolle, und mich auffordere, ihn und die Fürstin auf seinem täglichen Spaziergang zu begleiten. Diese liebenswürdige Aufmerksamkeit und die Aussicht auf eine lange zwanglose Unterredung im freien Küstenwinde entzückten mich, und Punkt 5 Uhr war ich vor der Villa Fresena, die auf einer Düne den Strand beherrscht. Die Aussicht ist wundervoll von dort aus, der Blick streift ohne Hindernis bis zu allen Punkten des Horizontes. Es ist der schönste Platz der Insel.

Ich stand bald vor dem Fürsten Bülow.

Herr Cambon hatte recht. Es ist schwer, sich gleichzeitig eine ungezwungenere und lächelndere Freundlichkeit und mehr Haltung und Würde vorzustellen. Herr v. Bülow ist groß, stattlich, der Teint ist rosig, die Haare und der Bart sind leicht ergraut. Seine Stimme erinnert mich an die Eduards VII., seine Gesten sind jugendlich, sein Gang leicht, die ganze Erscheinung voll Elastizität.

Fürst Bülow ist ein treuer Abonnent des „Figaro". Er hat die Freundlichkeit, mir zu sagen, daß er die Serie meiner Feuilletons über Deutschland verfolgt habe, und daß, wenn er auch nicht alle meine Ansichten teilt, er die Unparteilichkeit meiner Urteile anerkenne. Ich übergehe die anderen Komplimente, die zu liebenswürdig sind, als daß ich sie wiederholen könnte.

Ein Diener meldet ihm den Besuch der jungen Prinzen von Sachsen; er entschuldigt sich und läßt mich einige Augenblicke in seinem Arbeitszimmer allein. Es ist ein sehr einfaches, sonniges Zimmer mit einem dunkelbraunen Parkettfußboden, wie in vielen deutschen Häusern, der wie Lack leuchtet. Ein grüner Teppich bedeckt es zum Teil. An der Wand ein paar kolorierte Stiche, ein gutes Bild Friedrichs des Großen, seine großen Adleraugen scheinen das Viereck des Bildes ganz zu erfüllen. Man sieht da auch den Kaiser Franz Josef von Österreich zu Pferde, eine Kirche, eine Landschaft, Karten und Pläne, eine Karte, die in verschiedenen Farben die Resultate der letzten Reichstagswahl wiedergibt. Auf dem kleinen Schreibtisch aus schwarzem Holz ein englischer Tageskalender, der zeigt: today: 14, ein Leuchter aus Kristall, wohl geordnete Bleistifte um ein Tintenfaß, eine Lorgnette, eine kleine Granate. Man könnte wohl allerlei Allegorien sehen in den beiden kleinen Dingern, die da liegen! An der Wand

ein Sofa und eine Chaiselongue aus rotem Rips, eine Reisedecke, ohne Zweifel der Platz für die Siesta, ein Stehpult mit grünem Tuch, das auf einem niedrigen Kasten aus geschnitzter Eiche steht. Nichts weiter. Die Fenster links ganz offen stehend, sehen auf das blaue Meer hinaus, das in der Ferne murmelt.

Als der Fürst zurückkam, sagte er zu mir: „Sie sehen, Norderney hat nichts von einem aristokratischen Badeorte. Es ist ein bürgerliches Bad. Aber es gibt in Norderney doch zwei Parteien. Die eine meint, man müßte hier ein großes Kasino bauen, einen Quai und luxuriöse Hotels, den ganzen kosmopolitischen Luxus der großen europäischen Badeorte hierher verpflanzen und eine Art Trouville oder Ostende daraus machen. Ich habe Freunde in diesem Kreise, zu dem große Geschäftsmänner und Bankiers aus Hamburg und Berlin usw. gehören. Die andere Partei findet, daß Norderney sehr hübsch ist, so, wie es ist, daß, wenn man hier Kasinos erbaut, es nicht mehr der ruhige Ort sein wird, in dem wir uns wohl fühlen, und daß in zwei Jahren alle Bewohner der Insel Gepäckträger und Dienstboten sein werden. Im Interesse meines persönlichen Wohlbefindens neige ich zu dieser letzteren Auffassung. Sie sehen, es ist der ewige Streit zwischen dem konservativen Geist und dem Fortschritt!", sagte er lachend.

„Ich für mein Teil glaube, daß alles nichts helfen wird", antwortete ich, „und daß der Fortschritt siegreich bleiben wird".

„Sie haben recht. Der Fortschritt trägt immer den Sieg davon."

* * *

Die Fürstin Bülow trat ein. Sie ist noch jung, sehr dunkel, schöne, schwarze, lockige Haare umrahmen ihr lächelndes und geistreiches Gesicht. Ich weiß, daß die Fürstin Italienerin ist, aber wenn ich es nicht wüßte, so würden ihre großen, dunklen, lebensvollen Augen es mir sofort verraten. Sie spricht französisch, als wäre es ihre Muttersprache.

Wir gingen hinaus. Die Villa Fresena ist das Haus, das dem Meere zunächst steht; einige Schritte, und man ist auf dem Strandwege, der wie alle Straßen der Insel mit Backsteinen gepflastert ist. Zahlreiche Spaziergänger begrüßten auf dem Wege den Fürsten und die Fürstin; wer saß, erhob sich respektvoll und nahm den Hut ab; wer ging, hielt an und verneigte sich tief vor ihnen. Man hat in der Villa Fresena eine Schwärmerei für die Hunde. Ein schwarzer Pudel, Mohr, der fast auf allen Karikaturen des Kanzlers figuriert, sprang vor uns her, während die zwei Dachse der Fürstin, Erdmann, ein Geschenk des Kaisers, und Lump, sehr komisch auf ihren kurzen Beinen, wie Clowns, auf dem feuchten Sande spielten.

Der weite Strand war mit Strandkörben bedeckt, die von zahllosen Fähnchen und im Winde flatternden, an Stöcken angebundenen Bannern umgeben waren. Rund um jeden Korb hatten die Badegäste einen ziemlich hohen Sandwall errichtet. Man hätte sich mitten zwischen natürlichen Dünen glauben können. Ich wies darauf hin. „Das ist der deutsche Individualismus", sagte der Fürst. „Jede Umwallung scheint zu sagen: „Dieser Platz gehört mir. Man wird gebeten, mich hier in Ruhe zu lassen". Alle germanischen Völker sind individualistisch."

„Sehr richtig", fügte die Fürstin hinzu. „Man sieht hier nicht, was in Italien gang und gebe ist, Söhne, die noch im späteren Alter mit ihren Eltern zusammen leben. Sobald sie einmal verheiratet sind, wollen die Leute für sich leben und unabhängig sein".

„Und doch", gestattete ich mir zu bemerken, „es gibt kein Volk in der Welt, wo der Korpsgeist und die Disziplin größer wären als in Deutschland. Es ist das Land der Syndikate, der Verbände [1]) und Vereine [1]). Ich habe mir erzählen lassen, daß es keinen Deutschen gäbe, der nicht zu mehreren Vereinen gehörte. Das Arbeiten in Gemeinschaft ist häufiger als irgendwo anders, man gehorcht blind auf ein Zeichen den Gesetzen und der Autorität".

Fürst Bülow dachte nach.

„Es ist wahr", sagte er nach einer Weile, „es besteht da ein scheinbarer Widerspruch, der ziemlich kompliziert aussieht. Ich glaube, man muß sagen, daß der Deutsche Individualist ist in allem, was die Integrität seines Denkens und seiner inneren Freiheit betrifft, daß er die Unbeweglichkeit eines Dogmas nicht verträgt und sich immer vorbehält, es zu diskutieren, aber daß er, gewöhnt, sich den Gesetzen zu beugen, sie annimmt und ihnen gehorcht. Aber wenn er diszipliniert ist, so ist er es aus angeborener Vorliebe für die Ordnung und nicht aus gedankenlosem Servilismus. Was seine Gewohnheit betrifft, sich zusammenzuschließen, so muß man darin, meiner Meinung nach, nur den Instinkt einer wunderbar fortgeschrittenen sozialen Solidarität sehen und den Beweis seines organisatorischen Genies, das er, Sie haben es selbst konstatiert, in hohem Grade besitzt. Das hindert den Deutschen nicht, zu diskutieren und sich seine Persönlichkeit zu wahren. Bismarck pflegte zu sagen: „Wenn drei Deutsche zusammenkommen, so gibt es vier verschiedene Meinungen." Die Geschichte der ewigen Streitigkeiten, durch die wir hindurchmußten, bevor wir zur Einigkeit gelangten, ist ein klarer Beweis dieses individualistischen Instinktes. Die Reformation ist ein anderer, nicht weniger beredter. Sehen Sie", fügte der Fürst hinzu, indem er auf

---

[1]) Huret gebraucht die deutschen Ausdrücke dafür.

die Schar der Badegäste, durch die wir hindurchschritten, deutete — „sehen Sie nur ihre Art, sich zu kleiden. Jeder hat seinen besonderen Hut, jeder sein besonderes Kostüm, seine Farbe, seine Nuance.... Ich wünschte sehr, daß sich alle ähnlich kleideten! Es wäre erheblich leichter, sie zu regieren!"....

Ich wollte auf diese Frage des deutschen Individualismus noch tiefer eingehen. Und ein neues Argument kam mir auf die Lippen:

„Wie erklären Sie sich, Durchlaucht, dann also die militärische Unterordnung der Sozialisten, ihren blinden Gehorsam gegenüber ihrem Führer Bebel und seinen Vertretern, die sie am Wahltage, kompagnieweise, wie eine Herde zur Urne führen?"

„Das geschieht in der Tat. Aber Sie müssen auch darin eine Äußerung des organisatorischen Genies sehen. Die sozialdemokratische Partei ist bewundernswert organisiert. Man muß Herrn Bebel, der tausendmal mehr Autokrat ist, als ein indischer Maharadjah, diese Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber betrachten Sie doch die Gesamtheit der politischen Parteien in Deutschland, ihre Zahl, ihre Verschiedenheit, ihre Nuancen! Die Regierung hat keinerlei Macht, sie zu beeinflussen. Jeder Versuch zu einer Pression, den sie unternehmen würde, würde die Parteien sofort veranlassen, sich gegen sie zu wenden. Erinnern Sie sich, was bei den letzten Wahlen vorkam: man hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich an einen schlesischen Journalisten, der mich fragte, wie man stimmen solle, einen Brief geschrieben [1]), wo ich an meine offizielle Erklärung anknüpfte und einfach die politische Situation resümierte. Man hat sich schließlich beruhigt. Aber die Wahl des Abgeordneten wäre dieses Zwischenfalles wegen beinahe für ungültig erklärt worden."

„Sie nennen die Auflösung des Parlaments also nicht eine Pression?"

„Nein, das war ein Appell an den Patriotismus und an die gesunde Vernunft der Nation. Die Antwort des Volkes zeigte, daß es die Hindernisse, die der Regierung in dieser nationalen Politik entgegengestellt worden waren, nicht billigte. Jedesmal, wenn diese Frage gestellt werden wird, werden wir aller Machenschaften Herr werden. Sie verstehen — es handelte sich nicht nur um die 8000 oder 10000 Mann, die wir in Afrika halten wollten, es handelte sich für Deutschland um seine Würde."

„Und wird Ihnen die neue Majorität, die aus den Wahlen hervorgegangen ist, die Führung der Geschäfte erleichtern?"

„Ich hoffe es. Wir haben jetzt auch einen „Block", gebildet aus den Konservativen und den Liberalen."

---

[1]) S. oben S. 245.

„Man sagt, das sei eine Ehe zwischen Karpfen und Kaninchen."

„Die beiden sind nicht gar so verschieden", antwortete Herr v. Bülow. „Gewiß trennen sie sich in den ökonomischen Fragen, da die Konservativen Agrarier und Schutzzöllner und die Liberalen zum Teil Freihändler sind. Aber da die Handelsverträge noch sechs Jahre dauern, braucht man diese trennenden Fragen nicht anzuschneiden. Über das übrige kann man sich verständigen."

„Glauben Sie nicht, daß die Zunahme des Sozialismus für Deutschland wie für alle großen europäischen Länder bald die Ursache ernster Gefahren werden wird? Ich denke mir die gesamte Arbeitermasse zu einer einzigen Partei organisiert — sich weigernd, an der Entwicklung der allgemeinen Politik mitzuwirken, sich beispielsweise Handelsverträgen und selbst Allianzen widersetzend, die ihr mit dem Interesse der Demokratie im Widerspruche zu stehen scheinen..."

Herr v. Bülow lächelte vertrauensvoll und entgegnete kopfschüttelnd:

„Nein, denn Sie haben ja gesehen, wie sie im Reichstag von 80 auf 40 Mandate gesunken sind, und man könnte noch ein Dutzend weniger rechnen, wenn das Zentrum sie nicht in einer großen Anzahl von Wahlkreisen unterstützt hätte. Seien Sie übrigens versichert, daß unter ihren 3 Millionen Wählern nicht 500 000 überzeugte Sozialisten sind: Schüler der wahren marxistischen Theorie, Feinde des Eigentums, oder auch nur einfach Republikaner. Es sind Unzufriedene, und in Deutschland, wo der kritische Geist so entwickelt ist, gibt es mehr Leute als anderswo, die der Regierung etwas auswischen wollen; und es sind auch Leute, die sich nicht behaglich fühlen, die der Meinung sind, daß man noch nicht genug für die Arbeiter getan, und die neue Reformen wünschen. Die Führer des Sozialismus sind Theoretiker, und dogmatischer, als irgendein Priester des Mittelalters. Erinnern Sie sich an die berühmte Diskussion in Amsterdam, wo Jaurès — der von seinem revolutionären Standpunkt aus völlig recht hatte — zu Bebel sagte: „Sie sind im Reichstage 80 Mann, und es geht dort zu, als wären Sie überhaupt nicht da, Sie tun nichts, Sie handeln nicht, Sie haben keinen der Ihrigen in der Regierung, Sie sind ohnmächtig, das geringste soziale Gesetz zur Annahme zu bringen!" Bebel antwortete ihm, daß die französischen Sozialisten auch nicht die Macht besäßen, die Einkommensteuer oder die Arbeiterversicherung durchzusetzen. Womit er gleichfalls recht hatte. Das beweist, daß es eine sozialistische Gefahr nicht gibt, wenn die Konservativen und die Liberalen es verstehen, sich zu einer Aktion der sozialen Verteidigung zu vereinen."

„Gleichwohl, die Zahl der sozialistischen Wähler nimmt zu. Und ihre Theorie besteht, obwohl sie Theoretiker sind, doch darin, ihre Propaganda

bis zu dem Tage fortzusetzen, wo sie die Majorität im Reichstage haben werden. Sie denken, an diesem Tage werde der König wohl oder übel sie mit der Regierung betrauen müssen — falls es dann noch einen König gibt...."

Herr v. Bülow lachte. „Sie sind noch nicht so weit und ich sehe sie überhaupt niemals so weit kommen. Aber halten Sie einmal an dieser ungeheuerlichen Hypothese fest und stellen Sie sich die Sozialisten vor: sie wären in höchster Verlegenheit und würden bald inne werden, daß das Regieren nicht so leicht ist!" Indem er dann zu dem Argument zurückkehrte, das Bebel gegen Jaurès gebraucht hatte, sagte er: „Warum will man in Frankreich eigentlich keine Einkommensteuer?" Ich lächelte, ohne zu antworten, in der Überzeugung, daß er das ebenso gut oder noch besser als ich selber wüßte. Er fuhr fort: „Diese Steuer ist aber doch sehr bequem!... Aber ich verachte die indirekten Steuern allerdings auch nicht", fügte er fein hinzu, „sie sind so leicht einzutreiben!..."

Wir gingen ohne Aufenthalt weiter.

Ich wollte das Gespräch auf die äußere Politik lenken und zögerte immer damit, aus Furcht, indiskret zu erscheinen. Aber ich überlegte, daß ich im Grunde ja schon indiskret war, da ich meine liebenswürdigen Gäste in ihrer Zurückgezogenheit gestört hatte, und ich sagte mir, daß mich etwas mehr oder weniger Indiskretion schließlich nicht mehr kompromittieren könnte.

„Was halten Sie von den Festen in Kiel, Durchlaucht?" fragte ich.

Die Antwort war so, wie ich sie erwartete: „Ich war sehr zufrieden, dort so viele Franzosen zu sehen. Der Duc Decazes, der Duc Rohan, der Comte de la Ferronnays, Herr Etienne, Herr Ménier und andere mehr. Die Herren und Damen schienen entzückt. Kiel ist auch sehr hübsch!"

„Und der Kaiser war sehr liebenswürdig, sagt man."

„Er ist so einfach, so natürlich, so herzlich, daß es mich nicht erstaunt, daß er Ihren Landsleuten gefallen hat."

Die Fürstin fügte hinzu: „Sehen Sie, der Kaiser ist zugleich ein Herr aus großem Hause, un fils de bonne maison, der Nachkomme ausgezeichneter Ahnen und ein moderner Mensch von großer Intelligenz".

„Und wie erklären Sie sich, Durchlaucht," riskierte ich zu fragen, „diese Art von Détente, die sich zwischen Frankreich und Deutschland anzubahnen scheint?"

„Sie haben das richtige Wort gebraucht, es ist eine Détente, der Beginn einer Détente. Ich setze das auf Rechnung der Tatsache, daß schließlich die Völker nicht so verdreht sind, wie man glaubt", entgegnete der Kanzler

heiter. „Und die Völker sind ja auch wie die Individuen: sie müssen sich kennen lernen, um sich zu achten und sich anzufreunden. Deswegen hat jede Bemühung wie die Ihrige meinen Beifall", fügte er liebenswürdig hinzu.

„Und glauben Sie, Durchlaucht, daß diese Détente zu einer Einigung oder zu einer Reihe von Einigungen zwischen den beiden Ländern führen kann?"

„Zuerst Détente, darauf Entente", sagte er, indem er die beiden Dachshunde der Fürstin betrachtete, die, nachdem sie sich herumgeneckt, gemeinsam vor uns hersprangen. „Nach einigen Jahren der Détente wird die Entente, wenn sie kommen soll, schon kommen. Frankreich gegenüber, das ein sehr sensibles Land ist, bedarf es sehr viel Takt, Mäßigung und Geduld. Die Zeit arbeitet für den Frieden. Aber es darf natürlich keine Zwischenfälle geben, die wieder alles in Frage stellen." Und er wiederholte nochmals mit einer Beharrlichkeit, die mir auffiel: „Es gehört dazu enorm viel Takt, viel Mäßigung und noch mehr Geduld."

„Diese marokkanische Frage", warf ich hin, „ist ein wahrer Herd von Zwischenfällen, wenn man nicht acht gibt. Ich erzähle Ihnen nichts Neues, Durchlaucht, wenn ich Ihnen sage, daß man bei uns fürchtet, Deutschland suche uns nach dieser Richtung Schwierigkeiten zu bereiten."

„Sie können sicher sein," erwiderte der Kanzler, „daß wir Ihnen in Marokko weder Schwierigkeiten bereiten, noch Hindernisse in den Weg stellen werden. Wir werden dem Geiste der Algeciras-Akte treu bleiben. Sie Ihrerseits müssen sehr offen und ohne Hintergedanken die Handelspolitik der „offenen Tür" verfolgen. „Open door", wie die Engländer sagen. Deutschland verlangt von Ihnen nichts mehr."

„Gibt es, abgesehen von dieser marokkanischen Frage," begann ich wieder, „nicht noch andere Punkte, über die Frankreich und Deutschland sich verständigen könnten?"

„O gewiß", sagte Herr v. Bülow. „Und die Konferenz von Algeciras ist ja am Ende der Beweis dafür, daß man sich mit Mäßigung und gutem Willen schließlich verständigen kann, ohne den Frieden zu stören. Sie haben im Verlaufe Ihrer Reise konstatieren können, daß niemand bei uns Lust nach einem Kriege hat. In Frankreich übrigens auch nicht. Sie sind eben im Grunde das Land der gesunden Vernunft und des klaren Verstandes. Sie haben auch gesehen, daß der Franzose in Deutschland sehr gut empfangen wird, und daß man ihn vielmehr mit Sympathie betrachtet."

„Das ist wahr", entgegnete ich, „und ich gebe es gern zu".

Wir marschierten noch immer. Wir waren seit längerer Zeit zum Strande hinuntergestiegen und unsere Schritte hinterließen auf dem elastischen Sande keine Spuren. Von Zeit zu Zeit kamen wir an einen Wasserbach, über den man hinüberspringen mußte, was die Fürstin mit jugendlicher Leichtigkeit tat.

Ich für meinen Teil hatte weder für das Meer noch für den Horizont einen Blick übrig. Ich war zufrieden, daß ich zuhören konnte, und hörte wunderbar gern der klaren und sehr wohlklingenden Stimme des Fürsten Bülow zu, die das Geräusch der ganz nahen Flut begleitete. „Und welches wären die Punkte, über die Frankreich sich mit Deutschland verständigen könnte?" fuhr ich fort.

Herr v. Bülow schien zu überlegen und antwortete: „Ich glaube, daß Frankreich und Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete mancherlei Gelegenheit haben, sich zu verständigen."

„Kennen Sie Herrn Cambon, Durchlaucht? Er hat mir von Ihnen in den schmeichelhaftesten Ausdrücken gesprochen."

„Ja, ich habe ihn früher in Paris sehr gut gekannt. Er ist ein sehr gewandter, sehr kluger, sehr fähiger Mann. Seine Ernennung in Berlin ist sehr gut aufgenommen worden, und ich glaube sicherlich, er ist mit den besten Absichten zu uns gekommen."

„Und Herr Pichon, der neue Minister des Äußeren — Sie kennen ihn nicht?"

„Nein, aber ich habe seine Reden gelesen. Jedesmal, wenn er Gelegenheit gehabt hat, zu sprechen, hat er vortrefflich gesprochen."

Der Augenblick schien mir gekommen, um einige allgemeinere Fragen anzuschneiden. Ich sagte zum Kanzler: „Viele Personen, auch Staatsmänner, sind der Meinung, daß, ohne im geringsten an die Persönlichkeit der Völker zu rühren, Europa eines Tages eine europäische Politik verfolgen wird, wo die freie Entfaltung jeder Nation nicht mehr Gefahr läuft, durch brutale Konflikte gehindert zu werden. Wäre es beispielsweise nicht wünschenswert, daß die bisher egoistische und abgeschlossene Kolonialbewegung von nun ab eine europäische, das heißt eine altruistische würde, von der jedes Volk nach Maßgabe seiner Mittel und ökonomischen Kräfte profitieren könnte? So würden die ersten wirklichen Bande zwischen den verschiedenen Nationen Europas entstehen, die sie einander näher bringen würden, statt sie zu trennen. Wenn ein jeder mit gleichem Rechte zum anderen kommen könnte, so käme in diese freie Konkurrenz ein Element der Billigkeit und der Gerechtigkeit."

Herr v. Bülow hatte mit lächelndem Interesse zugehört. „Ich will Ihre Kolonialpolitik gewiß nicht kritisieren, aber ich kann mich nicht ent-

halten, sie mit derjenigen Englands zu vergleichen, das seine Türen weit öffnet und großsinnig das betreibt, was Sie die altruistische Kolonisierung nennen. In Frankreich scheinen Sie noch die Kolonialtradition des 18. Jahrhunderts zu verfolgen, das System des ausschließlichen Eigentums, die hermetische Abschließung gegenüber dem Auslande. Eine neue Strömung scheint allerdings in den Gemütern aufzukommen. Hat sie einige Aussichten, Ihre Traditionen zu beeinflussen? Ich weiß es nicht."

„Philosophisch betrachtet," fragte ich ohne Übergang — denn wir kehrten zurück und der Spaziergang ging zu Ende — „ist's vernünftig zu glauben, daß es immer Kriege geben wird? Wenn bis heute die Zivilisation immer durch den Krieg gemacht wurde, kann man nicht hoffen, daß einmal ein Tag kommt, da eine höhere Menschlichkeit sich dieser mörderischen Regelung der Konflikte entzieht?"

„Fragen Sie das delphische Orakel!" rief Herr v. Bülow lächelnd, den Zeigefinger hebend.

„Werden nicht auf jeden Fall die Kriege immer seltener werden und nur noch den Zweck haben, neue Völker für die Zivilisation zu gewinnen?"

„Es ist wahr," entgegnete Fürst Bülow, „daß in der Tat die Interessen der Völker sich solidarisieren, daß die geringste Unruhe in einem Lande ihre Rückwirkung in allen anderen Ländern hat. Man kann infolgedessen annehmen, daß die Kriege immer seltener sein werden. Deutschland ist in der angenehmen Lage, vom Frieden sprechen zu können, da es fast das einzige Land in Europa ist, das seit 37 Jahren keinen Krieg geführt hat, während alle seine Nachbarn sich in Asien und in Afrika herumgeschlagen haben. Ich spreche nicht von dem Feldzuge gegen die Hereros, der nur die Unterwerfung eines Aufstandes war. Sie erwähnten soeben unsere Politik maritimer und kolonialer Ausbreitung. Nun, wir wollen uns nicht „ausbreiten." Wir haben nicht viele Kolonien, und diejenigen, die wir besitzen, sind nicht so wertvoll wie diejenigen der anderen, aber wir wünschen nicht mehr. Was unsere Marine betrifft, so vermehren wir sie nicht, um uns zu schlagen, sondern um unseren Handel zu schützen, und um unsere Flagge auf den entfernten Punkten des Globus zeigen zu können, wo unser Handel in Blüte steht. Hat Ihnen die Ihrige nicht wiederholt dazu gedient, um eine Rechnung mit einem widerspenstigen Schuldner zu regeln?"

„Aber dieser 37 jährige Frieden, dessen Deutschland sich rühmt, schuldet man ihn nicht ein wenig dem Zufall? Er hätte ebensogut auch nicht so lange zu dauern brauchen. Muß man nicht nach wirksameren Mitteln als dem Zufall, suchen, um den Frieden zu sichern? Kann man sich nicht vernünftigerweise ein einiges Europa vorstellen, vergleichbar den Amphiktyonien Griechen-

lands? Ein Europa, das beispielsweise einig einem drohenden Asien entgegenträte?"

„Ich glaube nicht an die gelbe Gefahr", antwortete Fürst Bülow. „Die Japaner sind zu kluge und ernsthafte Leute, um daran zu denken, Europa zu bedrohen......"

„Einstweilen scheinen sie sich an den Amerikanern versuchen zu wollen. Wenn sie, nachdem sie die Russen geschlagen, auch noch die Amerikaner schlügen, so wäre das ein recht gefährliches Volk......"

„Nein, nein," protestierte Herr v. Bülow, „Sie werden sehen, es wird nichts dergleichen geben. Japan ist klug und der japanische Botschafter in Washington hat bereits die beruhigendsten Erklärungen abgegeben."

„Aber China, dieses China, das sich waffnet und das vielleicht einmal Millionen Krieger auf Europa werfen kann...."

Herr v. Bülow lächelte: „Ich sehe sie noch nicht in Angoulême, und nicht in Magdeburg."

„Aber kann eine Situation, wie diejenige, in der Europa in China sich befunden hat, alle seine Heere da vereint, nicht in Zukunft zu einer dauernden gemacht werden? Könnte man, statt eines vorübergehenden und zufälligen Zusammenarbeitens, nicht ein normales Zusammenwirken herbeiführen, das die zivilisiertere Menschheit der weniger zivilisierten gegenüberstellte?"

„Ja, gewiß, es ist gestattet, ein solches Ideal zu hegen, und man sieht da den Gipfel eines Berges, der sich in der Ferne vor uns erhebt und den man erklimmen muß. Aber man weiß, daß man heute nicht mehr hinauf gelangen wird, und diese Gewißheit ist denjenigen eigen, die klar zu sehen pflegen. Andere, deren Sehkraft schwach ist, machen sich deshalb Illusionen und glauben den Gipfel ganz nahe. Man kann sich also sagen: es ist vielleicht für morgen. Einstweilen wollen wir uns nicht die Füße verletzen, indem wir gehen, ohne auf den Weg zu achten — ja, wir wollen lieber den Hindernissen ausweichen, die unsere Reise aufhalten. Und wenn diese Gleichnisse ihnen nicht gefallen, so können wir auch sagen: ‚zuerst müssen wir leben'. Dann wollen wir, wie Candide, unseren Garten bebauen."

Wir waren zum Ausgangspunkt unseres Spazierganges zurückgekehrt. Ich verließ den Fürsten und die Fürstin Bülow, um mich zum Diner umzukleiden.

Um 8 Uhr abends war ich wieder im Salon der Villa Fresena. In der Gesellschaft der Fürstin Bülow befanden sich Herr v. Flotow, dessen ich schon gedacht und der sich nicht darüber trösten kann, daß er Paris verlassen mußte, und der Ordonnanzoffizier des Fürsten, Herr

v. Schwartzkoppen, ein Bruder des in Paris wohlbekannten Generals v. Schwartzkoppen.

Dann kam der Reichskanzler.

Als er ins Zimmer trat, sagte er: „Man hat heute morgen auf den Präsidenten Fallières zwei Schüsse abgefeuert, glücklicherweise ist Herr Fallières unverletzt geblieben. Ich erfahre es soeben aus einer Mitteilung des Wolffschen Bureaus. Doch steht da nicht, wer der Täter ist, noch ob man ihn gefaßt hat."

Dann fügte er hinzu:

„Er muß sicher irrsinnig sein, denn Herr Fallières hat gewiß in seinem Leben niemandem Böses zugefügt. Ich habe ihn einmal gesehen, als er noch Präsident des Conseil war: er ist ein Mann von den einfachsten Manieren und dabei doch ein feiner und wohlwollender Geist, was mir sehr gefiel".

Man setzte sich zu Tisch. Die Tafel war (in zart angedeuteter Courtoisie für den Gast) mit französischen Rosen übersät, rosafarbene Seidenbänder verbanden kleine Töpfe mit Zwergbegonien. Das Ganze war von prächtigster Wirkung. Im Speisesaal waren sonst keine Möbel. An den Wänden hing eine Reihe von großen kunstvollen Tellern. Nichts weiter. Hinter jedem Gast stand ein Diener.

Das Tischgespräch drehte sich zunächst um die realistische Erziehung der deutschen Jugend. Ich erwähnte, daß ich an deutschen Gymnasien und Universitäten eine fast vollständige Verdrängung der philosophischen Studien wahrgenommen hätte, um die die Studenten sich nicht mehr kümmern. Eine Frucht dieser rein auf das Praktische gerichteten Erziehung sei es, daß in dem Vaterland der Philosophie große Philosophen zurzeit fehlten.

„Auch die großen Dichter fehlen uns", fügte Herr v. Flotow hinzu, der von sehr feinem literarischen Geschmack ist.

„Wir haben auch kein Kant-Denkmal in Berlin", bemerkte die Fürstin.

Ich erwiderte, daß ich in der Siegesallee eines hinter der Statue eines Preußenkönigs gesehen hätte.

„Wir werden sicher ein Kant-Denkmal bekommen", sagte Fürst von Bülow.....

Dann fuhr er fort: „Der Geschmack der Völker wechselt mit ihren Bedürfnissen. Am 14. Oktober 1806 saß Hegel, der damals Professor in Jena war, an seinem Schreibtisch und arbeitete an einer seiner berühmten Abhandlungen, als sein Pult plötzlich von großen Eisen- und Glassplittern übersät wurde; er rief nach der Haushälterin und herrschte sie ärgerlich an: „Was ist das für eine Unordnung?" Das Mädchen setzte ihm auseinander,

daß Franzosen und Preußen in den Straßen kämpften und daß Geschoßsplitter die Störung auf seinem Schreibtisch hervorgerufen hätten. „Das ist mir gleich", sagte Hegel, „das interessiert mich nicht: sorge, daß ich in Ruhe arbeiten kann." Das war am Tage der Schlacht von Jena!

Vor einem Jahrhundert schrieb Schiller, daß Frankreich das Land und England das Meer in Besitz genommen hätten, und daß für Deutschland nur mehr die Welt der Gedanken übrig geblieben sei. Seitdem aber haben wir uns gesagt, daß wir diese philosophische Teilnahmslosigkeit vielleicht etwas zu weit getrieben haben, und daß diese Kost für unser rauhes Klima nicht nahrhaft genug ist. So wurden wir schließlich Realisten; unsere Gelehrten wandten sich den angewandten Wissenschaften zu, unsere technischen Hochschulen entstanden. Man kann wohl sagen, daß zurzeit die tüchtigsten Köpfe sich zur Industrie und zum Kriegswesen hingezogen fühlen. Sie haben ja unsere „captains of industry", wie die Amerikaner sagen, am Rhein und in Westfalen kennen gelernt und gesehen, daß das Männer ersten Ranges sind; ebenso könnte ich Ihnen Offiziere aus unserem Generalstabe nennen, deren enzyklopädische Bildung und deren weiter Gesichtskreis Sie in Erstaunen setzen würde. Wer weiß übrigens, ob wir in fünfzig Jahren, wenn wir einmal wohlhabend geworden sind, nicht wieder das Volk der Künstler und Philosophen werden, das wir einmal waren!

Die Geschichte der geistigen Entwicklung der Völker folgt wie das Meer, dessen Rauschen wir hier vernehmen, den Gesetzen von Ebbe und Flut."

Man kam dann auf die Kunst, auf Malerei, Architektur und Musik zu sprechen.

Mit Worten der größten Verehrung sprach die Fürstin von Johann Sebastian Bach, in dem „das deutsche Gemüt zu einer Zeit, als Deutschland vom Unglück verfolgt war, seinen Ausdruck fand".

Der Kanzler rühmte das Talent des Berliner Architekten Messel, der das Warenhaus Wertheim und die schönen villenartigen Häuser im Tiergarten gebaut hat.

Zum Schluß kam man auf die Küche zu sprechen. Die Gerichte, die wir aßen, waren vorzüglich zubereitet, sie waren das Werk eines französischen Kochs, der seit 19 Jahren im Dienste des Fürsten ist, des Herrn „Misère". „Diesen Spitznamen hat ihm der Kaiser gegeben", sagte der Fürst. „Sie kennen diese Geschichte? Wir waren in Italien, und er war schon mehrere Jahre in unseren Diensten, als ich zur Leitung des Auswärtigen Amtes nach Berlin berufen wurde. Ich ließ mir den braven

Mann kommen und sagte ihm, daß wir Rom verlassen und nach Berlin übersiedeln müßten, und daß unser neues Heim im ganzen und die Küche im besonderen kleiner sein würden als die des Palazzo Caffarelli, wo wir wohnten. Dann fragte ich ihn, ob er mit uns gehen wolle. Er bat um eine halbstündige Bedenkzeit. Dann kam er und sagte mit rührender Einfalt: „Ich habe reiflich überlegt und bin entschlossen, mit Ihnen zu ziehen. Wenn man eine so gute Herrschaft hat, wäre es unrecht, sie zu verlassen, wenn sie ins Elend gerät. („Quand ils tombent dans la misère.“) „Als ich dem Kaiser diese Geschichte erzählte, lachte er aus vollem Halse; seither nennt er meinen Koch „Monsieur Misère“. Vor zwei Jahren hat ihm der Kaiser, der seine Küche schätzt, übrigens eine goldene Uhr mit seinem kaiserlichen Namenszug und einer sehr schönen Kette geschenkt.“

Der Fürst kam dann darauf zu sprechen, wie eigenartig der deutsche Charakter sei, und wie er trotz allem an der Tradition festhalte. „Welcher Unterschied gegen Frankreich!“ sagte der Fürst.

„Bei Ihnen hat der Konvent, der immerhin eine große Sache war, mit einem Schlage alles gleich gemacht und verfügt, daß von dem alten Gebäude nichts stehen bleiben dürfe. Dann ist Napoleon gekommen und hat die Unifizierung fortgesetzt. In Deutschland hingegen hatten wir nie eine richtige Revolution; das wäre dem deutschen Geiste entgegen. Sie sehen auch jetzt noch neben Mecklenburg, das feudal ist wie irgendein Staat im 17. Jahrhundert und keine Konstitution haben will, die Republik Hamburg. Jeder hält an seinen Gefühlen und seiner Tradition fest.

Als es sich im Jahre 1867 oder 1868 in dem Herzogtum Lauenburg, das damals höchstens 60 000 Einwohner hatte, darum handelte, eine neue Währung einzuführen, sagte Bismarck zu dem Geheimrat, der ihm diese Maßnahme vorschlug: „Wollen Sie denn durchaus eine Revolution?“ Vergleichen Sie solche Dinge mit der französischen Weise und denken Sie an die Leichtigkeit, mit der man einen französischen Staatsbeamten von Brest nach Carpentras, von Arles nach Guingamp versetzt, ohne daß sich irgendein Widerstand geltend macht.

Hier bei uns wünscht man, daß jeder Staatsbeamte aus der Gegend stamme, in der er Dienst tut, oder daß er zum mindesten Land und Leute kenne. Bismarck sagte stets: „Es ist viel leichter, die liberalen und frondierenden Franzosen als die an der Tradition hängenden, individualistischen Deutschen zu regieren“. Napoleon hat, abgesehen von vielem Bösen, darin unserem deutschen Vaterlande Gutes getan, daß er mit lateinischer Klarheit den komplizierten Staatsmechanismus Deutschlands vereinfacht hat...

„Man kann also“, warf ich ein, „gegen den konservativen Gedanken erfolgreich ankämpfen, denn Napoleons Reformen wirken ja noch heute nach.“

„Gewiß“, erwiderte der Fürst, „aber die Art und Weise, wie er sie eingeführt hat, der Umstand, daß ein Fremder es war, der sie einführte, hat schließlich zur Erhebung der ganzen deutschen Nation gegen ihn geführt.“

Nach aufgehobener Tafel drehte sich das Gespräch im Salon um die französische Literatur und besonders um den französischen Roman, den die Fürstin sehr liebt. Der Kanzler liebt Flaubert und Anatole France. Aber er bewundert auch sehr Stendhal. Er fragte mich, ob Zolas Popularität noch andauere, dabei rühmte er „L'Assommoir“ und „Germinal“. Dann fuhr er fort: „Wie schnell doch der Geschmack sich ändert! Es gibt Anschauungen, die wir heutzutage gar nicht mehr begreifen können. Erklären Sie mir zum Beispiel, wie Cäsar die Schweiz als ein Land bezeichnen konnte, dessen Anblick kaum zu ertragen sei. Ich glaube, es ist Tacitus, der die friesische Küste, die heute von aller Welt aufgesucht wird, als schrecklich und unbewohnbar bezeichnen konnte; ich bin überzeugt, daß seine Landsleute von heute diese Anschauung ebensowenig verstehen können wie wir.“

Die Fürstin schwärmt für die Memoirenliteratur. „Ich höre, — sagte sie — „daß man jetzt Memoiren unmodern findet, das wäre doch schade. Wie kann man die Vergangenheit begreifen, wenn man diese Dokumente des Lebens unbeachtet läßt!“ Man sprach von Hohenlohes Memoiren und bedauerte, daß sie vor der Zeit veröffentlicht worden sind. „Wie hätte man“, fügte der Fürst hinzu, „diesem unbeweglichen Antlitz, diesem immer geschlossenen Munde kein Vertrauen entgegenbringen können? Die Monarchen sprachen vor ihm wie vor einer Mauer, in der Überzeugung, daß es da kein Echo gäbe.“

Die Fürstin sprach dann in Ausdrücken des größten Lobes von dem letzten Roman Eduard Rods: „L'ombre s'étend sur la montagne“. Ebenso schwärmte sie für Maeterlincks Bücher, sein „Leben der Ameisen“, seine Dramen. Herr v. Flotow drückte seine Bewunderung aus für „Le lys dans la vallée“.

„Und die Schriftsteller Deutschlands?“ fragte ich voll Neugierde.

„Wir lieben besonders Hauptmann und Liliencron“, sagte die Fürstin...

Allzu rasch waren die Stunden verflogen; die Zeit zur Abreise drängte. Ich verabschiedete mich von dem Hause, das mich so liebenswürdig und so höflich aufgenommen hatte.

Draußen war es noch hell, so hell, daß man einen Liebesbrief hätte lesen können, dabei war die zehnte Abendstunde schon vorüber.

Ich wiederholte, auf dem Strande dahingehend, mir die Worte, die ich an diesem Tage vernommen hatte, und sie schienen mir von einem Hauch des Vertrauens und des guten Willens gegen Frankreich durchweht.

XVIII. 70. Geburtstag Kopps.

An Seine Eminenz den Kardinal Fürstbischof Dr. v. Kopp, Breslau.

Euer Eminenz sende ich zum 70. Geburtstag in treuer Verehrung meine herzlichsten Glückwünsche. Möchte Gott uns Ihre Kraft noch lange ungeschwächt erhalten und seinen Segen auch ferner auf der Arbeit ruhen lassen, die Euer Eminenz in unermüdlicher Pflichttreue seit so vielen Jahren Ihrer Kirche und dem Vaterlande gewidmet, und der beide so viel verdanken.

Reichskanzler Fürst Bülow [1]).

XIX. Tod Kardorffs.

Beileidstelegramm an den Regierungsassessor v. Kardorff-Wabnitz:

Tief und schmerzlich bewegt durch die Nachricht von dem Ableben Ihres Herrn Vaters bitte ich Sie, den Ausdruck meiner herzlichen Teilnahme entgegenzunehmen. In dem Entschlafenen habe ich einen Freund verloren, den ich als Menschen wie als Politiker gleich hoch schätzte. Was er seinem Vaterlande und seiner Partei gewesen, wird ihm unvergessen bleiben.

Reichskanzler Fürst Bülow [2]).

XX. Deutscher Ostmarkenverein.

Auf eine Huldigungsdepesche, gesendet vom deutschen Tage in Bromberg am 17. und 18. August[3]):

Dem Deutschen Ostmarkenverein spreche ich für die patriotische Begrüßung meinen herzlichen Dank aus. Ihre machtvolle Kundgebung

[1]) Nordd. Allgem. Zeitung 30. Juli 1907.
[2]) ebenda.
[3]) Nordd. Allgem. Zeitung 21. August 1907.

ist für die Königliche Staatsregierung eine wirksame Unterstützung in dem von ihr pflichtmäßig geführten Kampf für die Erhaltung des Deutschtums in der Ostmark. Möchte der Deutsche Tag in Bromberg allenthalben als eine eindringliche Mahnung zu strenger nationaler Pflichterfüllung empfunden werden.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

XXI. Zum 70. Geburtstage Adolf Wilbrandts.

Zum 70. Geburtstag Adolf Wilbrandts (24. August 1907) hatten sich Freunde des Dichters zusammengetan, um ihm ihre Glückwünsche in einem besonderen Wilbrandt-Buche darzubringen, zu dem Fürst Bülow folgenden Beitrag beisteuerte:

Der Dichter, hat unser größter Dichter Goethe einmal gesagt, wirke patriotisch, wenn er lebenslänglich bemüht sei, schädliche Vorurteile zu bekämpfen, engherzige Ansichten zu beseitigen, den Geist seines Volkes aufzuklären und dessen Gesinnungs- und Denkweise zu veredeln. Ich glaube, daß dieses Wort besonders geeignet ist, das Lebenswerk unseres Freundes Wilbrandt in seiner Bedeutung für das deutsche Volk zu bezeichnen. Gleich weit entfernt von blutloser Ästhetenkunst wie von politischer Tendenzschriftstellerei, hat Wilbrandt, wie mir scheint, seine höchste Aufgabe darin gesucht, in Roman und Drama Erzieher seines Volkes im Sinne jenes Goetheworts zu sein. Wie ich schon in seinem ersten größeren Werke, auf dessen Titelblatt die bedeutungsvolle Jahreszahl 1864 steht, ein entschiedenes Bekenntnis zu dieser Auffassung des Dichterberufes finde, so sehe ich den Siebziger beschäftigt, eine Episode aus dem Leben des großen Königs zu formen, zu dessen Gestalt vaterländische Betrachtung immer wieder verehrend zurückkehrt. Zwischen beiden Werken liegt ein langer Weg, „auf dem die holde Flamme des vielgestaltigen Lebens" unsern Dichter oft genug in die Ferne, zu bunten, fremdartigen Schöpfungen gelockt hat. Der Grundton seines Schaffens aber ist eine starke und treue Liebe zur deutschen Heimat und zum deutschen Volk. Berlin, 7. Juli 1907.

XXII. An den Ministerialdirektor Althoff.

Am 23. September 1907 wurde das Abschiedsgesuch des Ministerialdirektors im Kultusministerium Wirkl. Geh. Rats Dr. Friedrich Althoff genehmigt. Fürst Bülow richtete aus Norderney an den Scheidenden das folgende Schreiben:

Norderney, 19. September.

Euerer Exzellenz drängt es mich, bei Ihrem Scheiden von der Stelle langer und erfolgreicher Wirksamkeit noch einmal meinen Dank für Ihre hervorragende Mitarbeit und meine besondere Verehrung auszusprechen. Was Euere Exzellenz insbesondere für unsere Hochschule geleistet haben, ist oft von berufener Stelle gewürdigt worden und wird — davon bin ich überzeugt — je länger, je mehr ungeteilte Anerkennung finden. Aber weit über dieses spezielle Gebiet hinaus verdankt unser kulturelles Leben der unermüdlichen Energie und Arbeitskraft Euerer Exzellenz die fruchtbarsten Anregungen. Wenn es galt, bedeutende Persönlichkeiten für unsere Bildungsstätten zu gewinnen, oder große wissenschaftliche Unternehmungen zu organisieren, schien Ihnen keine Schwierigkeit unüberwindlich, und mit sicherem Blick für Menschen und Verhältnisse wußten Sie das Begonnene zu Ende zu führen. Auch geistige Werte bedürfen, um sich in der Welt durchzusetzen, einer tragenden Organisation und einer zielbewußten Politik. Als Kulturpolitiker in diesem Sinne werden Euere Exzellenz vor der Geschichte dastehen. Und wenn auch jetzt zu meinem lebhaften Bedauern Gesundheitsrücksichten Ihnen die Notwendigkeit auferlegen, aus dem Amte zu scheiden, so wird die ausgestreute Saat doch weiter aufgehen und reiche Frucht tragen. Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß es Euerer Exzellenz noch lange beschieden sein möchte, sich dieser Erfolge Ihrer Lebensarbeit zu erfreuen, bin ich in besonderer Verehrung Euerer Exzellenz aufrichtig ergebener

(gez.) Bülow.

XXIII. Tod des Großherzogs Friedrich I. von Baden.

Beim Heimgange des Großherzogs Friedrich von Baden richtete Fürst Bülow an den Großherzog Friedrich II. unter dem 28. September 1907 das nachstehende Telegramm:

Euerer Königlichen Hoheit bitte ich anläßlich des Heimgangs des Großherzogs mein innigstes Beileid aussprechen zu dürfen. Tief bewegt gedenke ich der steten Güte und des großen Vertrauens, mit denen mich der verewigte Großherzog während vieler Jahre ausgezeichnet hat. Ich gedenke vor allem der unvergänglichen Verdienste, die sich Großherzog Friedrich um das deutsche Volk erworben hat. Sein Name bleibt für immer verknüpft mit der Wiedererrichtung des Reichs. Er hat die nationale Einigung

vorbereitet, hat mitgeholfen, sie herbeizuführen, und seitdem unermüdlich seine treue und weise Hand über sie gehalten.

In Ehrfurcht und Ergebenheit

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

XXIV. Über Rudolf von Bennigsen.

Am 3. Oktober 1907 fand in Hannover die Enthüllung des Denkmals von Rudolf von Bennigsen statt. Der Reichskanzler sandte an den Denkmalsausschuß folgendes Telegramm:

An der schönen Feier, die heute so viele gut deutsche Männer im Andenken an Rudolf v. Bennigsen vereinigt, nehme ich in Gedanken den wärmsten Anteil. Das Bild dieses weitblickenden Politikers und edlen Menschen aus den großen Tagen der Gründung des Deutschen Reiches möge unserer Zeit eine Mahnung sein, in selbstlosem Idealismus, an Liebe zu Volk und Vaterland nicht zurückzustehen.

XXV. An Dr. Pachnicke.

An den Verfasser der Schrift „Liberalismus als Kulturpolitik", Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Pachnicke, richtete der Reichskanzler folgendes Schreiben[1]):

Sehr geehrter Herr Dr. Pachnicke!

Für die freundliche Übersendung Ihrer Schrift Liberalismus als Kulturpolitik bitte ich Sie meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Ich habe mit lebhaftem Interesse von Ihren Ausführungen Kenntnis genommen, denen ich in manchen Punkten zustimmen kann. Ich habe den Eindruck, daß Ihre Broschüre dem liberalen Bürgertum reichliches Material an die Hand gibt, um sich über das gegenwärtig Mögliche und Erreichbare klar zu werden und sich in einer gesunden Würdigung der Blockpolitik zu bestärken.

In ausgezeichneter Hochachtung bin ich Ihr aufrichtig ergebener

Bülow.

---

[1]) Nordd. Allgem. Zeitung 10. Oktober 1907.

XXVI. Deutscher Arbeiterkongreß.

Im Oktober 1907 fand der zweite deutsche Arbeiterkongreß (die Vertretung der deutschen christlich-nationalen Arbeiterbewegung) in Berlin statt. Fürst Bülow hatte bereits eine Deputation des ersten (Frankfurter) Kongresses empfangen (s. Bd. II, 376 f.), und empfing am 24. Oktober 1907 in Klein-Flottbek auch eine Deputation des zweiten Kongresses, deren Führer in seiner Ansprache ausführte: Die Deputation habe den Auftrag, die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen. Die Vertreter von über einer Million christlich-national gesinnter Arbeiter seien versammelt gewesen. Neben einer Aussprache über die sozialpolitische Lage im allgemeinen habe der Arbeiterschutz in den schweren und gesundheitsschädlichen Industrien, sowie die Sonntagsruhe und die Arbeiterinnenfrage zur Verhandlung gestanden. Der Kongreß halte es für nötig, daß das Verhältniswahlsystem für alle sozialen Wahlen reichsgesetzlich eingeführt werde. Daß seit dem Frankfurter Kongreß vor vier Jahren von den damals beschlossenen Forderungen bis heute noch keine einzige gesetzliche Erledigung gefunden habe, habe bei den Kameraden im Lande Befremden hervorgerufen. Ganz besonderen Wert lege die christlich-nationale Arbeiterschaft auf Sicherung und Ausbau der Koalitionsfreiheit. Durch ein weiteres Ruhenlassen der Sozialreform auf dem genannten Gebiete werde ihr Bestreben, der deutschen Arbeiterschaft durch ernste soziale Arbeit nach christlich-nationalen Grundsätzen zu nützen, erheblich erschwert und den verneinenden Kräften im Volksleben neue Nahrung zugeführt. Die Delegierten seien sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich ihren Wünschen entgegenstellen könnten, aber sie seien auch zugleich der festen Überzeugung, daß es im zwingenden Interesse des Vaterlandes liege, den Arbeiterstand als gleichberechtigtes Glied dem nationalen Volkskörper einzuordnen und die deutsche Arbeiterschaft durch erhöhten Schutz und Sicherung ihrer Rechte im Allgemeininteresse schaffensfreudig zu erhalten. Der Redner versicherte schließlich, daß die auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter erfüllt seien von herzlicher Treue und Liebe zu Kaiser und Vaterland.

Der Reichskanzler erwiderte darauf:

Meine Herren! Es ist mir eine aufrichtige Freude, Sie als die Delegierten des zweiten deutschen Arbeiterkongresses heute bei mir zu sehen. Seit dem Frankfurter Kongreß haben sich die Ihnen angeschlossenen Vereinigungen in verheißungsvoller Weise vermehrt und zugleich an Mitgliederzahl erheblich zugenommen. Mit Genugtuung entnehme ich in Übereinstimmung mit Ihnen daraus den Beweis, daß in den deutschen Arbeitern noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Betätigung christlich-nationaler und monarchischer Gesinnung vorhanden ist. Möge es Ihnen gelingen, diesen christlichen und deutschen Sinn weiter zu fördern und zu pflegen.

Über die Lage derjenigen Angelegenheiten, welche Sie bei unserer vorigen Besprechung in den Vordergrund gestellt haben, ist Ihnen durch den Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung gemacht worden. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits alles tun werde, um die Einbringung und

die parlamentarische Erledigung des in Aussicht stehenden Reichsvereinsgesetzes[1]) und des Arbeitskammergesetzes[1]) zu fördern.

Was die Gegenstände Ihrer soeben abgeschlossenen Tagung betrifft, so liegt mir die Frage der Sonntagsruhe besonders am Herzen. Ich sehe in der Sonntagsruhe eine der Lebensquellen für unser gesamtes Volkstum und werde dafür Sorge tragen, daß bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über eine Revision dieser Bestimmungen nur insoweit Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zugelassen werden, als dies mit Rücksicht auf unabweisbare Bedürfnisse geboten ist.

Die Verhandlungen des Reichstages im letzten Frühjahr haben die besondere Aufmerksamkeit der obersten Reichs- und Staatsbehörden auf die Verhältnisse in der Großeisenindustrie gelenkt. Namentlich über etwa vorhandene Mißstände in den sanitären Arbeiterverhältnissen und in der Abmessung der Arbeitszeiten bestimmter Arbeiterklassen hat der Preußische Herr Handelsminister eine Aufklärung bereits in die Wege geleitet. Die demnächstige Regelung wird unter billiger Abwägung aller Interessen und nicht ohne Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgen.

Seien Sie versichert, meine Herren, daß die Sozialpolitik nach dem Willen unseres Kaisers fortgeführt werden wird. Wenn der Fortschritt auf manchen Gebieten sich nicht so rasch vollzieht, wie Sie ihn wünschen, so wollen Sie dabei im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat und daß eine gesunde und kräftige Sozialpolitik von der gesamten Volksauffassung getragen sein muß.

Nichts aber wird das soziale Verständnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterem Umfange auf den nationalen Boden stellt. Dadurch bekennt sie sich zu einer Solidarität mit den anderen Ständen, die auf der anderen Seite nicht

---

[1]) Dieses Gesetz erging unter dem 19. April 1908; die Beratungen über das Arbeitskammergesetz wurden durch die Schließung der Session am 13. Juli 1909 unterbrochen. — In Zentrumsblättern wurde eine Äußerung mitgeteilt, die der Reichskanzler mit Bezug auf den § 7 des Reichsvereinsgesetzentwurfs in Flottbek gegenüber einem Mitglied dieser Deputation des christlich-nationalen Arbeiterkongresses getan haben sollte. Diese Äußerung wäre dahin gegangen, „daß die Regierung gar nicht daran gedacht habe, den § 7 aufzunehmen, aber die Nationalliberalen hätten die Aufnahme dieser Bestimmung absolut gefordert; Bassermann stellte keine solche Zumutung, wohl aber die nationalliberalen Großindustriellen“. Diese Mitteilungen waren aber durchaus irrtümlich. Der Reichskanzler hatte keinen Anlaß gehabt, nationalliberale Großindustrielle als die eigentlichen Urheber des Sprachenparagraphen zu bezeichnen, und er hat dies auch, wie die „Nordd. Allgem. Zeitung“ (vom 20. Dezember 1907) festzustellen ermächtigt war, keineswegs getan.

unerwidert bleiben kann und die Freudigkeit stärkt zu weiterem Fortschreiten auf sozialem Boden. Und so wird die deutsche Arbeiterschaft, indem sie frei von einseitigen oder übertriebenen Forderungen ihr eigenes Interesse vertritt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes heben und gleichzeitig die Grundlage unseres staatlichen Lebens stärken und befestigen. Diese Ihre Bestrebungen nach Kräften zu fördern, betrachte ich als eine meiner vornehmsten Aufgaben.

XXVII. An den Zentralverband Deutscher Industrieller.

Berlin, den 29. Oktober 1907.

Dem Zentralverbande Deutscher Industrieller danke ich verbindlichst für das freundliche Begrüßungstelegramm vom gestrigen Tage. Es ist für mich von hohem Werte, wenn die Vertreter der industriellen Arbeitgeber sich so einmütig zu meinen Anschauungen über die Fortführung unserer Sozialpolitik bekennen. Die Bereitwilligkeit der Delegiertenversammlung zur Übernahme neuer Lasten auf diesem Gebiete beweist mir, daß die deutsche Industrie entschlossen ist, mit wachsenden materiellen Kräften auch in erweitertem Umfange an der Lösung sozialer Aufgaben mitzuwirken. Ich bin überzeugt, daß solche Opferwilligkeit auch dazu beitragen wird, Ordnung und Autorität im Betriebe zu erhalten und zu stärken.

Mit vorzüglicher Hochachtung sehr ergebenst

v. Bülow.

XXVIII. P. Schmidt.

Fürst v. Bülow empfing am 30. Oktober 1907 P. Schmidt, den Direktor des deutschen katholischen Hospizes in Jerusalem. Hierüber berichtete die Germania: „Fürst Bülow war außerordentlich freundlich und liebenswürdig. Voll Teilnahme erkundigte er sich nach dem Fortgange der Werke des Vereins vom hl. Lande in Jerusalem. Die günstigen Mitteilungen waren ihm willkommen, und er sagte, es freue ihn für die Gesamtheit der deutschen Katholiken, daß ihre Werke im hl. Lande mehr und mehr zur Blüte kämen. Er erwähnte mit Bedauern den zu frühen Tod seines alten und besten Freundes, des Prinzen von Arenberg, der ein hervorragender Freund der deutschen Palästinawerke

gewesen sei. Dem P. Schmidt wünschte der Fürst die besten Erfolge in seiner schönen und verdienstlichen Wirksamkeit und versprach ihm auch, durch Gaben für die Schule und durch Beihilfe für die Bibliothek, Naturaliensammlung usw. Unterstützung gewähren zu wollen."

P. Schmidt wurde kurz darauf in Köln von der Straßenbahn überfahren und schwer verletzt; Fürst Bülow sandte ihm nachstehendes Beileidstelegramm [1]):

Schmerzlich bewegt durch den Unfall, den Eure Hochwürden erlitten, bitte ich Sie, meiner herzlichen Anteilnahme sicher zu sein. Möge der Allmächtige Ihnen beistehen, Ihre Schmerzen lindern und Sie baldiger Genesung entgegenführen.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

XXIX. Zum Tode Heinrich Dernburgs.

Aus Anlaß des Ablebens des Geh. Justizrats Dr. Heinrich Dernburg, Professor der Rechte an der Universität Berlin, Mitgliedes des Herrenhauses, sandte der Reichskanzler das folgende Beileidsschreiben an den Bruder des Verstorbenen [2]):

Herrn Friedrich Dernburg, Grunewald, Hertastr. 15.

Anläßlich des Hinscheidens Ihres auch von mir verehrten Herrn Bruders bitte ich Sie, den Ausdruck meiner aufrichtigen Teilnahme entgegenzunehmen. Mehr als eine Generation deutscher Juristen hat zu dem Verewigten als ihrem Lehrer aufgeblickt und an der seltenen Klarheit seines Urteils sich geschult. Lange noch wird sein Geist in seinen Werken weiterwirken, und immer wird sein Name ein Stolz der deutschen Rechtswissenschaft bleiben.

Reichskanzler Fürst Bülow.

XXX. Beglückwünschung des Staatsministers Dr. Grafen Zedlitz-Trützschler, Oberpräsidenten der Provinz Schlesien.

Berlin, den 6. Dezember 1907.

Sehr verehrter Herr Graf!

Euerer Exzellenz spreche ich zur Feier der Vollendung Ihres 70. Lebensjahres meine aufrichtigsten Glückwünsche aus. Ich freue mich herzlich, daß

---

[1]) Nordd. Allgem. Zeitung 24. November 1907.

[2]) Nordd. Allgem. Zeitung 26. November 1907.

es Ihnen vergönnt ist, diesen Tag in voller Schaffenskraft, körperlicher und geistiger Frische zu verleben.

Mit Genugtuung können Euere Exzellenz heute auf ein langes und gesegnetes Leben zurückblicken, das reich gewesen ist an schöpferischen Taten und an fruchtbringender Arbeit auf den wichtigsten Gebieten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Stets bereit, Ihre Persönlichkeit in aufopferungsvoller Weise für die großen Aufgaben der Staatsverwaltung einzusetzen, und unterstützt durch das eindringendste Verständnis für die praktischen Bedürfnisse unserer Zeit, haben Sie in erfolgreichster Wirksamkeit Ihren Namen mit der Geschichte der inneren Entwicklung unseres Vaterlandes unlöslich verknüpft.

Mit besonderer Dankbarkeit gedenke ich der wertvollen Unterstützung, deren ich mich während meiner Amtsführung stets von seiten Euerer Exzellenz zu erfreuen gehabt habe.

Möge Ihre mit seltener Willenskraft gepaarte hohe staatsmännische Einsicht dem königlichen Dienste zum Heile des Vaterlandes noch lange erhalten bleiben.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung bin ich Euerer Exzellenz aufrichtig ergebener

(gez.) Bülow.

XXXI. Zeugniszwang der Presse.

Mit dem Zeugniszwang der Presse beschäftigte sich eine Anregung, die der Reichskanzler in folgendem Schreiben an die Bundesregierungen ergehen ließ:

Berlin, den 9. Dezember 1907.

Die Tatsache, daß im Strafverfahren von der Befugnis, zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft anzuordnen, mitunter in Fällen Gebrauch gemacht wird, in denen die Anwendung des Zwangsmittels nach der Lage des Einzelfalls weder zu der Bedeutung der Sache noch zu dem voraussichtlichen Ergebnis der Maßregel in dem richtigen Verhältnisse steht, hat schon häufig zu unliebsamen Erörterungen Veranlassung gegeben. Daß die Gerichte in solchen Fällen die Grenzen der ihnen übertragenen Befugnisse formell einhalten, kann zur Rechtfertigung des Verfahrens nicht dienen. Denn die Gerichte sind durch die gesetzlichen Vorschriften nicht genötigt, das Zwangsmittel in jedem Falle zur Anwendung zu bringen; das Gesetz

überläßt alles ihrem verständigen Ermessen. Es liegt daher ganz im Sinne des Gesetzes, wenn die Gerichte von ihrer Befugnis nur da Gebrauch machen, wo es nach den Umständen des einzelnen Falles unerläßlich erscheint. Wenn dies stets geschähe, würden Mißgriffe vermieden werden, wie sie zuweilen vorkommen. Es herrscht wohl Einverständnis darüber, daß in der neuen Strafprozeßordnung hier eine wirksame gesetzliche Abhilfe zu schaffen sein wird; ich habe deshalb in den Entwurf eines neuen Strafprozeßgesetzes, welcher dem Bundesrate demnächst zugehen wird, dahin gerichtete Bestimmungen aufnehmen lassen. Aber auch abgesehen von diesem gesetzgeberischen Einschreiten sollte, wie ich meine, in jeder Weise dahin gewirkt werden, daß niemals ohne gebieterischen Anlaß von dem durch das Gesetz zur Verfügung gestellten Zwangsmittel Gebrauch gemacht werde. Wenn die Staatsanwaltschaften darauf hingewiesen würden, ihrerseits bei der Stellung von Anträgen auf Anordnung der Zwangshaft Zurückhaltung zu üben, aber auch den Gerichten gegenüber die Bedenken, welche gegen die Anwendung der Maßregel nach Lage des Einzelfalles sprechen, regelmäßig geltend zu machen, so möchte sich eine größere Vorsicht bei der Anwendung des Gesetzes wohl erreichen lassen, ohne daß der Unabhängigkeit der Gerichte zu nahe getreten wird. Ich wäre dankbar, wenn diese Anregung bei den einzelnen Hohen Regierungen eine entgegenkommende Würdigung finden und, wo dies angezeigt erscheint, zu entsprechenden Anweisungen an die zuständigen Instanzen führen sollte.

Bülow.

XXXII. Tierschutz.

Der Bonner Tierschutzverein hatte dem Reichskanzler für die im Reichstage im Interesse des Tierschutzes gesprochenen Worte [1]) seinen Dank ausgedrückt und zugleich gebeten, diesen Dank auch der Fürstin von Bülow auszusprechen. Der Reichskanzler antwortete darauf telegraphisch unter dem 15. Dezember 1907:

Für die freundliche Begrüßung meinen und meiner Frau herzlichen Dank. Die Tiere vor Grausamkeit schützen, heißt nicht nur die Natur lieben, sondern bedeutet auch eine Aufgabe sittlicher Menschenerziehung. Wer gegen Tiere roh ist, wird es auch gegen Menschen sein.

Reichskanzler Fürst Bülow.

[1]) Rede vom 30. November 1907. Oben S. 89.

XXXIII. An den Landwirtschaftsrat.

Zum ersten Male seit acht Jahren war im Jahre 1908 der Reichskanzler, an Influenza erkrankt, verhindert, am Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrats teilzunehmen. Auf Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwitz sandte die Festversammlung am 12. Februar folgendes Telegramm: In allseitiger Betrübnis darüber, Ew. Durchlaucht zum ersten Male seit 8 Jahren an seiner Festtafel zu vermissen, entbietet der Deutsche Landwirtschaftsrat seinem hohen Gönner, dem treuen Schildhalter über der deutschen Landwirtschaft, ehrerbietigen Gruß und beste Wünsche für baldige volle Genesung.

Darauf dankte Fürst Bülow am 13. Februar:

Schmerzlich bedauernd, meinen altgewohnten Platz beim Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrates heute nicht einnehmen zu können, danke ich herzlich für die freundliche Begrüßung. Meine Arbeit für die deutsche Landwirtschaft habe ich getan, tue ich und werde ich tun, weil ich glaube, damit eine meiner vornehmsten Pflichten gegen das deutsche Volk zu erfüllen. Die auch in Ihren Verhandlungen bekundete Bereitwilligkeit der Landwirtschaft, ihre erstarkenden Kräfte in den Dienst großer neuer sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben zu stellen ist dafür mein bester Lohn und zeigt mir aufs neue, daß ich auf dem rechten Wege bin.

(gez.) Reichskanzler Fürst Bülow.

XXXIV. An Oberstleutnant a. D. Grafen Rödern.

Im reichsparteilichen Verein in Freiburg i. B. hatte der Oberstleutnant a. D. Graf Rödern einen Vortrag über die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung in der Schule gehalten und dem Reichskanzler gedruckt zugesandt. In seinem Dankschreiben bemerkte Fürst Bülow dazu[1]):

Die Zerfahrenheit und Schwäche unseres staatlichen Lebens in vergangenen Jahrhunderten hat in unserem Volke die Entwicklung staatsbürgerlichen Gemeinsinns verlangsamt, der für die Kraft einer Nation so viel bedeutet. Um so mehr Veranlassung haben wir, in unserer heranwachsenden Jugend das Verständnis für die dem deutschen Volke gestellten politischen und nationalen Aufgaben zu fördern.

---

[1]) Nordd. Allgem. Zeitung 14. Februar 1908.

XXXV. Tod Esmarchs.

An die Witwe des am 22. Februar 1908 verstorbenen Professors Heinrich von Esmarch in Kiel sandte der Reichskanzler folgendes Beileidstelegramm[1]):

Euer Durchlaucht bitte ich bei dem Hinscheiden Ihres Herrn Gemahls auch von mir die Versicherung herzlicher Teilnahme entgegennehmen zu wollen. Ein großer Meister der Heilkunst ist mit ihm aus einem gesegneten Leben geschieden. Selbst unermüdlich, Wunden zu heilen, und erfolgreich bemüht, andere zu lehren, wie man dem Nächsten in Gefahr und Not schnelle und wirksame Hilfe bringt, hat er seinem Namen einen Ehrenplatz erworben, nicht nur in der Geschichte der deutschen Medizin, sondern auch in der der Kämpfe für die deutsche Einheit.

Reichskanzler Fürst Bülow.

XXXVI. Über den Ärztestand.

Unter dem Vorsitze des früheren Ministerialdirektors Althoff hatte sich am 15. März 1908 der Reichsausschuß für das ärztliche Fortbildungswesen konstituiert, mit den Zielen: Anregende Einwirkung auf die Landeskomitees, Ausdehnung des Fortbildungswesens auf diejenigen Bundesstaaten, in denen solche Anstalten noch nicht bestehen, ferner die Ausbreitung der ärztlichen Fortbildung auch in den ländlichen Kreisen. Im Anschluß an die Sitzung wurden die Mitglieder des Reichsausschusses vom Reichskanzler empfangen. Geheimrat v. Renvers dankte im Namen des Reichsausschusses dem Fürsten, daß er das Ehrenpräsidium übernommen habe, und bat um Förderung der Bestrebungen der Vereinigung. In seiner Antwort betonte der Reichskanzler,

daß wohl kein anderer akademischer Stand Einrichtungen für seine Fortbildung geschaffen habe wie der deutsche Ärztestand.

Er erblicke in dem Arzte nicht nur den Hüter der Gesundheit; auch in sozialpolitischer Beziehung sei der Ärztestand von großer Bedeutung, weil der Arzt, mehr wie die Angehörigen anderer akademischer Berufsstände, in nahe Berührung mit den breitesten Schichten der Bevölkerung komme und dadurch beständig Gelegenheit zu unmittelbarer Einwirkung habe.

Dieser Umstand habe, wie der Reichskanzler des weiteren hervorhob, ihn stets dazu veranlaßt, der Förderung des deutschen Ärztestandes sein reges Interesse zuzuwenden; auch künftighin werde er es sich angelegen sein lassen, die Bestrebungen des Reichsausschusses für das ärztliche Fortbildungswesen nach besten Kräften zu unterstützen.

---

[1]) Berliner Lokalanzeiger 26. Februar 1908.

XXXVII. Deutschland und Rußland.

Am 18. März 1908 empfing Fürst Bülow den Mitarbeiter der „Nowoje Wremja", Jussarow, der über diese Unterredung seinem Blatte folgenden Bericht übersandte [1]):

Ihre Presse im allgemeinen und die „Nowoje Wremja" im besonderen verhält sich gegen uns in letzter Zeit sehr herausfordernd und äußerst ungerecht, begann der Kanzler.

Stellen Sie sich vor, Fürst, warf ich ein, daß ich in Petersburg denselben Vorwurf an die Adresse Ihrer Presse gehört habe. Aus dem Tone derselben in der letzten Zeit hat sich ergeben, daß das Wiener Kabinett in der Frage der Sandschak-Bahn gewissermaßen im Einverständnis mit Berlin handelte, ja, daß es von Berlin angetrieben würde. Natürlich ist unsere Presse unruhig geworden, und hierin muß man die Erklärung für ihre Angriffe suchen.

Das ist der reine Unsinn, rief Fürst Bülow aus; der deutschen Regierung wurde von dem Wiener Projekt gleichzeitig mit der Ihren Kenntnis gegeben. Und da dies Projekt mit den Bestimmungen des Berliner Kongresses in Einklang stand und außerdem rein wirtschaftliche Ziele verfolgte, so konnten wir dasselbe nur freudig begrüßen, wie wir auch jedes andere derartige Unternehmen freudig begrüßt hätten, gleichviel von welcher Seite die Initiative kommt. Aufrichtig gesagt, ich begreife bis jetzt nicht, warum das Wiener Projekt bei Ihnen einen solchen Sturm hervorgerufen hat, und füge meinerseits hinzu, daß ich einfach darüber empört war, daß man in Petersburg, wo man das besser hätte kennen müssen, uns eine so heimtückische Rolle zuschreiben konnte. Auf dem Balkan verfolgen wir kommerzielle Interessen; unsere Politik in Mazedonien fließt aus diesem Prinzip. Wir sind bestrebt, Ruhe in diesem Lande mit Hilfe von Reformen einzubürgern, die gemeinsam mit den übrigen Großmächten aufgestellt sind, und wir werden diesem politischen Programm treu bleiben. In dieser Frage hat Ihre Presse uns irgendwelche dunklen Hintergedanken zugeschrieben. Man hat bei Ihnen z. B. erklärt, daß unser Botschafter in Konstantinopel die Tätigkeit Europas in diesen drei türkischen Wilajets erschwert hat. Man hat uns sogar eine gewisse Aufstachelung des Sultans zum Widerstande und sonstigen derartigen Unsinn zugeschrieben. Es ist wahr, als Baron Marschall von der Haager Konferenz nach Konstantinopel zurückkehrte und mit dem Projekt der Gerichtsreform bekannt wurde, welches die Vertreter der Großmächte dem Sultan vorschlagen wollten, machte er gewisse Ein-

---

[1]) Wiedergegeben nach der ausführlichen Übersetzung in der „Nordd. Allgem. Zeitung" vom 22. März 1908.

wände. Aber damit wollte unser Botschafter durchaus nicht die gemeinsame Arbeit der Großmächte schädigen; im Gegenteil, er stellte ihnen seine Unterstützung, seine Kenntnis des Terrains zur Verfügung und hielt es deshalb für nötig, die Aufmerksamkeit seiner Kollegen auf gewisse Punkte zu lenken, welche zu ernsten Schwierigkeiten führen konnten. Überdies schlossen sich seine Kollegen einstimmig seiner Meinung an. Niemals hat Baron Marschall es abgelehnt, eine Kollektivnote, welche die Billigung aller seiner Kollegen finden würde, zu unterschreiben und als doyen des ambassadeurs dem Sultan vorzustellen. Der Gang unserer Gedanken und Handlungen in der mazedonischen Frage ist sehr klar und einfach: wir unterstützen ehrlich das gemeinsame Programm, und wenn die eine oder andere Erwägung, welche wir im Interesse der Sache selbst für nötig finden, nicht die Billigung Europas findet, so werden wir den mehr interessierten Mächten den Vortritt lassen.

Noch eine Frage verdirbt uns nicht wenig das Blut, bemerkte ich, die persische Frage. Ich verstehe darunter die Ihnen zugeschriebenen Pläne des „friedlichen Eindringens“ in das Reich des Schahs. Die Gründung der Deutschen Bank und der deutschen Schule in Teheran scheint diese Annahme zu bestätigen.

Beruhigen Sie sich, entgegnete der Kanzler. Wir schicken uns durchaus nicht an, Ihrer Tätigkeit in Persien entgegen zu sein. Wir werden auch in Zukunft fremde Rechte achten. Wir verfolgen in Persien nur wirtschaftliche Interessen, um nach Möglichkeit unserer Industrie, unserem Handel entgegenzukommen. Ihr letztes Abkommen mit England hat das Prinzip der offenen Türen proklamiert. Wir wünschen davon Vorteil zu ziehen im Einklang mit der Gesamtrichtung unserer Politik, welche das Prinzip der freien Konkurrenz in den unabhängigen Ländern mit einer wirtschaftlichen Zukunft vertritt. Da die Englische Bank und ebenso die Bank, welche Sie in Persien gegründet haben, mit breiteren Aufgaben beschäftigt sind, so haben unsere kommerziellen Kreise die Notwendigkeit gefühlt, für ihre Geschäfte eine Bank zur Hand zu haben, welche sich spezieller mit ihren Angelegenheiten beschäftigt. Diese Erwägungen haben dazu geführt, eine Deutsche Bankfiliale in Persien zu gründen. Was die Schule anbetrifft, so verdankt sie ihre Existenz der wohlwollenden Initiative des Schahs. Vergessen Sie nicht, daß es in Persien auch andere Schulen gibt, eine große amerikanische, zwei französische und eine russische. Warum greift man uns so wegen unserer Schule an? Dasselbe kann man auch über die geplante Zweiglinie der Bagdadmagistrale sagen, welche die Residenz Mesopotamiens mit Ganskin verbinden soll. Was hat man nicht gesprochen!

In diesem Projekt hat man auch unsere Absicht gesehen, die Hand auf Persien zu legen. Man hat eines vergessen, daß diese Linie gerade an der Grenze des Reiches des Schahs endigt und daß sie gänzlich durch türkisches Gebiet geht. In dem türkisch-persischen Konflikt haben wir eine pazifizierende Rolle gespielt, und weit von dem Gedanken entfernt, die Türkei zur Offensive aufzustacheln, wie man bei Ihnen behauptet hat, haben wir der Pforte geraten, ihre Truppen zurückzuziehen und sorgfältig alles zu vermeiden, was irgendwelche Verwicklungen hervorrufen könnte.

Was übrigens die Bagdadbahn anbetrifft, fuhr der Kanzler fort, so ist das auch eine Frage, welche nicht wenig mißgünstige Kommentare sowohl in Rußland wie auch in anderen Ländern hervorgerufen hat, und trotzdem waren wir auch in dieser Frage völlig loyal. Was haben wir denn getan? Wir sind beständig davon ausgegangen, daß die Ausbeutung dieses Unternehmens von Sr. Majestät dem Sultan der Ottomanischen Gesellschaft übergeben werden möge. In dieser Gesellschaft nehmen allerdings deutsche Kapitalien die erste Stelle ein, aber niemals haben wir den geringsten Widerstand gegen den Anschluß ausländischen Kapitals an dasselbe geleistet. Man vergißt gleichsam, daß in dieses Unternehmen schon nicht wenig französisches, österreichisches, italienisches, türkisches Kapital geflossen ist. Deshalb genießt dies Unternehmen, obwohl es der Idee nach ein deutsches ist, die Flagge der türkischen Nationalität, ohne dabei den internationalen Charakter zu verlieren; es wird von Deutschen geführt, aber die übrigen Kapitalien haben ihre Vertreter in der Administration. Aus all diesem ist ersichtlich, daß wir mit der Bagdadmagistrale nicht politische Ziele verfolgen. Die uns recht häufig zugeschriebene Absicht der Kolonisation Kleinasiens fällt durchaus nicht in unsere Pläne, und ebenso ist auch die Annahme sinnlos, daß wir einen Hafen am Persischen Golf zu erwerben wünschen. Wir verfolgen auch hier nur wirtschaftliche Interessen in der Hoffnung, daß die geplante Eisenbahn das einst so reiche Mesopotamien beleben und dadurch allen Nutzen bringen wird. Wonach wir streben, ist: nach Möglichkeit unserer Industrie Arbeit zu geben, und, wie ich Ihnen schon bemerkte, haben wir niemals Einwendungen erhoben, daß fremde Kapitalien an unserem Unternehmen sich beteiligen, obwohl wir es mit unseren eigenen Mitteln bestens zu Ende führen könnten. Deshalb ist es völlig gerecht und begreiflich, daß wir Wert darauf legen, daß diesem Unternehmen seine étiquette allemande bewahrt bleibt. Aber dies Unternehmen ist so umfangreich, daß in ihm auch für andere genügend Platz ist. Und doch sind auch in dieser Frage Ihre Blätter über uns hergefallen, haben die Sachlage entstellt und uns Absichten zugeschrieben, welche wir niemals

hatten; sie vergaßen hierbei, und dies zu konstatieren ist mir äußerst betrübend, jene Loyalität und Freundschaft, welche wir in bezug auf Sie in vielen Fällen bekundet haben. Einst konnte Fürst Bismarck noch über die russische „Druckerschwärze" spotten. Jetzt haben sich die Zeiten geändert. Die Bedeutung der Presse hat sich auch bei Ihnen ernsthaft verstärkt. Die russische Presse hat Einfluß gewonnen. Deshalb glaube ich nicht, daß ich Ihre Presse ignorieren kann, deren Ton gegen Deutschland immer ungerechter und feindseliger wird. Unsere Politik ist völlig friedliebend. Ich wiederhole: wir verfolgen außerhalb Europas keine anderen Interessen als nur wirtschaftliche. Die Verstärkung oder, richtiger gesagt, Verjüngung (rajeunissement) unserer Flotte, welche eine solche Masse von Kommentaren entfesselt, ist ausschließlich auf den Schutz unserer eigenen Interessen gerichtet. Wir wollen niemand angreifen, aber als Großmacht sind wir verpflichtet, an unseren Schutz vor jedwedem Angriff zu denken; wir sind verpflichtet, für jede Möglichkeit gerüstet zu sein.

Im Begriff, mich zu verabschieden, bemerkte ich zu Fürst Bülow, daß die Feindseligkeit gegen Deutschland, die in der letzten Zeit unstreitig in der Mehrzahl der russischen Blätter zutage tritt, vielleicht auch durch die in der russischen Gesellschaft recht häufig kursierenden Gerüchte über eine gewisse Einmischung Deutschlands in unsere inneren Angelegenheiten bedingt sei.

Von irgendwelcher deutschen Einmischung in Ihre inneren Angelegenheiten kann keine Rede sein, entgegnete der Kanzler. Ein derartiger Vorwurf ist einfach lächerlich und stützt sich nicht auf die geringste Tatsache. Ebenso wie wir niemand erlauben, sich in unsere innere Küche einzumischen, kommt es uns auch niemals in den Sinn, uns in Ihre häuslichen Angelegenheiten zu verwickeln. Wir hüten uns streng, bei Ihnen auf die Seite der einen oder anderen Richtung zu treten; wir bleiben Ihre guten Nachbarn und kümmern uns nicht um Angelegenheiten, die uns nichts angehen. Einer Ihrer Staatsmänner hat einmal gesagt: „Rußland ist nicht Asien, aber es ist auch nicht Europa: Rußland ist Rußland", und wir halten uns daran. Wir wünschen, daß das große russische Reich sich gemäß den russischen Bedürfnissen, den russischen Lebensbedingungen entwickle, die sich auf Verhältnisse gründen, welche die russische Geschichte herausgearbeitet hat.

XXXVIII. Tod des Bürgermeisters Dr. Mönckeberg.

Telegramm an den Hamburger Senat:

Berlin, 27. März.

Den hohen Senat der Freien und Hansestadt Hamburg bitte ich anläßlich des Hinscheidens des hochverdienten Bürgermeisters Mönckeberg den Ausdruck meines tief empfundenen Beileids entgegennehmen zu wollen. Hamburg verliert in dem Heimgegangenen einen seiner hervorragendsten und besten Bürger, der bis zum letzten Atemzuge seiner Heimatsstadt und dem Reiche treu und aufopfernd gedient. Sein Andenken wird immerdar in Ehren gehalten werden.

Reichskanzler Fürst Bülow.

XXXIX. Zwei Interviews in Wien.

Am 29. und 30. März 1908 war Fürst Bülow in Wien und empfing dort die Vertreter des „Pester Lloyd" und des „Neuen Wiener Tagblatts", zu denen er sich folgendermaßen über seine Begegnung mit dem Freiherrn von Aehrenthal äußerte [1]):

Dem Vertreter des „Pester Lloyd" erklärte er, daß er den ersten Tag, den ihm die Geschäfte frei ließen, dazu benutzt habe, um Freiherrn v. Aehrenthal den Gegenbesuch für dessen vorjährigen Besuch abzustatten. Das allein war der Anlaß zu seiner Reise nach Wien, und gegenüber den mannigfachen Vermutungen hierüber wolle er feststellen, daß ein besonderer politischer Grund zu dieser Begegnung mit Freiherrn v. Aehrenthal nicht vorliegt. Es sei selbstverständlich, daß, wenn Staatsmänner so eng befreundeter Reiche zusammenkommen, sie die Gelegenheit benutzen, um über alle schwebenden politischen Fragen einen Gedankenaustausch zu pflegen.

„Zu meiner Freude kann ich feststellen", sagte Fürst Bülow, „daß bei dieser Unterredung eine vollständige Übereinstimmung unserer Ansichten in allen Hauptpunkten der internationalen Fragen sich ergeben hat. Nach wie vor verfolgt die Politik der beiden Reiche als ihr vornehmstes Ziel die Erhaltung des europäischen Friedens und als sicherstes Mittel hierfür die Aufrechterhaltung des Einvernehmens unter den Mächten. Jenes Ziel und dieses Mittel verlieren wir in keinem Augenblicke und in keiner Phase der Entwicklung der Ereignisse aus den Augen".

[1]) Nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung" vom 30. März 1908.

Zum Schlusse drückte Fürst Bülow seine Freude aus, dem ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle begegnet zu sein. Er habe den Wunsch, Wekerle kennen zu lernen, seinem vielbewährten Freunde, dem Botschafter Szögyeny ausgedrückt, und sei Wekerle dankbar, daß er sich der Mühe unterzog, nach Wien zu kommen.

Ähnlich äußerte sich Fürst Bülow einem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblatts" gegenüber. Am Schlusse der kurzen Unterredung drückte er seine hohe Befriedigung über den ihm in Wien bereiteten Empfang und die hierbei gewonnenen Eindrücke aus und bemerkte, er fühle sich bei uns unendlich wohl. Wörtlich sagte der Fürst: „Ich bin hier eben in Freundesland".

XL. Über die Unsittlichkeit in Wort und Schrift.

Gemäß Beschluß des letzten Adelstages hatte dessen Vorstand in einer Eingabe (vom 16. März 1908) den Reichskanzler gebeten, zu veranlassen, daß baldtunlichst: „1. Das deutsche Reichsstrafgesetzbuch durch Aufnahme von Bestimmungen ergänzt werde, durch welche die Urheber und Verbreiter öffentlicher Preßerzeugnisse, in denen die Sittlichkeit durch Wort oder Bild verletzt oder gefährdet wird, mit Gefängnisstrafe bedroht werden. 2. Der § 184 des Strafgesetzbuches dahin verschärft werde, daß die daselbst vorgesehene Zulässigkeit der bloßen Geldstrafe fortfällt." Daraufhin ging dem Vorstande unter dem 31. März vom Reichskanzler nachstehender Bescheid zu:

Von dem mir mitgeteilten Beschlusse des 27. Adelstages vom 12. Febr. d. Js. habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Die Deutsche Adelsgenossenschaft kann sich versichert halten, daß die Bestrebungen, welche auf die Bekämpfung der Unsittlichkeit in Wort und Bild gerichtet sind, meine volle Anerkennung finden, und daß ich auch in der Folge gern bereit bin, sie nach Möglichkeit zu fördern. In dieser Richtung hat auch die Reichsgesetzgebung bisher schon einzuwirken gesucht. Durch das unter großen parlamentarischen Schwierigkeiten zustande gekommene Gesetz vom 25. Juni 1900 ist eine Neuregelung der Materie erfolgt, die gegenüber dem früheren Rechtszustande zu einer nicht unwesentlichen Verbesserung der Strafbestimmungen geführt hat. Gerade der § 184 des Strafgesetzbuches ist durch eine Ausdehnung der Strafbarkeit auf bloße Vorbereitungshandlungen zur Verbreitung unzüchtiger Schriften erheblich erweitert worden und auch die dort angedrohten Strafen haben eine beträchtliche Verschärfung erfahren. Dadurch sollte ermöglicht werden, gegen die Verbreitung unzüchtiger Schriften schon in einem früheren Stadium einzuschreiten und auch schwerere Ausschreitungen mit der gebührenden Strenge zu ahnden. Ob das geltende Recht mit Rücksicht auf die bei der Anwendung jener

Vorschriften gemachte Erfahrung im Interesse der Bekämpfung der Unsittlichkeit einer weiteren Ergänzung bedarf, wird bei der bereits in Angriff genommenen Revision des Strafgesetzbuches von neuem in Erwägung genommen werden. Ich habe Anordnung getroffen, daß die mit der Ausarbeitung eines vorläufigen Entwurfs für ein neues Strafgesetzbuch betraute Kommission von den Vorschlägen in dem Beschlusse des 27. Adelstages Mitteilung erhält. Einen durchgreifenden Erfolg der Bestrebungen, die auf eine Besserung der vorhandenen Übelstände hinzielen, kann ich mir übrigens nur versprechen, wenn die öffentliche Meinung sich mehr und mehr der schweren Schäden bewußt wird, die insbesondere der heranwachsenden Jugend aus der überhandnehmenden Unsittlichkeit in Schrift und Bild drohen. Ich begrüße es daher, wenn die Deutsche Adelsgenossenschaft sich auch weiterhin zur Aufgabe stellen will, in diesem Sinne auf die öffentliche Meinung einzuwirken.

(gez.) Bülow.

XLI. Besuch von Sigmund Münz[1]).

Venedig, 25. April.

Die Gondel legte vor dem „Hotel Grande Bretagne" am Canal Grande an, wo der Reichskanzler mit seiner Familie wohnt. Aus der Gondel stiegen der Kanzler und die Fürstin sowie deren Mutter Donna Laura Minghetti. Sie kamen von einem Besuche bei der Lady Layard, der Witwe des englischen Botschafters, aus deren mit den herrlichsten Kunstwerken ausgestattetem Palast, der Ca' Capello, zurück.

Ich hatte den Reichskanzler seit längerer Zeit nicht gesehen. Er ist seither schlanker geworden und macht einen frischen Eindruck. Das Gesicht zeigt gesunde Röte. Das Haar ist wohl etwas gebleicht, aber das Blond überwiegt noch.

Der Fürst sagte, er habe den Wunsch gehabt, schlanker zu werden, wolle aber jetzt bei dem Gewichte bleiben, das er so glücklich erreicht habe.

Bei Tisch waren meine Nachbarn der Reichskanzler und der Präsident der römischen Akademie der Wissenschaften, der Senator Professor Blaserna, gewesen.

[1]) Mit Genehmigung des Verfassers und der Redaktion der „Neuen Freien Presse" wird hier der Artikel des Herrn S. Münz in Nr. 15692 der „Neuen Freien Presse", vom 28. April 1908, wiedergegeben.

Das Auge der Fürstin leuchtet noch mit demselben Glanze, der auf den Porträts von Makart und Lenbach zu sehen ist. Neben der Fürstin, in deren dunklem Haar sich kaum noch einige Silberfäden zeigen, sitzt ihre Mutter, Donna Laura Minghetti, eine ehrwürdige Erscheinung mit weißem Haar. Donna Laura sagte mir einmal, daß sie jetzt ihr drittes Leben lebe: Ihr erstes war ihr eigenes, ihr zweites das ihres Gatten, des italienischen Ministerpräsidenten Minghetti, ihr drittes nun sei das ihrer Tochter, der Gemahlin des deutschen Reichskanzlers.

Auch der Bruder des Kanzlers, der Gesandte in Bern, mit seinem edlen, milden, von angegrautem blonden Bart umrahmten Gesicht, saß bei Tisch. Er sieht viel weniger germanisch aus als seine Brüder, der Kanzler und der Oberst, der frühere Militärattaché in Wien. Die anderen Anwesenden sind: Des Kanzlers Adlatus, der Gesandte v. Flotow, ein feiner Kopf mit blondem Haar, und der deutsche Konsul Rechsteiner mit den Damen seiner Familie.

Fürst Bülow zeigt bei Tisch seine ganze muntere Lebendigkeit. Er scheint sich jedes alkoholischen Genusses zu enthalten. Er plaudert mit der alten Leichtigkeit. Geistreiche Worte und Jovialität würzen seine anmutende Mitteilsamkeit.

„Durchlaucht", sage ich, „fast hätte ich vergessen, Ihnen zu danken für das schöne Ostergeschenk, mit dem Sie mich von Berlin aus bedacht haben — den zweiten Band Ihrer Reden. Ich wünsche, daß noch viele Bände erscheinen mögen."

Der Fürst antwortete: „Ich glaube nicht, daß es so viele sein werden."

„Wird der Reichskanzler schweigsamer werden?"

Der Fürst lächelte und erwiderte: „Es ist besser, das Prophezeien zu lassen".

Dann sprach er eingehend über den Wert oder vielmehr den Unwert des Prophezeiens in der Politik in ungefähr folgender Weise: „Als Friedrich der Große im Jahre 1786 starb, hatte er gewiß keine Ahnung, daß drei Jahre nach ihm die große Revolution ausbrechen würde, und er ahnte sie nicht, trotzdem er mit jenen hohen französischen Geistern so viel zusammen gewesen war, die sie vorbereiten halfen. Und Napoleon I. wieder hat nicht voraussehen können, wie sehr seine die Weltkarte umgestaltende Politik den schlummernden Nationalgeist allerwärts aus seinen Tiefen aufrütteln würde. Hat Friedrich der Große ein Jena und Auerstädt, hat Napoleon I. ein Sedan auch nur zu ahnen vermocht?"

Die Rede kam auf den letzten römischen Aufenthalt des Fürsten und auf sein Besitztum, die Villa Malta.

Der Fürst bemerkte: „Die Villa hat eine alte Geschichte. Man bringt sie sogar mit den Namen Lucullus und Sallust in Zusammenhang".

„Ich war", meinte der Fürst lächelnd, „vielleicht prädestiniert, sie zu erwerben." Er zog seine goldene Taschenuhr heraus und bemerkte: „Ich trage seit 42 Jahren diese Uhr bei mir, auf deren Deckel Sie die Worte aus Sallusts Bellum Jugurthinum eingraviert sehen: „Animus humani generis rector agit atque habet cuncta neque ipse habetur". (Der Geist ist der Lenker des Menschengeschlechts; er ist Herr über alles und niemand ist Herr über ihn.)

„Ich nehme, Durchlaucht, an", erlaubte ich mir zu bemerken, „es werden, wenn Sie in Zukunft Ihre Erholung in der Villa Malta genießen, Sallustische Neigungen über Sie kommen, und Sie werden dort im Schatten der alten herrlichen Bäume einige Muße finden, von den Geschäften auszuruhen und die Geschichte niederzuschreiben, die Sie selbst erlebt haben."

Der Fürst erwiderte: „Sie meinen — ich werde meine Memoiren schreiben. Das will ich mir wohlweislich überlegen".

Und lächelnd äußerte er zu dem gegenübersitzenden Gesandten v. Flotow: „Sie sind der Personalreferent im Auswärtigen Amt. Wie wäre es, wenn Sie es sich von jedem eintretenden Diplomaten schriftlich geben ließen, daß er sich für den Fall, daß er jemals Memoiren veröffentliche, zu einem Reugeld von einer halben Million verpflichte?"

„Dann, Durchlaucht", meinte ich, „werden die Verleger eine ganze Million bezahlen."

„Ich glaube", entgegnete der Kanzler, „daß solche Honorare nicht häufig sein werden. Auch die Diplomaten kochen meist mit Wasser".

Der Fürst sagte darauf, er hätte bei seiner jüngsten Anwesenheit in Rom aus dem Munde Visconti-Venostas vernommen, daß Graf Nigra tatsächlich seine Memoiren verbrannt habe. Der Fürst erzählte das unter dem Ausdrucke des Bedauerns und rühmte die historisch sachliche Darstellung des verstorbenen, so sehr interessanten italienischen Diplomaten, den er persönlich gut gekannt habe.

Der Kanzler erzählte, daß Graf Nigra in der Zeit, als er Botschafter in Wien war, den Sommer auf dem Kahlenberg verbrachte, wo er oft mit ihm zusammengetroffen sei. Dort habe ihm Nigra ein Kapitel, „Villafranca" betitelt, aus seinen Aufzeichnungen vorgelesen, und nun versuchte der Kanzler aus dem Gedächtnisse dieses Kapitel zu rekonstruieren. Fürst Bülow erzählte über diese Aufzeichnungen Nigras:

„Nach den Siegen von Magenta und Solferino hatte Napoleon III. eine Unterredung mit Viktor Emanuel II., in welcher er sagte, Frankreich

könne an dem Feldzuge nicht weiter teilnehmen. Der König müßte sich mit der Lombardei begnügen und dem Gedanken, Venetien und andere Teile von Italien zu bekommen, entsagen. Als der König dies Cavour mitteilte, war dieser ganz verzweifelt. Es kam in dem Zelt des Königs zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung zwischen diesem und seinem Ministerpräsidenten. Cavour schlug in heftigster Aufwallung auf den Tisch, als der König die Ansicht aussprach, daß er nun, da Kaiser Napoleon den Krieg nicht fortsetzen wolle, so traurig dies auch sei, unter den von Napoleon gewünschten Bedingungen Frieden mit Österreich machen müßte. Cavour weigerte sich, länger Ministerpräsident zu sein, denn er glaubte die Verantwortung für einen Friedensschluß ohne Abtretung Venetiens nicht übernehmen zu können. Nun ließ der König den General Lamarmora rufen, um ihm die Ministerpräsidentschaft zu übertragen. Auch dieser sträubte sich und wollte, nachdem der König ihm die bevorstehende Demission Cavours mitgeteilt hatte, auch seinerseits eine Verantwortung, die der viel stärkere Cavour abgelehnt hatte, nicht auf sich laden.

Der König geriet in Zorn und rief aus, er finde wohl Minister, wenn es gelte, populäre Unternehmungen ins Werk zu setzen — wenn es sich aber um unvolkstümliche Notwendigkeiten handle, dann ließen ihn alle im Stich. Und dann setzte er Lamarmora vor die Tür....

Gleich darauf sagte der König zu Nigra, der sich in der Nähe Cavours im Hauptquartier aufhielt, jetzt, da es von rechts nicht mehr ginge, so wolle er es mit links versuchen. Und er berief nun Rattazzi."

Im Zusammenhange mit den Mitteilungen über die Vernichtung der Memoiren des Grafen Nigra erzählt Senator Blaserna, daß er in seiner Eigenschaft als Präsident der römischen Accademia dei Lincei den Grafen Nigra, der Mitglied dieser Körperschaft gewesen sei, aufgefordert hätte, er möge in der Akademie in einem Vortrage einen Abschnitt aus seinem reichbewegten Leben während des Zeitalters Napoleons III. erzählen. Nigra lehnte jedoch ab und begründete dies damit, daß bereits seine Veröffentlichung der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges vom Jahre 1870 in den Nuova Antologia das Mißfallen der Franzosen hervorgerufen hätte. Nigra hatte nämlich in jenem Artikel der „Nuova Antologia" erzählt, daß Rußland für den Fall, als Österreich-Ungarn und Italien als Verbündete an dem Kriege Frankreichs gegen Deutschland teilgenommen hätten, gedroht habe, sich zu Preußen zu schlagen. Rußland hätte somit im Jahre 1870 Deutschland einen großen Dienst erwiesen. Diese Mitteilung Nigras über die Politik des jetzigen Verbündeten Frankreichs im Kriege von 1870 wurde begreiflicherweise in Paris unwillig aufgenommen.

Fürst Bülow sagte hierbei, er habe öfter bemerkt, daß gerade die Diplomaten sehr empfindlich gegen jede Preßkritik wären. Das käme daher, daß die Diplomaten ein beschauliches und behagliches Leben führten, wo jede Kritik sie störe und verletze wie das Rosenblatt den Sybariten. Auf der harten Pritsche der inneren Politik gewöhne man sich solche Empfindlichkeit bald ab und erwerbe jene dickere Haut, die für einen Politiker unentbehrlich sei.

Ich erzählte, daß Graf Nigra mir ungefähr ein Jahr vor seinem Tode in einem Briefe seine Bedenken geäußert hätte, seine Memoiren zu veröffentlichen, und dabei an ein Wort Emile Girardins erinnerte, der gesagt habe, das Studium der Geschichte sei zu nichts gut, denn weder Menschen noch Völker wollen von den anderen etwas lernen, vielmehr wolle ein jeder Mensch und ein jedes Volk seine eigenen Erfahrungen von vorne anfangen.

Fürst Bülow meinte, diesen Gedanken habe Girardin dem deutschen Philosophen Hegel entlehnt, der auch gesagt hätte, die Völker lernten gar nichts aus der Geschichte.

Im Verlaufe des Gespräches gab ich meiner Bewunderung für das glänzende Gedächtnis des Reichskanzlers Ausdruck, denn er zitierte mit seltener Leichtigkeit Stellen aus klassischen Autoren des Altertums. „Durchlaucht", fügte ich hinzu, „Ihre Tätigkeit als Minister hindert Sie wohl, Ihre schöne Bibliothek so häufig benützen zu können wie früher. Sie kommen doch wohl als Reichskanzler und von Geschäften erdrückt kaum dazu, noch ein Buch zu lesen — dagegen mögen Sie wohl viel Zeitungen lesen".

Der Fürst erwiderte: „Sie irren. Ich hole mir, wenn möglich, jeden Tag ein gutes Buch aus meiner Bibliothek hervor und rette mich für ein Stündchen aus der Flucht der Erscheinungen in das Ewige des Geistes hinüber. Ich lese allerdings auch viele Zeitungen. Ein Staatsmann muß mit der öffentlichen Meinung rechnen, weiß auch gerechte Kritik zu würdigen. Ich halte die Presse in der Tat für eine große Macht und empfehle ihr, wie es jeder ernsten Macht geziemt, einen maßvollen Gebrauch ihres Einflusses".

Der Kanzler verbeugte sich lächelnd und sagte: „Die Presse ist ja die sechste Großmacht".

„Durchlaucht", bemerkte ich scherzend, „wir sind die neunte Großmacht."

Der Fürst zählte: „Frankreich, England, Rußland, Österreich-Ungarn, Italien, Deutschland, Amerika, Japan — Presse ... Ja, ja", sagte er, „Sie haben recht, die neunte Großmacht".

„Dabei, Durchlaucht, sollte es aber bleiben — — oder sollten wir durch Entstehung einer neuen Großmacht einmal gar zum zehnten Rang degradiert werden?"

Der Fürst schwieg. Er wollte nicht prophezeien.

Der Fürst kam auf seinen letzten Aufenthalt in Wien und sprach mit Bewunderung über die Entwicklung der schönen Stadt, die ihm von jüngeren Tagen her so lieb geblieben sei. Dann sagte er vom Kaiser Franz Josef: „Ein seltenes Jubiläum steht dem Kaiser bevor, und damit im Zusammenhang das Erscheinen der deutschen Bundesfürsten vor dem ehrwürdigen Monarchen. Die Person des Kaisers Franz Josef hat sich zu einem Begriff verdichtet — zum Begriff der unbedingten Pflichttreue. Er ist ein Fels, auf dessen Beständigkeit Monarchen und Völker vertrauen".

„Der alte Kaiser ist sogar in Italien populär geworden", meinte Senator Blaserna.

Auf die Frage, ob der Kanzler nicht denn doch wagen würde, zu prophezeien, ob sich die Zukunft der Völker auf Grundlage noch wachsenden nationalen Fühlens oder in mehr humaner Richtung entwickeln würde, meinte der Fürst:

„Man ist jetzt überall national gestimmt. Ein Staatsmann darf nichts gegen das nationale Gefühl tun."

Und dann fuhr er fort: „Heutigen Tages sind es überall Parlament und Presse, die leicht in nationale Erregung kommen, und die Staatsmänner müssen oft bremsen. Die Zeit ist dahin, in der vielleicht die Launen der einzelnen Kriege hervorrufen konnten. Heute werden die Kriege aus der öffentlichen Meinung heraus geboren, und die Staatsmänner müssen allerwärts dämpfen, nicht schüren. In unserer Zeit können Parlament und Presse auf die Beziehungen zwischen den Völkern einen sehr schädlichen, aber auch einen sehr wohltätigen Einfluß ausüben".

Als ich dem Kanzler mein Befremden darüber ausdrückte, daß er, trotz seiner bekannten Bewunderung für Schopenhauer, nach außen hin den Eindruck hervorrufe, ein Optimist zu sein, meinte er: „Man kann mit einer in der Theorie pessimistischen Weltanschauung in der Praxis ein optimistisches Temperament vereinigen. Das rühmt ja Jakob Burckhardt den alten Griechen als einen besonderen Vorzug nach."[1])

---

[1]) Dazu sei noch folgende Eintragung des Reichskanzlers in das Erinnerungsalbum verzeichnet, das aus Anlaß der Herausgabe der 5000. Nummer von Reclams Universalbibliothek dem Verleger H. H. Reclam gestiftet wurde. Fürst Bülow schrieb da ein: „Mein Optimismus ist nichts anderes als Vertrauen in den guten Geist des deutschen Volkes. Bülow."

Man sprach von Venedig und von Gräfin Annina Morosini — der schönen Frau, die Kaiser Wilhelm in früheren Jahren besucht hatte. Ich glaubte, daß der Fürst sie nicht kenne, und dieser meinte scherzend: „Sie unterschätzen meine Kultur. Das wäre so, wie wenn man in Venedig gewesen wäre und die Markuskirche nicht gesehen hätte. Das wäre ja ein crimen laesae Venetiae, ungefähr dem gleich, wie wenn ein Zeitgenosse Katharina Cornaros nach der Lagunenstadt gekommen wäre und diese berühmte Frau nicht zu Gesichte bekommen hätte."

Dann sprach der Fürst ein Wort zum Lobe der strahlenden Augen der Gräfin Morosini: „Das sind, meine ich, Augen, wie sie Homer mit dem Ausdrucke γλαυκῶπις bezeichnet hat".

Das Gespräch wandte sich hierauf den früheren Zeiten Venedigs zu. Der Fürst erinnerte an Rousseau und sprach davon, wie der berühmte Jean Jacques einstmals in der Lagunenstadt als Sekretär des französischen Gesandten bei der Republik Venedig fungiert habe: „Damals war er verurteilt, die Berichte seines Chefs zu kopieren. Von dieser, für einen so glänzenden Geist etwas langweiligen Beschäftigung suchte er sich zu erholen, indem er einer jungen Venetianerin den Hof machte. Er scheint das nicht ganz geschickt angepackt zu haben und ermüdete seine Donnina durch seine ernsten, zu wissenschaftlichen Gespräche, bis diese ihm eines Tages sagte: „Signore mio, lasciate le donne e studiate la matematica". (Mein Herr, lassen Sie die Frauen sein und studieren Sie Mathematik.)

Und dann meinte der Fürst: „Bei der kleinen Venetianerin muß das nicht wundernehmen. In viel höheren Sphären kommt es vor, daß die Frau für den in den höchsten Problemen schwelgenden Gatten gar kein Verständnis hat. Napoleon I. schrieb von den italienischen Schlachtfeldern zwischen Arcole und Rivoli an seine Josephine die glühendsten Liebesbriefe — Briefe, die erst jüngst wieder gesammelt erschienen sind. Josephine ließ die Briefe herumliegen, und als einer ihrer Besucher einen der Briefe las und sein Erstaunen über die Intensität der darin ausgedrückten Gefühle aussprach, meinte sie ganz kühl: „Oui, il est bien drôle, Bonaparte".

Bei einer Gondelfahrt knüpft Senator Blaserna, ein berühmter Physiker, an jenes Wort der kleinen Venetianerin an: „Studiate la matematica" und rühmt einen Ausspruch des Philosophen und Staatsmannes Vincenzo Gioberti, der sowohl in der Philosophie wie in der Politik so vielen Schwätzern zu begegnen Gelegenheit hatte. Gioberti sagte: „Benedette le matematiche, perchè non hanno dilettanti". (Gesegnet sei die Mathematik, denn sie hat keine Dilettanten.)

Dabei erzählt Blaserna, daß er jüngst in Rom einem internationalen Kongreß von Mathematikern präsidiert habe, an dem 800 Gelehrte aus allen Weltgegenden teilgenommen, und alles sei sehr gut, ohne die geringste Störung, von statten gegangen. „Ich präsidiere", sagt er, „lieber einem Kongreß von 1000 Mathematikern als einer Versammlung von 10 Künstlern, denn von den letzteren gilt das Wort: „Quot capita, tot sensus".

Blaserna äußerte sich mit viel Sympathie über einige Wiener Gelehrte, insbesondere über seine Alters- und Fachgenossen Lang und Lieben, mit denen ihn eine fünfzigjährige Freundschaft verknüpft. Blaserna ist Österreicher, Küstenländer, von Geburt, geboren in Aquileja, wo noch seine Schwester lebt, und war ehemals Assistent des Physikers Ettinghausen in Wien. Von Rom her, wo Fürst Bülow Botschafter am Quirinal war, verknüpft ihn eine alte Freundschaft mit dem Reichskanzlerpaar, zu dessen Intimen er gehört.

Ich bemerkte im Verlaufe des Gespräches mit dem Reichskanzler, daß sich hervorragende Männer gerne nach Venedig flüchten, um da auszuruhen. „Wissen Sie, Fürst, daß der Kapitän Dreyfus und Gabriele d'Annunzio, der eine in dem dem Ihren benachbarten, der andere in Ihrem eigenen Hotel wohnen?"

Der Kanzler meinte nun: „Voltaire läßt — ich glaube in seinem „Candide" — bei einem Symposion in Venedig die Entthronten aller Nationen zusammentreffen: den König Theodor von Korsika, einen Stuart, den König Stanislaus Leszczynski von Polen usw. Jetzt sind es nicht mehr entthronte Könige, sondern die Primadonnen der großen Öffentlichkeit, die sich vor dem Lärm der Großstädte in eine sanft dahingleitende Gondel flüchten".

Ich fragte den Kanzler, welche Eindrücke er jüngst in Rom bekommen. Er sagte, daß er sechs Jahre nicht mehr dort gewesen, aber gefunden habe, daß die Stadt ziemlich unverändert sei. „Den Papst jedoch", meinte der Fürst, „habe ich zum erstenmal gesehen. Er hat einen vortrefflichen Eindruck auf mich gemacht. Er scheint nicht nur ein reiches und tiefes Gemüt zu besitzen, sondern er ist auch ein kluger Mann. Diejenigen unterschätzen ihn, die ihn nur als den guten, wackeren Pfarrer hinstellen, was zu sein übrigens auch ein Vorzug ist."

Die Unterredung zwischen dem Papst und dem Kanzler hat in italienischer Sprache stattgefunden.

Mit großer Achtung sprach der Kanzler von der hohen Intelligenz des Königs Viktor Emanuel: „Der König flößt dem Lande ein stets wachsendes Vertrauen ein".

Wiederholt kam die Rede auf die Villa Malta, den nunmehrigen römischen Besitz des Fürsten. Der Reichskanzler sagte: „Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß in der Villa noch vieles einzurichten wäre. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Es ist so, wie wenn man sagte, daß dieser gedeckte Tisch, an dem wir da sitzen, noch gedeckt werden müßte. Ich habe die Villa Malta aufs beste eingerichtet vorgefunden. Graf Bobrinski, der bisherige Eigentümer, hat sie aufs vollkommenste ausgestattet. Es bleibt uns nichts mehr zu tun übrig".

Ich fragte den Fürsten, ob ihm die Villa von den Tagen her, da er Botschafter in Rom war, vertraut sei. Der Fürst sagte, er wäre nur des Abends beim Grafen Bobrinski einigemal zu Tisch gewesen, aber die Fürstin hätte die Villa genauer gekannt.

Der Fürst legt offenbar Wert darauf, in ein Haus einzuziehen, in welchem einstmals so manche große Deutsche ein- und ausgegangen sind. Der Fürst schilderte die Schönheit der Villa Malta mit ihren vielen Rosenarten, die der russische Graf Bobrinski, ein Rosenzüchter ersten Ranges, dort gepflanzt hat. „In Villa Malta wächst in dichten Gebüschen der Lorbeer und ragen die Palmen stolz in die Lüfte."

Der Fürst bemerkte: „Goethe hat die Villa anläßlich seines ersten italienischen Aufenthaltes im Jahre 1788 besucht — ein Jahr später verbrachte Herder in der Umgebung der Herzogin Amalie von Weimar den Frühling dort. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts beherbergte diese einstige Sommerresidenz der Malteserritter auch die bekannte Verfasserin des „Römischen Lebens", Friederike Brun, mit ihrer Tochter, der Gräfin Bombelles. Bald nach ihr etablierte sich dort Wilhelm von Humboldt, der als preußischer Gesandter in Rom fünf Jahre in der Villa Malta lebte und hier auch seinen Bruder Alexander bei sich zu Gaste sah, als dieser von seiner südamerikanischen Forschungsreise zurückkehrte. Thorwaldsen, Canova und auch die in der Nachbarschaft der Villa wohnende Angelica Kauffmann waren gern gesehene Gäste Wilhelm v. Humboldts. Im Jahre 1827 wurde Kronprinz Ludwig von Bayern Besitzer der Villa und sein Haus zum Sammelpunkt der hervorragendsten Künstler. Auch als König kam er zuweilen hin und noch häufiger, nachdem er dem Thron entsagt hatte."

Ich fragte den Fürsten, wann er sein neues Heim wieder besuchen würde, und er antwortete: „Voraussichtlich im nächsten Frühling."

„Und werden Durchlaucht zuweilen auch den Herbst dort zubringen?"

Der Fürst: „Das wird von den Geschäften abhängen".

In seiner „Italienischen Reise" erzählt Goethe, daß er vor seinem ersten Abschied von Rom im April 1788 einem römischen Freunde Dattel-

pflanzen übergeben habe, der sie in einen Garten der Via Sistina versetzte, „wo sie noch am Leben sind, und zwar bis zur Manneshöhe herangewachsen“. An diese Mitteilung schließt Goethe den Wunsch: „Mögen sie den Besitzern nicht unbequem werden und fernerhin zu meinem Andenken grünen, wachsen und gedeihen.“

Jener Garten der Via Sistina ist, wie Gregorovius dies in einer schönen Abhandlung darlegt, der Garten der Villa Malta. Besitzer der Villa Malta sind nun Fürst und Fürstin Bülow geworden. Wir wünschen dem deutschen Staatsmanne und seiner Gemahlin, der Italienerin, die in deutschem Leben und Empfinden so ganz aufgeht, daß sie sich noch lange der Villa Malta und des Grünens, Wachsens und Gedeihens der Goethe-Palme freuen mögen.

XLII. Beglückwünschung des Staatssekretärs Dr. Nieberding.

Am 4. Mai 1908 feierte der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Wirkl. Geh. Rat Dr. Nieberding, seinen 70. Geburtstag. Der Reichskanzler sandte ihm zu diesem Feste aus Venedig folgendes Glückwunschtelegramm [1]):

Am heutigen Tage, der Sie über die Schwelle des achten Jahrzehntes Ihres Lebens führt, ist es mir ein Bedürfnis, Euerer Exzellenz meinen herzlichen Glückwunsch auszusprechen. Die 15 Jahre Ihrer Tätigkeit als Staatssekretär, die unserem Volke die Einheit seines bürgerlichen Rechtes brachten, gehören zu den fruchtbarsten der deutschen Rechtsgeschichte. Ich betrachte es als eine glückliche Fügung, daß in dieser für die Entwicklung des deutschen Rechtes entscheidenden Zeit in Euerer Exzellenz ein Mann an der Spitze der Reichsjustizverwaltung stand, der den schwierigen Aufgaben seines Amtes voll gewachsen war und sich durch aufopfernde, erfolgreiche Arbeit um sein Vaterland hohe Verdienste erworben hat.

Bülow.

XLIII. Krebsforschung.

Am 25. Mai 1908 empfing der Reichskanzler die Vorstandsmitglieder der kurz vorher begründeten „Internationalen Vereinigung für Krebsforschung“, die unter Führung des Ehrenpräsidenten der Vereinigung, Exzellenz v. Leyden, von der Begründung der neuen Organisation Meldung machten. Der Reichskanzler gab seinem Dank für die ihm

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung“ 8. Mai 1908.

erwiesene Aufmerksamkeit Ausdruck und betonte sein Interesse und seine hohe Achtung für den ärztlichen Stand, dessen Leistungen und Verdienste nicht nur auf fachwissenschaftlichem, sondern auch auf sozialpolitischem Gebiete lägen. Er äußerte seine Freude, daß die Vertreter vieler Kulturvölker sich vereinigt hätten, um eine Krankheit zu bekämpfen, die eine schwere Geißel der Menschheit sei, die viele Leiden und viele Tränen verursacht habe und noch verursache.

„Ich freue mich Ihrer Vereinigung," so fuhr der Kanzler fort, „weil ich jeden Schritt begrüße, der die gebildeten Nationen zu gemeinsamer Arbeit verbindet; weil gerade diese Ihre spezielle Arbeit von hoher Bedeutung ist; weil ich hoffe, daß durch Ihren Zusammenschluß Ihr Arbeitsfeld vergrößert und Ihre Kraft erhöht werden wird. Ich wünsche Ihrer Vereinigung und Ihren Bestrebungen reichen Erfolg."

XLIV. Zum Tode des Generalfeldmarschalls von Loë.

Der Reichskanzler richtete an die Witwe des am 6. Juli 1908 verstorbenen Generalfeldmarschalls Freiherrn v. Loë nachstehendes Beileidstelegramm:[1])

Die Nachricht von dem Heimgang Ihres hochverehrten Mannes hat mich tief bewegt. Der Name des verewigten Feldmarschalls wird unvergänglich fortleben in der preußischen und in der deutschen Geschichte. Er war ein Ritter ohne Furcht und Tadel, treu Gott, König und Vaterland. Sein Patriotismus kannte keine Schranken. Er verkörperte die unlösbare Zusammengehörigkeit der Rheinlande mit der Monarchie. Persönlich werde ich dem teueren Entschlafenen, der mir seit dem großen Kriege in allen Lebenslagen ein väterlicher Freund war, immer das dankbarste und liebevollste Andenken bewahren. Meine Frau schließt sich meinen Empfindungen von Herzen an.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

XLV. Zeppelin.

Auf die Nachricht von dem Unfall des Zeppelinschen Luftschiffes bei Echterdingen telegraphierte Fürst Bülow dem Grafen unter dem 5. August 1908 aus Norderney:

Soeben erreicht mich die Nachricht von der Vernichtung Ihres Luftschiffes. Wer sein Leben an eine große Idee setzt, den können solche Schläge

[1]) „Kreuz-Zeitung" 7. Juli 1908.

nicht entmutigen. Die Erfahrungen bei diesem Unglück werden Sie Ihrem Ziel nur näher bringen. Ich werde Ihre weiteren Arbeiten mit aller Kraft unterstützen.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Schon vorher hatte er Zeppelin zum 70. Geburtstage wie folgt gratuliert:

Euerer Exzellenz sende ich zu Ihrem 70. Geburtstage meinen herzlichsten Glückwunsch. Möge Ihnen noch lange die kühne Tatkraft erhalten bleiben, auf deren Erfolge ganz Deutschland mit Stolz blickt.

Bülow.

XLVI. Tod des Wirkl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus.

Beim Ableben des Chefs des Zivilkabinetts, Wirkl. Geh. Rats Dr. v. Lucanus, richtete Fürst v. Bülow an den Rittmeister v. Lucanus das nachstehende Telegramm[1]):

Die Nachricht von dem Heimgange Ihres Herrn Vaters hat mich tief bewegt. Seine Majestät der Kaiser verliert in Ihrem Vater einen wahrhaften, 20 Jahre und oft unter schwierigen Verhältnissen treu bewährten Diener, das Land einen Beamten von altpreußischer und vorbildlicher Pflichttreue, Arbeitskraft und Schlichtheit. Ich selbst werde in dankbarem Andenken bewahren, daß der Verewigte mir während meiner Amtstätigkeit stets mit Wohlwollen und einsichtigem Rat zur Seite gestanden hat.

XLVII. Heimarbeit.

An Fräulein Margarete Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands, in Berlin:

Norderney, den 19. August 1908.

Sehr geehrtes Fräulein!

Für Ihr freundliches Schreiben vom 6. d. M. und für die Übersendung der letzten 8 Nummern der Monatsschrift „Die Heimarbeiterin" sowie der beiden Sonderdrucke sage ich Ihnen besten Dank.

Aus den mitgeteilten Nummern Ihres Verbandsorgans habe ich auch diesmal wieder zu meiner Freude ersehen, wie nachdrücklich und umsichtig der Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands sich bemüht, auf

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung" 5. August 1908.

gesetzlichem Wege eine Besserung der Lage der Heimarbeiterinnen zu erreichen.

Die in Ihrem Schreiben erwähnte englische Heimarbeitergesetzgebung verfolge ich mit Interesse und werde insbesondere in der ebenso wichtigen wie schwierigen Lohnfrage daraus gern diejenigen Anregungen entnehmen, die sich nach Lage der Sache für die deutschen Verhältnisse ergeben. Immerhin scheinen mir die in letzter Zeit im englischen Unterhause behandelten Vorschläge zur Regelung der Löhne in der Hausarbeit, soweit ich unterrichtet bin, vorerst auf einen Versuch für ein Teilgebiet der Hausarbeit hinauszulaufen. Die Erfahrungen, die man in England mit einem solchen Versuche machen wird, dürften einen beachtenswerten Anhalt für die weitere Behandlung dieser Frage auch in Deutschland bieten. Zunächst hoffe und glaube ich, daß der dem Reichstag zurzeit vorliegende Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, mit seinen neuen Vorschriften über „Hausarbeit" (Titel VII a) den Weg bahnen wird, die größten Mißstände auf dem Gebiete der Heimarbeit zu beseitigen.

Bei dem im Werke befindlichen Umbau der Arbeiterversicherung wird auch die Frage geprüft, inwieweit und auf welchem Wege eine Ausdehnung dieser Versicherung, insbesondere der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter nach deren besonderen Verhältnissen durchführbar ist.

Im übrigen seien Sie versichert, liebes Fräulein, daß ich nach wie vor den Bedürfnissen der Heimarbeit meine warme Anteilnahme und volle Aufmerksamkeit zuwende und fortgesetzt bereit bin, zur Abstellung der Schäden, die sich in Deutschland infolge der Heimarbeit zeigen, alle angängigen Maßnahmen den gesetzgebenden Faktoren des Reichs vorzuschlagen. Es wird jedoch geboten sein, auf diesem Gebiete der Sozialpolitik vorsichtig vorzugehen, schon um nicht die Heimarbeit selbst, auch da, wo sie volkswirtschaftlich gerechtfertigt erscheint, zum Schaden der in ihr Beschäftigten lahmzulegen.

In vorzüglichster Hochachtung bin ich

Ihr aufrichtig ergebener

(gez.) Bülow.

XLVIII. Tod des Freiherrn Speck v. Sternburg.

Beim Tode des deutschen Botschafters in Washington, Freiherrn Speck v. Sternburg, ging seitens des Reichskanzlers der Witwe des Botschafters folgende Kondolenzdepesche zu [1]):

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung" 26. August 1908.

Gestatten Sie mir, Ihnen meine aufrichtigste Teilnahme beim Hinscheiden Ihres Gatten auszusprechen. Die großen Dienste, die der Verstorbene dem Vaterlande geleistet hat, werden ebenso unvergessen bleiben, wie die bewunderungswürdige Energie, mit der er trotz schwerer Erkrankung seine letzten Kräfte dem kaiserlichen Dienste gewidmet hat.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

XLIX. Besuch von Sigmund Münz.

Während seines Aufenthalts in Norderney im September 1908 empfing der Reichskanzler wiederum den österreichischen Schriftsteller Sigmund Münz. Seine Berichte darüber veröffentlichte dieser in der „Neuen Freien Presse" vom 13. und 20. September 1908; sie werden hier im Wortlaut wiedergegeben.

Norderney, im September.

Das Fürstenpaar hatte den rumänischen Ministerpräsidenten Sturdza, der zum Besuche des Reichskanzlers angelangt war, zu Tisch geladen. Die anderen Herren, die gleich mir als Gäste an der Tafel saßen, waren Herr v. Müller, deutscher Gesandter im Haag, ein alter Vertrauter des Reichskanzlerpaares, Hauptmann v. Schwartzkoppen, der Adjutant des Fürsten Bülow.

Der Fürst wohnt in einer der beiden gräflich Wedelschen Villen am Strand. Draußen geht es heute recht stürmisch her. Es ist, als ob Aeolus alle seine Schläuche geöffnet hätte. Es gibt eine tolle Jagd von Windgöttern, die von der See her über den Strand hinweg ihren Weg nach den Dünen nehmen. Das schmucklose, einfache, graue Haus ist wie eine von brandendem Gischt umwogte Arche.

Der nicht große Salon, in welchem sich die Gäste vor Tische versammeln, verrät in allen Ecken und Enden den Geschmack der Hausfrau. Ein Bechstein-Flügel steht im Hintergrunde. Auf einem mit purpurner Decke belegten Tisch sehen wir Partituren von Wagner, Beethoven, Liszt, Schumann, Chopin, Grieg, Tschaikowsky. Der berühmte russische Pianist Sapellnikow verbringt hier als Gast des Kanzlerpaares den Sommer und musiziert viel mit der Fürstin, namentlich auf zwei Klavieren. Sie kann sich hier noch viel mehr als in Berlin, wo sie von gesellschaftlichen Pflichten zu sehr absorbiert ist, ihren musikalischen Neigungen hingeben, und der Musik und Literatur widmet sie die Zeit der Ruhe. Alte und neue Literatur liegt auf

dem Tisch. Wir werfen einen flüchtigen Blick auf die Sommerlektüre von Norderney. Sie zeigt neben Goethe und Schopenhauer, die nie fehlen, einen starken österreichischen Einschlag. Die schöne Wiener Zeit der Fürstin kommt also zu ihrem Rechte. Der Tiroler Hermann Gilm und die Wiener Volksmuse in Gestalt Nestroys und Raimunds bilden einen Teil der Lektüre in diesem Sommer. Dazu die altpreußischen Memoiren des Herrn von der Marwitz, ein Buch Oswald Baers über die anmutsvolle Prinzessin Elisa Radziwill, Jakob Wassermanns Roman „Kaspar Hauser". Zwischen Büchern und Partituren verstreut blühen aus Vasen schöne Blumen, Dahlien und Georginen, Gladiolen, Rosen, Tulpen und Nelken.

Die Wände sind mit lauter alten, zum Teil etwas vergilbten Stichen bedeckt. Sie mögen wohl zum altererbten Hausrat des Besitzers der Villa des Grafen Wedel gehören.

Alle Gäste haben sich bereits eingefunden, als die Fürstin erscheint. Die Nordsee tut ihr auffallend gut. Sie sieht blühend aus. Mit sprühender Lebhaftigkeit geht sie vor allem auf den Minister Sturdza zu. Der rumänische Ministerpräsident ist ein alter Freund des Hauses von der Zeit her, da Herr v. Bülow von 1888 bis 1894 als Gesandter in Bukarest wirkte und damals auch Kollege des Grafen Goluchowski war. Herr von Sturdza hat etwas Sinnendes, Bedächtiges und doch auch Energisches in seinem kräftigen Kopfe, der auf einem kaum mittelgroßen Körper sitzt. Bart und Haar sind schneeweiß, das linke Auge blickt etwas müde und wie hinter einem Schleier hervor. Der anwesende Gesandte v. Müller — Diplomat von Beruf und Musiker aus Neigung, insbesondere begeisterter Brahms-Verehrer, und Literaturfreund — ist ein Mann in den sogenannten besten Jahren, vielgewandert, und weiß mancherlei zu erzählen. Hauptmann v. Schwartzkoppen, ein junger, frischer Mann von sehr urbanen Formen, unterstützt den Kanzler in den Aufgaben der Repräsentation und ist auch sein ständiger Begleiter auf seinen regelmäßigen langen Ritten durch den Tiergarten in Berlin und durch die Dünen in Norderney.

Der Fürst kommt als letzter von allen. Die Arbeit hält ihn dermaßen auch hier in Norderney gefangen, daß er bisweilen Mühe hat, sich pünktlich zu den Mahlzeiten einzufinden.

Auch der Fürst sieht blühend aus. Die Wangen sind rosig gefärbt. In die Stirne haben allerdings die staatsmännischen Sorgen des letzten Dezenniums einige Falten gegraben.

Es geht zu Tische. Herr von Sturdza führt die Fürstin. Es wird bei Tische von allerhand gesprochen. Die Politik bleibt von den Gesprächen bei Tisch so gut wie ausgeschaltet. Der Fürst kann allerdings nicht umhin,

an die Adresse seines alten Freundes Sturdza das Kompliment zu richten, daß er einer der arbeitsamsten Menschen auf Erden, ein gewiegter Finanzpolitiker und dazu noch Geschichtsforscher sei.

Der Fürst fragt Herrn Sturdza, wieviel das Tabakmonopol in Rumänien für den Staat abwerfe, und dieser erwidert: „Dreißig Millionen".

Der Kanzler macht darauf die Bemerkung: „Man muß es tief bedauern, daß Fürst Bismarck, der es so gern gewollt hätte, nicht im Stande war, das Tabakmonopol durchzusetzen. Sicher wäre in Deutschland dem Staate daraus eine Einnahme von vier- bis fünfhundert Millionen erwachsen. Wie viele gute Sachen hätten sich mit diesem Gelde für Deutschland machen lassen. Eine solche Summe scheint mir nicht zu hoch gegriffen. In Frankreich bringt das Tabakmonopol wohl dreihundert Millionen. Aber Frankreich hat keine so starke Bevölkerung, dazu raucht der Franzose nicht so viel wie der Deutsche; dann ist er ja, was ihm übrigens zum höchsten Lobe gereicht, sparsamer als der Deutsche."

Sturdza erzählt, daß er einmal dem Fürsten Bismarck einen längeren Vortrag über das Tabakmonopol gehalten habe. Er preist es als eine Gunst des Schicksals, daß er so oft im Leben mit dem Fürsten Bismarck zusammengetroffen sei. „Je mehr wir uns", bemerkt Sturdza, „von Bismarck zeitlich entfernen, desto größer muß er uns erscheinen. Seinem Andenken kann es nur nützen, wenn er, dem Gesichtskreise der Zeitgenossen entrückt, der geschichtlichen Vergangenheit zusteuert. Er wird immer größer."

Und dann fügt Sturdza in Abwesenheit des Fürsten Bülow hinzu: „Auch dem verehrten Hausherrn, dem dritten Nachfolger des Fürsten Bismarck, kann das Zeugnis nicht vorenthalten werden, daß er ein sehr kluger Staatsmann ist und im Geiste seines großen Vorgängers die Geschicke Deutschlands und auch die internationale Politik führt. Wir sind alte Freunde und es gereicht mir zur Genugtuung, schon in seiner Bukarester Zeit vor zwei Jahrzehnten erkannt zu haben, was in ihm steckt."

Später bemerkte Fürst Bülow, auf das Tabakmonopol zurückkommend, daß, wenn Fürst Bismarck damals nicht mit dem Tabakmonopol gescheitert wäre, man sich heute nicht den Kopf zerbrechen würde, auf welchem Wege neue Steuern für Deutschland zu beschaffen wären. „Aber", fügte er hinzu, „gegen Torheit kämpft sogar ein Bismarck vergebens.... Ich glaube in der Tat, daß es selten die Schlechtigkeit, sondern fast immer die Torheit der Menschen ist, die das Gute verhindert."

Zu harmloseren Dingen schwenkte das Gespräch hinüber. Der Fürst rühmte die Ausdauer seines Hans. So heißt eines der drei Pferde, die der Fürst gewöhnlich hier reitet. Den neben ihm sitzenden Hauptmann von

Schwartzkoppen fragte er, wievielmal im Laufe der Jahre wohl der braune Wallach schon um die Insel Norderney herum gegangen wäre. Herr von Schwartzkoppen berechnete. „An die dreihundertmal.“ Der Fürst richtet es so ein, daß er seine Ritte immer zur Ebbezeit macht. Dann hat er eben eine größere Sandfläche längs des Meeres zu seiner Verfügung.

Der Fürst brachte die Eventualität der drohenden Dienstuntauglichkeit des vielverdienten Hans in Erwägung. „Der Gedanke ist traurig,“ bemerkte die Fürstin, „daß Hans etwa verkauft und in Zukunft eingespannt werden soll. Ich meine, es wäre edler, ihn in den wohlverdienten Ruhestand zu versetzen oder selbst schmerzlos zu töten“.

„Darüber“, meinte der Fürst, „müßte Hans selbst befragt werden. Vielleicht klammert er sich doch so sehr an das Leben, daß er das Hinabsteigen in eine niedrigere Gesellschaftsschicht dem Tod vorzieht.“

Die Fürstin bemerkte, der Fürst bewege sich außer zu Pferde in Berlin wenig außer Hause. Ihre Spaziergänge machten er wie sie größtenteils im Kanzlergarten, der einen so alten Baumbestand hätte, daß man sich nichts Schöneres wünschen könnte. Sie selbst habe im Park auch einen Blumengarten angelegt und sei nun mit Leidenschaft Blumenzüchterin. „Mein Mann“, bemerkte sie scherzhaft, „macht jetzt nur dreierlei Fahrten in Berlin: zum Schloß, zum Reichstag, zum Potsdamer Bahnhof.“

Ich frage die Fürstin, ob sie für die Zukunft einen regelmäßigen alljährlichen Aufenthalt in Villa Malta in Rom, ihrem neuen Besitztum, in Aussicht nehme, und sie erwidert: „Solange mein Mann Reichskanzler ist, kann wohl nicht ernstlich daran gedacht werden. Ein römischer Aufenthalt wäre für ihn keine Erholung. Wir sind ja jetzt dort noch mehr mit gesellschaftlichen Engagements überbürdet als in der Zeit, da wir im Palazzo Caffarelli wohnten. Der Botschafter am Quirinal konnte nur mit der sogenannten weißen Gesellschaft verkehren. Der Reichskanzler darf die weiße und die schwarze Gesellschaft pflegen — also Dejeuners und Diners auf beiden Seiten ohne Ende.“

Die Rede kam auf den letzten Osterausflug des Reichskanzlerpaares nach Rom. Der Fürst erzählte, welch günstigen Eindruck ihm der Papst gemacht, der ein sehr einnehmendes, würdiges und kluges Wesen habe. Herr Sturdza, der den Papst auch kennt, stimmte dem Kanzler bei.

Die Fürstin hatte den Kanzler nach dem Vatikan begleitet und schilderte die ihr unvergeßlichen Eindrücke, die sie dort gewonnen. Wie sie zwischen zwei feierlich schweigsamen Monsignori durch lange Gänge geführt wurde, wo es von den Schritten der Besucher widerhallte. Dann gab es ein kurzes Warten in der schönen päpstlichen Anticamera, und dann stand man vor dem

in weißer Soutane erscheinenden Papst, worauf sich die Monsignori wieder feierlich schweigend zurückzogen.... Der Papst war sehr gütig und beneidete das Fürstenpaar darum, daß es den Osterausflug nach seiner vielgeliebten Lagunenstadt unternehmen konnte. Er wünschte seinen Besuchern einen glücklichen Aufenthalt in Venedig und fügte scherzhaft hinzu: „Und seien Sie dort vorsichtig, damit Sie kein Automobil überfahre." Sehr schön schilderte der Papst auch seine langen Spaziergänge in früher sommerlicher Morgenstunde am Lido.

„Und all das", bemerkt die Fürstin, „sprach er mit einer an Orgelklang erinnernden volltönenden Stimme."

Herr Sturdza brachte die Rede auf die berühmte Benediktinerabtei von Montecassino mit ihren herrlichen Bücherschätzen, an deren Anblick sich sein der Gelehrsamkeit ergebenes Wesen tagelang gelabt hat. Das Gespräch kam auf die Klöster überhaupt. Der Kanzler rühmte die Benediktiner als Träger der Kultur in alten Zeiten und als edle und milde Priester auch noch in unseren Tagen.

Von Montecassino lenkte die Rede zu anderen Teilen Italiens hinüber. Die Fürstin bemerkte, nichts ginge ihr über Rom und über einige am Meer gelegene Punkte Italiens. Dann schilderte sie den so völlig verschiedenen Anblick, den Strand und Dünen in Norderney bieten und der so recht und ebenso sehr zu ihrem, nun so ganz deutsch gewordenen Gemüte spreche. Sie freute sich, daß die Gärtner nun immer mehr Terrain den hiesigen Dünen abgewinnen, um Blumengärten anzulegen. Der Tisch war mit einer Lieblingsblume des Kanzlers, Heliotrop, bestreut.

Im Salon wurde der Kaffee genommen. Bald sagte der Kanzler: „Herrn Sturdza muß ich meinen Gästen entführen." Sobald der rumänische Staatsmann seinen Kaffee zu Ende geschlürft hatte, nahm ihn der Kanzler beim Arm und führte ihn in das benachbarte Arbeitszimmer. Hier fand eine fast zweistündige Besprechung der beiden Staatsmänner ohne Zeugen statt. Die übrigen Gäste unterhielten sich indessen mit der Fürstin, die ihrer Freude darüber Ausdruck gab, daß sie noch ungefähr einen Monat auf diesem sturmumbrausten Eiland zubringen werde.

* * *

Auch heute geht es nicht wenig stürmisch her. Der Sturm hatte die ganze Nacht gewütet. Schon des Abends waren Sturmvögel in Massen über dem Inselstädtchen dahingeflattert, ein Zeichen, daß rauhes Wetter zu erwarten sei. Regen und Wind schlagen wie Peitschenhiebe nieder auf das Gesicht. Es herbstelt in Norderney.

Beim Fürstenpaar Bülow sind fast dieselben Gäste zu Tisch geladen wie gestern. Der rumänische Ministerpräsident Sturdza hat jedoch gestern Abend Norderney verlassen. Ein Russe, der Musiker Herr Sapellnikow, war ebenfalls gekommen. Er spricht Deutsch fast wie ein Deutscher und ist ein Schüler von Liszt, Sophie Menter und Anton Rubinstein. Er wird von den Anwesenden mit „Meister" angesprochen. Der Fürst stellt ihn als einen der besten Musiker unserer Zeit vor; er hat ihm jüngst Kürschners Lexikon zum Geschenk gemacht und darauf die Widmung geschrieben: „Dem Meister des Klaviers der unmusikalische Reichskanzler."

Der Fürst spricht von dieser Widmung und sagt, daß er tatsächlich unmusikalisch sei; er versichert scherzhaft, daß die Drehorgel eigentlich sein Lieblingsinstrument sei. Neben ihr schätze er aber auch preußische Militärmärsche.

Es ist der Jahrestag der Schlacht von Sedan. Der Kanzler kommt auf den Fürsten Bismarck zu sprechen und sagt: „Er war auf keinem Gebiete Dilettant, er war kein Ästhet und doch in Wirklichkeit ein großer Dichter, nicht nur ein Kenner von Shakespeare wie wenige, sondern eine Shakespeare verwandte Natur, nur daß er das, was seine Phantasie schaute, in Wirklichkeit, nicht nur in Verse zu verwandeln wußte."

Und dann fährt der Kanzler fort: „Wir alle sind Zeugen des Prozesses gewesen, wie da ein Mann, den wir noch gestern unter den Lebenden gesehen, in das Reich der Unsterblichkeit eingeht."

„Ich habe", bemerkte der Fürst, „schon als Knabe in Frankfurt den damaligen Herrn v. Bismarck in meinem Elternhause gesehen. Mein Vater war sein Kollege beim Bundestag. Es mögen ja schon damals einige wenige geahnt haben, welch ein Geist er war. Freilich nicht die damalige Großherzogin von Hessen-Darmstadt. Sie pflegte von ihm zu sagen: „Ich mag Herrn v. Bismarck nicht, er sieht aus, als ob er sich für klüger hielte, als den Großherzog". Dann haben wir Bismarck als Minister gesehen, groß und immer größer — gewaltige Kämpfe, unvergleichliche Erfolge. Dann sein Rücktritt, und wie Bewunderung und Liebe für ihn nur noch steigen."

„Schon bei Lebzeiten", fährt der Kanzler fort, „schien Bismarck in die Walhalla einzugehen. Jetzt weilt er dort für immer, und nicht nur in der Regensburger Walhalla. Es vollzieht sich an Bismarck vor unseren Augen, was die Griechen meinten, wenn sie den Zeus einen Herakles in den Olymp emporheben ließen."

Der Fürst fragte mich, ob ich wohl das Bismarckdenkmal in Hamburg kenne. Als ich dies verneinte, meinte der Fürst: „Schade, daß Sie seit Aufstellung dieses Denkmals, das glaube ich, einen Österreicher zum Schöpfer hat, nicht in Hamburg gewesen sind. Mir ist gerade dieses Denkmal besonders

lieb. Es stellt eben jene Apotheose Bismarcks dar, deren Zeugen wir alle sind. Riesengroß in die Höhe ragt dieses Denkmal. Von weit her sieht man es im Hafen und am Strom. Es winkt aus der Ferne allen, die sich zu Wasser Hamburg nahen. Es ist, als ob dieser Bismarck Deutschland unter seine Fittige nehme. Der Künstler hat in ihm den Schutzgeist des Vaterlandes verewigt. Vielleicht schwebte ihm der Gedanke vor, wie er einst im Parthenon verwirklicht war. Den Schiffern, die vom Vorgebirge von Sunion her auf Athen zusteuerten, zeigte sich schon aus der Ferne von der Akropolis aus, Attika beherrschend, die Statue der Pallas Athene Promachos, der Schutzgeist der Stadt Athen."

Die Rede kommt auf den Reichstag. Der Fürst sagt: „Die Parlamentarier werden bei uns durchschnittlich nicht alt. Das parlamentarische Leben wirkt eben sehr aufreibend. Es ist offenbar anstrengender, Abgeordneter zu sein, als Gesandter oder Botschafter. Schon die Arbeit in den Kommissionen spannt alle Kräfte an. Lieber, Reventlow, Sattler, Klinkowström, Eugen Richter, der Sozialdemokrat Schönlank — sie sind alle verhältnismäßig sehr früh gestorben. Nicht zu vergessen meines lieben Freundes, des Prinzen Arenberg, mit dem ich einst gleichzeitig das Referendarexamen abgelegt habe, im Regiment in Bonn und später in Metz zusammen war. Sein Tod ist mir sehr nahe gegangen."

Die Fürstin bemerkt: „Es mögen wohl auch die oft schlechte Luft im Sitzungssaal und die Hitze dort dazu beitragen, daß die Herren an ihrer Gesundheit Schaden nehmen".

Der Fürst meint: „Das vielleicht nicht so sehr — aber wohl mehr die Unregelmäßigkeit der Lebensweise, welche die parlamentarische Arbeit mit sich bringt."

„Es ist eine schwere Aufgabe", sagte der Fürst dann, „das parlamentarische Leben und die Gebote der Hygiene miteinander zu vereinigen. Unregelmäßig leben, mit Hast das Mahl hinunterschlucken, um im Sitzungssaale nichts zu versäumen, wie soll das gesund sein? Dazu kommt, daß der Parlamentarier alle Nerven anspannen muß, um im gegebenen Augenblick schlagfertig in die Diskussion einzugreifen, die nicht seltene selbstlose Verschwendung von Temperament an große Dinge, doch auch an Nichtigkeiten..... all das zehrt am Mark des Daseins. Die Jahre, im Parlament hingebracht, könnten bisweilen wie Kriegsjahre doppelt angerechnet werden. Ich hatte noch nicht lange das relative Stilleben von Rom mit dem Ministerposten in Berlin vertauscht, als ich eines Tages zusammen mit Eugen Richter den Saal der Kommissionsberatung verließ. Da warnte er — schon damals etwas müde und abgehetzt von seinem jahrzehntelangen,

kampfreichen Dasein — mich in sehr gütiger Weise, daß ich mich in den Kommissionsberatungen nicht aufreiben möchte. Und der ungewöhnlich begabte Mann, den die Riesenarbeit einem frühen Grabe zuführte, sprach aus langer Erfahrung heraus."

„Durchlaucht", bemerkte ich, „da haben es also die Diplomaten wirklich besser. Sie können viel älter werden als die Parlamentarier."

Der Fürst erwiderte: „Wenn sie sich nicht durch zu reichliche Diners vorzeitig ins Grab hinüberessen."

Ich erinnerte an einen italienischen Diplomaten, der heute fast neunzig Jahre alt ist, immer kerzengerade, à quatre épingles und mit der Blume im Knopfloch einhergeht und sich fast niemals zu Bette begibt, ohne eine Gesellschaft besucht zu haben. „Ich habe", bemerkte ich, „ihn noch vor zwei Jahren in Cadenabbia am Lago di Como schönen Frauen unter dem Sternenhimmel am See den Hof machen sehen, habe selbst mit ihm bis in die tiefe Nacht hinein geplaudert."

„Sie meinen", fiel die Fürstin ein, „den Grafen Greppi."

Und der Fürst bemerkte: „Sie wissen — er ist Lombarde von Geburt und hat noch unter dem alten Metternich im Auswärtigen Amt in Wien gearbeitet. Das sind jetzt zwischen sechzig und siebzig Jahre her...."

Das Gespräch wandte sich nun der Diplomatie im allgemeinen zu. Der Kanzler meinte: „Es gibt Diplomaten, die da glauben, mir einen großen Dienst zu erweisen, wenn sie mir mehr oder weniger gut geschriebene kritische Betrachtungen über Menschen und Dinge in ihrem Amtsbezirk senden. Mit solchen Feuilletons ist mir und der Sache wenig gedient. Da lese ich lieber die Feuilletons in der „Neuen Freien Presse". Dem Diplomaten sind ganz andere Aufgaben gestellt. Er soll konkrete Fälle zwischen dem Lande, dessen Vertreter, und dem Lande, in dem er akkreditiert ist, regeln, er soll die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern, mit den maßgebenden Kreisen in Fühlung sein und das „maßgebende Kreise" in weitem Sinne auffassen. Seine Beziehungen dürfen sich nicht mehr wie einstmals auf Hof und Salons beschränken, sondern er muß auch den kommerziellen, industriellen, finanziellen, parlamentarischen und, last not least, publizistischen Kreisen nahekommen. Jawohl, er muß trachten, dem Lande, dem er dient, in dem Lande, in dem er lebt, auch eine „gute Presse" zu verschaffen. Er muß ein Fluidum von Vertrauen und Sympathien zwischen Hof und Hof, Regierung und Regierung, Parlament und Parlament, Presse und Presse herzustellen trachten.... Aber dieser Erfolg kann nicht aus noch so fein arrangierten Diners und noch so schön geschriebenen Feuilletons resultieren."

In den freundlichsten Ausdrücken wurde Herrn Sturdzas gedacht, der den Abend vorher Norderney verlassen hatte. Der nahezu achtzigjährige Mann hatte ohne Sekretär und sogar ohne Diener die Reise hierher gemacht. Eine spartanische Natur. Er ist der Schwager Peter Carps. Aber die beiden Staatsmänner standen sich stets als Gegner gegenüber — Carp der Führer der Junimisten (eine Nebenlinie der Konservativen), Sturdza der Führer der Liberalen. Die Fürstin wendet auf die beiden Häuser das Wort von den Capuleti und Montecchi an und meint: „Aber hier war der Abschluß gottlob günstiger als bei Shakespeare. Es hat glücklicherweise nicht tragisch geendet, wie bei Romeo und Julie. Sie haben vielmehr einander geheiratet — Sturdzas vortrefflicher Sohn und Carps sehr reizende Tochter, und auch die Väter sind längst miteinander versöhnt."

Die Fürstin kommt auf Wien zu sprechen, wo sie nun seit acht Jahren, seit dem Herbst 1900, nicht mehr gewesen ist, dem Jahre, in welchem ihr Gemahl zum Reichskanzler ernannt wurde. „Freilich", bemerkt die Fürstin, „würde mich heute ein Aufenthalt in Wien etwas schwermütig stimmen, denn so viele meiner dortigen Bekannten sind hingestorben. Und ganze Häuser sind nicht mehr, in denen ich mich einst wohl gefühlt — so das Haus Wertheimstein".

Die Fürstin rühmt es, daß Fräulein v. Wertheimstein in so edler Weise Haus und Park der Stadt Wien hinterlassen habe.

Die Rede kommt auf den verstorbenen Eduard Hanslick. Die Fürstin teilt die in seinem Buche „Vom musikalisch Schönen" ausgesprochene Auffassung, daß es für das Schöne keine allgemein gültigen Gesetze geben könne, daß vielmehr das Schöne sich in den verschieden organisierten Individuen verschieden darstelle und daß die veredelte Persönlichkeit auch nach einer veredelteren Schönheit verlange als das rohere Individuum.

Dann wurde davon gesprochen, daß bedeutende Menschen so schwer den Wert anderer bedeutender Menschen zu erkennen vermögen.

Herr Sapellnikow fiel ein: „Einem Tolstoi sagt ein Ibsen nichts."

Sapellnikow ist ein interessanter Kopf. Er hat etwas Starkes und Ausdrucksreiches in seinem Wesen. Er spricht voll Entzücken über das Leben in Berlin, das mehr Werden, Bewegung und Ringen aufweise als in Paris, Er rühmt, wie die heutige deutsche Kunst, wenn auch in Gärung begriffen. doch voll Inhalt, Ernst und auch Idealismus sei.

Der Kanzler unterbricht unsere Konversation. Er ladet mich ein, ihm ein wenig auf sein Arbeitszimmer zu folgen.

Es ist etwas von der ernsten Stimmung dieses nördlichen Meeres auf diesem Raum. An den Wänden hängen einige farbige Stiche, altpreußische

Reiterbilder — dazu auch ein Bild, den Kaiser Franz Josef in jüngeren Jahren darstellend. Es ist ein Raum, so recht zum Nachdenken geeignet. Ein puritanisches Milieu, in das von draußen her die See hineintost.

Eine gewaltige Aufgabe ist in die Hand des Kanzlers gelegt, und ihr entspricht der Ernst seiner Lebensführung. Den Wirren des Tages und der Parteien entrückt, hört er hier das Brausen des Weltmeeres und folgt dem Fluge des Luftschiffes. Es ist dem praktischen Staatsmann nicht gegeben, auf den Flügeln der Phantasie unbeschwert durch den Raum zu irren. Er muß vielmehr jeden Tag und jede Stunde daran erinnert werden, daß sich hart im Raume die Dinge stoßen. Der Kanzler sorgt dafür, daß er nicht unter Aktenstößen ersticke. In diesem Arbeitsraum ist kein Aktenstaub zu spüren. Der Tisch ist rein — es liegen keine unerledigten Aktenstücke da. Einige Bücher haben den Kanzler in seine hiesige Einsamkeit begleitet. Ich bitte ihn um die Erlaubnis, in seine Sommerlektüre Einblick nehmen zu dürfen. Mein Herz fühlt sich wienerisch angeheimelt, sobald ich Anton Mengers „Neue Staatslehre" erblicke. Den Fürsten muß dieses Buch in seinem ohnehin vorhandenen Hang bestärken, den Staat in der Richtung zu entwickeln, seinen Aufgaben gegenüber den Armen und Schwachen gerecht zu werden. Dann liegt hier die Philosophia militans von Paulsen, weiter eine Prorektorsrede des Freiburger Gelehrten von Schulze-Gävernitz, „Marx oder Kant" betitelt, überdies ein Buch über die Zukunft Polens von Georg Cleinow. Doch auch einige Bücher finden sich hier, die, wie mir scheint, dem Kanzler die Bücher der Bücher sind — ich meine Goethe und Schopenhauer. Auch Noacks Buch „Deutsches Leben in Rom" hat er zur Stelle. Den nunmehrigen Besitzer der Villa Malta, dieses alten Heiligtums der Deutschen in Rom, zieht dieses Thema von den Deutschen in Rom an.

Und dann liegt hier ein Manuskript, in duftiges Saffianleder gebunden. Der Fürst ladet mich ein, es in näheren Augenschein zu nehmen. „Es ist", sagt er, „ein Geschenk unseres Gesandten in Marokko, Dr. Rosen, der vor wenigen Tagen bei uns hier gewesen, an meine Frau. Es sind Dichtungen „Die Rubaiat" von Omar mit dem Beinamen Khajjam (der Zeltmacher). Dieser war einer der bedeutendsten Astronomen des Mittelalters und lebte im elften Jahrhundert in Tus in Ostpersien, und unser Dr. Rosen, der ein hervorragender Kenner des Orients und der orientalischen Sprachen ist, hat diese Dichtungen aus dem Persischen übersetzt".

Ich blättere in der Handschrift. Diese Dichtungen handeln von der Vergänglichkeit, den Welträtseln, der Lehre und dem Wein und der Liebe.

Dr. Rosens Wirksamkeit scheint an die Rückerts und Bodenstedts anzuknüpfen. Diese östliche Weisheit hat etwas tief Ergreifendes. Die feinste Lebenskunst und die tiefste Skepsis spricht aus diesen Versen.

Omar, der Zeltmacher, singt einmal:

Von allen, die auf Erden ich gekannt,
Ich nur zwei Arten Menschen glücklich fand:
Den, der der Welt Geheimnis tief erforscht,
Und den, der nicht ein Wort davon verstand.

Also auch der Mann aus Tus pries die Philosophen und die Armen im Geiste.

Omar Khajjam lehrt uns Bescheidenheit und Entsagen:

Das Rätsel dieser Welt löst weder du noch ich,
Jene geheime Schrift liest weder du noch ich.
Wir wüßten beide gern, was jener Schleier birgt,
Doch, wenn der Schleier fällt, bist weder du noch ich.

* * *

In solcher Umgebung mag wohl ein Staatsmann lernen, sich von den Fesseln jeder Voreingenommenheit loszulösen und seinem Vaterland mit voller Hingebung zu dienen.

L. Besuch von Sidney Whitman.

Der Schriftsteller Sidney Whitman besuchte den Reichskanzler während dessen Sommeraufenthalts in Norderney 1908 und veröffentlichte darüber im Londoner „Standard“ vom 14. September 1908 folgenden, hier in genauer Übersetzung aus dem Original wiedergegebenen Bericht:

Fürst Bülows alte Freundschaft gewährte mir Gelegenheit, ihm wieder einen Besuch in Norderney abzustatten, wobei ich einige Ansichten des deutschen Kanzlers über die gegenwärtige politische Lage und einige interessante Bemerkungen über die Beziehungen zwischen England und Deutschland hören konnte.

Genau vor zwei Jahren war ich sein Gast gewesen in dem malerischen kleinen Inselseebad in der Nordsee. Der Kanzler war damals noch etwas angegriffen, denn er war erst ein paar Monate vorher plötzlich im Reichstage erkrankt. So konnte ich sein Aussehen jetzt und damals vergleichen, sehr zu seinem Vorteile heute, sowohl in körperlicher wie in geistiger Beziehung. Ich habe wirklich selten den Fürsten Bülow besser aussehend und in besserer Stimmung gesehen als eben jetzt. Die Beziehungen zwischen Deutschland und England nahmen einen beträchtlichen Teil unserer Unterhaltungen

ein, und da darf ich vielleicht ein Wort zitieren, das Fürst Bismarck in seinen letzten Jahren oft gebrauchte, nur um die Gemütsstimmung zu illustrieren, in der ich nach Norderney kam. Der Sinn war, daß Europa niemals auf die Dauer die Vorherrschaft, die Diktatur einer einzelnen Macht oder Person dulden würde. Die Worte, die Fürst Bismarck gebrauchte, waren englisch und hießen so: „Only no cock of the walk business, Europe will not put up with it". Europa als Ganzes würde eine Lage als nachteilig oder geradezu als unerträglich empfinden, in der ein einzelner für sich die höchste Schiedsrichterwürde über Krieg und Frieden in Anspruch nähme, sodaß die Entscheidung darüber von seinen wohlwollenden Absichten abhinge, die jeweils die Welt als freiwillige Gaben in demütiger Dankbarkeit hinnehmen müßte.

Die Frage könnte sich leicht bei Engländern erheben, wie wohl die von dem großen Deutschen vorhergesehene Eventualität England berühren würde, falls ein so schrecklicher Vogel auf der europäischen Bühne erschiene. Die Aussicht schien eine gewisse Ängstlichkeit zu rechtfertigen gegenüber einer Lage, die denkbarerweise entstehen und den Frieden der Welt — und damit die Sicherheit eines Reiches, das $^1/_5$ der bewohnten Welt umfaßt — von einer Macht oder sogar einer einzelnen Person in Abhängigkeit bringen könnte. Diese Unsicherheit könnte auch dann nicht als gänzlich beseitigt gelten, wenn offen anerkannt würde, daß diese Macht oder Person von den besten Absichten durchdrungen und vor allem von wahrer Friedensliebe beseelt sei. Denn man muß immer mit Zufällen rechnen, besonders wenn es sich um einen Einzelnen handelt.

Das warnende Beispiel Ludwigs XIV., Napoleons I. und in geringerem Grade Napoleons III. hatte Bismarck immer vor Augen. Es ist wahr, er selber war einmal mehr oder weniger der „Hahn von Europa" und war sich der Verantwortlichkeiten und Gefahren dieser Stellung voll bewußt. Aber zu seiner Zeit erschien Frankreich noch vor der Welt als möglicher Störenfried des europäischen Friedens, als Verfechter einer heiß ersehnten „Revanche", während Bismarck, selbst wenn manche seiner Methoden europäischen Staatsmännern unangenehm gewesen sein mögen, beständig das Vertrauen erwarb, ehrlich den Frieden zu wollen, ebenso aufrichtig wie sein alter Herr, wenn dabei Deutschland nur das mit schrecklichen Opfern Gewonnene sich erhalten konnte. Mit anderen Worten, Bismarcks Absichten waren offen als friedlich und gemäßigt bekannt und anerkannt, bildlich umschrieben durch sein eigenes berühmtes Wort, daß die ganze orientalische Frage für Deutschland nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert sei. Hierzu kam noch das Ansehen seiner unvergleichlichen

Heldentaten. Deshalb waren viele Engländer, die heute anti-deutsch sind, ehrliche Bewunderer Bismarcks und Deutschland freundlich gesinnt.

Seitdem hat sich viel geändert. Frankreich steht nicht mehr im Vordergrund als wahrscheinlicher Störenfried. Andere Elemente der Unruhe haben seine Stelle eingenommen, über die hier näher sich zu verbreiten nicht angebracht wäre. Es genügt für meine Zwecke, zu sagen, daß viel von dem in England vorhandenen antideutschen Gefühl ein Gefühl der Unsicherheit ist in bezug auf die politischen Absichten Deutschlands.

So wäre es wohl wünschenswert, der Welt weithin zu zeigen, daß das deutsche Volk nicht mit den eben bezeichneten Ingredienzen der Unruhe sympathisiert, mit anderen Worten, daß ehrgeizige pangermanische Ideale nur in wenigen lebendig sind, und schließlich, daß kein einziger Einzelner die Macht besitzt, den Frieden der Welt zu stören. Aber dieser Aufklärungsprozeß müßte vor sich gehen, ohne berechtigte Empfindlichkeiten des deutschen Volkes zu übersehen. Ich machte in meinem Gespräch mit dem Fürsten Bülow kein Geheimnis aus dieser Ideenverbindung, da ich Grund habe zu glauben, daß sie eine große Zahl von Engländern teilt. Mein Wirt war ebenso offen in seinem Bemühen, jeden Grund zur Verdrießlichkeit in dieser Beziehung zu beseitigen. Ohne auf eine direkte Entgegnung einzugehen, versicherte mir Fürst Bülow, daß heute eine der größten Gefahren sei die übertriebene Wichtigkeit, die von dem zeitunglesenden Publikum gelegentlichen Äußerungen hochstehender Personen zugeschrieben werde ohne Rücksicht auf Umstände und Stimmungen, unter denen sie gemacht sind. Insgemein hat der Mensch die Gewohnheit, öffentlich und zur Öffentlichkeit mehr zu sagen, als er dann wirklich ausführt. Aber sehr wenige dieser Äußerungen dürfen in dem weiten Sinn genommen werden, der ihnen oft zugeschrieben wird, wenn man sie für sich nimmt.

Die private Unterhaltung des Kanzlers ist oft mit interessanten Erinnerungen an seinen großen Vorgänger gewürzt, und gerade hier, bei dieser Unterscheidung zwischen Worten und Taten, bezog er sich auf den Fürsten Bismarck als einen der seltenen Männer, bei denen es gefährlich war, irgend etwas, was er sagte, auch in Momenten nervöser Aufregung, leicht zu nehmen.

„Ich ließ mich einmal in Berlin bei ihm melden im Jahre 1874, es war mitten in dem Konflikt mit dem Grafen Arnim, der unser Botschafter in Paris gewesen war. Plötzlich brach Bismarck los: „Wenn Arnim nicht die Erlasse, die er in seinem Besitz hat, herausgibt, bringe ich ihn ins Zuchthaus“. Als ich mit dem General von Schweinitz das Zimmer verließ, besprachen wir diese erstaunliche Äußerung unter uns und legten

sie als einen Ausbruch des Bismarckschen Temperaments aus. Denn der Gedanke, einen Botschafter ins Zuchthaus zu stecken wie einen gemeinen Verbrecher, war unerhört und konnte nur als ein Scherz betrachtet werden. Binnen 6 Monaten war Arnim verhaftet, der Prozeß wurde ihm gemacht und er wurde schließlich in contumaciam zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt." Fürst Bülow fügte hinzu, daß das natürlich ein extremer Fall war, wie eben Bismarck ein außerordentlicher Mann war in der Starrheit, mit der er einen einmal betretenen Weg verfolgte. Aber auch andere, wenn auch weniger unvergleichlich als Bismarck, würden von ihren politischen Gegnern als für „ebenso gut wie ihre Worte" gehalten.

Daß das augenblickliche gegenseitige Mißtrauen zwischen England und Deutschland offensichtlich noch wenig von seiner Stärke verloren hat, ist ein Gegenstand tiefer Sorge für den deutschen Kanzler. Es war das auch nicht die erste Gelegenheit, bei der er seine Meinung über diesen Gegenstand aussprach. Daher ist es auch nichts neues, wenn ich sage, daß Fürst Bülow diese Animosität zwischen Deutschland und England, wer ihr auch sich hingeben mag, beinahe wie eine Art von Volkstollheit ansieht, die, wenn man sich darein verbeißt, nur in endloses Unheil für beide Länder auslaufen kann allein zum Vorteil für die tertii gaudentes. Er ist bestrebt, was in seiner Kraft steht zu tun, um damit ein Ende zu machen, aber seine Macht ist natürlich begrenzt. Mit Bezug auf die englischen Befürchtungen vor einem deutschen Angriff zur See, meint der Kanzler, wäre es natürlicher und daher entschuldbarer, wenn die Deutschen fürchten würden, angegriffen zu werden.

„Sie haben niemals seit der Zeit Wilhelms des Eroberers eine Invasion erlebt", sagte er, „und ich kann Ihnen versichern, nicht zum ersten Male und nicht als deutscher Kanzler, sondern als ein Gentleman zum anderen, daß niemand, der nur etwas Verstand und Einfluß in Deutschland hat, daran denkt, einen Konflikt mit England zu suchen, geschweige die unsinnige Idee einer Invasion dort hat." Eine englische illustrierte Zeitung mit Zeichnungen, wie vermeintliche deutsche Spione sich in einem englischen Landgasthause versammelten, lag auf dem Tische, und der Kanzler sagte, darauf hinweisend, daß die neulich verbreiteten Erzählungen über deutsche Spione in England nur in einer überhitzten Phantasie entstanden sein könnten. „Aber für uns Deutsche", fuhr er fort, „ist ein greifbarerer Grund zur Besorgnis vorhanden, wegen unserer exponierten geographischen Lage, ganz abgesehen von unserer traurigen Geschichte. Es ist nur 100 Jahre her", sagte der Kanzler, und zeigte auf eine vor ihm liegende Karte von Deutschland, „da bildete das Stück Land, auf dem wir stehen, ein Stück eines französischen

Departements. Bremen, Lübeck, Hamburg waren „nos bonnes villes de Bremen, Lubeck et Hambourg“ unter der Herrschaft des französischen Kaisers. 11 junge preußische Offiziere wurden in Wesel kriegsgerichtlich verurteilt und erschossen, weil sie ihr Vaterland verteidigten. Mit anderen Worten, unser Volk hat noch ein lebhaftes historisches Bewußtsein von nationalem Unglück und Schande, vor deren Wiederkehr unser Heer unser einziger Schutz ist.

Bisher haben wir solche Zeichen der Gereiztheit, wie in dem Artikel über „Die deutsche Gefahr" im Juliheft der „Quarterly Review", nur bei den Franzosen kennen gelernt, obwohl die Franzosen seit 1870 viel verständiger und weniger zu solchen Ausbrüchen geneigt geworden sind. Ein toller Geist von Argwohn und Haß tritt hier zutage, kaum weniger stark in seiner leidenschaftlichen Animosität gegen Deutschland als die verschiedenen Ausfälle von Emil de Girardin und Edmond About unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges von 1870. Für mich ist es geradezu eine Entdeckung, ein so gesetztes und wahrhaftes Volk wie das englische sich von Empfindungen hinreißen lassen zu sehen, wie sie hier ausgedrückt sind, und wir können nur auf den politischen Genius, auf den common sense des englischen Volks hoffen und vertrauen, der dies krankhafte Gefühl wieder vertreiben muß."

Ich hatte eine Nummer der „Quarterly Review" mitgebracht und hatte sie dem Kanzler zu lesen gegeben. Er las sie sehr sorgfältig und sagte mir, was ihn noch mehr als der Geist einer darin zum Ausdruck kommenden ungerechtfertigten Deutschfeindlichkeit, die sich selbst in Verdrehungen zeige, frappiert habe, das sei die große Unkenntnis deutscher Dinge, die der Artikel enthülle. Er war erstaunt, solche Urteile in einer einflußreichen Zeitschrift ersten Ranges zu finden, die, wie er meinte, sich doch an das vornehmste Lesepublikum in Großbritannien wende. Er fügte hinzu, ohne nur einen Augenblick vieles, was in Deutschland über England geschrieben sei, sich zu eigen zu machen, könne er doch versichern, daß es unmöglich wäre, etwas auch nur von einem deutschen Schriftsteller zweiten oder dritten Ranges Geschriebenes zu finden, das eine derartige Unkenntnis über England verriete, wie sie hier gegenüber Deutschland hervorträte. Der Kanzler fügte hinzu: „Wenn wir solchen Unsinn lesen, können wir nur annehmen, daß die Leute, die das schreiben, nicht ganz bei Verstand sind".

Bevor ich Norderney verließ, ging Fürst Bülow den ganzen Artikel Seite für Seite mit mir durch, und wenn ich versuche, einige seiner Bemerkungen, frei und leicht, wie sie gemacht wurden, hier wiederzugeben, so geschieht das, weil sie meiner Ansicht nach einige wertvolle Schlaglichter

auf die gegenwärtige kampflustige Stimmung zwischen England und Deutschland werfen.

„Um damit anzufangen", sagte Fürst Bülow, „so gebe ich nicht zu, daß die zu Anfang des Artikels als Autoritäten von der „Quarterly Review" zitierten Bücher dieses Gewicht und diesen Wert haben. Wenigstens wäre ich nicht geneigt, denen in deutscher Sprache viel Autorität zuzugestehen. Was die Idee betrifft, daß die Macht Deutschlands eine Bedrohung für andere Länder sei, so ist Deutschland, wie Sie wissen, die einzige der Großmächte, die während der letzten 37 Jahre keinen Krieg geführt hat. Im Verlauf dieser Zeit hat Italien mit Abessynien Krieg geführt, die Vereinigten Staaten mit Spanien, Rußland mit Japan, Frankreich in Tunis, Tonkin und Madagaskar. Bei England brauche ich wohl kaum Einzelheiten anzuführen. Aber wirklich, die Leute bringen es fertig, über uns Dinge zu behaupten, die sie anderen Ländern gegenüber nicht im Traum behaupten würden. Wenn man uns vorwirft, wir verschleierten unsere Absichten, während wir versichern, Frieden halten zu wollen, so erinnert mich das an die Dame, die den jüngeren A. Dumas fragte, wie die Frauen denn aus dem Dilemma herauskommen sollten, vor das er und sein Vater sie stelle. Sie sagte: „Ihr Vater schrieb ein Stück, in dem eine Frau mit dem Tod bedroht wird, wenn sie sich nicht ihrem Anbeter hingibt, und Sie haben ein Stück geschrieben, wo Sie sagen, daß sie den Tod als Strafe erleiden soll, wenn sie es tut. Was sollen wir armen Frauen nun tun?" So ist es mit den Deutschen: wir sind schuldig, was wir auch tun."

Der Kanzler findet es schwer, die Äußerungen, die verschiedenen deutschen Schriftstellern über die angebliche Animosität Deutschlands gegen England und seine angeblichen Absichten einer Angriffspolitik zugeschrieben werden, zu qualifizieren. Politische Ansichten des verstorbenen Fürsten Hohenlohe, die fast 60 Jahre alt sind, als Hohenlohe ein Mann von 30 Jahren war, zu zitieren, ist — so meinte der Fürst — ebenso wie Sätze aus den Reden Palmerstons oder Gladstones von demselben Alter zu zitieren und sie auf die Lage von heute anzuwenden. Was H. von Treitschke anbetrifft, so ist barer Unsinn, zu sagen, er sei ein Feind Englands gewesen, das nach seiner Behauptung erheblich auf Kosten Deutschlands geschaffen worden sei. Tatsächlich ist England das einzige Land, das kein jemals zu Deutschland gehörendes Gebiet besitzt, besonders jetzt, nachdem die kleine Insel Helgoland wieder zu Deutschland zurückgekommen ist. Das britische Reich umfaßt dagegen Gebiete, die einst anderen Ländern gehörten, wie Frankreich, Holland, Portugal und Spanien. Weit entfernt, daß Treitschke von Haß gegen England erfüllt gewesen sei — das Gegenteil ist richtig. Es gibt

keinen Satz in seinen Schriften, der zu dieser Ansicht Anlaß gäbe, obwohl natürlich öfter die Politik der Großmächte Europas auf dem Wiener Kongreß und sonst als schädlich für Preußen geschildert wird. Treitschke war ein Mann von lebhaftem Temperament, das auch in seinen Schriften hervortritt, aber er war sicherlich niemals ein Gegner eines guten Verhältnisses zu England, obwohl er wohl daran gezweifelt hat, ob die Engländer es jemals zur vollendenten Tatsache werden lassen würden.

Die Behauptung, Treitschke sei von einem leidenschaftlichen Haß gegen England beseelt gewesen wie Kato gegen Karthago, kann nur ein Lächeln hervorrufen. Schon das Zugeständnis des Schreibers, daß die Werke des deutschen Historikers tatsächlich englischen Lesern unbekannt sind, macht seine Sache schlechter. Denn er übernimmt da eine ernste und schwere Verantwortlichkeit, wenn er seinen Landsleuten solche Verdrehungen der Wahrheit vorsetzt. Tatsächlich war Treitschke ein glühender Bewunderer der englischen Geschichte und der großen Eigenschaften des englischen Volkes. Seine Antipathie war ausschließlich vorbehalten den Polen und vielleicht, unter dem Druck historischer Notwendigkeit, dem französischen Kaiserreich, aber nicht dem französischen Volk als solchem.

Der Kanzler bezeichnete offen die Behauptung der „Quarterly Review", daß Deutschland „die größte Flotte außer der unseren, die je existierte, sich schaffe", als Unsinn. Die Behauptung, „daß in einer bestimmten Zahl Jahre England nur noch eine geringe Überlegenheit zur See vor Deutschland haben würde", rief die spöttische, fast ungeduldige Antwort hervor: „Ja, in 200 Jahren und auch dann noch nicht".

Fürst Bülow beauftragte dann seinen Sekretär, mir die folgende offizielle Übersicht zur Verfügung zu stellen, die in genauen Zahlen den Tonnengehalt und die Schlachtschiffe von England, Frankreich, den Vereinigten Staaten nach dem Stand vom letzten 1. Mai wiedergibt und zeigt, daß Deutschland am Ende der Liste steht.

Fertige Kriegsschiffe zu Beginn des Mai 1908:

	Deutschland		England		Ver. Staaten		Frankreich	
Schlachtschiffe	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage	Zahl	Tonnage
	22	260020	52	765713	26	345922	22	253972
	8	79980	35	425953	15	189540	19	167196
	6	39506	36	282660	3	20896	4	30115
	22	67127	36	113526	12	40564	18	59692
Totaltonnage		446633		1587852		596922		510975

Dazu müßten addiert werden bei Deutschland 8 Küstenpanzer mit 32 922 t, bei den Vereinigten Staaten 5 mit 17 257 t und bei Frankreich

2 gepanzerte Kanonenboote von 3592 t. So würde augenblicklich die Gesamttonnage bei Panzerschiffen und Kreuzern in den vier Ländern sein:

Deutschland:	479 555 t	Verein. Staaten:	614 179 t.
England:	1587 852 t	Frankreich	514 567 t.

Es ist unwahr, daß die deutsche Marine mit immer sich steigernder Schnelligkeit wüchse, denn alle jetzt in Bau befindlichen Schlachtschiffe sind nur Ersatzschiffe — natürlich bessere — für die veralteten Schiffe der Sachsen- und Siegfriedklasse, die, obwohl sie gar nicht den Namen von Schlachtschiffen verdienen, doch noch als solche in der Übersicht des deutschen Flottengesetzes von 1900 figurieren.

Ferner ist unwahr, daß neue Flottenprogramme, eines immer größer als das andere, eingebracht werden. Z. B. die Kreuzer, die in der Übersicht von 1906 stehen, waren schon im Flottenprogramm von 1900 enthalten, aber nur aus verschiedenen Gründen auf ein paar Jahre zurückgestellt worden. Schließlich: die neuerliche Herabsetzung des Lebensalters der Schlachtschiffe: niemand kann darin eine exzeptionelle Vermehrung der deutschen Flotte sehen, da die Beschränkung der Lebensdauer eines Schlachtschiffes auf 20 Jahre den Forderungen der modernen Technik entspricht. Deutschland folgt dabei nur dem Beispiel anderer Nationen. Es braucht nur angeführt zu werden, daß kürzlich in einer Debatte des englischen Unterhauses Kapitän Hervey erklärte, nach seinen Informationen rechne die englische Admiralität die Lebensdauer der großen Panzer nicht mehr als 15 Jahre.

Fürst Bülow sagte dann, daß aus der großen Zahl der Mitglieder des deutschen Flottenvereins viel zu viel gemacht worden sei. Hier ist wieder die Falschheit der Darstellung in der „Quarterly Review" ersichtlich. Man darf zunächst nicht vergessen, daß die deutsche Handelsflotte die zweitgrößte der Welt ist. Die deutschen Interessen draußen erreichen ungefähr sechzehn Milliarden Mark, = 800 Millionen Pfund. Es ist aber nur natürlich, wenn ein starkes Gefühl für den Schutz des Handels über See vorhanden ist, und aus diesem Gefühl ergibt sich natürlich der Wunsch, eine Flotte zu besitzen, die der Wichtigkeit dieses Handels entspricht. Dazu muß man dann noch bedenken, daß die Deutschen als Volk vielleicht mehr als andere Nationalitäten dazu neigen, Vereine aus der geringsten Veranlassung für alle möglichen Zwecke zu bilden. Gewöhnlich sind diese auf einen geringen Jahresbeitrag gestellt. Aber wenn etwas mehr als etwas anderes zu dem Aufblühen des Flottenvereins beigetragen hat, so war es die fortwährende nörgelnde Aufmerksamkeit, mit der die englische Presse ihn verfolgte.

Die Behauptung, Deutschland erblicke in der Stärke Englands und in dessen Überlegenheit zur See das Haupthindernis zur Verwirklichung seiner ehrgeizigen Absichten zu Lande und zur See, erklärte der Kanzler gleichfalls als blanken Unsinn, ebenso die Bemerkung über die angebliche Rachsucht des deutschen Geschichtsgedächtnisses. Z. B. würde man heute schwerlich jemand in Deutschland finden, der Frankreich hasse, und das trotz der Vergangenheit. Und er behauptete, kein derartiges Gefühl existiere in Deutschland gegen England, wenigstens nicht unter verständigen Menschen. Aber, fügte er hinzu, es wäre nicht zu leugnen, daß in dem sehr unwahrscheinlichen Falle eines unprovozierten englischen Angriffs auf die deutsche Flotte ein Gefühl der Rache entstehen könnte, das an Intensität und Dauerhaftigkeit jenem durch die Invasion Napoleons I. entstandenen gleichen würde. Übrigens, versicherte er mir wiederholt, Niemand denke in Deutschland daran, einen Konflikt mit England zu suchen, der nach allen denkbaren Möglichkeiten nur beiden Ländern schaden und wie vorhin gesagt, den Tertii gaudentes nützen könnte.

Die Behauptung, Deutschland „habe den schwärzesten Moment in Englands Unglück zu Beginn des südafrikanischen Krieges gewählt, um die Vorlage, die den Grund für die moderne deutsche Flotte legte, einzubringen", wurde durch den Fürsten Bülow damit widerlegt, daß das in Frage stehende Flottenprogramm aus dem Jahr 1897 stammt.

Ferner: die deutsche Feindseligkeit gegen England würde durch Druck immer stärker, und ein Krieg mit England würde der populärste Krieg sein, den die Deutschen je geführt hätten. Das bezeichnete er als jeder Begründung bar. Die Behauptung, die deutschen Zeitungen würden wie Marionetten dirigiert und die Drähte der verschiedenen Vereine, wie der Flottenverein, würden durch die Reichsregierung gezogen, ist schon erledigt; es würde schwer sein, ein Land zu finden, wo man einer so tadelsüchtigen Kritik an den nationalen Einrichtungen und hochgestellten Persönlichkeiten das ganze Jahr über frönt wie in Deutschland. Die deutsche Regierung für einige tadelnswerte Zeichnungen in Witzblättern zu tadeln und keine Notiz zu nehmen von den unvergleichlich viel roheren Produktionen des „Rire", der offen auf den Pariser Boulevards verkauft wird, bezeichnete der Kanzler als geradezu unwürdig. Der geringe Einfluß und vor allem die geringe Leserzahl der offiziell inspirierten Blätter in Deutschland ist bekannt, ebenso die Bedeutungslosigkeit bestimmter deutscher Zeitungen, deren Auslassungen vor ein paar Jahren der englischen Leserwelt als Vertreter der öffentlichen Meinung Deutschlands heimtückischerweise vorgesetzt worden sind. Die Deutschen müssen geradezu lachen, wenn sie fortwährend durch

Telegramme aus London oder Paris daran erinnert werden, daß die Äußerungen bestimmter zeitungschreibender Professoren im Ernst als Reflex der ehrgeizigen Absichten der deutschen Regierung und der in einer noch höheren Sphäre geltenden Anschauungen genommen werden. Das englische Volk kann sich kaum vorstellen, wie wenig Aufmerksamkeit diesen Ergüssen in Deutschland geschenkt wird. Indem Fürst Bülow einen wohl bekannten Namen nannte, versicherte er, daß er von dem, was dieser schreibe, alle halbe Jahre etwas sehe.

Unter den angeblich mehr oder weniger vorangeschrittenen Absichten der deutschen Regierung sind die auf die Benutzung der panislamitischen Bewegung durch die Bagdadbahn, die Teilung von Marokko und die von Brasilien, die Aufteilung von China und die Annexion von Syrien und Anatolien (so in dem Artikel aufgezählt). Dazu bemerkte Fürst Bülow, daß der Autor offensichtlich vergessen habe, den Mond zu den gleichfalls beanspruchten Gebieten hinzuzufügen.

Was die deutschen Absichten auf Annexion eines Teils von Österreich anbetrifft, so ist die beste Antwort darauf immer noch die bekannte Bemerkung Bismarcks, die noch heute gilt, daß ein deutscher Minister, der vorschlüge, auch nur einen Fuß breit österreichischen Gebiets zu annektieren, verdiente gehängt zu werden. Einer der anerkannten Ecksteine der deutschen Politik ist lange das Bündnis und die ehrliche Freundschaft mit Österreich gewesen.

Ebenda ist erwähnt eine deutsche Intrigue in Ägypten. Mit Bezug darauf versicherte mir Fürst Bülow, daß die deutsche Regierung auch nicht in einem Falle verfehlt habe, die englischen Absichten in Ägypten zu unterstützen, wenn sie dazu aufgefordert wurde. Und zur Bestätigung dessen hat der verstorbene Sir William Vernon Harcourt vor einigen Jahren im Gespräch mit dem Grafen Herbert Bismarck ausdrücklich Englands Verpflichtung gegen den Fürsten Bismarck anerkannt für dessen loyale Unterstützung der englischen Politik in Ägypten, sobald nur England die Zügel der Regierung im Niltal ergriffen hatte — eine Tatsache, die dann durch das unabhängige Zeugnis des Königs von Rumänien bestätigt worden ist.

Die Behauptung, daß Fürst Bülows patriotische Mehrheit wahrscheinlich die nächsten Wahlen nicht überdauern würde, entlockte ihm ein Lächeln. Er sagte bloß: „Wir werden ja sehen". Es würde zu weit führen, wenn ich bis zu Ende jeden Satz des „Quarterly Review"-Artikels anführen wollte, den Fürst Bülow mit Blaustift-Frage- und Ausrufungszeichen markiert hatte. Denn es sind gerade 125. Ich will nur noch eine Schlußbemerkung angeben, die auf dem Rand der letzten Seite steht, mit seinen

eigenen Worten. Sie nimmt Bezug auf die Bemerkung des anonymen Schreibers, daß ein unbesonnener Chauvinismus England nichts nützen würde. „In dem ganzen Lügengewebe und Chaos von Blödsinn das einzige Richtige."

Aber auch ein deutscher Kanzler ist nur ein Mensch und will schließlich wie die Schraube im Sprichwort sich ausdrehen. Quousque tandem, o Catilina!

So hatte auch Fürst Bülow genug von der „Quarterly Review" und seinen eigenen 125 Bemerkungen, auch von dem ganzen Gegenstand der Beziehungen zwischen England und Deutschland. Ein hübsches lustiges Zwinkern leuchtete in seinen Augen, als er ein großes Album von Photographien seines neulich erworbenen Wohnsitzes in Rom, der Villa Malta, aufschlug, und er sagte: „Sehen Sie da meine Villa, Sie müssen uns dort besuchen, wenn ich mich von den Geschäften zurückgezogen habe". —

Meine persönliche Bekanntschaft mit dem Fürsten Bülow dauert jetzt über 10 Jahre. Sie war eine Erbschaft, die ich vom Fürsten Bismarck übernahm, und hat mir verschiedene vertrauliche Mitteilungen gegeben, über Gegenstände von großer Bedeutung — manche davon zu Zeiten einer akuten Krisis. Wenn ich das alles überdenke, so komme ich allmählich, aber unwiderstehlich zu dem Schlusse, daß die Außenwelt seltsam die starke Hand unterschätzt hat, die hier unter einem sehr weichen Samthandschuh verborgen ist.

Die Stellung des deutschen Kanzlers ist eine schwierige auch im besten Falle, auch wenn man seine sekundären Funktionen als Präsident des Bundesrats und preußischer Premierminister nicht in Rechnung zieht. Wenn man ihn an seinem Schreibtisch sitzen sieht, mit mehreren feingespitzten Bleistiften neben sich, mit zierlichen Häufchen glatten weißen Notizpapiers und Kuverts von verschiedener Größe, sorgfältig daneben angeordnet auf einem kleinen Taburett, aber sonst ohne ein Stück oder Spur von Papier, Manuskripten oder Briefen in dem ganzen Zimmer, so hat man einen Eindruck von der außerordentlichen Ordnung und Selbstkontrolle und schließlich die Überzeugung, daß nur ein Mann mit dem feinsten Gleichgewicht der Nerven, einer, der mit Erfolg das Horazische „compesce mentem" durch sein Leben hindurch erprobt hat, den Aufgaben gewachsen sein kann, die täglich vor ihn treten.

Wenn ich zum Schluß wage, eine Zusammenfassung zu geben über das, was meiner Meinung nach des Kanzlers deutliche Ansicht über die Hauptfragen des Augenblicks ist, so würde es das folgende sein. Wenn die von der „Quarterly Review" vorgebrachten Argumente eine Furcht vor Deutschland rechtfertigen, dann müßte jedes Land der Welt in fortwährender

Furcht vor seinen Nachbarn leben, vor England nicht weniger als vor anderen, besonders angesichts der früheren englischen Geschichte. In solchem Falle gäbe es für niemanden Sicherheit außer für den Troglodyten. Der Schwächere würde in der Hand des Starken sein und der Starke wieder in der Hand einer Kombination der Schwächeren. Die Tage des Faustrechts aus dem Mittelalter wären wieder gekommen. Aber Fürst Bülow hat eine andere Theorie von den politischen Dingen, bei der ich verweilen möchte, weil sie wenigstens etwas mit den Besorgnissen in bezug auf Deutschland aufräumt, die in diesem Artikel zum Ausdruck kommen. Er meint, daß der herrschende Einfluß in der Welt weder englisch noch deutsch ist, viel weniger der einer einzelnen Person in einem dieser Länder, sondern das Gewissen der Welt, das oft, aber nicht immer korrekt in der öffentlichen Meinung ausgedrückt ist. Vor diesem höchsten Einfluß schämt sich Fürst Bülow so wenig wie sein großer Vorgänger sich zu beugen und ihm zu huldigen. Bismarck hatte das im Sinn, als er sagte, die Deutschen fürchteten nur Gott, den großen unbekannten Weltgeist [1]), die Manifestation des Göttlichen, die hinter jedem Throne steht und der eben gestern ein autokratischer Sultan hastig huldigte.

Während meines Aufenthaltes in Norderney gewann ich den Eindruck, daß, sollten andere Nationen dreister sein als Deutschland und Lust haben, das Gefühl der Welt für gut und böse herauszufordern, daß dann Deutschland vor dem Gottesurteil nicht zurückschrecken würde, trotz der Gewißheit, daß seine Flotte dabei vernichtet werden würde. Selbst solch eine Katastrophe wäre an Größe nicht zu vergleichen mit dem Unglück, das Deutschland in einem einzigen Feldzuge gegen den ersten Napoleon erlitt und demgegenüber es sich schließlich doch triumphierend erhob, denn wie Fürst Bülow nachdrücklich darüber zu mir sagte: „Deutschland hat sich immer im Unglück größer gezeigt als im Glück." Der Verlust seiner Flotte würde es nicht notwendigerweise der Eigenschaften berauben, die es in den Stand gesetzt haben, sie zu bauen, und würde Deutschland noch unvergleichlich mächtiger dastehen lassen, als es je in der Neuzeit seit 1871 gewesen ist. Sollte ihm aber eine so schreckliche Alternative erspart bleiben, so hat man Grund anzunehmen, daß die deutsche Regierung eine baldige Gelegenheit ergreifen wird, um der Welt weithin darzutun, daß Deutschland keine kriegerischen Absichten hat, vor allem nicht gegen Großbritannien, sondern daß es nach allen Seiten zu Ausgleich und Versöhnung geneigt ist. Diese glückliche Gemütsstimmung, die wahrscheinlich bald in unmißverständlicher Art

[1]) S. Whitman braucht das deutsche Wort.

bewiesen werden wird, kann aber nur praktisch werden ohne Schaden für seine Würde als Großmacht. Das bedeutet: wenn das gegenwärtige Flottenprogramm, das unbedingt, weil gesetzlich festgelegt, durchgeführt werden muß, vollständig ausgeführt ist, also im Jahr 1913. Das ist auch schon in den offiziellen Kreisen Englands wohl bekannt oder sollte es wenigstens sein.

In der Antwort auf meine Frage, wie die Dinge in Marokko gingen, versicherte der Kanzler, daß kein Grund wäre, anzunehmen, als würde Frankreich nicht loyal die in Algeciras übernommenen Verpflichtungen erfüllen, und dies, obwohl in bestimmten französischen Kreisen ein leichtes Mißverständnis gegenüber den deutschen Absichten zu herrschen scheint. Vor einigen Jahren traute die öffentliche Meinung Frankreichs Deutschland kriegerische Absichten zu, was seitdem als grundlos erkannt worden ist. Neulich dagegen überwog anscheinend die extrem entgegengesetzte Anschauung an manchen Stellen, daß die Deutschen nämlich seien, wie die Franzosen sagen, „Pazifizisten", oder Leute, die für Frieden um jeden Preis sind. Diese Ansicht, abgesehen davon, daß sie irrig ist, schließt gewisse Gefahren ein, zu deren Beleuchtung der Kanzler folgende historische Reminiszenz erzählte: Bekanntlich erlitt, aus Mangel an Entschlossenheit seiner Minister, König Friedrich Wilhelm IV., dieser sonst so hochbegabte Monarch, eine grausame Demütigung vor den Berliner Insurgenten in der Revolution von 1848. Der Pöbel brachte die Leichen seiner auf den Barrikaden gefallenen Kameraden vor das Tor des Schlosses und zwang den König, sie zu grüßen. Schwer gedrückt von dieser Demütigung, zu der er gezwungen worden war, ging der König ein paar Tage später nach Potsdam und versammelte eine Anzahl der Offiziere der Garnison um sich. Er war dabei, ihnen die Sache auseinanderzusetzen, als sie mit den Säbelscheiden so heftig auf den Boden stießen, daß man seine Stimme nicht hören konnte. Diese neue Beleidigung regte den König so auf, daß er in Tränen ausbrach. Man sagt sogar, die Geisteskrankheit, der er schließlich erlag, nahm erst seit dieser Gelegenheit eine schwerere Gestalt an.

Fürst Bülow gab mir zu verstehen, daß diese Geschichte eine gute Illustration gewähre für die großen Pflichten, die der Stellung eines Monarchen anhaften und denen er sich nicht entziehen kann. Was auch seine persönlichen Neigungen sein mögen, er dürfe niemals seine Würde bloßstellen lassen, nicht durch innere, geschweige denn äußere Einflüsse, besonders wenn letztere die Ehre der Nation vor der ganzen Welt berühren. Der Fürst bemerkte, daß manche Leute zu denken scheinen, sie könnten in Deutschland Dinge tun, die unter analogen Umständen in anderen Ländern schwer empfunden werden würden. Der Kanzler bezog sich hier auf einen Artikel

aus dem Juliheft der „Contemporary Review“, der zugleich auch in einer Pariser Zeitschrift erschienen war, von dem polnischen Parlamentarier von Koscielski. Der Fürst bezeichnete es als ungeheuerlich, daß ein Mitglied des preußischen Herrenhauses und deutschen Reichstages es über sich brächte, in einer Zeitschrift des Auslandes seine Beschwerden gegen die Regierung seines eigenen Landes auszusprechen, und dazu in schädlichen irrigen Darlegungen, von denen der Artikel wimmele. Er meinte, es wäre unmöglich, sich einen englischen oder französischen Parteiführer vorzustellen, der so handelte. Aber über deutsche innere Angelegenheiten zu reden und zu handeln nach eigenem freien Belieben, hielte man für jedem Außenseiter erlaubt.

Deutschland wünschte nur, in Ruhe gelassen zu werden und in der Sorge für seine eigenen Sachen sein Heil zu suchen, wobei es natürlich eine nicht überschreitbare Grenze gibt, nämlich die nationale Ehre. Wenn irgend eine Gefahr drohe, so würde sie nicht aus dem Wunsch Deutschlands, den Frieden zu brechen, entstehen, sondern aus dem Glauben, es existiere ein abgemachter Plan, es in Schranken zu halten und zu demütigen. Der Gedanke, die deutsche Regierung verantwortlich zu machen für die deutsche Zeitungskritik an fremden Angelegenheiten — als wenn die deutsche Presse von Berlin aus kontrolliert würde —, ist lächerlich und als solcher unendlich oft bezeichnet worden. Kaum irgendwo gibt es weniger Zentralisation und Kontrolle im Zeitungswesen als in Deutschland. Das ist klar erwiesen durch die fortwährenden Preßangriffe auf die Regierung, die nicht einmal vor dem Angriff auf den deutschen Kaiser haltmachen.

Bei Erwähnung der Frage der englischen Tarifreform und wie sie Deutschland berühren würde, sagte Fürst Bülow, er wolle nicht mißverstanden sein, wenn er einen solchen Gegenstand berühre. Seine Ansichten darüber seien rein akademisch, ja platonisch, da er meine, die englische Tarif- und Handelspolitik gingen allein England an. Aber er müsse doch sagen, daß er die Chamberlainsche Idee des Reichsbundes verstehen könne. Aber in Übereinstimmung mit vielen Engländern könne er nicht sehen, wie die Tarifreform, die eine Conditio sine qua non für den Erfolg jenes Gedankens sein solle, durchgeführt werden könne, solange die englischen Kolonien ihren Zollschutz gegen das Mutterland richten können. Daß die Besteuerung von Rohmaterial, besonders Nahrungsmitteln gemeint ist, hat Chamberlain selbst offen zugegeben. Sollte die Tarifreform dann auch den Zoll auf fremde Industrieprodukte noch dazu nehmen, so würden die Engländer wohl bedenken, daß das ihren Handel mit den Vereinigten Staaten wahrscheinlich mehr berühren würde als den mit Deutschland. Denn die Ver-

einigten Staaten senden nicht nur so viel Rohmaterial nach England, wie manche der englischen Kolonien, sondern auch viele Industrieprodukte. Die Vereinigten Staaten empfangen dafür aber nicht den gleichen Betrag von England, wie das bei Deutschland der Fall ist. So scheint es dem Fürsten klar zu sein, daß die Tarifreform den Umfang des englischen Welthandels eher beschränken als erweitern würde. Jedenfalls, wenn sie ernstlich die deutsche Ausfuhr nach England — was keineswegs sicher ist — stören würde, so würde das ebenso als Schaden von den englischen Industrien empfunden werden, die jetzt ein großes und doch wohl gewinnbringendes Geschäft mit Deutschland machen. Denn während Deutschland für 39 Mill. Pfund jährlich nach Großbritannien exportierte, schickte England andrerseits in einem Jahr für 41 Mill. Pfund nach Deutschland zurück. M. a. W., Deutschland ist Englands größter und wichtigster Kunde geworden.

Bezüglich der Folgen, die von der kürzlichen Zusammenkunft des Königs von England mit dem Kaiser von Rußland in Reval erwartet werden könnten, meinte der Kanzler nicht, daß davon etwas Überraschendes erwartet zu werden brauchte. Die Russen haben genug mit ihren eigenen Angelegenheiten zu tun. Während des Besuchs des Präsidenten Fallières in Rußland neulich, hieß es, hätten 40 politische Hinrichtungen stattgefunden. Eine instruktive Quelle der Belehrung über russische Dinge kann man noch heute in den Berichten des verstorbenen Generals v. Schweinitz finden, die dieser als deutscher Botschafter aus Petersburg von 1876 bis 1892 geschickt hat. Sie liefern noch heute, nach so vielen Jahren, den Schlüssel für vieles, was sich schon in Rußland ereignet hat und wahrscheinlich noch ereignen wird. Dieser scharfsichtige Beobachter sprach aus, wie ausnahmslos jeder russische Krieg von irgend einer inneren Erhebung gefolgt werde, wie die der Dekabristen nach den großen napoleonischen Kriegen. Die Bauernbefreiung folgte auf den Krimkrieg, die nihilistische Bewegung kam auf der Höhe des russisch-türkischen Krieges von 1877. General von Schweinitz war überzeugt, daß Kaiser Alexander III. keinen Krieg führen würde, und so ist's auch gekommen. In bezug auf die russische Diplomatie in der Türkei erzählte Fürst Bülow eine charakteristische Geschichte vom Grafen Ignatiew aus dessen Zeit als russischer Botschafter in Konstantinopel. Statt seine Höflichkeiten den gerade in Macht stehenden Beamten zu erweisen, wie die meisten Diplomaten es getan hätten, machte der schlaue Russe es sich zur Regel, in der überschwänglichsten Weise jeden Minister zu besuchen, der gerade in Ungnade gefallen war. Ignatiew sagte seinen Freunden ganz offen, daß er dabei zwei verschiedene Gründe hätte, einmal, daß ihrer Macht eben entkleidete Männer wahrscheinlich mitteilsamer sind

als die im Amt befindlichen und so geneigt, wertvolle Informationen, die sie sonst für sich behalten hätten, von sich zu geben. Dann aber könnte man nicht wissen, wie bald sie wieder in Amt und Würden kommen würden, in welchem Falle sie natürlich einem Botschafter wohlgesinnt sein würden, der ihnen in der Zeit der Ungnade eine so deutliche Rücksicht gezeigt hatte.

Ich zögerte noch, nach direkter Information über die vermutliche Ansicht des Kanzlers über die deutsche Politik im nahen Osten zu fragen, um so mehr, als er mir bei verschiedenen früheren Gelegenheiten versichert hatte, daß ihre Absichten hier wie anderswo hauptsächlich darauf gingen, dem deutschen Handel ein weites Feld zu eröffnen. Die sensationelle Entwicklung, die in der Türkei von Tag zu Tag Platz greift, bildete natürlich einen Gegenstand des Interesses. Der Kanzler sagte, Deutschland wünsche die Entwicklung der Türkei unter einer starken und freien Regierung mit einem erleuchteten Souverän, als der der jetzige Sultan der Türkei wohl bekannt wäre. „Unsere Informationen veranlassen uns, zu glauben, daß die besten Elemente der Türkei die neue Bewegung begünstigen, und ich bin für meine Person zu liberal gesinnt, um es für möglich zu halten, daß man heute durch eine Autokratie, gestützt auf ein organisiertes Spionagesystem, regieren könne. Ein angesehener fremder Besucher in Konstantinopel hatte vor ein paar Monaten mit dem Sultan eine Unterhaltung, in der Se. Majestät klar die Bahn andeutete, die er seitdem eingehalten hat. Er sagte zu seinem Besucher, daß er weit davon entfernt, grundsätzlicher Gegner eines repräsentativen Regimes zu sein, er sich vielmehr überzeugt habe, daß unter einer parlamentarischen Regierung es viel schwieriger für die Großmächte sein würde, auf die Türkei einen Druck auszuüben, als es bisher der Fall war". Der Sultan hatte sicherlich einige frische Beispiele im Sinn, da er gezwungen gewesen war, Forderungen nachzugeben, die er nur für ungerecht halten konnte.

Der Kanzler versicherte mir, es sei nicht wahr, wie es in der Presse behauptet worden sei, daß Deutschland vom Sultan bei seinem letzten Vorgehen um Rat gefragt worden sei. Aber der Ausdruck freundschaftlicher Sympathie für den so glücklich und ohne Blutvergießen durchgeführten Umschwung sei seitens der deutschen Regierung nicht vorenthalten worden.

LI. Interparlamentarische Konferenz.

Am 17. September 1908 hielt die Interparlamentarische Union im Deutschen Reichstag ihre 15. Jahresversammlung ab. Die Union will durch Schaffung von persönlichen Beziehungen zwischen den Parlamentariern der Kulturländer dazu beitragen, die Friedensbestrebungen zu verwirklichen. Nach der einleitenden Ansprache des Prinzen Schönaich-Carolath hielt der Reichskanzler — wegen des internationalen Charakters der Versammlung und nach den Vorgängen in anderen Hauptstädten in französischer Sprache — folgende hier in deutscher Übersetzung wiedergegebene Rede [1]):

Meine Herren! Im Namen der Kaiserlichen Regierung habe ich die Ehre, Sie willkommen zu heißen. Sie werden, meine Herren, in Deutschland die Sympathien finden, die Sie zu erwarten berechtigt sind. Die interparlamentarische Vereinigung tagt zum ersten Male auf deutschem Boden, aber Sie sind bei uns nicht unbekannt. Mit der zivilisierten Welt weiß Deutschland die Dienste zu würdigen, die Sie einer edlen Sache leisten. Indem ich meinen Blick auf diese glänzende Versammlung richte, sehe ich in ihr alle Altersstufen vertreten, und das erscheint mir natürlich, denn in Ihrem Wirken vereinigen Sie den Schwung der Jugend mit der Erfahrung des gereiften Alters. So kämpfen Sie gegen die Zweifel und die Schwierigkeiten, die sich jedem schönen Werke entgegenstellen. So haben Sie mehr erreicht, als anfänglich angenommen wurde. Von ausgezeichneten Männern geleitet — ich will nur Ihren Senior nennen, Herrn Frederic Passy, den wir zu unserer Freude unter uns sehen, Herrn Passy, den ich mich erinnere, vor etwa dreißig Jahren in Paris gesehen zu haben, und den wir alle so hochherzig, feurig und jung wie in der Vergangenheit hier wiederfinden — haben Sie ihre Aufgabe verfolgt, Bürgschaften für den Frieden und die Eintracht unter den Völkern zu erlangen. Eine schwierige Aufgabe, eine mühselige Aufgabe, denn manche Leidenschaften und Vorurteile stellen sich ihr entgegen, aber auch eine wohltätige Aufgabe. Ich kann es ohne Übertreibung sagen: Von Jahr zu Jahr hat Ihr Erfolg zugenommen. Sie sind Abgeordnete, meine Herren, und ich bin Minister, ein Minister, der sich seit elf Jahren in diesem Saal oft an die Vertreter seines Landes gewendet hat. Wenn ich auch kein parlamentarischer Minister in des Wortes verwegenster Bedeutung bin, so bin ich doch ein streng und ehrlich konstitutioneller Reichskanzler. Ich hoffe sehr, daß Ihre deutschen Kollegen mir nicht widersprechen werden. Als konstitutioneller Minister weiß ich, daß Sie, als Volksvertreter, die Gefühle Ihrer Mitbürger ausdrücken. Was man auch sagen mag, deren Wünsche sind der Mehrzahl nach der Eintracht, dem Fortschritt und dem

[1]) Berliner Lokalanzeiger 17. September 1908.

Frieden günstig, das heißt, sie sind in Übereinstimmung mit Ihren Bestrebungen. Was die Regierungen betrifft, so werden Sie ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie Ihren Wünschen entgegengekommen sind, indem sie internationale Verträge abgeschlossen haben. Die Regierungen haben dabei Ihre Anregungen beachtet, indem sie sich mit allen ihnen reif erscheinenden Fragen beschäftigten. Wenn die Regierungen entschlossen sind, diesen Weg in der Zukunft wie in der Vergangenheit zu verfolgen, so ist dies, meine Herren, zum Teil Ihr Verdienst. Die Regierungen sind unter sich einig und einig mit Ihnen über das anzustrebende Ziel. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich darauf, welche Bahnen man einschlagen muß, um dieses Ziel am besten und sichersten zu erreichen.

In Deutschland nehmen wir lebhaften Anteil an den Fragen, die die interparlamentarische Vereinigung beschäftigen, und besonders an der Schiedsgerichtsfrage. Wir haben, ich erlaube mir, es hier in Erinnerung zu bringen, auf der zweiten Haager Konferenz das auf das Prisengericht bezügliche Abkommen vorgeschlagen und unterzeichnet und den Entwurf unterstützt, der auf die Errichtung eines dauernden Schiedsgerichtshofes hinzielt, dessen Annahme den Mächten in dem Schlußprotokoll der Konferenz empfohlen wurde. Wir selbst haben in verschiedenen Verträgen von dem Schiedsgerichtsverfahren Gebrauch gemacht. Wir haben in eine große Zahl von Handelsverträgen die Schiedsgerichtsklausel, obligatorisch oder fakultativ, eingefügt. Wir machen es uns zur Pflicht, an der Konferenz der Seemächte teilzunehmen, die in einigen Wochen in London stattfinden wird. Unsere Mitwirkung ist im voraus für alle Vorschläge gewonnen, die mit den Interessen der rechtmäßigen Verteidigung wie mit den unverjährbaren Gesetzen der Menschlichkeit vereinbar sind. Aber, meine Herren, es gibt einen anderen schlagenden Beweis für das Interesse, das Deutschland an Ihrem Werke nimmt, das ist die wachsende Zahl von deutschen Abgeordneten, die an der interparlamentarischen Vereinigung teilnehmen wollen.

(Beifall.)

Eine schon ziemlich lange Erfahrung hat mir bewiesen: Um Mißverständnisse zu zerstreuen, ist nichts so geeignet, als sich durch Anknüpfung persönlicher Beziehungen kennen zu lernen.

Ich habe noch ein Wort zu sagen, das mir nötig scheint, denn man hat Ihrem Werke einen Charakter beilegen wollen, den es nicht hat, man hat Ihnen, meine Herren, Absichten zuschreiben wollen, die Sie nicht hegen. *Friedensliebe bedeutet nicht Mangel an Vaterlands-*

liebe. Es sind Patrioten, die sich bemühen, Konflikten vorzubeugen durch Bekämpfung der immer schädlichen Unwissenheit, ungesunder Rankünen, des oft blinden Hasses, der nicht selten trügerischen Ambitionen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

So vorgehend geben Sie einen Beweis von Patriotismus, eines Patriotismus, der den Weg frei macht, der Hindernisse beseitigt und so den Aufstieg der Menschheit zu dem allen Zeiten und allen Völkern gemeinsamen Ideal erleichtert.

(Lebhafter Beifall.)

Belehrt durch seine Geschichte, die ihm drei Jahrhundert hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erspart hat, will und muß Deutschland stark genug sein, um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Es mißbraucht seine Kraft nicht und wird sie nicht mißbrauchen. Das deutsche Volk, das Frieden wünscht, einen auf Recht und Gerechtigkeit gegründeten Frieden, und das durch Bewahrung des Friedens während so vieler Jahre die Aufrichtigkeit seines Wunsches bewiesen hat, zollt Ihren Arbeiten Beifall. Ich weiß mich mit meinen Landsleuten einig, indem ich Ihnen sage: Mögen Ihre Arbeiten fruchtbar sein, mögen sie nutzbringend sein für alle Völker, deren Vertreter uns die große Freude und die große Ehre erwiesen haben, nach Berlin zu kommen.

(Anhaltender, lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Am 19. September veranstaltete der Kanzler im Garten des Reichskanzlerpalais einen Empfang für die Mitglieder der interparlamentarischen Konferenz. Bei diesem Anlaß hielt Lord Weardale eine Ansprache an den Kanzler, in der er diesem dankte für das Sidney Whitman gewährte Interview [1]), das in England mit Befriedigung gelesen worden sei. Lord Weardale fügte hinzu, daß 99% aller Engländer die allerbesten Beziehungen zu Deutschland wünschten. Der Reichskanzler antwortete darauf in englischer Sprache [2]):

„Er freue sich sehr, die Herren bei sich zu sehen, er könne von seiten der Deutschen, des Kaisers und des deutschen Volkes, wie von seiner eigenen Seite versichern, daß wir nur beabsichtigten, die allerbesten Beziehungen zu England zu haben; er hoffe, daß die Kongreßmitglieder sich hier von dieser guten Gesinnung überzeugt hätten und sich wohl gefühlt haben möchten. Übrigens bedauere er, daß er kein besseres Englisch spräche."

In einem längeren Gespräch mit Alexander Gutschkow, dem Führer der russischen Oktobristenpartei, bemerkte Fürst Bülow: Er persönlich sei der Meinung, daß zwischen Rußland und Deutschland nur solche Mißverständnisse bestehen könnten, die

[1]) S. Nr. L.

[2]) Nordd. Allgem. Ztg. 20. Sept. 1908.

stets zu beseitigen wären. Zum Beweise dessen führte der Reichskanzler den Umstand an, daß weit über 100 Jahre zwischen den Nachbarländern Rußland und Deutschland keine Kriege stattgefunden hätten. „Aber in der Vergangenheit hat man doch viel vom deutsch-russischen Kriege gesprochen, Durchlaucht", bemerkte Gutschkow. „Aber es blieb auch bei Gesprächen", erwiderte der Fürst.

LII. Internationaler Pressekongreß.

Auch für die Teilnehmer des in Berlin tagenden internationalen Pressekongresses gab Fürst Bülow am 22. September 1908 im Garten des Reichskanzlerpalais einen Empfang. Im Namen des Kongresses dankte der Präsident, W. Singer, für den freundlichen Empfang: Der Kanzler habe wohl erkennen wollen, daß die Presseverbindung bei dem Bestreben der Staatsmänner, in die Beziehungen der Völker möglichst viel Frieden, Freundschaft und Gerechtigkeit zu leiten, tätig mithelfen könnte. Und in der Tat sei es der sehnlichste Wunsch des Kongresses, solange die Weltereignisse es erlaubten, die Wege des Friedens zu wandeln. Der Redner fügte in französischer Sprache einige Worte hinzu, in denen er als besondere Freundlichkeit gegenüber der Presse hervorhob, daß der Fürst seinen Urlaub unterbrochen hätte, um auch diesen Kongreß empfangen zu können. Dicht umdrängt von den Gästen, erwiderte Fürst Bülow:

Meine Herren und Damen! Ich danke Ihrem verehrten Herrn Präsidenten für seine freundlichen und beredten Worte, ich danke Ihnen allen für die sympathische Aufnahme, die Sie diesen Worten bereitet haben. Sie haben, meine Herren, heute bereits arbeitsreiche Stunden hinter sich. Ich hoffe, daß Ihre Beratungen den Interessen Ihres Berufs förderlich gewesen sind. Ich hoffe, daß Ihre Verhandlungen auch weiter zu Ihrer aller Zufriedenheit verlaufen werden. Es ist mir eine große Freude, Sie hier begrüßen zu können, und ich hoffe, daß Sie auch diese Stunden der Erholung nicht als verloren betrachten werden. Ich will Ihnen verraten, meine Herren von der Feder, daß meine Beziehungen zur Presse früh angefangen haben. Wir saßen eines Abends in Frankfurt, der schönen Mainstadt, um den runden Familientisch, meine Eltern, meine Geschwister und ich, als das Abendblatt hereingebracht wurde, — ich weiß nicht mehr, war es das Frankfurter Journal oder die Augsburger Allgemeine Zeitung. Voll Wißbegierde griff ich dummer zehnjähriger Bengel nach dem Blatt, fuhr in meinem Eifer mit allen fünf Fingern in den heißen Zylinder der Lampe, die auf dem Tisch stand, und verbrannte mich greulich.

(Heiterkeit.)

Das war das erstemal, daß ich mir die Finger mit der Presse verbrannt habe

(Große Heiterkeit),

und 15 oder 18 Jahre später — ich war jugendlicher Geschäftsträger in Athen — las ich in einem großen Wiener Blatt, einem Weltblatt,

das ich zu meiner Freude hier vertreten sehe, etwa folgendes: Fürst Bismarck — las ich da — muß ein wahrer Meister der diplomatischen Kunst sein, wenn er alle Torheiten wieder gutmachen will, die der deutsche Geschäftsträger in Athen jetzt anrichtet.

(Große Heiterkeit.)

Schon das Äußere dieses Geschäftsträgers; wie Numero 5 am Geschütz — die Numero 5 am Geschütz ist, soviel ich weiß, der Kanonier, der gar nichts zu tun hat — schaut der drein, so einfältig schaut dieser junge Herr v. Bülow in die Welt. Das war das erstemal, daß sich die Presse eingehender mit mir beschäftigt hat. Nasus displicuit meus. Mein Äußeres hat dem betreffenden Korrespondenten nicht gefallen. Ich weiß nicht, ob der Herr, wenn er noch lebt, jetzt günstiger über mich denkt, von der Neuen Freien Presse hoffe ich es, without fishing for compliments.

Ich habe später auch angenehmere Erfahrungen mit der Presse gemacht. Als ich, wieder um einige Jahre später, es war Anfang der achtziger Jahre, an unserer Pariser Botschaft tätig war, da frug ich einmal — ich war in melancholischer Stimmung, ich fand, mein Avancement ging nicht rasch genug, in der Armee nennt man das die Leutnantsmelancholie — den Vertreter der Times, Blowitz — es war ein kluger Mann —, ob ich Aussichten im Journalismus hätte. „Sofort bringe ich Sie an", erwiderte mir Herr v. Blowitz, „mit 30 000 Franks jährlich". Das hat damals mein Selbstvertrauen gestärkt, und noch heute macht die Erinnerung mir Vergnügen. Ich habe im allgemeinen beobachtet, daß es wenige Politiker gibt, die nicht, namentlich wenn kein Journalist zugegen ist, gern einmal über die Presse raisonnieren. Aber es gibt noch weniger Politiker, die nicht wünschten, daß die Presse von ihnen selbst nett sprechen möchte, und am allergeringsten ist die Zahl derjenigen Politiker, die es ertragen können, daß die Presse sich gar nicht mit ihnen beschäftigt. Das Veilchen, das im Verborgenen blüht, das gute Blümchen will keiner sein.

Seien Sie auch gerecht, meine Herren, was wären Achilles und Hector und Diomedes ohne Homer! Wie das Schallrohr der Presse die Töne weiterträgt, so haften sie im Gedächtnis der Menschen, so wirken sie auf die Menschen. Groß, sehr groß ist in unseren Tagen die Macht der Presse. Sie kann Gerüchte verbreiten, Vorstellungen erwecken, Ansichten hervorrufen, Überzeugungen begründen, die für lange Zeit hinaus durch nichts mehr zu erschüttern sind. Die wenigsten machen sich klar, daß das ein Novum ist in der Weltgeschichte, in der Kulturgeschichte der Menschheit. Wenn in früheren Jahrhunderten ein Libell diese oder jene Malice brachte, so fand

es 500 oder 5000 Leser. Der Angegriffene verfaßte seine Gegenschrift, die ebenso viele Leser fand, womöglich dieselben, und die Sache war ausgestanden. So war es noch in der Zeit der holländischen Pamphlete, über die Ludwig XIV. sich ärgerte, und der Gazetten, die Friedrich der Große nicht genieren wollte. Wenn aber heute ein Blatt einem Mann der Öffentlichkeit etwas anhängt, so läuft das weiter, wie der elektrische Funke längs dem Telegraphendraht, und ehe der betroffene die Zeit findet, die Sache gründlich richtigzustellen, hat sich die Vorstellung in den Köpfen von hunderttausend, ja Millionen, festgesetzt, sie ist oft unausrottbar geworden. — Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, ein ganz unschuldiges Beispiel. Ich bin überzeugt, daß es wirklich Leute gibt, die glauben, daß ich mich auf meine Reden vorbereite mit dem Büchmann in der Hand.

(Heiterkeit.)

Der harmlose Scherz eines Journalisten, noch dazu eines mir befreundeten Journalisten, — on n'est trahi que par les siens — brachte die Vorstellung in Umlauf und nun sitzt sie fest. In Wirklichkeit habe ich den Büchmann, der übrigens ein gutes Buch ist, ein mit Liebe zusammengestelltes Buch, erst vor wenigen Jahren in die Hand bekommen, als es mir ein leider seither verstorbener Parlamentarier zum Geschenk machte, als Aprilscherz. Zitiert habe ich immer. Ich erinnere mich, schon als Sekundaner, auf dem Gymnasium Carolinum in Neustrelitz, wurde ich von dem würdigen Rektor Schmidt ermahnt, nicht soviel zu zitieren. Aber ich habe immer aus dem Gedächtnis zitiert. Das ist ein ganz unschuldiges Beispiel. Ich freue mich immer, wenn ich mich in den Witzblättern abgebildet finde mit dem Büchmann in der Hand und mit meinem braven Pudel neben mir.

Aber ich kenne auch Beispiele, wo gehässige Vorurteile genährt, wo wirkliche Verdienste geschmälert, wo Gerade in Ungerade und Ungerade in Gerade verwandelt wurde, wo Unrecht, Ungerechtigkeit und Unwahrheit gefördert wurden durch die Macht der Presse. Je größer diese Macht geworden ist, um so gewissenhafter muß sie gehandhabt werden. Nun will ich mal wieder zitieren: Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahret sie!

(Beifall.)

Und, meine Herren, nicht allein der Menschheit Würde! Nehmen Sie als politisch denkende und an Ihrem Teil auch vor der Geschichte verantwortliche Männer ein ernstes Wort von mir mit. Ich spreche zu Journalisten aller Länder, und ich möchte, daß meine Worte auch über Ihren Kreis hinaus gehört würden: Ich glaube, daß der Journalist Patriot sein soll. Aber Patriotismus heißt nicht Ungerechtigkeit gegen andere.

(Beifall.)

Wir sind nun einmal darauf angewiesen, auf dieser Welt mit- und nebeneinander auszukommen. Das haben Sie selbst anerkannt, indem Sie sich zu einer internationalen Vereinigung zusammen getan haben. Da sind Sie angewiesen auf den gegenseitigen guten Willen. Nehmen Sie das als Abbild und Vorbild des Verkehrs und des Zusammenlebens der Völker. Auch die Völker sind in ihren internationalen Beziehungen angewiesen auf guten Willen und ehrliches Entgegenkommen, auf gegenseitiges Verständnis und auf freundlichen Ausgleich.

Und nun meine Herren, bedenken Sie, wieviel die Presse, wieviel Sie dazu beitragen können, diese Beziehungen freundlicher zu gestalten und zu glätten, wieviel Sie aber auch tun können, um diese Beziehungen zu vergiften und in Feindschaft zu verwandeln. Ein gewaltiges Instrument ruht in Ihrer Hand, gleich geeignet, zu nützen und zu schaden. Mögen es stets erfahrene Hände sein, denen dies Instrument anvertraut ist, erleuchtete Köpfe, die zu dirigieren wissen, zum Heile der Menschheit, und zum Besten der Völker.

(Beifall.)

Und nun, meine Herren, wünsche ich Ihnen noch einmal besten Erfolg für Ihre Arbeiten und nochmals herzlichen Dank für Ihr Kommen, Ihnen und Ihren Damen!

(Lebhafter Beifall.)

LIII. Enthüllungsfeier in der Walhalla.

Am 18. Oktober 1908 traf der Reichskanzler zur Teilnahme an der Feier der Enthüllung der Büste des Fürsten Bismarck in der Walhalla in Regensburg ein. Bei dem Festakte in der Walhalla ergriff nach einer Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Podewils Fürst Bülow das Wort:

Euere Exzellenzen! Meine Herren! An dieser weihevollen Stätte kann kein Deutscher stehen, ohne im tiefsten Herzen ergriffen zu werden von den gewaltigen Erinnerungen, welche um die hier vereinigten Denkmäler der edelsten Geister unseres Volkstums schweben. Deutscher tritt — wie der hohe Erbauer es erhoffte und woran Euere Exzellenz soeben erinnerte — der Deutsche heraus aus dieser Halle. Und wenn künftig der Besucher das Auge auf dem nun enthüllten Abbild Otto v. Bismarcks ruhen lassen wird, auf dem Bild des Deutschesten aller Deutschen, so wird ihm zum Bewußtsein kommen, wie das Werk König Ludwigs I. sich in gleichem Maße innerlich vollendet hat, wie unserem Volke das höchste Gut, die natio-

nale Einheit, zurückgewonnen wurde. Daß hier dem Fürsten Bismarck als dem Vollender der deutschen Einheit ein Denkmal errichtet werden konnte, ist ein Höhepunkt in der Geschichte dieses Baues, die ihr Ziel findet in der Erfüllung der nationalen Träume König Ludwigs.

Lassen Sie uns einen Augenblick bei jener trüben Zeit verweilen, wo den Kronprinzen Ludwig zum ersten Male der Plan der Walhalla beschäftigte, den er als König so herrlich verwirklicht hat. Es waren — er hat es selbst gesagt — die Tage von Austerlitz, Ulm und Jena, die Zeit unserer Selbstzerfleischung und tiefsten Erniedrigung. Dem Genius unseres Volkes schienen die Schwingen für immer zerbrochen, und ein Schwärmer hieß, wer noch an eine Zukunft des deutschen Namens glaubte. Als ein Schwärmer mag auch der königliche Jüngling vielen erschienen sein, der gerade in diesen Tagen den unerschütterlichen Glauben an eine nationale Wiedergeburt und Einigung des deutschen Volkes nicht aufgab. Sein Hoffen wurde erfüllt, vornehmlich durch den Mann, dem heute dies Denkmal geweiht wird, erfüllt durch gemeinsame Tat der deutschen Stämme, des ruhmvollen bayerischen Stamms nicht zuletzt. Und es war auch ein geschichtlicher Akt von tiefer symbolischer Bedeutung, daß ein Sohn König Ludwigs, daß der verehrungswürdige Regent des Königreichs Bayern es gewesen ist, durch dessen Hände jener für die Kaiserfrage entscheidende Brief in Versailles an König Wilhelm I. gelangte. Dieser Schicksalsfügungen uns zu erinnern, werden wir heute besonders aufgefordert, wo wir Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzregenten ehrfurchtsvollen Dank darbringen für die Errichtung dieses Denkmals, für die hochherzige Wahrung des Vermächtnisses seines verewigten Herrn Vaters.

Und wenden wir nun den Blick zu dem Bilde des Fürsten Bismarck, so wird auch die Erinnerung an die treue Sorgfalt wach, welche der erste Kanzler des Deutschen Reichs seinen Beziehungen zu Bayern und zum bayerischen Königshause zuwandte. Er war stolz darauf, daß seine Ahnen vom Kaiser Ludwig und dessen Nachfolgern in der Mark Brandenburg ausgezeichnet worden waren. Und wie hohe Bedeutung er dem schönen Verhältnis des Vertrauens beimaß, in dem er zu König Ludwig II. stand, das hat er noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" bekundet, wo niemand ohne Bewegung die Briefe lesen wird, die er an den verewigten König schrieb und von ihm empfing. Es spricht aus diesen Briefen neben der Verehrung für das bayerische Königshaus auch jene weise Schätzung des nationalen Wertes der deutschen Fürstenhäuser, die Fürst Bismarck einmal im Reichstag in den Worten niederlegte: „Mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den

Dynastien" — das Vertrauen in den nationalen Sinn der Dynastien, dem die sorgsame Achtung ihrer Rechte entspricht. Kein Kanzler des Deutschen Reichs wird sich hier jemals von den Bahnen entfernen dürfen, die Fürst Bismarck vorgeschrieben hat. Und mir persönlich ist es ein Bedürfnis, Zeugnis dafür abzulegen, daß ich die Achtung vor diesen Rechten als gleichbedeutend betrachte mit der Achtung vor den föderativen Grundlagen des Reiches. Die deutschen Dynastien und die deutschen Stämme, durch gleiche Vaterlandsliebe und gemeinsame nationale Gesinnung in unlöslicher Einheit miteinander verbunden, sie können doch sicher sein, daß die Ansprüche der Gesamtheit niemals das Opfer ihrer Eigenart verlangen, mit deren Verschwinden das Deutsche Reich um ein wesentliches Gut verarmen würde, jene Eigenart, die sich erst recht zu entfalten vermag im Schirm und Frieden des Deutschen Reichs, wie es der Dichter besingt:

Eins nach außen, schwertgewaltig,
Um ein hoch Panier geschart,
Doch im Innern vielgestaltig,
Jeder Stamm nach seiner Art.

Meine Herren, es ist eine denkwürdige Stunde, wo an dieser durch den Patriotismus und den Kunstsinn des bayerischen Herrscherhauses geschaffenen Stätte das Denkmal des ersten Reichskanzlers eingeweiht wird. Und es sind Gefühle tiefer Dankbarkeit, mit denen wir rufen: Gott schütze und erhalte das Haus Wittelsbach!

Danach begaben sich der Reichskanzler und die anderen Ehrengäste nach dem Rathaus, um einer Einladung der Stadt Regensburg zum Frühstück in dem alten Kurfürstenzimmer zu entsprechen. Oberbürgermeister G e i b hieß namens der städtischen Behörden die Gäste und besonders den Reichskanzler an historischer Stätte herzlich willkommen. Der Reichskanzler erwiderte mit folgender Ansprache:

Verehrter Herr Oberbürgermeister! Gestatten Sie mir, Ihnen und den anwesenden Vertretern und Bürgern der Stadt Regensburg meinen herzlichsten Dank zu sagen für Ihre freundliche Einladung. Ich bin gerne nach Regensburg gekommen, und ich bedauere nur, daß es mir nicht möglich ist, länger im Schatten Ihres herrlichen Doms, in den Mauern Ihrer Stadt zu weilen, die bald zwei Jahrtausende an sich hat vorüberziehen lassen und die so reich ist an Erinnerungen aus unserer Geschichte in guten und in trüben Zeiten. Und ich bin gewiß, Sie werden mit mir Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzregenten dankbar sein, daß er in gewohnter und zartsinniger Güte zu der Feier des heutigen Tages auch den Enkel des Fürsten Bismarck eingeladen hat. Kein Deutscher kann ohne Bewegung auf diesen

Knaben blicken, der solche Erinnerungen wachruft, die Erinnerung an seinen zu früh dahingegangenen Vater, an seinen unsterblichen Großvater, diesen jungen Fürsten, von dem wir hoffen, daß er einst seinen großen Namen würdig tragen möge. Wir hoffen alle, daß das liebe Kind sich von dem Unwohlsein, von dem es eben befallen wurde, bald ganz wieder erholen möge.

Meine Herren, unsere Herzen sind noch erfüllt von den Eindrücken der weihevollen Stunde, die wir soeben in der Walhalla verbracht haben. Und hier in dieser kerndeutschen Stadt wird man die Bedeutung dieser Feier allgemein mitempfinden. Sind Sie doch gewissermaßen zur Wacht bestellt für das große Werk des edlen, im tiefsten Sinne deutschen Königs, zu dem immer wieder die Gedanken zurückkehren, angeregt durch seine unvergänglichen Schöpfungen, durch sein unermüdliches Wirken für die Erweckung nationaler Kunst und die Pflege nationaler Gesinnung. Die Chronik der Stadt Regensburg lehrt auf allen Blättern, wie schwer es dem deutschen Volke geworden ist, zu dem Besitze der Einheit zu gelangen, der wir uns heute erfreuen. Wenn irgend eine Stadt, so weiß Regensburg, daß Deutschland steht und fällt mit seiner Einheit. Im Innern, da mag es Streit geben, Kampf der Meinungen und Parteien, Gegensätze mancher Art. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Aber, wo es um die Größe, die Macht und das Ansehen des Landes geht —, da gibt es nur e i n Deutschland. Von dieser Einsicht ist die ganze Nation erfüllt. Ich leere mein Glas auf das Wohl der Stadt Regensburg und ihrer Vertreter und auf die Einheit der Nation.

Um 4 Uhr nachmittags fand im Regierungsgebäude ein Festessen statt, dem sämtliche Ehrengäste und die anderen Teilnehmer an der Walhalla-Feier beiwohnten. Den ersten Toast brachte der Reichskanzler Fürst Bülow aus. Er sagte:

Ich bin überzeugt, Ihrer Aller Empfinden entgegenzukommen und Ihre Gefühle wiederzugeben, wenn ich Sie auffordere, mit mir auf das Wohl Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten von Bayern zu trinken.

Mehr als zwei Jahrzehnte sind verflossen, seit Seine Königliche Hoheit unter schwierigen Verhältnissen die Regierung über Bayern übernahm, und heute können wir sagen, daß er die Verehrung nicht nur des Bayernvolkes, sondern aller Deutschen genießt. Insbesondere ist Seine Majestät der Deutsche Kaiser erfüllt von der innigsten Freundschaft und Hochschätzung für seinen erlauchten Oheim und Freund. Wir alle wissen, daß der Prinzregent Einsicht mit strenger Pflichterfüllung und wahrer Menschlichkeit verbindet. Und wenn es etwas gibt, was uns den Prinzregenten noch teurer machen könnte, so ist es sein einfaches, schlichtes und echt vornehmes Wesen. Es ist mir

ein Bedürfnis, meinem Dank Ausdruck zu geben für das gnädige Vertrauen und das Wohlwollen, das der hohe Herr mir seit dem ersten Jahre meines Amtsantritts erwiesen hat. Möge es Seiner Königlichen Hoheit noch recht lange vergönnt sein, mit immer gleich bewundernswürdiger Frische und Rüstigkeit seines schweren Amtes zu walten zum Wohle Bayerns und zum Segen des Reiches. Seine Königliche Hoheit der Prinzregent hoch, hoch, hoch!

LIV. Internationale Urheberrechtskonferenz.

Am 14. Oktober 1908 wurde im Bundesratssitzungssaal des Reichstags die zweite internationale Konferenz zur Revision der Berner Urheberrechtsübereinkunft eröffnet. Der Präsident, Minister a. D. Dr. v. S t u d t, verlas dabei folgendes Begrüßungsschreiben des Reichskanzlers:

Sehr geehrte Herren! Ich bedauere aufrichtig, nicht persönlich der Eröffnung der zweiten Internationalen Konferenz zur Revision der Berner Urheberrechtskonvention beiwohnen zu können.

Um so lebhafter empfinde ich das Bedürfnis, Sie schriftlich in dem Augenblicke willkommen zu heißen, wo Sie sich in Berlin versammeln. Es sei mir gestattet, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Berliner Konferenz würdig die Überlieferungen der vorangegangenen Konferenzen fortsetzen und daß es ihr gelingen möge, uns dem Ziele näherzubringen, welches wir dank der Mitarbeit so vieler hervorragender Männer, die als Vertreter ihrer Regierungen hierhergekommen sind, zu erreichen suchen.

Ich werde mit ganz besonderem Interesse dem Gange Ihrer Arbeiten folgen und hoffe, daß ich noch das Vergnügen und die Ehre haben werde, persönlich die Konferenzmitglieder begrüßen zu können.

Der Reichskanzler
(gez.) B ü l o w.

LV. Nationaldenkmal für den Fürsten Bismarck.

Dem Fürsten Otto v. Bismarck soll auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück, gegenüber dem Denkmal der Germania auf dem Niederwald, ein Nationaldenkmal errichtet werden, das am 1. April 1915 enthüllt werden soll. Fürst v. Bülow nahm die Stelle des Vorsitzenden des dafür begründeten Komitees mit folgendem Telegramm an[1]):

Herrn Reichstagsabgeordneten Bassermann, Berlin.

Euer Hochwohlgeboren danke ich für das freundliche Begrüßungstelegramm mit der Bitte, den Mitgliedern des Ausschusses zu wiederholen,

[1]) Nordd. Allg. Ztg. 8. November 1908.

wie ehrenvoll es für mich ist, an der Spitze der Vereinigung zu stehen. Möge das geplante Werk seiner Vollendung rasch entgegengehen am Ufer unseres Rheins als neuer Markstein großer Zeit, als Wahrzeichen unserer Einheit, zum dauernden Gedächtnis für die kommenden Geschlechter.

(gez.) Reichskanzler Fürst Bülow.

LVI. Zur Hundertjahrfeier der Städteordnung.

Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" hatte zum 19. November 1908 eine Festschrift herausgegeben, in der Stadtvertreter und Gelehrte mit der Städteordnung in Zusammenhang stehende Fragen beleuchteten und für die auch Staatsmänner um Äußerungen gebeten worden waren. Die des Fürsten Bülow lautete:

Die Städteordnung war das letzte Gesetz, das unter dem Namen des Freiherrn vom Stein im Herbst des Jahres 1808 vor seiner Entlassung ergangen ist. Die Königsberger Bürgerschaft hatte dem Werke vorgearbeitet. Der Königsberger Polizeidirektor Frey war Steins wertvollster Mitarbeiter. In Königsberg hat Friedrich Wilhelm III. das Gesetz vollzogen. In Königsberg und Elbing ist die neue Ordnung zuerst erprobt und bewährt worden. So ziemt es sich wohl, daß die Vertreter der Städte Preußens jetzt nach hundert Jahren auf Königsberger Boden die Erinnerung an jene Tat feiern, welche den Grund zu der neuen Blüte städtischen Wesens legte und aus trüber Zeit als Zeugnis festen Bürgersinns und staatsmännischer Weisheit in eine hellere Gegenwart herüberleuchtet.

LVII. Kundgebungen zu der Rede vom 10. Nov. und der kaiserlichen Kundgebung vom 17. Nov. 1908.

Der konservative Verein für Halle-Saalkreis hatte seine Freude darüber ausgesprochen, daß das deutsche Volk von der bangen Sorge der Möglichkeit eines Wechsels in der Führung des höchsten Staatsamtes befreit sei.

Der Reichskanzler antwortete wie folgt [1]):

Dem konservativen Verein danke ich für sein freundliches Telegramm. Mit dem deutschen Volke freue ich mich des Ergebnisses des gestrigen Tages, der uns dem edlen Sinne unseres Kaisers aufs neue zu innigem Danke verpflichtet.

Fürst Bülow.

---

[1]) Nordd. Allg. Ztg. 21. November 1908.

Ebenso hatte eine nationalliberale Bürgerversammlung zu Breslau eine Resolution zugunsten des Verbleibens im Amte dem Reichskanzler übermittelt. Darauf sandte der Fürst nachstehende Depesche an den Universitätsprofessor Dr. Georg Kaufmann[1]):

Für die Vertrauenskundgebung der nationalliberalen Versammlung bitte ich meinen aufrichtigsten Dank entgegenzunehmen. Mit Ihnen hoffe ich zugleich, daß in Preußen und Deutschland jetzt wie immer ernste Erlebnisse Herrscher und Volk nur näher zueinander führen.

Auf eine Resolution einer von der Reichspartei, der nationalliberalen Partei und der Deutschen Volkspartei zu Freiburg i. Br. einberufenen Versammlung ging dem Vorsitzenden des Reichsparteilichen Vereins Professor Dr. v. Below folgendes Danktelegramm des Reichskanzlers zu[2]):

Für die patriotische Begrüßung der von der nationalliberalen Partei, Reichspartei und Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung sage ich aufrichtigen Dank! Ganz Deutschland hat guten Grund, die Kundgebung unseres Kaisers mit so viel Vertrauen, Dankbarkeit und Hoffnung aufzunehmen, wie dies zu meiner Freude in Freiburg geschehen ist.

Reichskanzler Fürst Bülow.

LVIII. An Dr. Emil Rathenau.

Schreiben an den Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Geheimen Baurat Dr. Emil Rathenau:

Berlin, den 10. Dezember 1908.

Sehr geehrter Herr Geheimrat.

Zum morgigen Tage, an dem Sie auf 7 Dezennien eines an Erfolgen ungewöhnlich reichen Lebens zurückblicken können, erlaube ich mir, Ihnen, zugleich im Namen meiner Frau, meine aufrichtigsten Glückwünsche darzubringen. Möchte es Ihnen noch lange vergönnt sein, in ungebrochener Kraft des Körpers und des Geistes für die Entwicklung unserer elektrischen

[1]) Nordd. Allg. Ztg. 21. Nov. 1908.

[2]) Nordd. Allg. Ztg. 25. November 1908.

Industrie zu wirken und die Früchte Ihres arbeitsvollen Lebens im Kreise der Ihrigen zu genießen.

Mit der Versicherung meiner wahren Hochachtung bin ich, verehrter Herr Geheimrat

Ihr sehr ergebener

(gez.) Bülow.

LIX. Ernst von Wildenbruch.

Beim Tode Ernst von Wildenbruchs richtete der Reichskanzler an Frau von Wildenbruch nachstehendes Telegramm: [1])

Meine Frau und ich nehmen innigen Anteil an Ihrem tiefen Schmerze. Wir trauern um einen gottbegnadeten Dichter, einen edlen Patrioten und einen Bannerträger unseres nationalen Idealismus. Möge Ihnen, verehrte gnädige Frau, die Teilnahme des deutschen Volkes an diesem herben Verlust Trost und Linderung bringen.

Die „Neue Revue" brachte später noch die folgende Äußerung des Fürsten Bülow über den Dichter[2]):

Die Zeitungen haben beim Tode Wildenbruchs so viele schöne und verständnisvolle Würdigungen seiner Persönlichkeit veröffentlicht, daß ich das Gefühl habe, es bleibe kaum noch etwas zu sagen.

Ganz allgemein hat sich die Empfindung geltend gemacht, daß Wildenbruchs Tod einen nationalen Verlust bedeutet.

Ich selber teile diese Empfindung.

Ich glaube, daß sein begeisterndes Wort noch manchesmal uns fehlen wird, wenn es gilt, das Volk mit vaterländischen Gedanken zu erfüllen.

Ich glaube, daß wir ihn noch oft vermissen werden, wenn die Nation aufrichtenden Zuspruchs bedarf; und ich meine, daß wir ihn auch da entbehren werden, wo Entrüstung gegen Niedrigkeit und Gemeinheit ehrlichen und vornehmen Ausdruck sucht.

Es war eine reine und klare Flamme, die in seinem Herzen brannte.

Daß sie so früh erloschen ist, werden wir alle noch lange beklagen.

---

[1]) Nordd. Allg. Ztg. 19. Januar 1909.

[2]) Berliner Lokal-Anzeiger 27. Januar 1909.

LX. Staatsbürgerliche Erziehung der Jugend.

Im Anschluß an einen Vortrag, den Regierungsrat Dr. Regenborn in Düsseldorf über die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung der deutschen Jugend gehalten hatte, richtete Oberbürgermeister Marx in Düsseldorf im Auftrage der Versammlung gleichlautende Eingaben an den Reichskanzler und an sämtliche preußischen Minister. Vom Reichskanzler ging ihm darauf ein Schreiben zu, in dem es hieß [1]):

Ich halte mit Ihnen die Bestrebungen, die sich eine höhere politische Schulung unseres Volkes zum Ziel setzen, für sehr bedeutungsvoll. Denn ich glaube, daß nichts mehr geeignet ist, die Freude am Vaterlande und die Bereitwilligkeit, ihm Opfer an Freiheit, Gut und Blut zu bringen, in den Deutschen wachzuhalten und zu stärken, als die wachsende Erkenntnis des Wesens und der hohen Aufgaben des Staates und die Einsicht, welche Wohltaten ihm der einzelne verdankt. Ich habe eine Prüfung der Frage veranlaßt, inwieweit der Anregung, an Fortbildungs- und Fachschulen, an mittleren und höheren Schulen und an den Hochschulen einen besonderen Unterricht in Bürgerkunde, die ja schon in das Programm für die Umbildung des Schulwesens aus dem Jahre 1889 aufgenommen war und in Seminaren, sowie auch in höheren Knaben- und Mädchenschulen seit Jahren im Rahmen des Geschichts- und Geographieunterrichts gelehrt wird, einzuführen, Folge gegeben werden kann.

LXI. Im Deutschen Landwirtschaftsrat.

Am 17. Februar 1909 nahm der Reichskanzler wiederum teil am Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrats und hielt dabei folgende Rede:

Euere Hoheiten, meine Herren! Alljährlich einige festliche Stunden mit den berufenen Vertretern der deutschen Landwirtschaft zu verleben, ist mir zu einer lieben Gewohnheit geworden. Ich habe es schmerzlich bedauert, im vergangenen Jahre wegen einer Unpäßlichkeit hiervon abweichen zu müssen. Acht Jahre sind verflossen, seitdem ich zum ersten Male als Reichskanzler vor Ihnen stand. Eine ereignisreiche Zeit, eine Zeit, erfüllt von Kampf und Sieg, von Sturm und Sonnenschein liegt dazwischen. Bei dem ersten Vortrage, den ich Sr. Majestät dem Kaiser als Reichskanzler gehalten habe, es war in Homburg vor der Höhe im Herbst 1900, erbat und erhielt ich die Allerhöchste Zustimmung zu meinem wohlerwogenen landwirtschaftlichen Programm: verstärkter Schutz, Erhöhung und Bindung

---

[1]) Nordd. Allg. Ztg. 14. Februar 1909.

der Getreide- und Viehzölle. Im Februar 1901 sagte ich Ihnen[1]): Indem ich der Landwirtschaft zu helfen trachte, erfülle ich lediglich meine Pflicht. Es sei eine Pflicht des Reichskanzlers, für einen Beruf zu sorgen, welcher einem so großen Teile unserer erwerbstätigen Bevölkerung seinen Lebensunterhalt gewähre, dessen Ergehen von so vitaler Bedeutung sei für die Unabhängigkeit des Landes nach außen wie für seine innere Wohlfahrt. Dem Programm von Homburg und den vor Ihnen 1901 entwickelten Anschauungen bin ich treu geblieben bis zu diesem Augenblick und werde ich treu bleiben, so lange ich mein schweres Amt führe.

(Bravo!)

Das dauert vielleicht noch länger, als meine Gegner hoffen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, meine verehrten Herren Vorredner, der Graf Schwerin-Löwitz und der Freiherr von Soden, haben in ihren beredten und ausgezeichneten Worten, für die ich ihnen aufrichtig dankbar bin, auch erinnert an die eminente Bedeutung des landwirtschaftlichen Gewerbes für unsere Wehrkraft, für unsere Machtstellung nach außen. Was sie in dieser Beziehung gesagt haben, unterschreibe ich vollkommen. Und, meine Herren, weil ich die Bedeutung der Landwirtschaft in vollem Umfange anerkenne, weil ich die Wichtigkeit des innern Marktes nicht verkenne, die sich gerade jetzt bei sinkender industrieller Konjunktur wieder gezeigt hat — weil ich durch starken und sichern Ballast das Staatsschiff vor Schwankungen bewahren, weil ich in ausgleichender Gerechtigkeit auch der Landwirtschaft den ihr gebührenden Anteil an staatlicher Fürsorge zuteil werden lassen wollte, deshalb habe ich mein landwirtschaftliches Programm aufgestellt und durchgeführt. Ich habe es durchgeführt trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten, die mir hierbei von vielen Seiten — von links und auch von rechts — gemacht worden sind.

(Bravo!)

Ich habe hierbei auch nicht auf Dankbarkeit gerechnet — das muß man nie in der Politik —, sondern ich habe einfach meine Schuldigkeit als leitender Minister getan. Gern und dankbar will ich aber doch hierbei hervorheben, daß ich stets die Unterstützung des Landwirtschaftsrats gefunden habe. Und die freundliche Anerkennung, die mir der Vorsitzende des Landwirt-

---

[1]) Am 6. Februar 1901, I, S. 184.

schaftsrats soeben gespendet hat, die hat mich gefreut. Immer kann man ja als leitender Minister auch nicht den Beifall seiner Freunde haben.

(Heiterkeit.)

Ich bin auch gar nicht empfindlich gegen Tadel, wenn er sachlich und ernst vorgebracht wird. Als der Bundesrat seine Vorschläge zur Reichsfinanzreform einbrachte, war er sich wohl bewußt, daß er auf allgemeine Zustimmung sicher nicht zu rechnen habe, daß einzelne Projekte rechts, einzelne links nicht gefallen würden. Aber, meine Herren, wir sollen auch aus der Geschichte lernen. Große Reiche sind zugrunde gegangen an der Unfähigkeit, ihre Finanzen zu ordnen. Insbesondere ist unser altes deutsches Reich, Graf Schwerin hat soeben darauf hingewiesen, zugrunde gegangen an Uneinigkeit und mangelnder Opferwilligkeit, die eine Ordnung unseres Finanzwesens vereitelten in derselben Zeit, wo England und Frankreich sich zu geordneten Finanzen und damit zu starken Staatswesen durchrangen. Wir sind gottlob noch in der Lage, aus der ganzen Misere glatt und völlig herauszukommen, wenn wir nur wollen, wenn wir uns so zusammenfinden, wie die Größe der Aufgabe es unbedingt erfordert.

(Zustimmung.)

Von der Lösung der Finanzreform hängt die Ehre, die Wohlfahrt, die Macht, die Sicherheit des Landes ab.

Graf Schwerin hat mit Recht die Verdienste unseres Kaisers um die Erhaltung des Friedens hervorgehoben. Mit voller Befriedigung hebe ich hier in erster Linie den Besuch des englischen Königspaares hervor, dessen würdiger und schöner Verlauf nicht nur bewiesen hat, wie sehr den beiden Herrschern ein gutes Verhältnis zwischen ihren Reichen am Herzen liegt, sondern der auch den beiden Völkern Gelegenheit bot zu zeigen, daß sie freundliche und gute Beziehungen zu einander zu unterhalten wünschen. Dieser Besuch und ferner das Abkommen mit der französischen Regierung über Marokko [1]), für das ich mit dem ausgezeichneten Vertreter der französischen Republik an unserem Hofe, Herrn Cambon, eine wie ich glaube, für beide Teile ehrenhafte und praktische Form gefunden habe, haben im Westen den Horizont geklärt. Wir haben Grund zu der Annahme, daß es der friedlichen Gesinnung und den friedlichen Bemühungen aller Mächte gelingen wird, auch im Osten die Wolken zu zerstreuen. Aber um den

[1]) S. oben die Rede vom 29. März 1909, S. 181 ff.

Frieden des Reichs zu schirmen und gegen alle Wechselfälle sicherzustellen, ist nicht nur die militärische, sondern auch die finanzielle Bereitschaft erforderlich. Ein Weg zur Verständigung kann gefunden werden, weil er gefunden werden muß.

(Zustimmung.)

Und auch die Landwirtschaft soll nicht vergessen, wie sehr gerade sie unter unseren schlechten Kreditverhältnissen im Reich und Staat zu leiden hat, welchen Nachteil ihr die uns aufgedrungene Diskontpolitik gebracht hat. Die Hauptaufgaben, die großen Aufgaben, die sich die deutsche Landwirtschaft gestellt hat — ich erinnere nur an die Entschuldungsfrage, an die so hochwichtige innere Kolonisation, an eine planmäßige Arbeiteransiedlung — stehen und fallen, das ist meine feste Überzeugung, mit der Reichsfinanzreform. Deshalb nehme ich bestimmt an, daß die Landwirtschaft in dieser Ehren- und Existenzfrage des Deutschen Reiches im eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse unseres deutschen Vaterlandes nicht versagen wird.

(Lebhafter Beifall.)

In dieser Zuversicht erhebe ich mein Glas, ich danke Herrn Grafen Schwerin-Löwitz aufrichtig für seine freundlichen Worte, ich danke Ihnen allen für die liebenswürdige Aufnahme. Ich trinke auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer Vertretung, des Deutschen Landwirtschaftsrats. Der Landwirtschaftsrat lebe hoch, die deutsche Landwirtschaft, sie blühe und gedeihe!

LXII. Die Restgüterfrage in Posen und Westpreußen.

Am 26. Februar 1909 empfing der Reichskanzler eine Deputation des Bundes der Landwirte, bestehend aus dem Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirte für Posen, Major Endell, dem stellvertr. Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für Posen, v. Unruh-Klein-Münche, dem Abgeordneten v. Wentzel-Belencin, dem Frhrn. v. Wangenheim-Kl. Spiegel und dem Reichstagsgeordneten Dr. Roesicke. Die Deputation trug dem Fürsten v. Bülow Wünsche in bezug auf die Ansiedlungspolitik vor, die sich vornehmlich auf eine vermehrte Bildung von Restgütern richteten und sich im wesentlichen an die vom Bunde der Landwirte der Provinz Posen in einer Versammlung am 20. Januar d. J. gefaßte Resolution anschlossen.

Fürst Bülow antwortete darauf:

Meine Herren, ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Ihre Ausführungen waren mir von großem Interesse. Ich habe mir über den Gegenstand,

der Sie zu mir führt, eingehenden Vortrag halten lassen und möchte Ihnen das Folgende sagen:

Über die Ansiedlungspolitik in den Ostmarken, insbesondere über die Frage der Restgüterbildung [1]), ist erst vor einigen Wochen im Landes-Ökonomiekollegium verhandelt worden. Der Herr Minister für Landwirtschaft hat dort Gelegenheit genommen, den Standpunkt der Königl. Staatsregierung in dieser wichtigen Frage darzulegen. Ich pflichte seinen Ausführungen im wesentlichen bei.

Die Staatsregierung ist sich der Bedeutung eines leistungsfähigen deutschen Großgrundbesitzes in den Ostmarken voll bewußt. Er ist notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Hebung der Technik des landwirtschaftlichen Gewerbes. Wir bedürfen seiner für die Ämterbesetzung in der kommunalen Selbstverwaltung in Kreis und Provinz. Er soll uns in der Ostmark Führer stellen. Daß die Ansiedlungskommission auf die Bildung größerer Restgüter, — die ihr ja erst durch das Gesetz vom 20. April 1898, und zwar nur für Ausnahmefälle, freigegeben wurde —, bisher nur in geringem Maße Bedacht genommen hat, ist richtig. Ich vermag aber der in der Begründung Ihrer Resolution ausgesprochenen Vermutung nicht beizustimmen, daß dies geschehen sei, um die Ansiedler durch Ausschaltung des größeren Besitzes dem Einflusse der politischen Interessenvertretung der gesamten Landwirtschaft zu entziehen. Solche Absichten haben der Königlichen Staatsregierung völlig ferngelegen. Die Königliche Staatsregierung hat vielmehr den zunehmenden Verlust an deutschem Großgrundbesitz in den Ansiedlungsprovinzen tief beklagt.

Das Gesetz bestimmt aber der Ansiedlungskommission als erste und hauptsächlichste Aufgabe die Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter. Die Geschichte dieser Landesteile lehrt, daß nur große leistungsfähige Gemeinden imstande sind, dauernd ihren Mitgliedern das Deutschtum zu bewahren. Auf ihre Bildung mußte daher das Hauptaugenmerk gerichtet werden. Die Bildung eines Restgutes hat auch nur dann eine Berechtigung, wenn sein Ertrag den Besitzer zur Durchführung der Führerrolle auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete befähigt. Restgüter mittlerer Größe, zumal auf geringem Boden entsprechen diesen Anforderungen nicht. Sie verleiten den Besitzer zu sozialen Ansprüchen, die aus dem Ertrage der

---

[1]) Restgut ist ein in Rittergutsform bewirtschafteter, in kreistagsfähiger Morgenzahl erhaltener Rest eines von der Ansiedlungskommission erworbenen und sonst in Bauernstellen umgewandelten Gutes.

Wirtschaft trotz allen Fleißes nicht zu erfüllen sind, und führen ihn und seine Familie fast nur zu häufig über kurz oder lang dem Ruin entgegen. Es ist der Staatsregierung aber nicht entgangen, daß in einigen Bezirken mit der Aufteilung des deutschen Großbesitzes die Grenze des Zulässigen und Erträglichen bereits erreicht ist und in anderen Bezirken bald erreicht sein wird. Gerade diese Erkenntnis ist eine der Haupttriebfedern gewesen für die Gesetzgebung des verflossenen Jahres, wie ich das ja auch im Landtage mehrfach betont habe. Eine Fortführung der Ansiedlungspolitik lediglich auf Kosten des deutschen Großgrundbesitzes war unmöglich, seine zu weit gehende Verminderung mußte verhütet werden. Daher einerseits die Schaffung des sogenannten 50-Millionenfonds, durch den die Erhaltung wirtschaftlich gefährdeter Güter in deutscher Hand erleichtert wird, und anderseits die Verleihung des Enteignungsrechts.

Die Königliche Staatsregierung ist also in der Wertschätzung eines gesunden deutschen Großgrundbesitzes und seiner Bedeutung für die Entwicklung unserer Ostmark mit Ihnen ganz einer Meinung. Ich habe den Großgrundbesitz vor einem Jahre im Herrenhause geradezu als unentbehrlich bezeichnet [1]). Ich erkenne auch an, daß die Frage der Erhaltung von Großbetrieben im Wege der Restgüterbildung für eine Reihe von Bezirken, in denen viel deutscher größerer Besitz aufgeteilt worden ist, in letzter Zeit erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Sie ist zwar, wie der Herr Landwirtschaftsminister im Landes-Ökonomiekollegium mit Recht betont hat, nur in der Theorie leicht zu lösen, in der Praxis werden sich oft große Schwierigkeiten ergeben. Wenn aber fiskalische Interessen selbstverständlich auch nicht außer acht bleiben können, so müssen doch jedenfalls — darin stimme ich Ihnen zu — die Bedingungen für die Übernahme eines solchen Gutes so gestellt werden, daß das Gut lebensfähig ist, d. h. daß ein tüchtiger, mit dem erforderlichen Betriebskapital versehener Landwirt darauf dauernd sein Auskommen finden kann. Schon in nächster Zeit werden, das kann ich Ihnen hier mitteilen, für eine Reihe bereits ausgelegter Restgüter die Verkaufsbedingungen nach diesen Gesichtspunkten neu festgestellt werden. Ich hoffe, daß es dann gelingen wird, dem Stande der größeren Grundbesitzer in den Erwerbern solcher Güter wirtschaftlich gesunde und politisch wertvolle neue Kräfte zuzuführen.

---

[1]) S. die Rede vom 30. Januar 1908, oben S. 104.

LXIII. Trinkspruch.

Nachdem der Landtag die Besoldungsordnung und die Vorlagen zur Regelung der Deckungsfrage in verhältnismäßig kurzer Beratung erledigt hatte, fand am 1. März 1909 beim Reichskanzler ein Mahl statt, zu dem die Minister v. Bethmann Hollweg, Freiherr v. Rheinbaben, Delbrück, Beseler, v. Breitenbach, v. Arnim, v. Moltke, Sydow, die drei Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der Vorsitzende und die Mitglieder der verstärkten Budgetkommission, die Vorsitzenden aller Fraktionen und Mitglieder aller Parteien dieses Hauses Einladungen erhalten hatten. Während des Mahles erhob sich der Reichskanzler und richtete an die Anwesenden etwa folgende Worte [1]):

Meine Herren, ich habe den lebhaften Wunsch gehabt, mit den Herren Ressortministern und ihren Mitarbeitern das Präsidium des Abgeordnetenhauses, die Herren Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden und die Mitglieder der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bei mir zu begrüßen. Ich wollte Ihnen auch meinerseits in diesem historischen Raume den Dank und die Anerkennung der Königlichen Staatsregierung aussprechen für die Arbeit, die Sie in den letzten Monaten mit Hingebung geleistet haben. Als die Staatsregierung dem Landtage der Monarchie die Besoldungsordnung und die Vorlagen zur Regelung der Deckungsfrage vorlegte, war sie sich wohl bewußt, daß sie an die Arbeitskraft, den Gemeinsinn und die Sachkenntnis der Parlamente starke Anforderungen stellen mußte. Sie haben das Vertrauen der Staatsregierung und des Landes gerechtfertigt. Dafür gebührt Ihnen aufrichtiger Dank. Dieser Dank gebührt in erster Linie der verstärkten Budgetkommission, die mit ihrem bewährten Vorsitzenden Frhrn. v. Erffa Treffliches geleistet hat. Der Dank gebührt aber auch dem Hause, das einmütig die großen Gesichtspunkte vorangestellt und das Trennende zurückgestellt hat. Dadurch ist ein schönes Beispiel gegeben, von dem ich hoffe, daß es zum Wohle des Vaterlandes in allen großen Fragen Nachahmung finden möge. Ich begrüße Sie herzlich und leere mein Glas auf das Wohl der Herren Präsidenten, der Herren Fraktionsvorsitzenden und der Herren Mitglieder der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

LXIV. Die Bülows in der Geschichte.

Bei dem Festmahl, das sich dem 42. Familientag derer von Bülow anschloß, warf der Reichskanzler in einer Ansprache einen Rückblick auf die Geschichte seiner Familie [2]).

---

[1]) Wolffs Telegraphisches Bureau 2. März 1909.

[2]) Berliner Lokalanzeiger 2. März 1909.

An Homers Wort anknüpfend, der als das Bleibende in der Familie deren charakteristische Eigenschaften bezeichnete, schilderte er, wie nicht wenige Bülows Arbeitsfreudigkeit, Leistungsfähigkeit und tüchtiges Vorwärtsstreben betätigten, seit sie im 12. Jahrhundert dort, wo das Kloster Rehna stand, wo Mecklenburg, Lübeck und Holstein aneinandergrenzen, aus dem Dunkel der Vergangenheit ins Licht der Geschichte traten.

Diesen Eigenschaften verdanken wir es, daß manche Mitglieder unserer Familie sich einen Namen gemacht haben. Als ich ein junger Mensch war — ich weiß nicht mehr, war es in Bonn, wo ich als Leutnant stand, oder in Metz, wo ich als Referendar tätig war —, legte ich mir ein Verzeichnis aller Bülows an, die sich in den 700 Jahren hervorgetan hatten. Unter diesen bewunderte ich namentlich zwei, den Sieger von Dennewitz und den großen Künstler Hans von Bülow. Schließlich bin ich weder Stratege noch Musiker, sondern Minister geworden und muß mich dahineinfinden. Ich kann aber nur jedem jungen Bülow raten, sich auch solch ein Verzeichnis anzulegen wie ich und dann zuzusehen, wie weit er es bringt. Die Eigenschaft aber, die wir, wie unsere Vorfahren, vor allem hochhalten wollen, das ist die Treue, die Treue zum Fürsten und die Treue zum Lande, die echte Treue, die immer, und auch in schwierigen Verhältnissen, das wahre Wohl des Fürsten und des Landes vor Augen hat.

LXV. Reichsfinanzreform.

In einem Gespräche darüber sagte Fürst Bülow [1]):

Es sei gänzlich gleichgültig, ob die Position des Kanzlers durch Zustandekommen oder Fallen der Finanzreform gestärkt oder erschwert werde. Er (der Kanzler) könne in jedem Falle ohne die Reichsgeschäfte bequemer und angenehmer leben, wenn er das wollte. Seine Person und seine Wünsche spielten aber nicht die geringste Rolle, an sie denke er nicht. Es handle sich vielmehr um eine eminent wichtige nationale Sache, und es sei einfach seine Pflicht, alles daran zu setzen, für die vitalen Interessen des Landes die notwendigen Mittel zu schaffen. Nicht um die Lage des Kanzlers handle es sich, sondern um die Lage des Reiches nach Außen und im Innern. Ein Fortschritt sei darin zu sehen, daß die Mehrheitsparteien es einsehen, daß die Höhe der von der Reg erung geforderten Mehreinkünfte des Reiches

[1]) „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz" 6. März 1909.

gerechtfertigt sei. Auch die hohe nationale Bedeutung der Vorlage werde von den Mehrheitsparteien nunmehr vollkommen gewürdigt. Daher sei eine Verständigung möglich. „Ein Weg kann gefunden werden, weil er gefunden werden muß".

LXVI. Desgleichen.

Der Nationale Bürgerverein in Oberhausen, Rheinland, teilte dem Reichskanzler die Entschließung einer Versammlung mit, die der Regierungsvorlage zur Reichsfinanzreform zustimmte und den Wunsch aussprach, daß dem Reichskanzler die Vollendung des großen Werkes mit Unterstützung der Blockmehrheit gelingen möge. Unter dem 11. März 1909 antwortete darauf Fürst Bülow:

Berlin, den 11. März 1909.

An den Nationalen Bürgerverein, Oberhausen, Rhld.,
z. H. des 1. Schriftführers, Herrn H. Klemme,

Hochwohlgeboren.

Oberhausen, Rhld.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, dem Nationalen Bürgerverein in Oberhausen meinen verbindlichen Dank für das freundliche Schreiben vom 6. d. Mts. und die darin zum Ausdruck gebrachte Zustimmung zu den Vorschlägen der Regierung für die Reichsfinanzreform übermitteln zu wollen.

Die Vorschläge sind vielleicht verbesserungsfähig. Ich hoffe aber, daß bei der Lösung unserer wichtigsten politischen Aufgabe der Gegenwart sich nicht wie so oft das Bessere als Feind des Guten erweisen, und daß die Erkenntnis der harten Notwendigkeit, schleunigst und vollständig mit der Finanzmisere unseres Reiches ein Ende zu machen, die Vertreter des deutschen Volkes zur Einigkeit und zu Entschlüssen bringen wird.

(gez.) Bülow.

LXVII. Zum Tode des Dr. v. Renvers.

Telegramm an Frau Prof. v. Renvers am 23. März 1909:

Tief erschüttert durch den Tod Ihres lieben Mannes senden meine Frau und ich Ihnen den Ausdruck unserer innigsten und herzlichsten Teil-

nahme. Ich verliere in dem Heimgegangenen nicht nur mit vielen anderen den großen Arzt, dessen genialer Scharfblick nur von seiner Herzensgüte übertroffen wurde, sondern auch den treuesten Freund, dem ich stets das dankbarste Andenken bewahren werde.

LXVIII. Reichsfinanzreform.

Am 20. April 1909 empfing der Reichskanzler Abordnungen aus Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und eine Deputation des Bundes der Industriellen, die sich zur Überreichung von Adressen und Entschließungen zugunsten der Reichsfinanzreform vereinigt hatten. Es sprachen für Bayern Prof. Dr. v. Mayr, für Sachsen Prof. Wuttke, für Württemberg Graf Linden, für Baden Geheimrat Engler, für Thüringen Prof. Anschütz, für den Bund der Industriellen Geh. Kommerzienrat Wirth und für die württembergische Industrie Kommerzienrat Heilner. Fürst Bülow erwiderte darauf:

Meine Herren! Sie haben sich vereinigt, um mir als dem obersten Beamten des Reichs durch Adressen und mündliche Aussprache Ihre Sorge um die Reichsfinanzreform kund zu machen. Damit treten Sie als Wortführer und Vertrauensmänner weiter Schichten des deutschen Volkes auf. Sie sind hier nicht erschienen als Sprecher bestimmter Parteien, weil Sie mit mir und allen, denen das Wohl des Vaterlandes am Herzen liegt, die Reichsfinanzreform nicht als eine Parteifrage betrachten. Sie wollen vielmehr Ihre Kundgebung angesehen wissen als eine Mahnung an die Parteien, sich mit dem Gedanken der nationalen Notwendigkeit dieser Reform noch mehr als bisher zu erfüllen und sich von der Einsicht in diese harte Notwendigkeit hinwegtragen zu lassen über Zögerungen, Bedenken und Differenzen. Ich sehe aber auch in Ihrer Kundgebung wie in den zahllosen Kundgebungen der letzten Wochen eine Reaktion des Volkswillens gegen die Versuche, den Bedürfnissen des Reichs und der Volksgesamtheit das Interesse bestimmter Gewerbezweige — ich denke vor allem an den Tabakverein — entgegenzusetzen, Versuche, die zum Teil mit einem an Terrorismus grenzenden Druck geltend gemacht worden sind, und gegen welche, wie ich sehe, die von den Herren aus Bayern überreichte Adresse mit gebotener Entschiedenheit Stellung nimmt. Wir haben ja von allen Seiten gehört, wie die Vertreter dieser Interessen die Öffentlichkeit mit ihrem Widerspruch erfüllen und immer wieder verlangen, daß man sie, gerade sie, unter allen Umständen schonen soll, wo doch Ansprüche an die Opferwilligkeit des ganzen Volkes gestellt werden müssen. Es bereitet mir

eine wahre Genugtuung, zu sehen, wie sich das öffentliche Gewissen dem Einreißen solcher Unsitten entgegenstemmt, und ich fühle mich dadurch bestärkt in meinem Vertrauen in den guten Geist des deutschen Volkes, der auch diesmal, in dieser die Zukunft unseres Volkes so tief angehenden Frage nicht vergeblich angerufen werden wird. Auch bin ich mit den Herren aus Sachsen der festen Überzeugung, daß unser Volk aus der Misere der Vergangenheit gelernt hat, daß es die Kraft des Reiches nicht wie in jenen alten Zeiten gelähmt wissen will durch die finanzielle Ohnmacht, die die Ohnmacht aller staatlichen Betätigung bedeutet. Ein Volk, das wie das unsere an Schaffenskraft und Schaffenslust sich von keinem anderen übertreffen läßt, kann auch vor schwereren Opfern nicht zurückschrecken, wenn es gilt, sich die Schaffensmöglichkeit zu sichern durch eine finanziell gesicherte Reichsgewalt.

Mit Recht drängen Sie, meine Herren, auf eine rasche und gründliche Erledigung der Reichsfinanzreform. Es ist der einmütige Wille der verbündeten Regierungen, die Lösung der Frage noch in dieser Session des Parlaments herbeizuführen. Der Reichstag wird nicht auseinandergehen, bevor er endgültig zur Finanzreform Stellung genommen hat.

Wie soll die Reform sich im einzelnen gestalten? Die Herren aus Thüringen halten, wie ihre Adresse betont, nach wie vor die Vorschläge der verbündeten Regierungen für eine im ganzen und großen geeignete Grundlage zur Verständigung. Auch ich, meine Herren, habe mich von dieser Zuversicht nicht abbringen lassen und bin gerade durch den Gang der Erörterungen im Reichstage und in der breiten Öffentlichkeit mehr und mehr darin bestärkt worden. Gewiß werden die verbündeten Regierungen sich nicht auf jedes Stück ihrer Vorlagen versteifen. Nachdem sich leider ergeben hat, daß für die Besteuerung von Gas, Elektrizität und Inseraten keine Mehrheit zu erlangen ist, so werden die verbündeten Regierungen diese Vorlagen fallen lassen müssen. Für die Lücke muß Ersatz geschaffen werden. Ich bin zwar heute noch nicht in der Lage, hierüber bestimmte Mitteilungen zu machen, ich habe aber dahin gewirkt, daß sich die verbündeten Regierungen in den allernächsten Tagen endgültig über die Stellung schlüssig machen, die sie zur Frage der Ersatzsteuern für die zweite Lesung im Reichstage einnehmen wollen.

An den leitenden Gedanken und an den Hauptstücken des großen Werks aber halten die verbündeten Regierungen fest. Man hat in den letzten Wochen vielfach gehört, eine Hauptfrage bei der Finanzreform bilde das Problem, die Linke in Sachen der Branntweinbesteuerung und die Rechte in Sachen der Erbschaftsabgabe umzustimmen. Gewiß war es

ein Fehler, den Vorschlag der verbündeten Regierungen betreffend den Zwischenhandel des Reichs mit Branntwein a limine abzulehnen. Mehr und mehr zeigt die Debatte, daß hier der von der Regierung vorgeschlagene Weg am besten zum Ausgleich führt zwischen den finanziellen Interessen des Reichs und den Interessen der Produzenten. Die doktrinäre Verfechtung eines Prinzips kann uns hier nicht weiter bringen: das Schlagwort „wider alle Monopole" verliert seine Bedeutung im Zeitalter der Kartelle und Trusts. Heute darf die Parole nicht lauten: „Für unbedingte Gewerbefreiheit und gegen das Monopol", sondern sie hätte lauten sollen: Für das Staatsmonopol statt des Privatmonopols, für das Staatsmonopol, das 100 Millionen, die wir als Steuerertrag vom Branntwein allseitig erwarten, am schonendsten aufbringen kann, die sog. Liebesgabe beseitigen und allen Interessen gleichmäßig gerecht werden würde.

Und wie steht es mit dem Ausbau der Erbschaftsabgaben? Hier ist es nicht so sehr die nüchterne Betrachtung der realen Tatsachen gewesen, die große und angesehene Kreise im Lande zu ihrer bisher ablehnenden Haltung veranlaßt hat. Vielmehr haben Besorgnisse hineingespielt, die sorgfältiger Prüfung nicht standhalten sollten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf — und Ihre Kundgebungen bestärken mich hierin —, daß auch die Landwirtschaft erkennen wird, daß sie sich mit der Ausdehnung der Erbschaftsbesteuerung wird abfinden können.

Auf der Nachlaßsteuer werden die verbündeten Regierungen nicht bestehen. Da aber der Besitz nach fast allgemeiner Übereinstimmung in Höhe des aus der Nachlaßsteuer veranschlagten Betrags an den neuen Steuern beteiligt sein muß und eine andere gerechte, zweckmäßige und gleich ertragreiche Besitzsteuer mit besserer Aussicht auf Annahme im Reichstage zur Zeit nicht vorgeschlagen werden kann, so müssen wir an der Ausdehnung der Abgabe auf die nächsten Verwandten in der Form einer Erbanfallsteuer festhalten.

Auch der Landwirtschaft nahe stehende Autoritäten geben ja zu, daß die vorgeschlagenen Sätze ertragen werden können, und daß die landwirtschaftlichen Interessen schon in den Regierungsvorschlägen berücksichtigt worden sind. Werden doch $^2/_3$ bis $^3/_4$ der deutschen Landwirte von der Steuer überhaupt nicht betroffen. *Die Landwirtschaft sollte aber auch nicht vergessen, daß sie unter einer Gesetzgebung lebt, die mit der größten Gewissenhaftigkeit ihre gesamten Interessen fördert und am Herzen trägt. Ich persönlich nehme es durchaus nicht leicht, in dieser Frage mich im Widerspruch zu manchem alten Freunde zu be-*

finden. Aber auch nach reiflichster Erwägung kann ich von der Auffassung nicht abgehen, daß die erweiterte Erbschaftssteuer ein Opfer an konservativen Grundsätzen nicht involviert. Ich begrüße es, daß große Teile der konservativen Partei zu derselben Auffassung gelangt sind, und verweise dafür auf die Beschlüsse der konservativen Partei in Sachsen. Ich meine auch, daß die Stimmen aus dem Mittelstande bei der Rechten des Reichstags nicht ungehört verhallen sollten. In keiner Weise aber vermag ich die Bedenken zu teilen, daß ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament wie der Reichstag gerade mit der Erbschaftssteuer Unheil stiften könnte. So lange die Sozialdemokratie nicht Bundesrat und Reichstag beherrscht, so lange besteht nicht die Gefahr konfiskatorischer Ausbeutung dieser Steuer. Sollten aber einmal die Sozialdemokraten die Geschäfte in die Hand nehmen — in den nächsten Jahrhunderten wird man das nicht erleben —, so würden die Erbschaften daran glauben müssen, ob die Sozialdemokratie die Deszendentenbesteuerung vorfände oder nicht. Mit dem Vorwurf des Sozialismus soll man uns also nicht kommen. Vor dem brauchen wir uns so wenig zu fürchten, wie es Fürst Bismarck tat.

Ich bleibe also der Überzeugung:

Was in den verschiedensten Ländern der Welt, was in den Hansestädten und in Elsaß-Lothringen, in deutschen Kantonen der Schweiz, in Österreich-Ungarn, in England, in Frankreich in jahrzehntelanger Übung zu keinem Mißstand und keiner Erschütterung des Familiensinnes geführt hat, das wird auch in Deutschland, wenn sich die Wogen gelegt haben, als eine erträgliche Steuer angesehen werden, und spätere Generationen werden die Erregung unserer Tage in dieser Hinsicht kaum noch begreifen können.

Aber mit der Branntwein- und der Erbschaftssteuerfrage ist es nicht getan. Daß das Bier uns 100 Millionen mehr bringen muß, darüber ist man sich allgemein einig. Und was den Tabak betrifft, so wird es trotz aller Agitation dabei bleiben, daß alles, was der Tabakverein in diesem Fall gefehlt hat, wieder gut gemacht werden muß durch einen Gesetzentwurf, der dem sozialen Charakter der Steuervorlagen Rechnung trägt, den wohlhabenden Raucher höher belastet als den unbemittelten und der Staatskasse einen Ertrag von 75 bis 80 Millionen mit Sicherheit zuführt.

Ich brauche es kaum auszusprechen, daß ich auch mit Ihrem Verlangen bezüglich der reinlichen Scheidung zwischen Reichs- und Bundesstaatsfinanzen durchaus übereinstimme. Die Geschichte der Matrikularbeiträge ist eines der lehrreichsten Kapitel unserer Finanzen. Was als Notbehelf und Übergangsmaßnahme geschaffen war, hat sich im Laufe der Jahre zu einer

ständigen und immer komplizierteren Einrichtung entwickelt. Dabei haben weder das Reich noch die Bundesstaaten ihre Rechnung gefunden. Die ganze jetzige Situation legt auf das beredteste Zeugnis dafür ab, daß die beiden hervorragendsten Persönlichkeiten, die sich mit den Reichsfinanzen beschäftigt haben, Bismarck und Miquel, vollkommen recht hatten, wenn sie das Reich nicht dauernd zum Kostgänger der Bundesstaaten werden lassen wollten. An den Formen der Matrikularabgaben, an dem unbeständigen Element, das in der Einnahmebewilligung durch die Reichsstände lag, an dem Mangel eigener ausreichender Einnahmen ist das alte heilige römische Reich siech und morsch geworden und zugrunde gegangen. Die große Aufgabe, die Miquel sich gestellt hatte, war: in Preußen eine reinliche Scheidung zwischen den Finanzen der verschiedenen öffentlichen Körperschaften durchzuführen und dafür zu sorgen, daß sie alle in zweckmäßiger Weise ausreichende eigene Einnahmen erhielten. Die Entwicklung geht nunmehr in der Richtung einer Scheidung der Einnahmequellen des Reichs von denen der Einzelstaaten, nicht in wechselseitigem Übereinander- und Ineinandergreifen. Das sogenannte Besitzsteuerkompromiß ist von Anfang an nichts als ein Hilfsmittel oder eine Hilfskonstruktion, eine Notbrücke gewesen. Die Öffentlichkeit ist sich rasch und einmütig der Gefahren bewußt geworden, die aus seiner praktischen Durchführung für das ganze Gefüge unseres Finanzgebäudes erwachsen würden. Das spricht mit besonderem Nachdruck auch die Adresse der Herren aus Thüringen aus. Wenn Sie die Unterstützung der verbündeten Regierungen und des Reichstages für eine Beseitigung dieses „Kompromisses" verlangen, so ist dieser Teil Ihrer Mission erfüllt. Die verbündeten Regierungen werden die Einzelstaaten nur bis zur Grenze von 50 Millionen Mark, d. h. mit 25 Millionen mehr als bisher, in der Gestalt der Matrikularbeiträge an dem Gesamtbedarf beteiligen.

Ich erwarte also, um kurz zusammenzufassen, von der Finanzreform das folgende: Sie soll aufbringen 500 Millionen, sie soll diese Summe, abgesehen von 25 Millionen Mark neuer Matrikularbeiträge, aufbringen in der Form reichseigener Einnahmen, und zwar w nn die Fahrkartensteuer in verbesserter Form bestehen bleibt, mit 350 bis 360 Millionen Mark vom Konsum und mit 90 bis 100 Millionen Mark vom Besitz. Bei den Konsumsteuern sollen Branntwein, Bier und Tabak rund 280 Millionen Mark bringen, weitere 70 bis 80 Millionen Mark durch die sogenannten Ersatzsteuern, über die sich der Bundesrat dieser Tage schlüssig machen wird, aufgebracht werden. Die Nachlaßsteuer wird in eine Erbanfallsteuer umgewandelt. Durchzuführen ist das Werk noch in dieser Tagung.

Meine Herren, als vor einem Jahre von diesem oder jenem die Reichsfinanzreform als eine große nationale Aufgabe bezeichnet wurde, da haben Routine-Politiker gelächelt und erklärt, es werde nie gelingen, ein Steuerprogramm populär zu machen, um so weniger, je mehr Steuerzahler von den Wirkungen betroffen werden müssen. Daß heute die Reichsfinanzreform als nationale Aufgabe nicht nur allgemein anerkannt, sondern daß sie populär geworden ist, weil man erkennt, daß in ihr eine Stärkung des Staates nach innen und nach außen und damit auch eine Förderung unserer wirtschaftlichen Kraft liegt, ein Aufstreben zu höheren Zielen, dafür sind Sie lebendige Zeugen. Jeder Tag der Verzögerung bedeutet eine Vermehrung unserer Schulden, einen Verlust an Einnahmen, eine Erhöhung der Schwierigkeiten, eine Einbuße an Reputation. Die Arbeit wird den Mitgliedern des Reichstages erleichtert werden, wenn ihnen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung die Versicherung entgegenklingt, daß sie bei ihrer Pflichterfüllung auf die Bereitwilligkeit der Öffentlichkeit rechnen können. Indem Sie, meine Herren, dies hier und in dieser Stunde mit Würde und Bestimmtheit zum Ausdruck brachten, haben Sie sich für das große Werk und um das große Vaterland ein Verdienst erworben, und sind seines Dankes sicher.

LXIX. Interview.

Am 30. April 1909 empfing Fürst Bülow den Vertreter des „Telegraaf" in Amsterdam, G. Simons; es war der Tag, an dem eine Thronerbin Hollands geboren wurde. Die Freundlichkeit der Redaktion des „Telegraaf" setzt uns in den Stand, das Gespräch im ganzen hier wiederzugeben:

Als vormaliger Berliner Korrespondent des „Telegraaf" habe ich den Lesern unseres Blattes so oft das Äußere des Fürsten von Bülow beschrieben, daß ich bloß alte Worte wiederholen würde, wenn ich solches jetzt wieder täte. Der Reichskanzler sieht ausgezeichnet aus. Es ist, als ob er seit November 1907, als ich ihn zuletzt sah, jünger und gesunder geworden ist. Sein Handdruck ist kräftig, seine Stimme munter und lebhaft, sein Gang wie früher elastisch.

„Es macht mir eine große Freude, daß eins der größten holländischen Tageblätter mir in diesem Augenblick seinen Korrespondenten schickt. Ich muß damit anfangen, Ihnen und Ihrem Volke zu gratulieren. Ich bin selbst so froh, daß Ihre liebenswürdige Königin dieses großen Mutterglückes teilhaft wurde. Besonders hat auf mich Eindruck gemacht, — obgleich wir es wohl alle wußten —, wie innig ergeben das holländische Volk

dem Hause der Oranierfürsten ist und wie Ihre ganze Nation das frohe Ereignis miterlebt hat.

Bei Ihnen hegt man eine schwärmerische Liebe für die Geschichte. Sie sind ein Volk, das nicht vergißt, das Ehrfurcht hat für das Alte und hoch verehrt, was Ihre ruhmvollen Helden zustandebrachten. Nein," sagte der Fürst lächelnd, „das holländische Volk vergißt nicht. Und was am allerschönsten ist: immer von neuem gibt es Beweise von neuem, kräftigem Aufleben.

Sie leben weiter in Ihrer Geschichte — ein historisches Volk.

Mir ist die Liebe von Ihnen, den Niederländern, zu Ihrer hochverehrten Königin eine der eindrucksvollsten Tatsachen des Jahrhunderts. Sie sind allen gebildeten Nationen ein Muster."

Ich hörte aufmerksam zu und schwieg, als ich den Reichskanzler so von meiner Fürstin, so von meinen Niederländern reden hörte. Ich hätte wohl „Hurrah" rufen mögen, da ein Mann, wie dieser große deutsche Staatsmann, der so viele Weltereignisse mitgemacht hat, mit so großer Verehrung über das Nachbarvolk redete.

Allein als Journalist mußte ich doch immer noch nach etwas Wichtigem fragen, nach etwas, das alle Holländer ohne Ausnahme interessieren müßte.

„Durchlaucht," fragte ich, „ist Ihnen nicht bekannt, daß wir in den Niederlanden dann und wann ängstlich hinüberblickten nach unserem sich immerfort vergrößernden Großnachbarn? Dürfte es jetzt, da die frohe Erwartung ein frohes Ereignis geworden, nicht recht an der Zeit sein, den Niederländern einmal grad heraus zu sagen, wie Sie über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder denken?"

Der Reichskanzler hörte aufmerksam zu, obgleich nicht ohne einen Anflug von Verwunderung. Er lächelte nicht mehr, er machte eine sehr ernste Miene, indem er wörtlich folgendes sagte:

„Gewiß! ich habe auch oft genug Unsinniges über die Absichten des Deutschen Reiches gelesen und hören müssen. Ich kann Ihnen aber ganz bestimmt versichern, daß nie ein Deutscher mit nur etwas Vernunft daran dachte, Holland zu annektieren. Der Gedanke an sich ist schon vollends irrsinnig. Nie!", sagte der Fürst kurz. „Wir Deutsche, verlangen alle, mit Ihrem Volke in innigster Freundschaft zu leben. Wir kennen alle Ihre ruhmvolle Geschichte, lieben das kleine, aber furchtlose Volk. Und was man sagen oder schreiben möge, uns des Eigennutzes zu beschuldigen, seien Sie überzeugt, daß Deutschland nie daran denkt, der Unabhängigkeit des niederländischen Volkes nachzustellen."

„Wir verehren Ihre Königin — womöglich noch mehr und ohne irgend-

welchen Nebengedanken — von dem Augenblicke an, da Ihre Majestät einen deutschen Herzog würdig erachtete, sich mit ihr zu vermählen. Das sind die Bande, welche die Völker binden können. Und wie ich erfahre, hat der Prinzgemahl das Herz der Niederländer gewonnen. Ihre Majestät die Königin ist, wie Sie wissen, eine recht gute Freundin des Kaisers Wilhelm. Alles zusammengenommen, liegt es ja auf der Hand, daß wir Deutschen nichts anderes sein können als Freunde der Holländer.

Wir kennen Ihre Künstler und Ihre Gelehrten, Sie kennen die unserigen. Ihr Land öffnet sich immer recht gern allem Guten und dennoch bleiben Sie konservativ, Ihren guten Gewohnheiten treu. So machen wir es auch. Holland hat, alle Jahrhunderte hindurch, sich erwiesen als ein Staat, wo Friede, Glück und Wohlfahrt herrschen. Und nicht mit Mitleid, sondern mit hoher Würdigung verehren wir Ihr Land."

„Waren Sie schon einmal in Holland, Durchlaucht?"

„Zu meinem Bedauern war ich noch nicht dort. Ich schäme mich, das einzugestehen. Allein es ist mein bestimmtes Vorhaben, bald möglichst Ihr Land zu besuchen. Ich habe mich so oft danach gesehnt .... wenn ich im Sommer auf Norderney sitze, kann ich fast die holländischen Dünen sehen. Aber ich will dorthin kommen — ich muß das schöne Amsterdam, Haarlem, Haag, Rotterdam und alle anderen, bekannten Städte kennen lernen. Ich reise so wenig", seufzte der Reichskanzler.

„Schieben Sie es nur nicht zu lang auf, Durchlaucht. Die Reise ist so kurz — in 10 Stunden von Berlin nach Amsterdam ..... und man kennt Sie in Holland, dafür hat die holländische Presse schon gesorgt ......"

„Ich muß Ihr Land, Ihr Volk kennen lernen. Man genießt so ganz, wenn man im Lande, wo die Wiege der Künstler stand, die prächtigsten Kunstschätze kennen lernt. Wenn ich diesen Sommer Zeit finden kann.... wir wollen sehen."

Wir schwiegen beide. Da draußen im hellgrünen Garten, da zwitscherten die Vögel, die Sonne lachte zwischen zwei dunklen Wolken über den blühenden Bäumen im Garten. Ich hatte mich erhoben — schätzte die Minuten des Reichskanzlers höher als die des John D. und Pierpont Morgan — und diese fordern 380 Dollar pro Minute .....

„Leben Sie wohl! und glückliche Reise", sagte der Reichskanzler. „Grüßen Sie mir Ihr Volk, ich gratuliere ihm nochmals zu dem königlichen Kinde ..... und laßt uns hoffen, daß Ihre liebenswürdige Königin bald hergestellt sein wird."

Noch einen Händedruck — und ich verabschiedete mich von einem der liebenswürdigsten und zugleich größten Männer von Deutschland.

Volk der Niederlande! Euch habe ich mein Herz verpfändet! Laßt uns noch froher und freier das Fest begehen, laßt die Fahnen höher flattern ..... laßt unser „Wilhelmus“ schallen über den goldgrünen Wiesen vom Dollart bis zur Schelde, von Ost nach West! Aber wisset, daß auch Eure Nachbarn, die Deutschen, mit ihrem Kaiser und ihrem Kanzler mit ebenso großer Freude sich an Eurer Freude beteiligen.

LXX. Zum Tode Mittnachts.

Auf die Nachricht vom Ableben des württembergischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Mittnacht sandte der Reichskanzler dem Sohn des Verstorbenen, Generalmajor Freiherrn v. Mittnacht, nachfolgendes Telegramm[1]):

Die traurige Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters hat mich tief bewegt. Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner aufrichtigen Teilnahme entgegenzunehmen. Dem Entschlafenen, den ich sehr verehrt habe, werde ich stets ein treues Andenken als einem Staatsmann bewahren, dem ein hervorragender Platz unter den Gründern des Reiches gebührt.

LXXI. Zum eigenen 60. Geburtstage.

Am 3. Mai 1909 feierte der Kanzler seinen 60. Geburtstag. Unter den Gratulanten empfing er eine Deputation der Stadt Bromberg, deren Ehrenbürger er ist. Oberbürgermeister Knobloch richtete an den Fürsten Bülow folgende Ansprache:

„An dem heutigen bedeutungsvollen Lebensabschnitt ist es uns eine Ehre und eine Pflicht, Euerer Durchlaucht die herzlichsten Glückwünsche der Bürgerschaft Brombergs auszusprechen. Daß wir das persönlich tun dürfen, daß Euere Durchlaucht bei der mächtigen Bewegung, in der sich die innere und äußere Politik befindet, Zeit gefunden haben, uns zu empfangen, dafür bitten wir, besonders danken zu dürfen.

Wenn schon Deutschland und Europa den Gang und die Epoche der staatsmännischen Laufbahn Euerer Durchlaucht mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, um wieviel mehr die Bromberger Bürgerschaft, welche die Ehre hat, Euere Durchlaucht Mitbürger zu nennen. Sind doch Euere Durchlaucht wahrlich nicht nur dem Namen nach Bürger der Stadt Bromberg und im weiteren Sinne damit der Ostmark. Wollen Euere Durchlaucht sich versichert halten, daß mit uns heute die Deutschen der Ostmark und insbesondere die Bromberger aus innerstem Herzen Euerer Durchlaucht Gesundheit, Mut, Glaube an die deutsche Sache und die zähe Beharrlichkeit erhalten wünschen, mit der Euere Durchlaucht in allen Verflechtungen der politischen Geschicke unerschütterlich für die Größe, die Gesundung, die Erneuerung deutscher Art in unserer östlichen Heimat eingetreten sind. Das hat entscheidende folgenschwere Entschlüsse erfordert; es mußte, da keine andere Wahl blieb, nicht nur zu belebenden und wohltätigen, sondern auch zu harten Mitteln gegriffen werden. Daraus erwächst Euerer Durchlaucht zwar der tötliche Haß der Feinde des Staates, aber auch die unwandelbare dankbare

[1]) „Nordd. Allgem. Zeitung“ 5. Mai 1909.

Liebe, das feste Vertrauen der staatstreuen Bürger. Diese dankbare, vertrauende Gesinnung zu Euerer Durchlaucht hat feste Wurzeln in den Herzen der deutschen Ostmärker geschlagen. Wir, die wir den Dingen nahe stehen, blicken mit der Hoffnung des Gelingens auf den Ausgang unserer engeren politischen Verhältnisse, wir vertrauen auf eine gesunde Lösung des politischen Problems, das der deutsche Osten birgt. Freilich ist eine solche Lösung, ein allmähliches Erstarken des Deutschtums in letzter Linie abhängig von der Kraft und Geschlossenheit, mit der das weitere deutsche Vaterland nach innen und außen gerüstet dasteht. Wollen Euere Durchlaucht uns gestatten, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Deutschen im Osten gegenwärtig von schwerer Sorge um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform erfüllt sind, der wichtigsten ökonomischen Frage, vor die das Reich seit seinem Bestehen gestellt worden ist. Wir alle fühlen, daß mit der Frage der Mitteldeckung die Macht und das Ansehen des Reiches selbst auf dem Spiele stehen, und besorgen, daß bei einem Mißlingen der Reform und der alsdann unausbleiblichen Schwächung des deutschen Prestige die Rückwirkung auf die Stellung des Deutschtums in den Ostmarken unausbleiblich ist, da jede derartige Einbuße von selbst eine Stärkung und Festigung der gegnerischen Stellung bedeutet. Wir glauben daher in diesem Augenblick die Hoffnung aussprechen zu dürfen, auch im Interesse der deutschen Ostmarken, daß es Euerer Durchlaucht mit bewährtem hohen staatsmännischen Geschicke gelingen möge, über die zurzeit bestehenden Gegensätze der Meinungen hinweg die Frage der Reform einer einheitlichen Lösung zuzuführen. Es ist uns Bedürfnis, Euerer Durchlaucht dies am heutigen Tage auszusprechen und unsere herzlichsten und wärmsten Glückwünsche zum heutigen Tage untertänigst anzuschließen. Mag der Allmächtige Euerer Durchlaucht ferneren Lebensgang segnen, wie er den bisherigen sichtbar gesegnet hat".

Fürst Bülow antwortete darauf:[1])

Ich danke Ihnen, mein verehrter Herr Oberbürgermeister, für Ihre freundlichen Worte und Ihre freundlichen Wünsche. Ich danke Ihnen, meine Herren, für die gütige Gesinnung, die Sie zu mir geführt hat. Als Ehrenbürger von Bromberg stehe ich Ihrer Stadt ja besonders nahe, und deshalb haben Ihre Wünsche mich auch besonders erfreut. Die Geschichte gerade Ihrer Vaterstadt muß jeden Deutschen zum Nachdenken anregen. Einst, im 14. Jahrhundert, ein blühendes Gemeinwesen, sank nach dem Untergang des Deutschen Ordens, der zugrunde ging an deutscher Uneinigkeit, Bromberg unter fremder Herrschaft so tief, daß Friedrich der Große bei der Besitznahme der Stadt einen Schutthaufen vorfand. Ich entsinne mich, gelesen zu haben, daß die Stadt damals kaum noch 600 Einwohner zählte. Der Zauberstab, mit dem der große König aus diesem Schutthaufen neue Ströme des Lebens hervorrief, war preußische Zucht und deutscher Geist, die Zusammengehörigkeit mit der preußischen Monarchie und der deutschen Kultur. — Sie haben, Herr Oberbürgermeister, meiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Ostmarkenpolitik gedacht. Ich freue mich

[1]) Nach der „Ostdeutschen Rundschau", „Nordd. Allgem. Zeitung" 6. Mai 1909.

namentlich, daß Sie in dieser Beziehung mit Vertrauen und Zuversicht in die Zukunft blicken. Der Deutsche im Osten soll vor allem nicht den Mut sinken lassen. Er soll den Kopf hoch halten. Ich habe einmal die Ostmarkenfrage als die wichtigste Frage unserer inneren Politik bezeichnet. Ich werde nach wie vor es als meine Pflicht betrachten, einzutreten für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der Ostmark, für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung dieser Provinzen, die dem patriotischen Deutschen gerade deshalb teuer sind, weil wir um sie jahrhundertelang einen harten und schweren Kampf haben führen müssen. Die Geschichte Ihrer Stadt beweist aber auch auf jeder Seite, daß ihre Wohlfahrt steht und fällt mit den Geschicken des großen Vaterlandes, mit der Wohlfahrt und Blüte des Reiches, und deshalb wundere ich mich nicht, daß auch Sie den Sorgen Ausdruck gegeben haben, die das deutsche Volk jetzt in der Frage der Reichsfinanzreform erfüllen. Die Finanzreform ist eine Lebens- und Schicksalsfrage für das deutsche Volk. Sie war es schon im M'ttelalter, sie ist es heute mehr wie je. Mit mir wünschen und hoffen Sie, daß die Lehren der Vergangenheit nicht spurlos an uns vorübergegangen sein mögen, daß der Gemeinsinn sich stärker erweise als die Kurzsicht, daß praktischer Sinn den Sieg davontragen möge über blutleere Doktrin'en, daß vor allem Einigkeit und gemeinsames Zusammenwirken die Rechthaberei und Eigenbrödelei in den Hintergrund dränge, die uns in der Vergangenheit so tiefe Wunden geschlagen haben. Ich bin überzeugt, daß die Bürger von Bromberg, die sich bei den letzten Wahlen so tapfer gehalten haben, auch in der Frage der Reichsfinanzreform, unbekümmert um Parteischablone und Sonderinteressen, dafür eintreten werden, daß der finanziellen Bedrängnis gesteuert wird, bevor sie sich zu einer für unser Ansehen in der Welt wie für die innere Festigkeit des Reiches verderblichen und nicht wieder gut zu machenden Schädigung auswächst.

Auf das Glückwunschtelegramm der nationalliberalen Reichstagsfraktion erging zu Händen ihres Vorsitzenden, des Abg. Bassermann, vom Kanzler folgende Drahtantwort:

Der nationalliberalen Reichstagsfraktion danke ich aufrichtig für die freundlichen Glückwünsche zur Vollendung meines 60. Lebensjahres. Stärker als die Sorge um die sich türmenden Schwierigkeiten ist in mir der feste Glaube an des deutschen Volkes Zukunft. Wir können und werden nicht daran scheitern, daß wir die reichen Kräfte unserer Nation für unsere Finanzwirtschaft bisher nur unzureichend zu organisieren verstanden.

In dieser Zuversicht werde ich unverzagt an dem begonnenen Reformwerk weiter arbeiten und freue mich, dabei der Unterstützung der nationalliberalen Partei sicher zu sein.

Reichskanzler Fürst Bülow.

Der Redaktion der „Kreuzzeitung" antwortete der Fürst auf ihre Glückwünsche:

Besten Dank für Ihre Glückwünsche zur Vollendung meines 60. Lebensjahres, die mich erfreut haben. Auch im neuen Jahrzehnt soll meine Arbeit unter dem Wahrspruch Ihres Blattes stehen „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland", einer ernsten Mahnung aus großer Zeit.

Reichskanzler Fürst v. Bülow.

LXXII. Zeppelin.

Als Graf Zeppelin seine erste große Fernfahrt, die mit einer geringfügigen Beschädigung des Luftschiffs geendet hatte, vollendet hatte, telegraphierte ihm der Reichskanzler:

Berlin, 1. Juni 1909.

Exzellenz Graf Zeppelin,

Friedrichshafen.

Von Herzen hätte ich Euerer Exzellenz eine glückliche Vollendung Ihrer Fahrt gewünscht. Doch will mir das dem Luftschiff zugestoßene Unglück, da sein kühner Lenker uns unversehrt erhalten blieb, gering erscheinen gegenüber dem großen Erfolg, den diese von der ganzen Welt bewunderte Luftreise darstellt.

Von Verschiebung der Einladung [1]) habe ich weitere Mitteilung gemacht.

(gez.) Reichskanzler Fürst Bülow.

LXXIII. Beglückwünschung des Ministerialdirektors Dr. Thiel.

An den Ministerialdirektor Wirklichen Geheimen Rat Dr. Thiel richtete zu seinem 70. Geburtstag der Reichskanzler das nachstehende Telegramm [2]):

Euere Exzellenz bitte ich heute, wo Sie in voller Rüstigkeit das biblische Alter erreichen, meine herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen. Möge Ihre reiche praktische Erfahrung dem preußischen Staate und der deutschen Landwirtschaft, die ihr schon viel verdanken, noch lange zu Gebote stehen.

---

[1]) des Grafen an den Reichstag; Zeppelin hatte die notwendig werdende Verschiebung dem Reichskanzler angezeigt.

[2]) „Nordd. Allgem. Zeitung" 3. Juni 1909.

Mögen Ihnen die Freude an der Arbeit und der rheinische Humor niemals ausgehen.

Reichskanzler Fürst Bülow.

LXXIV. Kardinal Kopp.

Der Kardinal-Fürstbischof von Breslau Dr. v. Kopp war im Jahre 1909 sehr schwer erkrankt. Der Reichskanzler erkundigte sich mehrfach nach dem Befinden des Erkrankten und richtete u. a. (2. Juni 1909) an den Dompropst Dr. König in Breslau folgendes Telegramm:

Für die mich sehr erfreuende Nachricht von der Besserung im Befinden des Kardinals-Fürstbischofs danke ich Ihnen aufrichtig. Ich hoffe von Herzen, daß wir uns bald der völligen Genesung Seiner Eminenz erfreuen dürfen, dem ich die innigsten Wünsche zu übermitteln bitte.

In der Genesung telegraphierte Dr. v. Kopp am 14. Juni 1909: „Begrüße dankbar Euere Durchlaucht vom Krankenbette bei langsam fortschreitender Genesung", worauf der Reichskanzler telegraphisch erwiderte:

Aufrichtig erfreut, von Euerer Eminenz wieder direkt zu hören, danke ich herzlich für freundliche Begrüßung. Möchten Euere Eminenz recht bald wieder in voller Kraft für das Wohl Ihrer Diözese und des Vaterlandes wirken können.

Reichskanzler Fürst Bülow.

LXXV. An die Vertreter der englischen Geistlichkeit.

Im Juni 1909 fand ein Besuch zahlreicher Vertreter der englischen Geistlichkeit in Deutschland statt. Bei dem offiziellen Festmahl im Landesausstellungspark am 14. Juni verlas Dr. v. Studt folgendes Telegramm des Reichskanzlers:

Eure Exzellenz bitte ich, den Vertretern der christlichen Kirchen Englands, deren Hiersein Sie heute feiern, mein lebhaftes Bedauern auszusprechen, daß ich verhindert bin, in ihrer Mitte zu erscheinen. Ich ergreife aber gern diese Gelegenheit, um unsere Gäste im Namen der kaiserlichen Regierung auf deutschem Boden in der Hauptstadt des Deutschen Reiches willkommen zu heißen und sie zu versichern, daß ihre auf den Frieden gerichteten Bestrebungen bei mir und der kaiserlichen Regierung allzeit Förderung finden werden. Als Verkünder des Friedens Gottes auf Erden sind die Vertreter der christlichen Kirchen Englands zusammen mit den Geistlichen anderer Länder besonders berufen, für den Völkerfrieden zu wirken und friedens-

feindlichen Strömungen entgegenzutreten. Ich hoffe, daß unsere Gäste und christlichen Brüder die Überzeugung mit nach Hause nehmen und dort vertreten werden, daß auf dieser Seite der Nordsee ein friedliches, arbeitsames Volk wohnt, das ebenso wie seine Regierung den lebhaften Wunsch hegt, mit seinen Brüdern jenseits des Kanals in Frieden freundnachbarlich zu leben.

(gez.) Reichskanzler Fürst Bülow.

LXXVI. An Professor Bekker.

Der Professor der Rechte an der Universität Heidelberg, Wirkl. Geh. Rat Bekker, hatte dem Reichskanzler einen Abdruck seiner Abhandlung „Zur Reform der Steuererhebungen" (veröffentlicht in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" vom 22. Mai d. J. Nr. 21) zugesandt. Fürst Bülow antwortete darauf mit nachstehendem Schreiben:

Berlin, 16. Juni 1909.

Euere Exzellenz

bitte ich für die gütige Übersendung Ihrer Abhandlung „Zur Reform der Steuererhebungen" meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen zu wollen. Zu meiner lebhaften Freude habe ich daraus ersehen, daß Euere Exzellenz Sich bis in Ihr hohes Alter jene juristische Geistesschärfe erhalten haben, die ich schon vor 37 Jahren in Greifswald zu bewundern Gelegenheit hatte.

Wenn ich Ihre Klagen über die nachteilige Wirkung des Verfahrens bei der Abgabenerhebung nicht überall zu teilen vermag, so erkenne ich doch gern an, daß die weitere Durchdringung der an der Erhebung der Abgaben beteiligten Stellen mit den von Euerer Exzellenz empfohlenen Grundsätzen des Vertrauens, der Großzügigkeit und der Offenheit erstrebenswert ist, soweit sie sich mit der gebotenen Rücksicht auf die Sicherung der fiskalischen Interessen und den Schutz des ehrlichen gegenüber dem minder gewissenhaften Steuerpflichtigen irgend vereinigen läßt. Ich bemerke dazu, daß auf dem Gebiete der Steuererhebung der persönlichen Vertrauenswürdigkeit der Beteiligten schon jetzt in großem Umfange Rechnung getragen wird. Das Bestreben der Finanzverwaltung, in dieser Beziehung noch weitere Erleichterungen für die Abgabenpflichtigen eintreten zu lassen, wird bei mir stets Billigung und Förderung finden.

In steter Dankbarkeit erinnere ich mich des Wohlwollens, das Euere Exzellenz vor 37 Jahren dem jungen Leutnant entgegenbrachten, der nach Greifswald gekommen war, um dort sein Referendarexamen abzulegen.

Ich habe nie die anregenden Stunden vergessen, die ich damals in Ihrem Hause verleben durfte.

Ich verbleibe mit der Versicherung aufrichtiger Verehrung

Euerer Exzellenz
sehr ergebener
Bülow.

LXXVII. An die Gymnasiallehrer.

Der Vorsitzende der Delegiertenkonferenz der Provinzialvereine akademisch gebildeter Lehrer Preußens, Gymnasialdirektor Dr. Mertens, hatte nach Verabschiedung der Besoldungsvorlage, die die Gleichstellung der Oberlehrer mit den Amts- und Landrichtern im Höchstgehalt brachte, dem Reichskanzler für seine tatkräftige Unterstützung der Vorlage den Dank der Gymnasiallehrer Preußens ausgesprochen. Fürst Bülow antwortete darauf:

Berlin, den 17. Juni 1909

Euer Hochwohlgeboren

haben mich durch das Schreiben vom 10. d. M., das Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Delegiertenkonferenz der Provinzialvereine akademisch gebildeter Lehrer Preußens an mich gerichtet haben, sehr erfreut. Daß meine Bemühungen für die Erfüllung berechtigter Wünsche des höheren Lehrerstandes, über die wir uns vor 2 Jahren unterhielten, nicht erfolglos gewesen sind, erfüllt mich mit lebhafter Genugtuung. Regierung und Landtag des preußischen Staates haben durch die dem höheren Lehrerstande in der neuen Besoldungsordnung zugewiesene Stellung ihrer hohen Meinung von seiner Bedeutung für unser nationales Leben einen deutlichen Ausdruck verliehen. Ich bin gewiß, daß dies Ihre Berufsgenossen bestärken wird in ihrer bewährten Hingebung an ihr schönes Amt und an ihre heilige Aufgabe, in den Herzen der ihnen anvertrauten Jugend Reinheit der Gesinnung und Begeisterung für unser Vaterland zu wecken und zu stärken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ergebenster
(gez.) Bülow.

LXXVIII. Tod des Dr. Langerhans.

An den Sohn des verstorbenen langjährigen Stadtverordnetenvorstehers von Berlin, Dr. Langerhans, richtete der Reichskanzler folgendes Schreiben:

Berlin, den 23. Juni 1909.

Euer Hochwohlgeboren

bitte ich bei dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters den Ausdruck meiner

aufrichtigen Teilnahme entgegennehmen und ihn auch den anderen Hinterbliebenen übermitteln zu wollen. Die vorbildliche Hingebung, mit der der Entschlafene seine hervorragende Arbeitskraft in den Dienst des Gemeinwohls und besonders seiner Heimat, der Reichshauptstadt, gestellt hat, sichert ihm ein ehrenvolles Andenken.

Mit der Versicherung größter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren
ergebener
(gez.) Bülow.

LXXIX. Deutscher Bauernbund.

Am 6. Juli 1909 war in Gnesen ein deutscher Bauernbund begründet worden, der die Bauern Deutschlands zusammenfassen sollte zu einer besonderen Organisation gegenüber dem „Bund der Landwirte", dem eine allzu einseitige Vertretung der Großgrundbesitzerinteressen vorgeworfen wurde. Da der Rücktritt des Kanzlers damals schon feststand, sendete die Gnesener Versammlung an ihn ein Telegramm, in dem dem Bedauern über die Zertrümmerung des Blocks Ausdruck gegeben war, die zur Erschütterung der deutschen Ostmarkenpolitik führen müsse und das Deutsche Reich eines so hervorragenden Staatsmannes, wie des Fürsten Bülow, beraube.

Fürst Bülow antwortete mit nachstehendem Telegramm:

Berlin, den 7. Juli 1909.

An das Präsidium des Deutschen Bauernbundes, Gnesen.

Für Ihre telegraphische Begrüßung besten Dank. Die Stärkung des Deutschtums in der Ostmark und der Schutz der deutschen Landwirtschaft sind Lebensbedürfnisse unseres Volkes. Daran wird weder eine neue Gruppierung der Parteien noch ein Personenwechsel in der Regierung etwas ändern können.

Reichskanzler Fürst Bülow.

LXXX. Der Abschied vom Auswärtigen Amt.

Am 10. Juli fand bei dem Fürsten Bülow im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais ein Essen statt, bei dem er sich von den Herren des Auswärtigen Amts verabschiedete. Auf eine Ansprache des Staatssekretärs v. Schön antwortete der Fürst folgendes:

Ich danke Euerer Exzellenz für Ihre gütigen Worte, ich danke Ihnen allen, meine Herren, für die Aufnahme, welche Sie diesen Worten bereitet haben. Ich habe Sie gebeten, meine Herren, sich heute noch einmal um meinen Tisch zu versammeln, weil es mir ein Bedürfnis ist, Ihnen bei meinem Scheiden aus dem Allerhöchsten Dienst persönlich zu danken für

die treue und treffliche Unterstützung, die ich während meiner Amtsführung bei Ihnen gefunden habe. Ich brauche n cht zu sagen, wie sehr ich mich den Beamten meiner Reichskanzlei, vor allem meinem verehrten Freunde v. Loebell, verpflichtet fühle, die in täglicher anstrengender Arbeit meine nächste Umgebung gebildet haben. Ich brauche nicht näher auszuführen, wie wichtig für mich als Reichskanzler meine Stellung im preußischen Staatsministerium war, und wie gern ich meine Beziehungen zu dieser Behörde gepflegt habe.

An die Herren des Auswärtigen Amtes habe ich noch ein besonderes Wort zu richten. Mehr als ein Menschenalter, fast 36 Jahre, sind dahingegangen, seit ich in jungen Jahren in das Auswärtige Amt eingetreten bin, an dessen Spitze damals als Staatssekretär des Äußern mein seliger Vater stand. Zwei Jahrzehnte später bin ich selbst Staatssekretär geworden: seit dem 26. Juni 1897, wo Seine Majestät der Kaiser mich mit der Leitung des Auswärtigen Amtes zu betrauen geruhte, habe ich die auswärtigen Geschäfte des Reiches geführt. Auch nach meiner Ernennung zum Reichskanzler habe ich an dem engeren Verhältnis zu Ihnen festgehalten. Von Jugend auf mit dem Auswärtigen Amt verwachsen, bin ich ganz besonders in der Lage, zu wissen, wie viel Arbeit in Ihrer Behörde geleistet wird. Für seinen Anteil an dieser Arbeit danke ich jedem einzelnen von Ihnen. Ich bitte Sie alle, mir ein freundliches Andenken zu bewahren. Ich sage Ihnen Lebewohl mit dem Wunsche und mit der Zuversicht, daß das Auswärtige Amt, den Blick gerichtet auf die mahnende Gestalt des größten deutschen Mannes, des ersten deutschen Reichskanzlers, der ihm seinen Stempel aufgedrückt hat, stets auf dem Posten bleiben wird für Deutschlandes Interessen, für Ehre und Wohlfahrt unseres Volkes, für Kaiser und Reich!

LXXXI. Beglückwünschung.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Wirkliche Geheime Rat Dr. Nieberding, beging am 12. Juli das fünfzigjährige Jubiläum seines Eintritts in den Staatsdienst. Der Reichskanzler richtete an ihn folgendes Telegramm:

In aufrichtiger Verehrung gedenke ich Euerer Exzellenz am heutigen Tage, an dem sich ein halbes Jahrhundert seit Ihrem Eintritt in den Staatsdienst vollendet. Schwere Arbeit schließt dieser Zeitraum ein, aber auch reichen Erfolg. Denn für immer wird der Name Euerer Exzellenz verknüpft sein mit dem großen Werke, das dem deutschen Volke die Einheit seines bürgerlichen Rechts brachte. Möge Euerer Exzellenz bewährte Kraft noch lange dem Reichsdienst erhalten bleiben.

Reichskanzler Fürst Bülow.

LXXXII. Die Gründe des Rücktritts.

Der Chefredakteur des „Hamburgischen Correspondenten", Herr v. Eckardt, hatte dem Reichskanzler den Wunsch eines Empfanges ausgedrückt, um über einige, seinen Rücktritt betreffende, Fragen Auskunft zu erhalten. Der Fürst gewährte diese Unterredung am 13. Juli 1909. Der Besucher sprach dem Fürsten seine Freude darüber aus, daß Hamburg ihn künftig zum Nachbarn haben werde und daß er seinen Wohnsitz an der Elbe zu nehmen gedenke [1]).

„Zunächst", erwiderte der Fürst, „werde ich mich auf einige Zeit nach Norderney begeben. Meinen dauernden Wohnsitz werde ich später allerdings in Klein-Flottbek nehmen. Ich kehre gern zu meinem Geburtsort zurück. Der Gedanke ist mir sympathisch, den Elbstrom mit seinem regen Schiffsverkehr dauernd vor Augen zu haben und mich gleichzeitig unter den Eichen Klein-Flottbeks den schleswig-holsteinischen Landwirten nahe zu wissen."

„Eure Durchlaucht", warf v. Eckardt ein, „haben zu den Schleswig-Holsteinern stets in freundlichen Beziehungen gestanden?"

Der Reichskanzler erwiderte: „Ja, die Pinneberger haben meiner stets freundlich gedacht und mich schon während meiner Kanzlerzeit gewissermaßen als Kreiseingesessenen estimiert. Da steht ein Bild, das sie mir geschenkt haben und das mein Geburtshaus in Flottbek darstellt, wie es aussah vor seinem vor einigen Jahren erfolgten Umbau. Und daß ich in Hamburg zahlreiche Freunde habe, ist Ihnen ja bekannt."

Der Besucher lenkte nun das Gespräch auf die politischen Tagesfragen. Der Fürst erklärte darauf:

„Ich bin gewillt und werde fest dabei bleiben, nach meinem Rücktritt politische Kundgebungen an die Öffentlichkeit zu vermeiden. Da aber jetzt so viele schiefe und unaufrichtige Behauptungen über meine Haltung in der letzten Krisis und über die Gründe meines Rücktritts verbreitet werden, so ist mir die Gelegenheit ganz erwünscht, ehe ich Berlin verlasse, mit einigen Irrtümern und Unwahrheiten aufzuräumen."

Als Herr v. Eckardt auf das vielfach geäußerte Erstaunen darüber hinwies, daß der Reichskanzler nicht sogleich nach der entscheidenden Abstimmung über die Erweiterung der Erbschaftssteuer zurückgetreten sei, und meinte, daß er dann einen brillanten Abgang gehabt hätte, erwiderte der Fürst:

„Ja, wenn ich nur an meinen brillanten Abgang gedacht hätte, dann wäre ich ohne Besinnen gegangen. Das wäre ein dramatischer Effekt gewesen. Darauf konnte es mir aber nicht ankommen. Ich habe nach

[1]) Hamburg. Correspondent 14. Juli 1909.

anderen Grundsätzen gehandelt. Ich bin geblieben einzig und allein, weil ich es meinem Kaiser schuldig war. Er hat mir den Wunsch ausgesprochen, daß ich bleiben möge, bis die Reichsfinanzreform erledigt sei. Ich hätte es für eine Untreue gehalten, wenn ich mich diesem Wunsche entzogen hätte. Rücksicht auf den Reichstag und die Parteien hat mich dabei allerdings nicht bestimmt. Denen zuliebe bin ich nicht geblieben. Ich habe auch weder das Bedürfnis empfunden noch einen sachlichen Grund gesehen, mich vor den Parteien nochmals über die Finanzfrage zu äußern, und noch weniger über meinen Rücktritt, der geht nur den Kaiser und mich an."

Auf die Frage, warum Fürst Bülow nicht zur Auflösung geschritten sei, erwiderte dieser:

„Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich mich gegen den albernen Vorwurf verteidige, es hätte mir dazu an persönlichem Mut gefehlt. Ich habe lange genug im politischen Kampfe gestanden, habe so viele Aktionen des letzten Jahrzehnts im Kampfe durchgesetzt, daß man mich mit solchen Anklagen verschonen sollte. Wenn ich es nicht für richtig gehalten habe, dem Kaiser die Auflösung vorzuschlagen, so haben mich sachliche Gründe bestimmt. Ich mußte anderen Erwägungen folgen, als der Parteimann. Ich mußte auch die Zukunft im Auge behalten. Ich konnte mich nicht für einen Wahlkampf begeistern, der nach rechts hätte geführt werden müssen und zum notwendigen Ergebnis eine gar nicht abzuschätzende Verstärkung des Radikalismus und speziell der Sozialdemokratie gehabt hätte. Die Auflösung hätte zudem eine Verschiebung der Reichsfinanzreform zur Folge gehabt, und niemand weiß mehr als ich, wie sehr die Einzelstaaten die endliche Erledigung der Sache herbeisehnten, wie außerordentlich sie unter einer weiteren Verzögerung zu leiden gehabt hätten. Und dann: hätte denn ein im Kampfe gegen rechts zusammengebrachter Reichstag eine Mehrheit für eine im Sinne der Reichsregierung brauchbare Reform zur Verfügung gestellt? Vom Standpunkte der Befürworter der Auflösung wäre günstigstenfalls eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit zu erwarten gewesen. Sie werden mir zugeben, daß wir von einer solchen Mehrheit 400 Millionen indirekter Steuern nicht hätten erhalten können. Nach Lage der Dinge konnte in diesem Augenblicke die Auflösung für die Verbündeten Regierungen nicht in Frage kommen."

Das Gespräch wandte sich dann im einzelnen den Ereignissen vom 24. Juni zu.

„Niemand bedauert tiefer als ich", sagte der Fürst, „daß die Erweiterung der Erbschaftssteuer gefallen ist. Die Folgen der Ablehnung dieser

vernünftigen und gerechten Steuer werden sich in ernster Weise bemerkbar machen. Daß das Zentrum die Erbschaftssteuer zu Fall gebracht hat, das hat mich nicht gewundert. Das Zentrum hat sich über die unbestreitbaren Vorzüge dieser Steuer, über die Tatsache, daß viele seiner namhaftesten Vertreter ebenso wie leitende Zentrumsblätter seit Jahren für diese Steuer eingetreten sind, über die Tatsache, daß sie sozialpolitisch und steuertechnisch dem Zentrumsprogramm entspricht —, über alles das hat sich das Zentrum in dem Augenblick mit der ihm eigenen taktischen Elastizität hinweggesetzt, wo es hoffen konnte, die Konservativen zu sich herüberzuziehen und mir damit ein Bein zu stellen. Ich nehme das dem Zentrum auch gar nicht übel. Ich nehme das dem Zentrum so wenig übel, wie ich die gleiche Haltung den Polen übel nehme, die auch, obwohl an und für sich Freunde der Erbschaftssteuer, aus Haß gegen mich gegen die Erweiterung der Erbschaftssteuer gestimmt haben. A la guerre comme à la guerre. Von der Seite hatte ich es nicht anders erwartet.

Die Haltung der Konservativen ist mir weniger verständlich gewesen, und es wird auch nicht gelingen, sie dem Lande verständlich zu machen. Der Eindruck wird unverwischbar haften, daß die Konservativen dem zur ausschlaggebenden Stellung zurückverlangenden Zentrum Handlangerdienste geleistet haben. Wenn die Konservativen jetzt erklären lassen, sie hätten die grundsätzliche Ausschaltung des Zentrums für einen politischen Fehler gehalten, so kann damit nur die Blockpolitik gemeint sein. Denn den politischen Fehler der grundsätzlichen Ausschaltung des Zentrums habe ich nie begangen. Wenn aber die Konservativen die Blockpolitik für einen Fehler gehalten haben, so verstehe ich nicht, warum sie zweieinhalb Jahre hindurch diese Politik mitgemacht und durch Stellung des ersten Präsidenten im Reichstag sanktioniert haben. Ich vermag hier politische Logik und Konsequenz nicht zu entdecken. Aus ihrer Abneigung gegen die Erbschaftssteuer haben die Konservativen allerdings von vornherein kein Hehl gemacht. Das war ihr gutes Recht, das ihnen niemand bestreitet und niemand verübelt. Aber daß sie sich gleich zu Anfang der Beratungen mit solcher Starrheit festgelegt haben, das war auch vom Standpunkt der Partei, nach meiner Überzeugung, ein schwerer Fehler. Ja, wenn es sich um Hauptpunkte des konservativen Programms gehandelt hätte, um Glaubensfragen, um Schul- und Kirchensachen, um Kronrechte, um die Fundamente von Heer und Flotte, oder um Stellungnahme gegen eine Radikalisierung des preußischen Wahlrechts, oder wenn es sich um die Grundlagen der Reichs- oder Landesverfassung gehandelt hätte, dann wäre die Haltung der Konservativen verständlich gewesen. Aber die Ausdehnung der Erbschaftssteuer,

deren Prinzip sie ja schon anerkannt hatten, das ist nicht eine Frage, die konservative Grundsätze berührt, von der Sein oder Nichtsein der konservativen Partei abhängt. Diese Frage ist künstlich aufgebauscht worden. Und wenn man jetzt nachträglich das Prinzip des Reichstagswahlrechts in diese Debatte wirft, in einem Moment, wo man den Massenkonsum erheblich belastet, so, fürchte ich, hat man nur Wasser auf die sozialdemokratischen Agitationsmühlen geleitet. Das Land wird auch mehr und mehr erkennen, daß, wenn die Haltung der Konservativen eine andere gewesen wäre, die Finanzreform in einer nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ befriedigenden Weise ohne Sprengung des Blocks, ohne Wechsel in der Regierung, ohne Preisgabe der Errungenschaften und Hoffnungen des Wahlkampfes vom Januar 1907, des schönen Aufschwungs von damals *sehr* wohl zustande kommen konnte. Inzwischen zeigt sich ja immer mehr, welche Besorgnisse die Haltung der Konservativen im Lande hervorgerufen hat. Das Land fühlt die Gefahren, welche diese Haltung für die Partei selbst und für das Vaterland in sich birgt. Diese Haltung kann der Ausgangspunkt einer Entwicklung werden, die erbitterte Parteigegensätze schafft, unnatürliche Parteigruppierungen hervorruft und für das Wohl des Landes nicht zuträglich ist. Fürst Bismarck hat mehr als einmal gesagt, ob eine politische Aktion richtig sei oder nicht, lasse sich meist nicht im Momente, sondern erst einige Jahre später beurteilen. Das gilt auch für die Aktion, welche die Führer der konservativen Partei jetzt gegen mich in Szene gesetzt haben. Ob sie richtig und für das Land ersprießlich war, wird sich auch bei den nächsten Wahlen zeigen. Ich kann doch wohl für mich in Anspruch nehmen, daß ich die Sozialdemokratie nicht nur in ihren Führern rednerisch überwunden, sondern ihr auch eine schwere, praktisch und politisch bedeutungsvolle Wahlniederlage beigebracht habe. Indem die Fraktion von 80 auf 40 Sitze heruntergedrückt wurde, ist der Beweis geliefert worden, daß die Sozialdemokratie auch ohne Ausnahmegesetze und Polizeimaßregeln bekämpft und besiegt werden kann. Wir werden sehen, ob dies bei den nächsten Wahlen wieder gelingt. Die Sozialdemokratie befindet sich jetzt in rückläufiger Bewegung. Wir werden sehen, ob die sozialdemokratische Flut weiter zurückgehen wird. Wir werden auch sehen, ob die Fortschritte des Deutschtums in der Ostmark, die von den Oberpräsidenten von Posen und Westpreußen gerade in der letzten Zeit konstatiert worden sind, aufrecht erhalten und weiter entwickelt werden, ob man die Welfen niederhalten wird, die im Jahre 1907 fortgefegt worden sind. Wenn dies gelingt, so wird sich niemand mehr darüber freuen als ich. Denn ich werde darin die Bestätigung erhalten, daß ich mit meiner Politik auf dem richtigen Wege war, daß sie sich durchsetzt trotz der Fehler

der Konservativen. Wenn nicht, so wird man darin das schlimme Ergebnis der Haltung der Konservativen zu sehen haben, die dann als frivoles Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes erkannt werden würde. Bei Philippi sehen wir uns wieder."

„Trotz allem aber", warf der Besucher ein, „bleibt die konservative Presse dabei, daß ein Abschiedsgesuch nicht gerechtfertigt war. Sie lehnt auch den Vorwurf ab, daß die konservative Partei Eure Durchlaucht gestürzt hätte."

„Für mich ist das Urteil meines Königs und Kaisers über mein Verhalten maßgebender und wichtiger, als solche schiefe Auffassungen. Und ich kann Ihnen sagen, daß Seine Majestät die Gründe meines Rücktritts vollkommen gewürdigt und gebilligt hat. Zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und mir besteht kein Mißverständnis, kein Mißklang irgendwelcher Art. Natürlich kann auch keine Partei einen Minister „stürzen". Die Ernennung wie die Entlassung der Minister hängt verfassungsmäßig lediglich von der Krone ab. Es können aber Situationen entstehen, wo ein Minister, der Überzeugungen hat und es ernst mit seinen Überzeugungen nimmt, nicht im Amte bleiben kann. Daß eine solche Situation für mich entstehen könnte, darauf habe ich die Konservativen rechtzeitig hingewiesen, im Reichstage und unter vier Augen [1]), offen und ehrlich, in einer Weise, die jeden Zweifel ausschloß. Solche Zweifel haben auch bei der konservativen Parteileitung gar nicht bestanden. Sie war sich über den Charakter meiner Warnungen durchaus im klaren. Sie wußte, daß ihre Taktik mich zum Rücktritt zwingen mußte. Indem sie meinen Warnungen keine Rechnung trug, hat sie mit Bewußtsein eine Lage herbeigeführt, in der ich nicht bleiben konnte. Man scheint den Eindruck dieser Vorgänge dadurch abschwächen zu wollen, daß man es so hinstellt, als hätte ich auch schon bei früheren Vorschlägen und Gesetzesvorlagen mit meinem Rücktritt gedroht, als hätte man also meine Warnungen nicht ernst zu nehmen brauchen. Ich erkläre, daß ich bei keiner früheren Vorlage und keinem früheren Vorschlag jemals den Konservativen meine Demission in Aussicht gestellt habe. Es ist endlich irrig und unrichtig, und es ist irreführend, die Sache so darzustellen, als hätte ich meine Entlassung lediglich aus dem Grunde genommen, weil die Erweiterung der Erbschaftssteuer nicht durchgegangen ist. Gewiß, das würde allen Traditionen widersprechen, wenn ein Minister ginge, weil eine von ihm vorgeschlagene Gesetzesvorlage vom Parlament abgelehnt wird.

[1]) Das war im April geschehen.

Das ist aber gar nicht der Grund meiner Entschließung. Ich habe mich zum Rücktritt entschlossen, weil durch die Haltung der konservativen Partei eine politische Konstellation berbeigeführt worden ist, welche unter Trennung von den liberalen Parteien und sogar von den Waffenbrüdern des alten Bismarckschen Kartells die Konservativen zum engsten Bunde mit dem Zentrum und mit den Polen geführt und dadurch das Zentrum wieder zur ausschlaggebenden Partei gemacht hat. Die Folgen dieser Haltung der Konservativen und die hierdurch herbeigeführte Konstellation haben mein Verbleiben im Amte unmöglich gemacht.

Jedermann weiß, wie fern mir auf konfessionellem Gebiete Ungerechtigkeit, Vorurteil und Voreingenommenheit liegen. Wir waren von der Möglichkeit eines Kulturkampfes nie weiter entfernt als während meiner Amtszeit. Aber daß eine Partei, die auf konfessioneller Basis steht, durch konfessionelle Gesichtspunkte zusammengehalten wird und die dabei die konfessionelle Minderheit vertritt, daß diese Partei den ausschlaggebenden Einfluß ausübt im Deutschen Reichstag und diesen Einfluß so mißbrauchen kann, wie das am 13. Dezember 1906 der Fall war, das halte ich allerdings für einen schweren Schaden. Ich glaube, das ist kein Glück für die religiösen Interessen der katholischen Kirche in Deutschland, und ich glaube, daß es ein Unglück ist für die politischen Interessen des ganzen Landes. Auch darin wird mir die Zukunft recht geben. Wenn gesagt worden ist, die konservative Partei hätte gar nicht das Zentrum zur ausschlaggebenden Partei gemacht, sondern ihm nur einen Platz in Reih und Glied einräumen wollen, so ist das eine Fiktion, die niemanden täuschen kann. Von dem Augenblick an, wo die konservative Partei die Brücken zu den Liberalen mit solcher Schroffheit abbrach, ist das Zentrum mit seinen 105 Mitgliedern und seinem polnisch-elsässischen Anhang von weiteren 30 Abgeordneten gegenüber 60 Konservativen wieder in die ausschlaggebende Stellung eingerückt. Gar nicht davon zu reden, daß das Zentrum gegen die Konservativen stets auch die sozialdemokratische Gruppe zu seiner Verfügung hat.

Sie wissen weiter, daß ich der Vertreter und Träger einer festen, entschlossenen und vor allem einer stetigen Ostmarkenpolitik war, weil ich glaube, daß Schwankungen und Schwäche auf diesem Gebiete die preußische und die deutsche Macht, die Lebensinteressen der preußischen Monarchie und des Deutschen Reiches an ihrer Wurzel berühren. Das Zusammengehen der Konservativen mit den Polen muß auch die Deutschen im Osten demoralisieren. Namentlich jetzt, wo sich das Zentrum inniger als je zuvor mit den Polen verbrüdert hat."

Herr v. Eckardt warf ein, daß von konservativer geradeso wie von klerikaler Seite mit Emphase erklärt werde, den Polen hätten bei ihrer Haltung in der Finanzfrage alle Hintergedanken fern gelegen. Sie hätten lediglich sachliche und positive Mitarbeit leisten wollen. Der Fürst zuckte die Achseln:

„Wäre die Sache nicht so ernst und so traurig, so würden diese krampfhaften Bemühungen, das Verhalten der Polen als etwas ganz Harmloses und die Abstimmung der Polen gegen die Erbschaftssteuer als nur von sachlichen Momenten eingegeben hinzustellen, uneingeschränkte Heiterkeit erregen. Ob es wohl irgend einen Menschen auf der Welt gibt, der wirklich annimmt, daß die Polen mit den Konservativen gegangen sind und gegen die Erweiterung der Erbschaftssteuer gestimmt haben, weil sie glaubten, auf diese Weise dem Deutschen Reich und dem preußischen Staat einen Dienst zu erweisen? Risum teneatis amici. Die Polen haben gegen die Erbschaftssteuer votiert, lediglich und ausschließlich weil sie wußten, daß sie damit den Reichskanzler zu Fall bringen würden. Der Redakteur eines leitenden polnischen Blatts, des „Dziennik Berlinski", erklärte bald nach der Abstimmung: „Ich erkläre mit allem Nachdruck, daß die polnischen Mitglieder des Reichstags mit ihrer Abstimmung, die das Schicksal der Vorlage über die Erbschaftssteuer entschied, einzig und allein die Beseitigung des Fürsten Bülow erzielen wollten." Wenn die Polen dies Ziel erreicht haben, so gebührt ihr Dank hierfür der konservativen Partei" — der Fürst verbesserte sich — „der konservativen Parteiführung. Was mich angeht, so konnte und wollte ich jedenfalls nicht von der Gnade der polnischen Fraktion abhängen. Ich konnte eine Entwicklung nicht mitmachen, bei der die polnische Fraktion eine solche Rolle spielt, wie jetzt bei der gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheit."

Der Besucher gab schließlich den starken Bedenken Ausdruck, die gegen die Finanzreform, wie die neue Mehrheit sie geschaffen hat, in so weiten Kreisen bestehen. Darauf erwiderte Fürst Bülow:

„Die Reichsfinanzreform, wie sie jetzt gestaltet worden ist, entspricht nicht dem Bilde, das mir vorschwebte, als ich an diese Sache herantrat. Es fehlt die klare Auseinandersetzung zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten, es fehlen die sozialpolitischen Gesichtspunkte und manches andere. Aber wie die Dinge nun lagen, war sie nach der Ansicht der Verbündeten Regierungen immerhin ein möglicher Weg, um aus der Finanznot herauszukommen. Ich bin auf meinem Posten geblieben, damit wenigstens die schlimmsten Schäden ausgemerzt würden und damit die Reform in einer für die Verbündeten Regierungen noch einigermaßen annehmbaren Weise zu Ende geführt würde. Ich scheide mit dem Wunsche, daß das deutsche

Volk unter Überwindung aller Hindernisse und Gefahren in steigendem Wohlstand, in Sammlung und ungebeugter Kraft seine Bahnen weiter verfolgen und seine Stellung in der Welt behaupten möge."

LXXXIII. Der Abschied vom Bundesrat.

Am 15. Juli überreichte eine Deputation des Bundesrats zum Abschied dem Fürsten eine Adresse, die der neue Reichskanzler v. Bethmann Hollweg mit einer Ansprache übergab.

Die Adresse hatte folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Fürst!

„Mit tiefem Bedauern nimmt der Bundesrat davon Kenntnis, daß Euer Durchlaucht aus der Stellung als Reichskanzler und damit auch aus dem Vorsitz im Bundesrat scheiden.

Zwölf Jahre hat der Bundesrat Euer Durchlaucht als sein Mitglied verehren, neun Jahre sich Ihrer Leitung erfreuen dürfen. Diesen ganzen Zeitabschnitt durchzieht die von Erfolgen gekrönte Wirksamkeit, welche Euer Durchlaucht als Berater Seiner Majestät des Kaisers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, in der Ordnung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse und Handelsbeziehungen und in der inneren Gesetzgebung entfaltet haben. Nicht minder die sorgliche Pflege, die Sie den Interessen aller Bundesstaaten angedeihen ließen. Die Sicherheit, bei Euer Durchlaucht ein gleiches Verständnis, wie für das, was dem Reichskörper frommt, so auch für die Lebensbedingungen jedes einzelnen Bundesglieds zu finden, hat dem Zusammenwirken des Bundesrats mit seinem Vorsitzenden den festen Halt des Vertrauens gegeben.

Wenn sich jetzt das Band gemeinsamer Arbeit löst, so geleite Euer Durchlaucht das Bewußtsein, daß die glänzende Periode Ihres Schaffens und Kämpfens bei dem Bundesrat, der Ihnen seinen ehrerbietigen Abschiedsgruß darbringt, in dankbarem Gedächtnis bewahrt bleibt."

Fürst Bülow erwiderte darauf[1]):

Er danke dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg für seine Worte und allen Anwesenden für ihre freundliche Gesinnung. Die ihm überreichte Adresse bereite ihm deshalb eine aufrichtige Freude, weil er sie als einen Beweis dafür ansehe, daß es ihm gelungen sei, sich das Vertrauen des Bundesrats zu erwerben. Vertrauensvolle Fühlung mit dem Bundesrat zu unterhalten, sei ihm vom ersten Tage seiner Amtsführung an ein Bedürfnis gewesen. Darauf hätte ihn schon sein Lebensgang hingewiesen.

[1]) Kreuzzeitung 16. Juli 1909. Nicht in direkter Rede veröffentlicht.

Dreizehn Jahre lang sei sein Vater Mitglied des Bundesrats gewesen. Und wenn er in seinen Erinnerungen noch weiter zurückgehe, so stehe die Eschenheimer Gasse vor seinem Auge, in Frankfurt a. M., wo er seine Kindheit verlebt habe. Er sehe den damaligen Gesandten v. Bismarck-Schönhausen vor sich, den großen nachmaligen ersten Kanzler, wie er in das Palais des alten Bundestages eintrete. Und jetzt sei der Bundesrat ein Eckstein in dem Gebäude des neuen Reichs. Zwölf Jahre sei er, Fürst Bülow, Bevollmächtigter zum Bundesrat gewesen. Er habe sich immer angelegen sein lassen, die persönlichen Beziehungen zu den Mitgliedern des Bundesrats zu pflegen und auf die Zustimmung und Unterstützung des Bundesrats stets hohes Gewicht gelegt. Er wisse, wie lebendig und tief gewurzelt der Reichsgedanke im Bundesrat sei und wie die Bevollmächtigten zum Bundesrat vom Boden der föderativen Reichsverfassung aus den Reichsgedanken hoch hielten. Solange dem so sei, könnten wir mit Ruhe in die Zukunft blicken. Er übergebe mit vollem Vertrauen die Geschäfte an Herrn v. Bethmann, ein Vertrauen, das nicht nur begründet sei auf der Anerkennung der hohen Begabung seines Nachfolgers, sondern auch auf der Achtung vor dessen Charaktereigenschaften. Er bitte die um ihn versammelten Vertreter der Bundesregierungen, diesen seinen Dank für die ihm bewiesene wohlwollende Gesinnung zu übermitteln. Er bitte sie vor allem, den Souveränen, die sie verträten, und den Senaten der drei Hansestädte seinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, daß er stets bei ihnen gefunden habe. Er bäte sie alle, ihm ein freundliches Andenken zu bewahren.

LXXXIV. Kundgebungen beim Abschied.

a) Fürstlichkeiten.

Se. Majestät der König von Rumänien hatte an den Fürsten Bülow folgendes Telegramm gerichtet: Schloß Pelesch, 15. Juli 1909. Mit dem lebhaftesten Bedauern sehe ich Euere Durchlaucht aus dem hohen Amte, dem Sie in so hervorragender Weise vorgestanden, scheiden. Sie dürfen mit der größten Befriedigung auf die langen Jahre zurückblicken, während welcher Sie, oft unter recht schwierigen Umständen, für die Kräftigung und Wohlfahrt des Deutschen Reiches gewirkt haben. Die innigen Beziehungen, die mich seit langen Jahren mit meinem alten Vaterlande eng verbinden und deren Pflege Euerer Durchlaucht besonders am Herzen gelegen, sichern Ihnen auch in Zukunft meine freundschaftlichsten Gesinnungen. Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank für das warme Interesse, daß Sie unausgesetzt meinem Lande entgegengebracht, das die weise Politik, die Euere Durchlaucht mit fester Hand geleitet, zu würdigen weiß. Als Erinnerung an unsere langjährigen persönlichen Beziehungen bitte ich Euere Durchlaucht den Orden, der meinen Namen trägt, freundlich aufnehmen zu wollen. Ihrer Frau Gemahlin empfehle ich mich angelegentlichst. Carl.

Die Antwort des Fürsten lautete:

Berlin, den 15. Juli 1909.

An
des Königs von Rumänien Majestät
Castel Peles
bei Sinaia.

Tief gerührt durch das so gnädige Telegramm und die mir verliehene hohe Auszeichnung bitte ich Euerer Königlichen Majestät meinen ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen legen zu dürfen. Geruhen Euere Majestät zugleich mit meinen und meiner Frau wärmsten Segenswünschen für die Zukunft die erneute Versicherung unwandelbarer treuer Ergebenheit entgegenzunehmen, in der ich allezeit der huldreichen Gesinnung gedenken werde, die Euere Majestät mir stets erwiesen haten.

Fürst v. Bülow.

b) Parteien und Vereine.

Der Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Gamp hatte dem Fürsten namens der Mitglieder der Reichspartei sein Bedauern ausgesprochen, daß seine Kanzlerschaft ein Ende finden solle. Darauf antwortete Fürst Bülow [1]):

Euer Hochwohlgeboren danke ich aufrichtig für die warm empfundenen Worte, die Sie im Namen der Reichspartei aus Anlaß meines Rücktritts an mich gerichtet haben.

Ich werde nicht vergessen, wieviel die freikonservative Partei für das Interesse des Reichs und die Ziele meiner Politik in treuer und erfolgreicher Mitarbeit geleistet hat.

(gez.) Fürst Bülow.

An den Reichstagsabgeordneten Bassermann.

Auf zwei von dem Reichstagsabgeordneten Bassermann im Namen der nationalliberalen Partei und der Reichstagsfraktion gesandte Abschiedstelegramme erwiderte Fürst Bülow:

Euer Hochwohlgeboren danke ich aufrichtig für die freundlichen Worte, die Sie namens der nationalliberalen Partei und Reichstagsfraktion an mich gerichtet haben. Ohne die treue und verständnisvolle Unterstützung der Nationalliberalen wären meiner inneren Politik die Erfolge nicht beschieden gewesen, deren ich mich rückblickend erfreuen darf. Dazu rechne ich vor allem auch heute noch die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit der konservativen

[1]) Nordd. Allgem. Zeitung 14. Juli 1909.

und liberalen Fraktionen, die in großen nationalen Fragen für unser politisches Leben immer wieder notwendig werden wird, mögen auch zeitweilige Gegensätze sie verhindern. Ich wünsche der nationalliberalen Partei eine Zukunft, die ihren in der Vergangenheit erworbenen großen Verdiensten um die Belebung des nationalen Gedankens im deutschen Volke und um den Ausbau unserer politischen Einheit entspricht.

Fürst v. Bülow.

Auf ein persönliches Abschiedstelegramm des Abg. Bassermann dankte der Fürst wie folgt:

Berlin, den 17. Juli 1909.

Sehr verehrter Herr Bassermann!

Die Abschiedsgrüße, die Sie als Führer der nationalliberalen Partei mir zugerufen haben, und die mich in diesen ernsten Tagen sehr wohltuend berührten, habe ich schon telegraphisch erwidert. Es ist mir aber ein Bedürfnis, Ihnen auch persönlich noch einmal zum Ausdruck zu bringen, wie wertvoll mir Ihre Mitarbeit in der ganzen Zeit meiner Kanzlerschaft war, und wie dankbar ich erkenne, daß zwischen uns die Politik auch persönliche Beziehungen geknüpft hat, auf deren Fortsetzung ich glaube hoffen zu dürfen. Sie verweisen mich auf das Urteil der Geschichte. Ich bin unbescheiden genug, dies Urteil mit Ruhe zu erwarten. Es wird mir aber, wenn die Erregung, die uns alle noch beherrscht, sich gelegt hat, eine Freude sein, im Gedankenaustausch mit einem weitblickenden Zeitgenossen wie Sie, verehrter Herr Bassermann, die Ereignisse der letzten Jahre am geistigen Auge nochmals vorüberziehen zu lassen und zu prüfen, ob ich auf dem rechten Wege war. Ich hoffe, daß Sie mir diese Freude machen werden, und bitte auch Ihrer Frau Gemahlin und Ihrem Fräulein Tochter meine und meiner Frau beste Empfehlungen zu übermitteln. In aufrichtiger Wertschätzung Ihr sehr ergebener

Bülow.

Ostmarkenverein.

Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins sandte an den Fürsten eine Kundgebung, in der es u. a. hieß: Mit klarem Blick haben Euere Durchlaucht die geradezu ausschlaggebende Bedeutung der Ostmarkenfrage für den Bestand und die Sicherheit des Deutschen Reiches wie der preußischen Monarchie erkannt; mit sicherer Hand und warmem Herzen haben Sie diejenige Ostmarkenpolitik unentwegt durchzuführen und für die Zukunft festzulegen gewußt, die allein zur dauernden Sicherung der deutschen Vorherrschaft in den Ostmarken führen wird. In der Geschichte des seit Jahrhunderten währenden Kampfes um die Ostmark wird der Name Fürst v. Bülow als treuer Vorkämpfer für das Deutschtum einen ersten Platz erhalten!

Fürst Bülow erwiderte darauf:

Euer Hochwohlgeboren und dem Hauptvorstande des Deutschen Ostmarkenvereins danke ich aufrichtig für die freundlichen an mich gerichteten Abschiedsgrüße. Es ist mir eine Beruhigung, daß in dem Augenblicke, wo ich aus dem Amte des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten scheide, nicht nur das Deutschtum in unserer Ostmark im Vorschreiten ist, sondern auch das Verständnis der Nation für die preußische Ostmarkenpolitik wächst. Daraus schöpfe ich die zuversichtliche Hoffnung, daß wir auch auf diesem Gebiete aus unseren Fehlern in der Vergangenheit gelernt haben, und daß wir für alle Zukunft an einer stetigen, planmäßigen und energischen Arbeit für die Stärkung des Deutschtums in den Grenzbezirken festhalten werden, die nicht auf schnellen, sondern auf dauernden Erfolg zielt. Mit der Versicherung besonderer Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Hochwohlgeboren ergebener

(gez.) Bülow.

c) Landwirtschaft.

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats Graf v. Schwerin-Löwitz hatte an den Fürsten ein Telegramm gerichtet, in dem er den Kanzler der unvergänglichen und ungeteilten Dankbarkeit aller deutschen Landwirte versicherte. Fürst v. Bülow antwortete darauf folgendes:

Berlin, den 12. Juli 1909.

Dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats
Herrn Grafen v. Schwerin-Löwitz.
Reichstag.

Für Ihr freundliches Telegramm bitte ich Sie meinen herzlichsten Dank entgegennehmen und diesen Dank dem Deutschen Landwirtschaftsrat übermitteln zu wollen. Was meine Politik für die Landwirtschaft wie überhaupt für den Schutz der nationalen Arbeit erstrebt und erreicht hat, das wird nach meiner Überzeugung nicht den Interessen einzelner Erwerbsstände, sondern der ganzen deutschen Volkswirtschaft dienen. Um dieser Politik die Stetigkeit zu sichern, die nötig ist, um ihre Früchte reifen zu lassen, habe ich mich bemüht, in ihr das rechte Maß innezuhalten und Übertreibungen zu vermeiden. Gerade deswegen kann ich mich des Dankes, den Sie, verehrter Graf, mir namens der deutschen Landwirtschaft aussprechen, aufrichtig freuen und mich der Hoffnung hingeben, daß die unter Führung des großen ersten Kanzlers beschrittene wirtschaftspolitische Bahn noch lange von den gesetzgebenden Faktoren des Reiches innegehalten werden kann und wird.

(gez.) Reichskanzler Fürst Bülow.

d) Gewerbe und Handel.

Auf ein Schreiben des Präsidenten des Deutschen Handelstages, Stadtältesten Kaempf, erging folgende Antwort:

Euer Hochwohlgeboren und der Deutsche Handelstag haben mich sehr erfreut durch das liebenswürdige Schreiben vom 19. d. M., in dem Sie für meine Arbeit an der Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Industrie so warme Worte der Anerkennung finden. Ich bitte, meinen aufrichtigen Dank dafür entgegenzunehmen.

Fürst v. Bülow.

An den Berliner Tischlerobermeister Rahardt schrieb Fürst Bülow aus Norderney unterm 27. Juli:

Euer Hochwohlgeboren danke ich aufrichtig für den freundlichen Scheidegruß, den Sie an mich gerichtet haben. Ich freue mich, von Ihnen bestätigt zu sehen, daß meine Politik den berechtigten Interessen des Mittelstandes und damit der Erhaltung vieler selbständiger Existenzen gedient hat, die für die Gesundheit unseres sozialen Lebens von großer Bedeutung sind. Ich fürchte nicht, daß diese mittelstandsfreundliche Politik in Zukunft verlassen wird, bin vielmehr überzeugt, daß eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit dahin führt, an ihr wie überhaupt an einem ausreichenden Schutz unserer produzierenden Arbeit festzuhalten.

In ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenster

(gez.) Fürst v. Bülow.

e) Verkehr.

Der Generaldirektor der Hamburg—Amerika-Linie, Ballin, hatte an den Fürsten v. Bülow folgendes Telegramm gerichtet: Euerer Durchlaucht Kanzlerzeit hat die stärkste Entwicklung und reichste Blüte von Industrie, Handel und Verkehr gesehen, die Deutschland jemals erlebt hat. Und bis zuletzt haben Euere Durchlaucht verhindert, daß die schlimmsten Anschläge auf die Freiheit und Kraft unseres Wirtschaftslebens Gesetz geworden sind. Wenn Euer Durchlaucht nunmehr aus Ihrem hohen Amte scheiden, so finden wir darin den Beweis, daß Sie eine verkehrsfeindliche Politik, wie sie auch in den jetzt genehmigten Steuern gegen Handel und Wandel zum Ausdruck kommt, nicht führen können und wollen. Für diese Ihre Fürsorge für Deutschlands wirtschaftliche Interessen daheim und in der Welt bleiben Euerer Durchlaucht die Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie zu unwandelbarer Dankbarkeit verpflichtet. Zum Gedächtnis dessen werde ich der Hamburg—Amerika-Linie vorschlagen, den nächsten größeren Dampfer durch den Namen „Fürst v. Bülow" zu ehren. (gez.) Ballin.

Fürst Bülow sandte folgendes Antworttelegramm:

Generaldirektor Ballin, hier, Esplanade-Hotel.

Herzlichen Dank für Ihr freundliches Telegramm. Die meiner politischen

Arbeit gezollte Anerkennung hat mir wohlgetan. Für Ihre Absicht, einem Dampfer der Hamburg—Amerika-Linie meinen Namen geben zu lassen, bin ich um so dankbarer, als mich Jugenderinnerungen und Blutsverwandtschaft nach Hamburg und der Elbe hinweisen. Lassen Sie mich aber auch der Überzeugung Ausdruck geben, daß die Reichspolitik nie die gewaltigen Interessen aus den Augen verlieren wird, die sich in Handel, Industrie und Schiffahrt verkörpern.

(gez.) Fürst Bülow.

Dem Norddeutschen Lloyd dankte der Fürst auf seinen Abschiedsgruß wie folgt:

Für das freundliche Telegramm bitte ich, meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen. Meine aufrichtigsten Wünsche gehören der Entwicklung des Norddeutschen Lloyd, auf dessen Flotte ganz Deutschland stolz ist.

(gez.) Fürst Bülow.

f) Arbeiterbewegung.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, D. Weber, hatte an den Fürsten Bülow ein Schreiben gerichtet, das die Betrübnis über den Rücktritt aussprach, den Dank für das der Arbeitersache stets bewahrte Wohlwollen und den Wunsch eines gesegneten, friedvollen Lebensabends. Hierauf erging vom Fürsten Bülow folgende Antwort:

An den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands Herrn D. theol. Weber, Hochehrwürden, M.-Gladbach.

Euer Hochehrwürden danke ich aufrichtig für das freundliche Schreiben vom 30. v. M. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern, habe ich immer für meine Pflicht gehalten, weil ich ihre Bedeutung für die gesunde Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens wohl zu würdigen weiß.

Mit der Versicherung besonderer Hochachtung

Euer Hochehrwürden sehr ergebener

Bülow.

Der Fürst nahm die ihm angetragene Ehrenmitgliedschaft der evangelischen Arbeitervereine mit folgendem Schreiben an:

Berlin, den 13. Juli 1909.

Euer Hochehrwürden danke ich verbindlich für das gefällige Schreiben vom 9. d. M., in dem der Gesamtvorstand der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands mir die Ehrenmitgliedschaft anträgt. Ich bin gern bereit,

die Ehrenmitgliedschaft anzunehmen, und würde mich dieser mir zugedachten Auszeichnung aufrichtig freuen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Euer Hochehrwürden ergebener

(gez.) Fürst Bülow.

Desgleichen trug der Bund vaterländischer Arbeitervereine dem Fürsten die Ehrenmitgliedschaft an, die dieser mit folgendem Schreiben annahm:

Berlin, den 13. Juli 1909.

Euer Hochwohlgeboren und dem Vorstand des Bundes vaterländischer Arbeitervereine danke ich verbindlich für das gefällige Schreiben vom 3. d. M., in dem mir die Ehrenmitgliedschaft des Bundes angetragen wird. Die mir zugedachte Auszeichnung weiß ich wohl zu schätzen und werde mich freuen, auch weiter mein Interesse für die Vereinigungen der vaterländischen Arbeiterschaft zu bezeugen. Ich bin deshalb gern bereit, die Ehrenmitgliedschaft anzunehmen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ergebener

Fürst v. Bülow.

An den Syndikus des Bundes vaterländischer Arbeitervereine,
Herrn Justizrat Scheda, Hochwohlgeboren,
Berlin SW. 11, Hafenplatz 10.

Aus Völklingen sprachen am 18. Juli telegraphisch Tausende dort versammelter Mitglieder der Vereinigten Hüttenarbeitervereine der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke zu Völklingen, der Burbacher Hütte zu Saarbrücken, des Eisenwerks Krämer zu St. Ingbert und des Stahlwerks Gouvy zu Oberhomburg dem Fürsten ihren Dank für den während zehnjähriger Kanzlerschaft betätigten Schutz der nationalen Arbeit aus. Fürst Bülow antwortete am 19. Juli 1909:

Vorarbeiter Friedrich, Völklingen. — Ich bitte Sie, den Mitgliedern der Vereinigten Hüttenarbeitervereine meinen herzlichen Dank zu übermitteln für die freundlichen Abschiedsgrüße, die mich unmittelbar vor meiner Abreise noch erreichten und sehr erfreuten. Die von Ihnen ausgesprochene Überzeugung, daß die Interessen der Arbeiter und der Arbeitgeber, der Industrie und der Landwirtschaft nicht feindliche, sondern gemeinsame sind, hat mich bei meiner Arbeit für den sozialen Frieden und für den Schutz der nationalen Arbeit geleitet. Möge sie unser Volk immer mehr durchdringen, damit es auch seinen gefährlichsten Erbfeind, den Parteihader, überwinde.

Fürst Bülow.

g) Städte.

Hamburg.

Am Tage des Rücktritts, 14. Juli, ließ Fürst Bülow dem Präsidenten des Hamburger Senats, Bürgermeister Dr. Burchard, folgendes Schreiben zugehen:

Berlin, 14. Juli 1909.

Ew. Magnifizenz haben mir während meiner Amtstätigkeit stets Vertrauen und Wohlwollen entgegengebracht und mir durch diese Gesinnung und die unwandelbare Bundestreue der Freien Stadt, an deren Spitze Ew. Magnifizenz stehen, die Erfüllung meiner Amtspflichten in wirksamer und wertvoller Weise erleichtert. Ich empfinde es daher als eine Pflicht und persönliches Bedürfnis, Ew. Magnifizenz und dem Senat der Freien Stadt Hamburg beim Scheiden aus meinem Amt meinen tiefgefühlten Dank für die mir bewiesene Gesinnung auszusprechen. Ich verlasse den Posten, auf den mich das gnädige Vertrauen meines kaiserlichen Herrn gestellt hatte, mit dem aus vollem Herzen kommenden Wunsche, daß Kaiser und Reich einer glücklichen und ruhmvollen Zukunft entgegengehen und daß die Freie Stadt Hamburg weiterhin blühen und gedeihen möge. Mit der Bitte, daß Ew. Magnifizenz und der Senat der Freien Stadt Hamburg mir auch fernerhin dieselbe wohlwollende Gesinnung bewahren mögen, verbleibe ich Ew. Magnifizenz sehr ergebener

(gez.) Fürst v. Bülow.

Ein Schreiben gleichen Inhalts sandte der Fürst auch an den Bremer Senat.

Berlin.

Auf die Mitteilung, daß der Magistrat von Berlin dem Babelsberger Platz den Namen Fürst-Bülow-Platz gegeben habe, richtete Fürst Bülow an den Oberbürgermeister Kirschner nachstehendes Schreiben:

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister!

Ihnen und dem Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt danke ich aufrichtig für die Ehrung, die Sie mir durch die Benennung eines Berliner Platzes nach meinem Namen erwiesen haben. Es ist mir ein sympathischer Gedanke, daß mein Name nunmehr mit einem Stadtteil verknüpft ist, der so deutlich und groß die kraftvoll aufbauende Entwicklung des städtischen Gemeinwesens erkennen läßt. Wenn ich jetzt Berlin verlasse, so geschieht es mit den wärmsten Wünschen für das Glück und fernere Gedeihen der Stadt und ihrer Bürgerschaft.

In aufrichtiger Verehrung bin ich, hochverehrter Herr Oberbürgermeister

Ihr sehr ergebener

(gez.) Bülow.

Bromberg.

Norderney, 28. Juli 1909.

Die freundlichen Worte, die der Magistrat der Stadt Bromberg anläßlich meines Scheidens aus dem Amte an mich zu richten die Güte hatte, haben mich sehr erfreut. Die Zukunft jener östlichen Provinzen der Monarchie, wo der Deutsche seit Jahrhunderten auf gefährdetem Posten im Kampfe steht, hat mir immer besonders am Herzen gelegen. Meine treuesten Wünsche begleiten die deutsche Sache dort noch lebhafter als anderswo. Ich hoffe, daß es mir im Laufe der Jahre möglich sein wird, Bromberg zu besuchen, an dessen Ergehen ich als Ehrenbürger warmen Anteil nehme.

Fürst v. Bülow.

h) Wissenschaft und Kunst.

Universität Berlin.

Von dem Rektor der Universität Berlin, Professor Dr. Kahl, war dem Fürsten Bülow nachstehendes Telegramm zugegangen:

Dem um das Vaterland hochverdienten Kanzler, dem treuen Freunde und freisinnigen Jünger der Wissenschaft, dem unvergessenen Schüler und Kommilitonen sendet die Alma Mater Berolinensis herzlichen Abschiedsgruß und tausend Wünsche ad multos annos für einen durch die dankbare Anerkennung des deutschen Volkes verschönten Lebensabend.

Fürst Bülow antwortete:

Berlin, den 16. Juli 1909.

Euerer Magnifizenz und den akademischen Behörden spreche ich für die gütige Kundgebung bei meinem Rücktritt herzlichen Dank aus. Es bewegt mich tief, daß ich die Reichshauptstadt nicht verlasse ohne diesen ehrenvollen Scheidegruß der Alma Mater Berolinensis, der ich in jungen Jahren Dank schuldig geworden bin, und bei der ich später in meiner amtlichen Laufbahn manche Unterstützung gefunden. Ich sage der Friedrich-Wilhelms-Universität Lebewohl mit einem herzlichen vivat, crescat, floreat!

Fürst v. Bülow.

Akademie zu Posen.

Der Rektor der Königlichen Akademie, Professor Dr. Spies, hatte an den Fürsten Bülow folgendes Schreiben gerichtet:

Eurer Durchlaucht Rücktritt von der Leitung der Reichsgeschäfte wird von den Mitgliedern des Senats der Posener Akademie besonders schmerzlich empfunden; denn wir verehren in Eurer Durchlaucht den tatkräftigen Mitbegründer und Förderer unserer jungen Hochschule. Diese Verehrung findet ihren äußeren Ausdruck in der

Ehrenmitgliedschaft der Akademie, die Eure Durchlaucht auf unsere Bitte angenommen haben. Fester aber verbindet uns für alle Zeit mit Eurer Durchlaucht die Überzeugung, daß in dem erfolgreich unternommenen Kampfe um die Ostmark neben den politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen diejenigen von besonderer Bedeutung sind, die auf eine Förderung des geistigen Lebens in diesen Landesteilen hinzielen. In Dankbarkeit wiederholen wir hiermit das Gelöbnis, daß wir auch in Zukunft an dieser uns von Eurer Durchlaucht gestellten Aufgabe nach besten Kräften zu arbeiten uns bemühen werden.

Darauf ging folgende Antwort ein:

Eurer Magnifizenz danke ich aufrichtig für den mir übermittelten freundlichen Abschiedsgruß der Königlichen Akademie in Posen. Deutsche Geistesrichtung in der Ostmark zu verbreiten ist eine von unseren Vorfahren ererbte hohe Aufgabe, der zu dienen ein schöner Beruf der Akademie ist. Möge die Begeisterung für dieses Ziel, die aus den an mich gerichteten Zeilen Eurer Magnifizenz spricht, den Mitgliedern der Akademie nie verloren gehen.

(gez.) Fürst v. Bülow.

Gerhart Hauptmann und Gustav Frenssen.

G. Hauptmann hatte dem Fürsten seinen Schmerz über dessen Rücktritt ausgesprochen, Gustav Frenssen auch den Dank für alles das, was Fürst Bülow für das Land getan habe.

Fürst Bülow antwortete hierauf an G. Hauptmann:

Herzlichen Dank für Ihr Telegramm! Es ist mir ein Zeugnis Ihres tiefen deutschen Fühlens und Ihrer Freundschaft für mich.

Mit treuen Wünschen

Ihr ergebener

Fürst Bülow.

und an G. Frenssen:

Euer Hochwohlgeboren spreche ich für Ihre freundlichen Worte herzlichen Dank aus. Wenn Sie am Schlusse Ihres gütigen Grußes mir Ihre langjährige Anhänglichkeit und Verehrung ausdrückten, so gibt mir diese Ihre Gesinnung die willkommene Gelegenheit, Ihnen zu versichern, daß ich seit langer Zeit eine aufrichtige Verehrung für Ihr geistiges Schaffen hege und ein Bewunderer Ihrer Werke bin.

LXXXV. Ankunft in Norderney.

Fürst Bülow wurde bei seiner Ankunft in Norderney am 21. Juli von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt. Auf die Begrüßungsrede des Bürgermeisters

erwiderte der Fürst, er sei auch diesmal mit seiner Frau gern nach dem ihm seit vielen Jahren lieb gewordenen Norderney gekommen. Dann fuhr er etwa fort:

Ich beziehe Ihre Kundgebung nicht auf mich, sondern auf den nationalen Gedanken, dem ich nach bestem Wissen und Gewissen gedient habe. Der nationale Gedanke verkörpert sich für uns in dem Hause der Hohenzollern, das dem deutschen Volke die Wege gewiesen hat vom Großen Kurfürsten bis zum großen König, unter dessen Zepter ja auch Norderney gestanden hat, und von dem großen König bis zu unserem guten alten Kaiser. Im Dienste des nationalen Gedankens steht auch unser jetzt regierender Kaiser mit seinem edlen Herzen, seinem auf das Beste gerichteten Willen. Solange Kaiser und Nation einig sind, können wir getrost in die Zukunft blicken. Wenn mir anläßlich meines Rücktrittes von Ihnen, wie von vielen anderen, ein wohlwollendes Abgangszeugnis ausgestellt worden ist, so glaube ich, dies darauf zurückführen zu dürfen, daß Sie fühlen, wie ich nie einen anderen Leitstern gekannt habe, als das Wohl des Landes, das Staatswohl und das Wohl der Dynastie, die unauflöslich miteinander verknüpft sind. Denn die Zukunft des deutschen Volkes ruht auf den Schultern des Hauses der Hohenzollern, und was nützlich und notwendig ist für die Nation, das wird auch immer dem wahren Wohle der Krone frommen. Unser Kaiser und unser liebes Vaterland leben hoch!

LXXXVI. An die Universität Leipzig.

Zum 500jährigen Jubiläum der Universität Leipzig hatte auch Fürst Bülow als alter Leipziger Student eine Einladung erhalten. Er erklärte sich anfangs geneigt, zu der Feier zu kommen, behielt sich aber die endgültige Entschließung vor. Inzwischen erfolgten die Ereignisse, die zu seinem Rücktritte führten. Danach teilte er seine Absage in folgendem Briefe an den derzeitigen Rektor, Prof. Binding, mit:

Euerer Magnifizenz schulde ich noch die endgültige Antwort auf die gütige Einladung zur Jubelfeier der Universität Leipzig. Euere Magnifizenz werden es verstehen, wenn ich nach den Mühen und Kämpfen der letzten Zeit der Ruhe bedürftig bin und mein Fehlen bei dem Feste zu entschuldigen bitte. Erinnerungen mancherlei Art, persönliche und historische, hätten mich wohl nach Leipzig gezogen. Ich gedenke gern der beiden Semester, die ich dort, am alten Hochsitze deutscher Bildung und Gelehrsamkeit, verbracht habe. Ich bewahre in dankbarem Gedächtnis vor allem die Stunden, die ich zu Roschers Füßen saß. Aus seinen Vorträgen habe ich reiche Anregungen mit ins Leben hinausgenommen, und sein „System der Volkswirtschaft" ist mir auch in späteren Jahren noch oft genug Berater und

Führer gewesen. Ich werde die Jubelfeier mit dem Wunsche begleiten, daß die Universität Leipzig, die einst gegründet wurde, um deutschem Geiste Zuflucht und Wirkungsstätte zu bieten, die ihrer Aufgabe in guten und bösen Zeiten treu gewesen ist, die vor demnächst hundert Jahren die Würfel über das Schicksal unseres Volkes fallen sah, ihrer großen Vergangenheit eingedenk noch unzähligen Generationen deutscher Jünglinge das geistige Rüstzeug bieten möge für die Arbeit im Dienste des Vaterlandes.

In ausgezeichneter Hochachtung bin ich

Euerer Magnifizenz
sehr ergebener
(gez.) Fürst v. Bülow.

LXXXVII. Zum Tode Liliencrons.

Beim Ableben Detlev v. Liliencrons telegraphierte Fürst Bülow aus Norderney an die Witwe:

Schmerzlich bewegt durch den Heimgang Ihres von mir als Dichter bewunderten, als Mensch verehrten Gatten, spreche ich Ihnen auch im Namen meiner Frau herzlichstes Beileid aus.

Fürst Bülow.

Nachtrag.

Auf S. 134 ist nach Zeile 8 von unten das Folgende noch einzufügen:

Schon vorher, am 7. November, hatte der Vorstand der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstags folgende Erklärung veröffentlicht: „Die letzten mit den Veröffentlichungen der englischen Presse verbundenen Ereignisse zeigen, daß der Dienst des Auswärtigen Amtes nicht überall ausreichend organisiert ist. Trotz der vom Reichskanzler formell übernommenen Vertretung müssen Vorkehrungen getroffen werden, welche die Wiederkehr solcher Mißstände für die Zukunft mit Sicherheit verhindern. Im Zusammenhang hiermit hält der versammelte Vorstand der konservativen Partei es für erforderlich, folgendes auszusprechen: Wir sehen mit Sorge, daß Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers, gewiß stets von edlen Motiven ausgehend, nicht selten dazu beigetragen haben, teilweise durch mißverständliche Auslegung unsere auswärtige Politik in schwierige Lage zu bringen. Wir halten, geleitet von dem Bestreben, das kaiserliche Ansehen vor einer Kritik und Diskussion, die ihm nicht zuträglich sind, zu bewahren, sowie von der Pflicht beseelt, das deutsche Reich und Volk vor Verwicklungen und Nachteilen zu schützen, uns zu dem ehrfurchtsvollen Ausdruck des Wunsches verbunden, daß in solchen Äußerungen künftig eine größere Zurückhaltung beobachtet werde. Wir wollen dabei zugleich mit aller Entschiedenheit feststellen, daß wir im Interesse der Würde und des Machtbewußtseins des Deutschen Reiches eine weitere publizistische Behandlung dieser Vorgänge nicht für segensreich erachten können. Wir müssen wünschen, insbesondere auch dem Auslande gegenüber, diejenige Ruhe und Geschlossenheit des Volkes zum Ausdruck zu bringen, welche für uns, bedroht von Gefahren, eine politische Notwendigkeit der Selbsterhaltung ist."



Register.

B.

C.

D.

E.

H.

J.

J (j).

K.

L.

M.

S.

T.

U.

V.

W.

Z.

